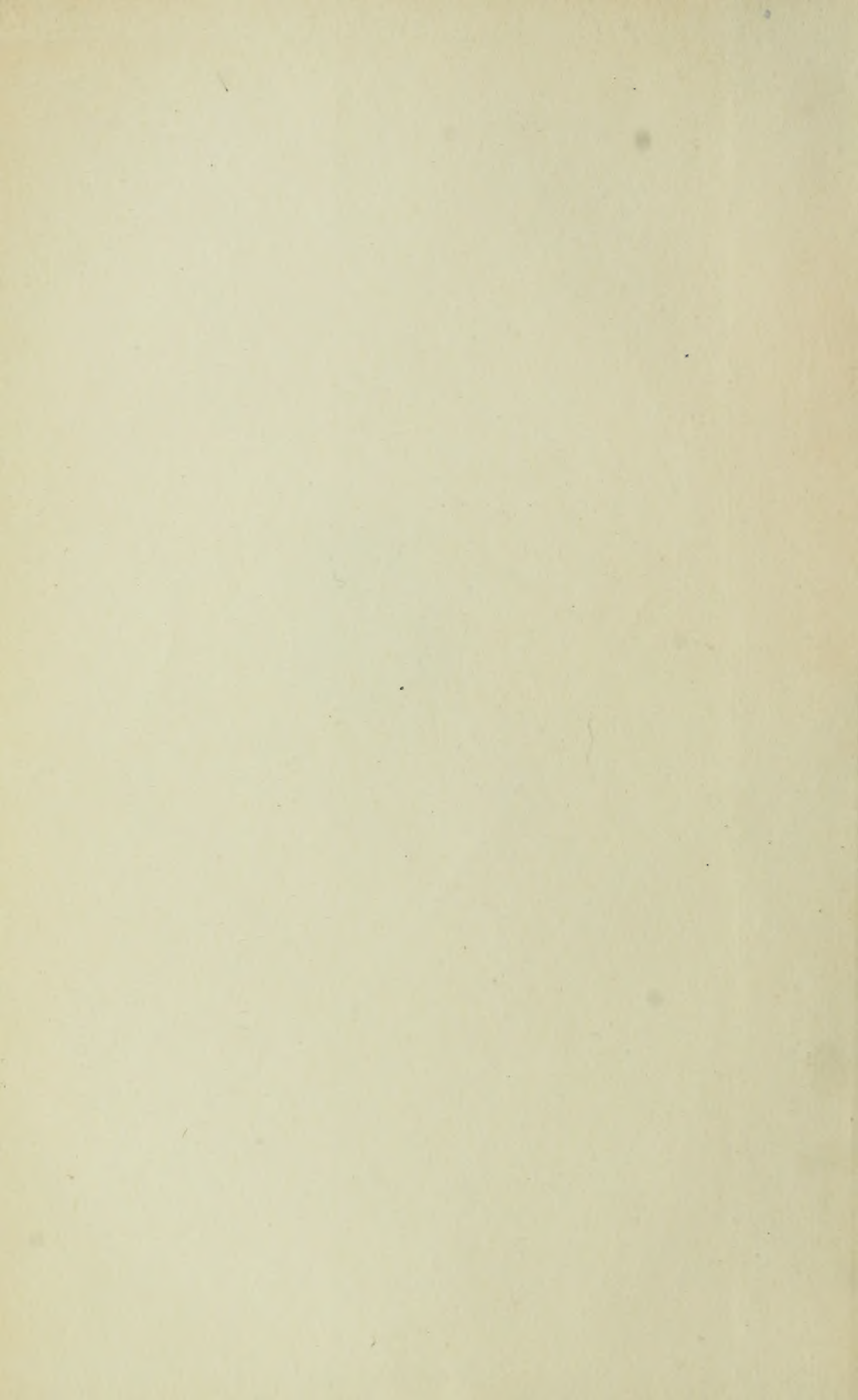
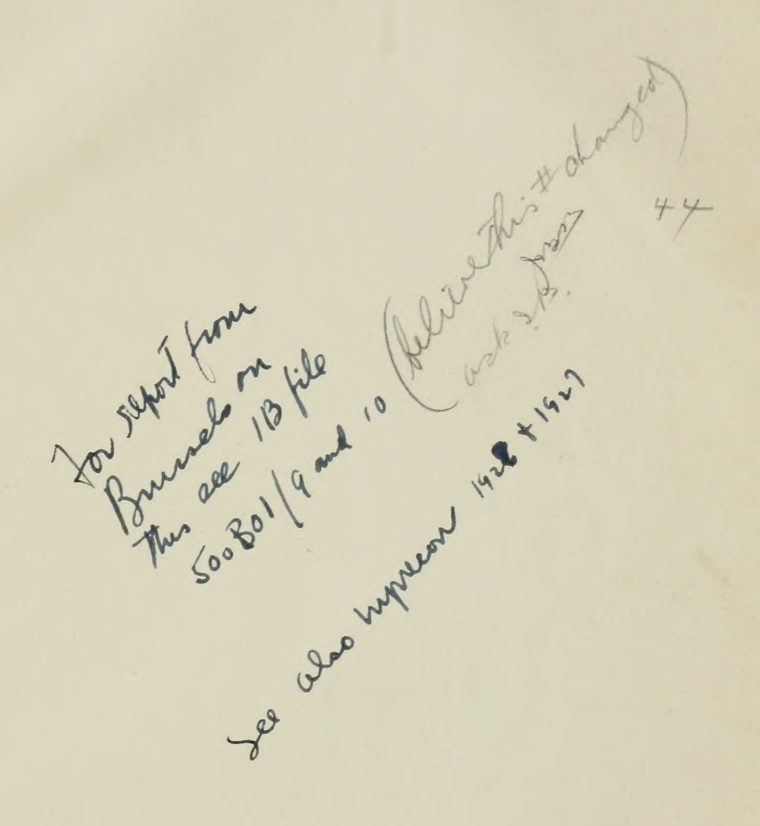
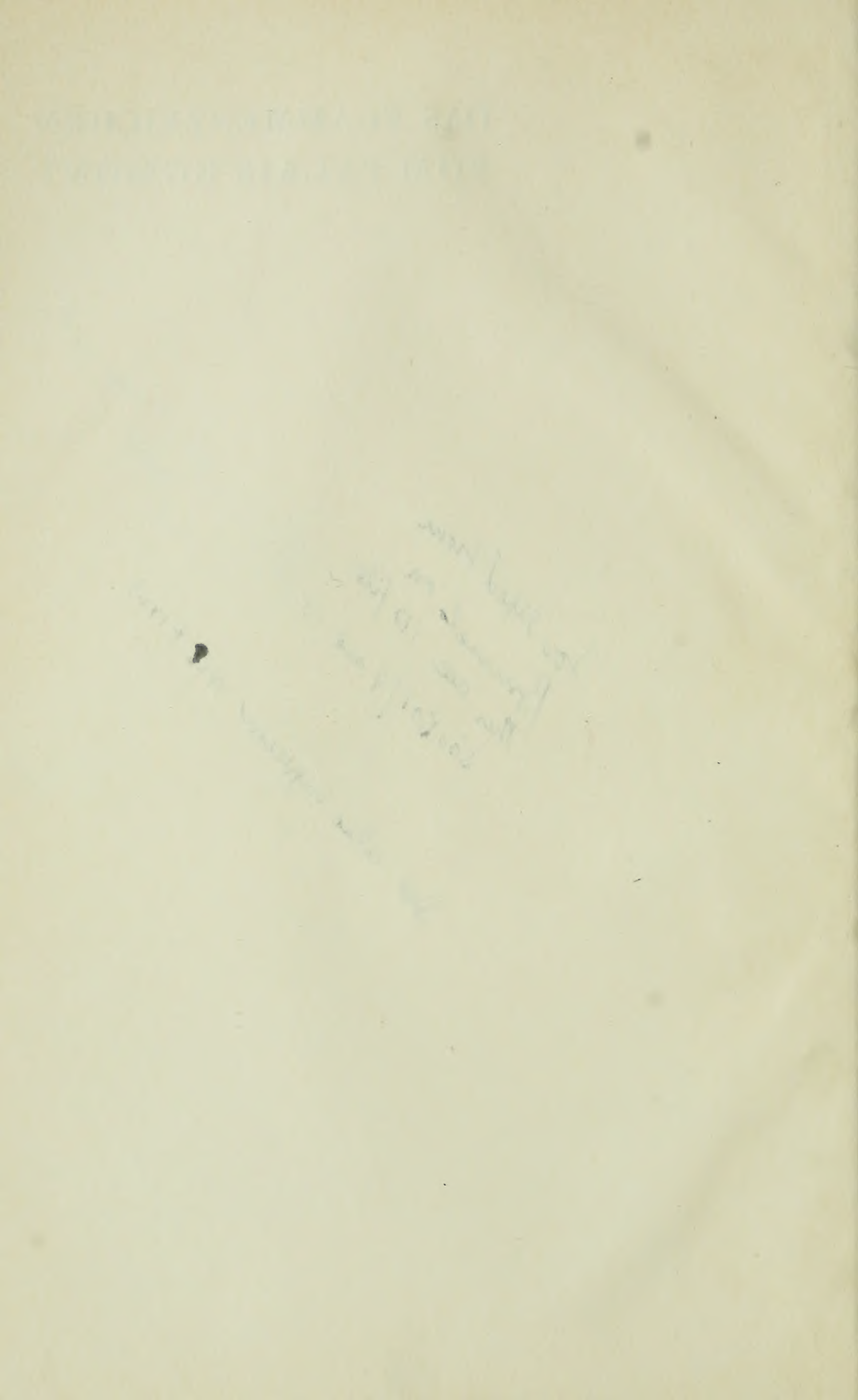

THE LIBRARY OF CONGRESS
1800




us
lammenzeichen
vom
alais Egmont
Urban

DAS FLAMMENZEICHEN VOM PALAIS EGMONT









Eine Plenumsitzung des Kongresses im großen Saal des Palais Egmont

DAS FLAMMENZEICHEN VOM PALAIS EGMONT

OFFIZIELLES PROTOKOLL
DES
KONGRESSES GEGEN KOLONIALE UNTERDRÜCKUNG
UND IMPERIALISMUS
BRÜSSEL, 10.–15. FEBRUAR 1927

Herausgegeben
von der
Liga gegen Imperialismus
und für nationale Unabhängigkeit

1. AUFLAGE / BERLIN 1927

NEUER DEUTSCHER VERLAG, BERLIN W 8

AUSLÄNDISCHE FILIALEN DES NEUEN DEUTSCHEN VERLAGES:
Wien I, Bauernmarkt 1; Zürich, Gerbergasse 9; Moskau, Twerskaia Jamskaia 3

Gedruckt bei Herrosé & Ziemsen GmbH., Wittenberg (Bez. Halle)

Vorwort.

Wir übergeben nachstehend die protokollarisch festgehaltenen wichtigsten Momente der Brüsseler Beratungen der Öffentlichkeit.

Trotz aller Bemühungen ist es nicht gelungen, ein Werk zu schaffen, das Anspruch auf Vollständigkeit erheben könnte. Der Leser muß sich stets vor Augen halten, daß der Brüsseler Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus nicht als Ergebnis eines organisatorisch bis in die letzten Einzelheiten durchdachten Planes zustande gekommen ist. Soweit organisatorische Vorarbeit geleistet worden ist, gab sie nur die Anregung zu seinem Zustandekommen und bildete das auslösende Moment zu einem Geschehen, das dann sozusagen explosionsartig eintraf.

Es ist ganz selbstverständlich, daß der vorhandene Ansatz eines organisatorischen Apparates dem Ansturm der Vorgänge und Anforderungen nicht gewachsen sein konnte. Dies führte zu mannigfaltigen Mängeln, die leider auch nachträglich nicht mehr auszumerzen sind. Man konnte die Vorgänge nicht bis ins kleinste Detail festhalten. Auch die Bemühungen, das Versäumte nachzuholen, versagten: kamen doch nach Brüssel Leute, die aus den blutdurchtränkten Wüsten Syriens, aus dem welthistorischen Ringen Chinas unserem Rufe folgten, um die Not ihres kämpfenden Volkes der „zivilisierten Welt“ in die Ohren zu schreien. Berufen durch ihre Pflicht, beunruhigt durch die Schikanen ungeduldiger Behörden, kehrten sie zurück in ihre Länder, um der Bewegung zu dienen. Es ist fast unmöglich, mit ihrer Hilfe die Lücken in den Protokollen Brüssels zu ergänzen.

Auch spielt das finanzielle Moment eine Rolle: Hinter Brüssel standen keine Regierungen wie hinter nahezu allen Konferenzen und internationalen Tagungen der Letztzeit, keine Industrie- und Finanzgruppen waren interessiert an dem Gelingen des Brüsseler Werkes. Das unsagbare Leid der kolonialen Menschheit und der Schrei nach Befreiung fanden keinen Mäzen. Der Kongreß wurde aus Mitteln organisiert, die einige Arbeiter-Organisationen uns zur Verfügung stellten. Deshalb mußte in Brüssel der bei internationalen Zusammenkünften übliche Apparat fehlen.

Brüssel war ein Auftakt, und als solcher behaftet mit allen Vorzügen und Nachteilen des Werdenden und Bestehenden.

Wenn es nur gelungen ist, in diesen Blättern etwas von der Atmosphäre des Sichfindens und des Zusammenklingens festzuhalten, von den unvergänglichen Momenten voll weltgeschichtlicher Spannung, wenn nur Streiflichter das Gewirr der wichtigen und schicksalsschweren Probleme erhellen, so hat es seinen Zweck erfüllt: Auf ein welthistorisches Beginnen hinzudeuten!

L. Gibarti.

Die koloniale Unterdrückung ist eine der verwerflichsten Formen des Imperialismus. Dieser Terror der Macht, um so verwerflicher, als er sich gegen die Schwächsten wendet, erniedrigt nicht nur die Nation, die sich seiner bedient, er verwüstet die ganze Zivilisation überhaupt.

Zählen Sie mich zur Schar der Ihnen Verbündeten, und seien Sie meiner vollsten Ergebenheit versichert.

In höchster Sympathie

Victor Margueritte.



George Lansbury:*

Über den Kongreß der unterdrückten Völker.

Ich reiste am Wochenende nach Brüssel, um an der Konferenz teilzunehmen, die zur Bildung einer „Liga gegen koloniale Unterdrückung“ aufrief. Ich brauche meine Freunde nicht mit Einzelheiten meiner Hin- und Rückreise zu belästigen. Es genügt zu sagen, daß Nebel ein großes Hindernis war. Anstatt Sonntag früh, kam ich in Brüssel erst um 6 Uhr an und gedachte den nächsten Tag nach Hause zurückzukehren. Dies war ein Umstand, der mich quälte und meine Laune und Ausdauer beeinflußte. Alles ist aus der Erinnerung wie weggefegt, wenn ich mich an die große Versammlung im „Palais d'Egmont“ Sonntagnacht zurückerinnere. Wahrhaft ein internationaler Kongreß! Neger und Riffkabylen, Inder und Japaner, Chinesen und Ägypter, Italiener und Franzosen, Russen und Deutsche, Iren und Briten, Mexikaner und Holländer, Belgier und Skandinavier. Es schien mir eine kleine Wiedergabe jener großen Zusammenkunft, von der die Schriften der Apostel sprechen, wo Männer und Frauen vieler verschiedener Mundarten und Sprachen sich versammelten, um für ihren Glauben an das christliche Evangelium Zeugnis abzulegen. Die Meisten von uns sprachen nur ihre Muttersprache. Trotzdem war die ganze Konferenz vom Geiste der Kameradschaftlichkeit und des Wohlwollens beherrscht, jenem Geist, der in rätselhafter Weise Hindernisse der Sprache, des Glaubens und der Rasse hinwegräumt und den Menschen verständlich macht, daß sie alle gleiche Interessen haben. Die Kameraden Gibarti und Bach sind fähig, die Aufgabe, die sie sich vorgenommen haben, auszuführen. Sie scheuen keine Mühe. Beide sind erfüllt von dem Ideal einer internationalen Solidarität, die den Völkern aller Länder das Recht zuerkennt, sich zu organisieren und ihr eigenes nationales Leben zu führen. Die Frauen und Männer der britischen „Labour Party“ waren eine bunte Gruppe. Fenner Brockway vertrat die I. L. P., John Stokes, der auf der „Memorial Hall“-Konferenz Wege zur Erhaltung des Friedens

---

* *Aus den zahlreichen politischen und kritischen Kommentaren der Weltpresse über den Brüsseler Kongreß gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung bringen wir hier den Aufsatz zum Abdruck, der in „Lansburys' Labour Weekly“ kurz nach dem Kongreß erschienen ist. (Die Red.)*

zwischen China und England zeigte, den Londoner Gewerkschaftsrat; die Kommunistische Partei sandte Harry Pollitt, Arthur MacManus und andere; Ray Postgate kam für die „Plebs League", während Ellen Wilkinson, John Beckett, ich und andere in unserer Eigenschaft als Mitglieder des Parlaments teilnahmen.

Keine „inszenierte" Partei.

Ich möchte hier feststellen, daß es absolut unwahr ist, zu sagen (es wurde von gewissen Personen, die es besser wissen sollten, behauptet), daß diese Bewegung von Moskau aus dirigiert werde. Der vorherrschendste Zug der Konferenz war ihre Spontanität und die Tatsache, daß alle Resolutionen auf der Konferenz entworfen und abgestimmt wurden. Tatsächlich ist diese Konferenz die einzige, der ich beiwohnte, die hervorgerufen und getragen wurde von ihren Obliegenheiten, ohne daß vorhergefaßte Resolutionen den Delegierten, sobald sie das Rednerpult betraten, aufgezwungen wurden. Es ist notwendig, daß dies weit bekannt wird. Die Tatsache, daß eine solche Versammlung zustande kommen und als Redner Delegierte der Kommunisten und Sozialisten, Trade-Unionisten und Nationalisten umfassen konnte, ist, denke ich, sehr zu schätzen. Denn je mehr wir den Geist des Nationalismus entfalten und erhöhen zum größeren freieren Ideal des internationalen Sozialismus, desto eher wird die Welt vom Fluch des Militarismus und seinen Begleiterscheinungen: Raub, Plünderung und Mord befreit sein.

Der alleinige Zweck ist die Schaffung einer internationalen Organisation für die endgültige und vollständige Emanzipation aller Völker der Welt, die von kapitalistischen Regierungen merkwürdigerweise als niedere Rassen bezeichnet werden. Es ist in der Tat keine Kleinigkeit, eine „Anti-Imperialistische Liga" zu gründen, in der ebenso repräsentative Männer und Frauen wie direkt gewählte Delegierte vertreten sein sollen. Auf der Brüsseler Konferenz trafen wir den gewählten Delegierten vom „All India National Congres", Kamerad Jawahar Lal Nehru; Henri Barbusse aus Frankreich und Mohamed Ramadan Bey vom ägyptischen Parlament, waren zugegen, wie auch ich und die anderen Mitglieder des britischen Parlaments als nichtoffizielle Delegierte. Trotzdem vertraten wir alle denselben Standpunkt, daß die Völker der Erde von der Knechtschaft des kapitalistischen Imperialismus frei sein müßten, um sich aus eigener Kraft zu entwickeln und gemeinsam die sichere Grundlage der internationalen Republik aller Völker zu schaffen.

Eine neue Internationale.

Früher gab es viele internationale Organisationen, Organisation zur Abschaffung der Sklaverei, zur Aufrechterhaltung des Freihandels, zum

Schutz der Mädchen und Frauen usw., aber es hat bisher niemals eine Organisation gegeben, die ohne Einschränkung das Recht der weißen Rasse bekämpft, andere Rassen, die sie als minderwertiger bezeichnet, zu beherrschen, zu kontrollieren und auszubeuten. Sogar unter Sozialisten und in vielen Konferenzen hören wir sehr häufig die Erklärung, daß Weiße Farbige, zu deren Besten, organisieren und beaufsichtigen müßten, daß „Imperialisten“ tatsächlich Menschenfreunde seien, die den unkultivierten unzivilisierten Heiden den Segen der Zivilisation brächten. Die „Liga gegen koloniale Unterdrückung“ verwirft ohne Einschränkung diese Lehre und will sich in Zukunft der Aufgabe widmen, die Bewohner imperialistischer Länder aufzuklären und jede kleine oder große Nation, die um ihre Freiheit kämpft, auf jede mögliche Weise zu unterstützen.

Unter diesen Umständen beherrschten China, Japan und Indien die Konferenz. Die Vertreter der chinesischen Kuomintang, Indiens und Japans traten immer wieder hervor, und es wurde jedem verständlich, daß diese großen Nationen sich entschlossen haben, das imperialistische Joch abzuschütteln und sich zusammenzutun, nicht nur zur Verteidigung der eigenen nationalen Freiheit, sondern auch der Freiheit aller unterdrückten Völker.

Ich hatte das Glück, die Reden von zwei kantonesischen Generälen zu hören und von einem umarmt und geküßt zu werden. Nur wer die beiden gehört hat, besonders den General Lu, kann das Gefühl haben, daß endlich Carpenters Worte wahr werden: "Low in the East behold the dawn appears."

In Worten, die kalt schienen, weil sie in gemessenem Tone ausgesprochen wurden, hörten alle den General Lu sagen, daß die Pflicht eines Generals, der eine Arbeiterarmee kommandiert, ist: „Leben und Zukunft der Arbeiter und Bauern zu schützen, ihnen beizustehen im Kampf um ihre Ziele, niemals Bestechungsgelder anzunehmen, sondern mit dem Volk zu leben und, wenn es nötig ist, auch mit ihm zu sterben, niemals gegen andere Nationen zu kämpfen, niemals dem Imperialismus und Militarismus zu helfen, stets mit allen Kräften dem Imperialismus in China und in allen anderen Ländern Widerstand zu leisten“. Dieses war der Grundton aller Reden.

Mit Recht kann die belgische Arbeiterzeitung „Le Peuple“ erklären, diese Konferenz sei das ruhmreichste Ereignis in der Geschichte Brüssels und Belgiens gewesen. Es ist nicht möglich, den Enthusiasmus zu übertragen und ihn durch Tinte, Feder und Papier wieder aufleben zu lassen. Wir können nur die Szenen vergegenwärtigen, die zwischen Fenner Brockway und dem chinesischen General stattfanden und diejenige, an der ich selbst teilgenommen habe. Doch gab es noch Stärkeres als alle diese übermäßigen Ausbrüche unseres Gefühls. Meine Gedanken wanderten unwillkürlich zurück zu dem alten Saal in Philadelphia, in dem die Gründer der Selbständigkeit Amerikas sich versammelten, um ihre unsterbliche Unabhängigkeitserklärung

aufzusetzen und zu unterzeichnen, dann sah ich im Geiste die Zeit hundert Jahre voraus, wo Menschen auf die große Versammlung im „Palais d'Egmont" zurückblicken und erzählen werden, daß Männer und Frauen aller Rassen sich im Monat Februar 1927 versammelten, um zu erklären, daß alle Menschen von Geburt gleich und alle zur Freiheit berechtigt sind, ja sogar um die größte und edelste aller Wahrheiten zu verkünden, daß der Zusammenschluß die einzig richtige Lebensform ist, daß nur in Verbindung untereinander für das Wohl aller Friede, Freude und Glück über die Menschheit kommen wird. In Brüssel sprachen wir nicht von orthodoxer Religion, wir debattierten nicht, ob weiße und farbige Menschen untereinander Ehen schließen dürfen.

Nein, unsere Diskussionen waren wesentlicher, weil wir alle erfüllt waren von dem einen fesselnden Gedanken: Kann ein einzelner oder eine Nation den Zielen einer anderen dienen? Kann einer von uns irgend etwas Wertvolles für andere tun ohne die Mitwirkung derer, deren Beistand uns unsicher ist? Und die Antwort lautet: Nein. Deshalb bildeten wir unsere Liga, vertreten durch unterdrückte und unterdrückende Nationen, und wir werden unseren Kampf in der vollen Überzeugung fortsetzen, daß in kommenden Tagen das Wort „Imperialismus" aus unserer Sprache verschwinden wird, weil die Menschheit den Grundsatz als wahr erkennen wird: „Gott und Natur haben alle Völker der Erde aus einem Blut gemacht!"

I.

Eröffnung des Kongresses.

Der Kongreß wurde am 10. Februar 1927, abends 8 Uhr, durch eine Begrüßungsansprache von

S. O. Davies (England),

dem 2. Vorsitzenden der Bergarbeiter von Südwales und Mitglied der Exekutive des englischen Bergarbeiterverbandes, eröffnet.

Ich möchte hier als Vorsitzender meine große Freude über diese Konferenz und über die Inspirationen, die diese mir gibt, aussprechen. Es ist wohl überflüssig, noch einmal der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß wir zwischen jetzt und dem Schluß der Konferenz nicht nur fester aneinandergeschlossen sein mögen, sondern daß wir alle, mögen wir nun aus China, Indien, Großbritannien oder irgendeinem anderen imperialistischen Lande kommen, erkannt haben werden, daß unsere Interessen gemeinsam sind.

Wenn es mir gestattet ist, noch persönlich ein Wort hinzuzufügen, so möchte ich die aufrichtige Hoffnung aussprechen, daß diese Konferenz uns allen klarmachen möge (ich spreche als ein Produkt einer der wohl ältesten imperialistischen Mächte der Welt), daß wir nicht zusammengerufen worden sind, um bloß unser Mitgefühl mit den Arbeitern Chinas, Indiens oder eines anderen unterdrückten Landes der Welt auszudrücken. Ich erkläre, daß heute das Problem der chinesischen Arbeiter absolut das Problem der britischen Arbeiter wird. Die folgenden englischen Redner werden wahrscheinlich erläutern, daß der Imperialismus (und wir verstehen das immer besser) nichts als Kapitalismus ist. Die britischen Arbeiter begreifen in immer größerer Zahl, daß der Imperialismus nicht nur eine Phase des Kapitalismus ist, nicht nur eins der Probleme des Kapitalismus, sondern der Imperialismus und der Kapitalismus, wie wir sie heute innerhalb der großen imperialistischen Mächte wirken sehen, sind absolut ein und dasselbe. Der Kapitalismus dieser Spätzeit ist Imperialismus.

Ich hoffe, daß die Vertreter der andern Länder mit Freude feststellen werden, daß wir anfangen, das Problem der unterdrückten Rassen als absolut identisch anzusehen mit dem Problem der in immer steigender Weise unter-

drückten Arbeiterklasse der sich in krisenhaftem Zustande befindlichen kapitalistisch-imperialistischen Länder der Welt. Der Vorsitzende soll keine Rede halten. Ich habe eine beträchtliche Tagesordnung für diese Versammlung, und es ist mir ein außerordentliches Vergnügen, nach diesen kurzen einleitenden Bemerkungen den Kameraden *Barbusse* zu bitten, das Wort zu nehmen.

Der große französische Schriftsteller

Henri Barbusse,

vom Kongreß stürmisch begrüßt, ergreift hierauf das Wort:

Trotz meiner Krankheit bin ich hierhergekommen, um an dieser Eröffnungssitzung teilzunehmen. Mit Glück und tiefer Freude nehme ich hier diesen Platz ein, um zu der Eröffnung des ersten internationalen Kongresses gegen die koloniale Unterdrückung und den Imperialismus zu sprechen. Brüderlich grüße ich die Vertreter zahlloser Menschen, die aus allen Teilen der Welt hierhergekommen sind, und sage ihnen: Ihr seid nicht nur hergekommen als Menschen, die sich verbrüdern, die sich die Hände reichen wollen, ihr seid auch als Organisatoren und Arbeiter gekommen, die miteinander bauen wollen. Ihr seid hierhergekommen, um vor der ganzen Welt — laut genug, daß sie es höre — den Schrei der unterdrückten Rassen und Völker zu erheben. Dieser Schrei ist menschlich, gerecht und klar, durch nichts kann seine schneidende und lichte Logik entstellt werden. Ihr kommt hierher, damit dieser Schrei Aktion werde; noch mehr, damit er gemeinsame Aktion werde, damit er eine über die ganze Welt hingehende Aktion werde. Zum ersten Male versucht ihr, durch eure Vereinigung und eure ganze Solidarität eurer Sklavenrevolte ihre ganze Tragweite, ihre ganze Bedeutung, ihre ganze Majestät zu geben.

Zum ersten Male schließen sich die gefangenen, geopferten und gemordeten Völker zu einem Block zusammen. Keiner von uns fällt mehr auf die hypokritischen Sophismen herein, die der Imperialismus wie eine Theaterkulisse vor seinen kolonisatorischen Schandtaten aufrichtet; auf die brutale und rücksichtslose Besetzung, die brüsk von einem Tag zum andern für Recht erklärt wird; auf die gewaltsame Unterdrückung, die Barbarei, die zur zivilisatorischen Politik gestempelt wird. Wir sind über diese Sophismen hinaus. Wir wissen sehr wohl, daß die Geschichte des Imperialismus eine Geschichte der Räuberei ist. Es gibt Länder, welche das Glück oder Unglück haben, Bodenschätze zu besitzen; reich versorgt zu sein mit jenen menschlichen Reserven, aus denen man die Arbeitskraft und das Kanonenfutter rekrutiert; Absatzmärkte für Ware zu sein, an wichtigen

Weltstraßen und Handelswegen zu liegen, wo man Festungen errichtet und seine Kanonen aufstellt. Auf sie setzt der triumphierende Fremde seine eiserne Ferse. Wenn das unterdrückte Volk sich rührt und protestiert, so erklärt man es für rebellisch. Man nennt die Aufständischen Briganten — marokkanische Briganten — chinesische Briganten. Wenn sich das Volk gegen die fremden Imperialisten erhebt, so sagt man, daß es zum Rassenhaß *aufgestachelt* worden sei.

Nun gut! Wir werden dieser Beweisführung, deren sich der Starke bedient, um den Schwachen noch zu peinigen, nachdem er ihn schon niedergeworfen hat, Gerechtigkeit widerfahren lassen. Wir werden dieser Lüge Gerechtigkeit widerfahren lassen, mit der man versucht, den gerechten Protest, die heilige Revolte des Opfers gegen den Henker zu denunzieren. Der Imperialismus, das ist die Ausbeutung. In den Kolonien wird der Fremde zum Folterer, weil er vor allem Ausbeuter ist. Und wenn die Vergewaltigten sich gegen ihre Vergewaltiger erheben, dann ist das eine soziale Tatsache und nicht, wie man uns glauben machen möchte, eine Äußerung des Rassenhasses und des Nationalismus.

Es ist wichtig zu erkennen, daß die nationale Unabhängigkeit die erste Etappe auf dem Wege zur Unabhängigkeit der Menschheit überhaupt ist.

Der Imperialismus, diese neue Art der Sklaverei, hat viele Formen der Kolonisation. Er beschränkt sich nicht mehr nur auf die eine, die seit Jahrhunderten von den großen Nationen angewandt wird, und die sich mit Hilfe von Kanonen, Maschinengewehren, Knüppeln, Opium oder des Alkohols durchsetzt, die den Eingeborenen massakriert und unterjocht, ihn in Schulden bringt oder ihn vergiftet, wie es in Indien, China, Indo-China, Syrien und in jenem Afrika geschieht, das wie ein riesiges Stück Fleisch in Stücke zerteilt ist. Eine vollkommenere Form des Imperialismus ist die Versklavung der Länder durch Verträge, durch Tarife, durch Kontrolle, durch Monopole. Er macht sie von seiner Gnade abhängig, wie man es mit Mexiko zu machen versucht, wo der Machthunger und die Expansionsbestrebung des mächtigen Nachbarn sich zur Unterjochung des Volkes auf die reaktionären, nationalen Kräfte stützt.

Wieder eine andere Form ist der Missionsdienst, der ein besonderes Kapitel in der Kolonialgeschichte darstellt; dieser Christenbekehrungsdienst, dessen Annalen ebenso blutig sind wie die der Hunnen oder der Vandalen.

Es gibt noch andere Formen der Kolonisation; es gibt noch eine innere Kolonisation, wie die der Neger in den Vereinigten Staaten. Eine ganze Menschenkategorie wird als Parias behandelt, unter sozialen Bann gestellt. Auf ihr ruht eine Art sozialer Verdammnis, die sich auf den Vorwand stützt, daß diese Menschen minderwertig seien. Das ist noch eine große, gemeine Legende, die wir zu vernichten haben. Wir erklären in der Gemeinsamkeit unseres Strebens, daß es weder niedere noch höhere Rassen gibt.

Wir haben es also mit einem methodischen Werk der Unterwerfung zu tun. Es hört nicht da auf, wo es scheinbar aufhört. Diese Unterwerfung erreicht sogar die sogenannten freien Völker.

Man muß blind sein, um nicht zu sehen, daß die Kapitalisten New Yorks dabei sind, einen Teil des alten Europa zu kolonisieren. Ja, ich sage kolonisieren! Man hat dieses Wort mit Recht gebraucht, um damit diese wirtschaftliche Besitzergreifung zu bezeichnen, deren schwerste Last das Proletariat zu tragen hat.

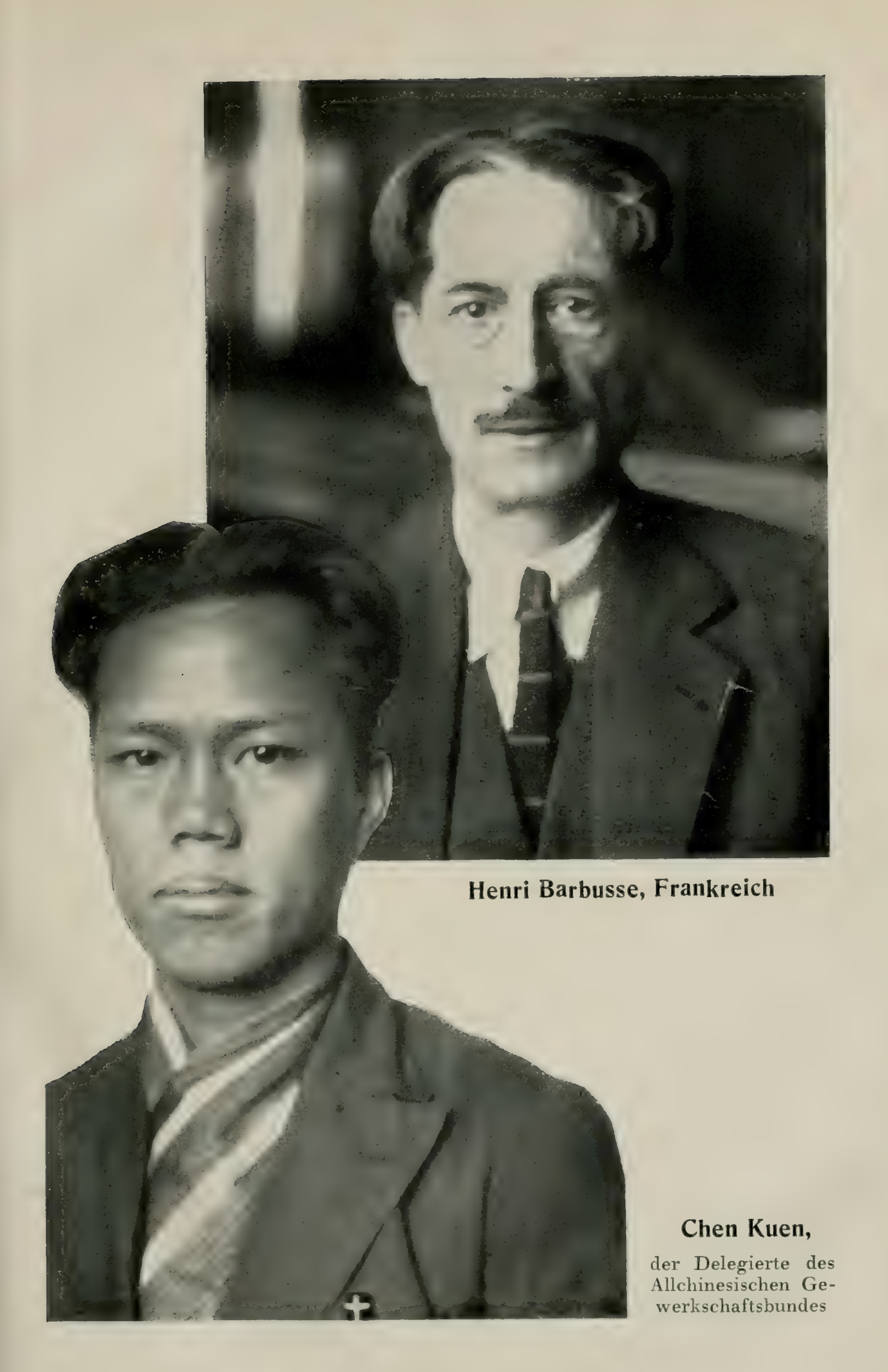
Ihr müßt erkennen, daß das Mittel zu eurer Befreiung ihr selber seid. Ihr selber müßt euch das Recht nehmen, das man euch niemals geben wird: das Recht, über euch selbst zu bestimmen.

Dazu müßt ihr gemeinsam handeln, denn eure Rechte sind ähnlicher Art und ihr seid auf ähnliche Weise vergewaltigt. Ihr müßt euch mit den großen Arbeiterorganisationen verbinden; ihr Ziel, ihre Sache sind der euren ähnlich, ja sie sind die gleichen wie die euren.

Wenn ihr das tun werdet, wenn ihr euch zu diesem heiligen Kampfe vereinigt, ändert sich eure Lage sehr. Man wird nicht mehr von den „schwachen Völkern" sprechen können, wie bisher, wo ihr vereinzelt dasteht. Sobald ihr euch gegenseitig stützt, seid ihr nicht mehr das „schwache Volk", sondern das „allmächtige Volk".

Ich glaube im Namen des ganzen Kongresses zu sprechen, wenn ich hier aller Opfer der Kolonisation gedenke, wenn ich mich mit euch vor dem unermeßlichen Märtyrertum verneige, das die farbigen Völker und die verteidigungslosen Nationen durchzumachen hatten, die von den Fackelträgern der Zivilisation mit Feuer und Krieg überzogen wurden. Aber ich glaube, in gleicher Weise euer aller Gefühl auszusprechen, wenn ich nicht nur der Vergangenheit gedenke, sondern auch der *Zukunft* und den chinesischen Befreiern, die der ganzen Meute der großen Nationen gegenüberstehen, unsere Grüße entbiete. Grüße allen denen, die sich erhoben haben, um ihr Recht auf das Leben zu verteidigen, und die damit auch unser Recht verteidigen. Mit ihnen arbeitet der Kongreß zusammen.

Ich grüße Rußland, die Republik der Arbeiter und Bauern, die, zum ersten Male in der Geschichte, auf dem Boden ihrer Föderation die Gleichheit der Nationalitäten und Minoritäten hergestellt hat. Ich richte im Namen von euch allen brüderliche Grüße an unsere belgischen Freunde, und ich danke im Namen des Kongresses der belgischen Regierung, die uns die nötige Genehmigung zur Abhaltung dieses Kongresses gegeben hat. Ich begrüße die Mitglieder der Presse und alle, welche mit den Kongreßteilnehmern unsern Arbeiten beiwohnen wollen. Jetzt beginnt der Kongreß seine Arbeit. Sei er das Herz der großen beginnenden Arbeit: der organisierte, durchdachte, entschlossene, anhaltende Aufstand der Massen, der endlich den vernichtenden Imperialismus zu Boden schlagen wird.



Henri Barbusse, Frankreich

Chen Kuen,

der Delegierte des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes



Im Auftrag der belgischen Sektion der Liga gegen koloniale Unterdrückung spricht

Dr. A. Marteaux (Belgien),

Mitglied der Kammer.

Wir haben heute die große Ehre, unter uns die Delegierten der verschiedenen unterdrückten Völker der Welt zu sehen. Unter uns befinden sich Delegierte aus Korea, China, Indien, Mexiko und einer Reihe anderer Länder, die Sie in der Anwesenheitsliste finden.

Wir haben unter uns auch Vertreter der Nationen, welche diese Völker unterdrücken. Ich gestatte mir ganz besonders, im Namen des Kongresses, die Delegierten Großbritanniens zu begrüßen, deren Anwesenheit hier nach unserer Ansicht eine außerordentliche Bedeutung hat. Gleicherweise begrüße ich unsern großen Freund Barbusse, den Vertreter Frankreichs. Auch unsern alten Kämpfer Katayama, den Vertreter Japans, begrüße ich auf das herzlichste.

Wenn diese Delegierten hier zusammenkommen, wenn sie ein Einvernehmen herstellen wollen, das wir zu einem dauernden zu gestalten versuchen, so bedeutet das nicht, wie gewisse Kreise glauben machen wollen, die Absicht, eine tiefere Spaltung zwischen den Völkern der Erde zu schaffen, sondern daß wir die Grundlagen für eine neue Ordnung schaffen wollen, die der Ausbeutung der Kolonialvölker und der halbkolonialen Völker durch die kapitalistischen Staaten ein Ende machen soll.

Alle Freunde versichere ich der Sympathie der Brüsseler Bevölkerung und besonders des Brüsseler Proletariats, das in der Kommunalverwaltung und in der Belgischen Kammer zu vertreten ich die Ehre habe.

Wir hätten gern in dieser Stadt eine große Volksdemonstration veranstaltet. Unglücklicherweise verhindern uns die Verpflichtungen daran, die wir unserer Regierung gegenüber übernehmen mußten. Die belgische Regierung hat wohl die Anwesenheit aller Delegierten gestattet, aber wir mußten uns verpflichten, daß sie an keiner öffentlichen Demonstration teilnehmen würden. Unglücklicherweise binden uns diese Verpflichtungen nicht aus Rücksicht auf uns Brüsseler, sondern aus Rücksicht auf die ausländischen Kameraden. Ich bin sicher, daß diese Demonstration ein beispielloser Erfolg gewesen wäre, der bewiesen hätte, wie das Herz des Brüsseler Proletariats im Gleichtakt schlägt mit dem des Proletariats der andern Länder, und daß der belgische Imperialismus auf keinen Fall auf die Hilfe unserer organisierten Arbeiterklasse rechnen darf. Ich muß erwähnen, daß, obgleich wir nur ein kleines Land sind, wir doch unseren Imperialismus haben. Übrigens glaube ich, daß unser Imperialismus unter den ersten sein wird, der die Wirkungen der triumphierenden Revolution in China zu

spüren bekommt. Wir hätten von Herzen gern diese Demonstration organisiert, um unsere ganze Sympathie mit dieser Bewegung auszudrücken, die sich im Laufe ihrer hiesigen Verhandlungen definitive organisatorische Grundlagen schaffen wird. Wenn wir das nicht gekonnt haben, wiederhole ich, so nur, weil unser wachsamer Kapitalismus diesem Kongreß nicht die wünschenswerte Publizität geben will. Der belgische Kapitalismus befindet sich im Fahrwasser des englischen und französischen. Sie geben ihm seine Direktiven. Gegen diese Einschränkungen, gegen diesen Zwang seitens der belgischen Regierung protestiere ich hier im Namen von euch allen. Es ist absolut unzulässig, daß man in diesem Land, das die demokratischen Freiheiten auf seine Fahne geschrieben hat, den Kundgebungen unseres Willens solche Einschränkungen aufzwängt, unseres Willens, der sich, davon sind wir fest überzeugt, trotz solcher Hindernisse durchsetzen wird. Und in diesem Glauben an die Zukunft wünschen wir dem Kongreß Glück, gute Arbeit und allen Erfolg.

II.

Der Freiheitskampf des chinesischen Volkes.

Rede des Delegierten des Zentral-Exekutiv-Komitees der Kuomintang

Liau Hansin (China).

Im Namen des Zentral-Exekutivkomitees der Kuomintang habe ich dem ersten Kongreß der Liga gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung die herzlichsten und brüderlichsten Grüße zu überbringen.

Unser großer Parteiführer Sun Yat Sen hat schon zu seinen Lebzeiten betont, daß wir, das unterdrückte chinesische Volk, unter dem heutigen kapitalistischen System mit den unterdrückten Klassen der Westländer und den unterdrückten Völkern der ganzen Welt gemeinsam gegen unsere Bedrücker, die Imperialisten, vorgehen müssen. Auf unserem zweiten Parteitag, im Januar 1926, wurde auch ein dahingehender konkreter Beschluß gefaßt. Mit dem größten Interesse hat unsere Partei, unsere Regierung und unser ganzes Volk jetzt die Einberufung dieses internationalen Kongresses hier in Brüssel begrüßt. Wir hoffen, daß hier eine geschlossene Kampffront aller Unterdrückten gegen unsere gemeinsamen Feinde, die Imperialisten, geschaffen werden wird.

Das Verhältnis zwischen uns, den unterdrückten Klassen und den unterdrückten Völkern einerseits und den Imperialisten andererseits ist heute bereits so zugespitzt, daß diese keine Mittel ungenützt lassen, um gegen uns vorzugehen. Um mehr Kräfte zu gewinnen, haben die Imperialisten das im Weltkriege besiegte und sich in letzter Zeit wieder imperialistisch entwickelnde Deutschland in ihr sogenanntes Friedensinstitut, den Völkerbund, mit aufgenommen. Sie haben eine Einheitsfront gegen die Unterdrückten geschaffen. Mit ihrer regen Propaganda für einen Pan-Asien-, Pan-Europa- und Pan-Amerika-Völkerbund versuchen sie die Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker und die internationale Einheitsfront der Arbeiterbewegung zu zerschlagen.

Die Kolonien sind für die Imperialisten billige Rohstoffquellen und gute Absatzmärkte. Die Kolonialsklaven sind gleichzeitig die billigsten Arbeitskräfte, die es gibt. Aus ihnen holen die Imperialisten ungeheure Extraprofite

heraus, noch gewaltig vergrößert durch die Ausnutzung der Frauen- und Kinderarbeit. Mit einer kleinen Restsumme dieser Extraprofite schaffen sie sich in den eigenen Ländern eine Arbeiteraristokratie, um die Arbeiterschaft zu zersplittern und Arbeiter gegen Arbeiter auszuspielen. In den Kolonien richten sich die Imperialisten ferner militärisch-strategische Stützpunkte, wie Singapore, Suezkanal, Gibraltar, Hawai usw., für neue imperialistische Kriege ein. Die Arbeiter ihrer eigenen Länder und die der Kolonien benutzen sie als Kanonenfutter in ihren gegenseitigen Machtkämpfen.

Die unterdrückten Völker und die unterdrückten Klassen sind beides Spielbälle der Imperialisten. Unbewußt haben wir zugunsten der Imperialisten selbst lange Zeit gegeneinander gekämpft. Jetzt endlich müssen wir aufhören, als Werkzeuge der von uns allein erhaltenen Imperialisten zu fungieren. Ihre unverschämten Angriffe dürfen wir uns nicht weiter gefallen lassen. Die unterdrückten Völker umfassen ungefähr eine Milliarde Menschen. Die Arbeiterschaft in den imperialistischen Ländern ergibt eine ebenfalls riesige Zahl. Und diese Menschenmenge sollte nicht fähig sein, die kleine Anzahl von Schmarotzern von ihrem Leibe abzuschütteln? Die Schaffung eines Bundes aller Unterdrückten gegen die Unterdrücker ist hier vonnöten. Ein solcher Bund würde verbürgen sowohl die Durchführung der nationalen Gleichheit als auch der sozialen Freiheit, also alles dessen, was wir erstreben.

Jetzt will ich im nachfolgenden etwas über die Lage in China ausführen. Die Situation ist dort aufs höchste gespannt. In einem schriftlichen Bericht, betitelt „Die ungleichen Verträge und die chinesische Revolution", der hier den Kongreßteilnehmern ausgehändigt werden wird, bin ich des näheren darauf eingegangen. Hier will ich noch besonders betonen, daß die chinesische Revolution sich mit ihren Hauptzielen gegen die Imperialisten und gegen deren Werkzeuge, die chinesischen Militärmachthaber, wendet. Die Imperialisten herrschen über China vermittels der zahlreichen ungleichen Verträge, die dem chinesischen Volke aufgezwungen wurden, und durch die es wirtschaftlich und politisch vollkommen von diesen abhängig ist. Die Imperialisten haben viele Kriegsschiffe, Truppen und Polizisten in China zu stehen. Zur Unterdrückung des chinesischen Volkes benutzen sie auch die feudalistischen chinesischen Militärmachthaber, die sie gegeneinander hetzen, um dadurch ihre eigene Macht zu verstärken. Das ganze chinesische Volk befindet sich so in einer unglaublich geschwächten Lage. Nicht nur die Industrie kann sich nicht entwickeln, sondern selbst die Landwirtschaft des großen Agrarlandes ist vollkommen ruiniert. Dies wieder bringt mit sich, daß jährlich große Gebiete des Landes, das sich ehedem vollkommen selbst erhalten konnte, von Hungersnöten heimgesucht werden und Tausende von Menschen Hungers sterben. Um aus dieser furchtbar elenden Lage herauszukommen, gibt es für das chinesische Volk keinen andern Ausweg,

als den schärfsten Kampf gegen seine Bedrücker, die Imperialisten und ihre Werkzeuge, die chinesischen Militärmachthaber.

Die Idee der nationalen Revolution, des Befreiungskampfes des chinesischen Volkes, hat als erster unser Parteiführer Sun Yat Sen für unser Land aufgestellt. Wenn auch unsere Partei, die Kuomintang, im Kampf gegen die Fremdenherrschaft alle Klassen in sich vereinigt, so spielt doch die Bauern- und Arbeiterschaft, die mehr als 80 % der chinesischen Bevölkerung ausmacht, die Hauptrolle. Diese erstrebt eine allgemeine Demokratie für das Land, um die Überreste der Feudalherrschaft, auf die besonders der Imperialismus seine Macht aufbaut, zu vernichten. Unsere Partei will auf jeden Fall die Hochzüchtung des Kapitalismus vermeiden; sie will auf dem Wege des Sozialismus vorwärtsschreiten. Daher soll die nationale Befreiung für China gleichzeitig die soziale Befreiung bringen.

Wenn sich ein so großes Land wie die internationale Kolonie China von den Imperialisten losreißen will, so bedeutet dies für sie eine ungeheure Gefahr. Die Imperialisten wissen genau, daß ein erfolgreicher Kampf Chinas ein großes Echo in der ganzen Welt hervorrufen würde. Die Situation verschlimmert sich noch für sie um vieles, insofern, als gerade die unterdrückte Masse der Bauern und Arbeiter die Hauptrolle in dem Befreiungskampf Chinas spielt. Deshalb haben die Briten, deren Haupteinflußgebiet Südchina ist, als unsere Partei 1925 und 1926 noch ihren Hauptsitz in Kanton hatte, nicht nur ihre eigenen Kriegsschiffe gegen China vorgeschickt und sich die feudalistischen chinesischen Militärmachthaber für die Niederschlagung der Freiheitsbewegung gedungen, sondern haben selbst versucht die chinesische Bourgeoisie aus den Reihen der Kuomintang zum Kampf gegen die Arbeiter und Bauern aufzuhetzen. Aber weder die Unterdrückung noch überhaupt die Eindämmung der Freiheitsbewegung ist ihnen gelungen. Im Gegenteil, unsere Macht erstreckt sich heute über ganz Süd- und Mittelchina bis über das Jangtsetal hinaus. Bald wird sich Schanghai, der große Handelshafen, in unserer Hand befinden. In Besorgnis darum schicken die internationalen Imperialisten schon jetzt zahlreiche Kriegsschiffe, Flugzeuge und Landsoldaten nach Schanghai. Daneben verwenden sie aber auch Zuckerbrot. Von Coolidge bis Chamberlain haben alle Imperialisten plötzlich ihren Worten nach eine große Sympathie für die chinesische nationale Befreiungsbewegung. Tatsächlich stehen alle Imperialisten nach wie vor fest zusammen in der Unterdrückung des chinesischen Freiheitskampfes. Aber weder Zuckerbrot noch Peitsche wird ihnen Nutzen bringen. Die vierhundert Millionen chinesischen erwachenden Bauern und Arbeiter werden sich weder ködern noch einschüchtern lassen.

Das Erwachen der kolonialen und halbkolonialen Welt versetzt die Imperialisten in ernste Ängste. Trotz ihrer gegenseitigen Eifersucht schicken sie starke Truppen und viele Luftschiffe nach China, Mexiko, Nicaragua und

Java. Ungeachtet dessen, daß sie es sind, die die Kriegsstimmung heraufbeschwören, beschuldigen die Imperialisten die Sowjetunion, den ersten proletarischen Staat der Welt, die mit den Kämpfen der Kolonialvölker gegen ihre Bedrücker sympathisiert als Anstifterin von Unruhen und als Friedensstörerin der Welt. Die Vorbereitungen der imperialistischen Mächte, den begonnenen Freiheitskampf der unterdrückten Völker niederzuschlagen, sind gleichzeitig Vorbereitungen des Krieges gegen die Sowjetunion. Wir müssen diese Absichten erkennen, um aus ihnen die entsprechenden Lehren zu ziehen.

Die heutige Gelegenheit möchte ich nicht vorübergehen lassen, um im Namen der Kuomintang den Vertretern Indiens den wärmsten Dank der Arbeiter- und Bauernmassen Chinas für den Protest gegen die Entsendung indischer Truppen nach China zu übermitteln und gleichzeitig den Vertretern Latein-Amerikas, aller kolonialen Länder und denen des internationalen Proletariats, besonders aber der englischen Arbeiterklasse, von der wir die aktive Unterstützung der chinesischen Revolution erwarten, die enthusiastischsten brüderlichen Grüße auszurichten.

Der Vizepräsident der britischen Arbeiterpartei und Mitglied des Unterhauses

George Lansbury (England)

nimmt das Wort.

(Lansbury wird mit Hochrufen empfangen. Als er dem chinesischen Delegierten Liau die Hand reicht, ruft er: „Dreimal hoch die Internationale!“)

Zuerst möchte ich mich entschuldigen, daß ich erst so spät komme und ich es nicht ermöglichen konnte, schon früher zu erscheinen. Umstände, auf die ich jedoch keinen Einfluß habe, hielten mich bis jetzt in England fest. Ich bin überzeugt, daß meine chinesischen Genossen meine Abwesenheit gern entschuldigen werden, wenn sie erfahren, daß der größte Teil meiner Zeit, in der Sitzungen hier stattfanden, der Aufgabe gewidmet war, mit der britischen Labour Party im House of Commons die Abstimmung zugunsten der Zurückrufung der Truppen aus China zu sichern. Und dann kam heute das schlechte Wetter dazwischen. Es bedeutet für mich einen sehr großen Verlust, diesen Tag nicht mit Ihnen verlebt zu haben. Ich habe schon vielen Kongressen beigewohnt, doch scheint es mir, in meinem ganzen Leben noch keinem wichtigeren als dem, der jetzt hier abgehalten wird.

Der Vorsitzende teilte mir mit, daß Sie mich willkommen geheißen hätten, obwohl ich keiner der unterdrückten Nationen angehöre. Ich bin je-

doch hier, Freunde, um Ihnen mitzuteilen, daß ich ein Teil der großen Arbeiterklasse der Welt bin, die in den letzten fünfzig Jahren hier im Westen darum kämpfte, sich vom Kapitalismus zu befreien. Wir haben dies noch nicht erreicht. Wir sind noch durch den Fluch des Kapitalismus unterdrückt. Unsere Unternehmer behandeln uns so, wie die Staatsmänner die unterdrückten Nationen behandeln. Die große Unternehmerklasse sagt: „Laßt uns Freunde sein! Laßt uns nicht miteinander streiten! Laßt uns in Frieden und Harmonie leben, während wir uns die fettesten Brocken einstecken", das heißt, während wir die Renten, Profite und Dividenden einstecken. Nun sind wir Sozialisten für die völlige Abschaffung des Rechtes, aus unserer Arbeit Renten, Profite und Dividenden zu ziehen! Und Ihr, unterdrückte Nationen, werdet all diese Jahre dazu gezwungen, anderen Nationen eine reiche Klasse von Parasiten zu schaffen, die ihrerseits nicht nur ihr eigenes Volk, sondern auch Euch niederdrückt. Heute erwachen jedoch die Arbeiter in Europa und in Teilen Amerikas, und es ist die größte Freude meines Lebens, daß sich die Rassen am Stillen Ozean, die in den letzten 150 Jahren vom Imperialismus unterdrückt wurden, die Hände reichen, nicht, um für sich einen Imperialismus aufzubauen, sondern um sich mit den Arbeitern der ganzen Welt dahin zu vereinigen, dem weißen Imperialismus ein für allemal Einhalt zu gebieten.

Ich bin mit vielen nationalen Bewegungen zusammengegangen. Ich war der irischen nationalistischen Bewegung und auch direkt der indischen nationalistischen Bewegung angeschlossen. Doch, Freunde, es gibt kein Mittel auf der Welt, das die politische Macht sichert, ohne nicht zugleich auch die wirtschaftliche Macht zu sichern. Die Arbeiter Chinas, Japans und Indiens müssen sich in den Besitz aller lebensnotwendigen Einrichtungen setzen. Sie sollen sie jedoch nicht dazu gebrauchen, eine große abseits stehende Nation aufzubauen, sondern eine Art „Commonwealth" aller Völker zu schaffen, die im gegenseitigen Dienst miteinander stehen. Alles andere hat keinen Wert. Soweit ich das beobachten kann, wird China heute nur aus dem alleinigen Grunde angegriffen, weil die Männer, die in der Kanton-Regierung herrschen, entschlossen sind, den Kapitalismus mit Stumpf und Stiel aus China auszurotten.

Und Sie müssen mit uns hier im Westen nachsichtig sein. Sie kommen von Afrika, Asien, von den Inseln des Stillen Ozeans und müssen mit der Arbeiterbewegung Englands und der anderen Länder Geduld haben, weil wir gegenwärtig nicht die Mehrheit haben. Ich kann Ihnen jedoch versichern, daß es eine britische Arbeiterbewegung gibt, und daß die britische sozialistische und kommunistische Bewegung Männer und Frauen umfaßt, die, soweit sie in Betracht kommen, entschlossen sind, weder eine Kanone noch einen Mann, noch einen Schuß jemals wieder für den Kapitalismus abzugeben. Wir können nur zu Ihnen kommen und sagen, daß wir wissen, daß

das chinesische Volk gerade jetzt unseren wie auch seinen Kampf führt. Wir wissen, daß, wenn der Kapitalismus sich in China behauptet, er eine weitere Lebensfrist erhält. Und da wir nicht wollen, daß er noch eine neue Lebensfrist zugebilligt bekommt, vereinigen wir uns mit Euch, um die Vertreibung der Engländer aus China zu fördern. Wenn ich sage, die Vertreibung aus China zu fördern, so heißt das: aus China hinaus in dem Sinne, daß sie Rechte und Vorrechte in China bekommen haben, die das chinesische Volk selbst nicht hat. Ich möchte, daß es uns möglich sein wird, in jedem Lande, in jedes Land hinein und aus jedem Lande heraus als Freunde und als Genossen, aber nicht als eine über die andere herrschende Nation zu gehen. Es gibt, wie ich schon sagte, einige unter uns, die entschlossen sind, für ein solches Ziel zu arbeiten.

An diesem Nachmittag, wo ich hier zu Ihnen spreche, wandern meine Gedanken zurück in ein Land im Stillen Ozean, dessen Hauptstadt Balana heißt. Vor vierzig Jahren kochte mein Blut, als ich sah, wie die Frauen jener Stadt dazu gebraucht wurden, in britische Schiffe Kohlen zu verladen, während weiße Männer mit Stöcken in den Händen hinter ihnen standen. Ich weiß, daß die Leute sagen werden, daß dies schon vor langer Zeit sich zutrug. Wenn ich jedoch in Balana gelebt hätte, würde ich dies nie vergessen haben, selbst wenn es vor 10 Jahrhunderten geschehen wäre — ich hätte mich immer daran erinnert. Als ich heute hier unserem chinesischen Genossen die Hand schüttelte, erinnerte ich mich, daß mein Land im Namen des Kapitalismus, im Namen des Imperialismus, im Namen des Profits Opium in die Kehlen des chinesischen Volkes zwang. Ich vergesse nicht, daß in Wan-Hsien und Schanghai chinesische Männer, Frauen und Kinder kaltblütig niedergeschossen wurden; noch vergesse ich, Genosse Nehru, Amritsar, wo wir kaltblütig Männer, Frauen und Kinder Indiens niederschossen. Ich weiß, daß man an ihnen nicht irgendeines begangenen Verbrechens wegen so handelte, sondern darum, weil sie gegen den Kapitalismus rebellierten. Männer oder Frauen, die in der Arbeiterwelt ihres Platzes würdig sein wollen, sollten heute zu den Chinesen und ihrem Freiheitskampf stehen. Genossen, ob Sie Franzosen, Deutsche oder Belgier sind, denken Sie daran, daß — wenn der Kapitalismus in China bestehen bleibt, wenn der Überfluß billiger Arbeit durch Kanonen, Flugzeuge oder Giftgas aufrechterhalten werden kann —, daß dies ein schlechteres Lebensniveau für uns alle bedeutet. Wie werden wir angesichts eines solchen Wettkampfes bestehen und leben? — Denn der Wettkampf ist das Lebenssalz des Kapitalismus. Ohne ihn kann der Kapitalist nicht existieren.

Der Kapitalist hat kein Vaterland. Sie sagen von uns, daß wir kein Vaterland haben. Ich habe kein Vaterland, „die Welt ist mein Vaterland und alle Menschen meine Brüder", sagte Tom Paine, und das ist meine Lehre, von der der Kapitalist praktischen Gebrauch für seine eigenen Zwecke macht. Seine

eigenen Zwecke, die darin bestehen, die Chinesen gegen die Japaner, die Japaner gegen die Inder, die Inder gegen die Europäer nur mit dem einzigen Ziel, des Profitmachens, zu gebrauchen. Die uns sagen, daß die britischen Truppen nach China zur Verteidigung des Lebens britischer Untertanen gehen, belügen uns, und belügen uns bewußt. Sie gehen nur mit dem einzigen Zweck dorthin, kapitalistische Interessen zu verteidigen, ihre Profite zu sichern. Und ich sage meinerseits allen, die das Lebensniveau der Arbeiter der ganzen Welt sichern wollen, die das Lebensniveau der Europäer heben wollen, daß dazu kein anderer Weg führt als der der Befreiung vom Kapitalismus und seine Ersetzung durch den Sozialismus. Es gibt keinen anderen Weg. Hört es, Ihr meine hier anwesenden Freunde des Pazifismus, unser Ruf „Friede" ist zwecklos, solange der Kapitalismus besteht. Der Kapitalismus erlaubt uns nicht, im Frieden miteinander zu leben, wofür China heute ein deutliches Beispiel gibt. Wir denken heute an China, weil es im Vordergrund des Bildes steht. Ich denke aber auch an meine afrikanischen Genossen, die Männer und Frauen Afrikas, die genau so unsere Brüder und Schwestern wie die Inder und Japaner sind — denn sie sind dem gleichen Angriff wie unsere Kameraden in China ausgesetzt.

In meinem Leben habe ich Kriege in Abessinien, Afghanistan, Zululand, Aschanti, Betschuanaland, den Burenkrieg, Kriege gegen die Kaffern und Ägypter, Kriege in der ganzen Welt erlebt. Und wenn ich versuche, ihnen auf den Grund zu gehen, sehe ich, daß sie alle aus dem gleichen Grunde wie der Krieg in China stattgefunden haben. Ihr, Genossen, die Ihr den Frieden liebt, müßt Euch daher den Reihen der Sozialisten anschließen. Ihr, Vertreter der unterdrückten Nationen, dürft Euch nicht allein durch den Ruf „Nationalismus" betören lassen. Individualismus ist etwas Gutes, und ich gebe zu, daß man den individuellen Mann und die individuelle Frau heranbilden muß. Ich gebe zu, daß eine jede Nation ihre eigene Kultur entwickeln muß. Jedoch, Freunde, wenn all dies gesagt und getan ist, müssen wir uns vom imperialistischen System befreien, das das Recht des Stärkeren über den Schwächeren um des Profites willen lehrt, wir müssen uns von denen befreien, die für sich den Anspruch erheben, klüger zu sein (und die in Wirklichkeit nur schlauer und gemeiner sind), von denen, die dadurch, daß sie gemeiner sind als andere, auch das Recht zu haben glauben, andere auszubeuten.

Solange Sie nicht diese Notwendigkeit einsehen, solange Sie sich nicht entschließen, der internationalen sozialistischen Bewegung beizutreten, ist all unsere Arbeit, jeder Handschlag vergeblich. Dies wollte ich hauptsächlich heute hier ausdrücken. Ich wünsche nicht, daß eine weitere Liga sich heranbildet, nur um den Ruhm des Nationalismus zu verkünden, sondern, als ich jetzt meinem chinesischen Freund die Hand schüttelte, war ich stolz, stolz, weil er eine Zivilisation vertritt, die älter ist als die, der ich angehöre, und

weil er in der Kampffront steht, um seinem eigenen Volk vorwärts zu helfen. Aber, Genossen, ich würde nicht die gleiche Freude empfinden, wenn er nur den chinesischen Nationalismus, und nur ihn allein, verkünden und übertrieben preisen würde. Ich will, daß der chinesische Nationalismus mit Internationalismus zusammengeht, da bis zu der Zeit, bis die Welt nicht auf der Grundlage internationaler Kameradschaft der Arbeiter aufgebaut ist, all unsere Arbeit, wie ich nochmals wiederholen möchte, vergeblich ist.

Sie fragen mich, was wir in England tun? Ich kann Ihnen nur mitteilen, was einige von uns tun und was ich selbst zu tun versuche. Vergeßt nicht, daß England das größte imperialistische Land der Welt ist. Wir haben beinahe die Weltkarte von dem einen bis zum anderen Ende rot gemalt. Größere Reiche als unseres sind aus dem gleichen Grunde zu ihrer Zeit niedergegangen, aus dem auch England niedergehen wird, wenn nicht die Arbeiterbewegung unser Land zwingt, seinen Weg zu ändern. Wie man auch die britische Arbeiterbewegung kritisiert, wie schwankend auch ihre Haltung bezeichnet werden kann, soll doch eine Tatsache uns nicht entgehen, daß nämlich in der letzten Woche die britische Arbeiterbewegung im britischen Parlament — dem größten imperialistischen Parlament der Welt — nicht nur eine Deklaration vorlegte, sondern auch für sie sprach und stimmte. Eine Deklaration, die ohne Vorbehalt das Recht des chinesischen Volkes, in seinem Lande zu regieren, anerkennt und verlangt, daß ein für alle Male die Vorrechte, die wir durch Gewalt und Seeräuberei errungen haben, abgeschafft werden. Und auch wir, die Partei als ein Ganzes, stimmten dafür, daß die Truppen zurückgezogen werden sollen. Sie sehen, daß wir als erstes das grundlegende Prinzip anerkennen, daß China den Chinesen gehört. Dann fügten wir noch hinzu, um diesem mehr Wirkung zu verleihen: „Bringt die Truppen heim!“ Freunde, wir werden auf diesem Standpunkte beharren. Wir füllten gestern den Trafalgar-Platz mit einer Menge, die alle das gleiche verlangten. Morgen werden Sie von einer großen Konferenz hören, die in London wegen der chinesischen Genossen stattfinden wird. Seien Sie daher nicht niedergedrückt über die britische Arbeiterbewegung. Wir sind geschult und werden es mit jedem Tag mehr sein.

Was ich eigentlich hier jedem Mann und jeder Frau der freien wie der unterdrückten Nationen eindrücklich sagen möchte, ist, daß sie nicht ihre Kräfte nur für Nationalismus verschwenden sollen. Erkämpft Eure nationale Freiheit, Eure nationale Kontrolle! Dies ist Euer Recht und steht Euch zu. Aber bleibt hierbei nicht stehen, denn wenn Ihr das tun werdet, bleibt Ihr auf halbem Wege stehen. Ich habe gesehen, wie Frankreich seinen Herrscher von sich schüttelte, wie Irland das Joch Englands abwarf, aber ich weiß, daß die Arbeiter heute in Frankreich, genau so wie die Arbeiter in England, um ihre Freiheit kämpfen müssen. Wenn Sie, die Sie zu den unterdrückten Nationen gehören, dem Kapitalismus erlauben, daß er in Ihrem nationalen Auf-



Englisch-chinesische Verbrüderung

Lansbury, der 2. Vorsitzende der Labour Party, England, mit Liau, dem Vertreter der Kuomintang-Partei, China



bau zu einer, wenn auch noch so kleinen Rolle kommt, so kommen Sie in die gleiche tragische Lage, und eben darum glaube ich mit meiner ganzen Überzeugung an Sie appellieren zu müssen, daß Sie alle, von Afrika und Asien und von allen anderen Völkern, Ihre wahre Flagge erheben, und daß es die rote Flagge des Sozialismus sein sollte, die Sie Ihren Bewegungen vorantragen. Lassen Sie diese Flagge, die die Wahrheit symbolisiert, für die ich stehe, Ihnen voranleuchten und damit bekunden, daß wir alle von der gleichen Art sind. Unser Genosse kommt von den entlegensten Gebieten Asiens, und ich komme von einem anderen Winkel, Gott weiß woher. Wir sind doch aus den verschiedensten Ländern, wie Charles Algernon Swinburne sagt, und ich bin glücklich und stolz darauf, daß ich an dieser großen historischen Versammlung teilnehmen kann, und vielleicht teilen Sie mit mir das Gefühl, Sie alle, die zu dieser Versammlung gewählt worden sind, das Gefühl, daß die Menschheit durch Jahrhunderte für eine einzige Idee gekämpft und gehandelt hat, für eine Idee, die eine Lösung bringen soll, die Geknechteten und Unterdrückten wieder aufzurichten.

Freunde, wir haben viele Leute aus den Fesseln der Sklaverei befreit, und Sie werden dieses Werk fortsetzen, selbst in den Tagen, wo ich nicht mehr unter Ihnen weile. Sie werden diesen Kampf gewinnen. Aber ich glaube, daß sich in dieser Woche, auf diesem Kongreß etwas vollzogen hat, das bisher nur sehr selten in der Geschichte der Menschheit vorgekommen ist, und das ist, daß Sie hier die unlösbare Einheit der schwarzen, gelben und weißen Rasse proklamiert haben. Sie haben es hier erklärt, daß die Arbeiter keinen anderen Feind außer dem Kapitalismus haben, Sie haben erklärt, daß die mit Mühe beladenen, unterdrückten Massen für ihre Zukunft zu kämpfen haben. Warum aber soll ich gegen meinen chinesischen Genossen kämpfen und er gegen mich? Nur deshalb, weil mir der Kapitalismus dies gebietet? Ich will es nicht, und er will es auch nicht. Und niemand von ihnen will es und wird es tun! Darum, meine Genossen, will ich nach England zurückkehren, um jenen Resolutionen, die wir hier angenommen haben, Geltung zu verschaffen. Ich denke jetzt nicht nach, wer mit mir und wer gegen mich stehen wird. Aber ich werde das Banner hochhalten. Das Banner, auf dem die Freiheitsrechte Indiens und Chinas aufgeschrieben sind, die Rechte eines jeden einzelnen Menschen auf eine gleiche, menschenwürdige Behandlung in der ganzen Welt.

Freunde, das ist unsere klare Aufgabe. Ein jeder soll nun in seine Heimat zurückkehren, wo er lebt und kämpft, wo er unseren Kampf führt, aber ein jeder von uns soll der Einheit der Menschenrasse gedenken, der Tatsache, daß wir durch unzertrennbare Bande der ökonomischen und politischen Befreiungsbewegung verbunden sind, und daß wir arbeiten, nicht um die imperialistischen Nationen, und nicht um den Kapitalismus zu erzeugen, sondern für die Zukunft und für das Schicksal der menschlichen Kreatur.

Nach ihm spricht

Chen Kuen (China),

der Vertreter des Generalrates des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes und des Canton-Honkonger Streikkomitees.

Ich spreche als Vertreter der chinesischen Gewerkschaften. Wir sind junge Organisationen, aber wahrscheinlich wird niemand behaupten, daß wir einen Mangel an Erfahrung oder an klassenbewußtem Geiste zeigen. Man kann auch sagen, daß wir eine kleine unbedeutende Zahl sind. Hier in Europa weiß man wenig von unserer Arbeit, aber doch werdet Ihr aus den Zeitungen erfahren haben, daß eine ununterbrochene Streikwelle während der letzten 2 Jahre über China dahingefegt ist. Ihr wißt, daß wir letztes Jahr als Antwort auf die Provokationen britischer und japanischer Imperialisten, die kaltblütig unsere Leute ermordeten, das ganze Wirtschaftsleben Schanghais lähmten. Ihr wißt, daß Hongkong, die größte Handelszitadelle des britischen Imperialismus und der zweitgrößte Hafen im fernen Osten, fast ein ganzes Jahr paralysiert worden ist. Unsere Anhänger haben unaussprechliche Leiden erduldet, aber trotzdem wichen wir nicht zurück und waren in diesem Kampfe auf Leben und Tod nicht zu erschüttern. Unsere Streikpostenkontrolle war vollständig, und wir hatten gewerkschaftliche Gerichtshöfe, die die Streikbrecher aburteilten. Glaubt Ihr etwa, daß die Konzessionen, mögen sie noch so gering, hypokritisch und fiktiv sein, die die Regierung Seiner Majestät augenblicklich China zu machen bereit ist, einzig und allein das Resultat des siegreichen Vormarsches unserer nationalen Armeen gegen die chinesischen Söldlinge des Imperialismus waren? Der Streik in Hongkong hatte nicht weniger Einfluß darauf, die Briten zu der Einsicht zu bringen, daß man uns wenigstens einige Konzessionen machen müsse. Darum sind wir das Rückgrat der nationalen Befreiungsbewegung in China, darum sind wir gegenwärtig in der Lage, eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung der chinesischen Geschicke zu spielen.

Mit gespanntem Interesse und tiefer Bewegung folgte ich der Rede des Genossen Lansbury, der bedeutungsvollsten Rede glaube ich, die bis jetzt auf diesem Kongreß gehalten wurde. Er richtete an uns alle einen Appell, uns im Geiste des internationalen Sozialismus zu vereinigen. Uns, die wir die organisierten chinesischen Arbeiter vertreten, fehlt es nicht an diesem Geiste. Wir haben es während des Bergarbeiterstreikes gezeigt, wo wir Gelder für die britischen Bergarbeiter sammelten, obgleich wir damals selber mehrere Hunderttausend Streikende zu unterstützen hatten. Wir haben es gezeigt, und wir werden im Falle der Not unsere Treue gegenüber der internationalen Solidarität wieder zeigen. Aber wir sehen diesen Geist nicht bei den führenden Arbeiterorganisationen des Westens. Welchen Beweis wahrer Sym-

pathie hat das kämpfende chinesische Volk von der II. Internationale und der Amsterdamer Internationale, während all dieser Zeit erhalten? Ich fürchte, daß man sagen muß, mit Ausnahme tönender Resolutionen, keine. Ich sage das nicht, um nur anzuklagen; aber es ist unsere Pflicht, alle unsere Gedanken auszusprechen, denn wir treffen uns hier vor dem Feinde, und Einheit ist das Losungswort. Die Reden, welche Herr Vandervelde über die revolutionäre Bewegung in den Kolonien gehalten hat, haben einen schmerzlichen Eindruck auf uns gemacht. Mister MacDonalds Haltung (Genosse Lansbury und die anderen englischen Genossen sind zu freimütig, das zu leugnen) hat wenig genug internationalen Geist gezeigt. Erst ganz kürzlich haben wir ein typisches Beispiel des Internationalismus erlebt. Als der japanische Mikado starb, gab MacDonald im Parlament seinem Kummer über den Tod des japanischen Kaisers Ausdruck und versicherte den neuen Kaiser seiner aufrichtigen Sympathie angesichts dieses Trauerfalles. Ist eine solche Rede eines Arbeiterführers nicht eine Schande für das internationale Proletariat? Hat nicht MacDonald praktisch die Okkupation des chinesischen Territoriums durch die Truppen des britischen Imperialismus gerechtfertigt? Hat er nicht andeutungsweise von den Tumulten der Menge in Hankau gesprochen, für welche man die Kantonregierung verantwortlich machen müsse? Wenn Ihr britischen Genossen in Eurem Lande die Macht ergriffen habt und wir bis dahin unsere eigene Reaktion nicht vernichtet haben, so werden wir die Roten Truppen Eures Proletarierstaates bitten, uns zu Hilfe zu kommen; aber trotz MacDonald wollen wir nicht, daß Soldaten des britischen Imperialismus noch länger das chinesische Volk oder, um mit Herrn MacDonalds Worten zu sprechen, den „chinesischen Mob“ provozieren. Wir sind einig mit Euch britischen Genossen, die Ihr hier anwesend seid, im Kampf gegen den Kapitalismus und Imperialismus, und ich hoffe, wir sind auch einig mit Euch im Kampf gegen jene, die nur Desorganisatoren der proletarischen Kampffront sind. In diesem Sinne rufe ich Euch den alten sozialistischen Wahlspruch zu:

Proletarier der ganzen Welt, vereinigt Euch!

Mit minutenlang anhaltendem Beifall begrüßt, nimmt der General der chinesischen Volksarmee

General Lu Chung Lin (Kanton)

das Wort.

Diese Veranstaltung macht auf mich einen tiefen und freudigen Eindruck. Bevor ich hier für die chinesische Kuo Min Chun-Armee spreche, die revolutionäre Armee der chinesischen Arbeiter und Bauern, bringe ich diesem Kongreß von ihr Grüße. Mit Freude bemerke ich, daß Ihr

in gebührender Weise der chinesischen revolutionären Bewegung große Aufmerksamkeit geschenkt habt. Sie stellt das Zentrum in der ganzen revolutionären Bewegung der Welt dar, und wenn diese revolutionäre Bewegung sich durchsetzt, so wird sie sich in der ganzen Welt durchsetzen. Darum begrüße ich im Namen der unterdrückten Völker der Welt diesen Kongreß. Heute sehe ich den Beginn einer neuen Welt. Wir sind überzeugt, daß diese neue Welt kommen wird, aber auf ihrem Wege gibt es Hindernisse, und das stärkste und gefährlichste Hindernis ist der Imperialismus und sein Gefährte, der Militarismus. Um die neue Weltordnung herbeizuführen, haben wir die alte zu vernichten. Ich fühle die Bedeutung dieses Kongresses um so schärfer, weil ich ein Soldat bin, und die Pflicht eines Soldaten, wie ich sie verstehe, ist, die Interessen der Arbeiter und Bauern zu schützen. Es tut mir leid, gestehen zu müssen, daß meine Arbeit bisher noch nicht sehr erfolgreich war, denn die Arbeiter und Bauern der Welt sind noch immer bedrückt. Fast schäme ich mich, an diesem Kongreß teilzunehmen. Aber ich möchte es hier klarstellen, daß ich trotz des Soldatseins doch keine Puppe des Imperialismus bin. Niemals werde ich gegen die Arbeiter und Bauern kämpfen, niemals mich durch den Imperialismus bestechen lassen.

Weil ich die Interessen der Arbeiter und Bauern zu schützen versuche, weil ich ein Soldat der Arbeiter und Bauern bin, kehren sich alle mächtigen Feinde gegen mich, und in vielen Jahren versuchte ich, auf den Schlachtfeldern und im Lager mein Bestes zu leisten und einen heftigen Krieg gegen den Imperialismus und die Militaristen zu führen. Unglücklicherweise hatte ich auch Mißerfolge, aber im Geiste habe ich gesiegt. Meine Niederlagen haben mich gelehrt, daß es absolut notwendig ist, eine energische Kampagne gegen den Imperialismus und Militarismus zu führen. Als ich kämpfte und litt, fühlte ich oft unsere Schwäche. Aber hier, angesichts so vieler Kameraden aus allen Teilen der Welt, die unsere Sache unterstützen und für uns arbeiten, bin ich sehr ermutigt. Mein Vertrauen im Kampfe für die Arbeiter und Bauern und die unterdrückten Völker wächst. Ich fühle, daß ich, wenn ich zurückkehre, eine viel kraftvollere Kampagne gegen unsere Unterdrücker zur Befreiung der Völker der ganzen Welt führen kann.

Ich sagte schon: nie werde ich ein Angebot von unseren Feinden, den Imperialisten, annehmen. Aber wenn ich den Direktiven der Imperialisten nicht folge, in welcher Richtung soll ich mich dann bewegen? Mein Führer ist dieser Kongreß. Ich will den Ideen und Parolen folgen, die wir auf diesem Kongreß ausarbeiten. Dieser Kongreß soll mein Ratgeber sein, mich bei der Ausarbeitung meiner Pläne unterstützen, und wenn ich zurückkehre, dann will ich nach Euren Parolen für die Befreiung des Volkes kämpfen. Ich fühle, daß wir jetzt nichts anderes tun können, als für die Revolution zu kämpfen. Unser Erfolg ist nicht mehr fern. Darum möchte ich Euch zurufen: „Allen Erfolg der Weltrevolution!" Schafft die Einheit der unter-

drückten Völker der Welt! Es gibt nichts Ruhmvolleres auf der Welt als die Revolution. Für einen Mann gibt es nichts Ruhmvolleres und Ehrenhafteres, als für die Revolution zu sterben. Hier vor Euch verpflichte ich mich, daß ich für die Sache der Revolution kämpfen und sterben werde. Ich hoffe, daß dies nicht der einzige Kongreß sein wird, den wir zusammenrufen. Viele andere müssen ihm folgen. Aber Genossen, ich habe volles Vertrauen, daß, wenn wir wieder zusammenkommen, unsere Lage nicht mehr die gleiche sein wird. Wir werden andere sein, denn wir werden uns durchgesetzt haben. Auf jenen Kongressen werden wir dann darüber sprechen, wie wir den unterdrückten Völkern helfen können, welche ihre Freiheit noch nicht erhalten haben, und was wir mit den verräterischen Imperialisten tun, die wir gefangen und besiegt haben. Wenn ich nicht sterbe, wenn die Natur mir gestattet, das zu erleben, so will ich mit Freuden an solchen Kongressen teilnehmen.

Nun laßt mich Euch zurufen:

Es lebe die chinesische Revolution!

Es lebe die Weltrevolution und die Freiheit aller unterdrückten Nationen und Klassen!

Dem Generalsekretär der Britischen Unabhängigen Arbeiterpartei

Fenner Brockway (England)

wird hierauf das Wort erteilt.

Ich bin sehr froh, um es in kurzen Worten zu sagen, diesem Kongreß die Grüße der Independent Labour Party Englands zu übermitteln. Wir glauben an die Gleichheit aller Rassen, und wir glauben, daß die Interessen aller Arbeiter, einerlei, welcher Rasse, welcher Farbe oder welchen Stammes, gemeinsame sind. Aus diesem Grunde nahm der Nationalrat unserer Partei mit Freuden die Einladung an, zu diesem Kongreß Vertreter zu entsenden.

Ich wende mich besonders an die indischen * und chinesischen Vertreter. da sie für Völker gesprochen haben, über die der britische Imperialismus herrscht.

Unseren indischen Genossen möchte ich im Namen der britischen I. L. P. sagen, daß wir uns mit ihnen in ihrem Kampf gegen den britischen Imperialismus eins fühlen. Sie kennen die Rolle, die der Gründer unserer Bewegung, Keir Hardie, für die Befreiung Indiens spielte. Der Geist Keir Hardies herrscht noch in unserer Partei. Wir geben mit Beschämung zu, daß, als die britische Arbeiterpartei kurze Zeit für die Regierung Englands ver-

* Siehe Rede Nehrus, Kap. III.

antwortlich war, sie es unterließ, Indien gerecht zu werden. Wir geben zu, daß die Arbeiterregierung zu Indien im gleichen Ton sprach, wie eine kapitalistische Regierung es getan hätte. Es wird uns niemals möglich sein, den Fleck von unseren Errungenschaften zu wischen, daß jene Regierung für die Bengal-Verordnung verantwortlich war. Alles, was ich sagen kann, ist, daß die I. L. P. sich während dieser Periode der Arbeiterregierung diesen Handlungen entgegensetzte und daß wir jetzt bestrebt sind, in einer wiederkehrenden gleichen Situation Indien eine ganz andere Behandlung angedeihen zu lassen. Ich möchte, daß die hier anwesenden Vertreter des Indischen Nationalkongresses erfahren, daß dies die Stimmung unserer Mitglieder ist.

Unseren chinesischen Freunden möchte ich sagen, daß die I. L. P. in England schon öffentlich erklärt hat, daß unsere Sympathien und unsere Solidarität, falls zwischen England und China Feindseligkeiten ausbrechen sollten, mit dem chinesischen Volk und nicht bei der britischen Regierung sein werden. Ich kann Ihnen eine ermutigende Botschaft bringen. Vor einem Monat war die Stimmung der britischen Labour Party in der chinesischen Frage noch schwankend. Die Führer der Labour Party sprachen mit Vorsicht, mit größter Mäßigung, was wohl einige dazu bewogen hat, zu glauben, daß die britische Arbeiterbewegung in Wirklichkeit die Politik der britischen Regierung unterstützt. Es gab Führer in der britischen Labour Party, die nicht nur die Entsendung von Streitkräften nach China unterstützten, sondern sogar ohne Kritik die Polizeikontrolle in den Händen der britischen Regierung ließen. Ich stelle ausdrücklich fest, daß diese Führer nicht die britische Arbeiterbewegung vertreten. Die Ereignisse der letzten Tage beweisen dies. Als die britische Arbeiterbewegung als Ganzes ihre Botschaft an Eugen Chen, den Minister für auswärtige Angelegenheiten der Nationalregierung Chinas, sandte, war in dieser Botschaft keine Forderung der Zurückziehung der Truppen enthalten. Aus diesem Grunde vervollständigte die britische I. L. P. die Botschaft und sagte, daß wir, soweit wir in Betracht kämen, für die Zurückziehung aller britischen See- und Militärstreitkräfte von chinesischem Boden und aus chinesischen Gewässern eintreten.

Gerade in dieser Woche ereignete sich ein Zwischenfall, der zeigt, daß nicht nur die britische I. L. P., sondern die ganze britische Arbeiterbewegung sich schnell dahin entwickelt, die Zurückrufung der britischen Truppen aus China zu verlangen. In dieser Woche beschloß die parlamentarische Labour Party, die auf keinen Fall die aktivsten Elemente der britischen Arbeiterbewegung vertritt, mit Mehrheit in ihrem offiziellen Abänderungsantrag, der gerade heute abend, wo ich hier spreche, zur Debatte steht, die Forderung der Zurückrufung der britischen Truppen, die sich auf dem Wege nach China befinden, einzuschließen.

Aus meiner Kenntnis und der Erfahrung aller Ereignisse in der briti-

schen Arbeiterbewegung schöpfe ich das volle Vertrauen, daß die überwiegende Masse dieser Bewegung für volle Anerkennung der Ansprüche der chinesischen Nation, für Aufgeben aller Vorrechte der Exterritorialität, für Übergabe der britischen Konzessionen, für Zurückziehung der Militär- und Seekräfte, für die Anerkennung des Rechtes Chinas, ohne die Herrschaft des britischen oder eines anderen Imperialismus, an seiner Befreiung selbst zu arbeiten. Und ich möchte heute abend auf diesem Kongreß, der so außerordentlich international in seiner Zusammensetzung ist, den hier anwesenden chinesischen Genossen mein Wort geben, daß im Falle eines Krieges zwischen Großbritannien und China die Mitglieder der I. L. P. sich weigern werden, in diesem Kriege Waffen zu tragen, und daß sie alles tun werden, was in ihrer Macht steht, um ihm den wirksamsten Widerstand entgegenzusetzen.

Während diese eine Gefahr über uns schwebt, existiert noch eine andere und vielleicht noch größere Gefahr. Ich glaube, daß gesagt werden kann, daß die Mehrheit des britischen Kabinetts für einen Bruch mit Rußland — für den Abbruch der Handels- und diplomatischen Beziehungen — ist. Ich glaube, daß sie die erste Gelegenheit — vielleicht durch den chinesischen Konflikt — ergreifen werden, um diesen Bruch durchzuführen. Die I. L. P. wird einem Krieg gegen Rußland den gleichen Widerstand wie einem Kriege gegen China entgegensetzen. Wir sehen diese Gefahren. Wir setzen kein zu großes Vertrauen in die Arbeiterbewegung als Ganzes, aber wir sagen Ihnen ausdrücklich, daß wir unseren größten Einfluß dazu gebrauchen werden, die Politik des Widerstandes gegen den Krieg zur Politik der ganzen Arbeiterbewegung zu machen.

Wenn ich darf, möchte ich heute abend die Hand des hier anwesenden chinesischen Vertreters ergreifen und ihm, soweit die britische I. L. P. in Betracht kommt, unser Wort verpfänden, daß wir uns bis zum äußersten einem Krieg gegen China entgegenstellen werden, daß wir unsere Solidarität mit den chinesischen Arbeitern erklären.

(Nach Fenner Brockways Begrüßung bietet ihm der chinesische Delegierte Liau die Hand, die Brockway unter großer Begeisterung und dem Applaus und den Hochrufen des Kongresses schüttelt).

Miss Ellen Wilkinson (England),

Mitglied des Unterhauses, macht folgende Ausführungen:

Tatsächlich berührte Genosse Ledebour* den Hauptpunkt der Situation, als er sagte, daß die Arbeiter, falls sie wirklich Arbeit verrichten wollen, einen Generalstreik gegen den Krieg — und zwar gegen den Kolonialkrieg —

* Siehe Kap. XIV.

herbeiführen müßten. Aber ich muß ihn an folgende Worte unseres großen englischen Dichters Shakespeare erinnern: „Wohl darfst du Geister aus der dunklen Tiefe heraufbeschwören, aber werden sie dir auch gehorchen?"

Ich möchte heute abend kurz über die Lage in Großbritannien sprechen, wo wir eben einen Generalstreik hinter uns haben. Als ich Donnerstag abends abreiste, hatte im Parlament gerade eine Debatte über die Situation in China stattgefunden. In der nächsten Woche soll über die Kredite für die Truppentransporte nach China vom Parlament abgestimmt werden. Ich will Ihnen ein wenig darüber berichten, wie die Stellungnahme der britischen Arbeiterpartei im Parlament und die der Gewerkschaften zu dieser Lage ist.

Niemand kann Großbritanniens wichtige Entwicklung in diesem letzten Monat verstehen, wenn er nicht die Ursachen kennt, die dazu führten. In England wird heute jede Politik beherrscht von der wichtigen Tatsache, daß wir zwei Millionen Arbeitslose haben. Und daraus ergibt sich die ungeheuere Bedeutung der Ereignisse in China für die englische Arbeiterschaft. Während des 19. Jahrhunderts bildeten die britischen Handelsinteressen die Hauptinteressen des Landes. Wir führten nach China viele Millionen Yards Textilwaren aus. Im Jahre 1895 betrug unser Textil-Export nach China 528 Millionen Yards und 1925 nur 300 000 Yards. Das heißt also, daß er innerhalb 30 Jahren unter eine Million Yards gesunken ist. Anderseits wurden von England Maschinen und noch mehr Kapital exportiert. China wird jetzt von dem britischen Finanzkapital als geeigneter Boden zur Investierung von Kapitalien angesehen, und dieses Finanzkapital benutzt die englische Regierung, um seine Schulden einzutreiben.

Aber welche Bedeutung hat das für die Arbeiterschaft? Wir müssen uns bemühen, auf einem Kongreß wie diesem die Situation genau so zu sehen wie sie ist — und ich möchte den Genossen Ledebour daran erinnern, daß wir Realisten sein müssen. Die Arbeiterklasse ist nicht altruistischer gesinnt als irgendeine andere Klasse. Ihre Politik wird durch ihre Interessen bestimmt. Während des 19. Jahrhunderts war die britische Arbeiterklasse bereit, die Unterdrückung Chinas zu unterstützen, solange sie mehr Arbeit für die englischen Textilarbeiter bedeutete. Heute aber erkennen sie, daß die Lage anders geworden ist. Durch den Kapital-Export nach China erwuchs dem englischen Arbeiter die große Konkurrenz der gering bezahlten chinesischen Kinderarbeit und der unterbezahlten chinesischen Arbeit in den Spinnereien. Deshalb können wir heute von einer tatsächlichen Solidarität der englischen und chinesischen Arbeiterbewegung sprechen. Der Erfolg der Propaganda gegen einen Krieg mit China, welche hauptsächlich von der Arbeiterschaft geführt wurde, ist direkt erstaunlich. Wie aufregend war es, als ich in Aldershot — unserem großen Militärzentrum — in einer überfüllten Versammlung über das Thema „Hände weg von China" sprach. Während meiner Rede wurden draußen die Trommeln geschlagen und die

Klänge der Musikkapellen begleiteten die englischen Truppentransporte, welche nach China verladen werden sollten.

Aber in den Reihen der britischen Arbeiterschaft besteht eine eigentümliche Spaltung. Die konservative Regierung und die Konservative Partei haben ein großes Geschrei erhoben, daß in China das Leben englischer Untertanen bedroht sei und daß man Frauen und Kinder vor der schrecklichen chinesischen Gefahr schützen müsse. (Unsere chinesischen Genossen sehen gar nicht so schrecklich aus — und ich würde ganz gern einige von ihnen dem Britischen Parlament vorstellen.) Aber die Arbeiterschaft antwortete beiden, der konservativen Regierung und den Führern des rechten Flügels der Arbeiterpartei, folgendermaßen:

Selbst wenn in China wirklich das Leben britischer Untertanen gefährdet wäre, so könnte die ganze englische Armee sie nicht gegen ein Volk von 400 Millionen Menschen verteidigen. Wir glauben nicht, daß sie in Lebensgefahr schweben. Sollte es aber doch der Fall sein, so bringt sie fort aus China. Wir behaupten, daß es ebenso leicht ist, 6000 Menschen aus Schanghai wegzubringen als zu ihrem Schutze eine Armee von 20 000 Mann hinüberzutransportieren.

So lautet die Antwort des Landes. Wie ist die Stellungnahme der Arbeiterpartei im Parlament? In dem offiziellen Antrag wurde gefordert, daß diejenigen Truppen, welche jetzt auf der Überfahrt sind, nicht in Schanghai ausgeladen, sondern anderswo hindirigiert werden sollen. Der linke Flügel der englischen Arbeiterpartei im Parlament — ich hatte die Ehre, diese Resolution zu unterbreiten — schlug vor, an Stelle des Wortes umdirigiert „zurückzurufen“ zu setzen. Wir sagten, daß dies keine Antwort auf die chinesische Forderung — und zwar auf ihre berechtigte Forderung nach nationaler Unabhängigkeit — sei, daß die Truppen von Schanghai nach Hongkong geschickt werden sollten, von wo aus sie jederzeit ebenso gut wie in Schanghai störend in die Angelegenheiten Chinas eingreifen könnten, Welchen Sinn hat es also, sie umzuleiten? Wir fordern ihre Abberufung! Mit nur 2 Stimmen Mehrheit — 39 gegen 37 — mußte die Exekutive diesen Antrag zurückziehen. Sie verfaßte eine neue offizielle Resolution, in welcher sie beides forderte, sowohl die Umleitung als auch die Zurückberufung der Truppen.

Mit dieser verbesserten Resolution verpflichtet sich also die gesamte Arbeiterschaft, für die Zurückberufung der Truppen aus Schanghai zu kämpfen. Ich möchte nun auf die Bedeutung dieser Resolution hinweisen. Zum ersten Male, seit dem großen Siege der Konservativen Partei im Jahre 1924, hat in diesem Parlament der linke Flügel der britischen parlamentarischen Arbeiterpartei einen wirklichen Sieg über ihre Exekutive zu verzeichnen. Zum ersten Male ist eine inhaltlich wichtige Resolution des linken Flügels gegen die Exekutive durchgebracht worden. Die zweite große Be-

deutung liegt darin, daß viele derjenigen, die man „Gefühls-Pazifisten" nennen könnte, — Menschen, welche im letzten Kriege lieber ins Gefängnis gingen und für ihre Überzeugung manche Leiden erduldeten anstatt zu kämpfen, — für die Exekutive stimmten, während viele Gewerkschaftsführer, die im Kriege gegen Deutschland hoffnungslose Kriegsfreunde waren, gegen die Exekutive und für die Zurückberufung der Truppen stimmten. Dieser Meinungsunterschied zwischen den sogenannten Gefühls-Pazifisten und den Gewerkschaftlern ist im Hinblick auf die augenblickliche Situation von großer Bedeutung.

Genosse Ledebour sagt: „Wenn Ihr nicht zum Generalstreik aufruft, erreicht Ihr nichts." Wir wissen, daß wir im Augenblick in England keinen Generalstreik herbeiführen können, nicht einmal einen Transportarbeiterstreik. Das ist nicht möglich! Aber genau so wesentlich ist es — das kann ich wohl sagen — daß die konservative Regierung in Anbetracht der ungeheuer großen Propaganda gegen einen Krieg mit China, welche die Arbeiterschaft im ganzen Lande durchgreifend entfaltet, ihren Ton bereits ziemlich gemäßigt hat. Die Sachlage ist so: die konservative Regierung weiß, daß sie England nicht für einen Krieg gegen China gewinnen kann. Sie halten das für eine gefühlsmäßige Beurteilung, aber ich kann Sie auf genau die gleiche Situation verweisen, in der gerade durch solche Propaganda unter der Churchill-Regierung ein Krieg gegen Rußland verhindert wurde. Ich sage nun folgendes: der Transportarbeiterstreik war damals erfolgreich durch den ungeheuren Druck, den die öffentliche Meinung ausübte. Und ich weiß — darin stimme ich mit Genosse Ledebour überein —, daß es ein wirklich wirkungsvolles Mittel sein würde, wenn wir der konservativen Regierung sagen könnten: „Fangt ihr mit China Krieg an, so werden wir streiken." Aber ich muß mit der Wirklichkeit rechnen. Wir in England haben heute einen Generalstreik hinter uns, der durch Faktoren hervorgerufen wurde, auf welche wir jetzt nicht eingehen können. Aber die Gesinnung durch die jener Streik in England zum Erfolg wurde — soweit er die Arbeiter betraf —, gerade diese Gesinnung, glaube ich, wird jeden ernsten Konflikt mit China verhindern. Ich glaube, daß die wirkliche ökonomische Grundlage für einen Frieden in der Solidarität der englischen und chinesischen Gewerkschaftler besteht. Es machte auf unsere Textilarbeiter einen ungeheuer starken Eindruck, daß die Darstellung der Bedingungen in den chinesischen Fabriken genau derjenigen gleicht, wie wir sie im Anfang des 19. Jahrhunderts in Lancashire hatten. Es ist unwahrscheinlich, daß der politische Begriff des Selbstbestimmungsrechtes stark genug ist, um Kriege zu verhindern. Wenn Mitglieder des Parlamentes oder die Öffentlichkeit Mitleid fühlen können mit den armen lieben Chinesen, so könnten doch vielleicht auch manche Mitgefühl für die armen lieben englischen Bankiers aufbringen! Die Lösung dieses Problems liegt allein in der Verwirklichung der einfachen

Tatsache, daß der Klassenkampf in China genau der gleiche ist wie in Großbritannien. Wir wollen keine aussichtslose Propaganda in der Wüste führen. Wir müssen mit den wirklichen Tatsachen der gegenwärtigen Lage rechnen. Die Konservativen rühren die Kriegstrommel. Durch jeden Zwischenfall, wie z. B. Tötung englischer Untertanen, kann die öffentliche Meinung entflammt werden.

Dies ist eine Prüfungszeit für die englische Arbeiterschaft. Ich habe hier in der Hand den Bericht über die China-Debatte, in welcher besonders einer unserer Arbeiterführer ausführte, daß wir der englischen Öffentlichkeit gegenüber für das Leben der englischen Staatsbürger in China verantwortlich seien.

Aber was mich betrifft — und ich spreche hier heute abend nur in meinem Namen und für diejenigen, welche ich hoffe für gemeinsames Handeln gewinnen zu können —, so gelobe ich vor dem gesamten internationalen Proletariat, daß wir für keinerlei Kredite, die sich auf einen Krieg gegen China beziehen, stimmen werden. Und wir hoffen, daß die Parlamentsmitglieder unseres linken Flügels so geschlossen wie nur möglich unsere Beschlüsse unterstützen und ungeachtet der Konsequenzen diese Politik weiter verfolgen werden. Die britische und die chinesische Arbeiterschaft wird durch denselben Kampf vereinigt — und wir hoffen, daß das chinesische Proletariat der Welt eine chinesische Republik erkämpft —, welche der Freund der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt sein wird!

Für die Minderheitsbewegung in den britischen Gewerkschaften spricht ihr Generalsekretär

Harry Pollitt (England).

Ich bringe dem Kongreß die Grüße der revolutionären Arbeiter, die in der nationalen Minderheitsbewegung organisiert sind und die treibende Kraft in der englischen Gewerkschaftsbewegung darstellen. Ich will kurz versuchen, die Entwicklung der britischen Arbeiter zur Ablehnung und Bekämpfung des Imperialismus zu erläutern.

Immer mehr Arbeiter erkennen, daß der Imperialismus nicht das Resultat eines oder mehrerer Unterdrücker ist, die einen besonders rachsüchtigen Geist gegen gewisse indische, chinesische oder andere Kolonialarbeiter haben, sondern daß wir ihn als endgültiges Resultat der kapitalistischen Entwicklung zu betrachten haben, mit anderen Worten: als das letzte Stadium der kapitalistischen Ausbeutung und Expansion; und daß der Imperialismus nicht vernichtet werden kann, ehe nicht der Kapitalismus sowohl in den von ihm ausgebeuteten als auch in den imperialistischen Ländern selber zerstört

ist. Wir sehen in Großbritannien, wie sich diese Frage zu einer ganz definitiven und logischen Schlußfolgerung zuspitzt. Alles, was wir auf diesem Kongreß über die entsetzlichen Bedingungen der Arbeiter in den unterdrückten Ländern hören werden, kann jetzt auch von der ungeheuren Mehrheit der britischen Arbeiterklasse gesagt werden. Wir sehen das besonders in bezug auf jene britischen Arbeiter, welche ehemals in den Hauptindustrien ihres Landes beschäftigt waren, den Industrien, aus welchen sein Reichtum und seine Prosperität entstand. Unser Land hat sich zu dieser Stellung nur dadurch entwickelt, daß es seine Ware in überseeische Länder exportierte. Aber in dem Maße, in dem sich ein eigenes kapitalistisches System in Indien, China und anderen Kolonialländern entwickelt, wird die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im Heimatlande unterminiert. Es entwickelt sich dadurch eine Konkurrenz, der wir nicht gewachsen sind. Heute sind die Bergwerksdistrikte, die Metallindustrie und der Schiffsbau die Zentren des Hungers, in denen die qualifiziertesten Arbeiter in unerhörter Armut leben und unter Verhältnissen arbeiten, die vor 10 Jahren jeder Engländer, welche Meinungsverschiedenheit ihn sonst immer von uns trennen möge, für undenkbar gehalten hätte. Immer klarer erkennen die englischen Arbeiter, daß ein bloßer Regierungswechsel in unserm Lande nicht genügt. Sie erkennen, daß die politische Macht in unserm Lande wie in allen andern Ländern in die Hände der Arbeiter und Bauern übergehen muß.

Auf dieser Basis müssen wir eine Bewegung wie die unsere errichten. Nur so wird es möglich sein, den richtigen Weg zum Ziel zu finden. England, das ist wahr, ist nur ein kleines Land, das sich seiner Verfassung und seiner Demokratie rühmt. So klein es aber ist, unterjocht es doch 330 Millionen Inder, 55 Millionen Menschen in den Kronkolonien und $5^1/_2$ Millionen farbiger Arbeiter in Südafrika. Der Imperialismus bedeutet für die betroffenen Nationen Okkupation ihres Gebietes, Zwangsarbeit, Verlust der politischen Rechte und in vielen Ländern die Verweigerung der elementarsten Rechte der Gewerkschaftsorganisationen. Der Imperialismus führte zwischen den imperialistischen Ländern selbst zu einem stets wachsenden Kampf um den Besitz dieser Versorgungsgebiete, billiger Arbeitskräfte und profitabler Ausbeutung. Diese Rivalität bildet die treibende Kraft zu der raschen Vermehrung der Rüstungen und zur Schaffung all des Kriegsmaterials, das für einen neuen Weltkrieg, gegen den der von 1914 ganz unbedeutend sein wird, alle Garantien gibt — vorausgesetzt, daß der Kapitalismus inzwischen nicht zerstört wird. Wir müssen in unserm Lande die Dinge also von dieser Warte aus beurteilen. Was sehen wir da? Wir sehen die alten Tage verschwinden, wo eine Arbeiteraristokratie subventioniert wurde, weil man kolossale Profite aus Indien und China herausholte. Überall sehen wir ein beständiges Sinken des Lebensstandards der Arbeiterklasse, das von einem fortgesetzten Angriff auf die Rechte der Ge-

werkschaften und auf die Errungenschaften, die der durchschnittliche englische Gewerkschaftler für alle Zeiten gesichert glaubte, begleitet wird. In dem Maße, in dem Großbritannien sich Kolonien eroberte, hat sich in diesen Ländern die gleiche Bewegung entwickelt, die in England zur Zeit des Frühkapitalismus bestand. Genossen der anderen Länder! Lernt aus unseren Erfahrungen! Die englische Arbeiterbewegung hat diesen einfachen, höchst wichtigen Faktor voll schätzen gelernt. Man kann keine Bewegung einzig und allein auf der Unterstützung eines oder zweier kluger Intellektuellen aufbauen. Die wahre Stärke jeder Bewegung liegt in der Tatsache, daß sie sich auf diejenigen stützt, die letzten Endes den Kampf durchzuführen haben, wenn er geführt werden muß, nämlich auf die Arbeiter und Bauern aller Länder. Nun, sogar die Aristokratie der Arbeiterbewegung Englands hat in der Schule der praktischen Erfahrung vier Dinge zwangsmäßig lernen müssen:

Der Imperialismus bedeutet

1. Arbeitslosigkeit von noch nie dagewesener Dauer und nie erlebtem Umfange;
2. niedrige Löhne;
3. verlängerte Arbeitszeit;
4. die Unvermeidlichkeit eines neuen Krieges.

Diese Dinge zwingen die Arbeiterbewegung, trotz der Wünsche und Hoffnungen der bestehenden Führerschaft, zu einer Links-Orientierung. In dieser Woche haben einige Führer im Parlament unter dem Druck der Masse angefangen, Reden über China zu halten, wie sie solche 14 Tage oder 3 Wochen zuvor niemals gehalten hätten. Sie halten diese Reden jetzt, weil der Druck der Massen sie dazu zwingt, dieser Druck, der ständig in der einzig wahrhaft konstruktiven Richtung auf sie ausgeübt werden wird.

Wir als britische Delegierte haben eine besondere Verantwortung, denn unser Land ist das Zentrum des Imperialismus und stellt noch immer eine gewaltige Macht dar. Wir glauben, daß gewisse Dinge uns zur Ausführung zufallen, und ich vertraue fest darauf, daß alle, die hier auf diesem Kongreß sind, sich mit mir eins sind darüber, daß es notwendig ist, folgende Aufgaben durchzuführen.

Erstens halte ich es für die Pflicht dieses Kongresses, ohne Zögern zu erklären, daß es nicht nur richtig ist, den Imperialismus zu entlarven, sondern, daß es vor allem wichtig ist, sich zum direkten Kampf für seine Zerstörung zu organisieren.

Zweitens müssen wir, glaube ich, die internationale Einheit der Arbeiter jeder Rasse, jedes Glaubensbekenntnisses und jeder Farbe als eine Grundbedingung für die erfolgreiche Ausführung des Kampfes, den wir vorhaben, herbeiführen. Wir dürfen nicht länger in eine östliche und westliche Bewegung isoliert und geteilt werden. Die Arbeiter von Lancashire wurden zu Kurzarbeit

verurteilt und sind arbeitslos geworden wegen der billigen Baumwollwaren, die in China produziert werden. Sie begreifen jetzt, daß der Kampf zwischen den chinesischen Textilgewerkschaften und den Gewerkschaften in Lancashire die stärkste Waffe war, welche die Arbeitgeber anwenden konnten, um die Lebenshaltung der Textilarbeiter in Lancashire zu verschlechtern. Aber diese Waffe läßt sich nicht länger anwenden, wenn die chinesischen Textilarbeiter, die Textilarbeiter von Lancashire und die indischen zusammenstehen als eine feste Phalanx, die gegen die gleichen Kräfte des Kapitalismus kämpft.

Darum ist die internationale Einheit mehr als eine Demonstration, die man macht, um ein paar Bravorufe zu bekommen. Sie ist eine wahre praktische Notwendigkeit, und wir müssen ihr alle persönlichen Überlegungen unterordnen, nicht nur im unmittelbaren wirtschaftlichen Kampfe, sondern weil diese internationale Einheit eine absolute Notwendigkeit ist in unserm Kampfe um die volle Emanzipation und Unabhängigkeit aller bestehenden Kolonialländer. Wenn wir den Arbeitern unseres eigenen Landes diese Tatsache nicht klarmachen, so verwirren wir nur das Bild und bereiten den Weg für Kompromisse und Verrat, wenn die Imperialisten den Kolonien trügerische Reformen, z. B. die sogenannte Selbstregierung, zubilligen, wozu sie sich von Zeit zu Zeit veranlaßt fühlen, während Millionen von Arbeitern dieser Länder, die angeblich unabhängig sind und eine eigene Regierung haben, unter den unerhörtesten Verhältnissen der Ausbeutung arbeiten und leben müssen.

Ich halte es für die Pflicht der britischen Arbeiterbewegung, sofort die engsten Bande mit der indischen und chinesischen Gewerkschaftsbewegung herzustellen. Ich nenne diese drei Länder, weil im Augenblick unsere Interessen sich jeden Tag mit denen der indischen und chinesischen Arbeiter begegnen. Unseren chinesischen Genossen möchte ich in diesem Zusammenhang sagen, daß wir von der Nationalen Minderheitsbewegung unseren alten Vorkämpfer Tom Mann als Vertreter zum chinesischen Gewerkschaftskongreß, der im nächsten Monat in Hankau stattfinden wird, geschickt haben. Ich habe volles Vertrauen, daß die Anwesenheit eines einzigen Engländers auf dieser Konferenz eine unerhörte moralische, anspornende Wirkung auf alle anwesenden Genossen haben wird. Ich glaube, unser Kongreß muß die strikte Erklärung abgeben, daß unter keinen Umständen ein Stimmen für die Kriegskredite gestattet ist, welche dazu dienen sollen, bewaffnete Streitkräfte zur Niederhaltung der unterdrückten Nationen auszuschicken. Dann müssen wir, glaube ich, sogar noch einen Schritt weitergehen und uns klar darüber werden, was wir zu tun haben, wenn der Sieg unser sein soll. Es ist nicht nur nötig, zu enthüllen, was der Imperialismus für den Gewerkschaftler bedeutet. Ebenso klar muß man zeigen, was ein Krieg für unsere Genossen bedeutet, welche für den Dienst in Armee und Flotte ver-

pflichtet werden. Man muß ihnen sagen, daß sie ihrer Klassenpflicht zu folgen haben und sich weigern müssen, ihre Kameraden in andern Ländern niederzuschießen.

Noch ein Wort an meine indischen Kameraden und das letzte an die chinesischen. Meiner Meinung nach ist der wahre Grund, weshalb indische Truppen nach China geschickt werden, nicht der, daß sie dort wirklich gebraucht werden. Man wollte nur dadurch feststellen, wieviel sich Indien noch von der britischen Regierung bieten lassen würde. Dagegen muß man nicht nur protestieren. Das war ein Versuch, die Stärke der nationalistischen Bewegung in Indien festzustellen. Die Lehre, die wir meiner Meinung nach daraus ziehen müssen, ist, unsere Kameraden in Indien darauf hinzuweisen, daß ihre Bewegung sich nicht nur fester mit den eigenen Arbeitern und Bauern zusammenschließt, sondern daß sie auch engere Beziehungen mit der britischen Arbeiterbewegung herstellt und so eine so verräterische, skandalöse Politik unserer Führer, wie sie mein Genosse Brockway gestern abend beschrieben hat, unmöglich gemacht wird.

Unseren chinesischen Genossen möchte ich sagen, daß sie nicht verzagen sollen, denn die Solidarität und die besten Wünsche der britischen Arbeiter sind mit ihnen im gegenwärtigen Kampfe. Von einem Ende der britischen Inseln bis zum andern erhebt sich eine gigantische Welle der Abneigung gegen die Intervention in China, so mächtig, wie wir sie nicht gesehen haben seit den Tagen von 1920, als die Aktionsausschüsse gebildet wurden, um den Krieg gegen Rußland zu verhindern. In London wird morgen unter der Führung des Londoner Gewerkschaftsrates die größte Gewerkschaftskonferenz, die diese Stadt je gesehen hat, unter dem Rufe: „Hände weg von China!" stattfinden. In allen wichtigen Seehäfen werden am Sonntag Demonstrationen und Konferenzen organisiert, die definitive Komitees schaffen sollen, welche nicht nur „Hände weg von China" rufen, sondern auch eine entschiedene revolutionäre Taktik verfolgen.

Dieser Kongreß sollte eine kleine, aber bedeutsame Tatsache wissen. Als die englischen Soldaten nach China geschickt wurden, taten revolutionäre Arbeiter, was in unserm Lande bisher nie getan wurde: während die Soldaten durch die Straßen marschierten, verteilten unsere Genossen Flugblätter an sie, in denen die wirtschaftliche Lage der chinesischen Arbeiter und Bauern erklärt und ihnen auseinandergesetzt wurde, welches eigentlich ihre Aufgabe sein sollte. Wenn man sie auffordere, ihre Arbeitskameraden in anderen Ländern niederzuschießen, so würde die Rückwirkung dieser Schüsse in ihrem eigenen Lande gespürt werden, und ihre eigenen Väter, Schwestern und Brüder würden zur Annahme schlechterer Arbeitsbedingungen gezwungen werden. Die militärischen Autoritäten waren darüber bestürzt, daß diese Propaganda so weit gediehen war. Auf zwei Schiffen, „Kinfauns Castle" und „Kildonian Castle", wurde jedem Soldaten eine Erklärung der

Politik der Nationalen Minderheitsbewegung gegenüber China und ein Appell, nicht auf die chinesischen Arbeiter zu schießen, gegeben.

Nun Genossen, sollen wir noch an etwas anderes denken, was mit diesem ganzen Fragenkomplex verknüpft ist. Es gibt ein Land, das bei jeder denkbaren Gelegenheit den unterdrückten Völkern geholfen hat, und das, als es sich befreite, sofort alle Konzessionen und alle Territorien freigab, die als Resultat zaristischer Autokratie und durch Kriege errungen waren. Ich meine die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Sie wird angegriffen, weil sie die einzige Republik der Arbeiterklasse in der ganzen Welt ist, die den unterdrückten Völkern anderer Länder hilft. Das haben wir in Betracht zu ziehen. Als im Jahre 1917 die russische Revolution ausbrach, haben wir nicht geantwortet. Aber die psychologische Wirkung, die jene Revolution auf die östlichen Länder hatte, kann nicht geleugnet werden. Laßt darum das Losungswort dieses Kongresses sein: *Einheit auf der internationalen Front!* Die Eroberung der vollständigen politischen Macht als unseres endgültigen Zieles, nicht nur auf nationaler, sondern auf internationaler Basis. Das ist der einzige Weg, mit dem man die Macht der imperialistischen Ausbeuter brechen kann. In unserm Lande können wir das am besten tun, indem wir die Bande der Brüderlichkeit und Solidarität fester schließen. Wir werden die erste Gelegenheit benutzen, um zu versuchen, die Arbeiter zum Streik zu bewegen, sei es bei einem Truppen- oder einem Munitionstransport. Sollte dies uns aber nicht gelingen, dann soll es doch nicht deshalb sein, weil wir es nicht versuchen. Die britischen Genossen haben ein so starkes Interesse daran, daß die chinesischen Kameraden für sich eine erfolgreiche Revolution durchführen, weil sie wissen, daß es von der größten Bedeutung ist, daß die Kräfte Sowjet-Rußlands sich mit denen Sowjet-Chinas vereinigen, um ein für allemal die Macht des Imperialismus zu brechen, die heute die Welt unterdrückt.

Der Sekretär der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale

William Brown (England)

hält folgende Ansprache:

Obwohl ich Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes bin, erscheine ich hier auf diesem Kongreß nur als Privatperson und, dank Ihrer Höflichkeit, als Gast.

Es ist nicht mein Vorhaben, eine längere Ansprache zu halten, und ich weiß, daß das auch nicht verlangt wird. Andererseits erscheint es mir sehr schwierig, eine kurze Rede zu halten, ohne allgemeine Worte oder Wieder-

holungen desjenigen zu vermeiden, was schon von verschiedenen Delegierten hier ausgesprochen wurde. Zu gleicher Zeit aber schätze ich es sehr, auf Grund Ihrer Einladung ein paar Worte zu sagen, weil ich mit großem Interesse Ihrem Kongreß gefolgt bin und ich auch versichern kann, daß ich mit meiner vollen Sympathie auf Ihrer Seite stehe. Es ist schon wiederholt gesagt worden, daß dieser Kongreß ein Markstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung bedeutet. Was ich aber mehr als alles andere schätze, ist die Tatsache, daß man hier Arbeiter aus allen Teilen der Welt zusammenbringt. sogar von verschiedenen Organisationen, die verschiedene Richtungen vertreten. Es ist wahr — ja sogar eine feststehende Tatsache —, daß. wenn die ganze organisierte Arbeiterbewegung zusammenkommen könnte, kein Zweifel übrigbliebe über die künftige Befreiung aller Arbeiter. Ich glaube, daß die Notwendigkeit der Einheit in der Arbeiterbewegung eine allgemein anerkannte ist, und was wir deshalb am meisten bedauern, ist der Kriegszustand unter Brüdern der Arbeiterorganisationen selbst. Dort liegt das große Problem. Wenn wir einmal zusammen arbeiten oder voll zusammenstehen mit allen Arbeiterorganisationen in den verschiedenen Teilen der Welt, dann steht der Erfolg des Kampfes gegen unsere Gegner fest. Meiner Meinung nach sollen wir statt der Momente des Unterschiedes Momente der Übereinstimmung suchen. Und darum kommt mir dieser Kongreß im Zusammenhang mit der Frage der unterdrückten Völker so äußerst wichtig vor. Es ist eine der Grundfragen, mit der sich heute jede Arbeiterorganisation beschäftigen sollte. Und wenn wir sie darauf konzentrieren könnten und erreichten, daß sie es auf dieser Grundlage mit der Einheit versuchten, dann würde auch in den verschiedenen Ländern die Trennung der Organisationen der Zusammenarbeit, die wir alle so heiß ersehnen, Platz machen können.

Ich muß mich wohl auf diese wenigen Bemerkungen beschränken, deshalb spreche ich meine besten Wünsche für Ihre Arbeit hier aus und hoffe ernsthaft, daß dieser Kongreß nicht der letzte sein wird, und daß mehrere gleicher Art noch folgen werden; denn was wir am meisten nötig haben, um uns zusammenzufinden und unsere Probleme zu diskutieren, ist die persönliche Berührung. Denn es ist so, wie mir eine Delegation heute sagte: „Wir haben in fünf Minuten erledigt, was wir in fünf Jahren Korrespondenz nicht erreichen konnten." In einer allgemeinen Weltbewegung kann eine Konferenz wie diese ohne eine vorher geplante oder vorbereitete Tagesordnung, unter Vermeidung fremder und leerer Resolutionen, von welchen es so viele gibt, auf die Tiefe kommen und die Lage um so ernsthafter betrachten, wenn wir den Grad der Zusammenarbeit erreicht haben, den wir alle wünschen.

Rede des Delegierten des All-Londoner Gewerkschaftsrats

John Stokes (England).

Ich überbringe Ihnen die Grüße des Londoner Gewerkschaftsrates und zugleich auch die Grüße einer Versammlung, die am letzten Sonnabend Nachmittag in einem der größten Londoner Säle abgehalten wurde.

Genosse Lansbury berichtete Ihnen von der imposanten Demonstration auf dem Trafalgar Square als eine der größten, der er je beigewohnt hatte. Ich glaube jedoch, daß die Versammlung in der Memorial Hall weitaus wichtiger war, als die Demonstration in dem Square, und zwar aus folgendem Grunde: zu der Versammlung in der Memorial Hall waren alle Gewerkschaften von London, alle sozialistischen und Arbeiterorganisationen eingeladen worden. Die Antwort auf diese Einladung fiel derartig aus, daß wir erstaunt waren über die unerwartet große Beteiligung an dieser Konferenz. Der Sekretär des Londoner Gewerkschaftsrates und ich hatten mit höchstens 200 Delegierten gerechnet, statt dessen waren fast 600 erschienen, von denen jeder von den verschiedenen Organisationen ernannt und zu der Versammlung geschickt worden war.

Ich will Ihnen nun Zahlen und die dort anwesenden Organisationen nennen und zugleich damit der kapitalistischen Presse eine Antwort erteilen auf die stete Behauptung, daß die Arbeiterschaft Londons nicht hinter der „Hände weg von China“-Bewegung stände. An dieser Konferenz nahmen nicht weniger als 56 Gewerkschaften teil. Von diesen Gewerkschaften waren nicht weniger als 214 verschiedene Sektionen mit 392 Delegierten der eigentlichen Arbeitergewerkschaftsorganisationen vertreten. 29 Gewerkschaftsräte wurden durch 49 Delegierte vertreten, 27 Frauengenossenschaften hatten 40 Delegierte geschickt und so ergab sich aus den Arbeiterorganisationen die Gesamtzahl von 481 Delegierten — nur aus Gewerkschaften. Die etwa 50 verschiedenen Gruppen sozialistischer und anderer Körperschaften hatten 80 Delegierte entsandt. Dies ist meine Antwort an die kapitalistische Presse.

Diese Konferenz kann man als eine Versammlung der kampfbereiten englischen Arbeiterklasse ansehen; und wenn auch immer von der kapitalistischen Presse das Gegenteil betont wird, so können Sie trotzdem versichert sein, daß es sich nicht um ein Strohfeuer oder um leere pazifistische Phrasen handelt, sondern daß in dieser Versammlung die besten Elemente der Londoner Gewerkschaftsbewegung vertreten waren.

Sie wurde ausdrücklich vom Londoner Gewerkschaftsrat zusammengerufen zur Bildung von Komitees „Hände weg von China“. Es wurde beschlossen, sofort damit zu beginnen, und man gründete zu diesem Zweck den britischen Gewerkschaftsrat für die Freiheit Chinas. Innerhalb ganz kurzer Zeit wuchs diese Gruppe, und unser nächster Schritt wird sein, in den

verschiedenen Bezirken Londons die lokalen Organisationen zu gewinnen, um energisch für „Hände weg von China" arbeiten zu können. So hoffen wir, jedem Angriff zuvorzukommen, den die kapitalistische Regierung Großbritanniens unternehmen könnte.

Meine Kameraden in London (d. h. die an jener Konferenz anwesenden Arbeitervertreter) kennen genau die mit dieser Frage verbundenen wirtschaftlichen Faktoren und wissen, wie schwer es ist, die Meinung des Volkes und der großen Gewerkschaftsbewegung in eine gleiche Richtung zu bringen.

Während es ganz sicher ist, daß die Sektionsvertreter sozialistisch gesinnt und kampfbereit sind — manche sogar außerordentlich stark — so ist man immer wieder entsetzt über die erschreckende Unwissenheit der Masse des Volkes in London und ganz England über die Lage in China. Die Masse weiß sozusagen nicht, was in China vor sich geht — sie liest nur die Nachrichten, die ihr die kapitalistische Presse vorsetzt: nämlich, daß es dringend notwendig sei, zum Schutze der in China lebenden englischen Untertanen dorthin Truppen zu schicken. Natürlich glaubt man diese Lügen, und das mag Ihnen beweisen, wie wichtig es ist, daß man in England eine Propaganda entfaltet, durch die die Masse erzogen und über den wahren Stand der Dinge und Ereignisse in China informiert wird.

Die Resolution, die auf dieser großen Konferenz gefaßt wurde, ist wirklich von weittragender Bedeutung, und ich finde keine Worte, die Sie so vollkommen über die Möglichkeiten aktiver Propaganda sichern könnten, als die Sätze der Resolution selbst, die ich deshalb zur Verlesung bringe: Verlesung bringe:

„*Resolution Nr. 1:* Die Konferenz, an der die gesamte organisierte Arbeiterschaft Londons vertreten ist, gibt ihrem nachdrücklichen Widerstand gegen eine von der Regierung geplante militärische Aktion in China Ausdruck.

Wir schicken den chinesischen Arbeitern unsere brüderlichen Grüße und wünschen, daß es ihnen gelingen möge, sich von der imperialistischen Ausbeutung durch England und andere Mächte zu befreien, die die chinesischen Arbeiter durch schlechte Löhne und lange Arbeitszeit erbarmungslos ausnutzen. Wir wissen, daß das siegreiche Fortschreiten ihrer Freiheitsbewegung von Nutzen für die Lage der Arbeiterschaft unseres Landes sowie aller Länder der Welt sein wird. Der Sieg des chinesischen Arbeiters bedeutet zugleich den Sieg des Arbeiters allüberall und besonders in England.

Die Verantwortung dafür, daß schnellste Maßregeln ergriffen werden, um einen imperialistischen Krieg gegen China zu verhindern, ruht auf den Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung. Deshalb fordern wir alle lokalen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen auf, gemeinsam mit den Gewerkschaftsräten „Hände weg von China"-Komitees zu gründen

mit dem Ziel, sowohl Fabrikation als auch Transport von Munition und anderen Kriegsmaterialien, sowie Truppentransporte nach China zu verhindern.

Die Konferenz nimmt folgendes Programm an und erklärt, daß dessen Durchführung für alle Arbeiterorganisationen eine große Verpflichtung bedeutet:

1. Gewerkschaftliches Verbot der Fabrikation von Kriegsmaterialien und Boykott der Waffen-, Munitions- und Truppentransporte, die für einem imperialistischen Angriff auf China Verwendung finden sollten.

2. Sofortige und bedingungslose Anerkennung der vollen Souveränität und Unabhängigkeit Chinas.

3. Die Anerkennung der Kanton-Regierung als Nationalregierung Chinas.

4. Verzicht auf alle Exterritorialrechte und Privilegien, die die englischen Staatsbürger gegenwärtig in China genießen.

5. Unterhandlung mit der Kantoner nationalistischen Regierung zum Abschluß neuer Verträge, die die jetzigen ungleichen Verträge ersetzen sollen.

6. Sofortige Zurückziehung aller Streitkräfte von chinesischem Boden und der Kriegsschiffe aus den chinesischen Gewässern.

7. Verwirklichung einer engen Zusammenarbeit zwischen der britischen und chinesischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und Entsendung einer Gewerkschaftsdelegation nach China durch den Gewerkschaftskongreß."

Diese Resolution wurde — gegen nur eine Stimme — angenommen. Die nächste Resolution, die eingereicht wurde, lautet folgendermaßen:

„*Resolution Nr. 2:* Die Konferenz, die die organisierte Arbeiterschaft Londons vertritt, erklärt, daß es für das Exekutivkomitee des Londoner Gewerkschaftsrates notwendig ist, die Arbeit der gesamten Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung des Gebietes von London zu verbinden für die Durchführung des in Resolution Nr. 1 niedergelegten Programms."

Eine weitere Resolution, die aus der Mitte der Versammlung heraus gestellt wurde, fordert den vereinigten Ausschuß der englischen Arbeiterpartei und des Generalrats des Gewerkschaftskongresses auf, eine nationale Konferenz einzuberufen — und diese Resolution wurde einstimmig — ohne Widerspruch — angenommen.

Für die Delegierten der Gewerkschaften, die an dieser Konferenz anwesend waren, bedeutet die Annahme der 1. Resolution, daß sie jetzt zu ihren Verbänden zurückkehren werden und mit ihnen ernstlich über Mittel und Wege beraten, um die Produktion von Kriegsmaterialien zum Stillstand zu bringen (wofür wir den Ausdruck „embargo" — Verbot — gebrauchen). Es bedeutet weiter, daß die Delegierten der Eisenbahner, der Transport-

arbeiter und Ingenieure, der Arbeiter, die Schießwaffen und Munition, ja sogar derjenigen, die Nahrung und Kleidung für die Truppen herstellen, sich in Reih' und Glied stellen und dahin wirken müssen, daß kein Schiff den Hafen verläßt und kein Zug abfährt, die bewaffnete Kräfte befördern und daß eine Einheitsfront für eine gemeinsame Aktion geschaffen wird. Es ist eine außerordentlich schwere Verantwortung, die organisierte Arbeiterschaft zu einem solchen Vorgehen aufzurufen, denn eine große Anzahl aktiver und kampfbereiter Gewerkschaftler sitzt bereits seit dem letzten Generalstreik in den englischen Gefängnissen. Und keine aus der Geschichte der englischen Politik bekannte konservative Regierung war derartig rachsüchtig, derartig anmaßend und so fest entschlossen, ihre Herrschaft über das englische Volk um jeden Preis aufrechtzuerhalten, wie die, die jetzt an der Macht ist. Obgleich wir mit all unserer Kraft daran arbeiten, diese Regierung zu stürzen, so dürfen wir doch nicht dabei vergessen, daß diese anmaßende Körperschaft mit Hilfe von Arbeiterwählern ins Parlament gewählt wurde. So sehr wir das bedauern, so ist es leider doch so. Wie sehr wir auch ihren Sturz herbeiwünschen, so ist sie doch noch dort mit dem festen Entschluß, solange wie nur immer möglich dort zu bleiben. Ich lenke die Aufmerksamkeit auf diese Dinge, weil wir die Größe der von uns noch zu leistenden Arbeit klar erkennen müssen.

Wir wissen, was wir tun müssen, um die Arbeiterschaft zu der von uns gewünschten Stellungnahme zu bringen. Sie wird sich vielleicht nicht zu revolutionären Taten treiben lassen, aber was die „Hände weg von China"-Bewegung betrifft, so glaube ich bestimmt — und mit mir meine Kollegen im Londoner Gewerkschaftsrat — daß das Volk vom letzten Kriege her (man hatte ihm erzählt, dieser Krieg würde den Krieg für alle Zeiten beenden — Gott verzeihe es ihnen!) noch übergenug hat, so daß wir glauben, es für einen gemeinsamen, wirksamen Widerstand gegen einen Krieg mit China gewinnen zu können.

Die zweite Resolution ist von ebenso großer Bedeutung. Sie fordert den gemeinsamen Ausschuß der parlamentarischen Arbeiterpartei und des Generalrats des Gewerkschaftskongresses auf, mit vereinten Kräften ihren Einfluß in der chinesischen Frage geltend zu machen. Unsere Versammlung ersuchte sie, eine nationale Konferenz einzuberufen und diese mit der Fortführung des von der Londoner Bewegung begonnenen Werkes zu beauftragen. Diese Nationalkonferenz soll hauptsächlich die Gründung von „Hände weg von China"-Komitees zur Aufgabe haben, und zwar nicht nur für London, sondern auch für alle großen Provinzstädte Großbritanniens, z. B. in Birmingham, wo es Handfeuerwaffen gibt, in Newcastle und Gateshead (dessen Vertreter unser Genosse Beckett ist), in Coventry, der Heimat der Maschine — überall im ganzen Lande — sollen solche Komitees errichtet werden, um so die Regierung zu zwingen, von ihrem Vorhaben ab-

zustehen. Wir hoffen, daß der Generalrat des Gewerkschaftskongresses (dessen Vorsitzender, Genosse George Hicks, einmal Mitglied des britischen Arbeiterrates für die Freiheit Chinas war) jedem Druck standhalten kann, der wegen der Einberufung dieser nationalen Konferenz auf ihn ausgeübt werden könnte.

Ich möchte nun auf einen andern Punkt unserer Propaganda hinweisen, der mir gestern anläßlich der Rede des Genossen Brown, des Sekretärs der Gewerkschaftsinternationale, einfiel. Er ist zwar nicht in seiner Eigenschaft als Delegierter seiner Organisation hier und sprach nur für seine eigene Person, aber ich bin überzeugt, daß die Botschaft, die ich im Namen der Londoner Arbeiterbewegung übermittelte, von großer Wirkung sein und auch von der Gewerkschaftsinternationale gehört werden wird. Viele der 56 Gewerkschaften, deren Vertreter sich am letzten Sonnabend trafen, sind der Gewerkschaftsinternationale angegliedert. Meine Botschaft lautet nun: Wenn es gut ist, zur Unterstützung unserer chinesischen Kameraden eine Propaganda in London zu organisieren, so wird es auch gut sein, sie national zu entfalten — und wieviel besser wird es erst sein, wenn man sie international gestaltet. Und Brown sollte sich verpflichten, die Exekutive der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale darauf aufmerksam zu machen.

Wenn ich auch genau weiß, daß er mit keinerlei Mandat hierher kam, so denke ich doch, daß das, was ich eben sagte, sehr wichtig ist, und endlich glaube ich noch, daß man sich entscheiden müßte, eine internationale Konferenz einzuberufen, auf der nicht allein gefordert werden dürfte, daß England seine Kriegsschiffe in den eigenen Gewässern lasse und seine Truppen zurückziehe, sondern an der diese Forderung auch an die Regierungen anderer Länder gerichtet werden müßte, wenn die Völker der andern Nationen sich von der Konferenz der letzten Woche leiten lassen wollen.

Ich habe nicht mehr viel hinzuzufügen. Nur dieses möchte ich noch sagen: obgleich die Versammlung vom letzten Sonnabend eigens zur Behandlung der chinesischen Frage stattfand, und obgleich — was diesen Kongreß betrifft — der Londoner Gewerkschaftsrat bis jetzt noch nicht zur Frage der kolonialen Unterdrückung und des Imperialismus in irgendeiner konkreten Form Stellung genommen hat, wage ich doch zu behaupten, daß er bei mehr als einer Gelegenheit seinen Haß ausdrückte, nicht nur gegen den englischen Imperialismus, sondern gegen den Imperialismus überhaupt, wo immer er sein gefährliches Haupt erhob. Wenn bei uns auch noch keinerlei Beschlüsse über diesen Punkt gefaßt worden sind, so bin ich doch ganz zuversichtlich, daß wir zu euch stehen und euch helfen werden in eurer Arbeit und in euren Bestrebungen, die Last von den Schultern unserer unterdrückten Brüder aller Nationen zu nehmen. Die einfache Tatsache, daß man mich zu diesem Kongreß entsandte, nachdem manche eben überhaupt



General Lu Chung Lin bei seiner Ansprache auf dem Kongreß



gerade erfahren hatten, daß dieser Kongreß tagen sollte, muß Ihnen ein Beweis sein für die Aufrichtigkeit unserer letzten Versammlung. Wir stehen zu Ihnen mit Leib und Seele und ich habe Ihnen viel Glück und guten Erfolg in Ihrer Arbeit zu wünschen, nicht nur für die der vergangenen Woche, sondern gerade für die noch vor Ihnen liegenden — wenn Sie heimkehren in Ihre eigenen Länder. Möge es jedem von Ihnen gelingen, in seinem Volke den Wunsch nach nationaler Freiheit zu erwecken. Hat es diese Freiheit erreicht, so muß es in sich gefestigt werden. Aber es darf nicht wie früher nur das wirtschaftliche Interesse der eigenen Nation im Auge haben, sondern muß sich zugleich solidarisch fühlen mit allen Völkern der Erde, damit das kapitalistische System, das alle Rassen, Glauben und Farben unter sein Joch beugt, von Grund auf vernichtet wird.

Ich überbringe Ihnen die Kampfesgrüße der kämpfenden Londoner Arbeiterschaft. Ich glaube, daß in ihnen auch die Meinung der großen Masse der englischen Arbeiter zum Ausdruck kommt, soweit es „Hände weg von China" betrifft.

Ich gehe befriedigter, gestärkter und entschlossener nach England zurück, um Ihre Botschaft den englischen Arbeitern zu übermitteln. Wir wollen hoffen, daß wir eine internationale Solidarität aufrichten können, daß wir die Einheit der Völker aller Nationen verwirklichen und deren enge Zusammenarbeit nicht um des Profites willen, sondern zur Erreichung einer besseren Lebenshaltung — der größte Dienst, den je ein Mensch einem andern erweisen kann — für die internationale Solidarität der Völker der ganzen Welt.

Als letzter Redner zur chinesischen Frage hält das Mitglied des Unterhauses

John Beckett (England)

folgende Rede:

Ich habe die große Ehre, Ihnen eine Erklärung vorzulegen, die von der britischen, chinesischen und indischen Delegation einstimmig gefaßt worden ist. Ich freue mich sehr über diese Aufgabe, weil ich weiß, daß ich im Namen jedes einzelnen Mitgliedes der hier anwesenden britischen Delegation spreche und auch im Namen mehrerer hundert und tausend Engländer, die so gern hier sein würden. Es ist mir ein Bedürfnis, zu sagen, daß es in unserem Herzen, als wir hier zu dieser Konferenz kamen, das Höchste war, daß uns jetzt eine Gelegenheit gegeben wurde, von Angesicht zu Angesicht mit unseren chinesischen und indischen Genossen, ja, mit den Genossen aller unterdrückten Völker zusammenzukommen, um zeigen zu können, daß man trotz der Geschichte der letzten Jahrhunderte, trotz der britischen Regierungsunter-

drücker, nicht denken soll, England bestehe nur aus Menschen, von denen man einen schlechten Eindruck hat. Ich glaube, daß durch diese Resolution, welche von uns einheitlich eingebracht wird, eine Grundlage zum Einverständnis und zur Tat geschaffen wird, und daß jedem Mißverständnis oder Bruch zwischen der arbeitenden Klasse dieser drei Länder durch eine gemeinsame Aktion — wofür dieser Kongreß der erwünschte Anfang ist — vorgebeugt werden kann. Die Resolution besagt folgendes:

(Siehe Resolution I am Schluß des Kapitels.)

Wenn diese Resolution die Zustimmung dieser Konferenz erhält, so nehme ich an, daß diese historische Zusammenkunft auch die britische Arbeiterbewegung zu einer völlig verantwortlichen Zusammenarbeit führen wird, wofür wir mit unserer Unterschrift gebürgt haben. Zum ersten Male werden wir eine vollständige und einstimmige Erklärung abgeben, für welche der linke Flügel der Arbeiterpartei bereit ist, einzustehen. Aber ich bin bestimmt dagegen, was auf internationalen Konferenzen so oft geschieht, daß Menschen enthusiastisch werden und für die scharfe Resolution ihre Stimme abgeben, dann aber fortgehen, ohne sie in die Tat umzusetzen. Dann bin ich auch dagegen, daß andere Genossen fortgehen und meinen, daß alles in Ordnung ist, weil sie doch nicht vor schweren Aufgaben stehen.

Es ist vollkommen wahr, daß Leute wie unser Freund Lansbury auf die britische Arbeiterklasse einen bedeutenden Einfluß ausüben. Es ist durchaus wahr, daß angesichts des Krieges mit China die britische Arbeiterklasse, als Ganzes genommen, vollkommen friedlich ist. Wahr ist aber auch — und es wäre dumm, dies zu verschweigen —, daß keine Delegation auf dieser Konferenz das Recht hat, zu denken, daß, wenn wir nach Hause zurückkehren — sei es selbst als eine große Minderheit in unserer Bewegung —, diese Beschlüsse sofort und völlig realisiert werden können. Die britische herrschende und militaristische Klasse — darüber sind sich viele Engländer klar, aber nur wenige, die außerhalb Londons wohnen — steht jetzt auf einem anderen Standpunkt, wo es „kleine Kriege“ und Kolonialkriege gibt. Sie kann aus England bestimmt eine Kriegsmacht von 100 000 Mann herausschicken — vielleicht noch mehr —, die von den organisierten britischen Gewerkschaften absolut unabhängig ist. Sie hat sogar einen vollständigen Streikbrecherdienst organisiert. Das gleiche ist der Fall bei der Munitionsfabrikation. Sie hat einen Seetransport in den Häfen organisiert. Zwar sind wir in England imstande, etwas Großes zu verhindern, wie zum Beispiel die drohenden Kriege zwischen Großbritannien und Sowjet-Rußland. Es ist aber sehr schwierig für uns, durch direkte Aktionen Vorfälle zu verhindern, die von dem britischen Volk als unbedeutend betrachtet werden. Besonders, wenn diese in Orten vorfallen, die man nicht

einmal auf der Karte finden kann. Ich betone das ausdrücklich, damit ich nicht zu große Hoffnungen bei Euch erwecke. Ich wünsche nur, daß dies richtig eingeschätzt wird, nichts weniger und nichts mehr. Und die richtige Einschätzung ist die, daß in unserem Land eine immer größere und tatkräftige Minderheit entsteht.

Wie meine Genossin Ellen Wilkinson schon ausgeführt hat, haben wir soeben unseren ersten Sieg innerhalb unserer Partei errungen, und es ist von großer Bedeutung, daß dieser erste Sieg des britischen linken Flügels in der Arbeiterpartei eben diese Angelegenheit, die Kolonialfrage, betrifft. Wir haben tatsächlich Fehler begangen, als unsere Landsgenossen, die Bergarbeiter, in Schwierigkeiten waren. Fehler haben wir begangen, und wie groß unsere Fehler waren, geht aus der Tatsache hervor, daß Hunderte unserer Genossen jetzt in englischen Gefängnissen sind — und dies aus keinem anderen Grunde, als weil sie treu ihre gewerkschaftliche Pflicht erfüllten.

Wir haben verfehlt, unseren rechten Flügel zu dem tatsächlichen Kampfe zu bewegen; aber wir sind imstande gewesen, eine Majorität zu erreichen, die eine volle und restlose Forderung, „Hände weg von China", während dieses Kampfes durchgesetzt hat.

Also Freunde! Dies ist von großer Bedeutung für die neuen Perspektiven der arbeitenden Klasse in unserem Lande. Betrachtet uns nicht ohne weiteres als Vaterlandsgetreue. In dem Lande unserer Verfassung sehen wir Armut, gleich demoralisierend, fast noch gemeiner als die Verhältnisse, die ich in den Dörfern der Kolonialländer, die von den britischen Imperialisten unterdrückt werden, gesehen habe. Dies in meinem eigenen Lande! — Pollitt hat Ihnen erzählt von qualifizierten Arbeitern, die immer stolz auf ihre Fähigkeiten waren, und die jetzt auf ein immer tieferes Niveau herabsinken. — *Wir* sind kein imperialistisches Volk. Wir sind die Knechte der internationalen imperialistischen Finanz, und weil wir uns dagegen sträuben und uns nicht ausbeuten lassen wollen, darum geht man nach Indien und China. Unsere Arbeitskraft ist erledigt, zu teuer. Aber jetzt geht man zu Euch, weil Ihr billiger seid und weil von Euch niedrigere Forderungen mittels Bajonetten zu erreichen sind. Ich spreche nicht als besonders Bevollmächtigter, ich spreche jetzt, nach 10 Jahren anti-imperialistischer und Antikriegspropaganda, als ehemaliger Kriegsteilnehmer und weiß, daß unser Volk auf Ihrer Seite steht, weil es sich an einem internationalen Ausbeutungswettbewerb nicht beteiligen will. Unser Volk wünscht nicht, daß die Löhne so gedrückt werden und bis auf 1 s 3 d sinken und Ihr dann so hungrig seid, daß Ihr es für 1 s 2d machen werdet. Daß ihr dann wieder drei Monate arbeitslos seid und bis auf 1 s 1 d heruntergedrückt werdet, um dann wieder arbeitslos und hungrig zu werden. Nein, Freunde! Wenn es für China nicht gut genug ist und auch für Indien nicht, dann ist es auch für England nicht gut genug, nicht einmal für irgendeine Arbeiterklasse in der Welt. Deshalb

unterbreite ich diese Resolution eines großen gelben Volkes, eines großen braunen Volkes und eines großen weißen Volkes, und ich bitte Sie, diese Resolution anzunehmen.

Resolutionen zur chinesischen Frage.

I.

Englisch-indisch-chinesische Resolution.

Die Mitglieder der englischen, indischen und chinesischen Delegationen stellen fest, daß die Aufgaben der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern sein müssen:

1. mit allen nationalen Bewegungen Seite an Seite zu kämpfen für die vollständige Befreiung der unterdrückten Länder, um die vollständige Unabhängigkeit überall dort zu erreichen, wo die nationalen Kräfte es verlangen;
2. sich gegen alle Formen der Unterdrückung der Kolonialvölker zu wenden;
3. gegen alle Militär-, Marine- und Luftkredite zu stimmen, die dazu bestimmt sind, die militärische Macht aufrechtzuerhalten, damit sie gegen die unterdrückten Nationen angewendet werden kann;
4. die Schrecken des Imperialismus der ganzen Bevölkerung und den Soldaten aufzuzeigen;
5. die imperialistische Politik zu brandmarken, um gemäß den Lehren des Klassenkampfes die Befreiung durchführen zu können.

Zur gegenwärtigen Lage in China:

1. Wir verlangen, die sofortige Rückziehung der Land- und Seekräfte von dem chinesischen Boden und aus den chinesischen Gewässern.
2. Wir bestehen auf der Notwendigkeit einer direkten Aktion, inbegriffen eines Streikes und der Organisierung der Verhinderung der Waffen-, Munitions- und Truppentransporte sowohl nach China und nach Indien wie auch von Indien nach China.
3. Wir verlangen, daß alle Kredite, die sich auf die Vorbereitung des Krieges oder auf den Krieg selbst beziehen, abgelehnt werden.
4. Wir verlangen, daß im Falle einer militärischen Intervention und eines Krieges alle im Bereich der Arbeiterorganisationen liegenden Waffen angewendet werden müssen, um die Feindseligkeiten zu verhindern und aufzuhalten.
5. Wir verlangen die bedingungslose Anerkennung der Nationalregierung, die Annullierung aller ungleichen Verträge und Exterritorialrechte sowie die Zurückgabe der ausländischen Konzessionen.
6. Im Interesse der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegungen in England, Indien und China verpflichten wir uns schließlich, für die Verwirklichung der Einheit und der gemeinsamen Aktion einzutreten.

II.

Resolution der chinesischen Delegation.

Zur *Vermeidung* eines drohenden *bewaffneten britisch-chinesischen Konfliktes* beehrt sich die chinesische Delegation, dem Kongreß folgende Vorschläge zur Annahme zu unterbreiten:

1. Die chinesische Delegation ersucht alle am Kongreß anwesenden Delegierten der verschiedenen Länder, bei ihren Regierungen energisch dafür einzutreten, daß diese die vollen und regelrechten Beziehungen zur chinesischen Nationalregierung in Kanton aufnehmen, und daß die Delegierten eine Bewegung entfachen mögen zugunsten der allseitigen Anerkennung der Nationalregierung zu Kanton, der einzigen rechtmäßigen Regierung Chinas.

2. Die chinesische Delegation ersucht den Kongreß:

a) den Delegierten unverzüglich nahezulegen, sich mit den politischen Organisationen der von ihnen vertretenen Länder in Verbindung zu setzen und sie aufzufordern, die entsprechende Regierung daran zu hindern, Kriegsmaßnahmen irgendwelcher Art gegen die chinesische nationalrevolutionäre Bewegung zu ergreifen,

b) die Transportarbeiter-Internationale zu bitten, daß sie sich weigert, dem britischen Imperialismus in irgendwelcher Weise Vorschub zu leisten, und insbesondere es ablehnt, Truppen und Munition der englischen Expedition nach China zu transportieren; um so eine drohende Katastrophe zu verhindern.

3. Die chinesische Delegation ersucht den Kongreß: die liberale Partei, die Labour Party und die Kommunistische Partei Großbritanniens aufzufordern, eine energische Aktion in Gang zu bringen zur *sofortigen* Zurückrufung der gegen China entsandten Truppen; im Falle aber, daß die britische Regierung trotzdem ihre aggressive Politik aufrechterhält, tritt die gebieterische Notwendigkeit ein, einen Generalstreik dagegen ins Auge zu fassen.

4. Im Interesse der Wahrheit, die so oft von den britischen, im Solde des Imperialismus stehenden Zeitungen verfälscht wird, — schlägt die chinesische Delegation dem Kongreß vor, evtl. die Entsendung einer Delegation des Kongresses ins Auge zu fassen, um an *Ort* und *Stelle* die verbrecherischen Taten der britischen Behörden und Machthaber in China zu studieren, und zwar im besonderen: das Massaker zu Schanghai 1925, das Massaker zu Cha-Kai (Kanton-Gebiet), die Zerstörung der Stadt Wan-Hsien, wo mehrere Tausend Opfer aus den Reihen der völlig unschuldigen Zivilbevölkerung fielen.

5. Die chinesische Delegation versichert, daß China den Befreiungskampf bis zur völligen Verdrängung des Imperialismus fortsetzen wird. In diesem Kampfe erwartet es die aktive Unterstützung der Werktätigen aller Länder.

III.

Gemeinsame Erklärung der indischen und der chinesischen Delegation.

Während mehr als dreitausend Jahren waren die Völker Indiens und Chinas durch engste kulturelle Bande vereinigt. Seit den Tagen Buddhas bis zum Ende der Mogul-Periode und dem Beginn der britischen Herrschaft in Indien währte diese freundschaftliche Verbindung ununterbrochen.

Nachdem sich die Ostindien-Company durch Gewalt und List einen großen Teil Indiens erobert hatte, hielt der englische Kapitalismus nach neuen Rohstoffquellen und neuen Märkten Ausschau. Nicht allein, daß er die Mohn-Kulturen in solchen Gebieten einführte, wo bis dahin Nahrung gewachsen war, sondern er zwang auch die Einfuhr von Opium den widerstrebenden Chinesen mit Waffengewalt auf. Seit dem unseligen Opiumkrieg von 1840 bis 1842 wurden immer wieder indische Söldnertruppen nach China entsandt, um die Macht der britischen Imperialisten in diesem Lande zu sichern. 87 Jahre lang sind indische Truppen in dieser Weise mißbraucht und Tausende von Indiern sind ständig als Polizisten in Hongkong, Schanghai usw. stationiert worden. Noch später wurden sie gebraucht, um chinesische Arbeiter niederzuschießen und haben so dazu gedient, in China den Unwillen gegen das indische Volk großzuziehen. Ja, in dem Augenblick, wo wir diese Erklärung herausgeben, sind wieder indische Truppen auf dem Wege nach China, um zu helfen, die chinesische Revolution niederzuschlagen.

Mit der Erstarkung des britischen Imperialismus wurde Indien mehr und mehr von der Verbindung mit China abgeschlossen, und durch seine kulturelle und intellektuelle Isolierung steht das indische Volk der Lage in China jetzt vollkommen indifferent gegenüber.

Diese außerordentliche Unwissenheit ist es, die es heute schwierig macht, die Verwendung von indischem Gelde und indischen Streitkräften zur Versklavung des chinesischen Volkes

zu verhindern. Wir halten es für durchaus nützlich und unerläßlich, eine aktive Propaganda in Indien in die Wege zu leiten, um das indische Volk die Lage in China begreifen zu lehren und ihm die Notwendigkeit einer sofortigen Aktion vor Augen zu führen. Wir müssen nun wieder die alten persönlichen, kulturellen und politischen Beziehungen zwischen den beiden Völkern aufnehmen. Der britische Imperialismus, der uns in der Vergangenheit getrennt gehalten und soviel Unrecht getan hat, ist jetzt dieselbe Kraft , die uns vereinigt zum Kampf gegen ihn.

Wir vertrauen, daß die Führer der indischen Bewegung alles tun werden, was in ihrer Kraft steht, um ihren Kampf mit dem des chinesischen Volkes gemeinsam auszufechten und so China durch den Angriff auf den britischen Imperialismus an zwei dessen lebenswichtigsten Fronten eine aktive Hilfe in seinem gegenwärtigen Kampf erhält und schließlich der Sieg beider Völker gesichert wird.

III.

Der britische Imperialismus in Indien, Persien und Mesopotamien.

Die Folgen der britischen Weltherrschaft schilderte, von der Versammlung stürmisch begrüßt,

Jawahar Lal Nehru (Indien),

der Delegierte des Allindischen Nationalkongresses:

Mit größter Freude überbringe ich die warmen und herzlichen Grüße des Indischen Nationalkongresses, der mich beauftragt hat, unsere nationale Bewegung mit diesen international vereinigten Bestrebungen zur Bekämpfung des Imperialismus zu verbinden. Wir in Indien haben die volle Gewalt des Imperialismus zu spüren bekommen. Wir wissen genau, was er bedeutet, und wir sind natürlich an jeder Bewegung interessiert, die sich gegen den Imperialismus richtet. In der Tat, wenn Sie ein typisches Beispiel suchen, das Ihnen helfen soll, die Ergebnisse des Imperialismus zu verstehen, so glaube ich, könnten Sie kein besseres finden als Indien. An Indiens innerer Lage kann man, wie schon unser Präsident gesagt hat, sehen, in welcher Weise der englische Imperialismus die Arbeiter unterdrückt und ausbeutet. Welche Phase des Imperialismus Sie auch studieren wollen, Sie finden in Indien dafür ein wunderbares Beispiel. Unsere Probleme berühren uns natürlich tief, aber ich möchte Ihnen allen, ob Sie nun aus China, Ägypten oder andern fernen Ländern kommen, doch sagen, daß Ihre Interessen sehr den unsern gleichen und das Problem Indien auch für Sie von Interesse und Wichtigkeit ist. Ich kann hier nicht die ganze Geschichte der Ausbeutung Indiens erzählen, wie man es mißbraucht, unterdrückt und ausgeplündert hat. Es ist eine lange und sehr traurige Geschichte, und alles, was ich tun kann, ist, Ihnen ein oder zwei der wichtigsten Faktoren anzudeuten, die wir auf diesem internationalen Kongreß besonders beachten müssen, weil sie mit unserer Arbeit in besonderer Beziehung stehen. Sie haben von verschiedenen Unruhen, Massakern und Schießereien gehört, und die meisten

von Ihnen haben von der Amritsar-Angelegenheit gehört. Glauben Sie nicht, daß, weil diese Affäre größeres Aufsehen in der Welt erregte als viele andere, sie vielleicht allein dastünde oder der schlimmste Zwischenfall in der Geschichte Indiens wäre, seit die Briten bei uns angekommen sind. Sie kamen zu uns, wie Sie zweifellos wissen, indem sie erst die eine Provinz gegen die andere ausspielten, bis sie sich schließlich ganz festsetzten. Während ihres ganzen Aufenthaltes haben sie die alte Politik des „Teile und Herrsche" befolgt. Ich bedaure sagen zu müssen, daß sie diese Politik noch immer verfolgen. Sie kamen also und die Frühgeschichte ihrer Okkupation ist eines der wildesten und schamlosesten Beispiele, die wir je in der Geschichte der Welt gesehen haben. Sogar britische Geschichtsschreiber, die sicherlich nicht ganz unparteiisch sind, geben zu, daß die Frühgeschichte Indiens unter der Herrschaft der Briten eine Epoche der Raubkriege darstellt, eine Periode, in der Freibeuter umherzogen und im Lande zügellos plünderten und raubten. Sie kennen vielleicht auch den Vorfall, der als „Sepoy-Aufstand" bekannt ist, und der vor 70 Jahren stattfand. Man nennt ihn so; aber wenn es das Schicksal anders gewollt und die sogenannten Rebellen Erfolg gehabt hätten, so würde man ihn heute den indischen Unabhängigkeitskrieg nennen. Was ich aber mit alledem sagen will, ist das: Amritsar war gar nichts im Vergleich zu dem, was sich beim „Sepoy-Aufstand" ereignete. Aber seitdem haben sich solche Dinge noch ständig ereignet, sogar heute sind Schießereien nichts Seltenes, und es ist ein schrecklich häufiges Vorkommnis für zahllose unserer Kameraden und Freunde, daß sie mit und ohne Prozeß ins Gefängnis geschickt werden. Viele unserer besten Kameraden in Indien leben sogar gewöhnlich im Gefängnis oder sie sind im Exil und können nicht in ihre Heimat zurückkehren. Vielleicht haben Sie auch gehört von der zwar nicht neuen, aber bei den Briten in Indien sehr beliebten Methode, Leute ohne Prozeß oder sogar ohne Anklage ins Gefängnis zu stecken. Das ruft manchmal eine kleine Sensation hervor, aber der wirkliche Schaden, den die Briten in Indien anrichten, die wahre Ausbeutung ist sogar noch ernster als die Erschießungen, das Erhängen und die Massakers, die gelegentlich einige Aufmerksamkeit hervorrufen: die systematische Methode, mit der sie die Arbeiter und Bauern vernichtet und Indien zu dem gemacht haben, was es heute ist. Wir lesen in der Geschichte, nicht nur in der alten, sondern auch in der neueren von den Reichtümern Indiens. Indien hat die verschiedensten Völker aus den verschiedensten Enden der Welt durch seinen Reichtum angelockt. Aber wenn man heute nach Indien kommt, dann starrt einem die schrecklichste Armut ins Gesicht. Dann sieht man, wie die Mehrzahl der Bevölkerung nicht weiß, woher sie die nächste Mahlzeit nehmen soll, wie sie oftmals diese Mahlzeit nicht bekommt. Immer hat man den entsetzlichen Anblick dieser Verhungernden und Halbverhungernden. Das ist das heutige Indien. Man braucht keine Sta-



Das Präsidium

Von links: Nehru, Delegierter des Allindischen Nationalkongresses; Lansbury, M. P., Vizepräsident der Arbeiter-Partei Großbritanniens; Fimmen, Generalsekretär der Transportarbeiter-Internationale; General Lu Chung Lin, Kuomin-Armee; Liau, Vertreter der Zentralexekutive der Kuomintang.



tistiken, Tatsachen oder Zahlen, um Sie davon zu überzeugen, daß Indien im Laufe der letzten Generationen entsetzlich heruntergewirtschaftet wurde und daß, wenn nicht ernsthafte Maßnahmen getroffen werden, diesen Prozeß aufzuhalten, Indien sogar aufhören wird, als Nation zu existieren. Sie wissen vielleicht, wie vor Jahren (bald nach ihrer Ankunft) die Briten die rücksichtslosesten Methoden anwandten, um ihre Industrien für sich profitabel zu machen. In jenen Tagen wurde die neue Doktrin von der Vormundschaft über das indische Volk noch nicht erwähnt. Unsere Unterdrückung war nicht schlimmer als heute, aber sie war freimütiger. Wir hatten eine rücksichtslose, offene Ausbeutung und Unterdrückung aller indischen Industrien. Das war schlimm genug, aber Schlimmeres folgte nach und nach, indem man unser altes Erziehungssystem vernichtete, indem man uns entwaffnete. Auf die verschiedenste Art vernichtete man den Geist des indischen Volkes und versuchte, ihm jede Fähigkeit zu wirksamer, schöpferischer Arbeit zu nehmen. Das war die bewußte Politik der Briten in Indien, indem sie versuchten uns zu spalten. Nachdem sie uns entwaffnet haben, erzählen sie uns, daß wir nicht fähig sind, unser Land zu verteidigen. Nachdem sie ein Erziehungssystem eingeführt haben, das unsere alte Erziehung vernichtet, und an ihre Stelle etwas setzt, was lächerlich gering und lächerlich unzureichend ist, das uns falsche Geschichte lehrt und versucht, uns zur Verachtung unseres eigenen Landes und zur Verherrlichung Englands zu erziehen, nach alledem erzählen sie uns jetzt, daß wir nicht genügend Bildung haben, um ein freies Land zu sein.

Es wird nun häufig festgestellt und besonders in der englischen Presse viel erwähnt, daß die Inder sich untereinander bekämpfen, die Hindus und die Moslems usw. Dabei müssen wir bedenken, wie es, abgesehen davon, daß man diese Schwierigkeiten äußerst übertreibt, auch die Politik der Briten ist, diese Unruhen hervorzurufen, oder wo sie schon bestehen, sie zu verschärfen und alles zu tun, sie am Leben zu erhalten, auch da, wo man sie leicht überwinden könnte. Das war die Politik der Engländer, so sehr sie dies auch immer ableugnen mögen. Nun, und wie ist heute Indiens Lage? Wir reden hier von Ausbeutung! Wir spüren sie reichlich. Nicht eine einfache Ausbeutung, sondern oft eine doppelte und dreifache. Wir haben einen Teil Indiens, die sogenannten „Indischen Staaten", wo unter dem Schutz der Engländer das Feudalsystem herrscht. Oft weisen die Engländer uns gegenüber und in andern Ländern daraufhin und sagen: schaut auf diese Teile Indiens, wo eine Art Selbstherrschaft besteht. Andere Teile Indiens sind weit fortgeschrittener. Ich will zugeben, daß diese Beschuldigung nicht ganz falsch ist; oftmals sind diese Bezirke weit weniger fortgeschritten als andere; aber die Briten vergessen einiges zu erwähnen. Sie vergessen uns zu sagen, daß sie selbst diese indischen Staaten unter ihre Fürsorge nahmen, daß sie selbst sie an der Entwicklung gehindert haben, kurz, daß sie dort die Zu-

stände so aufrechterhalten haben, wie sie jetzt sind. Unglücklicherweise unterwerfen sich die Armen, die dort wohnen, nicht nur der Bedrückung und Ausbeutung als Ergebnis der britischen Herrschaft, sondern man muß zugeben, daß sie sich auch nicht entwickeln können wegen ihrer eigenen unfähigen Herrscher. Aber es sind die Briten, die sie zuerst versklavten und ihnen keine Entwicklung gestatten. Nehmen Sie die Großgrundbesitzer. Wieder haben Sie da dieses Landpachtsystem, das in einem großen Teil Indiens ein Feudalsystem ist und von den Briten uns gebracht und aufrecht erhalten wurde. Es ist überaus schwierig, es zu ändern, solange die britische Regierung dazu nicht willig ist. Bei der Politik der britischen Regierung in Indien müssen wir auch die indischen Fürsten und Großgrundbesitzer als ihre Bundesgenossen hinzurechnen, welche fühlen, daß sie ein freies Indien nicht begrüßen können, weil ein freies Indien zur Befreiung der Bauern von der Ausbeutung führen würde. Dann wieder sehen wir oft ein verhängnisvolles Bündnis britischer Kapitalisten mit indischen Kapitalisten. So sehen wir uns in Indien verschiedenen und mannigfaltigen Methoden der Ausbeutung gegenüber. Das Studium der vergangenen Geschichte und der Ergebnisse in den letzten Jahren beweist, daß die britische Politik sich zum großen Teil auf den Besitz Indiens stützt. Schließlich wissen wir hier alle ja eine ganze Menge über das britische Weltreich. Wer täuscht sich auch nur einen Augenblick darüber, was mit Großbritannien geschähe, wenn es Indien nicht besäße. Es würde kein britisches Weltreich geben. Was in Zukunft geschehen wird, wenn Indien einmal unabhängig wird, kann ich nicht sagen, aber sicherlich würde das britische Weltreich aufhören zu existieren. Von ihrem kapitalistischen und imperialistischen Standpunkt aus wollen die Engländer alles tun, um sich den Besitz Indiens zu erhalten. Ihre ganze auswärtige Politik ist zu einem großen Teil von diesem Ziel beeinflußt. Darum müssen sie eine feste Herrschaft in Indien errichten. Das Ergebnis ist, daß Indien gelitten hat und noch leidet. Aber das ist nicht alles. Indiens wegen haben andere Länder gelitten und leiden noch. Sie haben gehört von dem letzten Beispiel der Tätigkeit des britischen Imperialismus in Indien: der Entsendung indischer Truppen nach China. Sie wurden geschickt, trotzdem der Nationalkongreß Indiens seine schärfste Opposition aussprach. Ich muß Sie daran erinnern, zu meiner Schande muß ich es erwähnen, daß indische Truppen oft gebraucht wurden zur Unterdrückung anderer Völker. Ich lese Ihnen die Namen einer Anzahl Länder vor, in denen indische Truppen von den Engländern zu diesem Zwecke gebraucht wurden. — Zum ersten Male gingen sie im Jahre 1840 nach China, im Jahre 1927 gehen sie noch immer dahin, und während dieser Zeit sind sie dort unzählige Male gebraucht worden. Sie waren in Ägypten, Abessinien, am Persischen Golf, in Mesopotanien, Arabien, Syrien, Georgien, Tibet, Afghanistan und Burma. Es ist eine erschreckende Liste.

Ich möchte, daß Sie begreifen, daß das indische Problem nicht nur ein nationales Problem ist, sondern daß es eine große Anzahl anderer Länder direkt berührt und die ganze Welt interessiert, weil es den größten und einflußreichsten Imperialismus unserer Zeit direkt angeht. Es ist offensichtlich, daß eine solche Lage der Dinge für uns in Indien unerträglich ist. Wir können sie nicht länger dulden; nicht nur deshalb, weil die Freiheit gut und die Sklaverei schlecht ist, sondern weil es eine Frage von Leben und Tod für uns und unser Land ist. Nicht nur das, es ist gleicherweise unerträglich für Sie. Sie können so auch nicht weiter leben. Sie, die Sie aus den verschiedensten Ländern von den vier Enden der Welt kommen, können diese schrecklichen Fesseln, die auch für Ihre eigene Befreiung ein schweres Hindernis sind, nicht dulden. Für uns in Indien ist die Freiheit eine dringende Notwendigkeit. Aber es ist nicht weniger wichtig für Sie, daß wir unsere Freiheit gewinnen. Das edle Beispiel der chinesischen Nationalisten hat uns mit Hoffnung erfüllt, und wir wollen, sobald wie möglich, in ihre Fußtapfen treten. Wir wollen die vollste Freiheit für unser Land; natürlich nicht nur die innere Freiheit, sondern auch die Freiheit, Beziehungen mit unseren Nachbarn und anderen Ländern herzustellen, wie wir sie wünschen. Weil wir glauben, daß uns dieser internationale Kongreß eine Möglichkeit zu dieser Zusammenarbeit gibt, heißen wir ihn willkommen und grüßen ihn.

Die Resolution, die ich die Ehre habe, Ihnen zu unterbreiten, hat folgenden Inhalt:

(Siehe Resolution I am Schlusse des Kapitels.)

Die Resolution ist, wie Sie schon bemerkt haben werden, ganz einfach, und wie gleich von dem Präsidium gesagt wurde, eine ganz unschuldige. Wir haben absichtlich vermieden, von der heutigen Lage in Indien oder von dem, was die Briten in Indien gemacht haben, und wie sie dem Volk unrecht getan haben, zu schreiben. Ganz leicht könnten wir eine lange Liste solcher Vorfälle, Grausamkeiten und Mißhandlungen der Briten in Indien geben. Aber wir haben uns entschlossen, Ihnen lieber diese Resolution in ihrer einfachen Fassung zu unterbreiten. Nach dieser Resolution werden noch zwei andere kommen, auch hauptsächlich Indien betreffend, und die drei stehen in genauem Zusammenhang zueinander. Diese Resolution also soll als eine Art Einführung zu den anderen aufgefaßt werden:

(Siehe Kap. II, Resolutionen I und III.)

Die Resolution führt ein paar Punkte an und betont einige Tatsachen. Eine Tatsache springt direkt ins Auge: Indien muß völlig frei werden, nichts weniger als vollständige Freiheit wird für Indien oder für Sie genügen. Noch etwas, das betont werden soll, ist, daß die Freiheit Indiens nicht die Ausbeutung durch einheimische Gruppen statt durch Fremde bedeutet.

Sie soll bedeuten vollkommene Freiheit für die Arbeiter und Bauern Indiens. Der 3. Punkt betont, daß Schritte unternommen werden sollen, um die Aussendung von Truppen nach Indien zu vermeiden, und daß Indien von der Besetzung durch fremde Truppen befreit wird. Es ist hier betont, daß nach englischem System die Briten sich auf die militärische Besetzung unseres Landes stützen. Diese Besetzung dauert schon sehr lange, und fortwährend werden neue Truppen dorthin gesandt oder gegen andere Truppen ausgetauscht. Wir hören jetzt von Truppen, die nach Indien gehen sollen, und wir protestieren energisch dagegen, aber ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß dies schon immer vor sich gegangen ist, solange Indien unter britischer Herrschaft steht.

Es ist einfach lächerlich, von Freiheit, welcher Art auch, in Indien zu sprechen, solange eine fremde Besatzungsarmee dort bleibt, solange britische Truppen zur Besetzung nach Indien gebracht werden. Es ist also wesentlich — vielleicht die beste Probe für die Befreiung von fremder Herrschaft — daß gar keine fremden Truppen im Lande anwesend sein sollen. Wie Sie wissen, soll Ägypten unabhängig sein. Von welcher Art die Unabhängigkeit ist, geht daraus hervor, daß noch immer eine Besetzungsarmee in Ägypten vorhanden ist. Wir wünschen keine Unabhängigkeit für Indien, wie sie heute Ägypten hat. Wir verlangen etwas Besseres, als es dort gibt, und ein wesentlicher Schritt ist es nur, wenn alle fremden Soldaten aus unseren Ländern herausgebracht werden.

Schließlich beruft sich dieser Kongreß auf die indische Nationalbewegung. Aber ich möchte daran erinnern, daß die indische Nationalbewegung aus aller Art Menschen zusammengesetzt ist, Arbeiter und Bauern, aber auch Kapitalisten, Grundbesitzer usw., weil nationale Freiheit das direkte Ziel ist, das aller Art Menschen zusammenbringt, deren Interessen aber in der Zukunft einander gegenüberstehen. Nichtsdestoweniger hofft der Kongreß, und seine Hoffnung hat Berechtigung, daß die indische Nationalbewegung sich auf die volle Befreiung aller Arbeiter und Bauern Indiens stützen wird. Wenn wir uns Indien als ein Land vorstellen, das völlig befreit ist in dem Sinne, daß es nur von fremden Kapitalisten befreit ist, aber ohne Freiheit für die Arbeiter und Bauern, dann wäre das zweifelsohne noch keine Genugtuung für diejenigen, die sich nicht nur für nationale Befreiung, sondern für die Befreiung der Arbeiter und Bauern der ganzen Welt einsetzen.

Diese Resolution betont diese vier einfachen Punkte und ich nehme mit Vertrauen an, daß Sie Ihre Zustimmung dazu geben werden.

Ferner, da eine Delegation aus *Mesopotamien* zum Kongreß nicht rechtzeitig eintreffen konnte, erlaube ich mir, namens der indischen Delegation folgende Resolution über die Verwendung indischer Truppen und indischer Zivilbeamten zur Unterdrückung jenes Landes zu unterbreiten:

(Siehe Resolution II am Schlusse des Kapitels.)

Über Persien, dessen Schicksal eng mit demjenigen der anderen Opfer des britischen Imperialismus verbunden ist, spricht

Ahmed Assadoff (Persien),

Delegierter der Revolutionären Republikanischen Partei.

Das Weltproblem ist heute das Problem der chinesischen Revolution. Wir Perser haben, wie jedes andere Land, die Aufgabe, dieses Weltproblem irgendwie in Einklang zu bringen mit den Problemen des eigenen Landes. Wenn der europäisch-amerikanische Imperialismus einen Weltimperialismus darstellt, der nicht nur in Asien, Afrika, Amerika, sondern auch im Mutterlande Europa herrscht, so ist es klar, daß auch das persische Volk unter seinem Einfluß steht. Die Erzählungen von 1001 Nacht sind wohl das einzige, was man Ihnen in Europa von Persien erzählt. Jawohl, das persische Volk hat die Tradition der 1001 Nacht, aber welche? 1001 Nacht der Qual, der Unterdrückung und des Elendes nicht nur durch den äußeren, sondern auch durch den inneren Feind, das ist unsere 1001 Nacht. Die äußere Gewalt drückt sich aus in der Gestalt Riza Khans. Wenn der Vertreter Ägyptens hier behauptet hat, Ägypten sei ein selbständiges Land, so glaube ich hier sagen zu können, daß Persien vielleicht noch mehr unabhängiger wäre. Aber das werde ich nicht wagen zu sagen. Es gibt zweierlei Unterdrückung: eine mittelbare wie in Indien, in China, und eine unmittelbare Unterdrückung, die dadurch ausgeübt wird, daß man sich in dem Lande Freunde durch Korruption verschafft, und so das Land in zwei Parteien spaltet, um dadurch jegliche Aufbauarbeit des Volkes zu zerstören. Der englische Imperialismus in diesem Sinne ist viel gefährlicher, weil er viel maskierter ist. Persien hat die Zeit des Feudalismus noch nicht hinter sich. Und gerade die herrschende feudale Klasse in Persien ist der beste Freund Englands. Diese Klasse ist es, die die 1001-Nacht-Qualen dem persischen Volke dauernd bringt, und Riza Khan ist der Vertreter dieser Klasse, der Handlanger des englischen Imperialismus. Damit diese Zustände nicht zur Kenntnis der breiten Massen der Arbeiterschaft kommen, behauptet man in der europäischen Presse — ja, man hat es sogar in der sozialistischen Presse zum Schaden der Sozialisten behauptet —, daß Riza Khan ein Fortschrittler und Volksmann sei. Im Namen des persischen Volkes habe ich das Recht, zu erklären, daß Riza Khan kein Volksmann ist, kein Fortschrittler, er ist ein Mussolini schlimmster Art, ein Despot.

Ich will jetzt auf das Weltproblem, das chinesische Problem, eingehen. Sie haben gehört, daß in dem Moment, wo die zwölfte Stunde der Weltgeschichte schlägt, der Krieg gegen China und gegen Sowjet-Rußland vorbereitet wird. Man versucht mit allen Mitteln der Korruption, in allen Ländern, auch in Persien, die Situation so darzustellen, als ob in China eine

Räuberbande wäre, als ob die Chinesen beinahe die Fremden auffräßen, als ob in China überhaupt eine Fremdenhetze gegen Europa bestünde. Es ist die Aufgabe jedes Vertreters eines asiatischen Landes, dieses Lügennetz zu zerreißen und der Welt zu zeigen: Wir haben hier die wahren Vertreter des Volkes gesehen, die Leute, die ihr Blut vergießen für die Freiheit ihres Landes.

Die Geschichte hat ihre eigenen Gesetze. Auch die chinesische Revolution, wie jede Revolution, wie auch die große französische Revolution, wie die russische Revolution von 1905 und von 1917, bleibt nicht die Revolution eines einzelnen Landes. Seid Ihr, Vertreter der Bauern und der Arbeiterklasse, bereit, organisiert Euch für die kommende Revolution, die auch Eurem Lande zugute kommen wird. Die chinesische Revolution, wie die russische Oktoberrevolution, wird unbedingt eine Weltrevolution sein, und wird den Sieg der Revolution in Asien vorbereiten.

Resolutionen.

I.

Resolution über Indien.



Vorgeschlagen von der indischen Delegation.

Der Kongreß unterstützt die indische Bewegung für die vollständige Befreiung Indiens aufs wärmste und erkennt, daß die Befreiung Indiens von der Fremdenherrschaft ein entscheidender Schritt in der Geschichte der Befreiung aller unterdrückten Völker darstellen wird.

Der Kongreß vertraut darauf, daß die Arbeiter und die Völker der anderen Länder in engstem Kontakt zusammenarbeiten und alle Maßnahmen ergreifen, um die Truppentransporte nach Indien zu verhindern und die Aufrechterhaltung einer Besatzungsarmee in Indien unmöglich zu machen.

Der Kongreß vertraut, daß die national-indische Bewegung ihr Programm auf der vollständigen Befreiung der indischen Bauern und Arbeiter aufbauen wird, ohne die keine wahre Freiheit sein kann und daß sie mit den Freiheitsbewegungen der anderen Länder in enger Zusammenarbeit stehen wird.

II.

Resolution über Mesopotamien.

Vorgeschlagen von der indischen Delegation.

Angesichts der Tatsache, daß indische Truppen durch die britische Regierung benutzt wurden, um Mesopotamien den Interessen des englischen Imperialismus gefügig zu machen und daß indische Truppen und Beamte der indischen Zivilverwaltung weiterhin aufgeboten werden, die Bevölkerung dieses Landes, das unter dem Mandat des Völkerbundes steht, auszurauben und auszubeuten, fordert der Kongreß den Rückzug der Besatzungsarmee und die Wiederherstellung der absoluten Unabhängigkeit von Mesopotamien.

III.

Resolution über Persien.

(Siehe Anhang B.)

IV.

Der nordamerikanische Imperialismus und die von ihm bedrohten Völker.

Als erster Redner über die Kolonisierungsbestrebungen des Yankee-Imperialismus in Latein-Amerika spricht

José Vasconcelos

(National-Partei, **Porto Rico**), ehemaliger Unterrichtsminister Mexikos.

Ich muß mit einer Erklärung beginnen. Viele von Euch mögen sich fragen, wie es möglich ist, daß dieser Mann hierher kommt und im Namen Latein-Amerikas, im Namen der spanisch sprechenden Bevölkerung, zu Euch in englisch spricht. Es wurde im Komitee beschlossen, daß nur zwei Sprachen auf diesem Kongreß gesprochen werden sollten. Ich erhob keinen Widerspruch, obgleich ich einer der eifrigsten Verteidiger der spanischen Sprache bin, die das Hauptverbindungsmittel unserer Rasse ist. Ich sah ein, daß wir uns mit Hilfe der englischen Sprache einer größeren Anzahl von Delegierten verständlich machen können. Als ich dann hörte, daß die englischen Bergarbeiter hier vertreten sind, und als ich Nordamerika uns auf englisch begrüßen und mit uns zusammen arbeiten sah, da sagte ich mir: wenn es noch Menschen gibt, die sich der englischen Sprache bedienen, um von der Freiheit zu reden, dann kann auch Latein-Amerika sie benutzen um seine Meinung zu sagen.

Die Lage Latein-Amerikas ist in Europa nicht sehr bekannt. Noch weniger weiß man darüber vielleicht in Asien. In Asien haben sie ihre eigenen Sorgen, und Europa hat ein sehr begrenztes Interesse an Amerika.

Latein-Amerika begann als Kolonialland der Spanier und Portugiesen, und noch heute sind wir weit davon entfernt, frei zu sein. Es scheint unser Schicksal zu sein, Kolonie zu bleiben. Seit wir unsere Unabhängikeit gewannen, organisierten wir innerhalb unseres eigenen Landes eine Art örtlichen Kolonialsystems. Die Macht, welche mit dem Blute des Volkes gesichert wurde, kam nur den aristokratischen Klassen, den Grundbesitzern und den Reichen, zugute. Und die Unterdrückung des Volkes lebte unter

mexikanischem, kolumbischem und argentinischem Regime so wild und so grausam auf wie unter spanischer Herrschaft. Ein langer Kampf ist zur Abschüttelung dieser Unterdrückung geführt worden. Aber wir finden uns dem schrecklichsten Weltreich gegenüber, das die Geschichte je gekannt hat. Nur wenige Leute machen sich die Mühe, einmal auf der Landkarte festzustellen, wie dieses ungeheure Weltreich, die USA., sich durch Räuberei, durch Kriegstaten, durch Grausamkeit und durch Klugheit entwickelt hat. Aber dieses Wunder bedroht die ganze Menschheit. Eine Weiterentwicklung des Imperialismus der Vereinigten Staaten würde zur völligen Unterdrückung unseres Geistes führen und unseren Körper nur leben lassen, weil er arbeitet und Zinsen produziert.

Wir befinden uns im Zentrum eines Weltkonfliktes. Ich bin sicher, daß das Zentrum des Weltkonfliktes nicht in Asien liegt. Ihr müßt bedenken, daß Asien schon voll bevölkert ist. Die imperialistischen Mächte suchen sofortigen Profit. Darum gehen sie nach Asien. Aber sie sind weitsichtig genug, sich auf die Zukunft vorzubereiten. Der bedeutungsvolle Vorstoß des Imperialismus richtet sich augenblicklich gegen Südamerika. Die Kräfte, welche dort zusammenstoßen, sind gewaltig. Im Innern haben wir die Grundbesitzerklasse und den militärischen Despotismus, die uns vernichten. Diese korrumpierten und zersetzenden Kräfte, die wir innerhalb unseres Landes haben, sind die Verbündeten der Imperialisten, die zu uns ins Land kommen um zu kaufen, was Verräter eines Staates bereit sind zu verkaufen. Unser Problem ist sehr ernst. Wir sind gespalten. Wir haben 20 verschiedene Nationalitäten statt einer. Innerhalb unserer eigenen Nation gibt es die verschiedenartigsten Strömungen. Ich bin Sozialist, andere sind Liberale. Die Partei, die ich vertrete, zum Beispiel, hat mir Instruktionen gegeben, klar auszusprechen, daß sie keine Kommunisten sind, nicht weil sie reaktionär sind, sondern weil wir in Latein-Amerika fühlen, daß wir unsere Probleme auf unsere eigene Art lösen sollen. Wir befinden uns nicht blind im Gefolge irgend eines Glaubens. Wenn wir daran gehen, Gerechtigkeit zu schaffen, so wissen wir, was Gerechtigkeit ist, und wir wollen sie auf unsere eigene Weise errichten. Wir verlangen das Recht, absolut unabhängig zu sein. Ich glaube, daß niemand unser Programm als rückständig bezeichnen kann. Wir haben alle Wirkungen des Imperialismus kennengelernt. Wir wissen, daß, solange wir die gegenwärtige wirtschaftliche Situation in unserm Lande behalten, es keine Hoffnung für uns gibt und wir Kolonie bleiben werden. Bei diesen Meinungsverschiedenheiten, bei diesen Verschiedenheiten der Nationalitäten, gibt es doch ein Verbindungsglied. Die Frage des Anti-Imperialismus ist nicht das Problem einer einzelnen Partei in Latein-Amerika, und das Banner des Anti-Imperialismus trägt nicht ein einzelner großer Führer oder Despot. Das brauchen wir nicht. Jeder Bürger Latein-Amerikas kann dieses Banner tragen, und wir werden es nicht einem Despoten ausliefern. Wir sind



José Vasconcelos

Ehemaliger Unterrichtsminister Mexikos,
Delegierter der Nationalpartei
Porto Ricos



einig in diesem Bestreben, uns eine eigene Zivilisation zu schaffen, die das Eindringen des Imperialismus zurückweisen kann. Vielleicht denkt Ihr, daß ich einem groben Nationalismus Latein-Amerikas das Wort rede. Davon sind wir weit entfernt. Nicht aus einem romantischen Gefühl heraus, sondern weil unsere natürlichen und örtlichen Verhältnisse uns dazu zwingen. Wenn Ihr einen Augenblick unsere Situation überdenkt, so wird Euch auffallen, daß wir der einzige Teil der Welt sind, der mehr Bodenfläche als Bevölkerung hat. Nichts vereinigt mehr, als der Bedarf an Menschen, die arbeiten. Die Spaltung entsteht aus den ökonomischen Konflikten, die die Überbevölkerung mit sich bringt. In manchen Ländern der Welt ist jeder Mensch mehr eine Kalamität; in Latein-Amerika ist ein Mensch etwas Kostbares, ein nützliches Werkzeug, weil das jungfräuliche Land und die unbegrenzten Bodenschätze auf Entwicklung warten. Wir haben in Latein-Amerika und Mexiko Land genug, um die ganze gegenwärtige Bevölkerung der Welt zu ernähren. Nun versteht Ihr, warum die großen Trusts Nordamerikas nach Südamerika und Mexiko kommen. Schon vor 40 Jahren wurde das überall vorbereitet. Die Vertreter gingen nach Brasilien oder Mexiko und sprachen mit einem der Großgrundbesitzer, der Land besaß, das er niemals kultivierte. Er zeigte ihm auf der Karte dieses Land und fragte ihn, wieviel es ihm einbrächte. Der Eigentümer sagte: nichts, und der Trust kaufte es auf. Zu lächerlichen Preisen wurde das Land verkauft. Der Trust konnte es sich leisten, 50 oder 100 Jahre zu warten. Die moderne Technik wird dieses Land ausbeuten und die Trusts werden schon da sein. Das bedeutet, daß der größte Schatz der Menschheit schon hundert Jahre im voraus von klugen Herren monopolisiert wird. Diese Länder werden in Reserve gehalten, um die Sklaverei und den Imperialismus der Zukunft zu organisieren. Aber es besteht eine ernste Gefahr, daß sie ihnen wieder verloren gehen. Die Völker Latein-Amerikas haben ihre Pflicht begriffen und stehen in Opposition gegen den Imperialismus. Wir müssen die Vorzüge der Maschinerie und der Technik erkennen, und wir wünschen, unsere Ländereien zu entwickeln, aber zum Wohle aller und nicht nur der Privilegierten. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen gehören diese Ländereien nicht uns. Sie gehören nicht einmal den Eigentümern. Sie werden nicht ausgebeutet. Es sind Ländereien, die denen gehören sollten, die sie bearbeiten. Das Problem Latein-Amerika ist kein romantisches Problem und es ist nicht nebensächlich für Europa. In der Tat verteidigen wir seine Reichtümer zum Wohle der belgischen Emigranten. zum Wohle der englischen, der französischen Emigranten. Unser Kampf gleicht dem Euren. Es ist ein Kampf für den Fortschritt und die Gerechtigkeit. Die Natur hat uns zum Zentrum des Kampfes gemacht. Obgleich die Krise in 20 Jahren sich ebenso zuspitzen kann wie jetzt schon in China oder Indien, müssen wir doch von solchen Episoden, wie der in Nicarágua ernstlich Notiz nehmen. Hier vereinigt sich der kleine Despot mit dem Imperia-

listen. Die Ländereien wurden an mächtige Kapitalisten verkauft. Diese haben ihre Truppen hergebracht, um ihr Privateigentum zu schützen. Solche Episoden werden sich in allen unterdrückten Ländern vollziehen. Ich glaube, daß dieser Kongreß weitreichende Resultate haben wird, weil er eine der wenigen Gelegenheiten darstellt, bei denen wir zusammenkommen, unsere Meinungen austauschen und unsere gemeinsamen Probleme studieren können. Wir müssen uns von unserm eigenen Despotismus befreien, um dem Imperialismus seine natürlichen Verbündeten in unserm eigenen Lande zu nehmen. Dann wird gleichzeitig unser Volk, gestärkt durch die innere Freiheit, fähig sein, seine Kräfteentfaltung in diesem verheißungsvollem Kampfe der Rassen der Welt zu vervielfachen.

Auf jeden Fall, Freunde aus der ganzen Welt, erkennt, daß Latein-Amerika nicht nur unser Land, sondern auch Euer Land ist, das Land jedes Menschen, ganz gleich welcher Rasse oder Farbe, das Land der Zukunft ist, die Heimat aller Menschen. Unsere Sache ist im wahrsten Sinne die weltumfassendste von allen. Unser Nationalismus ist wahrhaft, ist der universalste, den die Geschichte jemals gekannt hat.

Im Namen der gesamten latein-amerikanischen Delegationen macht

Carlos Quijano,

(Revolutionäre Partei, **Venezuela**) folgende Ausführungen:

Im Namen der Delegationen von Latein-Amerika, das mehr als 20 Völker mit 80 Millionen durch den amerikanischen Imperialismus unterdrückten Einwohnern umfaßt, grüße ich Sie brüderlichst und erkläre mich mit Ihnen solidarisch.

Unser Kampf dort unten richtet sich hauptsächlich gegen den amerikanischen Imperialismus. Wir wissen jedoch, daß unsere Aktion nur ein Teil der internationalen Aktion gegen den internationalen Imperialismus ist. Die Kämpfe der Chinesen, der Inder, der Ägypter, sind auch unsere Kämpfe. Der Feind aller anderen unterdrückten Völker ist auch unser Feind. Und darum sind wir mitten unter Ihnen, vertreten mit Ihnen alle anti-imperialistischen Bewegungen der Welt, und versuchen unsere Kräfte zu vereinigen, unsere Aktion zu verbinden, um auf dem kürzesten und sichersten Wege unser Ziel zu erreichen.

Mit dem letzten imperialistischen Krieg von 1914 beginnt für Latein-Amerika eine neue Etappe gegenüber den Vereinigten Staaten. Der Völkerbundspakt erkennt die Monroe-Doktrin an und gibt daher den Vereinigten Staaten alle Vollmachten, um in Latein-Amerika vorzugehen. Das ameri-

kanische Kapital hat sich seitdem um mehr als das Dreifache vermehrt. Es eignet sich die wichtigsten Rohstoffquellen an und beutet die Arbeiter- und Bauernmassen derart aus, daß sie unter den schlechtesten Bedingungen leben müssen. Mehr als 20 „unabhängige" Republiken, die aber gerade die Eigenschaften in sich vereinigen, die sie zur Beute der Imperialisten machen: nationale Schwäche und riesige, fast entvölkerte Gebiete mit Feudalwirtschaft, die noch in dem größten Teil und vor allem in den verschiedensten Ländern existiert. Sie enthalten auch wichtige Rohstoffe, vor allem Petroleum. Die Arbeitskraft ist ebenso billig wie in den Kolonialländern. Und schließlich stellen sie auch ein Absatzgebiet für die Waren der imperialistischen Länder dar.

Mexiko ist die Grenze von Latein-Amerika. In diesem Lande hat die U. S. A. einen Gegner gefunden, der nicht so leicht niederzuringen ist. Ein energischer Widerstand war immer die Antwort auf die Angriffe. In den beiden Kriegen, zu denen die U. S. A. Mexiko gezwungen hat, hat letzteres einen großen Teil seiner Gebiete verloren, und sein Präsident Huerta, der ein Agent des englischen Imperialismus war, wurde gestürzt.

Die Yankees zwingen andere Länder zur Unterzeichnung von Verträgen, schiffen Truppen aus und provozieren Aufstände, je nach den Interessen, die sie dort suchen und dem Widerstand, dem sie von seiten der nationalen Regierungen begegnen. Das ist zum Beispiel mit Panama, Nicaragua, Santo Domingo und Haiti geschehen.

Gegenwärtig haben sie fast das ganze Territorium von Nicaragua besetzt, um einen gewissen Adolfo Diaz, ein ehemaliges Werkzeug der Imperialisten, zu unterstützen und ihm militärische Hilfe gegen die Volksrevolution zu leihen.

Sie wenden auch die Methode der Durchdringung an, die, wenn auch diplomatischer, in gewissen Fällen noch verbrecherischer ist. Es ist die Hilfe, die sie den nationalen Diktatoren leihen. In Venezuela halten sie Vicente Gomez an der Macht, einen wilden Tyrannen, der in 18 Jahren mehr als 20 000 Mitbürger ermorden ließ und über 5000 in den Gefängnissen hält, während mehr als 70 000 ihr Leben nur durch die Flucht retten konnten. Heute wollen die Vereinigten Staaten das gleiche wiederholen, was sie mit Kolumbien machten, als sie von diesem Land die Provinz Panama abtrennten, um angeblich aus ihr eine selbständige Republik zu machen. Maracaibo, die Erdölzone Venezuelas, die für die U. S. A. von äußerster Wichtigkeit infolge ihrer Reichtümer und ihrer strategischen Lage gegenüber dem Panamakanal ist, wird „unabhängige" Republik werden, weil die Amerikaner Furcht haben vor der Revolution, die die Diktatur stürzen wird.

Der Kampf gegen den Imperialismus ist erst im Entstehen begriffen. Bei allen Völkern Amerikas ist jedoch ein rasches Erwachen des nationalen revolutionären Vertrauens zu beobachten. In diesen Tagen kämpften die Arbeiter der Yankee-Petrolminen, von der Solidarität der Arbeiterklasse des ganzen

Landes unterstützt. Die reaktionäre Regierung, die sich den Imperialisten verkaufte, ließ sie jedoch durch die Nationalarmee massakrieren.

Überall, wo der Imperialismus versucht, seine Herrschaft aufzuzwingen, in Mexiko, Zentral-Amerika, den Antillen und Südamerika, stößt er auf einen immer energischeren Widerstand. Die Arbeiter, Bauern, Studenten und fortschrittlichen Intellektuellen haben schon die Notwendigkeit der Bildung einer einheitlichen Front begriffen.

Dies ist eine viel zu generelle Übersicht über die Lage der kämpfenden Kräfte, aber die zu meiner Verfügung stehende Zeit erlaubt mir leider nicht, auf mehr Einzelheiten einzugehen. Die Berichte der verschiedenen Delegierten Amerikas geben eine Übersicht über die verschiedenen Länder, über deren besonderen Eigentümlichkeiten und eine Aufzählung der durch die Imperialisten begangenen Attentate.

Zum Schluß möchte ich erklären, daß unser Problem auch das Eure ist, daß es das Problem der Arbeiter der imperialistischen Länder, sowie der Produktivkräfte der unterdrückten Länder ist.

Der Kampf gegen den Imperialismus in Latein-Amerika wird nunmehr dank der Anti-Imperialistischen Liga in Amerika einheitlich geführt. Da wir nunmehr unsern Kampf mit dem internationalen Kampf gegen jeden Imperialismus vereint haben, rechnen wir damit, daß unser Kampf in Zukunft energischer, konkreter, und aktiver geführt werden wird, und daß wir die Prinzipien und Resolutionen dieses Kongresses in demselben anwenden werden.

Bevor ich ende, muß ich dem Kameraden, der die der Negerrasse* durch die Imperialisten angetane Schmach vorbrachte, noch sagen, daß die Yankee-Besatzungstruppen in Santo Domingo und Haiti — zu gleicher Zeit als Präsident Wilson Europa bekehrte — mehr als 3500 Negerbewohner dieser Gebiete massakrierten.

Der Delegierte des Gewerkschaftskartells von Tampico,

Ismael Martinez (Mexiko)

erklärt:

Im Namen der Arbeiter und Bauern des Staates Tamaulipas (Mexiko) begrüße ich den Kongreß und bringe den aufrichtigen Wunsch zum Ausdruck, daß dieser nicht nur aus einer Reihe von Reden bestehen, sondern daß aus dieser Zusammenkunft die Einheit aller unterdrückter Völker der Erde hervorgehen möge, gegen die alle Angriffe des Imperialismus scheitern werden.

---

* Siehe Kapitel VII.

Es wurde ausführlich über den Imperialismus Englands, Frankreichs und anderer Mächte gesprochen, aber nicht genügend über den stärksten Imperialismus, denjenigen der Vereinigten Staaten von Nordamerika, den einzigen, der die Menschenrechte zu zerstören droht.

Gegenwärtig werden Frankreich, England, Belgien und alle anderen europäischen Länder in ihrem Aufbau durch den amerikanischen Imperialismus bedroht.

Durch seine geographische Lage und durch seine Nachbarschaft mit dem „nordischen Koloß“ ist Mexiko der gegebene Kampfplatz, wo sich der Kampf, der heute im fernen Osten, im heldenmütigen China, zwischen Ost und West und dem Süden und dem Norden des amerikanischen Kontinents beginnt, entscheiden wird. Dort wird der Triumph der einen oder anderen kriegsführenden Mächte gefeiert werden. Einerseits brennt der Imperialismus darauf, die Menschheit mit seiner ganzen Wucht zu unterdrücken, andererseits kämpfen die tapfern Streiter der unterdrückten Völker, um deren Befreiung.

Das mexikanische Volk hat jahrelang für die Verwirklichung seines Ideals der Freiheit gekämpft, ohne je zu vergessen, daß andere Länder sich in einer gleichen Lage befanden und die gleichen Wünsche hatten. Es ist immer bereit gewesen, ihnen bis zur äußersten Grenze seiner Mittel beizustehen.

Heute wie gestern und morgen wie heute sind die werktätigen Klassen Mexikos bereit, jenen Völkern zu helfen, die für die Befreiung der menschlichen Rasse, ohne Unterschied der Farbe, kämpfen. Die Arbeiter Mexikos, ebenso, wie alle Arbeiter der ganzen Welt, sind bereit, das heldenhafte China, das heute einen Kampf mit ungleichen Kräften in diesem Krieg der unterdrückten Völker führt, in seinen gerechten Forderungen zu unterstützen.

Die Gruppen, die ich vertrete, sind in jenem Zentrum organisiert, in welchem sich der Druck des Imperialismus auf Mexiko fühlbar macht. Denn der Staat Tamaulipas ist gerade jenes Gebiet, wo sich die großen Petroleumfelder befinden, auf die die Kapitalisten Londons und der Wall Street begierig sind, und um welche sie sich schlagen.

Heute besitzen die mexikanischen Arbeiter kostbare Freiheiten, die ihnen die Konstitution von 1917 verschaffte, und die andern unterdrückten Ländern als Vorbild dienen könnte. Diese Konstitution umfaßt „Nationale Unabhängigkeit“ und „persönliche Freiheit“. Das mexikanische Volk kämpft heute für die Erhaltung dieser Errungenschaften gegen den gewaltsamen Druck des nordamerikanischen Imperialismus, der sie zerstören möchte.

Glücklicherweise verstanden die revolutionären Regierungen meines Landes ebenso, wie die heutige unter der Präsidentschaft Calles, den Gefühlen des mexikanischen Volkes Rechnung zu tragen. Deshalb gewährt ihr

das Volk seine Mitarbeit und unterstützt sie durch die Kollektivkraft seines organisierten Proletariats.

Ich konstatiere mit großer Bewegung und mit tiefer Befriedigung, daß wir nicht die Einzigen sind, die die Erfüllung dieser edlen Ziele anstreben, sondern daß wir, eines dem andern vertrauend, bereit sind, vereint den Kampf für die absolute Befreiung der Menschheit weiterzuführen.

Zum Schluß möchte ich den Wunsch wiederholen, den ich schon früher ausgesprochen habe. Die Forderungen, die dieser Kongreß stellen soll, lassen sich nicht in einigen Reden zusammenfassen. Der Kongreß soll vielmehr eine Quelle vereinter Kraft sein, die das Ungeheuer, das mit seinen goldenen Krallen die Menschheit, die fünf Erdteile bevölkert, zu erwürgen droht, niederschlägt. Ich hoffe, daß sich hier die Einheitsfront der unterdrückten Klassen und Völker aufbaut, die sie zu ihrer endgültigen Befreiung führen wird.

Es lebe die Einigkeit aller Völker der Erde!
Es lebe der Anti-imperialistische Kongreß!

Der Delegierte der Allamerikanischen Anti-imperialistischen Liga (Sektion Vereinigte Staaten)

Manuel Gomez (U.S.A.).

behandelt die imperialistische Raubpolitik Nordamerikas:

Als Delegierter aus dem Land des Dollars und der Dollardiplomatie rolle ich vor Euch das Problem des amerikanischen Dollarreichs als ein gemeinsames Problem auf. Wir haben es hier mit einem Weltreich zu tun, das aus der ganzen Welt Tribute einsammelt.

Dieser neueste Imperialismus der Vereinigten Staaten hat eine eigene Sprache, die Sprache des demokratischen Pazifismus. Er ist „der Freund Chinas". Im Gegensatz zu den Briten, Japanern und anderen vulgären Imperialisten verfolgt er in China die Politik der „offenen Tür", „der gleichen Möglichkeiten für alle". Aber, meine chinesischen Freunde, wißt, daß unser Onkel Sam, der so beredt über die „offene Tür" in China spricht, eine sehr geschlossene, eine verriegelte und verschanzte Tür in Latein-Amerika errichtet hat. Das Territorium Latein-Amerikas wird nach der Monroe-Doktrin als ein besonderes Reservat für das Finanzkapital der Vereinigten Staaten behandelt. Die demokratisch-pazifistische Methode ist nur eine Phase der imperialistischen Politik Amerikas. Unweigerlich folgt ihr die Phase des offenen, brutalen Angriffs, wie ihn die Bevölkerung der karibischen Inseln und Zentralamerikas bereits kennt. Der moderne Imperialismus wurde hier als imperialistischer Kapitalismus beschrieben — als die gegenwärtige letzte

Phase dieses Kapitalismus, der jetzt ganze Völker jenseits des Ozeans und Millionen Arbeiter im Heimatlande ausbeutet. Nirgends zeigt sich das klarer als in den Vereinigten Staaten. Manche von Euch kennen schon die Begleiterscheinungen einer auf Expansion gerichteten Außenpolitik. Die Konzentration und die Zentralisation der Industrie führte zur Monopolwirtschaft; d. h. alle wirtschaftliche — und daher auch politische — Macht der Nationen wurde in den Händen einer kleinen Gruppe von Plutokraten der Wall Street vereinigt.

Im Jahre 1910 wurde die United States Steel Corporation geschaffen, die die machtvollsten Finanzgruppen, z. B. die sich bekämpfenden Rockefeller- und Morgan-Interessen, vereinigte.

Gleichzeitig mit dieser Entwicklung erschienen die Vereinigten Staaten zum ersten Male auf der imperialistischen Weltbühne. Der spanisch-amerikanische Krieg, der mit den charakteristischen und notwendigen Erklärungen von angeblichen Befreiungsabsichten begann, war der erste Schritt zu einer Außenpolitik, die sich bis heute konsequent fortsetzt. Die Besetzung von Kuba und Porto Rico war das Sprungbrett für den amerikanischen Imperialismus zur Annexion von Panama, Haiti und Santo Domingo, bis das ganze karibische Gebiet ein „amerikanisches Meer" wurde. Im fernen Osten sind Guam und die Philippinen die Vorposten der imperialistischen Politik der Vereinigten Staaten, soweit sich diese auf Asien bezieht.

Die Ereignisse während des Weltkrieges und seitdem brachten die Vereinigten Staaten in die erste Reihe der imperialistischen Mächte. Die industrielle Leistungsfähigkeit hatte sich enorm gesteigert. Wall Street verdrängte London als herrschendes Zentrum der Weltfinanz. Aus einem Schuldner- wurden die Vereinigten Staaten zu einem Gläubigerstaat, der riesige Interessen sowohl in Europa wie in Latein-Amerika und Asien hat. Vor dem Kriege erreichte das im Ausland investierte amerikanische Kapital noch nicht $2^1/_2$ Milliarden Dollars, jetzt beträgt es mehr als 13 Milliarden.

Den Tendenzen imperialistischer Politik, die durch die Monroe-Doktrin und die Politik der offenen Tür vertreten werden, wurde noch jene des Dawes-Planes hinzugefügt. Der amerikanische Imperialismus, der sich endlich seiner selbst bewußt wurde, nahm eine äußerst aggressive Haltung an. Aus allen Ecken der Erde begannen die Hauptprofite des Imperialismus nach den Vereinigten Staaten zu strömen.

Auf der Grundlage des amerikanischen Dollarimperialismus (der, wie alle Latein-Amerikaner wissen, nicht nur von Dollars, sondern auch vom Fleisch und Blut der erschlagenen und gemarterten Menschen, zusammengehalten wird), wird in den Vereinigten Staaten der sogenannte amerikanische Lebensstandard aufrechterhalten.

Sogar die amerikanische Arbeiterklasse hat zu einem gewissen Grade Anteil an den Profiten des Imperialismus und ist infolgedessen von einer sozial-

patriotischen und imperialistischen Ideologie verseucht. Ich spreche besonders von den qualifizierten Arbeitern und von jenen Elementen im allgemeinen, die die Mehrheit im amerikanischen Gewerkschaftsbund bilden. Die letzte Entwicklung in den Vereinigten Staaten zeigt als überraschendes Phänomen das schnelle Wachstum der Betriebsgewerkschaften (gelbe Verbände), die wir gewöhnlich als Arbeitsgemeinschaft (Zusammenarbeit der Klassen) bezeichnen. Ohne die sich unerhört rasch entwickelnde Form dieser Arbeitsgemeinschaft der Klassen im einzelnen zu beschreiben, erwähne ich nur die Arbeiterbanken, Arbeiterversicherungspläne, Betriebsgewerkschaften und die Tendenz, die Prinzipien der Betriebsgewerkschaften in den freien Gewerkschaften zur Anwendung zu bringen. Bemerkenswerte Beispiele dieser letzteren sind der sogenannte "Baltimore and Ohio Plan" und die Verwaltungsmaschinerie, die kürzlich unter dem Watson-Parker Gesetz zur Schlichtung von Streitfragen errichtet wurde.

So zufriedenstellend haben sich diese Methoden für den amerikanischen Kapitalismus erwiesen, daß einige davon nach Europa in Form des Rationalisierungsproblems übertragen werden. Wir hören, daß Europa die Arbeitsgemeinschaften von Amerika übernimmt. Wir dürfen jedoch dabei nicht vergessen, daß in Deutschland schon vor dem Kriege etwas bestand, was man bei uns oft als Staatssozialismus bezeichnete. Die Zusammenarbeit der Klassen ist auch für Europa nicht neu. Sie ist so alt wie der Reformismus.

Nicht durch Zufall waren die reformistischen Führer der II. Internationale taub gegen die Appelle der kolonialen und halbkolonialen Völker, ihnen in ihrer nationalen Befreiung zu helfen; und nicht durch Zufall ist die herrschende Bureaukratie des amerikanischen Gewerkschaftsbundes eine loyale Stütze der Regierung der Vereinigten Staaten in ihrer Außenpolitik. Die Kritik der imperialistischen Politik beschränkt sich auf Unwesentliches, auf vereinzelte Brutalitäten, auf „Exzesse". Man beschuldigt bisweilen das Außenministerium, daß es unzulässigen Einflüssen unterworfen gewesen sei. Solche Kritik, die auch von kleinbürgerlichen Liberalen und Pazifisten geübt wird, tut dem Imperialismus einen Liebesdienst. Denn danach scheint es so, als ob nichts grundlegend Verkehrtes an dieser Politik sei. Zur Schande der amerikanischen Arbeiterklasse muß eingestanden werden, daß der amerikanische Gewerkschaftsbund keine klare Haltung angesichts des brutalen Angriffs der Regierung der Vereinigten Staaten in Nicaragua eingenommen hat. Ebensowenig trat die A. F. of L. (Amerikanischer Gewerkschaftsbund) klar für die sofortige, völlige und absolute Unabhängigkeit der Philippinen und Porto Ricos ein. Sie unterstützt die Monroe-Doktrin in Latein-Amerika, so wie sie in den Vereinigten Staaten die Sonderrechte gegen die Neger und andere unterdrückten Gruppen fördert.

Das müssen wir wissen, um die verderbliche wirtschaftliche Grundlage zu erkennen, die dieser Politik unterliegt. Nur auf der Basis dieser Tatsachen

können wir den Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und den Imperialismus im allgemeinen führen. Diesem Kampf glaube ich, sind alle Anwesenden auf diesem Kongreß ausnahmslos und unabänderlich ergeben.

Ihr werdet sagen, daß ich ein etwas entmutigendes Bild vor Euch aufrolle, ein Bild, das den amerikanischen Imperialismus auf unerschütterlich fester Grundlage ruhend zeigt. In Wirklichkeit aber ist, trotz aller Lobredner des Imperialismus in den Reihen der Arbeiterklasse, die Wendung „Zusammenarbeit der Klassen" in Anführungszeichen zu setzen. Es gibt in Wirklichkeit unter dem Kapitalismus keine Zusammenarbeit der Klassen. Privilegierte Gruppen der Arbeiter sind vorübergehend zum Feinde übergegangen. Der Klassenkampf aber dauert dessenungeachtet fort. Jeden Tag sehen wir, wie solche Betriebsgewerkschaften in kritischen Situationen zusammenbrechen, und die Einrichtungen, die für einen bestimmten Zweck geschaffen wurden, in ihr genaues Gegenteil verwandelt werden. Nur mit vieler Mühe können die Flammen der Unzufriedenheit niedergehalten werden. In Großbritannien sehen wir, was geschieht, wenn der Imperialismus von seiner Beute nicht mehr genügende Mengen abgeben kann.

Überdies, und das wird von vielen Genossen noch nicht genügend bewertet, existieren in den Vereinigten Staaten große Gruppen von Arbeitern, Bergarbeiter, Metallarbeiter, Textilarbeiter und die Mehrzahl der Arbeiter im Maschinenbau, die sich nicht in der privilegierten Position der amerikanischen Arbeiteraristokratie befinden. Ihr hört, daß die Arbeiter in gewissen Gewerben Löhne bis zu 75 und 80 Dollar in der Woche erhalten. Aber ihr wißt nicht, daß der ungelernte Arbeiter sogar in den blühenden Industrien nicht mehr als 20 bis 25 in der Woche verdient. In den Textilfabriken des Südens erhalten die Frauen zwischen 8 und 15 Dollar die Woche, und *der durchschnittliche Lohn für sogenannte ungelernte Arbeiter ist ungefähr 30 Cents die Stunde oder 16,20 Dollars für eine Woche von 54 Stunden.*

Die Zahlen, die ich zitiere, entstammen dem zusammenfassenden Bericht über die industrielle Phase in den Vereinigten Staaten, der bald vom Internationalen Arbeitsbund veröffentlicht wird.

Millionen Arbeiter in den Vereinigten Staaten haben keinen Anteil an dem sogenannten „amerikanischen Lebensstandard". Sie werden im Gegenteil ebenso unbarmherzig ausgebeutet, wie die Arbeiter in den Kolonialländern. Die Struktur des amerikanischen Imperialismus zeigt einen gefährlichen Widerspruch. Die erwähnten Arbeiter sind nicht nur nicht interessiert an den imperialistischen Unternehmen von Wall Street und Washington — die nebenbei noch eine ständige Kriegsgefahr in sich tragen —, sie haben vielmehr verzweifelte Zusammenstöße mit der herrschenden Klasse. Beispiele dafür sind die großen Kämpfe in der Kohlenindustrie und der augenblickliche, sich lang hinziehende Streik der Textilarbeiter in Passaic.

Sogar die Satzungen der schwer ausgebeuteten Arbeiter, von denen ich

gerade sprach, sind in der Angabe der Ziele nicht wirklich klar. Die meisten Arbeiter sind unorganisiert, und die organisierten Gruppen — beispielsweise die Bergarbeiter — werden von einer Bureaukratie ausgeplündert, die bis ins Herz korrumpiert ist. Trotzdem hat sich ein kämpferischer linker Flügel entwickelt und breitet sich in der ganzen amerikanischen Arbeiterbewegung aus. Dieser selbstbewußte linke Flügel ist noch klein, wächst aber ständig und hat bereits eine Anzahl wichtiger Erfolge zu verzeichnen. Wir von der allamerikanischen anti-imperialistischen Liga haben unsere größte Unterstützung in den Vereinigten Staaten bei dem kleinen linken Flügel in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gefunden. Das ist eine zuverlässige Unterstützung, weil sie auf Interessen beruht, die absolut mit denen der kolonialen und halbkolonialen Völker identisch sind, die der amerikanische Imperialismus unterdrückt. Unsere Bewegung beschränkt sich nicht auf Nebenfragen. Die nationalen und nationalrevolutionären Bewegungen in Latein-Amerika und im fernen Osten können auf unsere Bewegung rechnen, sich auf uns verlassen.

Unsere Erfolge in den Vereinigten Staaten sind weniger bedeutend wie jene, die unser Genosse von der machtvollen Minoritätsbewegung Großbritanniens schilderte. Die langsame Entwicklung der amerikanischen Arbeiterklasse hat das noch nicht ermöglicht. Aber Ihr müßt bedenken, daß vor noch nicht langer Zeit die britischen Arbeiter sogar imperialistischer waren, als die priviligierten Schichten der amerikanischen Arbeiterklasse es heute sind. Die Krisis des britischen Kapitalismus hat ehemals imperialistisch gestimmte Arbeiter revolutioniert und ihnen gezeigt, daß ihre Interessen bei den unterdrückten Nationen des britischen Weltreiches liegen. Wir sehen, wie, von außen und innen angegriffen, die ganze Struktur des britischen Imperialismus zu zerbröckeln beginnt. Heute strecken Millionen britischer Arbeiter ihre Hände der revolutionären chinesischen Nationalbewegung entgegen und möchten das Kriegsministerium Seiner Majestät in London zum Teufel schicken. Das ist die historische Entwicklungslinie, und so wird es auch in den Vereinigten Staaten sein. Sobald die unterdrückten Völker erkennen, daß der moderne Imperialismus nur ein Stadium — die letzte Etappe — des Kapitalismus ist, werden sie auch zu der Einsicht kommen, daß ihr sicherster, vertrauenswürdigster Verbündeter in den Vereinigten Staaten heute nur der relativ kleine linke Flügel der amerikanischen Arbeiterbewegung ist. Im Hinblick auf die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Situation sind unsere Erfolge in Amerika durchaus nicht gering. Wir haben einen engen Arbeitskontakt mit den aktivsten nationalen und nationalrevolutionären Elementen in ganz Latein-Amerika hergestellt. Die Sektion der Vereinigten Staaten der allamerikanischen anti-imperialistischen Liga hat nationale Sektionen in 11 latein-amerikanischen Ländern errichtet. In den Vereinigten Staaten haben wir in den Gewerkschaften systematisch die Frage

des Imperialismus aufgerollt. Über den ganzen Kontinent hin haben wir uns bei verschiedenen Gelegenheiten aktiv betätigt und erfolgreiche Demonstrationen gegen die Absichten des Zuckertrusts in Kuba, wie durch Verteilung von Flugblättern unter den Soldaten, die die Stadt Panama besetzten, erzielt. Trotzdem stehen wir erst am Anfang unserer Arbeit. Unser Zukunftsprogramm wird in der Resolution ausgedrückt, die die Vereinigten Staaten gemeinsam mit den Delegationen der verschiedenen latein-amerikanischen Länder diesem Kongreß vorlegen. Es ist ein Programm nicht nur der Organisation, sogar nicht einmal der Organisation und Propaganda, sondern der konkreten Aktionen gegen den Imperialismus. Die stärksten Kräfte, die der Imperialismus bisher gegen sich selbst gezüchtet hat, sind die Nationen, die er unterdrückt, denen er mit neuen Unterdrückungen droht. Die Zusammenarbeit mit diesen Bewegungen ist die erste Voraussetzung jeder anti-imperialistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten.

Es tut mir leid, daß der Delegierte der Philippinen, der wie ich weiß, auf dem Wege hierher ist, noch nicht angekommen ist. In den Philippinen, wo wir eine mächtige, ja einstimmige Bewegung für die Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten haben, zeigen die Führer eine Tendenz, ihre Politik auf die Voraussetzung zu basieren, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ihnen ihre Unabhängigkeit freiwillig gewähren wird. Das ist ein eitler Wahn. Das Dollarreich gibt im gegenwärtigen Zustand seiner Entwicklung nichts freiwillig ab. Statt nach Washington für die Emanzipation der Philippinen zu gehen, täte man gut, seine Augen dem revolutionären Kanton zuzuwenden, das nur 620 Meilen von ihnen entfernt ist. In den Vereinigten Staaten kann man wertvolle Verbündete nur finden, wenn man sich mit den dynamischen Faktoren des amerikanischen Klassenkampfes verbindet. Es mag angenehmer für die philippinischen Führer sein, sich mit „einflußreichen" Politikern und Universitätsprofessoren zu verbinden, — deren Einfluß, wenn er wirklich vorhanden ist, sich gewöhnlich gegen die Sache der Philippinen richtet —, als die Verbindung mit radikalen Gewerkschaftlern des linken Flügels und den Kommunisten zu suchen. Sicherlich bleibt man dabei hochachtbar. Aber die Respektabilität der Vertreter eines Koloniallandes bedeutet Unterwerfung unter die Standardverhältnisverträge und Gesetze des Imperialismus. Man kann sie nur um den hohen Preis der Annahme des imperialistischen Zustandes erhalten. Wenn irgend eine der hier vertretenen nationalistischen Bewegungen in dem Heimatlande ihres Imperialismus respektabel wird, dann ist sie tot.

Ich glaube im Geiste dieses Kongresses zu sprechen, wenn ich sage, daß unsere Freunde nicht unter den Freunden des imperialistischen Kapitalismus zu suchen sind. Die Grundlage unserer Strategie läßt sich mit den Worten des augenblicklichen Punktes unserer Tagesordnung ausdrücken:

Zusammenarbeit zwischen den nationalen Befreiungsbewegungen in den

unterdrückten Ländern und der Arbeiter- und anti-imperialistischen Bewegung in den imperialistischen Ländern.

Das gilt für den Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und den Imperialismus in der ganzen Welt.

Resolutionen.

Folgende Erklärungen wurden vom Kongreß angenommen:

I.

Erklärung

der Delegation aller amerikanischen Länder über die Organisierung des anti-imperialistischen Kampfes in der amerikanisch-pazifischen Region.

Die Mitglieder der Delegationen aus den Vereinigten Staaten, Latein-Amerika, den Philippinen und China erklären, daß alle Arbeiter, Farmer- und fortschrittlichen Organisationen in den Vereinigten Staaten ihre geeinten Kräfte einsetzen müssen, um:

1. den Kampf der nationalistischen und nationalen Freiheitsbewegungen in den Ländern unter der eisernen Ferse des amerikanischen Imperialismus zu unterstützen, indem sie fordern:
   a) die sofortige, restlose und absolute Befreiung der Philippinischen Inseln und Porto Ricos und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes für alle Kolonien und halbkolonialen Länder,
   b) die Aufhebung der ungleichen Verträge, die Panama, Cuba und andere Länder der Karibischen Union faktisch zu Protektoraten machen,
   c) die Zurücknahme der Militär- und Marinekräfte der Vereinigten Staaten aus der Karibischen Union, aus Zentral- und Südamerika und China unter gleichzeitiger Aufhebung aller territorialen und aller anderen Vorrechte;
2. alle Versuche der Gewaltanwendung gegen die latein-amerikanischen Nationen zu bekämpfen;
3. den imperialistischen Charakter der Außenpolitik der Vereinigten Staaten, die unter demokratisch-pazifistischem Deckmantel handelt, zu enthüllen und die Monroe Doctrine als ein Prinzip des imperialistischen Angriffs gegen Latein-Amerika zu demaskieren;
4. allen Rechtsverletzungen, die durch die Vereinigten Staaten in Haiti, Santo Domingo usw. begangen werden, die größte Publizität zu gewähren;
5. eine intensive Propaganda gegen den Imperialismus nicht nur in der Bevölkerung der Vereinigten Staaten, sondern auch im Heere und in der Marine, die man auffordert, nach imperialistischen Befehlen zu handeln, durchzuführen;
6. Streiks gegen Truppen- und Munitionssendungen nach Latein-Amerika und in das ferne Osten zu fördern und zu unterstützen;
7. die Tendenz, Latein-Amerika gegen den Imperialismus zu einigen und eine enge Verbindung zwischen den Nationalbewegungen der Philippinischen Inseln und Chinas herzustellen, auf jede Weise zu unterstützen.

Angesichts der gegenwärtigen Angriffe der Vereinigten Staaten auf Nicaragua und Mexiko muß gefordert werden:

1. *in bezug auf Nicaragua:*
   a) die sofortige Zurückziehung der Truppen und der Marine der Vereinigten Staaten,
   b) die Anerkennung der volkstümlichen Sacasa-Regierung,
   c) die Annullierung aller Vorrechte, die von Nicaragua während der Zeit der militärischen Besetzung durch die Vereinigten Staaten bez. des Landstreifens zum Bau eines Kanals erpreßt wurden, wie der Pachtverträge zur Errichtung von Flottenstützpunkten;
2. *in bezug auf Mexiko:*
   a) Hände weg von Mexiko! Die Sicherung der Errungenschaften der national-revolutionären Verfassung von 1917, die Bekämpfung der diplomatischen und

wirtschaftlichen Offensiven der Vereinigten Staaten, die im Interesse von Öl-, Bergwerks- und Finanzmagnaten unternommen werden, um diese gegen das mexikanische Volk zu unterstützen, das seinerseits die Quellen seines nationalen Reichtums von ausländischen Monopolbestrebungen schützen will,

b) die Anerkennung des Rechts für Mexiko in seinem Kampfe gegen den Yankee-Imperialismus, die Unterstützung anderer latein-amerikanischer Staaten zu verlangen, bzw. ihnen Mexikos Unterstützung zuzusagen.

Wir fordern die amerikanischen Arbeiterorganisationen auf, besonders jene, die mit der Arbeiterbewegung Nicaraguas und Mexikos verbunden sind, eine Bewegung zu einer Erzielung einer Streikaktion in den Vereinigten Staaten einzuleiten, wenn die Militärkräfte aus Nicaragua nicht zurückgezogen werden sollten.

II.

Erklärung zur Lage und über die gegen den amerikanischen Imperialismus notwendigen Kampfmaßnahmen.

In Amerika zeigt sich das steigende nationalrevolutionäre Bewußtsein in einem sich verschärfenden Kampf gegen den Imperialismus. Alle fortschrittlichen Kräfte vereinigen sich gegen den Yankee-Imperialismus, der durch wirtschaftliche und politische Durchdringung die Lebensverhältnisse in den südamerikanischen Ländern verschlechtert und die Unabhängigkeit der latein-amerikanischen Nationen auf das schwerste bedroht.

Seit dem Krieg 1914 haben die Vereinigten Staaten — gestärkt durch die ausdrückliche Anerkennung der Monroe Doctrine im Völkerbundsvertrag — die politische Durchdringung der latein-amerikanischen Länder dadurch intensiver gestaltet, daß sie sich aller wichtigen Rohstoffquellen in Süd- und Zentralamerika bemächtigten und dadurch die meisten Länder des amerikanischen Kontinents in ihrer Entwicklung hemmten. Der Yankee-Imperialismus verdreifachte das in der Vorkriegszeit in Latein-Amerika angelegte Kapital. Seine gegenwärtige Kapitalsanlagen machen 40% des im Weltmaßstab angelegten Gesamtkapitals aus. Der englische Imperialismus zieht sich indessen nach und nach vor dem Yankee-Imperialismus zurück.

Der imperialistische Druck lastet am schwersten auf Mexiko, Nicaragua, Panama und Haiti. In *Mexiko* befolgt der Yankee-Imperialismus die Taktik der ständigen Drohung mit einer militärischen Intervention und will dadurch das mexikanische Volk in der Erreichung revolutionärer Ziele verhindern. Die Bundesgenossen des amerikanischen Imperialismus sind gewisse kirchliche und Großgrundbesitzer-Gruppen, die sich durch die Verfassung von 1917 in ihren Interessen bedroht fühlen und der nationalen Befreiungsbewegung eine ständige Opposition entgegensetzen.

In *Nicaragua* unterhalten die Vereinigten Staaten, gegen die Grundsätze des Washingtoner Vertrages, eine verfassungswidrige Regierung trotz des Widerstandes der Bevölkerung. Sie blockieren die Küsten von Nicaragua und senden Truppen dorthin, um den Sieg der Revolution zu verhindern. Um diese Okkupation zu begründen, gibt man vor, daß das Leben und Rechte der amerikanischen Staatsbürger geschützt werden müssen. In Wirklichkeit aber unterwirft man hier ein freies Volk, um die amerikanische Oberhoheit für die Zone eines neuen zwei Ozeane verbindenden Kanals zu sichern.

Das von Kolumbien abgetrennte *Panama* unterliegt heute einem aufgezwungenen Vertrag, der ihm die letzten Reste der nationalen Souveränität nimmt.

Das Volk von *Haiti* bleibt im Joch eines amerikanischen „Protektorats", nachdem man während einer militärischen Besetzung Tausende von Bürgern hingemordet hat.

Latein-Amerika kann in Bezug auf amerikanischen Imperialismus in vier große Regionen eingeteilt werden:

1. *Die karibische Region,* die Mexiko, Zentralamerika, Panama und die Antillen umfaßt, ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch und strategisch — vom Standpunkt neuer Kanalbauten und Flottenstützpunkte — dem amerikanischen Imperialismus wichtig.

In dieser Region hat sich der Imperialismus von der Taktik der Verträge und diplomatischen Aktionen fortentwickelt und betreibt offene, militärische Aktionen.

Die 2. Region, die Region der sogenannten Republiken von Bolivar, die von Venezuela, Kolumbien, Ecuador, Peru und Bolivien gebildet wird, befindet sich noch im Stadium der Anleihen und aufgezwungenen Verträge. Der Imperialismus unterstützt hier direkt oder indirekt verschiedene Diktatoren, die ihre Länder im Auftrage des amerikanischen Imperialismus versklaven.

Die 3. Region wird durch jene Länder gebildet, in denen die wirtschaftlichen Kräfte bereits eine größere Entwicklung zeigen. Dies ist die Region der La Plata-Republiken und von Chile. In diesen Ländern hat sich der englische Imperialismus eine große Einflußsphäre zu erhalten gewußt.

Auch die Entwicklung des Industriekapitals ist hier fortgeschrittener als in anderen südamerikanischen Ländern.

Die 4. Region wird durch Brasilien gebildet, das ganz besondere wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Verhältnisse aufweist.

Am Ende des 19. Jahrhunderts änderten die Vereinigten Staaten ihre Politik. Sie bemächtigten sich der großen Naturreichtümer Latein-Amerikas, der Rohstoffquellen, der verschiedenen Produktionsmittel und der Transportwege zu Wasser und zu Land. Gleichzeitig legten die Vereinigten Staaten große Kapitalien in den Industrien an. Sie errichteten überall Filialen ihrer mächtigsten Banken, die den latein-amerikanischen Regierungen Anleihen gewährten, deren Bedingungen ihnen die Verpfändung der Souveränität der lateinamerikanischen Völker eintrugen. Diese Aktion der wirtschaftlichen Durchdringung verhalf dem Imperialismus zur politischen Beherrschung der in Betracht kommenden Gebiete.

Cuba zwingt der Imperialismus das Emmienda-Platt-Gesetz und die Diktatur des Generals Machado auf, der die Führer der Arbeiterbewegung systematisch ausrottet, ihre Organisationen auflöst und alle Verfassungsgarantien aufhebt. *Porto Rico* und die *Philippinen* werden durch Militärgouverneure regiert. Die Verträge mit *Santo Domingo* und *Haiti* bringen diese in eine ähnliche Lage wie Cuba. In *Zentralamerika* hat der Bryan-Chamorro-Vertrag verfassungswidrig einen Teil des nicaraguaschen Landes abgetrennt und die Vereinigten Staaten unter gleichzeitiger Verletzung der Souveränität von Honduras, Costa Rica und san Salvador zum Bau eines neuen Kanals ermächtigt. Aber wenn die Vereinigten Staaten um die politische Kontrolle verschiedener Länder kämpfen mußten, wurde ihnen dies in anderen Ländern durch die von ihnen unterstützten Diktatoren, die innerpolitisch Großgrundbesitzerinteressen darstellten, erspart.

In *Peru* unterstützen sie Leguia, der alle fortschrittlich gesinnten Elemente verfolgt. Im gegenwärtigen Konflikt Tacna-Arica waren sie bestrebt, den latenten Konflikt zwischen den latein-amerikanischen Ländern aufrechtzuerhalten und ihre Einflußsphäre zu erweitern.

Die imperialistische Durchdringung hat durch die Konzentration des Agrarbesitzes in allen diesen Ländern das Problem der Eingeborenen und der Neger, die die übergroße Mehrheit der Landbevölkerung ausmachen, noch verschärft.

Als Mittel ihrer imperialistischen Expansion gebrauchten die Vereinigten Staaten die Pan-amerikanische Union. Die politischen und wissenschaftlichen Kongresse, die von der Pan-amerikanischen Union einberufen werden, sind nur imperialistische Manöver. Diese Tatsache muß mit allem Nachdruck den nordamerikanischen Arbeiterorganisationen mitgeteilt werden, um eine aktivere und wirkungsvollere Bewegung gegen den imperialistischen Kapitalismus der Vereinigten Staaten zu organisieren. Nur unter Teilnahme der entscheidenden großen Massen des amerikanischen Proletariats kann ein wirkliches Einvernehmen der großen produktiven Kräfte der Vereinigten Staaten und Latein-Amerikas zustandegebracht werden.

Da die Regierungen unter dem Einfluß des amerikanischen Imperialismus nicht mehr in der Lage sind, ihre Funktionen durchzuführen, sendet das amerikanische Großkapital Missionen in die verschiedenen Länder, um die Finanzen, das Unterrichtswesen usw. zu organisieren. Gegen all diese Manöver kann man die Grundlagen eines anti-imperialistischen Kampfes in den Arbeiter- und Bauernmassen finden, die, wie in China, durch kollektive große Bewegungen, Boykotte und Aufstände aller Art eine wirkungsvolle Bekämpfung des Imperialismus einzuleiten in der Lage sind. Da aber das Problem des Imperialismus mit dem Problem des Kapitalismus überhaupt identisch ist, ist es notwendig, daß alle fortschrittlichen Elemente sich für diesen Kampf interessieren. Die Intellektuellen, Studenten, die Mittelklasse, die durch die ökonomische und politische Durchdringung des Imperialismus

auf das tiefste betroffen sind, müssen einen aktiven Teil der Abwehrbewegungen mit übernehmen.

Der anti-imperialistische Kampf erfordert die Einheit aller sozialen Kräfte in den unterdrückten Ländern, die sich mit jenen gegnerischen Elementen verbinden müssen, die dem Imperialismus innerhalb seiner eigenen Landesgrenzen erwachsen. Die Arbeiter, die die Massen für die Armeen und Okkupationsheere abgeben und durch die gleichen Feinde ausgebeutet werden, die liberalen Intellektuellen und die unterdrückten Massen (Neger, Gelbe) sind innerhalb der Vereinigten Staaten die Verbündeten der nationalrevolutionären Bewegung.

Auch die anderen großen Völker, die gegen den Imperialismus kämpfen, u. a. China, Indien und Ägypten, führen gegen den gemeinsamen Feind den Kampf. Sie führen ihn gegen einen Feind, der andererseits in den imperialistischen Ländern selbst durch organisierte Widerstände gegen den Krieg und gegen die Interventionspolitik bekämpft wird.

Alle diese Faktoren halfen der nationalen Freiheitsbewegung Latein-Amerikas.

Das Beispiel der Union der sozialistischen Sowjet-Republiken, wie dies allseitig anerkannt wird, zeigt ganz klar, wie diese Volkskräfte sich auf Grund der Gleichberechtigung verbinden und wie sie ihre eigene Wirtschaft einrichten können, ohne dabei einer imperialistischen Durchdringung zu unterliegen.

Eine praktische anti-imperialistische Aktion muß in Anbetracht der Gesamtlage auf folgende Fundamente aufgebaut werden:

1. Die Einheitsfront aller anti-imperialistischen Kräfte, Arbeiterorganisationen, Verbände der Bauern, Studenten, Intellektuellen usw. ist in erster Linie die notwendigste Voraussetzung des Kampfes;
2. Darüber hinaus müssen die anti-imperialistischen Kräfte die politische und wirtschaftliche Union Latein-Amerikas anstreben. Diese Vereinheitlichung kann durch die Verbindung gewisser Regionen nach amerikanischem Muster begonnen werden;
3. Die Vergesellschaftlichung der Bergwerks- und anderer großer Industrien, die durch die Imperialisten monopolisiert worden sind, die Aufteilung des Bodens unter die Bauernschaft sind die mächtigsten Waffen zur Niederkämpfung der Positionen des Imperialismus;
4. Die Bewegung muß sich die absolute Befreiung aller Kolonien, wie Porto Rico und die Philippinen usw. zum Ziel setzen;
5. Es muß um die Beseitigung und Revision aller Verträge und Vereinbarungen gekämpft werden, die die Souveränität der latein-amerikanischen Länder verletzen, wie das Emmienda-Platt-Gesetz, die Verträge von Bryan-Chamorro, sowie die mit Panama, Haiti und Santo Domingo abgeschlossenen Vereinbarungen;
6. Es muß die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Nicaragua, Haiti sowie die Aufhebung des Belagerungszustandes in Haiti gefordert werden. Die absolute Unabhängigkeit des Gebietes von Panama, die als eine Bedingung für den freien Verkehr aller Nationen im Kanal angesehen werden kann, muß mit allem Nachdruck gefordert werden. Desgleichen ist der Sturz der Diktaturen in Latein-Amerika zur Beseitigung der Machtpositionen des Imperialismus unerläßlich;
7. Der Kampf gegen das diktatorische Regiment der versklavten latein-amerikanischen Staaten bedeutet gleichzeitig den Kampf gegen den Yankee-Imperialismus.

III.

Resolution über den nordamerikanischen Imperialismus.

Vorgeschlagen von der „American Liberties Union“.

(Siehe Anhang B.)

V.

Der Freiheitskampf Ägyptens und der arabischen Völker.

Das Mitglied des ägyptischen Parlaments, Vorsitzender der Nationalpartei

Mohammed Hafiz Bey Ramadan (Ägypten).

führt dazu einleitend aus:

Ich bin besonders glücklich, daß ich Ihrer Einladung zum internationalen Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus Folge leisten konnte.

Die Benennung des Kongresses ist an und für sich schon ein Programm; ein klares Programm von Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Wahrheit.

Was an dieser Versammlung von Vertretern so mancher Völker am meisten auffällt, ist vielleicht weniger das sofortige Ziel, für welches wir uns versammelt haben, als das Gefühl, das uns die Eingebung gegeben hat, uns zu vereinigen.

Dieser Kongreß hat keinen offiziellen Charakter, sofern wir in Betracht ziehen, daß er von keiner Kolonialregierung einberufen wurde. Wie könnte man auch verstehen, daß die Regierungen die Verantwortung auf sich nähmen, je einen solchen Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus offiziell einzuberufen, da diese Fragen doch gerade den Kern ihrer Politik darstellen.

Und trotzdem hat der Kongreß nach meinem Begriffe einen hundertfach stärkeren offiziellen Charakter, da er der internationale Willensausdruck der verschiedensten Völker ist.

Ist es nicht bewundernswert, daß durch ihre Vergangenheit, Sitten, Traditionen und Rassen so verschiedene Nationen, daß durch Zeit und Raum so getrennte Völker hier in einer Ideengemeinschaft gleichen Willens und gleicher Hoffnung vereinigt sind?

Sie müssen schon lebhaft gefühlt haben, daß die Stunde gekommen ist, in geschlossenen Reihen eine Politik zu bekämpfen, deren Joch uns alle hier erstickt. Die Vertreter der Völker mit imperialistischen Regierungen, wie der



Hafiz Ramadan Bey

Delegierter Ägyptens, Mitglied des Parlaments,
Vorsitzender der Ägyptischen Nationalpartei



Völker, die Opfer dieses Imperialismus sind, werden hier von der gleichen Idee geleitet, daß das höchste Interesse aller Völker darin besteht, an der Weltbefreiung mitzuarbeiten.

Wir stellen hier eine Art Völkerbund dar, der jedoch, entgegen jenem Völkerbund, der, wie die Erfahrung beweist, nur Regierungen und Teilinteressen vertritt, wirklich Nationen und allgemeine Interessen vertritt.

Es ist nicht gewiß, daß eine gerechte Idee sich sofort durchsetzt. Das hat nichts zu sagen; früher oder später wird sie doch recht bekommen. Wie viele gute Ideen schienen nicht anfänglich nur Utopien zu sein. Der Lauf der Jahre hat diese Utopien in Wirklichkeiten verwandelt, Wirklichkeiten, von denen wir uns nicht einmal mehr erinnern, daß sie einmal so heftig bekämpft wurden, wie heute in imperialistischen Kreisen die Ideen bekämpft werden, die die Ursache dieses Kongresses bilden.

Die Ideen haben das für sich, daß sie ewig, während die Menschen vergänglich sind. Es ist ihre große Kraft, die es ermöglicht, mehr noch auf die Evolution zu zählen, als auf die Revolutionen. Die Revolutionen sind die Arbeit der Menschen, die Evolution erfolgt durch den Geist.

Als Ägypter, einem Lande angehörend, das noch dem Joche des Imperialismus unterworfen ist, erhoffe ich mehr von der Idee, als von der Gewalt, mehr von der Evolution, als von der Revolution, weil der Triumph der Ideen absolut ist, während der Erfolg der Revolutionen leicht durch den Erfolg der Konterrevolutionen vernichtet werden kann.

Ägypten wurde im Jahre 1882 ungesetzlicherweise durch britische Streitkräfte besetzt. Es ist dies ein Stück Geschichte, an das nicht mehr erinnert zu werden braucht. Inzwischen sind jedoch große Ereignisse vor sich gegangen. Das ägyptische Volk hat sich gegen den Imperialismus, der es unter sein Joch beugte, erhoben. Es hat unablässig für seine Unabhängigkeit gearbeitet und gekämpft. D. h., es hat gekämpft, um die Ausübung seiner natürlichen Rechte zu erreichen. Nach mehreren Jahren des Kampfes und der Opfer geruhte der Imperialismus ihm die Etikette einer Unabhängigkeit zu geben. Bleibt doch Großbritannien heute, wie im Jahre 1882, mit der Waffe in der Faust in Ägypten, nicht, um für eine angebliche Sicherheit zu wachen, die nie in Gefahr war, sondern um die lebenswichtigsten Interessen Ägyptens seinen selbst unwichtigeren Interessen unterzuordnen.

Wir sind vielleicht das berühmteste Beispiel der Untaten der kolonialen Unterdrückung und des Imperialismus.

Ah! Die Sophismen fehlen den englischen Imperialisten nicht, um die ungesetzliche Besetzung zu vertuschen und sie vor den fremden Regierungen als eine internationale Polizeimaßnahme darzustellen. Natürlich ist hier weder der Ort noch der Augenblick, um für eine Sache zu plädieren, die in den Augen des Kongresses im voraus als gewonnen gilt. Was verlangt eigentlich Ägypten? Eine wahre Freiheit, eine wirkliche Unabhängigkeit. Es verlangt,

daß England seine wiederholten Versprechungen, Ägypten zu evakuieren, erfülle. Es verlangt auch für die Sicherheit aller Mächte, zur Beruhigung der daran interessierten Teile der Welt, daß der Suezkanal in keinem Augenblicke, und vor allem in Kriegszeiten, eine Waffe in der Hand einer fremden Macht gegen die andere sei. Es verlangt, daß ein internationales Statut diese Neutralität des Kanals proklamiert, an die schon vor uns gewisse Großmächte gedacht haben, bevor sie der geheimnisvollen Vormundschaft unterworfen waren, die augenblicklich die Regierungen der stolzesten Völker unter ihr Gesetz beugt.

Die Nöte der Welt kommen zweifelsohne von dem Imperialismus und seinen verschiedenen Auswirkungen auf allen Gebieten. Die Reaktionen erfolgen je nach dem Temperament der Völker, die darunter zu leiden haben, hier in extremer Form, dort in nationalistischer Form, anderswo wieder in fremden Hirngespinsten. Unterschätzen wir nicht diese unvermeidlichen Folgen.

Ich maße mir nicht an, in einigen Worten das Bild eines der bewegtesten psychologischen Momente der Geschichte der Völker darzustellen. Was jedoch Ägypten anbelangt, so kann ich mir erlauben, und das gehört übrigens zu meiner Aufgabe, zu behaupten, daß sein Nationalismus nichts Angreifendes noch Reaktionäres an sich hat. Er ist eigentlich nur die wissenschaftliche Bestätigung der Wahrheit, daß der Zustand der Sklaverei der stärkste Feind des Fortschrittes ist.

Wenn die Ägypter Nationalisten sind, so nur, weil das die für sie einzige Form ist, um ihre Freiheit und ihre Unabhängigkeit fordern zu können. Sie sind nicht Nationalisten gegen die Ausländer; sie sind Nationalisten gegen den Imperialismus. Sie wissen übrigens, daß in der Epoche, in der wir leben, die Solidarität der Völker die Bedingung *sine qua non* der Freiheit aller ist, und daß im Interesse aller ein gutes universelles Verständnis notwendig ist.

So führt der Nationalismus auf einem Umweg, der nichts Unerwartetes an sich hat, aus dem, was an ihm am subjektivsten ist, fortschreitend zur Annahme der objektivsten internationalistischen Prinzipien.

Der internationale Verband gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus hält heute seinen ersten Kongreß ab. Wir sind nicht so naiv, zu hoffen, daß er sofort ein voller Erfolg sein wird. Aber er hat uns zusammengebracht. Er hat die Vertreter der Völker einander näher gebracht. Er hat diesen Völkern die Gelegenheit gegeben, ihre wahren Gedanken zum Ausdruck zu bringen. An der Schwelle des Werkes, dem wir uns weihen wollen, ist es notwendig, daß ein heiliger Vertrag uns vereinige, daß ein feierlicher Schwur getan werde, und daß wir es als unsere Ehre betrachten, jeder bei sich im Lande an der Befreiung der Völker und an der zweifelsohne langsamen, doch notwendigen Schaffung eines Gleichgewichtes zu arbeiten,

eines Gleichgewichtes, in welchem sich niemand mehr bedroht fühlt, und wo jeder für alle wird nützlich sein können.

Bilden wir ein permanentes Bureau und eine permanente Organisation, um den Imperialismus immer zu bekämpfen.

Als Delegierter des syrischen Aufstandskomitees spricht

Mazhar Bey el Bakri (Syrien).

Syrien ist ein Land, das durch seine geographische Lage, durch Rasse, Sprache, Gebräuche und Überlieferungen eine bemerkenswerte nationale Einheit darstellt, die die Voraussetzung seiner politischen Forderungen ist.

Vom Beginn des großen Weltkrieges 1914 an, hat man laut das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert. Die Syrier, die sich bis dahin in der Kategorie der unterdrückten Völker befanden, unternahmen daraufhin ihre Befreiungsaktion. Aber gleich nach der Beendigung dieses Krieges entfaltete man bei ihnen eine Propaganda, die sie spalten sollte, um sie besser ausbeuten zu können. Das tat man, statt ihnen zu helfen und die feierlich gemachten Versprechungen durchzuführen.

1919 und 1920 haben sie unaufhörlich auf politischen Kongressen an diese Versprechungen erinnert. Aber sie stießen auf den festen Willen, in Syrien die Kolonialpolitik fortzusetzen. Da verloren die Syrier jede Illusion über die wahren Absichten des Völkerbundes, der nur eingesetzt ist, um die Vernichtung der schwachen Völker zu legalisieren. Sie erkannten klar die Absichten Frankreichs, von dem man als von einer humanen und emanzipierten Nation spricht.

Im März 1920 vereinigten sich alle Syrier ohne Unterschied der Richtungen auf einem Kongreß, und proklamierten dort die absolute Unabhängigkeit des Landes.

Der französische Imperialismus schickte eiligst 70 000 Soldaten zu uns, die unter dem Kommando des Generals Gouraud gewaltsam in Damaskus eindrangen.

Da das syrische Volk niemals vor einem Unterdrückungsversuch kapituliert hat, erlebten die Franzosen eine Revolte nach der anderen, von denen die der Djebeldrusen noch andauert und sich über ganz Syrien ausgedehnt hat.

Diese Aufstände verfolgen alle das gleiche Ziel, nämlich: die Erringung des Selbstbestimmungsrechtes, auf das Syrien einen Anspruch hat durch seine geographische Lage und seine Zivilisation.

Das syrische Volk weiß aus Erfahrung, daß der französische Imperialismus folgende Ziele verfolgt:

1. Die geographische Einheit Syriens zu zerreißen;
2. unsere politische Einheit zu vernichten;
3. seine eigenen kommerziellen Ziele zu verfolgen und in Konkurrenz zu der einheimischen Handarbeit eine ausländische bei uns einzuführen. Ferner tiefe Spaltungen hervorzurufen durch Schaffung gegensätzlicher religiöser Gruppen, die die nationale Einheit des syrischen Volkes zerreißen sollen.

Um die Syrier in ihrem eigenen Lande zu Fremden zu machen und nach Belieben genügend Elemente zur Unterdrückung bereit zu haben, hat Frankreich den Armeniern Syrien erschlossen. Während der französische Imperialismus die Vernichtung derer betreibt, die die Unabhängigkeit fordern, installiert er diese fremden, parasitären Elemente, die ihm Hilfsdienste leisten sollen.

Das Bombardement von Damaskus ist und wird noch für lange Zeit das schmerzlichste Ereignis sein in dem Kampfe, den das heroische Syrien geliefert hat. Während 60 Stunden fielen Granaten und Brandbomben in die Stadt. Man zielte auf die Moscheen, die Kirchen, die Asyle, die Schulen, die Museen und die Handelsgebäude. Wohnhäuser stürzten über ihren friedlichen Einwohnern zusammen.

Die Tanks fuhren durch die Stadt. In Häusern, die durch Brandbomben entzündet waren, schloß man die Familien ein. Frauen wurden zu grausam mißbrauchten Opfern. Man vergewaltigte und mordete sie. 115 Kinder unter 5 Jahren wurden getötet.

Um die Beendigung des Bombardements zu erreichen, mußte die Stadt einen Tribut von 100 000 Pfund Sterling in Gold zahlen und 5000 Gewehre abliefern.

70 Dörfer, die bis heute noch nicht wieder aufgerichtet sind, wurden in der Umgegend von Damaskus vollständig zerstört. 25 000 Frauen, Greise und Kinder sind heute noch ohne Obdach und fallen dem Elend und der Hungersnot zum Opfer. Angesichts dieser fürchterlichen Grausamkeiten und der Profanierung, deren Opfer die historische Stadt Damaskus wurde, ist das syrische Volk fest entschlossen, den Kampf ohne nachzugeben zu Ende zu führen.

Die Entrüstung, welche das Bombardement von Damaskus in der ganzen Welt hervorgerufen hat, läßt es zu einem Wahrzeichen werden und zeigt, wohin der Mißbrauch der materiellen brutalen Gewalt führen kann.

Aber ohne jemals das zu vergessen, was gewesen ist, haben wir doch den festen Glauben, daß der Tag nahe ist, an dem die geopferten Völker das Morgenrot der Befreiung sehen werden. Darum bin ich glücklich, diesem Kongreß den rückhaltlosen Anschluß und die wirksame Mitarbeit des sy-

rischen Volkes erklären zu dürfen, das sich in unablässiger Revolte gegen seine Unterdrücker befindet.

Den Organisatoren dieses Kongresses und den Vertretern der andern Völker möchte ich sagen, daß das syrische Volk, während es für sich kämpft, die tiefe Überzeugung hat, für die Befreiung aller zu kämpfen.

Ich überbringe der revolutionären chinesischen Arbeiterbewegung die Grüße des syrischen Volkes und unsere heißesten Wünsche für den endgültigen Sieg der Sache der Kuomintang. Auch den Arbeitern und Bauern Frankreichs und aller anderen Länder der Welt, die bereit sind, unsere Befreiungsaktion zu unterstützen, überbringe ich im Namen des syrischen Volkes den Ausdruck seiner tiefsten Dankbarkeit. Wir schöpfen Kraft aus den Sympathien, die wir überall finden, und die besonders zum Zustandekommen dieses Kongresses geführt haben, die Kraft, noch weiter das Werk zu verfolgen, für das so viele wertvolle Menschen kämpfend gefallen sind, die Kraft, unsere Toten zu rächen, unsere zerstörten Dörfer und unsere entweihte Hauptstadt.

Es ist zwecklos, hier unsere finanziellen Opfer zu erwähnen, die schon mehr als 20 Millionen Pfund Sterling betragen. Ihr werdet mit uns der Meinung sein, daß wir durch unser reichlich vergossenes Blut, mit dem wir auch in Zukunft nicht geizig sein werden, durch die erduldeten Leiden, durch die erduldeten Grausamkeiten, und jene, die wir noch erleiden werden, durch den Tod unserer intellektuellen Jugend, die sich geopfert hat, ebenso wie unser Volk, das noch jeden Tag freudig seine nationale Pflicht erfüllt, daß wir durch all das unsere Unabhängigkeit teuer genug erkauft haben.

Nichts wird unsern Willen, uns zu befreien, brechen können.

Wir werden diese Unabhängigkeit erreichen, denn stark in unserm Recht, verfolgen wir es mit unserm ganzen Glauben, unserer ganzen Hartnäckigkeit, trotz aller Hindernisse und aller Opfer.

Die Leiden des jüdischen Proletariats in Palästina beschreibt

Itzchaki (Palästina),

Delegierter der „Poale Zion“ (Jüdische Arbeiter-Partei):

Im Namen der Arbeiterklasse Palästinas, im Namen der in der palästinischen Arbeiterpartei „Poale Zion“ organisierten jüdischen und arabischen Arbeiter, begrüße ich den Kongreß.

Die Arbeiter Palästinas haben mich delegiert, um ihren Gruß den Helden der chinesischen Revolution und allen Delegierten der unterdrückten Völker zu übermitteln.

Die palästinische Arbeiterklasse, die gleich Ihnen allen unter dem im-

perialistischen Druck leidet, reicht Ihnen die Hand im Kampfe gegen den Imperialismus, denn Ihr Leiden ist das unsrige und unser Sieg wird gemeinschaftlich sein.

Die vorhergehenden Redner haben Ihnen ausführlich das Bild der imperialistischen Unterdrückung in ihrer ganzen blutgierigen Art gemalt. Wir wollen jetzt die besonderen Formen der imperialistischen Politik in Palästina betrachten. Während in den meisten Kolonialländern die imperialistische Politik durch wirtschaftliche Vorteile und die Möglichkeit, sich wirtschaftliche Güter (wie Rohstoffe, Absatzmärkte usw.) anzueignen, bedingt wird, sind es in Palästina besonders Vorteile militärischer und strategischer Art, die die wirtschaftliche Ausbeutung durch die Imperialisten bestimmen. Diese Eigentümlichkeit tritt gerade in bezug auf unseren Freiheitskampf deutlich hervor. Betrachten Sie nur einen Augenblick genauer den heutigen Zustand im nahen Osten.

Im Norden überwacht die mächtige Sowjetunion die Ereignisse; im Süden schreitet die große Kantonarmee siegreich vorwärts.

In Indien wächst die Erhebung der unterdrückten werktätigen Massen, und in Ägypten entwickelt sich der Kampf zur Befreiung des Landes.

Unter diesen Umständen gewinnt Palästina, das zwischen Indien und Ägypten liegt, eine große Bedeutung. Die englischen Imperialisten versuchen, aus Palästina ihre strategische Basis zu machen, wie es die Franzosen mit Syrien und der italienische Faschismus mit der Insel Rhodos macht.

Der englische Imperialismus will aus Palästina einen Waffenplatz, ein Arsenal und einen militärischen Aufmarschweg machen, um sich den Suezkanal, und dadurch die Herrschaft über Indien, zu sichern.

Deshalb haben die britischen Verwaltungsmethoden den Charakter einer militärischen Besetzung behalten, wobei zynische Intriguen oder eine Todesstille unbedingt die Folgen sind. Die geringsten Bewegungen achten sie als für ihre imperialistischen Zwecke verdächtig und setzen die wichtigsten Lebensinteressen der jüdischen und arabischen Massen in Palästina auf das Spiel.

Die englische imperialistische Obrigkeit behält die alten, feudalen, türkischen Systeme und die drückenden Steuern bei; sie fordert den Gegensatz zwischen Juden und Arabern. Die imperialistische Regierung verspricht einerseits den Juden politische Vorteile, um andererseits die arabische Bevölkerung gegen diese politischen Versprechungen aufzuhetzen.

Die englische Regierung hat dem jüdischen Volke die Balfour-Deklaration gegeben, und zu gleicher Zeit versprach sie, der arabischen Bevölkerung einen König zu geben. Alle diese Versprechungen dienen nur dem Zweck, durch die jesuitische Politik der imperialistischen Regierung beide Volksteile gegeneinander aufzuhetzen. Es soll laut gesagt werden, daß alle diese Erklärungen und Versprechungen nichts wie Lügen sind. In der Tat,

anstatt die jüdischen Massen, die ihre Leiden teilen mit den amerikanischen Negern, den Newyorker Chinesen und den Hindus von Kenya, frei in Palästina immigrieren zu lassen, schließen sie für sie die Häfen des Landes.

Obendrein hat der englische Imperialismus im Jahre 1921 mit Hilfe des Generals Ball das berüchtigte antijüdische Programm in Jerusalem und Jaffa durchgeführt. Dutzende von jüdischen Arbeitern sind getötet worden. Der Imperialismus fürchtet die Konzentration der jüdischen Arbeitermassen, denn diese Massen, die eng mit den werktätigen arabischen Massen verbunden sind, bilden eine große Macht, die schließlich die militärische Basis des englischen Imperialismus zerstören wird.

Resolutionen.

I.

Resolution über Syrien.

Vorgeschlagen von der syrischen Delegation.

Nachdem der in Brüssel vom 10. bis 15. Februar 1927 stattfindende Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus den Bericht von El Bakri, des Delegierten des syrischen Revolutionskomitees, über die politische, wirtschaftliche und militärische Lage Syriens und über die Unterdrückung und Grausamkeiten des französischen Imperialismus in diesem Lande entgegengenommen hat, übermittelt er den nationalrevolutionären Armeen Syriens, die von den drei Hauptführern Sultan Pacha Attrache, Nassib Bey El Bakri und Azzedinne Bey El-Halabi befehligt werden, seine Bewunderung und versichert ihnen die volle Solidarität aller anderen vom Imperialismus unterdrückten Völker und des Proletariats der Mutterstaaten.

Er mißbilligt in aller Form das barbarische Bombardement von Damaskus, das in der Geschichte ein Akt des gemeinsten Vandalismus des französischen Militarismus bleiben wird; er brandmarkt den systematisch organisierten Massenmord von Frauen, Greisen und Kindern, wie die Massenhinrichtungen auf öffentlichen Plätzen und andere barbarische Strafen, deren sich der französische Imperialismus im Namen der westlichen Zivilisation schuldig gemacht hat. Von den abscheulichen Verbrechen des Militarismus sollen nur zwei besonders furchtbare Fälle angeführt werden: Die Erschießung von 50 zusammengerufenen Personen durch den Polizeirat Béjean. Die wiederholten Fälle öffentlicher Auspeitschung von Bauern, aus denen man Geständnisse erpressen wollte und die Verwendung von Bluthunden gegen sie.

Außer diesen Verfolgungen muß man noch die Unterdrückung der Arbeiterbewegung in den Städten anführen: Verbot der Gewerkschaften, Einkerkerung von Streikenden, Aufhebung des Versammlungsrechtes, Verbannung der Führer in die Wüste Raka und auf die Insel Rouat, und Beschießung der friedlichen Demonstrationen in den Straßen Beyrouths.

Durch ein solches Handeln hat die Mandatsmacht alle Bevölkerungsklassen Syriens und des Libanon gegen sich aufgebracht.

Der Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus erhebt folgende Forderungen der revolutionären Bewegung und der arbeitenden Klassen der syrischen Bevölkerung zu den seinen:

1. Sofortige Räumung des syrischen Gebietes von den französischen Truppen und die Konstitution einer syrischen Nationalversammlung;
2. Anerkennung der vollen Unabhängigkeit Syriens innerhalb seiner natürlichen Grenzen;
3. Ein auf demokratischer Grundlage konstituiertes Parlament, das über die auswärtigen Angelegenheiten des Landes zu bestimmen hat;

4. Allgemeines Stimmrecht;

5. Einführung sozialer Rechte (Gewerkschaftsrecht, Streikrecht), Bewilligung aller politischen und sozialen Freiheiten;

6. Materielle und wirksame Hilfe für die Verwundeten und die von den Gewalttätigkeiten und Metzeleien des französischen Militarismus betroffenen Familien;

7. Die Forderung einer noch festzusetzenden Entschädigungssumme für die durch die französische Armee in Syrien begangenen Verheerungen.

Der Kongreß erklärt sich jedoch schon jetzt mit der Forderung der syrischen Bevölkerung einer restlosen Amnestie für alle, die durch ihre Beteiligung am syrischen Freiheitskampf Gegenmaßregeln der französischen Behörden erleiden müssen, solidarisch.

Der Kongreß wird mit ganzer Macht und in all seinem Handeln den Kampf des syrischen Volkes um seine gänzliche Befreiung, die zum Teil auch die der anderen unterdrückten Völker und arbeitenden Massen der ganzen Welt und einen Sieg über den Imperialismus bedeutet, unterstützen.

Der Kongreß der unterdrückten Völker, der in Brüssel im Februar 1927 stattfindet, protestiert auf Grund des von dem syrischen Delegierten gegebenen Berichtes energisch gegen die vom französischen Imperialismus in Syrien begangenen Grausamkeiten; er betrachtet die französische Okkupation Syriens als einen Angriff auf die geheiligten Rechte eines Volkes, dessen Geschichte, Traditionen und Zivilisationsgrad ein sicherer Beweis sind, daß es in der Lage ist, frei über sich selbst zu bestimmen; er richtet ermutigende Grüße an die revolutionäre Bewegung Syriens und grüßt im Gefühl des zukünftigen Triumphes die gemeinsame Sache der unterdrückten Völker und die Befreiung der unter dem imperialistischen Joch gebeugten arbeitenden Massen.

II.

Resolution über Ägypten.

(Siehe Anhang B.)

III.

Resolution über Palästina.

(Siehe Anhang B.)

VI.

Der Kampf Afrikas um seine Befreiung.

a) Südafrika.

Der Vertreter des südafrikanischen Gewerkschaftsbundes,

Daniel Colraine (Südafrikanische Union)

berichtet im Namen der Minderheitsbewegung innerhalb der Gewerkschaften der weißen Arbeiter:

Als Delegierter Südafrikas wünsche ich diesem Kongreß auf das herzlichste vollen Erfolg. Ich bringe Euch die Glückwünsche der Minoritätsbewegung von Südafrika, die diesen Kongreß für die Befreiung der unterdrückten Nationen begrüßt.

Etwas hat mich tief berührt, als ich den Ansprachen der Vertreter aus den verschiedensten Ländern der Welt lauschte; die Gleichheit der schrecklichen Leiden, die alle erdulden. Ich bin zu dem Schluß gekommen, daß wir in der ganzen Welt an einer schrecklichen Krankheit leiden. Mir scheint, daß es eine Art Krebs ist, und daß wir als Ärzte den Entschluß fassen sollten, dieses Geschwür auszuschneiden und uns von einem so brutalen und schlimmen Übel zu befreien, das bisher und noch jetzt die Kraft der Menschheit zerstört, korrumpiert und vernichtet, dem Übel des Kapitalismus und Imperialismus.

Südafrika ist eines der jüngsten imperialistischen Länder der Welt. Vor weniger als 30 Jahren nahm die britische Regierung (oder die britische Armee) Südafrika den Buren weg, und von demselben Augenblick an übte sie ihre imperialistische Gewalt aus, um auf jede Weise, auf industriellem und auf landwirtschaftlichem Gebiet, die Arbeiter aller Rassen in Unterjochung zu halten. Die Macht der Regierung in Südafrika ist wahrscheinlich ebenso groß wie in China, Japan oder Indien, wenn nicht größer. Der Imperialismus ist in Südafrika so mächtig, daß er nicht nur die Massen vollkommen beherrscht, sondern auch die Regierung Südafrikas (seit dem Uniongesetz), die Regierung Smuts, und ihre Arbeit bestand während jener

15 Jahre in nichts als Unterdrückung. Wir alle erinnern uns wohl der vielen Schlachten, die die südafrikanischen Arbeiter gegen die Engländer ausgefochten haben, besonders jener aus dem Jahre 1907, wo der erste große Bergarbeiterstreik durchgekämpft wurde; an den großen Kampf von 1913, wo man Arbeiter niederschoß und neun unserer Kameraden nach England deportierte. Dann folgte der größte Streik, der je in der Geschichte Südafrikas stattgefunden hat, der von 1922. Da die weiße Bevölkerung weniger als 2 Millionen beträgt, glaube ich mit Recht sagen zu können, daß dieser Streik einer der größten Kämpfe war, den eine Arbeiterklasse je in irgendeinem Lande der Welt gewagt hat.

Stellt Euch vor, daß 20000 Arbeiter in den Goldfeldern streikten, infolge der ausgesprochenen Politik der Bergwerkskammer, die die Löhne der Arbeiter senkte und erklärte, daß sie nur 2000 überflüssige Arbeiter entlassen wolle. Die Verhältnisse waren bereits so schlecht, daß es ganz unmöglich wurde, die neuen Bedingungen anzunehmen. Das Resultat war ein Streik von drei Monaten. Viele unserer Kameraden wurden niedergeschossen. Es gelang uns, einen großen Kampf gegen die Regierungskräfte zu entfesseln, und die Regierung schickte Tausende von Soldaten mit Kanonen, Tanks und Flugzeugen nach Witwaters Rand, um die Arbeiter niederzuschießen. In einem fünftägigen Kampf gegen die Regierungskräfte wurden wir geschlagen und 2000 von uns wurden verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Tribunale, die aus drei Richtern bestanden, wurden von der Regierung eingesetzt, um uns den Prozeß zu machen, und nach ungefähr sechs Monaten teilten die Richter der Regierung mit, daß es nutzlos wäre, die Anträge noch weiter zu schreiben, weil es wahrscheinlich zwei oder drei Jahre dauern würde, bevor sie alle Fälle behandeln könnten. Viele von uns wurden jedoch zu Gefängnisstrafen verurteilt und manche zum Tode. Vier unserer Genossen wurden gehängt. Viele wurden für lange Zeit ins Gefängnis gesteckt und erst bei dem Besuch des Prinzen von Wales in Südafrika wieder freigelassen.

Die Macht des Imperialismus ist in Südafrika größer, als manche Delegierte hier vielleicht wissen. Wir sind so isoliert, von allen andern Teilen der Welt Tausende von Meilen getrennt. Die erste Tat des Imperialismus und Kapitalismus nach dem Burenkrieg war die Einfuhr chinesischer Arbeiter aus China in die Goldbergwerksbezirke. Die Lage der Chinesen in Südafrika, ihre Löhne, ihre sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind eine Schande in der Geschichte des Landes. Aber diese Verhältnisse sind keineswegs besser für die Eingeborenen Südafrikas. Dieselbe Ausbeutung, wie sie die Kapitalisten während des Aufenthalts der Chinesen in Südafrika betrieben, wird jetzt gegenüber den Eingeborenen durchgeführt. Eingeborene aus Portugiesisch-Ostafrika werden importiert, um in den Bergwerken zu arbeiten. Man erklärt, daß die Eingeborenen die Wahl haben, entweder in die Bergwerks-



Eingang zum Kongreßsaal

Im Vordergrund links: Colraine vom Südafrikanischen Gewerkschaftskongreß im Gespräch mit Brown, Sekretär der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale



bezirke zu kommen oder in ihren Territorien zu bleiben. Aber das ist nicht wahr. Die Bergwerkskammer und die Regierung haben ihre Agenten in diesen Bezirken, und für jeden, den sie nach Transvaal transportieren, wird dem Agenten eine bestimmte Summe gezahlt. Die wirtschaftliche Lage der Eingeborenen, besonders in Transvaal und auf den Farmen, ist schrecklich. Sie werden in großen Siedlungen zusammengetrieben und ihre Lebensverhältnisse sind sehr schlecht. Sie leben in einer modernen Form der Sklaverei. Diese Arbeiter sind nur halbfrei. Sie werden zu gewissen Zeiten beurlaubt, in ihre Territorien zurückzukehren. Unglücklicherweise ist das Verhältnis zwischen den weißen Arbeitern und den Eingeborenen in Südafrika nicht so, wie man wünschen möchte. Das liegt zum Teil daran, daß, allgemein gesprochen, die Eingeborenen nicht genügend geschult sind, um ihr Verhältnis zur Arbeit zu verstehen. Die Lage der weißen Arbeiter in Südafrika ist viel schlechter, als sie vor dem Kriege von 1914 war, weil die Kosten für den Unterhalt gestiegen sind.

Die Macht der Kapitalisten und Imperialisten in Südafrika wird noch dadurch gesteigert, daß die ganze Presse in Südafrika und Rhodesia kontrolliert wird. Die Politik der Imperialisten ist, die weißen und die schwarzen Arbeiter in Südafrika gegeneinander aufzuhetzen. Sobald ein ernster Konflikt entsteht, erhebt die kapitalistische Presse den Ruf, die weißen Arbeiter seien gegen die Eingeborenen. So versuchen sie, den Spalt zwischen den weißen und schwarzen Arbeitern zu vertiefen. Unglücklicherweise wollen die weißen Arbeiter gegenwärtig noch nicht mit den schwarzen Arbeitern zusammen arbeiten.

Der Einfluß, den die Bergwerkskammer auf die Regierung ausübt, ist sehr groß. Als im Jahre 1923 die Arbeiter bei der Wahl die Nationalpartei an die Regierung zurückschickten, hofften sie, daß der Einfluß der Bergwerkskammer und der Kapitalisten überhaupt, in gewisser Weise eingeschränkt werden würde. Nach drei Jahren, während deren sich die nationalistische Regierung mit Mitgliedern der Arbeiterpartei zu einem Block zusammenschloß, sehen wir, daß nichts erreicht worden ist, soweit es sich um die Lage der Arbeiterklasse handelt. Wir sehen, daß Hertzog, seit er von seinem Besuch der Imperial-Konferenz zurückkehrte, offenbar sehr zufrieden ist, sich mit den britischen Imperialisten zu verbünden. Die Regierung beabsichtigt, ein Gesetz einzubringen, das sich mit den bäuerlichen Eingeborenen befaßt. Bis jetzt sind in Südafrika gewisse Ländereien für die Eingeborenen reserviert, und in gewissem Grade sind die Eingeborenen auch in der Lage, Land zu kaufen. Aber das Gesetz, welches jetzt im Parlament vom Premierminister vorgelegt wird — der Premierminister ist auch Minister für die Angelegenheiten der Eingeborenen —, nimmt den Eingeborenen dieses Recht, Land zu kaufen und will sie in eine Reservation hineinpressen, wo sie keinerlei Möglichkeiten haben, zu leben. Dadurch sollen

sie unter den ungerechtesten Bedingungen mehr oder weniger zu Sklaven der Farmer gemacht werden.

Die Politik der Regierung Südafrikas zeigt eine Tendenz, den Eingeborenen seines Bodens zu berauben und ihn in die Städte zu bringen, und so einen Zustrom eingeborener Arbeiter in die industriellen Zentren herbeizuführen. Dadurch käme es zu einem Kampf um die Arbeit zu den niedrigsten Löhnen, und das Problem der arbeitslosen weißen Arbeiter würde somit zu Tage treten. Die Lage in Südafrika wird immer akuter. Wir sehen, daß die einzige Möglichkeit zur Befreiung aus dieser Lage der Zusammenschluß der Eingeborenen und der weißen Arbeiter Südafrikas ist. Die Probleme bei uns sind sehr schwierig und ich brauche Euch nicht zu sagen, daß unglücklicherweise die große Bodenfläche Südafrikas und die Entfernung zwischen den einzelnen Zentren die volle Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Arbeitergruppen äußerst schwierig macht. Wir in Südafrika leiden an demselben Übel, wie China, Indien und andere Länder. Mit Stolz arbeiten wir an diesem Kongreß mit, weil wir hoffen, daß uns dieser nicht nur die Unterstützung Großbritanniens, sondern auch anderer Länder der Welt gibt, um uns endlich von dem Terror der eisernen Ferse befreien zu können, der uns in Südafrika niederhält.

Ich brauche nur auf den Einfluß hinzuweisen, den der Imperialismus auf die südafrikanische Regierung ausübt. Im Jahre 1920 besuchte uns einer der größten Finanzgewaltigen der Welt: Sally Joël aus London. Er kam zu uns (um Euch seine Bedeutung in Südafrika anzudeuten, erwähne ich, daß er alle Diamantfelder in Kimberley kontrolliert). Die Diamantenproduktion in Südafrika war so groß gewesen, daß die Preise für Diamanten auf dem Weltmarkte gesunken waren, so daß die Kapitalisten nicht die großen Profite erhielten, die sie erwartet hatten. Deshalb ließen sie gewisse Arbeiter in den Bergwerken in Kimberley Kurzarbeit machen, paralysierten Kimberley zwölf Monate lang völlig und verursachten viel Armut. Bevor ich zu dieser Konferenz fuhr, besuchte uns im November 1926 derselbe Herr. Einige Monate vorher hatte die Regierung Südafrikas gewisse Bezirke für das Graben nach alluvialen Diamanten in Transvaal eröffnet. Bis zum Dezember 1926 hatten sich auf diesen Feldern ungefähr 80—100 000 Leute zur Arbeit angesammelt. Sie waren in der Lage, sich einen anständigen Lebensunterhalt zu verdienen und manchen ging es ganz gut. Es schien, daß ihre Produktion während der kurzen Zeit, die sie hier arbeiteten, einen ernsten Einfluß auf den Marktwert der Diamanten ausübte. Als aber Mister Joël im November letzten Jahres nach Südafrika kam, ging er sofort vom Schiff aus zur Regierung und erklärte ihr, daß das Graben nach alluvialen Diamanten aufhören müßte, weil seine Gesellschaft den Weltmarkt kontrolliert. Zweifelsohne wird er stark genug sein, seinen Willen durchzusetzen, und die Diamantgräber in diesen Bezirken werden schlimmer daran

sein als Ihr es seid, und werden wieder arbeitslos werden. Sehr wenig Unterstützung wird ihnen, infolge der veränderten Einstellung des Premierministers, von der Regierung zuteil werden.

Wir leiden ebenso wie andere Länder unter der eisernen Ferse des Imperialismus. Wir müssen ihn zerstören, und wir hoffen, daß die Beschlüsse, die dieser Kongreß annimmt, ein Echo in der ganzen Welt finden, und in jedem Lande Kräfte zur Schaffung einer neuen Epoche sich regen werden. Das ist die Botschaft, die Euch Südafrika bringt. Wir hoffen, daß die nahe Zukunft die wirtschaftliche Sklaverei, die unser Leben gegenwärtig elend macht, völlig vernichten wird, so daß sie nie wieder ihr Haupt erheben kann. Laßt uns mit allen Kräften für die Befreiung der Arbeiter und die Errichtung eines sozialistischen Gemeinwohls arbeiten!

Für die schwarzen Arbeiter führt

Josiah Tshangana Gumede (Süd-Afrika)

Delegierter des Afrikanischen Nationalkongresses

aus:

Ich freue mich, diesen Kongreß hier als ein Vertreter Südafrikas begrüßen zu dürfen. Über das Schicksal des weißen sowie des schwarzen Proletariats in Südafrika habe ich Euch eine traurige Geschichte zu erzählen. Die Gewerkschaft in Südafrika arbeitet nicht mit uns Negern zusammen. Es herrscht in Afrika sogar ein noch größeres Rassenvorurteil als in Amerika, denn man fürchtet z. B. in Südafrika die Erstarkung des eingeborenen Proletariats, das sich von der Unterdrückung befreien und auf Grund seiner überwiegenden Mehrheit die Regierung übernehmen könnte.

Um dies zu verhindern, werden die Eingeborenen nur zu den niedrigsten Arbeiten, wie Holzhacken, Wassertragen usw., zugelassen, und ich kann Euch versichern, daß dieses Prinzip energisch durchgeführt wird.

Südafrika ist mein Vaterland. Ich muß Euch heute Abend zu meinem Bedauern mitteilen, daß es für uns Neger im Lande unserer Ahnen kein Plätzchen gibt, das uns gehört. Im Namen der Krone Großbritanniens ist uns alles Land abgenommen worden. Mein Volk ist aus der Heimat seiner Urväter, die jetzt Farmern gehört, vertrieben worden.

In den Tagen von Kimberley, als man Arbeitskräfte bedurfte, zog man Eingeborene heran, weil diese mittellos waren. Zur Entlohnung wurde Ihnen nicht nur Geld, sondern auch Gewehre versprochen. Die Eingeborenen dachten also, daß sie die Gewehre behalten könnten.

Die Gewehre sind aber zurückgefordert worden. Jenen Stämmen, die die neuentstandene Situation nicht begriffen, schickte man gleich eine Straf-

expedition auf den Hals. Einer der mächtigsten Häuptlinge, Langalibalele, wurde enteignet und ins Gefängnis geworfen, wo er elend verkam. Sein Volk ist durch eine Meute imperialistischer Söldner jahrelang gepeinigt und beraubt worden. Das ist Imperialismus.

Wir erinnern uns noch sehr lebhaft an den Zulukrieg. Ich bin selber ein Zulu von Geburt und ich kann nur mit innerlichem Grauen und Widerstreben über die Blutströme dieses furchtbaren Feldzuges erzählen. Für diesen Krieg war selbst offiziell kein Grund vorhanden. Die Zulus waren nach europäischer Ansicht gefährliche Nachbarn. Man sandte also Truppen gegen sie. Wie sah dieser Krieg aus. Man könnte ihn mit der folgenden Situation vergleichen. Es geht auf der Straße ein kleiner Junge mit einem Stock. Du aber, mit Kanonen und Schnellfeuerwaffen bewaffnet, „erklärst ihm den Krieg". Das ist also kein Krieg im eigentlichen Sinne. Es ist Mord. Wir haben niemals irgend jemanden Krieg erklärt, aber unser Volk ist ermordet worden. Das ist Imperialismus.

Eine große Anzahl unserer Leute sind aus Regierungs- und Kommunal-Werken vertrieben worden, um Europäern Platz zu machen. Wir sind Sklaven in unserem eigenen Vaterlande. Wir arbeiten auf den Bauernhöfen und können uns selbst und unser Vieh kaum ernähren. Von vier Uhr früh bis sieben Uhr abends arbeiten wir und fast umsonst. 5 bis 10 Schilling ist der Monatslohn. Diejenigen die in den Bergwerken arbeiten, bekommen zwei Schilling pro Tag. Sie graben sich in das Innere der Erde, um das Gold, womit sich die Kapitalisten bereichern, heraufzuschaffen. In den Städten bekommen sie 10 bis 15 Schilling und nur in Ausnahmefällen bekommen sie 2 £ pro Monat. Die Werber versprechen den Zulus viele schöne Dinge und führen sie dann an Orte, wo die armen Leute, von Fieber oder Tuberkulose gepackt, fern der Heimat, sterben müssen.

Im Jahre 1927 kam der „Colour Bar Act" heraus, wonach es dem Schwarzen verboten ist, qualifizierte Arbeiten zu verrichten. Sogar diejenigen, die früher Kraftwagenlenker waren und die an Maschinen arbeiteten, dürfen dies nicht mehr. Es kamen weiße Arbeiter nach Afrika, denen es verboten ist, mit uns zusammenzuarbeiten. Aber auch sie sind immer ärmer geworden, und sind gezwungen auch Arbeiten der Eingeborenen zu verrichten.

Es gibt $5^1/_2$ Millionen Eingeborene und $1^1/_2$ Millionen Weiße. Unserem Volke wurden durch die „Natives Land Act" von 1913 40 Millionen Acres zugestanden, die Weißen besitzen 260 Millionen Acres. Seuchen wurden nach Afrika hereingeschleppt, unser Vieh verreckt und wir verarmen und müssen in die Bergwerke gehen. Unser Volk glaubt, daß dies mit Absicht geschieht.

Ihr wißt doch, was ich über den Zulukrieg gesagt habe. Man sagt uns, das Land würde den Zulus zukommen. Es ist aber keinesfalls so. Europäer nahmen uns das Land, und wir wollen ganz Europa darauf aufmerksam

machen, daß es für diese Verhältnisse verantwortlich ist. Ich denke an den Berliner Vertrag, als Europa damit einverstanden war, Afrika nach Einflußsphären aufzuteilen. Ich denke an alle Versprechungen, die damals gemacht worden sind!

Und als dann Großbritannien Südafrika besetzte, wurde die englische Fahne als Symbol der Gerechtigkeit, Freiheit und Ehrlichkeit ausgegeben. Bitter war uns, das Gegenteil zu erfahren. Sklaven sind wir, wir werden von Ort zu Ort getrieben.

Wir haben nichts und können einander nur traurige Geschichten unserer Sklaverei erzählen. Wir sehnen uns seit langem nach einem Befreier. Wir wußten nur nicht, wo er zu finden ist.

Ich appelliere an Euch, die Ihr es Euch zur Aufgabe gestellt habt, die Menschheit zu retten! Wenn Euch der Glaube an die Menschheit nicht fehlt, so nehmt es ernst, was ich Euch sagte!

Es freut mich zu sagen, daß es in Südafrika auch Kommunisten gibt. Ich selbst bin kein Kommunist, aber es ist meine Erfahrung, daß die kommunistische Partei die einzige ist, die hinter uns steht und von der wir etwas erwarten. Wir wissen, zwei Mächte sind jetzt an der Arbeit: der Imperialismus und die Arbeiterrepublik in Rußland. Wir hören wenig von der letzteren, obwohl wir gern mehr wissen möchten. Wir werden uns aber dafür interessieren und leicht feststellen können, mit wem wir uns zu verbinden haben.

Die Diskussion wird mit der Annahme folgender Resolution abgeschlossen:

Resolution über Südafrika.

Wir, die unterzeichneten Delegierten der Südafrikanischen Union, legen dieser ersten internationalen Konferenz der Arbeiter und unterdrückten Völker aller imperialistischen Länder und Kolonien im Namen aller Arbeiter und unterdrückten Völker Südafrikas ohne Unterschied der Rasse, Farbe oder Religion die folgende Resolution vor:

Wir fordern:

1. Das Recht der Selbstbestimmung durch den vollständigen Sturz der kapitalistischen und imperialistischen Herrschaft;
2. Das Recht, ausreichende Bildungsmöglichkeiten für die Entwicklung aller Völker zu schaffen;
3. Die Beseitigung der drückenden Steuerlast;
4. Die Abschaffung aller Kontraktarbeit;
5. Das Recht für alle Arbeiterkategorien, sich zum Zwecke ihrer wirtschaftlichen und sozialen Befreiung in Gewerkschaften zu organisieren;
6. Unbeschränkte Rede- und Versammlungsfreiheit für alle Arbeiter und Völker ohne Rücksicht auf ihre Farbe oder Religion und ferner für jeden Führer oder Vertreter der Arbeiter oder einzelnen Völker das unbeschränkte Recht, das Land im Interesse der Rechte dieser Volksschichten zu durchreisen.

Um die gegenwärtige Phase der Weltausbeutung der kolonialen und halbkolonialen Länder des Ostens durch den Kapitalismus und Imperialismus zu bekämpfen, die verantwortlich sind für die Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter im Westen und das gleichzeitige Vorhandensein einer um ihre Existenz kämpfenden gewaltigen Arbeitslosenarmee, rufen wir alle Arbeiter Südafrikas ohne Unterschied der Farbe auf, die engste Einigkeit und Arbeitersolidarität zu erstreben.

In der Erkenntnis, daß die Einigkeit aller Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre Rasse, Farbe oder Religion dringend notwendig ist für den erfolgreichen Kampf gegen Ausbeutung und Imperialismus, fordert dieser Kongreß die weißen und schwarzen Arbeiter Südafrikas auf, jenes gegenseitige Einverständnis zu erstreben, das zur Einigkeit und Solidarität der Arbeiterklasse in ihrem eigenen Interesse und im Interesse aller anderen Arbeiter und unterdrückten Völker der Welt führen wird.

Es lebe die Solidarität der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker!

Nieder mit Ausbeutung und Imperialismus!

D. Colraine; J. A. La Guma; J. Gumede.

Südafrikanische Delegierte.

b) Nordafrika.

Der Vertreter des „Nordafrikanischen Stern" (Nationalistische Organisation der Mohammedaner Tunis', Algeriens und Marokkos)

Hadj-Ahmed Messali (Algerien)

schildert die verheerende Wirkung des französischen Imperialismus:

Als Generalsekretär des „Nordafrikanischen Stern" überbringe ich diesem Kongreß dessen Grüße. Gleichzeitig danke ich den Organisatoren für ihre Initiative, diese grandiose und menschliche Initiative, welche die verschiedenen unterdrückten Völker aus allen Teilen der Welt zusammenbringt, um ihnen zu ermöglichen, angesichts der ganzen Welt ihre Leiden und Schmerzen darzulegen.

Dieser Kongreß wird einen bedeutenden Platz in der Geschichte erhalten. Warum? Weil er jenen, deren Schrei unterdrückt und erstickt wird, die Möglichkeit gibt, sich frei und offen auszusprechen.

Bevor ich Ihnen die Erklärung des „Nordafrikanischen Stern" verlese, möchte ich bemerken, daß sie äußerst gedrängt ist, denn wenn ich hier alles berichten wollte, was sich in Nordafrika zuträgt, so müßte ich Sie Stunden und abermals Stunden aufhalten. Hören Sie also bitte aufmerksam der Verlesung dieser Deklaration zu:

Im Namen des „Nordafrikanischen Stern", welcher die Eingeborenen von Algerien, Tunis und Marokko zusammenfaßt, danken wir aus ganzem

Herzen den Organisatoren dieses Kongresses und bringen Ihnen, sowie allen Menschen von Gewissen, die es gewagt haben, die unterdrückten Völker zu einem wirksamen Kampf gegen den Imperialismus zusammenzubringen, unsere heißesten Grüße dar. Das nordafrikanische Volk ist glücklich, an diesem Kongreß teilnehmen und methodisch und hartnäckig für die absolute Befreiung des afrikanischen Volkes, das sich seit mehr als einem Jahrhundert unter französischer Herrschaft befindet, arbeiten zu können.

Ungefähr im Jahre 1830 ergriff Frankreich Besitz von unserem Gebiete, und es steht heute noch, im Jahre 1927, an derselben Stelle. Jeder Protest gegen die Unterdrücker unserer Freiheit wird sofort durch die brutalsten Maßnahmen erstickt. Ein Beispiel: Als einer unserer hervorragendsten Mitbürger, ein Enkel Abdel Kaders, des tapferen Verteidigers des algerischen Volkes, ein paar Reformen verlangte, die vielleicht unsere üble Lage etwas gebessert hätten, antwortete ihm die Regierung mit Einkerkerung und Exil.

Algerien befindet sich in einem gleichen Zustand, der weit davon entfernt ist, den sogenannten zivilisierten Mächten Ehre zu machen. 600 000 Kinder laufen in den Straßen herum, weil es keine Schulen gibt. Systematisch eliminiert man die arabische Sprache und das Recht der Eingeborenen, freie Schulen zu errichten.

Die Armut wütet in unserm Lande. Wir haben periodische Hungersnöte, und jedes Jahr sterben Tausende von Eingeborenen vor Hunger und Kälte. Jedermann hat im Jahre 1922 und 1923 und wird auch jetzt noch feststellen können, wie die Eingeborenen in den städtischen Siedlungen alle Morgen aus dem Abfall ihre Nahrungsmittel heraussuchen. Diese periodische Hungersnot ist die Folge der systematischen Landenteignung der Eingeborenen, die auch ihrer sonstigen Güter beraubt werden. Mehr und mehr werden sie auf die Hochebene zurückgedrängt, wo der Ackerbau ihnen nicht genügend Erträgnisse liefert, um ihren Lebensunterhalt sicherzustellen. 800 000 Europäer besitzen 2 800 000 Hektar Land. Die Enteignung des Bodens geht im Tempo von ungefähr 60 000 Hektar im Jahre vor sich, die aus den Händen ihrer eingeborenen Besitzer in die Hände der Schützlinge des Imperialismus übergehen. Es ist noch die unerhörte Ausbeutung der landwirtschaftlichen Arbeiter hinzuzufügen. Wir sind daher überzeugt, daß uns nur ein Mittel bleibt, nämlich uns zu vereinigen, um endlich die Befreiung der unterdrückten Völker zu erreichen.

In bezug auf unsere Entwicklung möchte ich sagen, daß wir die Abkömmlinge einer alten Zivilisation sind, die Sie alle kennen; aber wir stehen keineswegs gleichgültig der durch den modernen Fortschritt möglichen Zivilisation gegenüber. Denken Sie nur an den Kampf, welchen das kleine Rifvolk während 15 Monaten führen konnte. Vor der ganzen Welt betonen wir daher unsere Fähigkeit, selber die Geschicke unseres

Landes zu lenken und sein politisches und wirtschaftliches Leben sicherzustellen. Es ist ein beliebtes Argument der Kolonisatoren, daß wir nach Erhalt unserer Freiheit eine protektionistische Politik treiben würden. Gegen diese Unterstellung protestieren wir. Unsere Grenzen werden denen weit offen stehen, die bei uns arbeiten und mit uns in Frieden leben wollen, unter der Bedingung, daß wir die politischen und wirtschaftlichen Rechte in unserm Lande besitzen.

Unser Kampf für die Unabhängigkeit wird hart sein, um so mehr, als die Regierung soeben die Grundlagen für ein bisher in Algerien, Tunis und Marokko unerhörtes Militärsystem geschaffen hat. Es besteht in der Koordination und der Konzentration der Kräfte. Und mit dieser Umwandlung werden wir in Zukunft das bizarre Schauspiel erleben, daß man die algerischen Korps gegen die tunesischen Divisionen wirft. Der französische Imperialismus will einen Brudermord bei uns entfachen. Ich hoffe, daß der siegreiche Kampf des chinesischen Volkes um seine Befreiung das Signal für die Befreiung von uns allen sein wird, und ich versichere das kämpfende chinesische Volk der Unterstützung der unterdrückten Völker. Dank der Vereinigung aller unterdrückten Völker und mit der Unterstützung des Weltproletariats hoffen wir die Zerstörung des Imperialismus zu erreichen und eine wahrhaft menschliche Gesellschaft zu schaffen. Ich grüße die Vertreter der Brudervölker, die hier an diesem Kongreß anwesend sind. Ich grüße von ganzem Herzen das französische Proletariat, das uns unterstützt hat und auch heute noch unterstützt.

Nun noch ein Wort zu Ägypten. Wir wissen, daß auch dieses Land kolonisiert ist. Es ist kein unabhängiges Land, es ist ein Kolonialland. Und wenn ich gestern auf diesem Kongreß habe sagen hören, daß Ägypten den britischen Imperialismus dazu bringen will, seine „Ehrenversprechen" wahr zu machen und ihm die Proklamation seiner Unabhängigkeit zu geben, so erkläre ich hier sehr laut, daß der Imperialismus, und zwar nicht nur der britische, sondern der Imperialismus der ganzen Welt noch niemals eine Ehre gehabt hat.

Daher, um nicht noch längere Kommentare anzuschließen, erkläre ich mich in dieser Frage eins mit der von meinem Freunde Lamine Senghor abgegebenen Erklärung*.

Ich beende meine Rede mit dem Rufe:

Es lebe der Sozialismus der unterdrückten Völker!
Es lebe die Sowjetrepublik, die die Welt befreit!
Es lebe die chinesische Revolution!
Es lebe der Kongreß!

---

* Siehe Kap. VII.

Chadli Ben Mustapha (Tunis)

spricht im Namen der Destour-Partei (National-Partei Tunis'):

Im Namen des jungen Tunis danke ich den geistigen Urhebern und Veranstaltern dieses Kongresses, die den unterdrückten Völkern die Möglichkeit gewährten, sich hier in Gestalt ihrer Abgesandten zu begegnen und — in lebendiger Fühlungnahme — den Gleichtakt ihrer Herzen zu spüren.

Dieser Kongreß bedeutet einen Markstein in der Geschichte der leidenden Menschheit, einen entscheidenden Fortschritt auf dem Wege zur Mündigwerdung der großen menschlichen Gemeinschaften, da er heute den verschiedenen Völkern die Möglichkeit gibt, sich international zu organisieren.

Als gemeinsame Grundlage aller der erschütternden Berichte, die hier abgestattet wurden, haben wir die gleichen Methoden zügelloser Ausbeutung entdeckt, und ohne Zögern haben wir den gleichen Gegner erkannt: den Imperialismus. Mag er sich unter verschiedenen Decknamen maskieren, mag er sich als die provisorische Bevormundung von angeblich rückständigen Völkern verkleiden — immer werden wir ihn als die Vorhut des Kapitalismus aufspüren und entlarven. Gegen die Verschwörung der Finanzmächte, die über Armeen verfügen, wollen wir — die Ausgebeuteten aller Länder — uns unsererseits zusammenschließen, mit dem stolzen Gefühl, für die Sache unserer Länder unser ganzes Herz und unseren streitbaren Glauben einzusetzen.

Wir, die wir die gleiche schmerzvolle Erinnerung an Perioden grausamer Unterwerfung hegen, die wir — in verschiedenem Maße — das gleiche Joch erleiden, die wir von der gleichen Begeisterung entflammt, vom gleichen Freiheitsdrang getragen werden, haben die Notwendigkeit erkannt, unsere Kräfte zusammenzuschließen und zu organisieren, um, kraft internationalen Widerstandes, wirksam an unserer gemeinsamen Befreiung mitzuwirken.

In diesem Sinne begrüße ich mit tiefer Freude im Namen des jungen Tunis die Neuordnung, die dieser Kongreß auf der Grundlage einer wirkungsvollen Solidarität unter allen unterdrückten Völkern einsetzt, die im offenbaren Interesse nationaler Lebenskraft entschlossen sind, eine Phalanx gegen die tyrannischen Mächte des verbündeten Imperialismus zu schließen.

Mit tiefer Bewegung bringe ich den Vorkämpfern der revolutionären Arbeiterbewegung in China den brüderlichen Gruß ihrer tunesischen Brüder. Jetzt aber muß ich, ehe ich Ihnen die offizielle Antwort der Nationalistischen Partei Tunis' mitteile, in meiner Eigenschaft als Delegierter, die tunesische Frage vor ihnen aufrollen:

Als Frankreich im Jahre 1881, unter dem Vorwand, dem Bey in der Unterdrückung einer Aufstandsbewegung der Bauernmassen in Krumirien beizustehen, bei uns einrückte, setzte es seine Unterschrift unter einen Ver-

trag, in dem es sich verpflichtete, sofort nach Wiederherstellung der Ruhe abzuziehen. 45 Jahre sind vergangen, und Frankreich ist immer noch in unserem Lande. Es ist den Franzosen gelungen, in unserem vorwiegend ackerbautreibenden Lande 700 000 Hektar fruchtbarsten Bodens in Beschlag zu nehmen. Bei 2 800 000 Hektar bestellbaren Bodens leben 37 000 Franzosen — mit Einschluß ihrer Familien — auf 700 000 Hektar, während 2 200 000 Eingeborene sich mit 2 100 000 Hektar begnügen müssen. Dank einer skrupellosen Diplomatie hat man diese Ländereien an sich gerissen. Kraft besonderen Erlasses wurde die Eintragung der Ländereien verordnet, und die Stämme, die Kollektivländereien besaßen, wurden aufgefordert, ihre Besitztitel vorzulegen. Die einen hatten diese Rechtsbelege im Laufe ihrer häufigen Abwanderungen bei Hungersnöten verloren; andere konnten sie zwar vorlegen, jedoch entsprachen diese Besitztitel im Augenblick der Anwendung nicht dem Zustande ihrer Ländereien. Die einen wie die anderen wurden von ihren Ländereien, die Staatsdomänen wurden, vertrieben. Nach einem anderen Erlaß sollten die Besitzurkunden einer formalen Abstempelung unterzogen werden; für die Erfüllung dieser Formalität wurde eine Frist gesetzt. Die Besitzer, die diese Frist verstreichen ließen, sahen sich im Besitz von Rechtstiteln, die für nichtig erklärt wurden, und ihre Ländereien gingen an die Staatsdomäne über.

Aus diesen Domänen sowie aus den Gütern, die jedes Jahr von der Ackerbauverwaltung mit den Mitteln des tunesischen Budgets gekauft wurden (das zu vier Fünfteln von Tunesiern erhoben wird), wurden Parzellen geformt, die zur Förderung der offiziellen Kolonisation dienen sollen. Diese Parzellen werden alle den Franzosen abgetreten, die in Tunis ihr Glück versuchen wollen. Sie erhalten sie zu lächerlichen Preisen, die in zehn und zwanzig Jahresraten zahlbar sind, dazu Darlehen zur Bewirtschaftung. Die französischen Siedler begnügen sich im allgemeinen damit, die Güter zu sehr hohen Preisen an Italiener zu verkaufen, und den ungeheuren Gewinn aus der Differenz einzustecken. Während dieser Schacher in Tunis weiter geht, vegetieren die ursprünglichen Besitzer dieser Erde als Landarbeiter oder vermehren als Nomaden die Zahl der Elenden. Unter dem Druck der lokalen Behörden, unter der Androhung von Gefängnisstrafe werden diese ursprünglichen Landbesitzer gezwungen, den Siedlern für Hungerlöhne als Handlanger zu dienen. Man hat es noch besser ausgedacht: um diese Handlanger in dauernder Bereitschaft zu halten, hat man diesen Eingeborenen je 10 bis 20 Hektar unfruchtbaren Landes in nächster Nähe der Kolonisten angewiesen.

Auch außerhalb der Bodenfrage sind alle Konzessionen in Tunis in französischen Händen, und diese Konzessionen bringen reichen Ertrag. Als Beispiel möchte ich die Tunesische Gesellschaft für Ackerbau und Industrie anführen, die mit tunesischen Elementen nichts als den Namen gemeinsam



Delegierte während einer Pause im Hof des Palais Egmont



hat. Sie wurde im Jahre 1881 mit einem Kapital von 3 000 000 Francs gegründet und konnte nach einigen Jahren nicht allein ihr Kapital amortisieren, sondern auch 6000 zinstragende Aktien und 3000 Anteilscheine verteilen.

Um freie Hand zu haben, hat die Regierung des Protektorates den Tunesiern ihre natürlichen Rechte entzogen. Auch die Pressefreiheit wurde ihnen entzogen. Heute duldet Tunis in dieser Hinsicht ein wahres Kasernenregiment. Um die Zeitungen der Verwaltung ganz gefügig zu machen, wurden das Delikt der bösen Absicht und der Tendenzprozeß geschaffen. Die beiden gerichtlichen Instanzen des Einspruchs- und Apellationsgerichtes wurden aufgehoben.

Artikel 4 eines Erlasses vom Jahre 1926 lautet: „Mit Gefängnisstrafe von zwei Monaten bis zu zwei Jahren und Geldbuße von 100 bis 3000 Francs wird bestraft, wer durch Schrift, Handlung oder öffentliche Ansprachen zu Haß und Mißachtung gegen die Herrscher, die Verwaltung des Protektorates und die französischen und die tunesischen Beamten herausfordert.

Artikel 2 besagt, daß Strafen verhängt werden — und hier wird das Delikt der bösen Absicht geschaffen — „über solche, die versuchen, unter der Bevölkerung Unzufriedenheit zu stiften, die die öffentliche Ordnung bedroht".

Es ist klar, daß eine Regierung, die Unruhestiftung durch den geschriebenen Gedanken befürchtet, Redefreiheit noch weniger dulden wird. Wenn es ihr gelungen ist, die Presse zu knebeln, so wird sie auch die öffentlichen Versammlungen untersagen. Wenn auch Privatvereinigungen dem Charakter nach klar definiert und von dem Gesetzesausleger als erlaubt erklärt worden sind, so hindert das doch nicht die Agenten der Regierung, die Privatwohnungen heimzusuchen und Personen, die bei Freunden hinter geschlossenen Türen vereinigt sind, vor die Tribunale zu schleppen, wo sie, auf die einfache Aussage von Polizeibeamten hin, zu einer oder mehreren Geldstrafen verurteilt werden.

Wenn öffentliche Versammlungen verboten sind, so folgt von selbst, daß in Tunis das Vereinsrecht nicht anerkannt wird. Seit vielen Jahren schon sind literarische, philosophische und wissenschaftliche Gesellschaften mit mehr als 50 Mitgliedern nicht gestattet. Man frage sich, wie weit es mit der so laut verkündeten Förderung des tunesischen Volkes auf dem Wege des Fortschrittes und der Kultur gekommen ist.

Auch die Gewerkschaften sind in Tunis untersagt. Als im Jahre 1924 die tunesischen Werftarbeiter eine Lohnerhöhung von 5 Francs auf ihren Tagelohn von 8—10 Francs forderten und sich zu der „Confédération Générale du Travail Tunesienne" zusammenschlossen, griff die französische Regierung ein, erklärte diese C. G. T. T. für aufgelöst, überlieferte die Mitglieder des Hauptbureaus dieser Organisation einem Tribunal und ließ sie zu 15 Jahren Verbannung verurteilen.

Neben der Bodenfrage und der Frage der Freiheiten, die Tunis *nicht* besitzt, besteht noch eine militärische Frage: Der Bey allein hat das Recht, ein Heer auszuheben, jedoch ist der französische Imperialismus immer bereit, rekrutierte Soldaten, wo es ihm paßt, anzuwerben. Von den rekrutierten Soldaten werden 200 jährlich der Garde des Bey zugewiesen, die anderen werden für die gemischten Heere angeworben und überall dorthin gesandt, wo sie zu verwenden sind. Sie werden nach Frankreich geschickt, um die Arbeiterbewegung zu ersticken, und überallhin, wo Frankreich zu kolonisieren beabsichtigt. 50000 Tunesier sind während des Weltkrieges nach Frankreich geworfen worden. Dieser Umstand vielleicht veranlaßte den Maréchal Lyautey bei seiner Antrittsrede vor der Akademie zu jener in ihrem Zynismus ergreifenden Phrase: „Und jene nordafrikanischen Kontingente, die zuerst in den Feuerstrudel gerissen wurden, haben uns ebenso viele französische Leben erspart."

Zu dieser Stunde wissen wir, daß Frankreich sein Heer zu verstärken gedenkt und entschlossen scheint, die Rekrutierung auszudehnen, um sein Kolonialheer zu entwickeln.

Wo es in den Kolonien an Arbeitskraft mangelt, werden die nordafrikanischen Soldaten zu den öffentlichen Arbeiten herangezogen. Die Nordafrikaner werden also in Kriegszeiten als Soldaten verwertet, in Friedenszeiten aber zu Zwangsarbeit verurteilt. Eine Frage wird für uns brennend. Wenn man in Gegenden, in denen Eisenbahnlinien gebaut werden, die Eingeborenen jener Länder zu dieser Arbeit verwendet, bei der sie massenweise zugrunde gehen, wie in Zentralafrika, wo die Eingeborenen zum Durchbruch der Linie Brazaville—Porte Noire beschäftigt werden, fragen wir uns mit berechtigter Besorgnis, was aus unseren nordafrikanischen Brüdern werden soll, wenn sie dorthin gesandt werden.

Angesichts dieser beklagenswerten Sachlage, die in offenbarem Widerspruch zu der Rechtslage steht, habe ich die Pflicht, mit einem Wort die Art des französischen Vorgehens zu kennzeichnen. Es hat über Tunis ein politisches Regiment besondere Unterdrückung verhängt, obgleich in der Formulierung des Protektorates die Bestimmung beschlossen liegt, daß die Protektorats-Regierung sich mit einer Kontrollgewalt begnügen und dem beschützten Lande die Selbstverwaltung lassen soll. Mittels diplomatischer Intrigen, mittels einer Einschüchterungs- und Bestechungspolitik lenkt der Generalgouverneur die Lokalregierungen von oben, ja, verdrängt sie in der Mehrzahl der Fälle ganz.

Umgeben von französischen Beamten, arbeiten die tunesischen Minister nicht anders als Automaten, die alles, was man ihnen vorlegt, unterzeichnen, und ihr Gehalt einstecken.

Die Kaïds in den Provinzen sind zu Steuereinnehmern und Sicherheitspolizisten herabgedrückt worden und allzusehr davon in Anspruch ge-

nommen, die Beduinen auszupressen, um wahrnehmen zu können, daß sie in Wirklichkeit nur die Knechte der Zivilkontrolleure sind.

Außer dieser Regierung hat man Tunis eine karikaturhafte Vertretung gewährt. Im Großen Rat bilden 18 Tunesier die Vertretung von 2 200 000 Eingeborenen, während 44 Franzosen von 54 000 ihrer Landsleute abdelegiert werden. Dieser Große Rat, der beschränkte Budgetbefugnisse hat, umfaßt also inmitten einer Majorität erwählter Franzosen auch einige Tunesier, die von der Regierung ernannt oder von ihr aus einer bestimmten Bevölkerungskategorie zur Wahl vorgeschrieben wurden.

In den Verwaltungsämtern werden auch jene Dekretentwürfe geschmiedet, denen die Unterschrift des Herrschers Gesetzeskraft leiht.

Die Häupter dieser Verwaltung, die legislative und exekutive Gewalt besitzen, sind zwiefach jeder Verantwortung entzogen. Als Franzosen sind sie der tunesischen Regierung keine Verantwortung schuldig, als Beamte der tunesischen Regierung schulden sie dem Mutterlande keine Verantwortung.

Im Bewußtsein seiner numerischen Schwäche gegenüber einem Imperialismus, der auf tunesischem Boden festen Fuß gefaßt hat, und gegenüber dem italienischen Imperialismus, der wie eine Drohung am Horizont auftaucht, hat das tunesische Volk einen Kompromiß mit dem französischen Imperialismus angestrebt und mehrere Deputationen nach Paris gesandt, um Reformen zu fördern. Nach vagen Versprechungen hat sich die französische Regierung entschlossen, allen tunesischen Ansprüchen das Tor zu verriegeln.

Heute weiß das tunesische Volk, daß es nicht mehr auf den vorgeblichen Liberalismus der Regierung einer Republik zu rechnen hat, welche die Trennung von Staat und Kirche vor aller Welt verkündete, vor den Toren der arabischen Stadt aber das Standbild des Kardinals Lavigerie errichtete, sodaß man diese Stadt, wenn man sich ihr nähert, hinter dem Kreuze, das jener Bischof gen Himmel hebt, wie gekreuzigt erblicken kann.

Das tunesische Volk teilt mit tiefer Freude seine Teilnahme und rückhaltlose Zustimmung zu diesem Kongreß mit und ist fest entschlossen, für seine unantastbare Unabhängigkeit zu kämpfen, indem es sich allen unterdrückten Völkern der Welt anschließt.

Zum Schluß bringe ich den Gruß der Opfer der tunesischen Unterdrückung an alle Opfer der Tyrannengewalt in der ganzen Welt, die in Gefängnissen schmachten oder andere Strafen erdulden. Ich schlage dem Kongreß vor, für alle diese Opfer sofortige bedingungslose Amnestie zu verlangen.

Gleicherweise begrüße ich die Arbeiter und Bauern Frankreichs und aller Länder der Erde, die stets bereit sind, die Freiheitsbestrebungen durch ihre Mithilfe zu unterstützen, in der Gewißheit, daß sie so dem Imperialismus Boden abringen und an ihrer eigenen Befreiung arbeiten.

Der Vertreter der arabischen Presse

Ahmed Hassan Mattar (Marokko)

führte aus:

Ich werde mich so kurz wie möglich fassen, um andern Genossen noch die Möglichkeit zum Sprechen zu geben. Ich beglückwünsche uns zu diesem Tage, der den Beginn unserer vereinten Aktion gegen die kapitalistische Unterdrückung und den Imperialismus in den Kolonien der ganzen Welt darstellt.

Als ein Vertreter der Verteidigungsgesellschaft des Rifs in Südamerika und in Europa, als der Sekretär der „Roten Kreuz-Gesellschaft" des Rifs, sage ich der Liga gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus, die uns hier zur Verteidigung unserer nationalen und sozialen Emanzipation zusammenbrachte, unseren aufrichtigsten Dank.

Zweifellos wißt Ihr, daß wir hier zusammengekommen sind, um den Kapitalismus und Imperialismus zu bekämpfen und revolutionäre Bewegungen zu organisieren. Der Imperialismus kann nur durch die Revolution geschlagen werden, und so ist es mir klar, daß wir dem Beispiel Sowjetrußlands folgen müssen, um von einer festen Basis aus handeln zu können. Die Nation der Rifkabylen leidet nicht nur unter dem französischen und spanischen Imperialismus, sondern gerade so gut unter dem deutschen. Die Fremdenlegion ist in ihrer Mehrzahl aus deutschen Soldaten zusammengesetzt. Auch der deutsche Kapitalismus ist im Rif vertreten. Die Mannesmann-Kupferwerke spielen beispielsweise bei uns eine große Rolle.

Laßt mich zum Schluß sagen, daß unser gegenwärtiger Kongreß eine Antwort auf den Völkerbund ist, und unsere zukünftige Revolution wird die einzig wirksame Hilfe gegen den Imperialismus und Kapitalismus sein.

Es lebe Sowjetrußland, der Helfer der unterdrückten Nationen! Es lebe die soziale und nationale Befreiung der unterdrückten Völker! Es lebe die Liga gegen Unterdrückung und Imperialismus.

Der Delegierte der „Confédération Générale du Travail Unitaire",

M. Herclet (Frankreich)

schildert die Tätigkeit der französischen Gewerkschaften zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen in den französischen Kolonien:

Als Delegierter der C. G. T. U., die 550 000 Mitglieder umfaßt, begrüße ich alle Vertreter der unterdrückten Völker und versichere sie der absoluten Solidarität in allen Kämpfen, die sie für ihre Befreiung unternehmen.

In Frankreich haben wir zwei zentrale Gewerkschaftsorganisationen, die

reformistische C. G. T., die der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angeschlossen ist, und die C. G. T. U., die der roten Gewerkschaftsinternationale angehört. Ich muß jedoch sagen, daß nur die C. G. T. U. die Interessen der Arbeiter verteidigt und den Kampf führt.

Wir leiten tatsächlich 98% der Streiks. Mit den kolonialen Freiheitsbewegungen ist es dasselbe. Wir sind die einzige Organisation, die diese Bewegungen vorbehaltlos unterstützt. Voriges Jahr mußte sich die C. G. T. U. dem französischen Imperialismus während des Marokkokrieges entgegenstellen. Sie hat die Frage des Krieges vor den Massen aufgerollt und unterstrichen, warum der Imperialismus ihn entfesselt hat. Sie hat alle geheimen Triebfedern dieser Angelegenheit und die Rolle der französischen und internationalen Banken, die sich der Reichtümer des Rifs bemächtigen wollten, aufgedeckt. Sie hat den Arbeitern ihre Pflicht klargelegt und auch den Soldaten gesagt: „Es ist Eure Pflicht, nicht auf die Kämpfer des Rifs zu schießen, sondern Euch mit ihnen, die für ihre Unabhängigkeit kämpfen, zu verbrüdern."

In Frankreich hat sich die C. G. T. U. an die werktätigen Massen gewandt. Wir haben die C. G. T. nicht zur Mitarbeit bewegen können. Wir waren bestimmt nicht stark genug, den Krieg weder zu verhindern noch aufzuhalten. Aber soll man warten, bis man stark genug ist, um handeln zu können? Nein! Und deshalb haben wir auch nicht gewartet. Wir wollten nicht warten in einem Augenblicke, da die Rifleute mit dem Gewehr in der Hand kämpften, bis die C. G. T. oder die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale uns helfen würden.

Wir haben in ganz Frankreich eine Reihe Kongresse von Arbeitern und Bauern gegen den Marokkokrieg einberufen. Diese Kongresse setzten sich zusammen aus Delegierten von Hunderttausenden organisierter und nichtorganisierter Arbeiter und Bauern, und solcher aller Linksparteien. Am 12. Oktober 1926 haben wir als Krönung der Arbeiter- und Bauernkongresse einen 24stündigen Generalstreik erklärt, um die Metzeleien aufzuhalten. Mehr als eine Million Arbeiter haben sich an dieser Aktion beteiligt. Wir konnten den Rifkrieg nicht aufhalten, aber wir haben den französischen Imperialismus gehemmt, und das ganze Proletariat hat begriffen, daß es möglich sei, sich gegen neue Metzeleien aufzulehnen.

Wir haben gleichfalls gegen den Krieg in Syrien protestiert. Wir haben die Verbrechen des französischen Imperialismus enthüllt, und wir haben der Bevölkerung das niederträchtige Bombardement von Damaskus, bei welchem viele tausend Menschen, darunter 115 Kinder unter 5 Jahren, getötet wurden, bekanntgegeben. Wir haben die Bombardierungen von 70 arabischen Dörfern, die vollkommen zerstört wurden, der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Dank unserer Aktion weiß jedermann in Frankreich, was der französische Imperialismus in Syrien macht.

Auf gewerkschaftlichem Gebiet macht die C. G. T. U. alle Anstrengungen, um die Arbeiter der Kolonien zu organisieren.

Im Jahre 1925 hat ein Delegierter der C. G. T. U. in Syrien ein Komitee gebildet, um die syrische Gewerkschaftsbewegung zu organisieren. Seitdem sind in Syrien etwa 20 Gewerkschaften entstanden. Die französische Regierung hat die Gewerkschaftsbewegung in Syrien gleicherweise wie die Aufstandsbewegung behandelt, und dank dieser Politik haben sich die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter der Aufstandsbewegung angeschlossen. Die Vereinigung der Arbeiter und der nationalen Freiheitsbewegung ist die einzige Möglichkeit, sich zu befreien und die Räumung Syriens von den militärischen Streitkräften zu erzwingen. Wir wissen, daß dort so lange gekämpft wird, als es eine militärische Besetzung gibt.

Die Führer der syrischen Aufstandsbewegung sind zum Tode verurteilt worden, und die wichtigsten Führer der syrischen Bewegung wurden nach der Wüste Raka und der Insel Rouat deportiert. Wir werden ihre Befreiung erkämpfen.

In Tunis haben wir einen erfolgreichen Kampf gegen den Freimaurer und Linksdemokrat Saint geführt, der in Tunis der Gewerkschaftsbewegung gegenüber die gleiche Taktik anwendet wie Mussolini in Italien. Wir haben die C. G. T. von Tunis unterstützt. Wir erklären hier, daß die C. G. T. Tunis' unter der einen oder anderen Form ungeachtet der Meinung des Demokraten Saint bestehen bleiben wird. Sie wird leben und die Destour-Partei und die nationalistische Bewegung für die Befreiung des Proletariats und die Unabhängigkeit Tunis' unterstützen.

Wir haben beschlossen, die Unabhängigkeitsbewegung in China zu unterstützen, wie schwach auch unsere Kräfte sein mögen. Wir werden nicht warten, sondern alles tun, was möglich ist, um die Aktion des französischen Imperialismus zu verhindern. Ich erinnere hier an ein Beispiel. In jenem Augenblicke, als der französische Imperialismus an dem Kriege gegen die russische Revolution teilnahm, konnten wir eine energische Aktion gegen die Absendung von Truppen und Munition für die Koltschakarmee führen. Wir konnten die Weigerung der Seeleute und Hafenarbeiter in den französischen Häfen verzeichnen, Truppen und Munition, die für den Kampf gegen unsere russischen Genossen bestimmt waren, zu verladen und zu transportieren. Wir werden alle unsere Kräfte aufbieten, wir werden in Marseille, Bordeaux und andern Häfen das Nötige veranlassen, um die Hafenarbeiter und Seeleute vom Transport von Munition nach China abzuhalten. Natürlich ergibt eine Aktion in einem einzelnen Hafen keine großen praktischen Resultate, aber sie ist unbestreitbar politisch von Wichtigkeit.

Genosse Fimmen* hat über die Notwendigkeit der internationalen Ge-

---

* Siehe Kapitel XIV.

werkschaftseinheit gesprochen. Wir sind mit ihm einverstanden. Ja, es ist notwendig, daß dieser Kongreß an die Führer der II. Internationale appelliert. Aber wir haben keine Illusionen über diese Führer. Ich will Ihnen dies an einem Beispiel erklären: Ich las in einem Leitartikel der „Times“ dieser Tage, daß MacDonald es gewagt hat, im englischen Parlament die „Gewalttaten“ der Massen in Hankau zu mißbilligen, und gesagt hat, daß die Kantonregierung für diese „Gewalttaten“ verantwortlich sei. MacDonald ist gegen die Anwendung von Gewalt gegen England, aber er hat auch gewagt, zu sagen, daß „wir unsere Vorsichtsmaßregeln ergreifen“, d. h., Kriegsschiffe und Truppen senden müßten. Schließlich hat er beigefügt, daß England seine erworbenen Rechte und die Konzessionen, die ihm die chinesische Regierung früher gemacht hat, nicht aufgeben könne. Es ist klar, daß, wenn MacDonald auf diese Weise interveniert, er nicht für den Kampf gegen den englischen Imperialismus und gegen jede bewaffnete Intervention in China sein kann. Wenn wir dennoch an die Führer der II. Internationale und der Labour Party appellieren, so nur, weil wir wissen, daß uns die Mehrheit der Arbeiter folgen und alle Kräfte aufbieten werden, um sich dem Imperialismus entgegenzustellen.

Wir werden bestimmt handeln, ohne zu warten, bis MacDonald und seinesgleichen mit uns sind.

Resolutionen.

I.

Resolution der Länder Nordafrikas.

Der französische Imperialismus steht in seiner Kolonialpolitik in Nordafrika um nichts hinter den anderen imperialistischen Mächten zurück.

Er hat mit bewaffneter Gewalt, unter Drohungen und heuchlerischen Versprechungen zuerst in Algerien, dann in Tunis und endlich in Marokko Fuß gefaßt. Er hat sich der natürlichen Schätze und des Bodens bemächtigt, der den Eingeborenen gehörte unter Enteignung von Zehntausenden von Familien, die auf eigner Erde von dem Ertrag ihrer Arbeit lebten. Die enteigneten Ländereien wurden europäischen Siedlern, reichen Eingeborenen und kapitalistischen Gesellschaften abgetreten. Und die Enteigneten mußten — um ihr Leben fristen zu können — ihre Arbeitskraft den neuen Eigentümern ihres Bodens verkaufen. Aus einer Bevölkerung, die in ruhigem Wohlstand lebte, der heute entschwunden ist, hat der Imperialismus eine Schar von Verhungerten oder Sklaven geschaffen. Und diese Enteignung ging wie überall im Namen der Zivilisation vor sich. Im Namen der französischen Zivilisation und unter den wohlklingendsten Versprechungen hat der französische Imperialismus Zehntausende von eingeborenen „Rebellen“ ausgerottet und fährt in diesem Werke fort. In ihrem Namen hat er die große Mehrzahl der Bauernbevölkerung enteignet und saugt er heute die gleiche Bevölkerung zu seinem Vorteil aus. Im Namen dieser sogenannten Zivilisation wurden alle Traditionen, alle überlieferten Bräuche, alle Bestrebungen der eingeborenen Bevölkerung mit Füßen getreten. Statt jenen Ländern den Beistand zu leihen, dessen sie bedurft hätten, um sich ökonomisch, politisch und wirtschaftlich frei zu entfalten, hat der französische Imperialismus diese Enteignung und Ausbeutung mit der reaktionärsten politischen Beherrschung verbunden; er hat die Eingeborenen jeg-

licher Koalitions- und Organisationsfreiheit, aller politischen und legislativen Rechte beraubt, oder hat derartige Rechte nur einer geringfügigen Minderheit von Eingeborenen gewährt, die reicher als die anderen und bereits korrumpiert waren. Dazu kommt eine systematische Verdummung, die durch Alkohol, Einführung neuer Religionen, Schließung der Schulen in arabischer Sprache, die vor der Kolonisation bestanden, erzielt wird. Und endlich, — um dies Werk würdig zu krönen —, reiht der Imperialismus die Eingeborenen in seine Heere, die dazu bestimmt sind, die Kolonisation durchzuführen, in den imperialistischen Kriegen als Werkzeug zu dienen und die revolutionären Bewegungen in den Kolonien und im Mutterlande zu ersticken.

Gegen diese Kolonialpolitik, gegen diese Unterdrückung, haben sich die arbeitenden Bevölkerungen Nordafrikas zu einem dauernden und mit allen verfügbaren Mitteln zu führenden Kampfe zusammengeschlossen, um das Ziel, das ihre augenblicklichen Bestrebungen umschließt, zu erreichen: die nationale Selbständigkeit.

Die Lage in Algerien und die wesentlichen Forderungen des Algerischen Volkes.

Im Jahre 1830 entsandte der französische Imperialismus seine ersten Truppen zur Eroberung Afrikas. Im Laufe einer Reihe von Kämpfen, während derer die Algerier den französischen Truppen 15 Jahre hindurch erbitterten Widerstand leisteten, zerbrachen die Bajonette des kapitalistischen Frankreichs den Freiheitswillen des algerischen Volkes.

Seit jener Stunde haben systematische, brutale Unterdrückung und Enteignung das algerische Volk zwar nicht auf den Weg sozialen Fortschrittes, wohl aber der Sklaverei geführt. Heute sind zwei Millionen achthunderttausend Hektar Landes in den Händen europäischer Kapitalisten, und zwar sind dies die besten, fruchtbarsten und an Bodenschätzen reichsten Ländereien. Die enteigneten Familien der Eingeborenen mußten den neuen Besitzern des Bodens die Kraft ihrer Arme verkaufen oder in die städtischen Zentren auswandern.

Aber der französische Imperialismus begnügt sich nicht damit, die einheimische Bevölkerung Algeriens zu enteignen. Zu gleicher Zeit hat er ein System politischer Beherrschung aufgerichtet, die ehrwürdigen Formen mohammedanischer Demokratie des Dorfs (Duar) und der Stämme (Provinzen), die vor der Kolonisation in Kraft waren, zerstört und nur eine Karikatur dieser Formen bewahrt. Er hat die Eingeborenen von der Führung der Staatsgeschäfte ausgeschaltet und die gesamte politische Macht in die Hände eines Generalgouverneurs gelegt, der einen ganzen Stab von Beamten hat, die seine Verordnungen auszuführen haben (Steuereinziehung, Durchführung der Strafgesetze usw.). Diese Lage der Dinge ist in dem sogenannten Eingeborenen-Gesetzbuch rechtlich niedergelegt, das die Eingeborenen zu Untertanen stempelt, die aller politischen Rechte beraubt und Ausnahmegesetzen unterworfen sind (Strafgerichtshöfe für Verbrecher, Überwachung, Kollektiv-Verantwortung). Das Bürgerrecht ist nur einer schwachen Minorität von Eingeborenen vorbehalten, die von dem französischen Imperialismus ,,assimiliert' worden sind. Allein die Europäer und jene eingeborenen ,,Bürger' haben die gleichen politischen Rechte wie die französischen Bürger und dürfen ihre Vertreter in die Duarien und Finanzdelegationen entsenden (Aufstellung und Verteilung des Budgets). Das bedeutet, daß 800 000 Europäer und einige Zehntausend ,,guter" Eingeborenen ihre Vertreter wählen, während fünf Millionen, das heißt die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung keinerlei Rechte besitzen. Zum Ausgleich dürfen sie Steuern zahlen und Kriegsdienst leisten.

Auch auf kulturellem Gebiete verrichtet die Kolonisation ihr Werk. 516 Schulen, die 35 000 Schüler in französischer Sprache unterrichten, müssen den Bedürfnissen einer Bevölkerung von fünf Millionen Eingeborenen genügen. Dafür stehen den 800 000 Europäern 1200 Schulen zur Verfügung. Sämtliche freien Schulen in arabischer Sprache sind aufgehoben worden. Die Zulassung der Eingeborenen zum höheren Unterricht ist so gut wie unmöglich.

Fügt man zu alledem die obligatorische Rekrutierung des algerischen Eingeborenen für das Heer des französischen Imperialismus, dessen Bestand man nach den neuen Militärentwürfen der französischen Regierung von 45 000 auf 180 000 erhöhen will, um den Zielen des französischen Imperialismus (neue Eroberungen, Erstickung der revolutionären Bewegung) besser zu genügen, so erhält man ein objektives Bild davon, was 100 Jahre ,,französischer Zivilisation" in Algerien bedeuten.

Die ausgebeutete und unterdrückte arbeitende Bevölkerung Algeriens liegt in ständigem Kampfe gegen den französischen Imperialismus, um das Joch abzuschütteln und die Selbständigkeit zu erringen.

Der „Nordafrikanische Stern", eine Organisation, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung Nordafrikas (Dorfarbeiter, Kleinbauern, Handwerker) vertritt, verlangt für Algerien die Erfüllung der folgenden Forderungen und bittet den Kongreß, sie zu den seinigen zu machen:

Die Selbständigkeit Algeriens;

Zurückziehung der französischen Besatzungstruppen;

Aufstellung eines algerischen Nationalheeres;

Konfiskation des Großgrundbesitzes, der von den Feudalherren — den Agenten des Imperialismus — den Kolonisten und den privatkapitalistischen Gesellschaften an sich gerissen worden ist, und Zurückgabe des konfiszierten Bodens an die Bauern, denen er geraubt wurde. Berücksichtigung des mittleren und Kleinbesitzes. Rückgabe der von dem französischen Staate beschlagnahmten Ländereien und Wälder an den algerischen Staat.

Diese wesentlichen Grundforderungen, für die wir von nun ab kämpfen, schließt nicht ein energisches und unmittelbares Vorgehen aus, um dem französischen Imperialismus folgendes abzuringen:

Sofortige Aufhebung des Eingeborenen-Code und der Ausnahmeverordnungen.

Amnestie für alle, die wegen Übertretung der Eingeborenen-Gesetze in der Gefangenschaft, in besonderer Überwachung oder in der Verbannung schmachten;

Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, politische und Gewerkschaftsrechte, wie die in Algerien lebenden Franzosen genießen;

Ersetzung der Finanzkommissionen, die auf Grund beschränkten Wahlrechtes gewählt sind, durch ein algerisches Parlament, das auf Grund eines allgemeinen Wahlrechtes aufgestellt wird;

Stadtverordneten-Versammlungen, die nach allgemeinem Wahlrecht aufgestellt werden;

Zulassung zum Unterricht aller Grade: Errichtung von Schulen in arabischer Sprache;

Einführung der sozialen Gesetzgebung des Mutterlandes.

Erweiterung des landwirtschaftlichen Kredites für die kleinen Fellachen.

Diese Forderungen haben nur dann Aussicht auf Erfüllung, wenn die Algerier sich, im Bewußtsein ihrer Rechte und ihrer Stärke, zusammenschließen und organisieren, um sie der französischen Regierung aufzuzwingen.

Die Lage in Tunis und die Forderungen des Tunesischen Volkes.

Als Frankreich vor nun 46 Jahren in Tunis eindrang, schrieb es die Formel des Protektorats auf seine Fahnen: „Wir kommen zum Schutz des tunesischen Volkes." Diese Heuchlergeste maskierte den wahren Wunsch des französischen Imperialismus: Aus Tunis eine Kolonie gleich Algerien zu machen. Mit Hilfe einer überlegenen Diplomatie, einer Einschüchterungs-, Erpressungs- und Bestechungs-Politik gelang es dem Generalresidenten, sich die Mithilfe der höchsten Eingeborenen zu sichern. In Wahrheit hat die Autorität der Generalresidentschaft die der tunesischen Regierung verdrängt.

Die tunesischen Minister, umgeben von französischen Beamten, unterzeichnen alles, was man ihnen vorlegt, beziehen ihr Gehalt, und überlassen ihren französischen Aufsehern, die zu ihren Vorgesetzten geworden sind, die willkürliche Verwaltung des Landes.

Das tunesische Parlament, das aus einem Regierungsvertrag vom Jahre 1861 hervorgegangen ist, wurde aufgelöst und lange danach durch eine beratende Versammlung, später — im Jahre 1922 — durch einen Großen Rat ersetzt, der eine überwältigende Mehrheit von Franzosen und einige von der Regierung ernannte Tunesier umfaßt. 18 Tunesier sollen in diesem Großen Rat eine Bevölkerung von zwei Millionen Tunesiern vertreten, während 44 Franzosen von der französischen Kolonie (54000) entsandt werden.

Die Enteignung des Bodens ist auf eine recht seltsame Art vor sich gegangen. Die Regierung, das heißt die Residentschaft, begann damit, die einzelnen Stämme nach ihren Besitzurkunden zu fragen. Natürlich konnte die Mehrzahl der Stämme ihre Besitztitel nicht mehr vorlegen. Sie wurden von ihren Ländereien verjagt, die in Staatsdomänen gewandelt wurden. Aus diesen Domänen und dem Grundbesitz, der jährlich von der Ackerbaudirektion mit Kapitalien aus dem tunesischen Budget (— das zu vier Fünfteln von Tunesiern

gestellt wird —) angekauft wird, werden jene Parzellen gebildet, die dazu bestimmt sind, die offizielle Kolonisation zu fördern.

Von den 2 800 000 ha bestellbaren Bodens, besitzen 37 000 Europäer (Familien inbegriffen) 700 000 ha fruchtbarste Erde. Es bleiben 2 100 000 ha für die 2 200 000 Tunesier, unter denen sich eine bedeutende Schicht von Großgrundbesitzern befindet, die in gleichem Maße wie die französischen Siedler die Bauernmassen Tunis' ausbeuten.

Dazu kommen die Konzessionen, welche die tunesische Regierung dem französischen Imperialismus überlassen mußte.

Auf dem Gebiete der französischen Freiheiten und der sozialen Gesetzgebung ist das tunesische Volk nicht besser daran als das algerische. Presse-, Versammlungs- und Redefreiheit existieren nicht. Seit 1919 sind 46 Zeitschriften und Zeitungen verboten worden. Zahlreiche Verurteilungen und Einkerkerungen sind vorgenommen worden. Jedes politische „Vergehen", mit Einschluß des Vergehens der „Absicht" wird schwer bestraft. Das Gewerkschaftsrecht, der Achtstundentag sind unbekannt.

Zahlreiche tunesische Bauern sind von dem französischen Imperialismus angeworben und in die gemischten Regimenter einverleibt worden, die, von französischen Offizieren befehligt, wie die algerischen Heere dem Imperialismus dienen, um seine Herrschaft aufrechtzuerhalten und seine Eroberungen auszudehnen. 50 000 Tunesier wurden während des Weltkrieges an die Front entsandt. Erst kürzlich wurden Truppenteile gegen die Rifkabylen und Syrier eingesetzt.

Die Unterweisung des Volkes ist in ihrer Entwicklung durch das Eindringen des imperialistischen Frankreichs in Tunis gehemmt worden. Heute liegen mehr als 200 000 Kinder auf der Straße und die Regierung tut nichts, um neue Schulen zu schaffen.

Frankreich ist im Jahre 1881 unter dem Vorwand in Tunis eingerückt, den Bey in der Unterdrückung einer Aufstandsbewegung in Krumirien zu unterstützen.

Es verpflichtete sich, das Land zu verlassen, sobald die Ordnung wiederhergestellt sei, wovon eine Klausel des Vertrages zu Bardo zeugt, unter den Frankreich seine Unterschrift setzte. 24 Jahre sind seitdem verstrichen, aber Frankreich ist immer noch nicht abgerückt. Das tunesische Volk hat in gutem Glauben ein Kompromiß mit der französischen Regierung angestrebt, indem es Reformen vorschlug und Delegationen nach Paris sandte.

Nach einer Periode unbestimmter Versprechungen hat sich der französische Imperialismus endlich entschlossen, jeder tunesischen Forderung die Tür zu verriegeln, und hat seine Politik der endlosen Ausbeutung, der Knechtung und „Assimilierung" noch beschleunigt.

Da begriff das tunesische Volk, daß es nichts mehr von einer Republik zu erwarten habe, die es in blinder Sympathie auf Grund seiner Geschichte oder Tendenzen, für liberal gehalten hatte. Es sieht endlich ein, daß es allein auf sich selbst zählen darf, auf die Unterstützung der unterdrückten Völker — seiner Brüder — wie auf den Beistand der Arbeiter- und Bauernmassen Frankreichs, im besonderen, und der ganzen Welt im allgemeinen. Es fordert heute seine bedingungslose Unabhängigkeit und wird mit allen Mitteln bis ans Ende kämpfen, um dieses Ziel zu erreichen. In diesem Geiste hält es sich bereit und organisiert es sich.

Der „Nordafrikanische Stern" unterbreitet dem Kongreß folgende Forderungen, welche die Bestrebungen und die Interessen der arbeitenden Bevölkerung Tunis' zusammenfassen:

Unabhängigkeit Tunis';

Zurückziehung der französischen Besatzungstruppen;

Bewaffnete Organisation der Nation;

Nationalversammlung, gewählt auf Grund allgemeinen Wahlrechtes;

Das allgemeine Wahlrecht, mit dem Alter von 18 Jahren, für alle Stufen;

Wählbarkeit in alle Versammlungen;

Anerkennung der arabischen Sprache als offizielle Sprache;

Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit;

Konfiskation zugunsten der Nation, der Eisenbahnlinien, Häfen, öffentlichen Dienste, die im Besitz von fremden Gesellschaften sind;

Konfiskation des Großgrundbesitzes, der sich in den Händen von Feudalherren — den Agenten des Imperialismus — von Kolonisten und Privatkapitalistischen Gesellschaften befindet, und

Rückgabe des Bodens an die Bauern, denen er geraubt wurde;

Obligatorischer und kostenloser Unterricht in arabischer Sprache;
Gewerkschaftsrecht, Koalitionsrecht und Streikrecht für die Arbeiter;
Achtstundentag, Arbeitsruhe am Sonntag, soziale Versicherung und Arbeiterschutz;
Unterstützung der Fellachen, bedeutende zinslose Kredite für die Bauern.

Die Forderungen des Marokkanischen Volkes.

Erst im Laufe der drei letzten Jahrzehnte hat der französische Imperialismus mit der Kolonisation von Marokko begonnen. Die natürlichen Schätze des Landes (Eisenminen, Potasche, Getreide usw.) bildeten — in Verbindung mit der billig verfügbaren Arbeitskraft — eine Quelle anlockender Profite. Heute beherrscht die „Banque de Paris et des Pays-Bas" das gesamte Wirtschaftsleben Marokkos.

Die Millionen von Menschenmassen, die frei auf eigenem Boden von dem Ertrag ihrer Arbeit lebten, die sich aus eigenem Antrieb auf moderner wirtschaftlicher und politischer Grundlage organisierten (Rif), und ihren eigenen Weg zur Gestaltung der Nation suchten, sahen bald ihre Bemühungen an dem Eindringen des französischen Imperialismus scheitern. Wie im Jahre 1813 in Algerien, bahnte bewaffnete Gewalt dem Zug der „Zivilisatoren" den Weg. Seit die Kolonisation in Marokko eingesetzt hat, folgte Krieg auf Krieg. Die gleiche Methode und die gleichen Argumente, wenn man die „Rebellen" zivilisieren will! Der letzte Krieg gegen die Rifs bildet das typischste und lebendigste Beispiel für die Zivilisationsmethoden des französischen Imperialismus. Das Volk des Rifs hatte eine autonome republikanische Verfassung auf demokratischer Grundlage, es bestellte seinen Boden, und war auf dem Wege, mit Hilfe fremder Anleihen, seine natürlichen Bodenschätze zu verwerten. Dieses Volk hegte die Hoffnung, in Freiheit von den Früchten seiner Arbeit zu leben. Der Eroberungsdurst des französischen Imperialismus sollte seinen Aufschwung durch Feuer und Schwert aufhalten! Mehrere tausend Menschen, französische Arbeiter wie Eingeborene sind in diesem letzten Kriege getötet worden, der überdies noch nicht beendet ist. Das Eindringen Frankreichs in Marokko spitzt die Rivalität zwischen den Großmächten zu, und diese Politik droht jeden Augenblick, einen internationalen bewaffneten Konflikt heraufzubeschwören.

Die „Zivilisation" der Stämme, die ihr Gut und Blut verteidigen, schreitet unaufhörlich fort. Marokko steht heute unter der Militärherrschaft des französischen Imperialismus und — wie in Algerien und Tunis — wird das marokkanische Volk enteignet und gezwungen, Landarbeiter oder Industriearbeiter zu werden. Selbstverständlich ist jede Versammlungs-, politische oder Gewerkschaftsfreiheit aufgehoben. Der Wille der Militärführer ist das einzige Gesetz, das Marokko regiert. Das Volk des Rifs hat das Signal zum Befreiungskampf des nordafrikanischen Volkes gegeben, indem es mutvoll dem sorgfältig vorbereiteten Eindringen der imperialistischen Franzosen und Spanier widersteht. Schon beginnen — trotz der Schreckensherrschaft, die über Marokko verhängt ist, genossenschaftliche Organisationen sich zu bilden.

Der „Nordafrikanische Stern" unterbreitet dem Kongreß folgende Forderungen:
Sofortiger Rückzug der marokkanischen Truppen;
Politische und soziale Freiheiten;
Gewerkschafts-, Streik- und Koalitionsrecht, Achtstundentag;
Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit;
Abschaffung des Protektorates. Vollständige Unabhängigkeit.

Die Unabhängigkeitsbewegung in Nordafrika wächst unaufhaltsam, und die Zeit kann nicht mehr fern sein, da alle unterdrückten Völker, alle Ausgebeuteten von Marokko, Algerien und Tunis den französischen Imperialismus verjagen und ihre Freiheit erringen werden. Die schon eingeleitete Aktion, die ganze arbeitende Bevölkerung Nordafrikas zum Kampfe mitzureißen, wird tatkräftig fortgesetzt mit der brüderlichen Hilfe und Unterstützung der Arbeiter Frankreichs.

II.

Resolution der französischen Delegation.

Die Delegation der französischen Sektion der „Liga gegen koloniale Unterdrückung" am Brüsseler Kongreß protestiert mit allem Nachdruck gegen die hier von den Vertretern

der französischen Kolonien vorgebrachten Fälle der Unterdrückung und des Terrors, die das dort herrschende System der Unterdrückung und der planmäßigen Ausbeutung kennzeichnen.

Sie erklärt sich mit den durch die Vertreter der französischen Kolonien vorgeschlagenen Resolutionen gegen den französischen Imperialismus solidarisch.

Sie beschließt, alles zu unternehmen, um den werktätigen Massen Frankreichs aufzuzeigen, daß ihr Interesse und ihre Pflicht in dem Sicheinsetzen für die Forderungen der kolonisierten Völkerschaften besteht — ganz gleich, welche Formen der Unterdrückung der französische Imperialismus diesen Ländern auferlegt.

Die Delegation verpflichtet sich, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Arbeiterschaft und ihre Organisationen ihre einmütige Solidarität und ständige Unterstützung allen Unabhängigkeitsbewegungen der geknechteten Länder und besonders der chinesischen Revolution zusagen.

Die französische Sektion der Liga wird die Losungen dieses Kongresses zu verwirklichen trachten und sich restlos für die nationale Freiheit und soziale Gleichheit durch die Befreiung der geknechteten Völker einsetzen.

VII.

Der Freiheitskampf der Neger.

Die vom Kongreß mit Begeisterung aufgenommene Rede des Vorsitzenden des Komitees zur Verteidigung der Negerrasse,

Lamine Senghor (Afrika).

Ich habe Ihnen den brüderlichen Gruß des Comité de Défense de la Race Nègre" zu überbringen. Dieses Komitee zur Befreiung der Negerrasse ist eine umfassende Organisation der Negerjugend, die für die Befreiung ihrer Rasse einzutreten gewillt ist. Sie werden vielleicht wissen, daß unsere Rasse die unterdrückteste der Welt ist. Diese Rasse ist es, die durch alle Imperialisten dieser Erde unterdrückt ist und deren Leben und Tod in den Händen ihrer Feinde liegt. Wir wollen deshalb einen Kampf führen für die Gleichheit mit anderen Rassen, die sich besser als uns betrachten. Wir fragen sie aber vor der ganzen Welt, ob sie uns deshalb überlegen sind, weil ihre Haut weiß oder ihr Gehirn kultivierter ist? Diese Rassen kamen zu uns unter dem Vorwand, uns die Zivilisation zu bringen. Heute sehen wir ein tragisches Bild in unserm Lande.

Die Kolonisierung. Über das Wort Kolonisierung will ich hier eine kleine Polemik führen. Ich will auf die Rede unseres Herrn Vorsitzenden Hafiz Ramadan Bey antworten, der behauptet hat, daß Ägypten nicht kolonisiert wird, und daß es frei und unabhängig sei. Als Vertreter des Neger-Verteidigungs-Komitees bin ich hier zu einer Erklärung gezwungen. Ich muß sagen, die ägyptischen Arbeiter, die unser Komitee unterstützen, sind nicht dieser Meinung. Sie sind gekommen, um hier gegen die englische Bevormundung in Ägypten und gegen die Okkupation des Suezkanals durch England zu protestieren. Sie wollen gegen den englischen Imperialismus protestieren und verlangen die Unabhängigkeit Ägyptens. Es ist daher unmöglich, gleichzeitig zu behaupten, daß Ägypten frei sei. Was ist Kolonisierung? Kolonisierung ist die Vergewaltigung des Rechtes eines Volkes, über sich selbst zu verfügen, wie es das versteht und wünscht. Dieses Recht wurde den Ägyptern durch England entzogen. Alle Ägypter protestieren gegen diese Vergewaltigung. Sie können daher nicht glauben, daß Ägypten nicht durch England kolonisiert ist. Es

ist eine Kolonie wie alle andern Kolonien, die dem Joche des internationalen Imperialismus unterworfen sind.

Zivilisation. Ich sagte Ihnen eben, daß die Franzosen, als sie zu uns gekommen sind, uns sagten, sie brächten uns die Zivilisation. Aber statt uns die französische Sprache zu lehren und uns Aufklärung über das zu geben, was sie Zivilisation nennen, sagten sie, man darf den Negern keine Bildung geben, weil sie sonst zivilisiert sein würden und man sich ihrer nicht so bedienen könnte, wie man will.

So versteht der französische Imperialismus Zivilisierung der Neger.

Ich zitiere Ihnen ein Beispiel, das einem Rapport eines ehemaligen Verwalters von Kolonien entnommen ist. Dieser Rapport wurde durch Herrn M. J. Renaitour in mehreren Zeitungen Frankreichs veröffentlicht. Hier der Text von dem, was dieser Kolonialverwalter geschrieben hat:

„Ich klage Herrn Hutin, ehemals Oberst, heute General, Kommandant der Ehrenlegion, an, die Plünderung der Faktorei von Molanda angeordnet und an dieser Plünderung teilgenommen zu haben. (Die gestohlenen Objekte sind bekannt: Er hat Kisten mit Früchtegelee für seinen persönlichen Gebrauch zurückbehalten, Gemälde, Jagdpatronen, Karabiner, Brownings, kostbare Stoffe usw. Es scheint, daß man sich dort leicht bereichert.)

Der Berichterstatter fügte bei:

„Ich klage den Offizier und Verwalter des Magazins von Quesso an, im Februar 1915 ein Verbrechen begangen zu haben, um das Geständnis eines Diebstahls von 500 Franken zu erpressen. Er beschuldigte seinen Burschen, diese Summe entwendet zu haben. Um zu wissen, wo das Geld versteckt war, läßt er ihn entkleiden, seine Hoden auf einen Tisch legen, und zermalmt ihm mit einem Hammer einen der Hoden. Der Schütze verlor das Bewußtsein. Man ließ ihn wieder zu sich kommen und bedrohte ihn, ihm auch die zweite Hode zu zermalmen, wenn er nicht gestände, wo sich das Geld befinde."

„Ich klage den Chefadjutanten des Postens von Bania an, daß er sich einen Häuptling des Stammes Gana vorführen ließ, der sich weigerte, anzugeben, wo sich die Mausergewehre befanden, die durch seine Leute den deutschen Deserteuren abgenommen wurden. Und ich klage diesen Adjutanten an, eine Hand des Häuptlings Gan zwischen zwei Platten einer Kopierpresse zermalmt zu haben, ihn „schikaniert" zu haben (mit Messerklingen gepeitscht). Er ließ die Wunden mit Honig füllen und setzte ihn der Sonne und den Stichen der Bienen aus."

Wer zittert nicht bei dem Gedanken, daß Franzosen des 20. Jahrhunderts noch solche Schreckenstaten begehen, die des dunkelsten Mittelalters würdig wären.

Zwangsarbeit. Ein kürzliches Dekret des Generalgouvernements von Französisch-Ostafrika stellte der Regierung für Arbeiten von sogenanntem



Lamine Senghor

Vertreter der Negerbevölkerung der französischen Kolonien



Gemeininteresse die Bevölkerung zur Verfügung. Um dieses Dekret anzuwenden, setzt der Gouverneurleutnant von Mauritanien die Arbeitsbedingungen fest. In dem Artikel 3 sagt er: „Die Dauer des Arbeitstages wird auf zehn Stunden mit zwei Stunden Arbeitsruhe während des Tages festgelegt.“ In Artikel 9 bestimmt er: „Der tägliche Minimallohn jedes Arbeiters wird wie folgt bestimmt: Frauen und Kinder 1,50 Franken, Erwachsene 2 Franken pro Tag.“ Man darf sich nicht weigern, für diesen Lohn zu arbeiten. Man muß also gezwungenermaßen zehn Stunden täglich unter der brennenden Sonne Afrikas arbeiten und kann nur 2 Franken verdienen. Die Frauen und die Kinder arbeiten gleich lange wie die Männer, und mit alledem sagt man uns, daß die Sklaverei abgeschafft sei, daß die Neger frei seien, daß eine Gleichheit aller Menschen bestände usw. Ich betrachte diejenigen, die uns das sagen, nicht als Idioten, sondern als Leute, die sich über uns lustig machen.

Sklaverei. Auch hier sagt man uns, daß sie aufgehoben sei, und man könnte fast annehmen, daß der Verkauf von Sklaven verboten ist, daß man nicht mehr Neger an einen Weißen, Chinesen oder sogar einen andern Neger verkaufen kann. Aber wir sehen, daß die Imperialisten sich sehr demokratisch das Recht vorbehalten, ein ganzes Negervolk einem anderen Imperialisten zu verkaufen.

Was machte Frankreich mit dem Kongo im Jahre 1912? Es hat ihn einfach Deutschland übergeben. Hat es die Kongoneger gefragt, ob sie durch die Deutschen ausgebeutet werden wollen?

Gewisse französische Politiker sind sogar soweit gegangen, in den französischen Mistblättern zu schreiben, daß die Neger der Antillen anfangen, zuviel Rechte zu verlangen, und daß man besser täte, sie den Amerikanern zu verkaufen; man würde dann wenigstens einen Profit daraus ziehen.

Es ist nicht wahr, die Sklaverei ist nicht aufgehoben. Im Gegenteil, man hat sie modernisiert.

Die Ungerechtigkeit ist noch schlagender in Frankreich. Wir haben gesehen, daß man während des Krieges soviel Neger wie möglich rekrutiert hat, um sie als Kanonenfutter zu verwenden. Man hat von ihnen soviel rekrutiert, daß die französischen Gouverneure sich weigerten, die Rekrutierung fortzusetzen, weil sie Angst hatten, daß das Volk sich erheben würde. Aber da man um jeden Preis rekrutieren mußte, so ist man auf die Suche eines besonderen Negers gegangen, und man hat ihn mit Ehren bedeckt, indem man ihn zum Generalkommissar und Vertreter der französischen Republik in Afrika ernannt hat. Man ließ ihn durch französische Offiziere und dekorierte Neger überall hin begleiten. Er ließ sich in sein ehemaliges Vaterland ausschiffen, und die Vertreter Frankreichs, Administratoren, Gouverneure der Kolonien, mit Musik an der Spitze und Soldaten, die die Waffen präsentierten, empfingen ihn dort. Der so geehrte Neger

rekrutierte 80 000 Männer, außer den 500 000, die schon in Frankreich kämpften.

Man ließ unsere Kameraden in dem ersten Marokkokrieg vor dem großen Krieg von 1914 hinschlachten. Noch heute mordet man in Marokko, in dem Rif und in Syrien; man schickt Neger nach Madagaskar, schickt Neger nach Indochina, weil es in der Nähe von China ist, das ihnen ein ausgezeichnetes revolutionäres Beispiel gibt.

Den Chinesen sage ich: „Ich möchte Sie umarmen, Genossen, weil Sie allen Völkern, die dem Joche der Kolonisatoren unterworfen sind, ein gutes revolutionäres Beispiel geben und ich wollte, daß sich alle von Ihrem revolutionären Geist beeinflussen ließen. Die französischen Imperialisten haben Neger nach Indochina geschickt und ihnen befohlen, auf die Indochinesen zu schießen, falls sich diese gegen die französischen Kolonien erheben würden.

Sie sagen ihnen, daß sie nicht ihrer Rasse seien, und daß sie sie töten sollten, falls sie gegen das sogenannte Mutterland revoltieren würden.

Die Neger haben zu lange geschlafen. Aber hütet Euch, derjenige, der zu gut geschlafen hat und dann erwacht, wird nicht mehr einschlafen.

Zwei Beispiele möchte ich Ihnen geben, wie das Mutterland die Dienste derjenigen anerkennt, die im Kriege verwundet wurden, um das „Vaterland“ zu retten, die von den sogenannten Feinden Kugeln erhalten haben und heute nicht mehr arbeiten können. Man macht einen Unterschied zwischen ihnen und den französischen Verwundeten, die mit ihnen auf dem gleichen Schlachtfelde gekämpft haben und die, scheint es, ein gleiches Mutterland verteidigten. Ich werde bei 10% anfangen und bis 100% gehen. Nur zwei Beispiele: Die französische Regierung gibt einem 90% französischen Kriegsverwundeten II. Klasse, Vater eines Kindes, eine Pension von jährlich 6882 Franken, während der Negersoldat II. Klasse, verheiratet, Vater eines Kindes, in der gleichen französischen Armee ebenfalls bis zu 90% verwundet, 1620 Franken jährlich erhält.

Einem 100%igen Kriegsverwundeten laut Artikel 10 und 12 (d. h. einer der sich nicht mehr rühren kann und den man überall hintragen muß), wenn es ein weißer Franzose ist, gibt man ihm 15 390 Franken, ist es ein Neger, erhält er nur 1800 Franken.

Gegen diese Ungerechtigkeiten, gegen diese Scheußlichkeiten, die ich Ihnen angeführt habe, haben wir uns gesammelt, um uns zu verteidigen. Die Negerjugend fängt an klar zu sehen. Wir wissen und wir konstatieren, daß wir Franzosen sind, wenn man uns braucht um uns töten oder arbeiten zu lassen. Handelt es sich jedoch darum, uns Rechte zu geben, so sind wir keine Franzosen mehr, dann sind wir Neger.

Der hier vereinigte Kongreß hat, glaube ich, den Wunsch Vieler verwirklicht, die, wie ich, sich vollständig der Arbeit der Weltbefreiung hingeben

möchten. Die hierher gekommen sind, sind gerade diejenigen, die das revolutionäre Ideal und ein menschliches Ideal verfolgen, und die sich mit allen ihren Kräften aufopfern, um diese ungeheure imperialistische Unterdrückung auf der ganzen Welt aufzuheben. Die imperialistische Unterdrückung, die wir bei uns Kolonisierung nennen und die Ihr hier als Imperialismus bezeichnet, ist die gleiche Sache. Alles dies kommt vom Kapitalismus. Er ist es, der bei den Völkern der Hauptländer den Imperialismus gebärt. Darum müssen diejenigen, die unter der kolonialen Unterdrückung leiden, sich die Hände geben, und sich Seite an Seite mit denjenigen stellen, die unter dem Imperialismus der Hauptländer leiden. Kämpft mit den gleichen Waffen und zerstört das Weltübel, den Weltimperialismus.

Man muß ihn zerstören und ihn durch den Bund der freien Völker ersetzen, dann wird es keine Sklaverei mehr geben.

Der Delegierte der Inter-Kolonialen Vereinigung, Sektion der alten Kolonien und schwarzen Völker,

Max Bloncourt (Antillen)

ergreift das Wort:

Ich möchte nicht und meine Kameraden von den Antillen würden es auch nicht verstehen, daß der Kongreß zu Ende ginge, ohne daß ich Ihnen ihre brüderlichen Grüße überbracht und Ihnen nur ein Wort über die Lage der Kameraden, die wir vertreten, gesagt hätte.

Frankreich, der französische Imperialismus, wirft dem englischen Imperialismus entgegen, daß er der mörderischste von allen sei. Er behauptet auch, daß der spanische Imperialismus mit unerhörter Gewalt gegen seine Kolonien vorgegangen sei. Und, sich auf diese Erklärungen stützend, wendet er sich gegen die unterdrückten Völker seiner Gebiete und sagt ihnen: „Wir sind es, die die mildesten Zivilisierungsmethoden anwenden.“ Unsere Anwesenheit an diesem Kongreß widerlegt formell diese Behauptung.

Guadeloupe und Martinique sind Länder, von denen Sie vielleicht das erstemal sprechen hören. Sie werden schon seit drei Jahrhunderten unterdrückt, und die Rassen, die wir hier vertreten, sind nicht die Ureinwohner dieser Gebiete. Diejenigen, die vordem das Land bewohnten, sind Opfer unerhörter Gewalttätigkeiten geworden. Diese Völkerschaften wurden vernichtet. Der französische Imperialismus, der eindrang, um die reichen Ländereien auszubeuten, tat dann etwas, da die zur Ausbeutung dieser Ländereien notwendige Arbeitskraft fehlte, was für die Geschichte der Menschheit eine Schande ist. An den afrikanischen Küsten wurden Menschen

wie Vieh zusammengetrieben, auf den Märkten verkauft, und so kommt es, daß wir uns auf die Antillen und nach den Vereinigten Staaten versetzt vorfanden. Auf diese Weise befinden sich in dem Gebiete der Vereinigten Staaten 10 Millionen Neger und auf den Großen und Kleinen Antillen eine bedeutende Anzahl.

Seit diesen drei Jahrhunderten einer sogenannten Zivilisation entbehrt die Bevölkerung jeder Bildung. Das physische Elend hat nirgends seinesgleichen.

Der französische Imperialismus hat sich Machinationen hingegeben. Man gewährte dieser Bevölkerung politische Rechte, man trieb sie dazu, ihre Vertreter für ein nationales Parlament zu bestimmen. Es ist dies ein Verrat und ein Betrug, gegen den wir revoltieren, denn die Wahlen gehen unter dem Druck von Mitrailleusen und Bajonetten vor sich. Gegenwärtig liegen in den Gewässern unserer Inseln Kriegsschiffe vor Anker. Unter diesen Bedingungen wird das Volk aufgefordert, seinen Willen zum Ausdruck zu bringen. Dies ist eine der an den Kameraden, in deren Namen ich spreche, begangenen Gewalttätigkeiten, die sich ihrem physischen Elend und ihrer Ausbeutung zugesellt. Sie verstehen, daß sie Opfer von Machinationen sind und daß sie unter solchen Bedingungen nie soziale Gleichheit mit den Bürgern des Mutterlandes fordern können. Dies ist für sie ein Beweis, daß sie anderswo suchen und sich in einer anderen Richtung nach vorwärts bewegen müssen. Und es gibt nur eines: die Vereinigung aller unterdrückten Völker gegen den Imperialismus.

Der französische Imperialismus bestimmt uns vielleicht ein anderes Schicksal. Im Laufe des Weltkrieges hat Frankreich bei den Vereinigten Staaten die Ihnen bekannten riesigen Schulden gemacht. Die Befürchtung besteht, daß diese Schuldenlast auf die Schultern der französischen Proletarier abgewälzt wird; ich möchte dazu bemerken, daß dies vielleicht nicht von alleine vor sich gehen wird. So sucht der französische Imperialismus auch andere Wege, um sich aus der Affäre zu ziehen. Nachdem er mit dem schwarzen Menschenfleisch gehandelt hat, denkt er darüber nach, zugunsten der Vereinigten Staaten Inseln zu verhandeln. Man findet Anzeichen hierfür in einer Reihe von Kundgebungen; Reden von Persönlichkeiten, Wünsche von gewählten Versammlungen.

Unsere geographische Lage klärt Sie genügend über unsere strategische Wichtigkeit in der Welt auf. Wir befinden uns dem Panama-Kanal gegenüber und sind deshalb eine ausgezeichnete Militär- und Flottenbasis. Der amerikanische Imperialismus ist sich der Wichtigkeit von Guadeloupe und Martinique bewußt, und hat schon Versuche unternommen, ihre Abtretung an ihn zu bewirken.

Mr. Fisch, Mitglied des amerikanischen Kongresses, hat am 10. Februar, dem Datum der Eröffnung unseres Kongresses, erneut Vorschläge gemacht,

die darauf hinausliefen, diese Inseln zu erwerben. Er erklärte, daß die Vereinigten Staaten bereit wären, dafür den zehnfachen Wert der Inseln zu bezahlen. Es ist uns bekannt, daß der französische Imperialismus diesem Handel nicht ablehnend gegenübersteht. Schon haben die Finanzkreise Frankreichs Kundgebungen in dieser Richtung erlassen. Es handelt sich für uns nicht darum, den einen Imperialismus gegen einen andern einzutauschen. Französischer oder amerikanischer Imperialismus ist für uns dasselbe. Wir wollen von allen Möglichkeiten, die sich uns bieten, Gebrauch machen, um unsere Unabhängigkeit zu fordern. Es kann sich nicht darum handeln, das Joch des französischen Imperialismus gegen das amerikanische einzutauschen. Beide sind gleichviel wert. Ein Beispiel dazu liefert uns die ältere Republik Haiti. Nachdem sie mehr als hundert Jahre als freier Staat bestanden hatte, benützte der amerikanische Imperialismus den Weltkrieg — während Wilson das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamierte —, um die Souveränität von Haiti zu verletzen. Wir versichern unsere dortigen Freunde unserer innigsten Solidarität.

Seit zehn Jahren sind jedoch eine Reihe von Ereignissen in der Welt vor sich gegangen. Die russische Revolution hat eine Revolution in China ermöglicht. Und weil diese über den englischen Imperialismus triumphiert, wird Indien Gelegenheit haben, seine nationale Unabhängigkeit zu erringen.

Kameraden, wenn eines Tags Ihre Besorgnis, allem, was in der Welt die unterdrückten Völker angeht, nachzugehen, durch Ereignisse in unseren kleinen Ländern geweckt wird, so erinnert Euch, daß wir hier die kostbare Energiequelle gefunden haben für die Kämpfe, die wir noch bestehen müssen, um unsere Bestrebungen zu verwirklichen.

Als Delegierter der Patriotischen Union von Haiti spricht

Carlos Deambrosis Martins (Haiti).

Das Volk von Haiti, vertreten durch die Patriotische Union, eine Vereinigung, die mehr als 50 000 Mitglieder zählt, hat mich an den internationalen Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus delegiert, damit ich dort auf das energischste gegen das Attentat protestiere, das von einem der mächtigsten Länder der Erde an unserem Volke begangen wurde.

Da mir nur wenig Zeit zur Verfügung steht, werde ich mich auf eine gedrängte Darstellung beschränken. Die Republik Haiti ist ein Beispiel aus der Geschichte des Yankee-Imperialismus, der gegen ein Volk vorging, das infolge seiner Schwäche über keine Kanonen verfügte, um den Angriff abzuschlagen. Dies geschah im Jahre 1915, in der gleichen

Epoche, da an der Spitze der Vereinigten Staaten ein Mann wie Wilson stand, der behauptete, sein Land in den Krieg hineingezogen zu haben, um die Menschenrechte und die kleinen Nationen zu verteidigen.

Welches sind die wichtigsten Vorkommnisse seit Beginn der militärischen Intervention der U. S. A. in Haiti?

Als am 29. Juli 1915 die amerikanischen Truppen in das Gebiet der Republik Haiti einbrachen, tagten eben die gesetzgebenden Kammern.

Der erste Schritt des Kontre-Admirals William B. Carpenter, der die Expedition mit dem Titel „Chef der in Haiti und in den haitischen Gewässern operierenden amerikanischen Expeditionskräfte", leitete, war, einen Vertrag vorzuschlagen, der Klauseln enthielt, die unter einem Schein von Gesetzlichkeit die gesamte militärische und zivile Verwaltung Haitis den Amerikanern auslieferte. Er bedeutete nichts anderes als eine versteckte Annexion. Die Regierung widersetzte sich der Ratifizierung dieses Vertrags. Auch der Minister des Auswärtigen weigerte sich, ihn zu unterzeichnen und demissionierte. Er wurde sofort durch einen Strohmann, dem gegenwärtigen Präsidenten *de facto* von Haiti, Louis Borno, ersetzt und der Kontre-Admiral proklamierte für das ganze Gebiet von Haiti den Belagerungszustand, um jede Anwandlung von Widerstand zu brechen. Das 1915 proklamierte Standrecht ist heute noch in Kraft, da das Volk von Haiti nicht aufgehört hat, gegen diese verschleierte Kolonisierung zu protestieren.

Der Vertrag wurde unterzeichnet und genehmigt. Gewalt hatte über Recht den Sieg davongetragen.

In seinen Aussagen vor der Untersuchungskommission, die der Senat von Washington im Jahre 1921 ernannte, gestand Kontre-Admiral Carpenter schließlich, daß die Verhandlungen für den Abschluß eines Vertrages erst dann „Fortschritte" gemacht hätten, als er im „geeigneten Moment" einen militärischen Druck ausgeübt habe. Die amerikanischen Senatoren nahmen von dem Geständnis des ehemaligen Chefs der Expeditionskräfte Kenntnis, kündigten jedoch diesen einem schwachen Volke gewaltsam aufgezwungenen Vertrag nicht. Der Imperialismus hat schon die ganze gesetzliche Gewalt Nordamerikas mit seinem Geiste durchsetzt.

Nach Genehmigung des Vertrages wurden die Kammern vertagt, um gemäß den Vorschriften der Verfassung, am ersten Montag des Monats April wieder zusammenzutreten. Als aber an jenem Tage (am 5. April) die Deputierten und Senatoren das Regierungsgebäude betreten wollten, wurde ihnen der Eintritt durch amerikanische Offiziere verwehrt. Auf Befehl des Obersten Littleton W. Waller, dem Chef des Besatzungskorps, hatte die Regierung ein Dekret erlassen, das die gesetzgebenden Körperschaften als aufgelöst erklärte! Es war ein gewaltsames, mit Hilfe der amerikanischen Bajonette ausgeführtes Vorgehen. Die in Kraft stehende Gesetzgebung erlaubte auf keinen Fall die Auflösung irgend eines Zweiges der gesetzgebenden Ver-

sammlung. Die amerikanische Okkupation verfolgte jedoch dunkle Pläne und die Abgeordneten des Volks von Haiti schienen sich dafür nicht hergeben zu wollen.

Am 10. Januar 1917 fanden, kraft eines Dekretes,das die Konstitution vollständig umstürzte, neue Wahlen in die gesetzgebenden Körperschaften unter der effektiven Kontrolle amerikanischer Offiziere statt. Die Sitzungen der gesetzgebenden Körperschaften hatten kaum begonnen — es war im April 1917 — als Oberst Bailly-Blanchard, bevollmächtigter Gesandter der Vereinigten Staaten in Port-au-Prince der Nationalversammlung durch sein Sprachrohr, die Regierung, „obligatorische Vorschläge" unterbreiten ließ über die Abänderung der Verfassung, Vorschläge, die natürlich auf nichts anderes hinzielten, als der amerikanischen Kolonisierung noch weiter die Tore zu öffnen. Die Abgeordneten zogen jedoch nur das nationale Interesse in Betracht. Hierauf brach eines Tages der amerikanische Major Smedley Butler, Chef der Gendarmerie, Revolver in der Faust, in Begleitung amerikanischer Offiziere und eines Schwarms von Gendarmen mit aufgepflanztem Bajonett in den Palast der gesetzgebenden Versammlung ein und zerstreute *manu militari* die eben tagende Nationalversammlung. Dies ereignete sich im Juni 1917 als Oberst Eli K. Cole Chef der Besetzungstruppen war. Der Parlamentarismus wurde so in der demokratischen Republik Haiti für immer zerstört. Bis auf den heutigen Tag gibt es nichts, als die amerikanische Besetzung mitsamt Standrecht und die Marionette eines, dem hohen Kommissar in jeder Beziehung gehorsamen, Präsidenten.

Diese Lage entsprach sehr gut dem imperialistischen Geist des Yankees, aber sie war zu brutal für die scheinheilige Politik der Regierung von Washington, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert hatte. Man dachte daher seit 1918 daran, eine Karrikatur einer Nationalversammlung zu schaffen und ein Staatsrat wurde aufgestellt, der Gesetze geben sollte. Dieser aus 21 Individuen sich zusammensetzende, von den Amerikanern bestimmte und durch die Präsidenten-Marionette mit Vollmachten versehene Staatsrat registrierte ohne Diskussion alle durch die amerikanische Gesandtschaft ausgearbeiteten oder genehmigten Gesetze. Jedoch noch mehr als das. Dieser Staatsrat, der nur unter dem Schutz der amerikanischen Bajonette bestehen kann, hat sich auch das Recht angemaßt, die Staatspräsidenten zu ernennen. So ernannte er im Jahre 1922 Louis Borno zum Präsidenten der Republik, den gleichen Mann, den Kontre-Admiral Carpenter im Jahre 1915 zur Unterzeichnung des Vertrags zum Minister ernennen ließ, und den der Brigade-General Russell, der amerikanische Oberkommissar, im Jahre 1926 den Bewohnern Haitis für eine weitere Periode von 4 Jahren aufzwang. Dies rührt daher, daß es niemand gibt, der sich für die von der imperialistischen Regierung von Washington erträumte Kolonisierung besser verwenden ließe, als Borno. Es geht übrigens aus den zwischen der vorhergehenden Re-

gierung von Haiti und der französischen Regierung ausgetauschten Noten hervor, daß Louis Borno von einem Franzosen aus Guadaloupe abstammt und infolgedessen nicht zum Präsidenten der Republik Haiti gewählt werden könnte.

Wie wurde die Presse behandelt? Das außerordentliche Gericht verurteilte Journalisten für Geringfügigkeiten zu Strafen, die bis Zwangsarbeit gingen. Ein typisches Beispiel: Nach der gewaltsamen Auflösung der Kammern im Jahre 1917 bestellte der amerikanische Oberrichter die Direktoren aller Tageszeitungen von Port-au-Prince zu sich und teilte ihnen mit, daß es verboten sei, über diesen „Zwischenfall" zu schreiben.

Die Yankees versuchten jedoch, ihrem Imperialismus einen Anstrich von Anständigkeit zu geben. An Stelle ihres Standrechts wollten sie ein haitisches Gesetz, daß auch so drakonische Maßnahmen gegen die Presse in sich schließen sollte, ihnen aber erlauben würde, zu sagen, daß nicht die amerikanische Besetzung die Presse kneble, sondern die Regierung von Haiti. Mit seinem Präsidenten de facto und der Karrikatur von einem Staatsrate konnten sie ihren Wunsch verwirklichen.

In einer Proklamation, die Louis Borno anläßlich seiner Wahl zum Präsidenten erließ, drohte er der Presse mit dem Standgericht. Kurze Zeit nachher wurde ein Notar für einen im „Nouvelliste" von Port-au-Prince publizierten Artikel mitsamt den beiden Direktoren dieser Zeitung vom amerikanischen Standgericht verurteilt. Der Prozeß löste aber ebensoviel Lärm in den Vereinigten Staaten wie in Haiti selbst aus, sodaß von Washington der Befehl kam, die Leute zu befreien. Hierauf arbeitete der amerikanische Oberkommissar gemeinsam mit der Präsidentenmarionette einzigartige Gesetze gegen die Gedankenfreiheit aus, die dann vom Staatsrat bestätigt wurden. Im Einverständnis mit bestochenen, durch Louis Borno bestimmten Untersuchungsrichtern, wurde die Schutzhaft, die gefürchteste Waffe der amerikanischen Okkupation, gegen die Journalisten angewandt. Um nur ein Beispiel zu nennen: Louis Edouard Pouget, ehemaliger Senator und Minister, Chefredakteur der Zeitung „La Poste", wurde für angebliche Pressedelikte durch die Jahre 1922, 1923, 1924, 1925 und 1926 hindurch im ganzen zu 12 Monaten Schutzhaft verurteilt. Er erlangte jedoch nie die Gunst, durch ein reguläres Gericht abgeurteilt zu werden und mußte zuletzt auswandern.

Ich protestiere auf diesem Kongreß im Namen der patriotischen Union gegen das von der U. S. A. an der Republik Haiti ohne Kriegserklärung begangene Verbrechen.

Ich protestiere gegen den Vertrag und die politische Verfassung, die dem Volk von Haiti unter dem Druck amerikanischer Streitkräfte aufgezwungen wurden.

Ich protestiere gegen die gegenwärtig die Geschicke der Republik Haiti

leitende Regierung, die durch die Vertreter der Vereinigten Staaten mit Unterstützung einer Minderheit von Haitier gebildet wurde. Diese Minderheitsregierung wurde einer Mehrheit mit Hilfe amerikanischer Bajonette aufgezwungen.

Ich protestiere gegen die Ermordung von mehr als dreitausend Haitiern, die von den Yankee-Streitkräften im Verlaufe einer elfjährigen Besetzung niedergemacht wurden.

Schließlich wünscht die patriotische Union, daß der Kongreß an die ganze Welt einen stürmischen Protest erlasse, als einen Schrei nach Recht und Gerechtigkeit.

Bericht über die Behandlung der afrikanischen Neger

von

Josiah Tshangana Gumede (Süd-Afrika),

Delegierter des Afrikanischen Nationalkongresses.

Im Namen des Kongresses, den ich vertrete, möchte ich nachfolgende Übersicht über die Geschehnisse in Südafrika geben, um den Beweis zu führen, welche Unterdrückung die Neger seitens der Unionsregierung in Südafrika zu erleiden hatten, die wiederum nur ein Werkzeug in der Hand der Kapitalisten und imperialistischen Regierungen der Welt zur Enteignung des Landes ist, das den Negern gehört, zur Versklavung der gesamten Negerbevölkerung und zur schwersten Ausbeutung der Negerarbeit.

Im Jahre 1912 wurde der Südafrikanische Nationalkongreß der Eingeborenen gegründet, um den Kampf gegen die unerhörten Verhältnisse aufzunehmen. Im Jahre 1919 beschloß der Südafrikanische Konvent, über den niemals ein Bericht ans Licht der Öffentlichkeit gedrungen ist, die Eingeborenen ihrer Rechte und Privilegien, auf die sie Anspruch haben, zu berauben, und sie zu Fremden herabzuwerten, die keine Stimme in der Verwaltung ihres eigenen Landes haben. Mit dem Südafrikanischen Gesetzesakt von 1920 willfahrte Great, der dem Gesetz die königliche Genehmigung verschaffte, den Forderungen der Ansiedler, daß ein Neger nicht zu den Untertanen seiner Majestät in Südafrika gerechnet werden könne. Vergessen war das oberste Versprechen, daß die britische Flagge für Gerechtigkeit, Freiheit und "fair play" bürge. Parlament und Regierung wurden zum ausschließlichen Vorrecht der Europäer. Durch den Eingeborenen-Bodenerlaß von 1913 (Union) wurde den Negern der Ankauf und die Pachtung von Ländereien untersagt, die einst — vor der Besetzung und Eroberung, die allen Boden als Eigentum der britischen Krone anektierte, — ihr Eigentum

waren. Dies genügt zu beweisen, daß den Negern keinerlei Gerechtigkeit widerfuhr. Kraft des gleichen Parlamentserlasses wurde ein Absonderungs-System geschaffen, das schwer auf den Negern lastet. Die Neger wurden aller Freiheit und Unabhängigkeit beraubt; denn nach zahlreichen Parlamentsverfügungen dürfen sie ohne schriftliche Genehmigung des Magistrates weder ihren Distrikt verlassen, noch ohne besondere Magistratserlaubnis — bei Androhung von Gefängnis oder einer Geldbuße von L. 2,0,0 — Arbeit bei einem neuen Brotherrn annehmen. Kein Neger darf in den Städten nach 9 Uhr im Freien angetroffen werden. Nach einer anderen Verfügung müssen die Neger am äußersten Saum der Siedlungen in kleinen Katen wohnen oder sich selbst ihre kleinen Blockhütten errichten, und monatlich eine bestimmte Steuer an die Stadtgemeinde zahlen. In gewissen Fällen müssen sie eine festgelegte Pachtsumme pro Monat entrichten.

Im Jahre 1914 entsandte der Kongreß eine Deputation nach London, um jene Übelstände der britischen Regierung vorzutragen, nachdem sie von der Kolonialverwaltung keinerlei Abhilfe erfahren hatten. Dieser Deputation ward der Bescheid, daß die britische Regierung in Verwaltungsfragen einer selbstverwaltenden Kolonie nicht eingreifen dürfe. 1919 entsandten die Neger eine neue Deputation nach London, die aber mit dem gleichen Märchen abgespeist wurde und daraufhin eine Agitation in England ins Werk setzte. Jedoch scheiterte das Unternehmen völlig, und nur mit Hilfe einiger Freunde gelang es ihnen, nach Südafrika zurückzukehren.

Ermutigt durch die britische Regierung brachte die südafrikanische Regierung noch andere Parlamentsakte gegen die Farbigen durch, und noch weitere Gebiete des Reservatlandes, in das die Neger zurückgedrängt waren, wurden ihnen von der Regierung für Europäer entrissen. Ganze Scharen von Negern wurden von den öffentlichen Arbeiten der Regierung ausgeschlossen, um dafür armen und arbeitslosen Europäern Platz zu machen. Das Absperrungsgesetz gegen Farbige reserviert alle gelernte Arbeit, besonders in den Minen, dem weißen Arbeiter. Während der weiße Arbeiter 21/— (sh.) pro Tag erhält, wird der eingeborene Bergmann, der alle Schwerarbeit verrichtet, mit 2/— (sh.) pro Tag abgespeist. Augenblicklich liegen dem Lande vier neue Eingeborenen-Anträge des Premierministers der Südafrikanischen Union vor, in denen dieser das Parlament auffordert, die Neger in der Kap-Provinz des Bürgerrechtes, das sie seit 1854 ohne jeglichen Mißbrauch genossen haben, zu berauben. Er schlägt die Bildung eines Generalrates von Negern vor, das ein Scheinparlament vorstellen wird. Ferner zielt er darauf hin, zwischen Negern und Europäern einen Konkurrenzkampf um den Ankauf von Land hervorzurufen, das er eigens zu diesem Zwecke freigeben will. Auch dies ist nur ein erneuter Versuch, dem Neger den Weg zu versperren, sich nach den Bestimmungen des nationalen Landgesetzes von 1913 von einem anderen Neger Boden zu erwerben. Wie



Josiah Tshangana Gumede

Delegierter des Afrikanischen Nationalkongresses
Südafrika



kann der mit Füßen getretene und oftmals enttäuschte Neger mit dem weißen Manne, der für seine Arbeit hoch bezahlt wird, in Wettbewerb treten? Die Neger werden fast aller Menschenrechte beraubt. Nach den Bestimmungen des Eingeborenen-Land-Gesetzes, das über die Verteilung von Land entscheidet, erhielten $1\frac{1}{2}$ Millionen Europäer 260 Millionen Morgen Land, während $5\frac{1}{2}$ Millionen Eingeborenen nur 40 Millionen Morgen zugeteilt wurden. Eine weitere Eingeborenen-Vorlage, das „Aufruhr-Gesetz", ist in Vorbereitung, das jeder Agitation der Neger-Organisationen ein Ende bereiten will. Die Neger werden, ohne im Parlament vertreten zu sein, hoch besteuert.

Der Unterricht der Eingeborenen ist den Missionaren — neben einigen unzureichenden Zugeständnissen der Regierung — anvertraut. Der Unterricht der Europäer dagegen wird von der Regierung in die Hand genommen und von gut bezahlten Lehrkräften geleitet.

Wenden wir uns nun der Landarbeit zu: Die Ansiedler (squatters), die den europäischen Bauern entsprechen, erhalten kleine Stücke Landes zur Bebauung, die sie mit ihrer Arbeitskraft bezahlen. Einige Farmer bezahlen die Arbeit von erwachsenen Männern mit 20—30 sh. pro Monat, die von Frauen mit 10 sh., Mädchen mit 5 sh. und Knaben mit 15 sh. Gewisse Farmer brauchen die Neger auf ihrer Farm überhaupt nicht zu entlohnen, sie haben billigere Sklavenarbeit zur Verfügung als die der leibeigenen Sklaven, die 1834 emanzipiert wurden. Die Löhne in den Industriezentren betragen 2 sh. pro Tag, in den Städten 2—4 sh. Es ist nur zu offenbar, daß die Neger Südafrikas in Knechtschaft, Helotentum und wirtschaftlicher Versklavung leben.

Ich habe bereits die traurige Geschichte unserer Unterdrückung in Südafrika durch den Imperialismus berichtet. Unser Land wurde uns durch ein Annektions-System entrissen, das gleichbedeutend mit Konfiskation war. Langalibalele büßte sein Land ein, weil er die jungen Männer seines Stammes nicht dazu überreden konnte, der Regierung die Gewehre abzuliefern, die sie an Stelle von Lohn von den Weißen, besonders den Diamant-Kompanien, erhalten hatten. König Chetshway von den Zulus verwirkte sein Königreich, weil die Kapitalisten und die imperialistische Regierung in ihm eine Gefahr für die Kolonien der Weißen erblickten. Nachdem er aber von dem mächtigen britischen Heere besiegt war, durfte er in sein Land zurückkehren und erhielt die Versicherung, daß die Briten nicht die Absicht hätten, Zululand zu annektieren, sondern daß es den Zulus bleiben würde.

Zu unserem Entsetzen und unserer Enttäuschung mußten wir jedoch erleben, wie die fruchtbarsten Landstriche des Zululandes von der Regierung als Farmen für Europäer abgetrennt wurden. Den Negern in dem Oranje-Freistaat blieb nur ein kleines Stück Land im Harrysmith-Distrikt, das unter dem Namen Witzeishoek bekannt ist. Auch die Eingeborenen-Gebiete, die unter der Protektion der britischen Regierung stehen, schweben in Gefahr, der Südafrikanischen Union ausgeliefert zu werden. Swaziland ist bereits

zum Teil in ihren Besitz übergegangen. In dem Gefühl, daß die Südafrikanische Union nach dem großen Kriege zu hart vorging, reichten die Neger eine Petition an die britische Regierung ein, die deutschen Kolonien nicht der Südafrikanischen Union auszuliefern. Auch diese Bitte wurde wie viele andere übergangen. Jeder weiß, daß die Ansiedlungen der Kolonisten gemischten Blutes von Luftstreitkräften der Union bombardiert wurden. Obgleich der Völkerbund als Protektor auftreten soll, hat er keinen Schritt dagegen unternommen. Wenn ich behaupte, daß wir durch den Imperialismus, der von britischen Besatzungstruppen unterstützt wurde, unserer Ländereien, unserer Besitztümer beraubt wurden, so übertreibe ich die Wahrheit in keiner Weise. Die parlamentarischen Erlasse gegen unsere Farbe tragen die Unterschrift Seiner Majestät des Königs von England. Insgesamt sind wir zu der Stellung von Holzhackern und Wasserträgern erniedrigt.

Den Häuptlingen Sikukuni, Pefu und anderen widerfuhr ein ähnliches Schicksal wie Chetshway und Langalibalele. Wir warten und hoffen auf die endliche Befreiung. Möge dieser Kongreß nicht der letzte sein. Sollte dieser Kongreß sich zu einer dauernden Organisation entwickeln, so bitte ich sofort um Angliederung des Kongresses, den ich hier vertrete. Die Menschheit leidet unter der Peitsche und Folter des Imperialismus und Kapitalismus der Welt.

Der Delegierte des „American Negro Labor Congress" (Bund der Negerarbeiter Amerikas) und der „Universal Negro Improvement Association" (Allgemeiner Verband zur Verbesserung der Lage der Neger),

Richard B. Moore (U. S. A.).

erklärte:

Da die Zeit kurz ist und die wichtigsten historischen Tatsachen in bezug auf die Lage der Negervölker in der Resolution wiedergegeben sind, die ich Ihnen jetzt vorlegen werde, so will ich Ihre Aufmerksamkeit nur zwei Minuten in Anspruch nehmen, um Ihnen einige wichtige Seiten der Frage des Imperialismus aufzuzeigen.

Wir müssen klar erkennen, daß der Kampf gegen den Imperialismus in erster Linie einen unaufhörlichen Kampf gegen die imperialistische Ideologie bedeutet. Wir müssen gegen den Faschismus, gegen die Ku-Klux-Klan-Bewegung, gegen den Chauvinismus und gegen die Doktrin von der Überlegenheit der weißen Rasse kämpfen. Solange die europäischen Arbeiter noch mit diesen unseligen Ideen verseucht sind, wird es unmöglich sein, die Welt von dem Druck des Imperialismus zu befreien. Es ist deshalb unsere

Aufgabe, die Arbeiter darüber aufzuklären, daß die Tage, da sie eine privilegierte Stellung in den Mutterländern einnehmen, gezählt sind. Ihre Lebensbedingungen werden bald auf das Niveau der meist unterdrückten Kolonialvölker herabgedrückt werden. Um sich davor zu schützen, wird es für sie unumgänglich notwendig sein, sich mit diesen Völkern für einen gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu vereinigen.

Wir können von unseren Unterdrückern sehr viel lernen. Der Hauptvertreter in Amerika der Theorie der Überlegenheit der Weißen, Mister Lothrop Stoddard, veröffentlichte zwei Bücher, die, im Zusammenhang betrachtet, deutlich zeigen, wie diese imperialistischen Unterdrücker sowohl die Arbeiter im Mutterland, wie auch die Kolonialvölker, einschätzen. In „The Rising Tide of Colour" (die steigende Flut der Farbigen) versucht Mr. Stoddard zu beweisen, daß die Kämpfe der Kolonialvölker für ihre Befreiung eine Bedrohung der Zivilisation bedeuten; und in „The Revolt against Civilisation" (Aufstand gegen die Zivilisation) versucht er gleichfalls zu beweisen, daß die organisierte Arbeiterbewegung (Gewerkschaften, Sozialismus, Bolschewismus) ebenfalls die Zivilisation bedrohen. Wir wissen jedoch, daß die Zivilisation durch das Ungeheuer des Weltimperialismus bedroht wird, das alle Völker der Erde in seinen tödlichen Krallen zermalmt, und es ist unsere Pflicht, die europäischen Arbeiter mit den Arbeitern in den Kolonien für den gemeinsamen Kampf gegen dieses Ungeheuer zu vereinigen.

Die Imperialisten sind im Begriffe, einen neuen Weltkrieg heraufzubeschwören, einen schrecklichen Krieg, in welchem Rasse gegen Rasse kämpfen wird. Werden ihre Pläne nicht durchkreuzt, so gehen wir einer allgemeinen Verwüstung entgegen, neben welcher die des vergangenen europäischen Krieges verblassen wird. Die Volksmassen werden den Krieg mit Leiden und Tod bezahlen müssen. Es ist daher unsere Pflicht, dieses schreckliche Verhängnis, das wirklich die Zivilisation vernichten würde, zu verhüten. Wir müssen Hirn und Herz der Arbeiter und Völker erobern. Wir müssen sie für den Kampf gegen den Militarismus und Imperialismus und für den Endkampf der Weltbefreiung organisieren.

Heute wird der Neger verachtet und zurückgedrängt. Selbst in den weit fortgeschrittensten Gruppen der Arbeiterbewegung werden wir noch von vielen als minderwertig betrachtet. Ich muß Sie aber darauf aufmerksam machen, daß die Neger im nordamerikanischen Bürgerkrieg, in der großen Auseinandersetzung, in welcher die Sklaverei abgeschafft wurde, eine entscheidende Rolle spielten. Auch die englischen Arbeiter spielten in diesem Kampfe eine wichtige Rolle. Die Baumwollarbeiter Manchesters starben fast vor Hunger und organisierten doch unter der Führung von John Bright und Karl Marx Protestmeetings, wodurch Lord Palmerston verhindert wurde, im Süden einzugreifen. Das ist ein Beispiel von Einigkeit und Solidarität, das

für uns alle heute ein Ansporn ist. Wir müssen deshalb der Organisierung der Negermassen größere Aufmerksamkeit schenken; denn es ist möglich, daß, wenn der Ausgang des Kampfes der unterdrückten Klassen gegen die imperialistischen Ausbeuter in Frage steht, die verachteten Negervölker wiederum das Kleinod der Freiheit für das „Geschlecht der Freiheit" retten werden.

Und jetzt lege ich Ihnen folgende Resolution zugunsten der unterdrückten Negervölker der Welt zur Behandlung vor:

Gemeinsame Resolution über die Negerfrage.

Vorgeschlagen von der Negerdelegation.

Seit etwa 500 Jahren sind die Negervölker der ganzen Welt Opfer der grausamsten Unterdrückung. Der Sklavenhandel und die Anfänge des Kapitalismus sowie die gleichzeitige Expansionspolitik der europäischen Staaten haben eine terroristische Herrschaft über die Schwarzen und eine Ausbeutung der Negervölker zur Folge gehabt, die in der Geschichte der Menschheit ihresgleichen sucht. Als Resultat des Sklavenhandels verlor Afrika Millionen seiner Bevölkerung. Vier Fünftel der verfolgten Opfer des Sklavenhandels starben bereits bei der Gefangennahme durch bewaffnete Expeditionen oder auf dem Transport. Die Überlebenden wurden Sklaven in Amerika.

Die reichen Profite dieses gemeinen Handels haben die Macht des europäischen Handelskapitals und seiner Staaten begründet. Die Entwicklung der afrikanischen Völker wurde gewaltsam unterbrochen. Ihre Zivilisation, die in verschiedenen Teilen des afrikanischen Kontinents hoch entwickelt war, wurde zerstört. Dann wurden die Neger zu unzivilisierten Wilden und einer niedrig stehenden Rasse erklärt, die durch den christlichen Gott zum Sklaven des höher stehenden Europäers bestimmt sei. Es entstand ein feindliches und grausames Vorurteil gegen die Negerrasse. Ein Vorurteil, das heute noch die Gefühle der Europäer beherrscht, und zahlreiche herabwürdigende und schandbare Handlungen zur Folge hatte und noch hat. Die Aufhebung der niedrigsten Formen der Sklaverei hat die Negervölker nicht befreit von dem Zustand, in dem sie faktisch als persönliches Eigentum, als dienende Rasse, als Ausbeutungsobjekt betrachtet werden, und in dem ihre systematische Ausrottung ungehemmt weitergeht.

Diese Unterdrückung wurde durch die Gier der europäischen Mächte nach afrikanischen Territorien, besonders zwischen 1880 und 1890, bedeutend verschärft.

Die Gier wurde durch das Bedürfnis des Finanzkapitals hervorgerufen, seine Reserven in den Industrien und Rohmaterialien der Kolonien anzulegen, und eine Industrialisierung einzuleiten, die sich seitdem auch stark entwickelt hat. Das Finanzkapital verband sich mit dem Industriekapital zu Kolonialabenteuer. Die afrikanischen Staaten sind durch Überlistung und offene Gewalt niedergerungen worden. Das Land und die Habe der Bevölkerung wurde an europäische Handelsgesellschaften und Einzelpersonen verteilt. Die Bevölkerung wurde durch die brutalsten und unmenschlichsten Produktionsmethoden gezwungen, ungeheure Reichtümer für ihre Unterdrücker hervorzubringen.

Eine Folge dieser Unterdrückung waren auch jene Seuchen, die die Bevölkerung und den Viehstand heimsuchten. — Welch ungeheure Ernte der Tod durch die Kolonisationstätigkeit der imperialistischen Mächte hielt, kann man daraus ersehen, daß das Afrika der fruchtbaren und sich rasch vermehrenden Völker heute weniger bevölkert ist als alle anderen Kontinente der Welt. Das ist der große Segen des Christentums und der Zivilisation, die man den Afrikanern angedeihen ließ.

So kommt es, daß in dem Riesenkontinent von 30 Millionen qkm nur zwei kleine Staaten, Abessinien und Liberia formell unabhängig sind. Der erste ist aber gegenwärtig durch den anglo-italienischen Vertrag, der zweite durch die Überantwortung seines gesamten Zoll- und Polizeiwesens an die Amerikaner bedroht. Diese Konzession wurde

nämlich einem großen Trust der Wallstreet zugebilligt, und man kann daher Liberia kaum als einen wirklich selbständigen Staat ansehen Die Enteignung des Landes, die Ausrottung der Völker wurde besonders hemmungslos in Kenya und im Sudan durchgeführt. Damit wollten die Imperialisten ihren Dank den afrikanischen Völkern ausdrücken, die sie während des großen Krieges, der angeblich für die Demokratie und die Rechte der schwächeren Nationen geführt wurde, verbrecherisch hingeopfert haben.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in der südafrikanischen Union, wo das „Colour Bar Bill" den Eingeborenen die Arbeit in den Werkstätten und in der Verwaltung verbietet und das Elend der Bevölkerung, das durch frühere Gesetze bereits verschärft war, noch intensiver gestaltet hat.

Überall auf dem afrikanischen Kontinent mit Ausnahme einer kleinen Fläche an der Westküste, wo man den Negern Land und Sitten gelassen hat, herrscht die grausame Unterdrückung des fremden Imperialismus. Die Produktion dieser kleinen Bevölkerung ist jedoch achtmal intensiver als die der Nachbargebiete, die im Besitz der Europäer sind. Dadurch wird einwandfrei bewiesen, daß das System der modernen Sklaverei die Entwicklung der Eingeborenen hemmt.

In den Vereinigten Staaten gibt es 12 Millionen Neger, deren Gleichberechtigung durch die Verfassung garantiert wird, und denen es trotzdem nicht möglich ist, sich am politischen und öffentlichen Leben der Nation zu beteiligen. Die Unterdrückung ist besonders hart in den Südstaaten, wo der Geist der alten Tyrannei noch weiter existiert. Verbannungen, Versklavung, gesetzliche Ungerechtigkeiten, Verschuldung und Lynchjustiz bringen Erniedrigung und Vernichtung über diese Negerbevölkerung. Durch dieses System der Unterdrückung will man aus der Negerrasse eine niedere Kaste schaffen, die durch alle anderen Klassen der Gesellschaft versklavt und ausgebeutet werden darf.

Die Republik Haiti, die durch den Heroismus von Toussaint L'Ouverture und seiner Kameraden geschaffen wurde, ist heute versklavt und vernichtet durch jene Macht, die den „Krieg für die Demokratie" eingeleitet hatte. Tausende der Bürger von Haiti sind dem Landungskorps der Vereinigten Staaten zum Opfer gefallen, und Abertausende sind zu Zwangsarbeit und zur Schaffung militärischer Transportstraßen mobilisiert worden. Man hat sie ihrer Freiheit und ihres Landes beraubt. Viele sind eingekerkert und gefoltert worden, weil sie es wagten, in Wort und Schrift das Recht der nationalen Unabhängigkeit zu verfechten.

In den Karibischen Kolonien wurden die Neger auch von den verschiedenen Formen des Imperialismus heimgesucht. Sklaverei und Elend herrschen hier ständig.

In Latein-Amerika haben die Neger über keine Rassenvorurteile zu klagen. Die soziale und politische Gleichstellung und die herzlichen Beziehungen, die unter den verschiedenen Rassen dieser Länder herrschen, beweisen, daß der Gegensatz keinen natürlichen Ursprung hat.

Wir fordern die volle politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit für die Republiken Haiti, Kuba und Santo Domingo, wie die Freiheit der Völker von Porte Rico und der Virgin Islands.

Wir fordern die sofortige Zurückziehung der imperialistischen Truppen aus diesen Ländern.

Wir fordern Unabhängigkeit für die Kolonien der Karibischen Region.

Der Bund der Westindischen Inseln und der Bund aller Völker der Welt muß geschaffen werden.

Um die Befreiung der Negerrasse der ganzen Welt zu erkämpfen, muß die Bewegung sich mit aller Energie für folgende Forderungen einsetzen.

Forderungen:

1. Volle Freiheit den afrikanischen Völkern und den Völkern afrikanischen Ursprungs;
2. Gleichstellung der Negerrasse mit allen anderen Rassen;
3. die Besitzergreifung des afrikanischen Bodens und der Verwaltung Afrikas durch die Afrikaner;
4. die sofortige Aufhebung der Zwangsarbeit und der indirekten Steuern;
5. die Aufhebung aller Rassen- und Klassenunterschiede in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht;

6. Aufhebung der militärischen Dienstpflicht;
7. Verkehrsfreiheit im Innern Afrikas und an den afrikanischen Küsten;
8. Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit;
9. Anerkennung des Rechtes auf Ausbildung in allen Lehranstalten;
10. Anerkennung des Rechts auf gewerkschaftliche Organisierung.

Einzuleitende Maßnahmen:

1. Die wirtschaftliche und politische Organisierung der Völker;
   a) Organisierung der Negerarbeiter,
   b) Organisierung der Genossenschaften;
2. Kampf gegen die imperialistische Ideologie;
   a) Propaganda gegen Chauvinismus, Faschismus, Ku-Klux-Klan und Rassenvorurteile,
   b) Zulassung der farbigen Arbeiter zu den Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen auf Grundlage der Gleichberechtigung;
3. Organisation einer Bewegung zur Befreiung der Negerrasse;
4. Herstellung einer Einheitsfront mit anderen Völkern und den unterdrückten Klassen zu gemeinsamem Kampf gegen den Imperialismus.

VIII.

Der Kampf um Indonesiens Unabhängigkeit.

Der Vorsitzende der „Perhimpoenan Indonesia" (Vereinigung der National-Parteien Indonesiens),

Mohamed Hatta (Java),

schildert das Schicksal seines Landes unter dem holländischen Imperialismus:

Als Delegierter der „Perhimpoenan Indonesia" überbringe ich Euch die Grüße des indonesischen Volkes, das diesen Kongreß mit Ungeduld erwartet hat. Ein Kongreß gegen die koloniale Unterdrückung heißt in Wirklichkeit ein Kongreß gegen das Kolonialsystem, denn die koloniale Unterdrückung ist mit dem Kolonialsystem unzertrennlich verbunden.

Mit Indonesien wird der Sunda-Archipel bezeichnet, der sich aus Java, Sumatra, Borneo, Celebes und einer Anzahl kleinerer Inseln mit einer Bevölkerung von 50 Millionen zusammensetzt. Dieses Inselgebiet, das sich zwischen zwei Kontinenten — Asien und Australien —, zwischen dem Indischen und Pazifischen Ozean befindet, und sich über den achten Teil des Äquatorialkreises ausbreitet, ist der natürliche Handelsplatz und die Zwischenstation zu allen Ländern, die es umgeben. Durch seine geographisch-wirtschaftliche Lage ist Indonesien dazu bestimmt, eine wichtige Rolle in der Welt zu spielen. Aber die Wichtigkeit von Indonesien beruht nicht nur auf seiner wirtschaftlichen und geographischen Lage, sie beruht vor allem auch auf dem ungeheuren Reichtum an Naturprodukten. Indonesien ist ein produzierendes und exportierendes Land im wahrsten Sinne des Wortes. Seine Ausfuhr beläuft sich auf ungefähr 2 Milliarden Gulden jährlich, und jährlich übergibt Indonesien der Weltgemeinschaft einen mittleren Mehrwert von 500 Millionen Gulden. Diese ungeheuren Reichtümer sind die Ursache der Versklavung Indonesiens durch die Niederlande.

Als nach dem Niedergang des glorreichen Kaiserreiches von Madjapahit der Islam in Indonesien eindrang, begann von neuem eine Periode des großen Wohlstandes und eines aktiven Handels. Aber diese Periode war nicht von langer Dauer. Ende des 15. Jahrhunderts erschienen die Weißen, zuerst die Portugiesen und die Spanier, die auf der Suche nach Spezereien (Gewürzen)

kamen. Diese Produkte hauptsächlich, seit langem die Hauptquelle des Reichtums und Wohlstandes von Indonesien, sind die Ursache seiner Versklavung geworden. Es war die Ostindische Kompagnie, die kurz nach den Spaniern und Portugiesen nach Indonesien kam, die den Grundstock für den holländischen Kolonialstaat im Osten abgegeben hat. Sie wurde im Jahre 1602 gegründet und hatte das Monopol für den Handel in den Ländern östlich des Kaps der Guten Hoffnung bis zur Meerenge von Magellan. Nachdem sie über die Spanier und Portugiesen den Sieg davongetragen und die indonesische Schiffahrt zerstört hatte, besaß die Ostindische Kompagnie die absolute Macht in den Gewässern des Sunda-Archipel.

Ihr ursprünglicher Zweck bestand darin, friedlich Handel zu treiben, doch änderte sich ihr Charakter bald und nahm kämpferische Formen an. Mit ihrer Politik des „Teile und Herrsche" gelang es ihr in kurzer Zeit, ihre Macht über einen großen Teil Indonesiens auszudehnen. Wir sehen, wie der Weiße seinen Fuß auf die Erde setzt und so die Menschenrechte in den Schmutz tritt. Trotzdem behielt Atjeh lange Zeit seine glorreiche und gefürchtete Stellung. Selbst in der Periode der wirksamsten Demonstrationen ihrer militärischen Kräfte getraute sich die Ostindische Kompagnie nicht, Atjeh direkt anzugreifen. Da sie jedoch heiß den Ruin dieses Reiches herbeiwünschte, so versuchte sie es auf dem Wege der Diplomatie. Der übrige Teil von Indonesien wurde durch Gewalt unterworfen. Der heftige Wunsch, sich der Gewürze zu bemächtigen, bewog die Kompagnie zu einer listigen und gewalttätigen Politik. Um ihre Monopolstellung beizubehalten, entschloß sie sich zynisch, fruchtbare Gebiete zu zerstören. Die Bevölkerung selbst wurde gezwungen, diese Handlung der Ausrottung zu vollziehen. Schon in dem ersten Teil des 17. Jahrhunderts fand man auf der ganzen Insel von Banda keine Abkömmlinge der Bewohner mehr, die ehemals so glücklich und wohlhabend waren. Die eingeborene Bevölkerung war bis auf den letzten Mann erschlagen oder in wüste Gegenden deportiert worden, wo sie der Tod von dem schrecklichen Schicksal befreite.

Die Kultur der Gewürznelken und der Muskatnüsse wurde auf einige, durch die Kompagnie selbst bezeichnete Inseln beschränkt. Die Muskatnußgehölze wurden einigen Verwandten der Dienstleute der Kompagnie als Eigentum gegeben, die hierauf die Gewürznelken mit Hilfe von Sklaven aus Celebes, Timor und anderen Inseln anbauten. Die Molukken, die ehemals so reich waren, sind jetzt durch diesen Vandalismus eine sehr arme Kolonie geworden. Sie gehören heute zu dem ärmsten Teil von Indonesien.

Dank ihrem Monopol und der Zwangskultur, gelang es der Kompagnie, hunderte von Millionen Profite zu machen. Ihr Gewinn stieg jährlich um mehr als 100 %, während der Preis ihrer Aktien bis auf 1080 % des Nominalwertes stiegen. Bereichert durch die Millioneneinnahmen der Kolonie, waren die Holländer imstande, ihren Handel und ihre Schiffahrt in Europa

beträchtlich zu vermehren. Auch ihre Städte konnten die Holländer infolge dieser gestohlenen Reichtümer ausdehnen.

Aber der durch die Energie der anderen erworbene Reichtum ist die stärkste Ursache der Dekadenz und der Demoralisation. Die unbegrenzte Begierde, die nach und nach bei den hohen wie bei den niederen Funktionären allgemein wurde, war die Ursache der moralischen Korruption. Ihre eigenen Funktionäre nagten wie Parasiten am Körper der „berühmten" Kompagnie und dieser Korruption hat die verbriefte Kompagnie ihr natürliches Ende zu verdanken.

Als die Niederlande Erben der Ostindischen Kompagnie wurden, hielten sie treu deren alte Tradition der Zwangskultur aufrecht. Das einzige Motiv, das schwer in die Wage der Kolonialpolitik drückte, war, daß die Kolonie im Dienste des Mutterlandes sein müsse.

Die Krise der holländischen Finanzen war die unmittelbare Ursache davon. Ein Zustrom von Millionen Gulden sollte von Indonesien kommen, um den Wohlstand des Mutterlandes zu begünstigen. Und um denselben zu erwerben, mußte die alte Zwangskultur fortgesetzt werden. Der König Wilhelm I. hatte das Glück, in der Person des van den Bosch den Mann zu finden, dessen er zur Ausführung dieser Aufgabe bedurfte. Derselbe reiste im Jahre 1830 als Generalgouverneur nach Indonesien und führte dort das berüchtigte System ein, dessen unbarmherzige Ausführung der indonesischen Bevölkerung außerordentlich schädlich war: dasjenige der Zwangskulturen.

Die Regierung verfügte nicht nur über die Energie der eingeborenen Bevölkerung für die Zucker-, Indigo- und Kaffeeplantagen, sondern beutete sie auch dermaßen aus, daß sie physisch fast vollständig zugrunde ging. Jahre hindurch wurden die Indonesier gezwungen, ohne Bezahlung für die Regierung zu arbeiten. Sie hatten nicht einmal die notwendige Zeit für den Anbau ihrer Reisfelder. Außerdem waren die erdrückenden Steuern, die sie kaum bezahlen konnten. Die Beamten, die sich in der Ausbeutung der Bevölkerung am geschicktesten zeigten, wurden mit Geld und guten Positionen belohnt.

Die Menschen, die unter solchen Umständen nicht mehr die freie Verfügung über ihre Energie und die Früchte ihrer Arbeit hatten, befanden sich tatsächlich in einem Zustande von Sklaverei. 800 000 Familien, die zusammen eine Einheit von 4 Millionen Seelen darstellten, wurde für Anbauarbeiten benutzt, so daß die Hälfte der Insel Java in eine Sklavenkolonie verwandelt wurde.

Die unheilvollen Folgen dieses unmoralischen und unmenschlichen Regimes wurden bald fühlbar. Einzig in der Nachbarschaft von Semerang starben von Monat Oktober 1849 bis Monat März 1850 mehr als 100 000 Männer, Frauen und Kinder des Hungers. Sie hatten nicht mehr die Möglichkeit, ihre Reisfelder zu bebauen. Während in diesem, durch die

Natur so begünstigtem Land, Zehntausende von Menschen des Hungers und Elends starben, flossen jährlich Millionen von Gulden von Indonesien nach Holland. Von 1840 bis 1875 war der Totalertrag 781 Millionen Gulden, von welchen $^7/_9$ den Kaffeekulturen entstammten. Es war dieses noch nie dagewesene Elend des indonesischen Volkes, das Holland die Augen über das verbrecherische und unmoralische System der Zwangskulturen öffnete. Aber es gab einen anderen Grund, der dazu bestimmte, dieses System aufzugeben. Es war die günstige Perspektive der Finanzen. Durch den genügenden Zufluß von Überschüssen, die jährlich von Indonesien abgingen, war die finanzielle Lage Hollands schon seit langer Zeit geregelt. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so wäre das System der Zwangskulturen zweifelsohne beibehalten worden.

Ein holländischer Ökonom, van den Berg, Expräsident der Bank von Java, berechnete, daß das Total der Überschüsse 800 Millionen Gulden betrug.

Im Jahre 1870 wurde ein Gesetzentwurf des Ministers de Waal verwirklicht, der diesem schrecklichen System ein Ende machte. Trotzdem darf man denselben nicht als einen Versuch betrachten, die ökonomische und soziale Lage des indonesischen Volkes zu verbessern. Denn dieses Gesetz hatte die Tendenz, der Privatinitiative für die Ausbeutung der reichen ökonomischen Quellen der Kolonie freien Lauf zu lassen. Für das indonesische Volk, das moralisch und physisch geschwächt war, bedeutete das Aufgeben der Politik der Zwangskulturen nichts anderes als einen Wechsel des Ausbeuters. Anstatt die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung zu verbessern, lieferte die Regierung dieselbe dem Großkapital aus. Der rasche Einbruch des Großkapitals hat die sozialen Bande zerrissen, ohne neue zu schaffen. Es hat die Schwachheiten bloßgelegt, ohne neue Kräfte hervorzurufen, und übte dadurch einen demoralisierenden Einfluß aus. In der kurzen Periode von 1915 bis 1920 betrug der Überschuß der Ausfuhr von Indonesien 3,3 Milliarden Gulden, von welchen mehr als 2 Milliarden reine Kriegsgewinne darstellten, während $1^1/_4$ Milliarde Gewinne aus den Zuckerkulturen waren. Milliarden von Gulden verließen Indonesien, während das Land selbst eine Krise durchmachte, und das indonesische Volk von Hunger gequält wurde. Wäre dieses Kapital im Lande selbst verwendet worden, so wäre Indonesien nicht den schlimmsten menschlichen Kalamitäten ausgeliefert gewesen.

Betrachten wir nunmehr, was Holland der indonesischen Bevölkerung als Gegenwert gegeben hat für die Erträge, welche das Land, und für die Arbeitskraft, welche das indonesische Volk hergab. Die Holländer machen auf verschiedene Weise im Auslande Propaganda, um Glauben zu machen, daß die holländische Kolonisation für Indonesien glückbringend sei.

Was ist davon Wirklichkeit? Die holländische Herrschaft über Indonesien hatte die Proletarisierung der indonesischen Gesellschaft zum Resultat. Die

soziale und nationale Struktur ist durch die Herrschaft des Großkapitals, das als natürlichen Wächter die Kolonialregierung hat, entartet.

Es gibt in Indonesien keine soziale Gesetzgebung, die die Arbeiter vor der Ausbeutung durch die mächtigen kapitalistischen Unternehmer schützt. Die Arbeiter verdienen Hungerlöhne. Der mittlere Tagelohn beträgt 50 Cent und ist zu wenig, um einen Arbeiter mit seiner Familie zu ernähren. Diese sind daher einem physischen Zerfall unterworfen. Durch das Streikverbot haben die Arbeiter kein Mittel, ihr elendes Schicksal zu verbessern. Weit davon entfernt, die Arbeiter zu beschützen, hat die Kolonialregierung das System der sogenannten Strafvollziehung eingeführt, das eigentlich wieder zur Sklaverei zurückführt. Der Vertrag zwischen dem Unternehmer und den Arbeitern ist strafgesetzlich sanktioniert. Man hat allerlei Mittel benutzt, wie z. B. die Begünstigung der Glücksspiele, für welche Vorschüsse gegeben wurden, um nachher die Männer zu zwingen, einen Arbeitsvertrag für mehrere Jahre zu unterschreiben. Die Bauern mit Grundbesitz, die ihre Länder der Zuckerindustrie verpachten, befinden sich in keiner besseren Lage. Sie erhalten für die Vermietung ihrer Ländereien weniger als die Produkte wert wären, die sie bei eigener Bebauung der Erde erhalten würden. (Manchmal kaum die Hälfte.) Durch List und versteckten Zwang werden sie gezwungen, ihre Ländereien abzugeben. Die Kolonialregierung ist dafür verantwortlich, daß die indonesischen Massen in die größte Not geraten sind. Aber noch mehr. Trotz dem steigenden Elend der Bevölkerung wurden die erdrückenden Steuern fortwährend vermehrt. Dies bezieht sich vor allem auf die Periode des Generalgouverneurs Fock (1921—1926).

Die öffentliche Hygiene, eine der Bedingungen des nationalen Wohlergehens, wird schändlich vernachlässigt.

Die elenden Wohnverhältnisse in den Kampongs (Volksquartiere) übersteigen jede Beschreibung. Ein großer Teil des Volkes wird durch eine schreckliche Armut gezwungen, in Löchern zu hausen, wo er allen Arten von Krankheiten ausgeliefert ist. Selbst im Zentrum von Batavia gibt es, trotz des Bestehens eines Gemeinderates, Quartiere, die nur aus zerfallenen Wohnungen bestehen, und die selbst drei Tage nach dem Regen überschwemmt bleiben.

Der Unterricht ist in dem gleichen erbärmlichen Zustande wie die Wohnverhältnisse. Trotz einer Herrschaft von mehr als 300 Jahren gibt es in Indonesien noch nahezu 95% Analphabeten. Das alte indonesische Erziehungssystem wurde zerstört, ohne durch ein anderes genügend ersetzt zu werden.

Vor dem Einbruch der Holländer konnte die Mehrzahl der Indonesier lesen und schreiben. Die verbriefte Kompagnie hat dem ein Ende gemacht. Bis 1858 war im Budget der Kolonie kein einziger Pfennig für den Unterricht der Eingeborenen vorgesehen, obwohl Indonesien jährlich dem hol-

ländischen Schatzamt Millionen von Gulden überwies. Später, als man für die Ausbeutung der Naturreichtümer geschulte und billige Arbeitskräfte benötigte, befaßte man sich mit dem praktischen Unterricht. Die Kolonialregierung bestimmt für die indonesischen Kinder jährlich nur 18 Millionen Gulden, d. h., auf den Kopf einer Bevölkerung von ungefähr 50 Millionen ca. 1/3 Gulden, für die Erziehung der Europäer hingegen reserviert sie ungefähr 11 Millionen Gulden, d. h., bei ungefähr 150000 Europäern ca. 73 Gulden pro Person. Man darf jedoch nicht vergessen, daß der größte Teil der Volkserziehung nicht durch die Regierung bezahlt wird. Das ist alles, was die „Apostel der Zivilisation" für die Kolonialuntertanen getan haben. Und das ist alles, was sie uns „geistig profitieren" ließen, alles, was von der sogenannten „guten" Kolonisation übrigbleibt. Diesen mageren Resultaten hat sich noch etwas Lächerliches beigefügt. Seit den letzten Jahren hat die Kolonialregierung eine übertriebene Tendenz, Ersparnisse zu machen, gezeigt, durch welche die wichtigsten Interessen des Volkes benachteiligt werden, beispielsweise der Unterricht, die öffentliche Hygiene und der Ackerbau. Andererseits werden die Armee und Marine vermehrt. Die Steuern sind unerträglich schwer.

Das sind die Resultate von mehr als 300 Jahren holländischer Kolonialverwaltung in Indonesien.

Was wird für die politische Erziehung des unterdrückten Volkes getan? Man darf ruhig sagen, daß in dem holländischen Kolonialsystem für die Jdee, ein kolonisiertes Volk zur Unabhängigkeit zu erziehen, kein Platz ist. Das herrschende Prinzip ist, um jeden Preis die Kolonie zu halten, weil sie die Grundlage für den Wohlstand Hollands bedeutet. Man erklärt deshalb nie, daß die Kolonie für die Autonomie reif sei.

Welches sind die Mittel, die die Herrscher anwenden, um ihre Autorität in der Kolonie aufrechtzuerhalten? Wenn wir die Beziehungen der Kolonialpolitik analysieren, so sehen wir, daß die Gewalt das Hauptmittel zu deren Aufrechterhaltung ist. Das holländische Kolonialsystem setzt sich fortwährend über die demokratische Idee hinweg. Bis 1854 wurde Indonesien einzig mit der brutalen Gewalt regiert, aber als später diese Politik nicht mehr den Erwartungen entsprach und man die Kontrolle der fremden Mächte befürchtete, begann eine neue Periode, während welcher die Behörden ihre Stütze im Gesetz suchten. Es war die Periode der sogenannten Regierungsverordnungen, d. h., es gab ein organisches Gesetz über die Kolonialverwaltung, das nur ein Bluff war. Mit dieser Regierungsverordnung als Basis der Kolonialregierung verwandelte man Indonesien nicht in einen modernen Staat. Die Regierungsverordnung ist einfach der Ausdruck des Willens der Herrschenden. Das indonesische Volk konnte derselben nichts gegenüberstellen. So sind die Gesetze in Indonesien nichts anderes, als ein Mittel, die Autorität aufrechtzuerhalten. Ein Mittel, um im voraus jeden Versuch eines

Widerstandes gegen die unerträgliche Autorität zu ersticken. Natürlich hat in den ersten Etappen der sogenannten gesetzlichen Periode die Bevölkerung keinerlei Recht, an der Verwaltung des Landes teilzunehmen und seine eigenen Interessen selbst zu ordnen. Es war in Artikel III der Regierungsverordnung sogar formell vorgeschrieben, daß alle Versammlungen politischer Verbände verboten seien, und um so mehr noch die Beteiligung an der Regierung. Diese Verfügung wurde bis 1915 aufrechterhalten. Ein holländischer Professor hat behauptet, daß dieses Verbot von Versammlungen und Verbänden sich auf die Idee stütze, daß eine Teilnahme des Volkes nicht erwünscht sei, da einzig die Beamtenschaft über die Forderung von öffentlichem Interesse zu urteilen habe.

Die Zensur ist eines der wichtigsten Mittel, um jeden Protest gegen die Mißbräuche der Beamtenschaft zu ersticken, da man sehr wohl weiß, daß ein Protest in der Presse die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf sich ziehen würde, was dem holländischen Prestige in der Welt schaden könnte. Die Justiz selbst ist in Indonesien nicht unparteiisch. Psychologisch versteht man das sehr wohl, da über ein unterdrücktes Volk geurteilt werden muß, das auch anderer Rasse, und mehr oder weniger dem Inhaber der Macht feindselig gegenübersteht. Aus den Kolonialbeziehungen kann nichts anderes hervorgehen als eine Rassenjustiz, die mehr der Gewalt als dem Recht dient. Wir sind jedoch noch nicht an dem Ende unserer kurzen Aufzählung der Regierungswillkür angelangt.

Wo die Justiz nicht eingreifen kann, macht sich die Macht der Autorität geltend. Der Generalgouverneur besitzt sogenannte „Ausnahmerechte", nach welchen er jede Person, die er als für die öffentliche Ordnung gefährlich, in unbewohnte Gegenden deportieren kann, selbst wenn sie keinerlei Vergehen begangen haben, und deshalb kein Grund für den Richter besteht, sie zu verurteilen. Man kann sich in einer organisierten Gesellschaft kaum eine größere Willkür vorstellen.

Aber das getäuschte indonesische Volk, nachdem es gequält worden ist, rafft sich wieder auf und begibt sich instinktiv auf den guten Weg. Es reklamiert energisch seine Rechte! Trotz des Versammlungsverbots entstand schon im Jahre 1908 eine nationale Bewegung. 1912 wurde die Idee eines freien Vaterlandes von der damaligen Vereinigung „Insulinde" klar verkündet. Seitdem ist der Wunsch nach einem unabhängigen Indonesien unsterblich geworden. Künftig ist es unmöglich, das rasche Wachstum der nationalen Bewegung aufzuhalten. Weder die Verhaftungen einiger Führer, noch die Verbannung von drei eminenten Führern der Partei „Insulinde", die gegen die Feier der hundertjährigen Unabhängigkeit Hollands in dem unterdrückten Indonesien protestierten, können die Fortschritte des Erwachens brechen. Jede entstehende nationale Bewegung sucht in ihren Anfängen mit den Herrschenden zusammen zu arbeiten, was auch bei der indo-

nesischen Nationalbewegung der Fall war, die für das Volk eine Teilnahme an der Verwaltung des Landes mittels eines Parlamentes verlangten.

Gegen das Ende der Kriegsjahre zeigte sich in ganz Europa das Gespenst der Revolution. Auch Holland drohte eine sozialistische Revolution. Und die Kolonialregierung beurteilte es als weise, den gemäßigten Forderungen der indonesischen Nationalbewegung nachzugeben. Der Generalgouverneur, van Limburg-Stirum, war der Wortführer der Regierung. Er gab 1918 in ihrem Namen das berühmte Versprechen ab, das ein Programm politischer Reformen in sich schloß. Das indonesische Volk glaubte an den guten Willen der Herrschenden. Es glaubte auch an die Verwirklichung des modernen Evangeliums Wilsons über das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Aber der Glaube eines unterdrückten Volkes ist ein kindlicher und paßt schlecht in den Rahmen der modernen Politik. Weit davon entfernt, das zu erfüllen, was man feierlich versprochen hatte, schuf man ein neues Kolonialregime mit stark reaktionären Tendenzen. Dem liberalen Generalgouverneur van Limburg-Stirum folgte Herr Fock, ein Symbol der despotischen Autorität. Während seiner Regierungszeit von 1921—1926 herrschte bei uns der vollständige Terror.

Hierauf erfolgte ein Zusammenstoß zwischen der Regierung und dem Volk, das im übrigen durch einen Rassenunterschied gegenüber dem Inhaber der Macht getrennt war. Im indonesischen Volke herrschte der unbezähmbare Drang nach einem freien Vaterlande, und es gibt keine Kraft, die stark genug wäre, um diesen Drang zu zerstören. Das Volk, Opfer seiner Leichtgläubigkeit, brachte gegen die Herrschenden ein absolutes Mißtrauen zum Ausdruck. So begann die Periode der *Politik der „non-coopération“*. Von nun an versuchte das indonesische Volk sein Ziel zu verwirklichen, indem es sich auf eigene Mittel stützte. Da die Regierung in dieser Haltung eine Gefahr für ihr Prestige sah, bekämpfte sie sie durch den Terrorismus, anstatt den Wünschen des Volkes nachzugeben. Der Terror der Regierung stößt die nationale Bewegung mehr und mehr auf revolutionäre Wege.

Unter der Maske der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung wurde die Aktion der Gewerkschaft der Zuckerarbeiter durch Aufhebung des Versammlungsrechtes in den politischen industriellen Zentren sabotiert.

Als die Gewerkschaft der Eisenbahner drohte, zur Unterstützung der Forderungen der Zuckerarbeiter den Streik zu erklären, wurde der Hauptführer der Eisenbahner nach dem Artikel des Strafgesetzes wegen „Aufforderung zum Aufruhr“, in Anbetracht der Aufforderung zum Streik, verhaftet.

Inzwischen machte sich die Gesetzesmaschine der Regierung an die Arbeit und schuf den berüchtigten Artikel 161 des Strafgesetzes, der einfach jeden Streik verbietet. So verblieb der Bevölkerung keine Möglichkeit, sich politisch oder wirtschaftlich zu organisieren.

Die Regierungsmaßnahmen führten in der Praxis zu einem vollständigen Verbot des Versammlungsrechtes. Theoretisch gab es nur eine örtliche Aufhebung dieses Rechtes. Aber dort, wo die Versammlungen nicht verboten waren, wurden die Teilnehmer grundlos durch die Polizei zerstreut. Sie zögerte nicht, mit Feuer und Schwert gegen diejenigen vorzugehen, die Miene machten, Widerstand zu leisten oder zu protestieren. Die privaten Zusammenkünfte waren nicht sicherer. Die Spione der Regierung drangen selbst in die intimsten Zusammenkünfte und spähten wie Geier nach Beute aus. Es wird nicht notwendig sein, zu sagen, daß sich unter diesen Umständen die nationale Bewegung in eine unterirdische Aktion verwandelte. Die Regierung wußte das. Bombenwürfe, Ermordung von Komplizen der Regierung waren an der Tagesordnung. Es ist die Regierung selbst, die durch ihr despotisches Regime für all dies verantwortlich ist. Um sich künstlich zu halten, bedient sie sich eines monstruösen Geheimdienstes. Hinter den Kulissen des Kolonialtheaters herrschte ein wahrer Schrecken, hervorgerufen durch bezahlte Spitzel, aggressive Polizeiagenten und gewissenlose Provokateure. Viele unschuldige Führer wurden ihre Opfer. Einige wurden aus dem Lande nach Neu-Guinea verwiesen, wo sie das Sumpffieber und der Tod erwartete, ohne daß man ihnen eine Schuld beweisen konnte.

Im Monat Mai vergangenen Jahres lanzierte die Kolonialregierung ihre letzten glücklichen Erfindungen, d. h., zwei neue Artikel des Strafgesetzes, die jede Aktion verunmöglichen.

Ist es daher erstaunlich, daß die Unzufriedenheit des Volkes immer mehr wächst und die unterirdische Aktion immer intensiver wird?

Der Ausbruch erfolgte früher, als man erwartete. Der Aufstand im östlichen Teil von Java drohte sich über ganz Indonesien auszubreiten. Mangels Disziplin einiger Führer, die sich abgespalten hatten, gelang es der Kolonialregierung, den Aufstand zu bewältigen. In einem Artikel des Indonesischen Korrespondenten des „Nieuve Rotterdamsche Courant“ steht zu lesen, daß die Geheimorganisation der Indonesier äußerst geschickt aufgebaut ist, was eine verständliche Bestürzung in den holländischen Kreisen in Indonesien hervorgerufen hat. Sie hatte nichts weniger zum Ziel, als die gewalttätige Beseitigung der holländischen Macht. Es ist wohl nicht nötig auszuführen, daß dieser Aufstand auch mit Anwendung der rücksichtslosesten Gewalt unterdrückt wurde. Man hat auf unbewaffnete Massen ohne Verteidigung geschossen, die nicht einmal am Aufstand teilgenommen hatten. Die Regierung hat die Führer der Aufständigen zu den härtesten Strafen verurteilt, wel sie es gewagt hatten, die Macht anzugreifen, welche die Regierung als „rechtmäßig“ für sich in Anspruch nimmt. Unschuldige Leute, darunter Führer, die lange vor Ausbruch des Aufstandes infolge Pressedelikten in den Kerker geworfen waren, werden in unbewohnte Gegenden

im Innern von Neu-Guinea, wo sie jeglichen Kontakt mit der Außenwelt verlieren, verschickt.

Das ist das traurige Resultat der holländischen Kolonialverwaltung. Während ihrer 300jährigen Herrschaft war es eine fortwährende Unterdrückung eines friedlichen Volkes.

Wir wollen keinen Augenblick verneinen, daß in unserem Lande moderne Betriebe eingeführt, und daß Methoden moderner Produktion angenommen wurden. Aber es sind dies Unternehmungen der Europäer, von deren Gewinne nur die Fremden profitieren. Nie hat die Regierung eine gewissenhafte Anstrengung gemacht, um die Produktionsmethode der Eingeborenen zu verbessern. Wir indonesische Nationalisten verstehen sehr gut, daß das Wachstum unseres gemeinsamen Wohlstandes nur möglich ist, wenn wir uns selbst ans Werk machen.

Das kleine Holland, das gegen ein Volk von 50 Millionen Seelen so viel Ungerechtigkeiten begeht, und ihm einen verhaßten und aufgezwungenen „Schutz" gewährt, behauptet außerdem, daß Indonesien noch nicht für die Unabhängigkeit reif sei. Diese Darstellung der Dinge ist trügerisch. *Es ist nicht Indonesien, das für die Unabhängigkeit nicht reif wäre, sondern es ist Holland, das nicht fähig ist, ein Volk, größer und mit einer älteren Kultur, als es selbst besitzt, zu erziehen.* Für ein solches Ziel fehlt ihm die Fähigkeit und der Wille. Wie könnte eine kleine Nation von 7 Millionen Seelen, deren Wohlstand vollständig von den kolonialen Reichtümern abhängt, ihre sogenannte historische Pflicht erfüllen, ein siebenmal größeres Volk zu erziehen? Aber ist es wirklich wahr, daß Indonesien noch nicht reif ist zur Unabhängigkeit? Wir bestehen darauf, zu erklären, daß das indonesische Volk die Fähigkeit besitzt, sich selbst zu regieren. Seit den urältesten Zeiten sind die politischen Einrichtungen der Indonesier auf dem Prinzip der Selbstregierung aufgebaut, sogar bis in den Aufbau der kleinsten Dörfer. Das indonesische Volk hat einen natürlichen Sinn für die Demokratie. Was die heutige Lage anbelangt, so sind schon mehr als 80% der Kolonialbeamten Indonesier. Wir müssen nur die kleine obere Schicht der hohen Beamten ersetzen, die sich gegenwärtig aus Holländern zusammensetzt, und dann sind wir am Ziel! Und für dies verfügen wir über genügend intellektuelle Kapazitäten. Übrigens anerkennt die hohe holländische Beamtenschaft selbst, daß die indonesischen Verwaltungsbeamten, vom Regenten bis zum kleinsten Funktionär, ausgezeichnete administrative Qualitäten besitzen. Es ist der Fehler des Kolonialsystems selbst, wenn in diesem Milieu bisweilen die Moral fehlt, weil es nicht erlaubt ist, seiner Meinung frei Ausdruck zu geben. Aber das ist nur die logische Folge des Erziehungssystems der holländischen Kolonialpolitik, das darin besteht, soviel als möglich eine Sklavenmentalität zu schaffen. Und diese Situation wird sich in dem Augenblicke verändern, da die Indonesier das Recht haben werden, über sich selbst



Eine Sitzung des Kongreß-Präsidiums zwischen zwei Plenumsitzungen

Unter den Anwesenden befinden sich: Mohammed Hatta (Indonesien); Chen Kuen und Liau Hansin (China); Henri Barbusse und A. Fournier (Frankreich); Dr. Marteaux (Belgien); Fernando Sanchez (Latein-Amerika); Manuel Gomez und Roger Baldwin (U.S.A.); R. Bridgeman (England); Jawahar Lal Nehru (Indien); Willi Münzenberg, Georg Ledebour, Prof. Alfons Goldschmidt (Deutschland); Prof. Nejedli (Tschechoslowakei).



zu verfügen. Von einer verfrühten Unabhängigkeit Indonesiens ist keine Rede mehr. Sogar die Holländer stellen sie in den letzten Jahren nicht mehr in Frage. Die Wirklichkeit? *Die Wirklichkeit liegt darin, daß Holland seine Kolonie nicht abgeben will, da sein Wohlstand davon abhängt.* Es ist der Egoismus, der sie dazu zwingt, dieses Gewaltregime aufrechtzuerhalten. Andererseits kann man nicht verlangen, daß wir auf unser Recht, auf eine nationale Unabhängigkeit verzichten. Die Zukunft wird uns lernen, auf welche Weise wir dieses „summum bonum“ von der Menschheit erhalten werden.

Resolutionen.

I.

Resolution über Indonesien (Niederländisch Indien).

Eingebracht von der indonesischen Delegation.

Der Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und für nationale Freiheit wolle beschließen:

Nach Anhörung der Darlegungen über die Gesamtlage in Indonesien und in Anbetracht daß:

1. Die Kaufkraft der indonesischen Bevölkerung sich seit dem Kriege um mindestens 15% vermindert;

2. die Arbeitslöhne nur etwa 15% der europäischen Arbeitslöhne betragen;

3. jegliche Organisationen und Parteien, die für Besserung dieser schlechten Lage kämpfen, gewalttätig unterdrückt werden, — unter anderem durch Versammlungsverbote für die „Serikat Raiat“ (Volkspartei), den Eisenbahner-Verband und andere;

4. die sogenannten demokratischen „Reformen“ ihrem Wesen nach nur ein Mittel zur noch stärkeren Knechtung und zum Betrug des Volkes des holländischen Imperialismus sind;

5. der politische Terror der holländischen Verwaltung *jedes* Widerstreben fälschlich als „kommunistisch“ oder „moskauisch“ abstempelt;

6. die auswärtige Politik der „Neutralität“, die der holländische Imperialismus im fernen Osten betreibt, keine der imperialistischen Mächte in ihren Interessen befriedigt, vielmehr in jeder von ihnen das Verlangen nach dem Besitz des strategisch wichtigen Indonesiens erweckt, wodurch Indonesien heute im Besitz Hollands ein Faktor für einen neuen Weltkrieg geworden ist — welche Gefahr nur durch die eine revolutionäre Freiheitsbewegung in Indonesien ausgeschaltet werden kann.

In Anbetracht all dessen beschließt der Kongreß, daß die Freiheitsbewegung eine Lebensforderung für das indonesische Volk geworden ist, zugleich aber auch von sehr großem Interesse für die Menschheit ist.

Er beschließt ferner:

1. der Freiheitsbewegung Indonesiens seine vollste Sympathie auszusprechen und diese Bewegung dauernd mit allen nur möglichen Mitteln zu unterstützen;

2. an die holländische Regierung die Forderungen zu stellen: Völlige Bewegungsfreiheit für das indonesische Volk! Aufhebung von Verbannungen und Todesurteilen; Proklamierung einer allgemeinen Amnestie;

3. die Forderung der indonesischen Bevölkerung nach voller Selbständigkeit und nationaler Unabhängigkeit mit vollem Nachdruck zu unterstützen.

II.

Erklärung der indonesischen Delegation

zur chinesischen Frage.

In Anbetracht, daß die revolutionäre Bewegung in China den Kern darstellt, um den die Befreiungsbewegung der Unterdrückten der ganzen Welt sich entwickeln kann, erklärt die indonesische Delegation im Namen der nationalen Befreiungsbewegung Indonesiens:

1. In Indonesien, wie in andern Ländern die chinesische Revolution, die durch die Kuo-Min-Tang-Partei geführt wird, mit allen Mitteln zu unterstützen;
2. eine jede Kriegsgefahr, die sich zwangsläufig aus der Intervention der imperialistischen Mächte in China ergibt, aufzudecken und mit allen Mitteln wirksam zu bekämpfen.
3. eine jede kriegerische Aktion der Imperialisten in China zu bekämpfen.

IX.

Der Freiheitskampf des indochinesischen Volkes.

Die Leiden des indochinesischen Volkes unter der französischen Kolonialherrschaft werden von

Duong van Giao (Annam),

dem Delegierten der Verfassungspartei Annams, geschildert*:

I.

Erklärung der Indochinesischen Delegation.

Indochina war vor der Besetzung durch den französischen Imperialismus ein unabhängiges Land. Unter einer Monarchie war das Land gesellschaftlich auf einer viel demokratischeren Basis aufgebaut als heute: man genoß freien Unterricht in allen Schulen und die Gemeinden waren autonom.

Gegen Mitte des vergangenen Jahrhunderts überfiel der französische Imperialismus mit bewaffneter Macht unser in Frieden lebendes Land. Wir wollen hier nicht an die blutige Periode vor zwanzig Jahren der Eroberungen und der heroischen Verteidigung unseres Volkes erinnern.

Schon bei seiner provisorischen Besitzergreifung, die durch bespitzelnde Missionare eingeleitet und durch bewaffnete Macht beendet wurde, hat der französische Imperialismus proklamiert, daß er gekommen sei, um uns die westliche Zivilisation zu bringen.

Wir werden dem Kongreß in einem gedrängten Bilde die Bilanz dieser Zivilisation, von der man schon seit 70 Jahren spricht, bekannt geben.

Die politische Lage der Eingeborenen.

Wir haben nicht die Freiheit, zu denken, zu schreiben, zu unterrichten, zu reisen, auszuwandern, uns zusammenzuschließen, und uns zu vereinigen. (Einer unserer größten Patrioten, Dr. Ké, wurde im Mai 1926 vor Gericht gestellt, weil er den „Gesellschaftsvertrag" von Jean Jacques Rousseau übersetzt und in unserer Sprache veröffentlicht hatte.) Für die Eingeborenen besteht eine besondere Gerichtsbarkeit; sie können keine effektive Kontrolle über das Budget ihres Landes ausüben. Der französische Imperialismus hat das alte Erziehungssystem aufgehoben und als Ersatz schlug der Generalgouverneur, Martial Merlin, im Jahre 1923 ein Unterrichtssystem vor, das der „Horizontalplan" genannt wurde. Aber selbst dieser berühmte „Horizontalplan" wurde nicht verwirklicht, da es im Jahre 1925 nur 3395 öffentliche Schulen bei einer Bevölkerung von 20 Millionen gab, die nur über 213 997 Plätze verfügten, während die Zahl der Kinder im schulpflichtigen Alter (nach den Angaben des Herrn Blanchard de la Brosse, damals Inspektor des öffentlichen Unterrichts in Indo-China) 2 Millionen betrug.

---

* Da das Manuskript des Vortrages uns vom Redner infolge besonderer Schwierigkeiten bei der Drucklegung noch nicht zugegangen ist, sind wir leider gezwungen, diese Rede erst in der nächsten Auflage zu veröffentlichen. (Red.)

Soziale Lage der Eingeborenen.

„Nachdem sie die fruchtbaren Ländereien gestohlen haben, erheben die Franzosen von dem schlechten Boden einen hundertmal skandalöseren Zehnten, als der Feudalismus." Diese aufrichtige Sprache eines französischen Schriftstellers, Herrn Vigné d'Octon, bringt die Lage unserer Bauern richtig zum Ausdruck. Außer diesen schwer drückenden Steuern haben die annamitischen Bauern Tonkins noch jährlich unter Überschwemmungskatastrophen zu leiden. Sieben Achtel des Budgets sind für den Unterhalt der Beamten bestimmt. Zur Verwendung der Marineverwaltung des Mutterlandes: 32 000 000, für den Geheimfonds: 33 000 000. Diese Summen haben eine Vermehrung von 135 000 Frs. (seit 1926) durch den sozialistischen Gouverneur, A. Varenne, erfahren. Die notwendigsten öffentlichen Arbeiten werden vernachlässigt, woraus klar ersichtlich ist, daß der französische Imperialismus für die Schäden der jährlichen Überschwemmungskatastrophen verantwortlich ist. (Letzte Überschwemmung in Tonkin — September—Oktober—November — 760 Tote, 50 000 000 Frs. Schaden.)

Keinerlei Gesetz schützt die Arbeiter, und es ist eine bekannte Tatsache, daß man Frauen, sowie Kinder beiderlei Geschlechts unter 12 Jahren in den Kohlenminen (Hongay, Quang-Yen) und in den Kautschukmanufakturen (Saigon) verwendet.

Die Arbeiter, die Arbeiterinnen und ihre Kinder arbeiten 12 bis 13 Stunden täglich bei Hungerlöhnen von 2 Frs. bis 2,50 Frs. Sie haben keine Koalitions- und Versammlungsfreiheit und auch kein Streikrecht.

Die Verwaltung zwingt die Bevölkerung, Opium und Alkohol zu kaufen. Ein Rundschreiben von Albert Sarraut, dem damaligen Generalgouverneur von Indochina, beweist dies:

„Gemäß den Instruktionen des Generaldirektors der Regie bitte ich Sie, Ihrerseits die Bemühungen meines Dienstzweiges, neue Alkohol- und Opiumausgabestellen einzurichten, zu unterstützen.

Ich erlaube mir, Ihnen zu diesem Zwecke eine Liste solcher Läden zuzustellen, die man in den verschiedenen angegebenen Dörfern — die zum größten Teil noch frei von Alkohol und Opium sind — einrichten könnte.

Ihr bestimmender Einfluß könnte sich durch die Vermittlung der Gouverneure von Kambodscha und Mossok gut auf die kleinen, eingeborenen Händler geltend machen, denen man die Vorteile erklärt, die ihnen durch eine solche Erweiterung ihres Handels erwachsen würden.

Unsererseits werden alle Agenten vom aktiven Dienst, die auf Rundreisen begriffen sind, solche Stellen einzurichten versuchen, außer wenn Sie, Herr Resident, es vorziehen würden, zuerst auf die Amtsstellen einzuwirken, damit sie unsere Aktion unterstützen. In diesem Falle bitte ich Sie, mich davon in Kenntnis zu setzen.

Nur durch eine vollständige und unablässige Zusammenarbeit Ihrer Verwaltung und der unseren werden wir zum größeren Nutzen des Finanzamtes ein besseres Resultat erreichen."

gez. Albert Sarraut.

Die Zahl der Liter Alkohol, die Indo-China vor diesem gemeinen Zirkular (1915) zum Verbrauch aufgedrängt wurden, belief sich schon auf 23 bis 24 Millionen Liter jährlich.

Hier die Dividenden, die jährlich durch die Destillerie „Fontaine", die das Monopol der Alkoholherstellung besitzt, ausbezahlt wurden:

1914 40%; 1916 75%; 1917 100%; 1920 125%; 1923 175%; 1925 200%.

Herrn Octave Homberg gehören allein:

Banque de l'Indo-Chine,
Crédit Foncier de l'Indo-Chine,
Sté Financière Française et Coloniale,
Sté des Caoutchoucs de l'Indo-Chine,
Sté „Française" des Distilleries,
Sté des Antracites du Tonkin,
Sté Nouvelle des Phosphates du Tonkin,
Sté Cotonnière de Saigon,
Sté Anonyme des Papeteries de l'Indo-Chine,
Sté des Eaux et Electricité de l'Indo-Chine,
Sté Indo-Chinoise d'Electricité,

Sté des Ciments Portland Artificiels,
Sté Indo-Chinoise de Cultures Tropicales,
Sté des Verreries d'Extrême Orient,
Sté des Sucreries et Raffineries de l'Indo-Chine,
Sté de Chimie Industrielle d'Extrême Orient.
Sté de Chalandages et de Remorquages de l'Indo-Chine,
Sté d'Entreprises de Dragages et de Travaux Publics,
Sté d'Etudes du Tramway de Benoat,
Sté des Ateliers Maritimes de Haiphong,
Sté des Laques Indo-Chinoises — 19, Rue d'Aumale, Paris,
Sté d'Energie Electrique Indo-Chinoise.

Diese wenigen Angaben zeigen, wer durch die Besetzung von Indochina durch Frankreich Gewinn zieht.

Resolution.

Um diese elende Lage von Indochina zu verändern, fordern wir Vertreter der annamitischen Unabhängigkeitspartei und der nationalen Organisation in Indochina und im Auslande:

a) Die Unabhängigkeit des annamitischen Volkes,
b) Rückzug der Besatzungstruppen und Aufhebung der militärischen Rekrutierung für den Dienst des französischen Imperialismus,
c) Schaffung einer nationalen Armee.

Wir stellen sofort folgende Forderungen:

1. Die Freiheit, zu schreiben, zu denken, zu reisen, auszuwandern und uns zusammenzuschließen;
2. Aufhebung der besonderen Gerichtsbarkeit;
3. Schaffung von Schulen in annamitischer Sprache; der Zahl der Kinder im schulpflichtigen Alter entsprechend;
4. Zulassung zu allen Bildungsanstalten;
5. Aufhebung der „Mandarinate" und deren Ersetzung durch gemäß allgemeinem Wahlrecht bestimmte Gemeinderäte;
6. Verringerung der Steuerlasten und Verteilung des Budgets nach den wirklichen Bedürfnissen der indochinesischen Bevölkerung;
7. Wirksame Einrichtungen zum Schutz der Bauern gegen Überschwemmungen aus Geldern, die von den Gewinnen der ausländischen Gesellschaft erhoben werden.
8. Enteignung der Missionare und Großgrundbesitzer zugunsten der armen Bauern;
9. Konstitution eines Parlaments auf Grund des allgemeinen Wahlrechts;
10. Unterdrückung des offiziellen Handels mit Alkohol und Opium;
11. Vollständige und sofortige Amnestie für Vergehen gegen das Eingeborenen-Statut, sowie für politische Delikte;
12. Sofortiger Rückzug der nach China gesandten annamitischen Truppen;
13. Wirkliches Verbot von Waffentransporten durch Indochina, die bestimmt sind, die chinesische Revolution zu vernichten.

Das indochinesische Volk weiß nunmehr, daß es auf die gemachten Versprechungen und weitere, die noch durch den französischen Imperialismus durch seine Vertreter in Indochina erfolgen können, nicht mehr zählen kann. Es ist überzeugt, daß nur durch organisierte Kraft und Verbindung mit den Völkern der andern, durch den Imperialismus unterdrückten Ländern, sowie durch die wirkliche Hilfe der Arbeiter- und Bauernmassen Frankreichs seine Forderungen durchgesetzt und seine Unabhängigkeit errungen werden kann.

II.

Weitere Erklärung der indo-chinesischen Delegation.

(Siehe Anhang B.)

III.

Resolution der französischen Delegation.

(Siehe Seite 111, Kapitel VI.)

X.

Der Kampf des koreanischen Volkes gegen Japan.

Rede des Begründers der japanischen Arbeiterbewegung

Sen Katayama (Japan).

Ich bin sehr froh, an diesem Kongreß teilnehmen zu können. Es ist jetzt ein Vierteljahrhundert her, seitdem ich den Kampf gegen den japanischen Imperialismus aufgenommen habe. Ich sympathisiere mit Euch, kämpfe mit Euch gegen den Imperialismus. Der einzige Unterschied liegt darin, daß mein Feind in Japan steht. Ich kämpfe gegen den japanischen Imperialismus, Ihr kämpft gegen den Imperialismus anderer Länder, der Euch unterdrückt, niederwirft und ausbeutet. Als ich vor 23 Jahren zum ersten Male in Amsterdam an einem internationalen Kongreß teilnahm, da gab es nur zwei Vertreter aus dem Osten. Einer war aus Indien, der andere war ich. Aber heute sind hier Genossen der ganzen Welt vertreten, um den Kampf gegen den Imperialismus aufzunehmen.

Der Imperialismus ist nicht nur der Feind der Kolonien und halbkolonialen Länder, sondern der Feind der ganzen Menschheit. Wir müssen ihn bekämpfen. Wir müssen uns befreien. Der Imperialismus ist die Ursache vieler Dinge. Vor allem des Krieges. Der letzte Krieg, der vier Jahre dauerte, tötete, mordete, martyrisierte Europa. Seine Ursache war der Imperialismus. Wir müssen den Imperialismus bekämpfen, weil er die Welt mit Kriegen bedroht. Nicht nur die Arbeiter unterdrückter Nationen, sondern auch die Arbeiter und Bauern aller kapitalistischen Länder müssen sich gegen die neuen Kriege rüsten, die uns bedrohen. Die Arbeiter und Bauern müssen die Fackel des Weltproletariats sein. Ich begrüße die Delegierten aus den unterdrückten und niedergehaltenen Kolonien und halbkolonialen Ländern. Ich begrüße Euch besonders deshalb, weil dies die bedeutendste Versammlung ist, die je zum Kampf gegen den Imperialismus stattgefunden hat. Aber ein Kampf gegen den nationalen Imperialismus ist nicht genug. Der Kampf muß für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit von den imperialistischen Ländern geführt werden. Die Nationalisten müssen erkennen, daß sie ohne die Selbständigkeit und ohne völlige Unab-

hängigkeit von imperialistischen Ländern niemals die Freiheit erhalten. Überdies müssen die Nationalisten erkennen, daß wir ohne Zusammenarbeit mit den Arbeitern und Bauern niemals unser Ziel erreichen werden. Die Imperialisten sind geschickt. Sie werden zu Euch mit verschiedenen Reformen kommen, um die Arbeiter zu täuschen. Die imperialistischen Kapitalisten werden zu Euch mit diesen Reformen und verschiedenen verführerischen Programmen kommen, aber andererseits werden sie versuchen, jede liberale und radikale Bewegung mit Gewalt, Polizei, Gendarmen, ja sogar mit dem Faszismus zu zerschmettern. Der Faszismus ist heute der Handlanger des Kapitalismus. Darum müssen wir gegen den Faszismus und auch gegen diese Reformen kämpfen. Wir dürfen keine Kompromisse durch diese kleinlichen, untauglichen Reformen schließen.

Zum Schluß muß ich vor Euch China erwähnen. Denn heute erhebt China das Banner der revolutionären Bewegung, es beeinflußt die Welt. Schaut auch auf Java. Dort kämpfen sie gegen den Imperialismus und vergießen ihr Blut für die Freiheit Javas. Ich muß hier vor Euch Vertretern unterdrückter Völker darauf hinweisen, daß sie denken, wir können, weil wir keine Armeen und kein Geld haben, auch nicht gegen den Imperialismus kämpfen. Aber Genossen, seht auf China. China hat England, dem stärksten Imperialismus der Welt, der mit Armeen und Kanonen kam. einen schweren Schlag versetzt. Nein! Wir haben nicht mit Waffen gekämpft, sondern mit dem Boykott, der stärksten Waffe eines schwächeren Volkes. Die kolonialen Völker müssen die Bedeutung des Boykottes im Kampfe gegen den Imperialismus erkennen, und ihn auch in den anderen Ländern anwenden. Der Boykott, die Solidarität der Arbeiter und Bauern, ist die stärkste Waffe, mit der man dem mächtigsten Imperialismus einen Schlag versetzen kann. Wir versuchen, die revolutionären Kräfte in Korea und Java und natürlich in China, zu organisieren. Die nationalen Bewegungen müssen einsehen lernen, daß ein Land allein nicht gegen den Imperialismus kämpfen kann. Es ist notwendig, sich international zu organisieren. Alle unterdrückten Völker international zu organisieren und sie mit den Arbeitern und Bauern der kapitalistischen Länder zu verbinden, ist eine Aufgabe dieses Kongresses. Dieser Kongreß sollte das Werkzeug zur Vereinigung der revolutionären Kräfte Chinas und Indiens gegen den britischen Imperialismus sein. Diese beiden großen Länder würden vereint mächtig genug sein, nicht nur den britischen, sondern auch den japanischen und amerikanischen Imperialismus zu bekämpfen. Wir sind hierher gekommen, um den Kampf gegen den Imperialismus vorzubereiten. Wir müssen uns hier organisieren, um in China die imperialistischen Mächte zu bekämpfen, die versuchen, die revolutionären Kräfte niederzuwerfen. Die Proletarier der Welt müssen ihre Energien zusammenfassen, und die Massenkräfte gegen den Imperialismus konsolidieren.

Es lebe die chinesische Revolution!

Es lebe die revolutionäre Bewegung der unterdrückten und niedergeworfenen Kolonien und der halbkolonialen Länder!

Es lebe dieser Kongreß!

Im Namen der koreanischen Delegation spricht

Kin Fa Lin (Korea),

Vertreter des koreanischen Verbandes in Frankreich:

Bevor ich meine Darlegung über die imperialistische Kolonialpolitik Japans in Korea beginne, bitte ich Sie, mir zu erlauben, Ihnen kurz auseinanderzusetzen, was der japanische Imperialismus eigentlich bedeutet.

In Japan besteht allgemein die Ansicht, daß die höchste Aufgabe einer Nation darin bestehe, sich mit allen Mitteln auszubreiten, und daß es wenig ausmache, ob diese Vergrößerung zum Schaden der Nachbarn oder gegen die Moral geschehe, wenn nur das Ziel erreicht werde. Diese Ausdehnung bedeute die größte Wohltat, für die alle Menschenwerte geopfert werden dürften.

Der Ursprung des imperialistischen Dogmas geht bis zum Anfang des japanischen Geisteslebens zurück. Schon 200 Jahre nach Christi Geburt versuchte der Kaiser Jingo in das Königreich der koreanischen Halbinsel einzubrechen. Dieser Eroberungsgedanke wurde entschlossen weiter verfolgt bis Ende des 16. Jahrhunderts, zu welcher Zeit Hidegashi einen neuen Versuch machte, Korea zu erobern. Innere Unruhen lenkten in den folgenden Jahren das japanische Volk wieder von diesen Bestrebungen ab. Aber der Gedanke wurde anfangs des 19. Jahrhunderts wieder von neuem lebendig, als Joshida Soin, der am meisten geachtete der unter dem Namen „Genro" (Rat der Ältesten) bekannten Staatsmänner (der Männer wie Inouyé, Ito, Yamagada usw. umfaßte), den japanischen Geist und einen skrupellosen Imperialismus predigte. Er riet zur „Öffnung von Hokhaido, zur Eroberung von Kamtschatka und der kurilischen Inseln, zur Einverleibung der Inseln Loochou, zur teilweisen Besetzung der Mandschurei und Formosas und zur Präzisierung der Beziehungen zwischen Japan und Korea, mit dem Bestreben, die Souveränität Japans über dieses Königreich zu verlangen und gradweise eine aggressivere Tendenz zu zeigen".

Das war das Programm des Imperialismus des modernen Japans. Sie wissen, mit welchen brutalen und verwerflichen Mitteln dieses Programm von dem durch die unerwarteten Siege über das kaiserliche China von 1894 und das zaristische Rußland von 1904 berauschten Reich „der aufgehenden Sonne" ausgeführt wurde. Die Gier der japanischen Imperialisten begnügte

sich jedoch nicht damit. Sie stellten zwei weitere nicht minder berüchtigte Programme auf:

1. Die Auswanderung nach den amerikanischen Kontinenten und den ozeanischen Inseln, soweit es die Umstände erlaubten, zu ermutigen, zur „friedlichen Durchdringung“ dieser Gebiete: die Politik der Übersee-Ausdehnung.

2. In die westliche Sphäre Chinas einzudringen, solchermaßen, daß in Wirklichkeit ganz China von Japan beherrscht werde — durch Begünstigung der Auflösung der chinesischen Republik und durch Schaffung von sich bekämpfenden Parteien, durch Eindringung in die Mongolei und deren Unterstellung unter „Protektorat“ unter gleichzeitiger Herauspressung aller wirtschaftlichen Möglichkeiten aus Sibirien. Das ist die kontinentale Politik.

Auf diesen drei Pfeilern ruht das Gebäude des ehrgeizigen japanischen Imperialismus. Den ersten hat er schon ganz aufgerichtet, und jetzt arbeitet er mit Zähigkeit daran, die beiden letzten zu vollenden. Ist es notwendig, Ihnen die berüchtigten und beleidigenden „21 Forderungen“ in Erinnerung zu rufen, die er an China im Laufe des Weltkrieges stellte?

Welches ist das endgültige Ziel dieser aggressiven Politik? Japan, wie ich schon am Anfang erwähnt habe, betrachtet die nationale Ausdehnung auf Kosten Anderer als die größte Sache der Menschheit. Der japanische Angriff bezweckt nichts anderes als Eroberungen im Interesse der Japaner und Japans allein.

Um diese Behauptungen zu konkretisieren, werden wir Ihnen nun die Politik Japans in Korea unter zwei Gesichtspunkten aufzeigen: Der Angriff Japans auf Korea und die japanische Herrschaft in Korea seit 1910.

Der Angriff Japans auf Korea.

Mit dem Freundschaftsvertrag von 1876 fing Japan an, sich in die innere Politik Koreas einzumischen, worauf in der Folge im Jahre 1885 antijapanische Demonstrationen in Söul stattfanden. Die Japaner verlangten dafür von China Genugtuung, da sie behaupteten, daß bei den Zusammenstößen in Söul auch chinesische Truppen mitgewirkt hätten. Das Resultat dieser Unterhandlungen war die Konvention von Tientsin von 1885, nach dessen Wortlaut sich Japan und China einigten, ihre Truppen aus Korea zurückzuziehen und keine mehr nach dort zu senden, ohne daß die eine Macht die andere davon in Kenntnis gesetzt hätte. Als später gegen die korrumpierte Regierung von Korea ein Aufstand ausbrach, verlangte diese die Unterstützung der chinesischen Regierung zur Unterdrückung der Rebellion. Als diese erstickt war, wollte keine der Mächte mehr ihre Truppen zurückziehen.

Da China sich weigerte, sich in die innere Politik Koreas einzumischen,

so erklärte Japan den Krieg und erlangte nach dem Siege in Söul die Oberhand. Seine Politik stieß jedoch bei den Koreanern auf heftigen Widerstand. Vor allem widersetzte sich die Königin Minn der japanischen Einmischung und brachte die Intrigen Japans eine nach der andern zu Fall. Dies führte im Jahre 1895 zu der tragischen Ermordung der Königin Minn, die offiziell durch japanische Truppen, die in den Palast eingebrochen waren, ausgeführt wurde. Auf diese Weise vernichtete Japan die anti-japanische Partei in Korea, um sich jedoch damit das ganze koreanische Volk zum unversöhnlichen Feind zu machen. Als aber das zaristische Rußland seine Begehrlichkeit in bezug auf Korea zum Ausdruck brachte, schloß sich die ganze Halbinsel wie ein Mann gegen diesen riesigen Angriff aus dem Norden zusammen.

Japan hatte damit eine schöne Gelegenheit zu intervenieren, und die Koreaner sahen sich gezwungen, eine zeitweise Versöhnung mit den „Verteidigern Ostasiens“ anzustreben. 1904 wurde eine koreanisch-japanische Allianz geschlossen, und Korea wurde Japans Basis für militärische Operationen. Die koreanische Nation war Japan eine wirksame Hilfe sowohl an Material wie an Menschen.

Bei Eröffnung des russisch-japanischen Krieges erklärte Japan vor der ganzen Welt, daß es zur Wahrung der politischen Unabhängigkeit und der territorialen Unversehrtheit Koreas kämpfe und gab auch Korea in dieser Hinsicht bestimmte Versicherungen. So erklärt beispielsweise der Artikel III des koreanisch-japanischen Vertrags vom 23. Februar 1904: „Die kaiserliche japanische Regierung garantiert ausdrücklich die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität des koreanischen Kaiserreichs.“ Auf Grund dieses Vertrages wurde Japan die Kontrolle der postalischen und telegraphischen Verbindungen Koreas übertragen, um ihm dadurch seine militärischen Operationen zu erleichtern. Kaum hatte jedoch Japan den Krieg gewonnen, als es den feierlich mit Korea abgeschlossenen Vertrag sowie seine Erklärung vor der ganzen Welt brach, indem es sich Koreas mit Hilfe der Bajonette bemächtigte. Von da her rührt der Protektoratsvertrag, der am 17. November 1905 abgeschlossen wurde — trotz der energischen Weigerung des Kaisers und seiner Minister, trotz Petitionen und Klagen des ganzen Volkes, trotz Selbstmorden als Zeichen des Protestes, trotz Kämpfen der ganzen entwaffneten Bevölkerung gegen die japanischen Militärbehörden —, ein Vertrag, der, wie ich schon sagte, einzig mit Hilfe der Bajonette und Kanonen der Soldaten Nippons erreicht wurde. Ich werde mich nicht bei der Beschreibung der schmerzlichen Szenen des Widerstandes und des Zorns eines 20-Millionen-Volkes, die bei dieser Gelegenheit zum Ausbruch kamen, eines Volkes, das stolz auf seine Geschichte von 42 Jahrhunderten ist, aufhalten. Ihr werdet diese Grausamkeit an Hand Eurer eigenen nationalen Erfahrungen, aus den Euch vom internationalen Banditismus erteilten Schlägen berechnen können.

Anläßlich der Haager Konferenz von 1907 sandte der Kaiser von Korea seine Delegierten dorthin, um an die Mächte zu appellieren. Oh, welche Naivität, für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Koreas!

Die Gesandten konnten keine Audienz erlangen, aber dieser Versuch wurde von den japanischen Behörden in Korea als genügend erachtet, um das eiserne Regiment zu verstärken. Ein Druck wurde ausgeübt, um den Kaiser zu bewegen, zugunsten seines schwachsinnigen Sohnes abzudanken. Zur gleichen Zeit wurde zwischen den Ministern des Kabinetts, die ihr Amt als Werkzeuge der japanischen Regierung ausübten, und dem Marquis Ito, dem damaligen Generalgouverneur von Korea, ein Vertrag unterzeichnet. Den Hauptpunkt des Vertrages bildet die Übertragung der ganzen Macht über die innere Verwaltung des Landes auf den japanischen Generalgouverneur, während es sich in dem Protektoratsvertrag nur um die Übertragung des Rechts der diplomatischen Vertretungen und der Regelung der äußeren Angelegenheiten handelte. Hier der Text der beiden wichtigsten Artikel des Vertrags:

> *Artikel II:* Die koreanische Regierung verpflichtet sich, keinerlei Gesetz, keine Ordonnanz und kein Reglement zu erlassen, noch irgendwelche wichtige administrative Maßnahme zu treffen, ohne die vorherige Zustimmung des Generalgouverneurs.
>
> Artikel IV: Die Ernennung und die Entlassung höherer koreanischer Beamten erfolgen mit Hilfe des Residenten.

Sie ersehen daraus, wie charakteristisch und beleidigend sie sind. Hierauf löste man die Nationalarmee Koreas auf und das ganze Volk erhob seine Proteste gegen dieses zynische Vorgehen durch Organisierung der berühmten „gerechten Armee", deren heroische Überreste noch in allen Ecken des Landes zerstreut und versteckt existieren — bereit, bei jeder günstigen Gelegenheit mit den japanischen Truppen zu kämpfen.

Es bleibt nunmehr nur noch eine verbrecherische Geste dieser langen, fortschreitenden Aggression Japans gegen Korea zu erwähnen übrig. Nach dem rächenden Anschlag eines jungen mutigen Koreaners, Au-Chung-Gun, im Jahre 1909, auf den verbrecherischen Anreger und Urheben der imperialistischen Politik Japans in Korea, ich spreche von Marquis Ito, im Augenblicke seiner durch unersättliche Begehrlichkeiten hervorgerufenen Intrigen mit den Agenten des Zaren in bezug auf die Mandschurei, beeilte sich Japan, das letzte feierliche Versprechen, das es anläßlich des Protektorats vor Korea und der ganzen Welt abgegeben hatte, zu brechen — das Versprechen, daß das Protektorat eine mehr oder weniger zeitweise Maßnahme sei zur bessern Wahrung des Friedens im Osten und bis sich eine stärkere Regierung in Korea herausgebildet habe. Am 29. August 1910 wurde Korea annektiert und zur japanischen Provinz erklärt durch den Grafen Teranchi.

den ersten Generalgouverneur mit einer Verwaltungsmethode, die blutig war und vor dem Gewissen der Menschheit als schändlich bezeichnet werden muß.

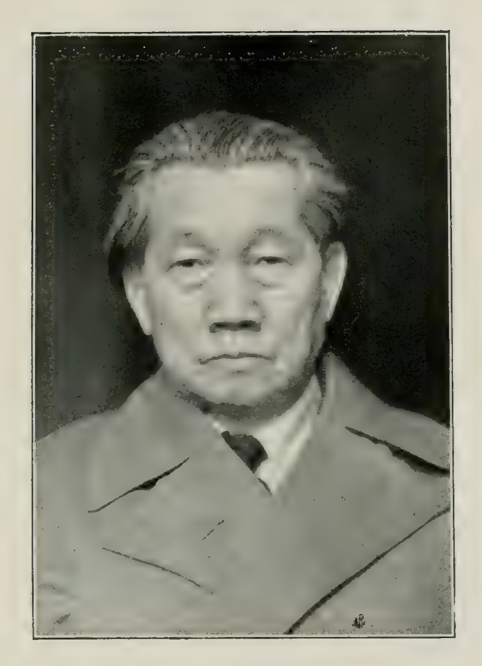
Die Herrschaft Japans über Korea.

Der jährliche Bericht des Generalgouverneurs zeigt der Welt mit skandalöser Heuchelei den fortwährenden Fortschritt Koreas seit der Annektierung und rühmt seine „glückliche" Verwaltung. Die oberflächlichen Beobachtungen gewisser Kategorien von Ausländern bestätigten noch mit Arglosigkeit einen Teil dieser offiziellen Erklärung. Gewiß, wir geben zu, daß das Korea von heute nicht mehr dasselbe ist, wie vor zwanzig Jahren, und daß, ohne den geistigen Fortschritt im Sinne des Erwachens des nationalen Bewußtseins unter den blutigen Lehren der brutalen und egoistischen Politik hervorragender Untertanen des Mikado in Betracht zu ziehen, auch gewisse materielle Fortschritte vorhanden sind; vor allem die Einrichtung von Eisenbahnen und der Bau von Straßen. Wer würde jedoch Japan erlauben, sich dieses Fortschrittes zu rühmen, bevor Korea seine Unabhängigkeit wiedergefunden hat? Wäre dessen Regierung nicht wie die jeder modernen Nation fortgeschritten durch die Erweiterung des Außenhandels und durch die Anwendung der Wissenschaften auf die Industrie? Wie wurden diese Fortschritte verwirklicht, für wessen Interessen oder, kurz gesagt, in welchem Sinne wird Korea regiert? Wir werden auf all diese Fragen durch eine summarische Untersuchung der verschiedenen Räderwerke der japanischen Verwaltung in Korea zu antworten versuchen.

Die Organisation der Verwaltung.

Die Form und das Prinzip der administrativen Organisation ist dem der andern imperialistischen Regierungen gleich; wir brauchen uns deshalb dabei nicht aufzuhalten und werden nur die am stärksten hervortretenden Eigentümlichkeiten hier angeben. Unter diesen ist das Amt des Generalgouverneurs, der die höchste Autorität in diesem Lande, wo es überhaupt keine parlamentarische Institution gibt, darstellt, eine sehr interessante Sache. Auf Grund des Gesetzes, das man die Konstitution Koreas nennen könnte, soll dieser Generalgouverneur im allgemeinen ein japanischer Admiral sein. Er ist nicht dem japanischen Parlament, sondern dem Mikado direkt untergeordnet. In Japan oder in Korea gibt es keine einzige Institution, die über ihn Kritik ausüben kann; alle japanischen oder koreanischen Zeitungen, die versuchen, ihre Stimme gegen seine Politik zu erheben, werden entweder verboten oder gekauft.

Die japanische Herrschaft kennzeichnet sich durch ihren Militärgeist. Alle Beamten müssen Uniformen und Säbel tragen, die genau dieselben sind wie beim japanischen Heer. Japan stellt Soldaten jeden Ranges als Be-



Sen Katayama

Der Veteran der japanischen Arbeiterbewegung



amte an, vom Generalgouverneur bis zum Arzt am staatlichen Krankenhaus und bis zum Volksschullehrer. Daher kommt es, daß die friedliche und rechtschaffene Gesinnung eines Volkes, das 42 Jahrhunderte einer großen sittlichen Kultur hinter sich hat, tagtäglich durch unzählige kleine Auftritte grausamer und kleinlicher Brutalität gereizt wird.

Japan hat in Korea mit einer Besatzung von zwei Divisionen angefangen, die aber schon 1915/16 durch zwei weitere Divisionen verstärkt wurden. Die Verstärkung war übrigens vollkommen überflüssig, denn es sind genügend Polizisten und Gendarmen anwesend, um jede revolutionäre Bewegung gegen das bestehende Regime zu unterdrücken. Die offizielle Statistik von 1915 zeigt, daß 273 Hauptquartiere der Polizei und der Gendarmerie existierten. Im Vergleich mit der Anzahl der Krankenhäuser und Schulen ist diese Zahl außerordentlich hoch, weil von diesen nur 14 resp. 386 von der Regierung errichtet worden sind.

Die Politik der Unterdrückung der öffentlichen Meinung und der Presse ist unglaublich scharf. Eine große japanische Zeitung schreibt darüber: „Der Kreuzzug des Grafen Teranchi gegen die Presse war äußerst wirksam. Er hat die mächtigsten Zeitungen vernichtet, und die schwachen gezwungen, sich zu unterwerfen; er hat alle Ausdrucksmöglichkeiten der freien Meinung verstopft und hat der äußern Welt nicht erlaubt, den wirklichen Zustand von Korea kennenzulernen.“ (Tokio, Asahi, Oktober 1916).

Die gerichtliche Verwaltung.

Japan hat erklärt, daß Korea nach den gleichen Gesetzen wie Japan regiert werde. Leider existiert dieses Regieren nach Gesetz nur formell. Nach dem gesetzlichen Grundsatz, daß „das spezielle Gesetz dem allgemeinen Gesetz in der Anwendung vorangeht“, sind die sechs japanischen Gesetzbücher absolut unwirksam, sobald die umfangreichen Bücher des Spezialgesetzes in Anwendung kommen. Es muß in diesem Zusammenhang auch erwähnt werden, daß diese allgemeinen und die speziellen Gesetzbücher durch Japaner aufgestellt wurden, von einem Korea ganz fremden Volke, das in Unkenntnis der Geschichte, der traditionellen Institutionen, der Gebräuche und des Gefühls des koreanischen Volkes ist. Nehmen wir selbst an, daß diese Gesetze Korea angepaßt sind, so ist deren Anwendung doch eine willkürliche. Der berüchtigte Prozeß, der die „koreanische Verschwörung“ bezeichnet wird, zeigt an sich allein schon zur Genüge, wie ein Koreaner durch das Gesetz beschützt wird. Unschuldige Bauern, junge Studenten und Intellektuelle in großer Zahl wegen dieser Verschwörung gegen Teranchi zu verhaften, ist übertrieben. Kein vernünftiger Mensch wollte den sich widersprechenden Meldungen Glauben schenken, daß man Leute systematisch gefoltert habe, um von ihnen Geständnisse zu erpressen. Leider haben sich diese Gerüchte als wahr herausgestellt. Die gefolterten

Gefangenen, 123 an der Zahl, sind jetzt freigelassen, und jeder von ihnen erzählt, welche Qualen er ausgestanden hat.

Der Großteil der politischen Gefangenen wird wie gewöhnliche Verbrecher gefoltert und oft erfolgen die Verurteilungen ohne Gerichtsuntersuchung. Das Urteil wird von der Gendarmerie auf Grund der sogenannten „Ausnahmegesetze“ gefällt.

Eine individuelle Freiheit gibt es in Korea nicht. Der private Briefwechsel wird zensuriert und die Wohnhäuser werden zu jeder Zeit mit einer schändlichen Brutalität durchsucht. Die Koreaner haben kein Recht, frei umzusiedeln; sie müssen den Behörden ihren neuen Wohnort und den Grund ihrer Umsiedlung angeben. So vermehrt sich die Zahl der Gefangenen von Jahr zu Jahr. Dies zeigt nachfolgende offizielle Statistik zur Genüge:

1911	16 807
1912	19 499
1913	21 846
1914	24 434
1915	27 255
1916	32 836

Die Erziehung.

Die allgemeine Tendenz der in Korea angewandten Erziehungsmethode ist folgende: die Koreaner sollen unwissend bleiben und nicht zu sehr geschult werden — man spricht nur formell von der Ausbildung der Koreaner. Folgende Fälle beweisen dies. Im offiziellen Jahrbuch für 1917 wird die Anzahl der öffentlichen Schulen für Koreaner mit 526 angegeben, d. h. eine Schule auf 31 650 Einwohner (die koreanische Bevölkerung betrug in jener Zeit 16 648 129), während die Anzahl der Schulen, die für die Japaner bestimmt sind, 367 beträgt, d. h. auf je 874 japanische Ansiedler eine. (Die Zahl der Japaner in Korea betrug damals 320 938.) Hier die detaillierte Statistik.

Koreanische Schulen:

441	Vorschulen	mit 81 845 Schülern
7	Mittelschulen	„ 1 791 „
74	Elementarschulen für Landwirtschaft. Handel und Industrie	„ 2 029 „
1	medizinische Hochschule	„ 253 „
1	juristische „	„ 138 „
1	Industrieschule	„ 282 „
1	Forstschule	„ 72 „

Insgesamt 526 Schulen mit 86 410 Schülern.

Schulen für die Japaner in Korea.

342 Vorschulen	mit	37 911 Schülern
3 Mittelschulen	„	1 478 „
10 höhere Töchterschulen	„	1 648 „
7 „ Handelsschulen	„	899 „
1 orientalische Kolonialschule	„	15 „
1 Schule für Technik und Handel	„	513 „

Insgesamt 367 Schulen mit 42 467 Schülern.

Trotz dieser großen Ungleichheit in der Verteilung der Erziehung auf die beiden Bevölkerungsgruppen ließ die Regierung im gleichen Jahre 59 neue Schulen für die Japaner und nur 25 Schulen für die Koreaner bauen. Um den Koreanern in gleicher Weise die Schulung zu erleichtern, würde man nicht 526 Schulen, sondern 19048 brauchen. Man muß vor allem auch bei der Betrachtung der Statistiken die beinahe vollständige Ausschaltung des höheren Unterrichts in Betracht ziehen.

Der Unterricht wird in allen Schulen in japanischer Sprache erteilt. Im Jahre 1908 gab es in den öffentlichen Schulen 233 koreanische Lehrer gegenüber 63 japanischen; 1913 betrug die Zahl der koreanischen Lehrer 1138, die der japanischen 458, d. h. die relative Zahl der japanischen Lehrer ist im Wachsen begriffen.

Ein koreanischer Schüler muß zwei Drittel seiner Schulzeit darauf verwenden, die japanische Sprache zu erlernen, obwohl ihm dieselbe nach Verlauf eines Jahres geläufig ist. Welcher Grund besteht, in der Erziehung eines Koreaners und eines Japaners einen Unterschied zu machen? An der koreanischen Knabenschule ist der Unterricht der Geschichte und der Geographie Koreas verboten, ebenso die fremden Sprachen. Der Stundenplan der Klassen ist mit der Geschichte, der Geographie und der Literatur Japans ausgefüllt.

Seit der Annektierung ist kein koreanischer Student ins Ausland gegangen, außer nach Japan. Gelingt es ihm, im geheimen abzureisen, so kann er nicht mehr zurückkehren, da sein Name auf die Liste der „gefährlichen Personen“ gesetzt wird. Jeder von ihnen wird durch einen Detektiv der Regierung überwacht.

Die Zulassung von Koreanern zum Examen für die höheren Staatsdienste ist nicht erlaubt. Eine Ausnahme wird nur für einige Gerichtsfunktionäre gemacht, die mehr als Dolmetscher, als als Gerichtsbeamte Verwendung finden. Sie haben kein Recht, sich in die Angelegenheiten des öffentlichen Staatsanwalts einzumischen. Kein koreanischer Richter hat das Recht, den Fall eines Japaners zu prüfen. Ihre Löhne betragen ungefähr ein Drittel derjenigen ihrer japanischen Kollegen, die außer ihren Löhnen noch beträchtliche Entschädigungen erhalten, obwohl sie keine andere Schulung

durchgemacht haben wie die Koreaner. Die Koreaner sind so vollkommen von der Regierung ausgeschlossen, und haben auch nicht das Recht, Maßnahmen zu kritisieren, die gegen ihre Interessen, oft Lebensinteressen, getroffen werden. Die offizielle Statistik für 1924 gibt die Zahl der Funktionäre der Regierung wie folgt an:

Zahl der Funktionäre	Betrag der Gehälter
Japaner 30 433	32 529 575 Yen
Koreaner 19 920	10 352 960 „

Die Bevölkerung Koreas verteilt sich im gleichen Jahre auf die beiden Gruppen wie folgt:

Japaner	411 595
Koreaner	17 619 540

Das Verhältnis der japanischen Funktionäre zur japanischen Bevölkerung kann mit 1 : 10 bezeichnet werden, im Vergleich zum Verhältnis der Zahl der koreanischen Beamten zur koreanischen Bevölkerung, das 1 : 1000 beträgt.

Die Wirtschaftspolitik und die Kolonisierung.

Man kann in erster Linie in Korea nicht von einer ökonomischen Freiheit sprechen. Beinahe jede begüterte Familie ist gezwungen, einen japanischen Kontrolleur bei sich zu haben, der die Verwaltung des Besitztums und der Finanzen überwacht. Die Koreaner, die Depots in den Banken haben — die übrigens alle japanisch sind — können denselben keine größeren Summen entnehmen, ohne den Direktoren der Bank anzugeben, zu welchen Zwecken das Geld Verwendung finden sollte. Der offizielle Druck auf die freie Betätigung von Handelsgeschäften oder industriellen Unternehmungen ist vernichtend. Alle Kaufleute oder Unternehmer sind verpflichtet, vom Generalgouverneur vor Eröffnung eines Unternehmens eine Bewilligung einzuholen, deren Erteilung lange Zeit in Anspruch nimmt und die mühsam zu erreichen ist.

In Korea ist das Gefühl für Bodenbesitz sehr stark, es ist eines der Elemente des koreanischen Patriotismus. Dieser Instinkt des Bauern und Pächters ist ein Hindernis für die japanischen Kolonisierungsbestrebungen, da die besten Felder in Händen der koreanischen Bauern sind, so daß ihre Enteignung eines der wichtigsten Ziele der japanischen Politik ist. Um dies durchzuführen, wurde 1908 eine Gesellschaft gegründet (mit einem Kapital von 10 Millionen Yen, von welcher Summe die 60 000 Yen Obligationen, die von der damaligen koreanischen Regierung verlangt wurden, durch die besten öffentlichen Domänen garantiert sind) unter der Leitung der japanischen Regierung, die sie mit einer jährlichen Subvention von

250 000 Dollar aus dem Kaiserlichen Schatzamt unterstützt. Nach einem Artikel des „New York Times“ vom 26. Januar 1919 ist das Ziel der Gesellschaft, in Korea Japaner anzusiedeln, die sich im eigenen Lande keine Situation schaffen können. Jedem dieser Emigranten werden die Spesen seiner Übersiedlung nach Korea bezahlt, es wird ihm eine Wohnung verschafft mit einem Bodenanteil zum Bebauen, ebenso die notwendigen Vorräte, Sämereien usw. Die Gesellschaft kauft den koreanischen Bauern den Boden ab. „Hier,“ wird in diesem Artikel weiter berichtet, „greift die japanische Regierung nach asiatischer Methode ein. Die finanziellen Transaktionen wickeln sich in Seoul ab in der unter der Kontrolle der Regierung stehenden Bank von Chosen. Diese mächtige Organisation, die nur mit der Bank von England, dem amerikanischen Schatzamt oder der Bank von Frankreich verglichen werden kann, zieht mit Hilfe ihrer zahlreichen Filialen den ganzen Geldverkehr des Landes an sich und setzt dadurch den Wert des Bodens herab. Anderseits müssen die Koreaner, um ihre Steuern zu bezahlen und existieren zu können, ihre Ländereien verkaufen; dadurch vollzieht sich das Fallen der Preise des Bodens viel rascher und die Agenten der Bank kaufen diese Ländereien infolge der zahlreichen Angebote zu einem Fünftel ihres reellen Wertes.“

Mehr als ein Fünftel der fruchtbarsten Gebiete Koreas befindet sich in den Händen von japanischen Einwanderern, die damit infolge der Operationen dieser Bank versehen wurden.

Mehr als 35 000 japanische Familien wurden innerhalb zehn Jahren angesiedelt. Was machen die koreanischen Bauern, die ihren Boden verkauft haben? Arbeiten sie im Handel oder in der Industrie? Wie diese monstruöse Politik der Bewilligungen für derartige Unternehmen überwinden? Es bleibt ihnen leider nichts anderes übrig, als ihr teures Vaterland zu verlassen und ihr tägliches Brot und ihre geistige Freiheit in den trostlosen Gegenden der Nordmandschurei zu suchen. Nach kürzlichen Berichten sind in der zweiten Hälfte des Monats November 1926 täglich Hunderte ausgewandert. Die Zahl der koreanischen Bauern in der Mandschurei hat schon vor langer Zeit eine Million überschritten. Kurz gefaßt bedeutet die Politik der „Compagnie zur Entwicklung des Ostens“ die Vertreibung der Koreaner und die unbegrenzte Einwanderung von Japanern.

Die Arbeit.

Der Arbeiter leidet am meisten unter den durch die Regierung getroffenen Maßnahmen, weil er gezwungen werden kann, ohne Bezahlung zu arbeiten. Um nur ein charakteristisches Beispiel zu geben, sehen wir einmal zu, wie die Regierung neue Straßen baut. Diese werden keineswegs gebaut, um den Handel und die Industrie zu entwickeln, sondern zur Erleichterung der militärischen Operationen und zur besseren Zirkulation der Polizei. Ohne

irgendwelche Erwägung, erbarmungslos, bezog sich die Regierung auf das Gesetz zur Enteignung des Bodens. Die Arbeiter sind gezwungen, für den Bau von Straßen ohne Entlöhnung zu arbeiten. Ohne irgendwie Rechnung zu tragen, ob irgendwelche Tage dazu für die armen Arbeiter und unbezahlten Bauern ungünstig sind, müssen diese an den von den Behörden bestimmten Tagen arbeiten. Der charakteristische Geist, aus welchem heraus der Bau von Straßen erfolgt, ist folgender: Die Pläne werden aufgestellt, die Befehle gegeben, die Leute bestellt und ihnen befohlen, mit der Arbeit anzufangen, welches auch die Ungerechtigkeiten und Schäden sein mögen, die dadurch dem Volke gegenüber begangen werden. Auf seine Klagen antwortet man mit Verweisen, ihren Bitten mit Geißelhieben, und diejenigen, die widerstehen, werden einfach ins Gefängnis gesetzt. Daraus ergibt sich, daß man einerseits Straßen bauen will, damit sich die japanischen Truppen besser bewegen können und anderseits verhindert man mit diesen den Bau von Straßen durch die schon erwähnten Maßnahmen.

Die Lebenshaltung der Arbeiter verschlechtert sich von Jahr zu Jahr. Nach einer Statistik aus dem Jahre 1924 beträgt das Einkommen eines koreanischen Landarbeiters kaum etwas mehr als 12 Yen, was ungefähr 20 Mark ausmacht. Denken Sie daran, daß mehr als 10 Millionen Landarbeiter mit einer solchen geringfügigen Summe während eines ganzen Jahres auskommen müssen!

Dies sind die wichtigsten Tatsachen, die sich aus der Herrschaft Japans über Korea ergeben. Ohne unsere Untersuchung weiter zu treiben, gibt uns dies schon ein genügendes Bild über die imperialistische Kolonialpolitik Japans in Korea, das wohl die verbrecherischste und schändlichste Politik von all den internationalen Briganten betreibt. Die Zeit ist gekommen, diese Politik zu richten, dieses Verbrechen, das die Menschheit mit Schande bedeckt und die Zivilisation degradiert.

Resolution über Korea.

(Siehe Anhang B.)

XI.

Der italienische Faschismus.

Eine Ausdrucksform des Imperialismus.

Im Namen der italienischen Vertretung ergreift

Guido Miglioli (Italien),

ehemaliger Abgeordneter und Führer der katholischen Bauernbewegung in Italien, das Wort:

Es ist selbstverständlich, daß auf diesem internationalen Kongreß der unterdrückten Völker ein Italiener, zwar nicht als Vertreter eines Kolonialvolkes, sondern eines kolonisierten Volkes das Wort ergreift, denn wo man über kapitalistische Tyrannei spricht, darf man das Land nicht übergehen, in dem diese Tyrannei die schärfsten, raffiniertesten und brutalsten Formen angenommen hat.

Aber nicht nur deswegen greifen wir in die Diskussion ein. Zwischen der Lage in Italien, der Politik der Unterdrückung, die der Faschismus großen Schichten der Bevölkerung gegenüber anwendet, und der kolonialen und imperialistischen Außenpolitik des Faschismus bestehen enge Beziehungen, die Beziehungen von Ursache und Wirkung.

Dieser Kongreß tagt zu einer Zeit, wo sich die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die Ereignisse in China konzentriert. Wie uns die Reden der verschiedenen Delegierten hier gezeigt haben, keimt in allen Kolonialvölkern der Wille zur Befreiung. In China ist eine ungeheure Revolution im Gange. In China vollzieht sich jetzt ein entscheidender Schritt in der Geschichte der Befreiung der Menschheit. Gegen diese Bewegung schickt der italienische Faschismus in seiner großsprecherischen Überhebung seine Schiffe und seine mörderischen Waffen.

Vor fünf Jahren versuchten in Washington die am stärksten an der kapitalistischen Vorherrschaft über die orientalischen Völker interessierten Mächte die Gegensätze im Stillen Ozean, wenigstens für eine gewisse Zeit, auszugleichen. Aber wie bei allen Übereinkünften zwischen imperialistischen Regierungen, wurden damit nur neue Verstimmungen verursacht und die

Gegensätze verschärft. England begriff, daß sich seinen alten Privilegien die Begehrlichkeit der jungen konkurrierenden Staaten entgegenstellte, und war gezwungen, seinen Vormarsch im Orient aufzuhalten. Dieser ganze Weltteil wurde durch mehr oder weniger radikale Freiheitsbewegungen von Sowjetrußland bis Turkestan und von Persien bis Afghanistan erschüttert. Nur in diesem gigantischen Rahmen gesehen, kann man die chinesische Revolution ernsthaft deuten.

Anderseits fühlt sich der Kapitalismus der Konservativen in England, der mit der imperialistischen Vorherrschaft fest verbunden ist, durch die Ereignisse im Osten bedroht und sucht seinem Schicksal zu entgehen oder wenigstens das drohende Verhängnis hinauszuschieben. Zu diesem Zweck mußte er den Verdacht und das Mißtrauen der konkurrierenden imperialistischen Mächte zu vermeiden oder zu zerstreuen versuchen. Er brauchte dazu Werkzeuge, Abenteurer, die er vorschieben konnte. Das waren die Faschisten, die für jede Schurkerei zu haben sind. Die ganze Mussolini-Presse bemüht sich, die öffentliche Meinung unseres Landes für eine bewaffnete Intervention in China vorzubereiten.

Die Argumente, deren sich der Faschismus bei dieser Propaganda bedient, sind erstens die Verteidigung der wirtschaftlichen und Handelsinteressen Italiens, zweitens die Beschützung der italienischen Bürger, die durch die revolutionären Streitkräfte bedroht seien. Aber da dies alles nicht genügt, um der faschistischen Geste einen „napoleonischen" Anstrich zu geben, so propagiert man die Losung: „In China kämpft man für die europäische Zivilisation gegen orientalische Barbarei." Das offizielle Organ des Faschismus behauptet, daß die Agitation in China nur eine Volksbewegung dunkler Herkunft mit unbestimmtem Ziel sei, die durch düstere Leidenschaften hervorgerufen wäre. Wir brandmarken vor dem Kongreß diese unverschämten Erklärungen, diese gemeine Fälschung einer strahlenden Wahrheit.

Reinigen wir zuerst den Boden von den sogenannten „wirtschaftlichen Interessen", und gehen wir von einem Gesichtspunkt aus, der keineswegs der unsrige ist. Die letzte Statistik über die Einfuhr in China aus dem Jahre 1923 verzeichnet eine Einfuhr aus England von 248 Millionen Taels, aus Japan von 211 Millionen Taels, U. S. A. 154 Millionen Taels, aus Indien für 55 Millionen und aus Italien von nur 3 Millionen 750 000 Taels. Von 186 000 Handelsschiffen, die chinesische Häfen anliefen, waren 40 075 englische, 25 281 japanische, 3670 amerikanische und nur 30 italienische.

Was die Verteidigung der europäischen Zivilisation angeht, erklären wir, daß diese Zivilisation wohl sehr tief gefallen sein muß, wenn sie als Beschützer eines Regimes des Faschismus bedarf. Wir glauben, daß die chinesischen Proletarier nichts von dem Faschismus zu lernen brauchen, und wir hoffen, daß ihre Revolution auf immer für sie die Gefahr beseitigt, einer derartigen „Zivilisation" zu verfallen. Der Faschismus bedient sich

noch eines anderen Vorwands und erklärt, daß er in China die katholischen Missionen verteidigen will. Über diesen Punkt will ich sehr offen sprechen, um so mehr, als ich dieser Tage in einer wichtigen belgischen katholischen Zeitung mit tiefem Schmerz einen Artikel gelesen habe, der diese Politik verteidigte. Wir sagen, daß der Faschismus, der in Italien die Priester verfolgt und die katholischen Organisationen zerstört, keinerlei Recht hat, in dieser Frage zu intervenieren.

Die katholischen Missionen laufen keinerlei Gefahr in China, solange sich ihre Priester nicht auf die Seite der kapitalistischen Unterdrückung stellen und deren hinterlistiges und schädliches Werkzeug werden. Wir sind überzeugt, daß, wenn dem chinesischen Volk seine Freiheit wiedergegeben, es zwischen denen, die Apostel eines großen Glaubens, und denen, die Agenten des Imperialismus sind, unterscheiden wird. Gegen diese wird es ein unversöhnlicher Feind sein, jenen gegenüber jedoch wird es sich großmütig zeigen.

Aber die ernsteste Seite des faschistischen Eingreifens besteht darin, daß, wenn die englisch-italienische Übereinkunft dem Faschismus die Rolle eines Agent provocateur der englischen Regierung in China übertragen hat, sie gleichfalls England die Verteidigung des italienisch-albanesischen Paktes, dessen Annullierung man eben bei dem Völkerbund beantragt hat, auferlegt. England hat in dem Faschismus das gefügige Werkzeug für seine imperialistische Politik gefunden, aber gleichzeitig nährt es den italienischen Imperialismus, der, als Imperialismus eines armen Landes, das sich fortwährend in einem Zustand wirtschaftlicher und sozialer Krisen befindet, bereit ist, jede Gelegenheit, um Krieg und Raub zu treiben, aufzugreifen.

Aus der Allianz dieser beiden imperialistischen Länder rühren her: der Vertrag, der Albanien zu einer Kolonie machen und neue Unruhen auf dem Balkan verursachen wird; der Vertrag über die Aufteilung Abessiniens und die Übereinkunft über die Oase Djaraboub, über Somaliland und über die Landstriche jenseits Djouba.

Mit der Ergreifung der Macht durch den Faschismus wurden die Methoden der italienischen Kolonialpolitik radikal geändert. Alle Versprechungen und selbst die Verpflichtungen für konstitutionelle Reformen, die der arabischen Bevölkerung einige schwache Rechte gesichert hätten, wurden öffentlich abgeleugnet. Eine „starke" Politik setzte ein, d. h. an Stelle eines verschleierten Raubes setzte man den offenen, brutalen. An die Spitze stellte man faschistische Führer, die wegen ihres Vorgehens gegen die italienischen Arbeiter berüchtigt waren: nach Somaliland sandte man De Vecchi, der für die Massakers im Dezember 1922 in Turin verantwortlich ist, nach Libyen De Bono, einen der mit der Ermordung Matteottis Beauftragten. Sie führten ihre Aufgabe mit dem Eifer durch, den man von ihnen erwartete.

Hieraus geht klar hervor, daß die Massen der Arbeiter und Bauern Italiens und die Massen der Kolonien in Afrika gemeinsame Interessen an dem Befreiungskampf vom Faschismus haben. Die italienische Delegation macht den Kongreß aufmerksam, daß der italienische Faschismus ein immer gefährlicheres Element in der allgemeinen Politik der Imperialisten und der kolonialen Unterdrückung darstellt.

Der italienische Faschismus versucht, im Ausland eine Ablenkung von der innern Krise zu finden, in die er das Land hineingebracht hat. Je mehr sich diese Krise verschärft, um so mehr wird der Faschismus gezwungen sein, seine Ziele über die Grenzen hinauszutragen und sich in die erste Linie des internationalen Abenteurertums zu stellen. Darum werden wir auch durch die Bekämpfung des Faschismus in Italien und durch die Mobilisierung der breiten Massen gegen ihn im Innern des Landes auch seinen imperialistischen und kolonialen Vormarsch aufhalten. Wir sind berechtigt, dem Kongreß und den Vertretern der chinesischen Revolution zu versichern, daß die italienischen Arbeiter für das Abenteuer in keiner Weise verantwortlich sind. Im Gegenteil, die Arbeiter und freien Geister Italiens bezeugen den Kämpfern in China und allen Opfern der kapitalistischen Unterdrückung ihre brüderliche und aktive Solidarität. Der Kongreß möge die richtige Parole herausgeben. Die italienischen Arbeiter werden trotz ihrer schrecklichen Lage antworten.

Resolution der italienischen Delegation zur Kolonialpolitik des Faschismus.

Die italienische Delegation am Brüsseler Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus drückt die brüderliche Solidarität der Arbeiter und freiheitlich gesinnten Elemente Italiens mit dem chinesischen Freiheitskampf aus, und protestiert gegen jegliche Intervention der italienischen Regierung in China.

Sie brandmarkt den zwischen dem englischen Imperialismus und italienischen Faschismus geschlossenen Pakt, dessen Folgen

1. Eine gemeinsame Politik gegen die Unabhängigkeit Chinas;
2. Die eigenmächtige Besitzergreifung der Oase Djaraboub und des jenseits des Djouba gelegenen Gebietes;
3. Die Teilung Abessiniens in zwei Interessensphären;
4. Der italienisch-albanische Pakt zur Kolonisierung Albaniens und Vorbereitung des Balkankrieges

sind.

Sie erinnert das englische Proletariat, daß die Regierung seines Landes die schwere Verantwortung für eine Politik trägt, die einerseits die Unterdrückungsherrschaft über die italienischen Arbeiter und andererseits in der Welt eine Reihe neuer Kriegsgefahren heraufbeschwört.

Sie bestätigt, daß der Kampf gegen den italienischen Faschismus (der soeben bis in die afrikanischen Kolonien die Ausnahmegesetze der faschistischen Herrschaft gebracht hat) zu gleicher Zeit ein Kampf ist, um eines der gefährlichsten Instrumente des Imperialismus und der kolonialen Unterdrückung zu zerbrechen.

XII.

Der Kolonialhunger des neuen deutschen Imperialismus.

Im Auftrag der deutschen Delegation führt der bekannte Dichter,

Ernst Toller (Deutschland),

folgendes aus:

Vor einigen Tagen sprach hier ein Kamerad aus Afrika die Worte: „Wir haben genug von der Zivilisation!" Gestern schilderte uns ein Negerkamerad mit erschütternden Worten die Lage seines Volkes, die schlimmer ist als Sklaverei, denn für die wirklichen Sklaven sorgte der Eigentümer, für den Kolonialmenschen hingegen sorgt der Imperialist nicht. Der Kolonialmensch ist ihm nur Ware, die er verschleißt und wegwirft. Auch die Blindesten begreifen, was die Zivilisation den kolonialen Völkern gebracht hat, was sie für sie bedeutet. Die Zivilisation hat ihnen Maschinengewehre und Syphilis, Alkohol und Giftgas gebracht. In den Händen der Mächtigen ward die Zivilisation zum barbarischsten aller Götzen, zu einem Götzen, dem Hekatomben von Menschenleibern geopfert wurden. Im Namen der Zivilisation wird ein neuer Krieg vorbereitet, ein Verbrechen, noch furchtbarer als das Verbrechen des Weltkrieges. Aber wir rufen den Mächtigen der Erde zu, wir, die wir das Blutantlitz des Krieges nicht vergessen haben: „Genug! Genug! Wir sind nicht mehr Eure Schachfiguren, unsere Länder sind nicht mehr bunte Atlasfetzen, die man aufteilen kann nach politischen Interessen und taktischer Laune. Ihr gebt vor, die Zivilisation zu verteidigen, aber Ihr habt noch immer und überall die wahre Zivilisation verfolgt, überall, im Orient und in Europa. Ihr habt überall seit Jahrtausenden alle Menschen, die für die Wahrheit, die für den Geist fochten, verfolgt, eingekerkert, hingerichtet, auf der Flucht erschossen. Ihr habt gar keinen Anspruch darauf, Euch mit patriarchalischer Geste als Heilbringer zu fühlen. Viele seiner tiefsten Ideen hat Europa vom Orient als Geschenk erhalten. Wir sind keine Romantiker, wir wissen genau — das hat uns die grausame Erfahrung des Krieges gezeigt —, daß der Geist blinden Gehorsams, der Geist der Knechtseligkeit die Völker regiert, daß im Rausche des Tages, im Taumel der Hetzlügen

die Menschen sich betäuben lassen und dem Rufe ihrer verbrecherischen Regierungen folgen und wahrscheinlich weiter folgen werden. Aber wie einst in Deutschland Karl Liebknecht, als er seine Stimme gegen den Krieg erhob, ein Einzelner war, den man verlachte, und dessen Stimme anwuchs zum drohenden Ruf und zur Tat der Millionen, so wird in einem neuen Kriege, wenn Ihr ihn wagt, Ihr Mächtigen der Erde, die Stimme der Wenigen, die sehend sind im Beginn, zur Stimme und Tat der Millionen werden und Euren Untergang um so rascher herbeiführen!

Ja, seien wir uns dessen bewußt: der Geist der Knechtseligkeit regiert ebenso Europa, wie er heute auch den Orient leider noch regiert. Wie in europäischen Ländern proletarische Soldaten es waren, die proletarische Rebellen erschossen haben, so waren Neger und Chinesen, Ägypter und Anamiten noch immer die gefügigsten Werkzeuge des Imperialismus gegen ihre revolutionären Brüder. Aber dieser Kongreß ist eine Verpflichtung für alle, die daran teilnehmen, für alle, die davon hören. Dieser Kongreß, diese Tagung muß wie eine ewige Flamme Europa und dem Orient leuchten. Er muß die Verachtung des Mexikaners gegen den Chinesen, die Verachtung des Ägypters gegen den Neger, die Verachtung des Arabers gegen den Juden zerstören. Würde die Befreiung der Völker nur dazu dienen, daß an Stelle der Kriege der Imperialisten die Kriege der Nationen untereinander begännen, dann wäre die Welt nicht vorwärtsgekommen.

Es gibt einen Imperialismus des Geistes, den auch wir wollen. Wir wollen, daß unserer Idee der Gleichheit der Rasse, der Freiheit der Völker, der Brüderlichkeit der Menschen die Welt erobert. Ich spreche hier als Deutscher, also für ein Land, das gegenwärtig keine Kolonien besitzt. Aber diese Tatsache ist wahrlich keine Tugend Deutschlands. Die deutschen Imperialisten waren gezwungen, ihre Kolonien aufzugeben. Schon morgen wären sie mit tausend Freuden bereit, über den kleinsten Kolonialfetzen zu jubeln und Tausende von Soldaten in die Armee des Imperialismus gegen den Orient einzureihen. Aber ich weiß, ich spreche hier für das werktätige Volk Deutschlands, wenn ich erkläre, das werktätige Volk Deutschlands, das Proletariat Deutschlands, wird die Pläne der deutschen Imperialisten durchkreuzen; wenn es seine Kämpfer stellt, so stellt es sie für die Befreiung der Welt von allem politischen und sozialen Unrecht, nicht für ihre Unterdrückung. Es ist unverständlich, daß unsere deutschen Sozialisten, daß unsere deutschen Gewerkschaften nicht die Bedeutung dieses Kongresses erkennen und nicht einmal einen Vertreter hierher gesandt haben. Es ist unverständlich, daß die Internationale von Amsterdam, daß die Gewerkschafts-Internationale die gigantische Bedeutung dieses Kongresses so verkannt hat, daß sie sich nicht einmal offiziell hier vertreten ließ.

Kameraden, im Namen der deutschen Delegation habe ich folgende Erklärung vorzulesen:



Die deutsche Delegation

Von links nach rechts sitzend: Alfons Paquet, Frankfurt a. M.; Frau Dr. R. Adler, Wien; Frau Ledebour; Professor Dr. Alfons Goldschmidt, Berlin; Arthur Holitscher, Berlin; Professor Resch, Remscheid; Bachmann, Arbeitersekretär, Berlin. Stehend von links nach rechts: Putz, M. d. R.; Heckert, M. d. R.; Münzenberg, M. d. R.: Köhnen, M. d. R.; Georg Ledebour, Berlin; Frau Dr. Helene Stöcker, Berlin. Rechts äußerste Seite: Lehmann-Rußbüldt, Delegierter der Deutschen Liga für Menschenrechte



Erklärung der deutschen Delegation.

„Die auf dem ersten Kongreß der Liga gegen koloniale Unterdrückung in Brüssel versammelte deutsche Delegation kam zu folgender Entschließung:

Wir verfolgen den in der ganzen Welt vor sich gehenden Freiheitskampf der unterdrückten kolonialen Völker mit tiefer Bewunderung und in der Hoffnung auf den Endsieg ihres Kampfes für die Sache der ganzen, arbeitenden Menschheit.

Die heute in Deutschland immer mehr wachsende Propaganda für die Wiedererwerbung von Kolonialbesitz halten wir für falsch und gefährlich; eine neue Kolonialpolitik, einerlei in welcher Form, wird das deutsche Volk unweigerlich in die bevorstehenden blutigen, imperialistischen Kriegskonflikte hineintreiben. Die Zeit der Kolonialpolitik ist vorüber.

Selbst wenn Deutschland wieder Kolonien erhielte, würde damit an der schweren wirtschaftlichen Lage seiner arbeitenden Bevölkerung nicht das Mindeste geändert. Die um ihre Befreiung kämpfenden Kolonialvölker sind auch die Bundesgenossen der schaffenden Bevölkerung Deutschlands.

Wir rufen das gesamte arbeitende Volk auf, von seinen wirtschaftlichen und politischen Organisationen eine entschiedene Stellungnahme gegen jede neue Kolonialpolitik zu fordern."

Ich komme zum Schluß. Dieser Kongreß hat als gigantischer, demonstrativer Akt einer Milliarde Menschen eine immense Bedeutung. Morgen wird dieser Kongreß eine Weltmacht sein. Was hier geschieht, wird den Schlummer der Herren Mussolini und Primo de Rivera, der Herren Chamberlain und Poincaré empfindlich stören. Hier wird der wahre Völkerbund geschaffen, in dem es weder Herren noch Knechte, weder Ausbeuter noch Ausgebeutete, weder weltpolitische Subjekte, noch weltpolitische Objekte gibt. Es lebe der Völkerbund von Brüssel!

Dr. phil. Helene Stöcker (Deutschland)

spricht als Delegierte des deutschen Friedenskartells:

Ich habe die große Freude und Ehre, dem Kongreß die Grüße von zwei großen Organisationen zu überbringen — groß nicht in dem Sinne wie die Trade Unions, die Millionen von Arbeitern hinter sich haben, aber groß in dem andern Sinne, daß auch sie sich über Länder erstrecken. Sie stellen zwar noch eine Minorität dar, aber doch eine Minorität, von der wir hoffen, daß sie auch in möglichst baldiger Zeit eine Majorität werden wird. Es ist das einmal die „Internationale der Kriegsdienstverweigerer" in London und zum andern das „Deutsche Friedenskartell". Das Deutsche Friedenskartell hat 23 Organisationen in Deutschland vereint, die den Kampf gegen Krieg und Unterdrückung aufgenommen haben, und die in ihrer großen Majorität nicht mehr arbeiten und ihre Gesinnung haben im Sinne des alten bürgerlichen Pazifismus, sondern die sich durch die Erlebnisse des Krieges und der Nachkriegszeit klar darüber geworden sind, daß der Kampf gegen

den Krieg nur geführt werden kann, wenn er zugleich ein Kampf ist gegen Kapitalismus und Imperialismus. Die Internationale der Kriegsdienstverweigerer, deren Grüße ich auch zu überbringen habe, ist eine Organisation, aus der Männer hervorgegangen sind, wie Sie sie ja in diesen Tagen so wundervoll erlebt haben, wie unsere Freunde Lansbury und Brockway, und ich glaube, der größte Teil derer, die zu der Englischen Unabhängigen Arbeiterpartei gehören. In ihrer Gesinnung des aktiven Widerstandes gegen den Krieg, des Nichtteilnehmenwollens am Kriege, haben sie nicht nur negative Resultate zu verzeichnen. Sie haben gesehen, wie sie schon nach dem Kriege damals dem Kriege gegen Rußland ein Ende gemacht haben, und wir haben jetzt so wundervoll und tröstend erlebt, wie aus dem Kreise dieser Männer und Frauen auch der Widerstand gegen den Krieg gegen China organisiert wird. Aus diesem selben Geiste heraus geboren ist auch jene andere Bewegung, die wir in Indien erlebt haben, und die ein großes moralisch-politisches Ergebnis, möchte ich sagen, für die ganze Welt gewesen ist, die Bewegung, die sich in Indien unter Führung von Ghandi gezeigt hat. Wir haben gesehen, daß auch ein großer nationaler Befreiungskampf mit Mitteln geführt werden kann, die denen der Gegner an Vornehmheit unendlich überlegen sind. Es ist vielleicht das tragischste Hemmnis für die Menschheit, daß die Befreiungskämpfe der Menschen nicht immer geführt werden konnten, wie wir das wünschen müssen, mit den reinsten und edelsten Mitteln, sondern daß so oft der unedle Gegner denjenigen, der für die Freiheit und für die höhere Entwicklung kämpft, zwingt sich zu denselben niedrigen und bösen Mitteln des Tötens, des Zerstörens, herabzulassen. Ich sage, das ist eines der tragischsten Hemmnisse. Wir müssen uns ganz klar darüber sein und müssen, wenn wir wirklich der Unterdrückung in der Welt ein Ende machen wollen, jedenfalls bis zum äußersten versuchen, das mit unseren Mitteln zu tun. Denn auch die Mittel bestimmen unser Ziel und verändern unser Ziel. Also wir müssen soweit als irgend möglich, eben um der höheren Ziele willen, auch die höheren Mittel anwenden. Wir haben gerade durch das Erlebnis in Indien gesehen, wieviel die Völker einander zu geben haben, und wir haben aus alledem, was wir in diesen Tagen hier Unvergeßliches erlebt haben, gesehen, daß eine ganz neue Art der Weltanschauung im höchsten Sinne sich in uns anbahnen muß. Wir haben gesehen, daß der Reichtum der Welt, der Reichtum an menschlichen Entwicklungsmöglichkeiten erst dann vollendet ist, wenn wir alle Völker zu ihrer vollen Entwicklung kommen lassen, wenn wir jedes Volk das dem Ganzen geben lassen, was es aus seiner besonderen Art, aus seinen besonderen Erlebnissen heraus, zu geben hat.

Da ich vielleicht eine der wenigen Frauen bin, die hier auf diesem Kongreß das Wort bekommen, darf ich wohl auch noch ein Wort nicht für eine unterdrückte Nation, aber für ein in manchem auch noch unterdrücktes

Geschlecht sagen. Ich möchte Sie alle bitten, die Sie für die Freiheit, für die Befreiung aller Nationen, aller Klassen kämpfen, vergessen Sie auch nicht den Kampf für die Freiheit und für die Entwicklungsmöglichkeit für das weibliche Geschlecht. Es gibt noch viele Freiheitskämpfe. Sie selbst werden das wissen, der Mensch ist nun einmal oft so einseitig eingestellt, daß er in einer Hinsicht ungeheuer freiheitsliebend und fortschrittlich ist, und auf einem anderen Gebiete, ohne daß er es selbst oft weiß, recht rückständig und egoistisch. Wenn wir wirklich diesen Kampf, der einer der größten und herrlichsten Kämpfe ist, die wir führen können, den Kampf gegen Imperialismus, gegen Unterdrückung irgend einer Nation, erweitern zu einem Kampf gegen Unterdrückung, gegen die Grausamkeit im Menschen gegenüber dem Menschen, dann können wir sagen, daß in der Tat mit diesem Kongreß einer der herrlichsten, einer der bedeutsamsten Kämpfe für die Befreiung der Menschheit begonnen hat.

In diesen Tagen wird das Andenken Beethovens gefeiert, und ich habe in diesen Tagen, während ich hier saß, immer an seine wundervolle Neunte Symphonie denken müssen, und ich möchte, daß unsere ganze Arbeit, die weiter geschieht, in diesem Sinne geführt wird, daß wir uns bewußt sind:

Alle Menschen werden Brüder!

XIII.

Die Verbindung der nationalrevolutionären Bewegung mit dem proletarischen Klassenkampf.

Hierüber spricht

Professor Alfons Goldschmidt (Deutschland).

Ich freue mich von ganzem Herzen, daß ich vor dieser ungewöhnlichen, dieser außerordentlichen und einzigartigen Versammlung sprechen darf, die eine Versammlung — das habe ich aus den Erklärungen schon vernommen — nicht so sehr der erwachenden, wie der schon erwachten Völker ist. Wir wenden uns hier gemeinsam, nationale und Arbeiterorganisationen, Gruppen aller Richtungen, gegen den gemeinsamen Feind, den Imperialismus, der unproduktiv die Welt beherrschen will. Nicht neu ist dieser Imperialismus, neu sind seine Dimensionen und seine Intensität. Es gab in gewissem Sinne schon im Altertum einen Imperialismus, und es gab auch eine Erhebung sozialer und nationaler Natur gegen diesen Imperialismus. Als Mazedonien gegen Rom kämpfte, und die sizilianischen Bauernsklaven Sizilien und seine Produkte unabhängig machen wollten von dem sie auffressenden römischen Markt, da waren das nicht nur soziale Bewegungen, sondern auch nationale Bewegungen, wenn auch nicht im heutigen Sinne des Begriffs Nation. — Wir haben die sozialen und zugleich nationalen Bewegungen im Mittelalter auf fast allen Kontinenten, und wir sitzen hier im Palais Egmont, der ein Symbol eines sozial-nationalen Kampfes gegen die spanische Unterdrückung ist. Die Kolonisierung der Welt erst am Mittelmeer und dann die universelle Kolonisierung, der Versuch den Globus sich zu unterwerfen, das ist eine logische Linie der Unterdrückungsversuche. Es ist heute nicht mehr die direkte Eroberung, die direkte Ausbeutung, die direkte Statthalterherrschaft, wie zur Zeit der Kolonien des alten Roms in Nordafrika, Spaniens usw., es ist nicht mehr die monopolistische Kolonisierung, wie zur Zeit der spanischen und portugiesischen Weltherrschaft, sondern es ist eine Kolonisierung mit anderen Mitteln: mit Verträgen, mit sogenannter Autonomie, mit Konzessionen, mit Kapitalsanlagen, eine Kolonisierung jedoch, die in ihrem Endeffekt, d. h. in der Verminderung der Freiheit und der Aus-

beutung der Arbeitskraft der unterdrückten und halbunterdrückten Völker, nicht geringer ist als die frühere Kolonisierung.

Ich sagte vorhin, schon im Altertum haben sich die sozialen, d. h. die eigentlichen produktiven Kräfte, meistens die Bauernkräfte und die Kräfte, die die Freiheit der Nation wollten, in ihren Ländern vereinigt zum Kampf gegen den damaligen Imperialismus. Diese Vereinigungen finden wir in der ganzen Geschichte der Kolonisierung dieser Erde, und wir finden diese Vereinigung auch in Europa in den Kämpfen um die Entlastung vom Druck der Innenkolonisierung, beispielsweise des Feudalsystems, das die Französische Revolution beseitigte. Als die Bauern in Frankreich, zusammen mit den Arbeitern und Kleinbürgern der Städte aufstanden, da war es nicht nur ein sozialer Freiheitskampf, sondern auch ein Kampf um die Selbständigkeit der französischen Nation gegen England. Und auch damals schon sehen wir, was wir heute wieder erleben, die Beschimpfung und Verleumdung dieser produktiven und freiheitlichen Kräfte, als aus Königsmund das Wort fiel, die Bauernschaft des revolutionären Frankreichs sei eine Horde von Banditen. — Als sich die Vereinigten Staaten gegen England erhoben, und als Monroe im Jahre 1823 seine berühmte Botschaft erließ, da war diese Botschaft noch getränkt vom revolutionären Geiste der Vereinigten Staaten, der heute nicht mehr vorhanden ist. Damals erkannte man noch die Freiheit aller amerikanischen Länder aus dem Herzen an, und es war noch nicht so, wie zur Zeit des Amtsantritts Wilsons im Jahre 1913, als er die Monroe-Doktrin erweiterte und nochmals diese Ideologie betonte, ohne daß sie einen praktischen Untergrund hatte. Denn 1913 hatte sich das Kapital der Vereinigten Staaten mitsamt den Machtmitteln des Nordamerikanischen Staates schon auf dem ganzen amerikanischen Kontinent mehr oder weniger verankert.

Als im Jahre 1810 Hidalgo in Mexiko die Indiobauern anführte mit dem Ruf: „Viva la Madona de Guadalupe y mueran los gachupines" („Es lebe die Madonna von Guadalupe, und es sterben die Spanier, die uns unterdrücken!"), da erließ er ein Dekret, das den Latifundisten den Acker nahm und ihn den Indios zurückgeben wollte, das aber zu gleicher Zeit ein nationales Dekret war, um die freie Arbeit in einem freien Mexiko gedeihen zu lassen. — All die Erhebungen des amerikanischen Kontinents, die zentrale Erhebung Bolivars, die Erhebung San Martins und die Nebenerhebungen waren soziale und nationale Aufstände. Es waren Völker, die erst ihre Grenzen suchen mußten, Grenzen, die Alexander VI. mit einem Federstrich vom päpstlichen Stuhl aus ihnen zugeteilt hatte. Diese Völker wollten in sich unabhängig sein, um ihre Probleme, ihre Gegensätze gegeneinander auszugleichen. Das war eine wunderbare Freiheitsbewegung in jener Zeit, und, da sie fern liegt, so wird sie auch von der imperialistischen Presse heute gefeiert. Es gibt wohl kaum ein großes imperialistisches Blatt der Welt, das die Französische Revolution nicht als einen Fortschritt anerkennt. Aber wenn heute in einem Lande der

Welt, in dem das Kapital eines imperialistischen Staates steckt, eine Revolution mit dem Charakter der Französischen Revolution sich erheben wollte, dann würde man diese Revolution unterdrücken.

Diese Freiheitsbewegung in Europa und in Amerika wurde beschnitten, verlangsamt, unterbrochen durch eine neue Kraft, die die alte monopolistische Kraft der Kolonisierungsländer in den kolonisierten Ländern zerbrach. Das war das Kapital, das mobile Kapital in Form von Geld, das mobile Kapital in Form von Verträgen und Konzessionen, ja, das mobile Kapital in Form der „Selbständigkeit" der Völker. Denn als Texas von Mexiko gerissen wurde und Kalifornien, Arizona, fast die Hälfte des Gebietes von Neu-Spanien, da sagten die Vereinigten Staaten: diese Länder wollen autonom sein und wir werden ihre Autonomie schützen. Heute sind diese Länder als Staaten den Vereinigten Staaten von Nordamerika einverleibt. Wir haben diese Vertrags- und Autonomiemethode des Imperialismus, die moderne, schleichende und vertragsmäßige Waffe des Großkapitals, nicht nur etwa in Form des Dawes-Vertrages, wir haben sie in Form des Vertrages von Corinth, in Form des Platt-Vertrages, in Form dieses entsetzlichen Panama-Vertrages, der im Juli vorigen Jahres niedergelegt worden ist und bedeutet, daß diese Schlagader Amerikas ganz und unverrückbar in die Hände des Imperialismus der Vereinigten Staaten kommen soll. Das ist aus der Monroe-Doktrin geworden.

Was bedeutet nun in ihrem Kern diese imperialistisch-kapitalistische Bewegung, weshalb geht sie vor sich, und weshalb wehren die Völker, die arbeitenden Menschen und alle nach Freiheit ihrer Länder und Nationen hungernden Menschen sich dagegen? Dieser Imperialismus entsteht, dehnt sich aus, dringt vor mit allen Mitteln, weil die Länder, von denen er ausgeht, sich durch ihr Großkapital selbst zerstören. Sie können nicht mehr existieren, ohne um sich zu greifen, nachdem sie die Arbeitskraft im Innern bis zum Existenzminimum heruntergedrückt haben, wenn es auch Schwankungen gibt und wenn die Kurven auch nicht gerade sind. Nachdem das geschehen ist und nachdem sie für ihren ungeheuren, bis zum Irrsinn gesteigerten Apparat nicht mehr genügend herausholen können, gehen sie in die Länder, wo die Arbeitskraft billiger ist, und beschlagnahmen die Arbeitskraft und ihre Produkte dort. Die ganze neuere Geschichte des Eindringens Englands nach Indien ist nichts anderes als die Geschichte der Angst des englischen Imperialismus, der Verteidigung gegen seinen Zusammenbruch auf Kosten der indischen Bauern, ausgedrückt in Geld, indem man mit Silber Rohprodukte in Indien kauft und sie gegen Gold in der Welt wieder verkauft. Aber der Zwischengewinn ist nach unserer Ansicht nicht in Geld zu fassen, sondern ist das ungeheure Quantum an Schweiß, Blut und Leben der indischen Bauern.

Und dasselbe, was der englische Imperialismus in Indien und in anderen

Ländern vornimmt, diese Saugarbeit, um sich zu verteidigen, unternimmt der amerikanische Imperialismus auf dem ganzen amerikanischen Kontinent, und beide zusammen in China. Weshalb wandern Tausende und Abertausende von Chinesen aus? Mir hat man in Habana erzählt, daß sie sich, weil man sie nicht hineinlassen wollte, in Särgen ins Land schleppen ließen. Weshalb wandern sie aus? Weil die beginnende Industriealisierung durch das imperialistische Kapital in China den Raum verengt, obwohl er gleich bleibt. Der Bauer hat denselben Raum, aber der Druck auf diesen Raum in Form von Steuern und Tributen aller Art steigt. Und wenn in einem Lande wie China für alle 400 Millionen Menschen an sich genügend Lebensraum vorhanden ist, so engt das imperialistische Kapital diesen Raum ein, preßt die Menschen heraus und treibt sie wie eine Angstwelle über die Erde. Ich habe Einwanderungstragödien in Amerika gesehen und ich habe mir gesagt: Wachen denn die Menschen nicht auf, und sehen sie nicht, daß die Maschinenvorhallen der Welt, Europa und die Vereinigten Staaten, die den Raum selbst verengt haben, nicht das Recht besitzen, nun die Menschen, die eine andere Zuflucht suchen, von sich abstoßen.

Ich sagte, daß der Kern dieses imperialistischen Vorgehens in der Welt nicht eine Steigerung der Produktivität sei, wie es in der Presse der Welt behauptet wird, sondern eine Senkung der wirklichen Produktivität in den imperialistischen Ländern. Und, da diese ihre steigende Last abwälzen wollen, damit auch in den Ländern, die ihr Kapital durchsetzt, und in denen es sich zur Erzielung einer festen Rente durch Verträge verankert. Was heißt das? Das heißt, daß wir hier gegen das Unrecht kämpfen, das sich dem Urrecht der Menschen entgegenstellt, nämlich gegen das Unrecht der Unproduktivität, und daß wir für die wirkliche Produktivität eintreten. Diese 15 Milliarden Dollar, die die Vereinigten Staaten in der Welt — und mehr als 4 Milliarden davon allein in Latein-Amerika — angelegt haben, und die vielen Milliarden, die England angelegt hat, das alles sind Angstgelder und Grausamkeits- und Unterdrückungsgelder. Denn es ist ein Gesetz der wirtschaftlichen Entwicklung, daß, je unfruchtbarer eine Wirtschaft ist, um so grausamer ihr technischer Apparat wird. Je mehr sie sich gegen den Ansturm der freien Produktivität verteidigen muß, um so mehr wird sie ihre Waffen schärfen und gerade mit Hilfe derjenigen, die sie ausbeutet und angreift. Ich sehe beispielsweise jetzt schon die kommende schwere Wirtschaftskrise der Vereinigten Staaten. Je näher die Krise, desto größer werden die Flotten, desto größer werden die Armeen, desto schärfer werden ihre Waffen. Das hat Spanien getan, als es Mexiko, Peru usw. eroberte. Spanien hatte damals den größten Apparat in der Welt, um seine Unfruchtbarkeit zu schützen. Das hatte vorher Rom getan, um seine Latifundienherrschaft zu schützen. Das tun heute die großen imperialistischen Länder der Welt, hauptsächlich England und die Vereinigten Staaten.

Wir sind nicht so naiv, daß wir das Gesetz der Entwicklung nicht sehen, wir wissen ganz genau, daß in diesen explosiven Kräften auch der Fortschritt enthalten ist. Aber da dieser Fortschritt begriffen ist in dem produktivsten Dung der Welt, in der arbeitenden Kraft, so muß diese arbeitende Kraft sich dagegen wehren, daß man ihr das Blut wegsaugt, zum Elend der ganzen Erde.

Wie groß ist diese Welt! Ich konnte — das war ein wahres Glück — in den letzten Jahren viel reisen und ich habe gesehen, was noch alles aus der Welt an Naturreichtümern geholt werden kann. Aber sollen wir die Ausbeutung dieser Reichtümer, die uns glücklich und friedlich machen könnten, einer Kraft überlassen, von der wir wissen, daß sie unproduktiv ist? Das können wir nicht! Denn damit vergingen wir uns gegen das Grundgesetz der Entwicklung der Welt. Wir können die Bildung der riesenhaften, in sich vertrusteten Gläubigerstaaten nicht dulden, wir können nicht einsehen, daß diejenigen, die man auf grausame, schleichende oder diplomatische Weise zu Schanden macht, immer mehr von dem verlieren, was ihr Eigen ist. Und so sehen wir denn auch, daß alles, was wahrhaft für die Freiheit der Arbeit innerhalb der Grenzen seiner Nationen und für die Verbindung dieser frei arbeitenden Nationen in der Welt ficht, heute in Bewegung geraten ist. Wir verkennen auch nicht, daß innerhalb dieser Bewegung Gegensätze vorhanden sind. Wir wissen, daß diese Gegensätze organisch sind, daß diese Gegensätze ausgetragen werden müssen. Aber wir wünschen, daß sie innerhalb freier Länder ausgetragen werden und nicht unter dem Druck von außen. Denn, je stärker der imperialistische Druck von außen ist, umso unfreier wird dieses Austragen der Interessengegensätze und der idealen Gegensätze, und umso unmöglicher wird die wahrhafte Befreiung der Nationen. Es soll keine Gläubigerstaaten und keine Schuldnerstaaten in diesem Sinne mehr geben, sondern einen freien Austausch der produktiven Kräfte und einen freien Austausch der nationalen Ideale, der nationalen Sitten. Und — das möchte ich hinzufügen — wir müssen hier mit aller Deutlichkeit aussprechen, daß für uns eine Rassenfrage nicht existiert. Wir müssen die Rassen begreifen vom Standpunkte des Imperialismus aus als eine soziale Kategorie. Der Imperialismus benutzt die Rassen als koloniale Arbeitskraft. Wenn die weißen Imperialisten von der schwarzen Rasse mit Verachtung sprechen oder von der gelben Rasse, meinen sie die Menschen, die für sie arbeiten sollen und die Hautfarbe kommt für sie in zweiter Linie. Sie ist nur ein Mittel, um ihre imperialistischen Angriffs- und Verteidigungszwecke zu verwirklichen. Ich habe wohl gehört und aufmerksam gehört, was man mir gesagt hat. Da gibt es beispielsweise eine Ideologie in Amerika gegen China und gegen die japanische Rasse, gegen die gelbe Rasse im allgemeinen. Und man mißt nun, man stellt sich hin und mißt mit psychotechnischen Apparaten die Qualität der Rassen ab und kommt natürlich zu dem Resultat, daß die anglo-saxo-

nische Rasse die beste Rasse der Welt sei, daß dann die romanische meinetwegen folge, die slavische Rasse, und die farbigen Rassen mißt man überhaupt nicht mehr, weil man sagt, das ist selbstverständliche Arbeitskraft für uns. Ja, allerdings, in diesem Augenblick, da wechseln auch diese Begriffe, jedoch es wechseln nicht die Bestrebungen des Imperialismus. Aus einem offiziösen Munde ist kürzlich von England her erklärt worden, daß England ja an sich nichts gegen die chinesische Revolution hätte, denn sie bedeute für England eine Erweiterung seines Marktes. Wenn die Chinesen eine Revolution machten, so würden die Engländer nachher an 400 Millionen Menschen ihre Waren verkaufen. Was heißt das? Das heißt, daß wir auch auf die Anerkennung der Revolution durch den Imperialismus achten müssen. Auch diese Fälle gibts, und das bedeutet, daß die imperialistischen Regierungen und ihre kapitalistischen Mitunterdrücker die Revolution als Aktivum einstellen. So sagen beispielsweise die Exportfabrikanten der Vereinigten Staaten, vielleicht identisch mit der demokratischen Partei: Wir haben nichts gegen eine gemäßigte Revolution in Mexiko, denn sie bessert die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft, und das ist für uns dasselbe, als wenn wir eine neue Kolonie hätten, das ist eine Erweiterung unseres Marktes.

So sehen Sie, wie vorsichtig, wie aufmerksam wir sein müssen und mit welch großer Klugheit, mit welchen Finessen wir vorgehen müssen, um all diese Zusammenhänge einer schon tausendjährigen immobilen und mobilen Tradition zu erkennen. Denn wenn wir imstande sind, diesen Apparat, seine seelischen Funktionen und seine motorisch-technischen Kräfte, zu durchleuchten, so sind wir auch besser imstande, ihn zu bekämpfen. Aber das ist — das spreche ich nochmals und mit aller Begierde, daß es Wahrheit werden möge, vor dieser Versammlung aus — die Grundbedingung, daß wir uns nicht untereinander die Hälse abwürgen. Denn wenn wir, die wir die Freiheit unserer Länder wollen und die Freiheit der Arbeitskraft und die Freiheit der ganzen Welt, wenn wir wirklich Brüder miteinander sind, wenn wir keine Rassen kennen und unsere Klassengegensätze zurückstellen im einigen Kampf, wenn wir ein organisatorisches Ganzes werden, dann allerdings sind wir eine ungeheure Kraft. Was heute hier geschieht ist die Demonstration des schon existierenden modernen lokalen und universellen Freiheitskampfes gegen den Imperialismus. Was geschehen muß, ist die Kolonisierung, d. h. die Zusammenfassung, das Praktische, die Organisation. Wir müssen unter uns auf diesem Wege einig sein, gerade, damit wir uns später, wenn wir frei sind, sagen können, was uns drückt — gegeneinander, wenn es sein muß —, wir müssen einig auf diesem Wege zu einem Weltbunde gegen den Imperialismus kommen. Deshalb müssen wir fordern: Durchleuchtung der Methoden des Imperialismus, seiner Geschichte, seiner Art, seines Denkens und seiner Waffen; Zusammenfassung aller dieser Kenntnisse zu einer Grundkenntnis, zu der Erhöhung des In-

stinktes, der ja schon erwacht ist, gegen den Imperialismus, zur bewußten Abwehr gegen ihn. Und darüber hinaus — das ist das Wesentliche — müssen wir alles sprengen, was uns noch auf den einzelnen Kontinenten eingeschlossen hält, uns blind macht für die übrige Welt. Wir müssen uns die Hände reichen gegen eine Kraft, die ja auch universell ist. Wenn sie die Welt vertrusten will, dann werden wir unseren Freiheitsdrang vertrusten.

Ich sage zum Schluß: Der Imperialismus des modernen, mobilen großen Kapitals der großen Gläubigerländer der Welt ist eine unproduktive Kraft. Er verhindert das Steigen der wirklichen Produktivität, soviel Produkte er auch schaffen mag. Er verhindert die Entwicklung der Freiheit der Nationen, die auf dem Grunde der Freiheit der Arbeit steht. Wir wollen ihn infolgedessen bekämpfen, und wir sind in keiner ungünstigen Situation. Denn so stark der Imperialismus scheint, in sich hat er die Krise des Kapitals, er hat die Krise des Kapitals in den Vereinigten Staaten, wo beispielsweise ein Unternehmen wie Ford, das die ganze Welt für unverwundbar hält, krampfhaft, mit allen Mitteln, Märkte sucht, und versucht, alles aufzusaugen, nur weil es als Einzelgebilde nicht mehr existieren kann. Da sehen Sie die Schwäche! Die Stärke des kapitalistischen Imperialismus, das sind die Waffen, die er aus der Schwäche holt, aus seiner Angst. Wir müssen die Schwäche begreifen, dann werden unsere Waffen auch stärker sein. Ich hoffe — so wundervoll ist dieser Kongreß bis jetzt verlaufen —, daß wir von hier gehen, von dieser historischen Stätte, wo Herzen auch einmal für die Freiheit des Landes gebebt haben, einig unter uns, mit dem Willen, uns fest zusammenschließen auf der Grundlage der Organisation, die wir schon hinterlassen, eine Brüderschaft, eine Farbe der Seele und der Haut gegen den Imperialismus, der die Welt zerstören will.

Resolution.

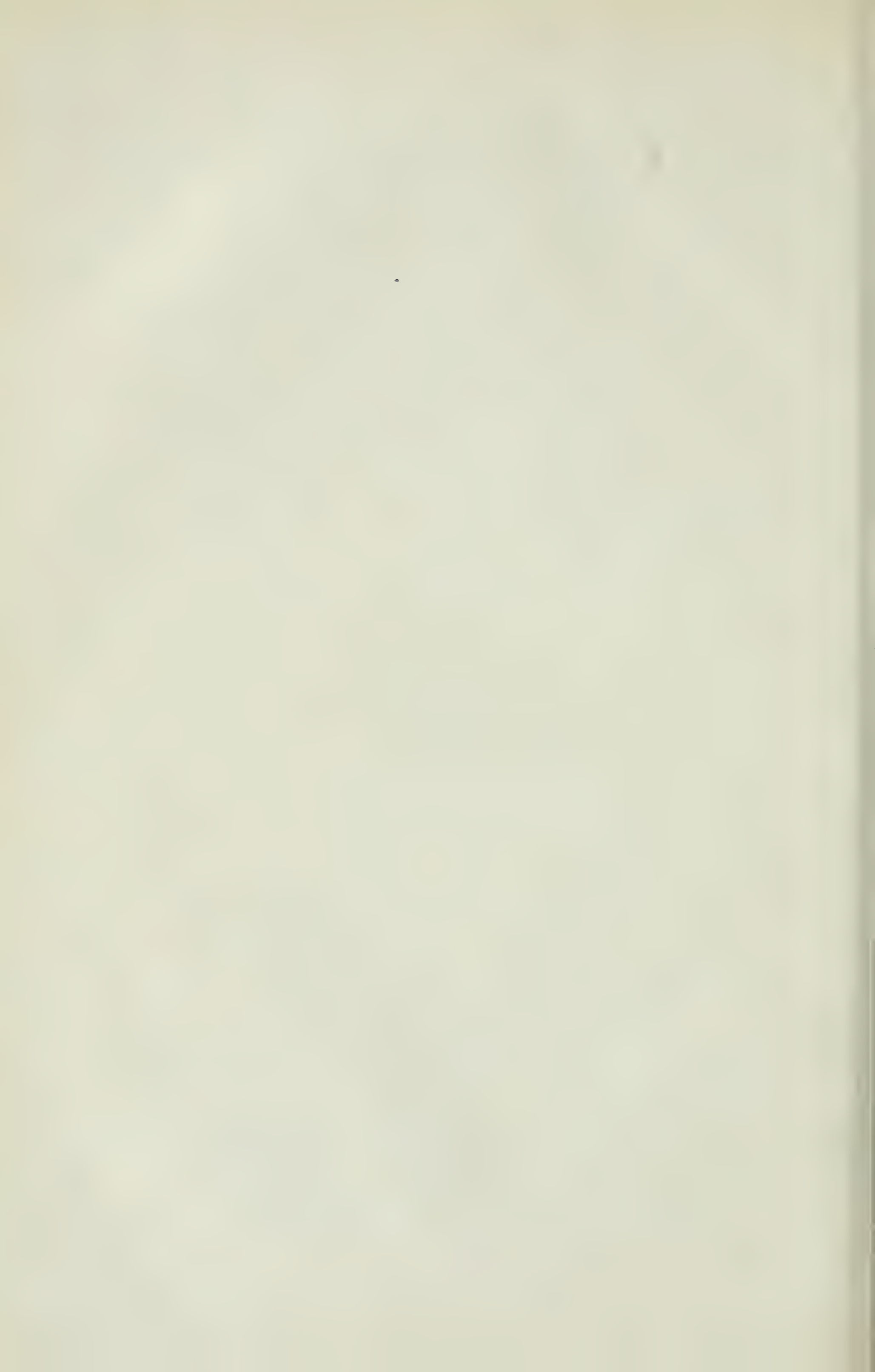
Der nationale Freiheitskampf und die Arbeiterklasse der imperialistischen Länder.

Zwischen der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder und der nationalrevolutionären Front der unterdrückten Völker besteht eine enge Kampfgemeinschaft, das Verhältnis eines Bündnisses. Dies folgt vor allem aus der Gemeinsamkeit des Feindes. Der Imperialismus ist nicht nur der Unterdrücker und Bedroher der kolonialen und halbkolonialen Völker und schwachen Nationen, sondern als die gegenwärtige Herrschaftsform des Kapitalismus auch der Feind und Unterdrücker der Arbeiterklasse in allen, auch den imperialistischen Ländern selbst. Indem die Arbeiterklasse der imperialistischen Länder für ihre wirtschaftliche und soziale Befreiung vom Joch des imperialistischen Kapitalismus kämpft, bekämpft sie denselben Feind, dem sich auch die unterdrückten Nationen gegenüber befinden. Daraus ergibt sich die Gemeinsamkeit der unmittelbaren Interessen und Ziele der Arbeiterschaft der kapitalistischen Länder und der um ihre Befreiung kämpfenden unterdrückten und bedrohten Nationen.

Die fortgeschrittene Arbeiterschaft der imperialistischen Länder weiß, daß sie selbst



Die indischen Delegierten und einige andere Kongreßteilnehmer



nicht frei sein kann, wenn sie an der Unterdrückung anderer Nationen beteiligt ist. Sie hat als Klasse kein Interesse am Weiterbestehen der imperialistischen Unterdrückung und Ausbeutung. Indem sie in ihren Heimatländern ihre eigene politische Herrschaft, den Sturz des herrschenden Kapitalismus und die Errichtung wirklicher Regierungen des arbeitenden Volkes anstrebt, bekämpft sie alle Profitinteressen der Kapitalisten. Der fortgeschrittene Teil der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder hat die ihr künstlich eingeimpften Rassenvorurteile, wie die Verachtung der Farbigen usw., längst abgestreift und erzieht die ganze Arbeiterschaft in diesem Sinne.

Die Arbeiterschaft der imperialistischen Länder und der Sowjet-Uniongebiete, wo sie bereits die Herrschaft erlangt hat, lieferte bereits wiederholt Beispiele ihrer Solidarität mit den kämpfenden und unterdrückten Nationen. Sie fühlt sich mit der Arbeiterschaft und den armen Bauernmassen der unterdrückten Länder durch die stärksten Bande der Klassensolidarität verbunden. Darüber hinaus muß sie aber mit allen gegen den Imperialismus kämpfenden Schichten der unterdrückten Nationen ein ehrliches und aufrichtiges Kampfbündnis gegen den gemeinsamen Feind eingehen.

Das Kampfbündnis der Arbeiter der imperialistischen und industriell hochentwickelten Länder mit der imperialistenfeindlichen nationalrevolutionären Front der unterdrückten Völker legt beiden Seiten eindeutige Pflichten auf, deren Nichterfüllung bei der Arbeiterschaft der herrschenden Nationen sowohl, wie auch bei den Massen der unterdrückten Nationen zur Schwächung des Bündnisses, zur Stärkung des Feindes, zum Entstehen eines gegenseitigen Mißtrauens führen kann. Pflicht der Arbeiterklasse der beherrschenden Nationen, ihrer politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen ist es, unablässig und energisch in Wort, Schrift und Tat für die Verwirklichung derjenigen Forderungen einzutreten, die von den nationalrevolutionären Freiheitsbewegungen formuliert und hochgehalten werden. Als Mittel zur Verwirklichung dieser Forderungen müssen die Organisationen der Arbeiterklasse alle Waffen des politischen und wirtschaftlichen Kampfes anwenden. Sie müssen in ihrer Aufklärungsarbeit die irrige Auffassung bekämpfen, daß die Arbeiterschaft oder ein Teil von ihr ein Interesse an der Unterdrückung und Ausbeutung der einen Nation durch die andere hätte. Sie müssen immer wieder betonen, daß die schonungslose Ausbeutung der unterdrückten Völker nur einer minimal geringen Schicht von Kapitalisten zum Nutzen gereicht, die Kosten des zur Unterdrückung nötigen Militarismus aber die werktätigen Massen, Arbeiter, Bauern, Handwerker und Kleinbürger in Form hoher Steuern zu tragen haben. Sie müssen gegenüber der schönfärberischen Verbrämung der imperialistischen Politiker und ihrer Soldschreiber, hinter der heuchlerischen Maske der Menschenliebe, des Pazifismus, der Zivilisationsverbreitung, der kulturellen Wende usw. die nackten Tatsachen der kolonialen und halbkolonialen Unterdrückung aufzeigen. Sie dürfen sich nicht durch imperialistische Phrasen irre machen lassen, einzelne rückständige Völker seien für eine Selbständigkeit noch nicht „reif". Ob in der Opposition, an der Regierunng beteiligt, oder an der Macht, muß die Arbeiterklasse und ihre einzelnen Organisationen jede Form und Verkleidung des Imperialismus entlarven und bekämpfen, sich überhaupt in der Presse, im Parlament und außerhalb des Parlaments jeder Regierung entgegenstellen, die der vollen Unabhängigkeit der unterdrückten Völker im Wege ist.

Neben dem ständigen Kampf für die Forderungen der unterdrückten Nationen müssen die Organisationen der Arbeiterklasse der beherrschenden Nationen im Falle akuter Kämpfe zwischen dem Imperialismus und den unterdrückten Völkern zu direkten Kampfmaßnahmen, zur Unterstützung der im Kampf stehenden unterdrückten Völker, zu Demonstrationen, Boykottbewegungen, Streiks, und jedem anderen, tauglichen Mittel greifen. Länderweise und durch internationale Zusammenarbeit muß die Arbeiterschaft der beherrschenden Nationen die Entsendung von Kriegsmaterial, Kriegsschiffen, Munition, Waffen und Truppen gegen die unterdrückte Nation verhindern. Dazu steht der Arbeiterklasse die Waffe des Streiks, insbesondere des Transportarbeiterstreiks, der Transportsperre, der Verweigerung der Munition- und Waffenproduktion, der Streik der Bergarbeiter und der Generalstreik zur Verfügung. Unter den Arbeiter- und Bauernsöhnen der imperialistischen Truppen muß die Arbeiterklasse aller Länder regste Aufklärungsarbeit über die Gemeinsamkeit der Interessen dieser Arbeiter- und Bauernsöhne im Waffenrock mit den Interessen der Massen unterdrückter Nationen entfalten, um die mißbräuchliche Verwendung dieser Truppen zur Unterdrückung der kolonialen und halbkolonialen Völker zu verhindern.

Eine solche Haltung der Arbeiterorganisationen der beherrschenden Nationen wird ein mächtiger Faktor zur Förderung des Sieges der nationalrevolutionären Freiheitsbewegung sein.

Ebensowenig, wie der Freiheitskampf der unterdrückten Völker mit Rassenhaß gegen die Weißen etwas zu tun hat, dürfen die unterdrückten Völker die kapitalistischen Träger des Imperialismus und die Arbeiterklasse der imperialistischen Länder in einen Topf werfen. Um dies zu verhindern, müssen die Arbeiterorganisationen der beherrschenden Nationen alles vermeiden, was zu einem solchen Mißtrauen Anlaß geben könnte. Sie müssen in ihrem konsequenten Kampf gegen jede Unterdrückung die Fehler gutmachen, die die schwankende, unentschlossene, ja oft direkt imperialistenfreundliche Haltung mancher Arbeiterführer und Organisationen während des Weltkrieges und seit dem Weltkriege begangen haben. Die unterdrückten Völker sollen wissen, daß solche Männer und Organisationen, die die Forderungen der Völker nach vollem Selbstbestimmungsrecht, nach völliger Freiheit und Unabhängigkeit nicht unterstützen, kein Recht haben, im Namen der Arbeiterklasse zu sprechen oder zu handeln.

Die Arbeiter der imperialistischen Länder und die unterdrückten Völker werden sich freimachen und loslösen von dem blutbefleckten Imperialismus unter der Kampflosung: „Proletarier aller Länder, unterdrückte und vom Imperialismus bedrohte Nationen vereinigt euch im brüderlichen Bündnis gegen den gemeinsamen Feind!“

XIV.

Die Taktik des proletarischen Klassenkampfes zur Unterstützung des kolonialen Freiheitskampfes.

Georg Ledebour (Deutschland).

Es gibt mir eine große Befriedigung, daß ich an meinem Lebensabend noch eine solche Gelegenheit habe, im Kampf gegen den Imperialismus und die koloniale Unterdrückung zu helfen, denn während langer Jahre habe ich in meinem eigenen Lande in vorderster Reihe an diesem Kampfe teilgenommen. Ich habe den deutschen Imperialismus bekämpft, als er auf der Höhe seiner Macht war. Das war vor dem Kriege und während des Krieges, und als nach dem Kriege diese Regierung vernichtet wurde, und wir in Deutschland eine sozialistisch-proletarische Revolution hatten, mußte ich später wieder den Imperialismus bekämpfen. Ich will mich nicht im einzelnen über diese Revolution äußern. Es ist eine zu tragische Geschichte. Diese große Revolution wurde durch Verrat vernichtet.

Und dann hatten wir für lange Jahre eine Periode der Reaktion in der ganzen Welt. Aber die Zeiten haben sich geändert, und es mehren sich die Anzeichen einer kommenden neuen Revolution, besonders in der Kolonialfrage, wo wir beginnen, die Kräfte der unterdrückten Völker mit denen der kämpfenden, klassenbewußten Proletarier in der ganzen Welt zu vereinigen. Ich glaube, daß es von einigem Interesse ist, hier die Verhandlungen eines anderen internationalen Kongresses über die Kolonialfrage ins Gedächtnis zurückzurufen, des internationalen Kongresses, der in Stuttgart im Jahre 1907, also vor 20 Jahren abgehalten wurde. Dieselben Fragen, die wir gestern hier diskutierten und die uns noch in den nächsten Tagen beschäftigen werden, wurden auch damals diskutiert. Es gab zwei Meinungsrichtungen, die einander bekämpften. Die eine Richtung hatte die merkwürdige Idee, daß man eine sozialistische Kolonialpolitik schaffen könne. Das war die revisionistische Gruppe. Auf der anderen Seite gab es die revolutionäre Gruppe, die schon zu jener Zeit die gleichen Ideen herausarbeitete und aussprach, die heute den Kongreß beherrschen. Die revisionistische Gruppe wurde von einem holländischen Deputierten namens Van Kol

geführt. Es tut mir leid, daß er schon seit einigen Jahren tot ist, denn ich würde gern sehen, ob er hier, auf diesem Kongreß, seine merkwürdige Meinung wiederholen würde, daß die Arbeiterklasse eines besonderen Landes in der Lage wäre, eine sozialistische Kolonialpolitik zu betreiben. Man ernannte damals eine Kommission. In dieser Kommission gewann die revisionistische Auffassung die Oberhand, und die Minorität wählte mich als Berichterstatter der Minderheit im Plenum gegen diese holländische Kommission. Wir hatten einen mächtigen Kampf. Schließlich gelang es uns, die Mehrheit jenes sozialistischen Kongresses davon zu überzeugen, daß Sozialismus und Kolonialpolitik nichts miteinander zu tun haben, so wenig wie Feuer und Wasser, und daß es ein wahrer Unsinn ist, von einer sozialistischen Kolonialpolitik zu sprechen. Genau so wie es wahrer Unsinn wäre, von feurigem Wasser oder wässrigem Feuer zu reden. Endlich wurde ein Zusatzantrag der revolutionären Gruppe zur Resolution der Majorität mit einem Stimmenverhältnis von 127 zu 108 angenommen. Es war auf jeden Fall nur eine kleine Majorität. Dann wurde die ganze Resolution, so wie wir sie geändert hatten, zur Abstimmung gebracht. Der ganze Kongreß nahm einstimmig diese revolutionäre Resolution an. Alle nationalen Sektionen stimmten für uns, nur eine Sektion enthielt sich der Stimme, das war die holländische, welche von Van Kol geführt wurde. Aber nun gibt es einige interessante Tatsachen dabei. Während dieser Diskussion war einer der Gegner der revolutionären Auffassung auf englischer Seite, der Genosse MacDonald. Aber nachdem MacDonald gegen unseren Zusatzantrag gestimmt hatte, hob er auch seine Hand zur Abstimmung in Verdammnis aller Kolonialpolitik. Ich konstatiere nur Tatsachen. Ich stelle auch an Mac Donald nicht einmal die Anfrage, lieber Freund, hast Du denn Deine Abstimmung von 1907 vergessen? Aber vielleicht werden einige der englischen Genossen, die ich mit Freude hier sehe, die Gelegenheit im englischen Parlament ergreifen und meinem ehemaligen Freunde MacDonald diese Frage stellen. Damit Ihr die Entwicklung seiner Idee gut versteht, wiederhole ich hier die einleitenden Sätze dieser Resolution, für die MacDonald mit der ganzen englischen Sektion stimmte:

> „Der Kongreß ist der Meinung, daß die Kolonialpolitik des Kapitalismus entsprechend ihrer Struktur zur Sklaverei, Zwangsarbeit oder Vernichtung der Kolonialvölker führen muß. Die zivilisatorische Mission, welche die kapitalistischen Staaten angeblich ausführen, dienen nur als Deckmantel für Eroberung und Raub."

Nun, es ist zwar bedauerlich, aber nicht überraschend, daß MacDonald, als er in seiner Stellung als Premierminister Großbritanniens eine so glänzende Möglichkeit hatte, für seine Abstimmung von 1907 einzutreten, diese Möglichkeit vollkommen unausgenutzt vorbeigehen ließ. Aber ich muß

noch einen anderen hervorragenden Teilnehmer an jenem Kongreß erwähnen, auch einen, der für diese Resolution stimmte: das war Mister Vandervelde. Er stimmte für diese Resolution. Mister Vandervelde ist Minister für auswärtige Angelegenheiten in diesem Lande geworden, und es tut mir sehr leid sagen zu müssen, daß diese Resolution offenbar für Mister Vandervelde auch eine ausländische Angelegenheit geworden ist, genau wie für Mister MacDonald.

Unsere belgischen Genossen sagten uns gestern, daß sie die Regierung ersucht hätten, die Erlaubnis für eine große Demonstration anläßlich dieses Kongresses zu erhalten. Aber die belgische Regierung mit Einschluß von Mister Vandervelde hat diese Erlaubnis abgelehnt.

Nun, ich rufe das alles ins Gedächtnis zurück, weil es uns den großen Fortschritt der revolutionären Ideen in den letzten Jahren zeigt. Am Kongreß von Stuttgart 1907 nahm nur ein Kolonialvertreter eines unterdrückten Landes teil, denn der Genosse Katayama vertrat dort eine imperialistische Nation. Es gibt Europäer, welche sich einbilden, daß sie eine überlegene Rasse darstellen, eine sehr überlegene Rasse im Vergleich mit anderen Völkern, mit Schwarzen, Gelben oder Braunen. Nun, ich erkläre, daß unser Genosse Katayama aus Japan als Mensch und Sozialist, als ein Kämpfer den MacDonald und Vandervelde weit überlegen ist. Ich bin ein wenig von dem, was ich sagen wollte, abgeschweift. Es gab damals nur einen Vertreter eines unterdrückten Volkes, und das war eine Inderin namens Kamar. Sie hielt dort eine uns tief bewegende Rede in Worten, die man hier auf dieser Konferenz wohl wiederholen könnte. Sie sprach, wie Nehru hier gesprochen hat und wie andere Inder es wohl tun würden. Sie half uns, den Kongreß gegen die Revisionisten für die revolutionären Ansichten zu gewinnen, und nun vergleicht. An jenem Kongreß gab es eine Inderin, die alle unterdrückten Kolonialvölker repräsentierte, und hier haben wir einen Kongreß, dessen Majorität aus Vertretern der unterdrückten Nationen aus der ganzen Welt besteht. Das zeigt Euch, welchen ungeheuren Fortschritt die revolutionären Ideen gemacht haben, ebenso wie der Kampf gegen den Imperialismus und den Kolonialkapitalismus. Ich kann mich natürlich nicht in Einzelheiten einlassen, will aber darauf hinweisen, daß in all diesen Kolonial- und halbkolonialen Ländern eine industrielle Entwicklung aus den dem Kapitalismus selber innewohnenden Tendenzen sich vollzogen hat, und daß diese industrielle Entwicklung beschleunigt wurde durch den großen Weltkrieg, der während 4 Jahren tobte. Während dieses Krieges wurden gewisse Nationen, die im Dienste des Kapitalismus standen, um Jahre zurückgeworfen. Der Kapitalismus kennt in der Tat kein Vaterland, sobald es sich darum handelt, Profite zu machen. Er hat seine Möglichkeiten in allen jenen Ländern, die am wenigsten vom Kriege berührt wurden, voll ausgenützt. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben unge-

heuer durch den Krieg gewonnen. Sie stehen jetzt in der vordersten Reihe der kapitalistischen Nationen und sind überdies ein sehr agressiver Imperialismus. Sie sind sogar der gefährlichste Imperialismus der modernen Zeit, weil, um es kurz zu sagen, ein Wolf und eine Hyäne im hungrigen Zustande viel gefährlicher sind, als wenn sie satt sind. Der hungrige Wolf, das ist der Imperialismus der Vereinigten Staaten von Nordamerika; der befriedigte Wolf, das ist der Imperialismus Großbritanniens und im gewissen Sinne Frankreichs. Wir haben kleinere Appetite dieser Art. In anderen Teilen Europas haben wir z. B. Mussolini, eine ungesättigte Hyäne, die gern in der Geschichte eine ähnliche Rolle spielen möchte, wie viele andere Feinde der Menschheit.

Die industrielle Entwicklung, die der Weltkrieg beschleunigte, hat eine bemerkenswerte Wirkung hervorgerufen. Sie hat den unterwürfigen Kuli in China und Indien in einen klassenbewußten Arbeiter verwandelt, wie wir zu unserer großen Freude von jenem Arbeitervertreter aus Hankau und gestern von unserm Freund Liau, von Nehru und anderen Kolonialvertretern gehört haben. Mit einem Wort von Karl Marx kann man sagen, daß der Kapitalismus seinne eigenen Totengräber in Gestalt der Arbeiterklasse sich auch in den Kolonien geschaffen hat, und ich hoffe, daß gemeinsam mit unseren Freunden in Europa und Amerika auch die chinesischen und indischen Arbeiter ans Werk gehen, um dem Kapitalismus für immer und ewig das Grab zu bereiten.

Und nun kommen wir zu der Frage, was wir tun müssen, und ich will gleich erklären, daß ich es für unverzeihlich und eine Zeitvergeudung hielte, wenn wir uns nur darauf beschränkten, eine Resolution zu fassen, die nur in Worten den Kapitalismus verdammt. Es ist notwendig, sich ein Aktionsprogramm zu schaffen. Unsere Hauptforderung ist die, daß alle Kolonialvölker sobald wie möglich ihre Freiheit wieder erhalten sollen, daß die imperialistische Unterdrückung nicht mehr gestattet werden darf, und daß die kleinen Völker in der ganzen Welt von der Ausbeutung zu befreien sind. Aber aus diesen Hauptfragen gibt es Schlußfolgerungen für verschiedene Punkte:

1. Dürfen wir nie wieder gestatten, daß weitere Nationen durch koloniale Okkupationen unterdrückt werden. Ich will hier nur Abessinien erwähnen, eines der wenigen Länder, welches erfolgreich die Europäer, zuletzt die Italiener, von seinem Boden ferngehalten hat. Abessinien wird jetzt wieder bedroht. Die italienische und die britische Regierung machen sich schon daran, Abessinien in zwei Einflußsphären zu zerteilen. Welcher Nation wir auch angehören, wir müssen gegen diese bösartigen Absichten kämpfen.

2. Haben wir zu verlangen, daß keine Kolonialmandate mehr irgendwelcher Nation gegeben werden, möge sie noch keinen Kolonialbesitz oder

schon einen verloren haben. Mit dieser Anspielung meine ich die ehrgeizigen Pläne des deutschen Kapitalismus. Dieser versucht jetzt, irgendwo in Afrika durch Begünstigung der Entente-Imperialisten die Kontrolle über ein Territorium zu bekommen. Man berät mit Chamberlain und Poincaré zu diesem Zwecke. Ich kann mich auf Einzelheiten hier nicht einlassen und will nur darauf hinweisen, daß die Sozialisten aller Nationen, genau wie wir in Deutschland, gegen diese dummen und boshaften Pläne kämpfen sollen.

Es sind hier Genossen anwesend, welche wissen, daß in Deutschland eine Liga gegen koloniale Unterdrückung eine Kampagne in der deutschen Presse und im öffentlichen Leben begonnen hat. Aber für die Neger in Afrika ist es ganz gleichgültig, ob sie von deutschen, französischen oder englischen Kapitalisten unterdrückt sind, ob deutsche, französische oder englische Soldaten sie niederschießen. Wir erklären mit Entschiedenheit, daß die imperialistische Plünderung der Kolonialländer nicht mehr gestattet werden darf. Wir wissen, daß sie mit Gewalt versuchen, verschiedenen Ländern Verträge aufzuzwingen. Da ist zum Beispiel die Plünderung Chinas durch Amerika, England und andere großen Nationen. Solche Verträge wie diese führen direkt zur kolonialen Unterdrückung und sind genau so schädlich für die Eingeborenen wie die, welche die direkte koloniale Ausbeutung ihnen auferlegen; und wir bewillkommnen es mit großer Freude, daß unsere chinesischen Freunde begonnen haben, gegen diese schändlichen Verträge zu kämpfen.

Unser Kongreß muß überdies ein Bündnis schaffen nicht nur zwischen den revoltierenden Kolonialvölkern, sondern auch zwischen ihnen und der klassenbewußten Arbeiterschaft in Europa und Amerika.

Auch in Amerika geht eine solche Ausplünderung durch Verträge vor sich. Die Vereinigten Staaten führen dieselbe Politik in bezug auf Mexiko, wie Großbritannien und andere Mächte sie gegen China anwenden. Gestern hörten wir von unserm Freund Vasconcelos eine sehr interessante Darstellung dieser Politik, und ich brauche jetzt nicht weiter in die Details einzugehen; aber wenn wir ein solches Bündnis zwischen den unterdrückten Nationen und der klassenbewußten Arbeiterklasse der Welt schaffen, dann genügt es nicht, einfach einen Protest hinauszuschicken, dann müssen wir unsere *Arbeitskameraden zur Aktion rufen!* Die klassenbewußten Arbeiter Europas und Amerikas müssen unsern unterdrückten Genossen in allen Kolonialländern helfen. Ihre Vertreter im Parlament müssen alle Mittel ablehnen, die einer imperialistischen Macht helfen würden, die Arbeiter dieser Länder auszubeuten; und es freut mich sehr, sagen zu können, daß gestern Genosse Fenner Brockway im Namen der Unabhängigen Arbeiterpartei Großbritanniens hier erklärt hat, daß seine Partei unter allen Umständen entschlossen sei, im Parlament und außerhalb des Parlaments diese Ausbeutung zu bekämpfen. Das ist ein Anfang, aber

es ist noch nicht genug. Er konnte nur für die Unabhängige Arbeiterpartei sprechen, die nur ein kleiner Teil jenes politischen Gebildes ist, welches wir als die Labour Party in Großbritannien kennen, und die viel mehr Vertreter im Parlament hat. Ich hoffe, es wird auch unsern Freunden von der Unabhängigen Arbeiterpartei in Großbritannien gelingen, die ganze Labour Party, alle Gewerkschaftler und alle Mitglieder der britischen Arbeiterklasse zu dieser Ansicht zu bekehren. Aber sogar das ist nicht genug. Die klassenbewußten Arbeiter aller Länder müssen, wenn ihre Regierungen versuchen, Streitkräfte für die Niederhaltung dieser Kolonien hinauszuschicken, jene Waffe gebrauchen, die die wirksamste in den Händen der Arbeiterklasse ist: sie müssen den *Streik* gegen ihre Regierung erklären. Ich bin sehr froh darüber, daß unser Freund Edo Fimmen diesem Kongreß vorsitzt, denn er ist der führende Mann in der Internationale der Transportarbeiter.

Die Resolution, die die Delegierten in kurzer Zeit in den Händen haben werden, verlangt, daß man ihre Forderungen durch Streiks und besonders durch Streiks der Transportarbeiter unterstützt, damit keine Truppen oder Kriegsmaterialien in Zukunft in jene Länder, wo sich unterdrückte Völker gegen ihre Bedrücker erheben, geschickt werden können.

Sogar das ist noch nicht genug. Wir müssen uns fragen: was haben wir zu tun, wenn eine imperialistische Regierung einen bitteren Kampf gegen die Arbeiter seines eigenen Landes führt, um die Herrschaft über das unterdrückte Kolonialland aufrecht zu erhalten? Was wir dann zu tun haben, ist, mit allen Mitteln in dem imperialistischen Lande die Arbeiter zur Erklärung des Generalstreikes zu bewegen, denn der Generalstreik aller Arbeiter wird sie vereinigen im Gebrauch einer Waffe, die jede Regierung in jedem Teil der Welt niederringen kann. Und darum wird von Euch in dieser Resolution die Zustimmung zu der Forderung der Proklamation eines Generalstreiks verlangt, als eines Mittels, den endgültigen Zusammenbruch des Kapitalismus und Imperialismus zustande zu bringen. Wir müssen jetzt kurz überblicken, was geschieht, wenn wir in unseren Forderungen so weit gehen, welche Wirkung werden wir hervorrufen können, wie werden wir die Masse der Arbeiter in Europa und den Vereinigten Staaten beeinflussen. Ich will nicht sehr viel über die Arbeiter in den Vereinigten Staaten sagen, denn aus wirtschaftlichen Gründen ist dort, wie wir alle wissen, das soziale Klassenbewußtsein der Arbeiter noch sehr wenig entwickelt; aber in Europa haben wir sehr starke sozialistische Parteien und starke Gewerkschaften. Was werden sie tun? Mit Bedauern muß ich erklären, daß wir eine Art Antwort auf diese Frage bereits erhalten haben. Wir haben eine internationale Arbeitervereinigung, die allgemein die II. Internationale genannt wird. Ihr Zentrum ist in Zürich und ihr Vertreter ist Friedrich Adler. Ein Mann, den wir alle kennen und für seine großen revolutionären Taten in der Vergangenheit mit Recht achten. Nicht für uns, sondern für Friedrich Adler tut es mir

leid, daß er in einem Artikel einen Angriff auf diesen Kongreß gemacht hat. Er nennt ihn einen kommunistischen Kolonialkongreß. Der Artikel versucht zu beweisen, daß diese Affäre nur eine kommunistische Mache sei. Nach seinem Brief hat Genosse Münzenberg, der ein Kommunist ist, gewiß einen guten Teil zur Arrangierung dieser Konferenz getan. Es hat aber auch eine Menge anderer Leute bewegt, dabei mitzutun. Nur ein paar Leute, versucht er zu beweisen, fallen darauf herein;. Leute von verhältnismäßig geringer Intelligenz und wenig Bedeutung. Er erwähnt mich persönlich in diesem Zusammenhang, außerdem noch Saklatvala, Henriette Roland-Holst und eine Reihe anderer. Saklatvala ist der Inder, der von der Kommunistischen Partei und Labour Party Großbritanniens ins britische Parlament entsandt wurde. Nun, ich habe ihm nicht eine Liste von richtigen Namen gekabelt, ich beschränke mich darauf, meine Meinung über Friedrich Adler und die Gesellschaft, in der er sich augenblicklich befindet, mit den Worten eines großen deutschen Dichters auszudrücken: „Es tut mir in der Seele weh, wenn ich Dich in der Gesellschaft seh." Aber nachdem er diesen Kongreß als einen kommunistischen erklärt hat, nennt er uns einen Haufen „unverantwortlicher Narren" oder Leute, die ihren eigenen Karren schieben und Puppen der Kommunistischen Partei sind.

Es ist notwendig, diese Frage zu behandeln, weil wir uns nach dem Kongreß damit herumschlagen müssen, denn die Beschlüsse dieses Kongresses werden ohne Frage von der ganzen kapitalistischen Presse Europas angegriffen werden.

Ich bin kein Kommunist, wie Ihr alle wißt, aber wenn immer die Kommunisten ein praktisch-revolutionäres Ziel oder eine Aktion verfolgen, so schließe ich mich ihnen an, und ich nehme an, daß unsere englischen und amerikanischen Freunde, die keine Kommunisten sind, dieselbe Meinung haben. Wahrscheinlich wird zum Beispiel jetzt Genosse Fenner Brockway ein Mensch genannt werden, der seinen eigenen Karren schiebt, doch wird es ein wenig schwer halten, die Arbeiter das glauben zu machen. Er ist der Steuermann eines sehr tüchtigen Kriegsschiffes, nämlich der Unabhängigen Arbeiterpartei Großbritanniens. Ich ergreife diese Gelegenheit, als ein revolutionärer Sozialist zu erklären, daß, wenn es mir möglich ist, Seite an Seite mit den Kommunisten gegen den Kapitalismus zu kämpfen, es auch für andere möglich sein sollte. Ich grüße unsere englischen Freunde von der Unabhängigen Arbeiterpartei und hoffe, sie werden sich unserm Bündnis in derselben Weise anschließen, gerade so wie gestern hier der Vertreter der Kuomingtang mit dem Genossen Fenner Brockway fraternisierte. Ich glaube, daß als Ergebnis dieser Konferenz sich alle Kommunisten, revolutionäre Sozialisten, die englische Unabhängige und die Labour Party, sowohl wie die Genossen aus Amerika vereinigen werden, zur Bildung einer großen Union, die uns in kommenden Zeiten zu revolutionären

Aktionen dienen soll. Bevor ich schließe, möchte ich noch einen andern Zwischenfall lokaler Bedeutung erwähnen. Als ich jene Worte las, daß wir unverantwortliche Narren wären, kam mir ein Ereignis ins Gedächtnis, welches sich hier im Jahre 1560 zutrug. Zu jener Zeit waren die Niederlande und Belgien eine Kolonie Spaniens. Der spanische Monarch hatte sie ererbt. Damals erbte man Länder so, wie man heutzutage Häuser erbt. Der spanische Monarch versuchte das holländische Volk mit ungefähr den gleichen Mitteln zu unterdrücken, wie die mohammedanischen Araber, die gerade aus Spanien vertrieben worden waren. Daraufhin revoltierte natürlich das Volk Belgiens und der nördlichen Niederlande. Doch zuerst schickten sie eine Petition zum spanischen König. Die Delegation wurde hier nach Brüssel gebracht und sprach mit der Schwester des spanischen Königs, der Herzogin von Parma, die als Gouverneur hier residierte. Es war so eine Art Erklärung der Menschenrechte. Als die Deputation sich dem Hofstaat näherte, brach die Prinzessin, die da mit ihren Höflingen saß, in die Worte aus: „Was sind denn das für Menschen, die da kommen", worauf einer der Höflinge antwortete: „Nichts, nur ein Haufen Bettler". Jene, die ein Haufen Bettler genannt wurden, nahmen die Bezeichnung an. Das französische Wort für Bettler ist „Gueux", und sie wandelten es in das flämische „Geusen" um. Diese Bettler errangen schließlich die Oberhand im Kampfe mit der Monarchie. Bald darauf waren die revolutionären Niederlande die führende Seemacht Europas. Ich will noch erwähnen, daß einer der Kämpfer gegen die spanische Unterdrückung der Graf Egmont war (nach dem dieser Palast genannt ist). Zwei Jahre später wurde er hier als Revolutionär enthauptet.

Ich erwähne diese historische Reminiszenz, weil man mit ihr in gewisser Weise den Versuch vergleichen kann, uns alle „unverantwortliche Narren" zu beschimpfen. Die flämischen und holländischen Revolutionäre sollten in der gleichen Weise mit dem Namen Geusen beschimpft werden und ich hoffe, daß, wenn es zu Taten kommt, die revolutionäre Arbeiterklasse Europas und der ganzen Welt sich wenigstens als so kämpferisch erweisen wird, wie die Geusen des 16. Jahrhunderts.

Ich fordere Euch auf, diese Deklaration, die ich Euch vorlege, anzunehmen. Ich hoffe, daß sich die Welle der Entwicklung wendet. Noch haben wir in England eine kleine Ausgabe von Mussolini: Winston Churchill genannt, der versucht, den großen Mann in Rom nachzuahmen. Wir haben einen schlimmen Typ in Deutschland. Die deutschen Reaktionäre haben sich ein volkstümliches Mäntelchen umgelegt. In Frankreich ist Poincaré wieder am Ruder, in Amerika haben wir Coolidge, alle sind sie aus demselben Holze geschnitzt. Nach meiner Meinung ist diese Reaktion aber nur ein Zeichen dafür, daß sich der Kapitalismus seinem Ende nähert. In Europa gibt es dafür gewisse Anzeichen, die ich erwähnen will. In England hatten wir im letzten Jahre einen siebenmonatlichen Berg-

arbeiterstreik, den größten Streik, den ich in meinem Leben gesehen habe. Ich glaube im Namen des Kongresses zu sprechen, wenn ich diesen britischen Bergarbeitern unsere tiefste Bewunderung ausdrücke. Ihre Niederlage war nicht ihre Schuld. Sie fällt zu Lasten der übrigen Arbeiter in England, die nach einem sehr kurzen und wirkungslosen Generalstreik die Bergarbeiter in der Patsche sitzenließen. Sie fällt auch zu Lasten der internationalen Sozialisten, die gleichfalls die britischen Bergarbeiter nicht unterstützten. Die wirksamste Art, in der die Arbeiter der andern Länder hätten Beistand geben können, wäre die Weigerung der Transportarbeiter gewesen, Kohle vom Kontinent nach Großbritannien zu schicken. Aber die bloße Tatsache, daß britische Bergarbeiter sieben Monate aushalten konnten, und die einzig wirksame Hilfe, die sie erhielten, von den Arbeitern Rußlands kam, wo wir eine proletarische Regierung haben, ist von größter Bedeutung.

Diese Anzeichen von dem Wiedererwachen der revolutionären Kraft unter den Arbeitern Europas lassen mich hoffen, daß wir es endlich doch erreichen werden, daß alle revolutionären Elemente sich in einer großen Armee zur Niederkämpfung dieses ruchlosen Imperialismus und Kapitalismus vereinigen. Ihr sollt mitarbeiten und uns helfen, nicht durch Worte, sondern durch Taten. Wenn Ihr in Euer Land zurückgeht, so macht es dort klar, daß unsere Sache die Sache der Menschheit ist, und nach Erringung unseres Zieles es in der Welt keine Klassen mehr geben wird. Es wird keine Ausbeuterklasse mehr geben, die aus dem Arbeiter Tribute erpreßt; und es wird keine Nation mehr geben, die von irgendeinem imperialistischen Lande unterdrückt wird. Dann wird die Zeit da sein für ein großes Fest zu Ehren des ewigen Friedens. Aber gegenwärtig können wir uns nicht auf pazifistische Aktionen beschränken, sondern wir müssen Kämpfer sein, Kämpfer sein bis zum Ende.

Der Generalsekretär des Internationalen Transportarbeiterverbandes,

Edo Fimmen (Holland),

ergreift das Wort:

Ich willigte ein, heute abend auf diesem Kongreß über den Tagesordnungspunkt „Zusammenarbeit zwischen den nationalen Freiheitsbewegungen in den unterdrückten Ländern und der Arbeiter- und anti-imperialistischen Bewegung in den imperialistischen Ländern" zu sprechen. Zuerst muß ich darauf hinweisen, daß ich darüber nur meine eigene persönliche Meinung zum Ausdruck bringe. Es tut mir leid, daß ich heute abend nicht als offizieller Vertreter irgendeiner europäischen oder internationalen Orga-

nisation sprechen kann, denn dies würde meine Stellung stärken und wahrscheinlich meinem Wort mehr Gewicht verleihen. Da ich jedoch sicher bin, daß wenigstens eine Anzahl (und eine ziemlich große Anzahl) organisierter Arbeiter in den europäischen Ländern und außerhalb Europas meine Ansicht teilen, habe ich eingewilligt, heute abend zu Ihnen zu sprechen.

Ich glaube, daß das, was ich hier sagen werde, nicht nur für diesen Kongreß Bedeutung hat, sondern daß ich mich zu gleicher Zeit an Millionen und aber Millionen organisierter Arbeiter wende, die heute ihre nationalen Kämpfe um ein besseres Lebensniveau führen, und die von Zeit zu Zeit international zusammenarbeiten, um sich gegenseitig zu helfen. Die große Mehrheit von ihnen ist jedoch heute nicht an fremden Angelegenheiten interessiert. Wir haben hier einen Kongreß, der sich aus Vertretern unterdrückter Nationen und andererseits aus Vertretern verschiedener Organisationen zusammensetzt, die der weißen Rasse angehören — der Rasse, die andere Nationen unterdrückt. Ich glaube, daß es notwendig ist, diesem Kongreß die Tatsache vor Augen zu führen, daß sich bis jetzt die Organisationen der Arbeiter in Europa und Amerika — die weißen Arbeiter im allgemeinen — nicht darum bekümmert haben, was in China vor sich geht. Sie kümmern sich nicht darum, was in Indonesien, in Britisch-Indien oder in anderen kolonialen oder halbkolonialen Ländern geschieht, weil sie genug eigene Sorgen haben. Sie führen ihren eigenen täglichen Kampf um ihre Lebenshaltung. Ihr eigener Kampf gegen die Unterdrückung durch die kapitalistischen Trusts nimmt all ihre Zeit und Aufmerksamkeit in Anspruch. Nur eine sehr kleine Anzahl von ihnen liest in den Zeitungen das, was außerhalb ihres eigenen Landes vor sich geht und wird sich klar, daß der Kampf, der heute von den Arbeitern und Intellektuellen der unterdrückten, kolonialen und halbkolonialen Nationen geführt wird, ihr Kampf ist und es im Interesse ihrer eigenen Lebenshaltung liegt, daß sie denjenigen, die in jenen Ländern den Kampf führen, die Hände reichen müssen.

Wenn wir wollen, daß die europäische Arbeiterbewegung, daß die Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern ihre Pflicht erkennen soll, ist es meiner Ansicht nach nicht genug, schöne flammende Resolutionen zu fassen. Es ist nicht genug, nur an die Gefühle der Arbeiter zu appellieren, sondern es ist unbedingt notwendig, ihnen klarzumachen, daß es in ihrem eigenen materiellen Interesse liegt, eine Welt, eine geeinte Front mit den schwarzen, gelben und braunen Arbeitern zu bilden. Warum schließen sich die Arbeiter in Europa und Amerika, die weißen Arbeiter, wo immer sie sich befinden, zu Organisationen der Arbeiterklasse zusammen? Gewiß gibt es nur wenige unter ihnen, die sich aus Klassenbewußtsein der Organisation anschließen, in der klaren Erkenntnis, daß sie einer Organisation beitreten müssen, um stark zu werden für den Kampf gegen den Kapitalismus. Die große Mehrheit der Mil-



Ein Teil der chinesischen Delegierten



lionen, die heute in Gewerkschaften in der ganzen Welt organisiert sind. gehört ihnen aus Gründen persönlichen Interesses an, weil sie sehen und erkennen, daß es ihr eigener persönlicher Vorteil und der einzige mögliche Weg zur Aufrechterhaltung ihres Lebensniveaus ist. Wenn wir sie zur Solidarität mit anderen Arbeitern außerhalb ihrer eigenen Gewerkschaften in ihrem Lande aufrufen wollen, so müssen wir ihnen klarmachen, daß dies nicht allein vom Gesichtspunkt der Solidarität geschieht, sondern weil der Kampf der anderen ihr Kampf ist. Wenn dieser Kongreß heute einen Aufruf an die Arbeiter anderer Länder erläßt, wenn unsere chinesischen Freunde und Genossen, wenn die Kulis aus Britisch-Indien und Java, wenn die unterdrückte Negerbevölkerung verschiedener Kolonien diesen Kongreß ersuchen, an die Arbeiter in den imperialistischen Ländern einen Aufruf zu erlassen, ihnen zu helfen und sie in ihrem Kampf um politische und soziale Freiheit zu stützen, können wir uns nicht auf schöne, mehr oder weniger sentimentale, revolutionäre Resolutionen beschränken. Wir müssen den Arbeitern dieser Länder die direkte Verbindung zeigen, die zwischen ihren Arbeitsbedingungen und den Arbeitsbedingungen jener Länder besteht, in denen heute die unterdrückten Völker den Versuch unternehmen, sich ihrer Unterdrücker zu entledigen.

Wir haben hier verschiedene Delegationen unterdrückter Völker, und ich will versuchen, so kurz wie möglich klarzulegen, was es noch für Arbeitsbedingungen gibt. In erster Linie sind wir hier zum Nutzen von Millionen Arbeitern, die zwar nicht anwesend sind, aber von diesem Kongreß hören werden. Ich werde einige Beispiele aus den Stößen von Material anführen. Natürlich werde ich mich auf einige Länder beschränken müssen. Dies will jedoch nicht heißen, daß in den Ländern, die ich nicht erwähne, die Arbeitsbedingungen irgendwie besser sind. Sie sind dort genau so schlecht wie in den Ländern, von welchen ich sprechen werde.

Auf diesem Kongreß sind zwei wichtige Delegationen von sehr wichtigen Ländern vertreten. Die erste aus Britisch-Indien, die zweite aus China. Wie hoch ist heute die Bevölkerung Britisch-Indiens? Die Gesamtbevölkerung Britisch-Indiens, einschließlich der Eingeborenen-Staaten, beträgt nach der Volkszählung von 1911 330 Millionen. In dieser hohen Bevölkerungszahl beträgt die Anzahl der Europäer, in der Mehrzahl Engländer, 173 737, von den 124 991 Männern sind die Hälfte Soldaten und Polizei und die anderen unmittelbare Ausbeuter oder deren Vertreter. Nach einer kürzlichen, offiziellen Veröffentlichung beträgt die Durchschnittszahl von erwachsenen, in der Industrie Indiens Beschäftigten, im Jahre 1923: 1413 784, von diesen arbeiteten 711 569 oder 50% in Textil-Unternehmungen, in Webereien und Spinnereien 360 000.

Dies beweist einerseits, worauf ich schon hingewiesen habe, daß eine kleine Anzahl augenblicklich eine große Nation niederhält, und andererseits

zeigt es, daß viele Arbeiter in einer großen Industrie, der Textil-Industrie, beschäftigt sind, deren Lage sehr stark die Lage der Textilarbeiter Europas, besonders Großbritanniens, beeinflußt. Nun kommen wir zu China. Im Jahre 1925 betrug die Anzahl der Baumwoll-Spinnereien 118 mit ungefähr 3 340 000 Spindeln und einer Arbeiterschaft von 209 750 Mann, und ein beträchtlicher Teil — beinah die Hälfte der Textilindustrie Chinas — befindet sich in den Händen von Ausländern, besonders von Engländern und Japanern. Ich möchte die europäischen Arbeiter darauf aufmerksam machen, daß China immer als ein Land von Bauern betrachtet wurde, jetzt aber sich industriell entwickelt. Im Jahre 1924 betrug die Anzahl der in der Industrie beschäftigten chinesischen Arbeiter beinahe 6 Millionen. In den Kohlengruben arbeiten mehr als 400 000, in den Baumwollspinnereien 1 600 000, den Seidenspinnereien 3 000 000, die übrigen in der Streichholz- und Kleidungsindustrie usw., alles in allem, wie ich schon sagte, 6 Millionen Arbeiter, von denen der größte Teil in Unternehmungen ausgebeutet wird, die mit europäischem Kapital betrieben werden.

Wie sind die Bedingungen in jenen Ländern, von denen wir gestern durch unsere Freunde aus den verschiedenen kolonialen und halbkolonialen Ländern hörten? Ich werde Ihnen einige Zahlen geben, die Ihnen zeigen, was wirtschaftliche Unterdrückung bedeutet.

In Indien ist die Zahl der Arbeitsstunden in den Fabriken gesetzlich auf 11 Stunden täglich und 60 Stunden pro Woche begrenzt. In China setzten die provisorischen Bestimmungen einen Arbeitstag von 10 Stunden für Erwachsene fest. In der Praxis bestehen jedoch in den meisten Fällen zwei 12-Stunden-Schichten, und soweit außer dem chinesischen Neujahr und gerade einem oder zwei Tagen des Jahres Ruhetage in China in Betracht kommen, wissen die Arbeiter nicht, was es heißt, solch einen Tag zu genießen. Praktisch arbeiten 70% der chinesischen Arbeiter 7 Tage in der Woche und 52 Wochen im Jahr.

In bezug auf Japan zeigen die veröffentlichten Zahlen im japanischen Jahrbuch von 1926, die sich auf das Ende des Jahres 1921 beziehen, folgende Verhältnisse bei den Textilarbeitern: Die Arbeitsstunden werden wie folgt angegeben:

Unter 8 Stunden	arbeiten	10 oder beinahe	11%
8 oder 9 „	„	„	13%
9 bis 10 „	„	„	28%
10 „ 12 „	„	„	41%
12 Stunden und mehr	„	„	7%

Betreffs der Ruhetage wurde im Jahre 1921 eine Untersuchung angestellt. Es gab 60 070 Fabriken für die Exportindustrie, und es wird sogar berichtet (es war unmöglich, von einigen Fabriken irgendwelche Daten zu erhalten),

daß in der Mehrzahl der Fälle (69%) nur zwei Ruhetage im Monat gegeben werden. Der nächstgrößte Teil — 7% — gibt drei Ruhetage, 4% geben einen und 6½% geben keinen Tag frei.

Ich weiß nicht, ob Sie sich an die Washingtoner Konferenz im Jahre 1919 erinnern. Nach dem Krieg riefen die verschiedenen Regierungen zu einer internationalen Konferenz in Washington auf mit dem Bewußtsein, daß, wenn sie nicht auf dem einen oder anderen Wege bereit seien, den Arbeitern gewisser Länder Zugeständnisse zu machen, sie dem Beispiel der russischen Arbeiter folgen könnten. Sie dachten, daß sie durch den Achtstundentag, wenigstens auf dem Papier, die Forderungen der Arbeiter einiger Orte befriedigen könnten und sie so verhindern würden, dem Beispiel der russischen Revolution zu folgen. Es gelang ihnen; wie schon oft wurden die Arbeiter eingeschläfert und glaubten, daß die Versprechungen der ausbeutenden Klassen gehalten würden. Sie bekamen den Achtstundentag auf dem Papier. Was geschieht bezüglich dieses Achtstundentages in den verschiedenen Ländern? Wir alle wissen, daß keine gesetzlichen Ratifizierungen der Washingtoner Konvention vorgenommen wurden, und nur in jenen Ländern, in denen es den Arbeitern gelang, durch ihre eigene Kraft die Ausbeutung zu besiegen und sie zu zwingen, den Achtstundentag anzuerkennen, und in denen sie stark genug waren, ihn zu verteidigen, besteht er jetzt noch. Trotz aller Versprechungen ist der Achtstundentag in allen andern Ländern nicht beibehalten worden. In Washington machten die imperialistischen Regierungen bei ihren Versprechungen des Achtstundentages jedoch eine Ausnahme für koloniale Länder und auch für China, unter dem Vorwand, daß diese Länder nicht genügend industriell entwickelt seien und alle Arten von Schwierigkeiten als Entschuldigungen von den Ausbeutern gebraucht werden könnten, und man daher den Achtstundentag nicht festsetzen könne. Sie sehen nun, Genossen, das Resultat — 10 Stunden, 11 Stunden, 14 Stunden werden täglich ohne irgendwelche Ruhetage den ganzen Monat in den meisten Fällen gearbeitet und in einigen Fällen mit einem oder zwei Ruhetagen. Dies sind die Folgen von Washington, wo die weißen Arbeiter nicht für die farbigen eingestanden sind.

Dann besteht noch die Frage der vom Gesetz festgelegten Altersgrenze. In verschiedenen Teilen Europas gibt es Bestimmungen und Gesetze, die den Arbeitgebern verbieten und sie daran hindern, Kinder in Fabriken zu beschäftigen, wenn sie ein gewisses Alter noch nicht erreicht haben, 12, 13 oder 14 Jahre, je nachdem.

In China lauten die provisorischen Bestimmungen, daß Knaben unter 10 und Mädchen unter 12 Jahren nicht in die Fabriken gehen dürfen. In der Praxis aber gehen die Kinder beiderlei Geschlechts dann zur Arbeit, sobald ein Unternehmer gewillt ist, sie anzustellen. In Indien ist das gesetzmäßig festgelegte Alter für Arbeitsbeginn 12 Jahre, in Japan war das gesetzmäßige Alter bis 1926 12 Jahre, mit einigen Ausnahmen, in denen die Beschäftigung

der Kinder mit 10 Jahren erlaubt ist. Seit Juli 1926 ist die Grenze auf 14 Jahre — wieder einmal auf dem Papier — festgelegt worden. Aber wie sieht es in der Praxis aus? Wir wollen wieder die wichtigste Industrie betrachten — die Textilindustrie. In China ist es nicht möglich, endgültig festzustellen, in welchem Alter Frauen und Kinder beschäftigt werden, aber die Zahlen, die festgestellt werden können, zeigen, daß im Verhältnis die Zahl der Kinder größer ist als in Japan, wo die Zahl der Männer 18%, die der Frauen 56% und der Kinder 26% beträgt. Dies bedeutet, daß in China die Lage noch schlimmer ist. Für Indien sind die Zahlen: Männer 67%, Frauen 28% und Kinder 5%. In den Jutefabriken Bengalens werden 73½% Männer, 15½% Frauen und 11% Kinder beschäftigt. Was die gesetzmäßigen Bestimmungen über die Beschäftigung von Kindern betrifft, sehen Sie ebenfalls, daß in diesen Ländern eine große Ausnahme gemacht wird, und daß die Kinder stark ausgebeutet werden. In Schanghai wurde vor einigen Jahren eine Kommission ernannt, um die Frage der Arbeitsverhältnisse der Kinder in der Textilindustrie zu untersuchen. Sie veröffentlichte über die Kinderarbeit einen Bericht, und folgende, dem Bericht entnommene Tatsachen über die Lage in Schanghai sind von größter Bedeutung:

Es werden beschäftigt:

Knaben	über	12 Jahre	ungefähr	30%
Mädchen	„	12 „	„	56%
Knaben	unter	12 Jahren	„	3%
Mädchen	„	12 „	etwas mehr als	11%.

Dies sind sehr interessante Tatsachen. Das gleiche Untersuchungskomitee gab den Prozentsatz der Kinder in den Seidenfabriken an. Es kam zu folgenden Ergebnissen über die Beschäftigung chinesischer Kinder durch chinesische und ausländische Unternehmer. Die Gesamtzahl der Kinder beträgt in den chinesischen Fabriken 22818. Die Knaben über 12 Jahre bilden 4½%, die Knaben unter 12 Jahren noch nicht ½% der Arbeiterschaft. Mädchen über 12 Jahre stellen 79% und diejenigen unter 12 Jahren beinahe 16%. In den Chinesen gehörenden Fabriken beträgt die Zahl der beschäftigten Kinder nur 6%. In den Fabriken der christlichsten Nation beträgt die Gesamtzahl der Knaben 6854 über 12 Jahre, d. h. über 3%, Knaben unter 12 Jahre 8%, Mädchen über 12 Jahre 53% und Mädchen unter 12 Jahre 36%. In den den Franzosen gehörenden Fabriken beträgt die Zahl der Knaben unter 12 Jahre beinahe 7%, der Mädchen unter 12 Jahre beinahe 40%. In den den Italienern gehörenden Fabriken sind die Zahlen die gleichen.

Es ist sehr bemerkenswert, daß die bei den Chinesen — die als Heiden, oder wie man sie auch nennt, auf keinen Fall aber als Christen betrachtet werden — beschäftigen Kinder unter 12 Jahre 16% ausmachen, während

die Gesamtzahl der Kinder, die in Fabriken der „christlichsten“, der englischen Nation beschäftigt werden, 44%, in den französischen Fabriken 48% und in den italienischen Fabriken 47% beträgt. Dies beweist nochmals, wie die Kapitalisten der imperialistischen Länder die Eingeborenen in einer grausameren Weise ausbeuten als die chinesischen. Ich möchte darauf hinweisen, daß es in unserer Mitte — in der kontinentalen Arbeiterbewegung — Parteien gibt, die der II. Internationale angehören. Wenn man zu diesen über die Kolonien spricht und darauf drängt, daß diese sich von den sogenannten Mutterländern befreien sollten, pflegen sie zu antworten, daß man es den Kolonien selbst überlassen soll, ihre Befreiung zu erkämpfen. Ein allgemeines Argument, das angeführt wird, ist folgendes: Wenn alles, was wir vorschlagen, getan würde, so hieße das, daß das arme chinesische oder japanische Volk, die armen Hindus usw., nur in die Hände ihrer eigenen Ausbeuter fallen würden, was noch schlimmer wäre, als wenn sie von europäischen Unternehmern beschäftigt und nicht ausgebeutet würden. Hier haben wir einige Tatsachen, die wenigstens beweisen, daß die chinesischen Kapitalisten chinesische Kinder nicht in dem gleichen Ausmaß wie die Engländer ausbeuten.

Wir wollen jetzt zu einer anderen wichtigen Arbeitergruppe Indiens, den Bergarbeitern, übergehen und deren Arbeitsverhältnisse, Arbeitsstunden und Löhne untersuchen. Die Löhne betragen in der Provinz Pandschab (Nordwestindien) die Woche 10 Shill. 6 Pence, in der Provinz Madras betragen sie 2 Shill. 11 Pence die Woche. Tagarbeitern werden Hungerlöhne gezahlt. Die Arbeitsstunden betragen für Männer und Frauen 60 pro Woche, wöchentliche Löhne für Männer in den Kohlenbergwerken 5 Shill. 3 Pence, für Frauen 3 Shill. 3 Pence im Pandschab. In den Manganminen arbeiten Frauen die ganze Woche 60 Stunden für 1 Shill. 3 Pence. Genau gesprochen betragen die Arbeitsstunden normal in der Woche 60 Stunden. Es geschieht oft, daß die Bergarbeiter unter Tag arbeiten und dort 36 Stunden hintereinander verbleiben. Sogar Frauen arbeiten in dem gleichen Ausmaß unter Tag wie Männer. Die Anzahl der Frauen, die unter Tag arbeiten, beträgt 60 000. Wenn eine Frau einen Säugling zu versorgen hat, so nimmt sie ihn mit sich in das Bergwerk und legt ihn irgendwo zwischen die Kohlen hin, und um ihn am Weinen und dem Stören der Mutter in ihrer Arbeit zu verhindern, gibt sie ihm Opium. Durch diese Vernachlässigung der Kinder ist die Kindersterblichkeit sehr hoch. Von zehn Kindern unter einem Jahr sterben sechs. Diese Zahlen zeigen die Lage der Bergarbeiter in Indien, und wenn wir uns daran erinnern, daß während des englischen Bergarbeiterstreiks auch aus Indien Kohle nach Großbritannien kam, um den Streik der britischen Bergarbeiter zu brechen, wirft dies ein sehr bedeutsames Licht auf diese Arbeitsverhältnisse.

Um mit den Arbeitsstunden und Löhnen zu Ende zu kommen, möchte

ich noch eine kurze Wiederholung aus Berichten des britischen Konsuls in Schanghai vom Juni 1924 geben, in denen er folgende Meldung macht:

„Die normalen Arbeitsstunden in den lokalen, Engländern gehörenden Baumwollfabriken betragen $23^1/_2$ Stunde täglich, die in zwei Schichten von je 12 Arbeitsstunden eingeteilt sind und nur zwei Ruhepausen von je 15 Minuten aufweisen; in den Japanern gehörenden Fabriken werden $22^1/_2$ Stunde in zwei Schichten von je 12 Stunden gearbeitet, die zwei Ruhepausen von je 45 Minuten umfassen. In den Chinesen gehörenden Fabriken werden gewöhnlich 14-Stunden-Schichten ohne Ruhepausen gearbeitet. Die Arbeitsstunden der Kinder und Jugendlichen sind die gleichen wie die der Erwachsenen. (Großbritannien, Auswärtiges Amt, Schreiben betreffend die Arbeitsbedingungen in China, London 1925, P. 18, Cmd. 2442.)“

Berichte, die im gleichen Jahre von englischen Konsuln in verschiedenen Teilen Chinas gemacht wurden, geben einstimmig an, daß die Zahl der Arbeitsstunden hoch ist und die Löhne niedrig sind. Dies sind die offiziellen Berichte. Was ist das Resultat dieser Ausbeutung? Lassen Sie mich Ihnen einige Zahlen anführen über die Dividenden, die unsere Kapitalisten aus diesen Ländern und aus dem Blut und Schweiß der indischen, chinesischen und japanischen Arbeiter ziehen:

„Im Jahre 1920 hatte das Kailanbergwerk, Kaipingdistrikt, das mit britischem Kapital in Höhe von 24 Millionen mexikanischen Dollars arbeitet, einen Nettoprofit von beinahe 9 Millionen und zahlte eine Dividende von 35%.

Im Jahre 1922 zahlte die Hongkong-Schanghai Banking Corporation eine Dividende von 64%. In den Jahren 1923/24 und 1925 80%. Eine Zweiggesellschaft der ‚Banque Industrielle de Chine‘ zahlte 55%.“

Hinsichtlich Britisch-Indiens wurden in den Bengal-Kohlenbergwerken, von denen ich die Zahlen über die dort beschäftigten Männer und Frauen angab, die in der Woche 60 Stunden für 1 Shill. 3 Pence arbeiten, Dividenden bis zu der Höhe von 120% jährlich bezahlt. Die Durchschnittsdividende betrug 90%. In einer Anzahl Baumwollfabriken betrug die Dividende 1920 120%. Die höchste war 365%. Zieht man den Kurs der Aktien in Betracht, so beträgt der wirkliche Profit bis 500%. Der Durchschnittsprofit beträgt in der Jute-Industrie 140%. Alle Plantagen Javas sind in den Händen von 100000 weißen Kolonialmagnaten, die 88% der Dividenden erhalten; in die übrigbleibenden 12% müssn sich 35 Millionen Indonesier teilen. $^9/_{10}$ der malaiischen Bevölkerung sind so arm, daß sie nicht einmal den Reis essen können, der auf ihren eigenen Feldern wächst.

Um die Rolle zu zeigen, die das europäische Kapital in den verschiedenen europäischen Ländern spielt, möchte ich noch einige Zahlen über China

geben: China ist, praktisch genommen, eine Kolonie des ausländischen Imperialismus und wird finanziell von einem Konsortium beherrscht, das durch die großen ausländischen Bankiers ernannt ist, die niemals die chinesische Regierung anerkannt haben. Die britischen Banken stehen an erster Stelle. Die gesamte Hongkong und Shanghai Banking Corporation hat ein Aktivum in der Totalhöhe von über 662 Millionen Dollars und zahlte in den letzten drei Jahren 80 % Dividende. Diese Bank kontrolliert die chinesische Währung und hat die Macht, Banknoten unabhängig von der chinesischen Regierung herauszugeben und die Zölle durch ausländische Inspektoren zu kontrollieren. Die Hauptquelle der chinesischen Einkünfte, die Salzsteuer, ist unter britischer Kontrolle. Tarife werden von den ausländischen imperialistischen Mächten bestimmt.

Britische Interessengruppen kontrollieren 37 % des chinesischen Außenhandels, 38 % der chinesischen Schiffahrt, 35 % des chinesischen Eisenerzes und 25 % der chinesischen Eisenbahnen. Von 1 740 556 Baumwollspindeln in Schanghai gehören 967 432 den Engländern und Japanern. Das beweist, daß praktisch genommen die ganze Industrie in China wie auch in Indien (Holländisch- und Britisch-Indien) sich in Händen von weißen Ausbeutern befindet. Noch einmal wollen wir die Frage untersuchen, was das für die europäischen Arbeiter bedeutet. Es gab eine Zeit, als die Kolonien in dem Sinne eine Quelle des Reichtums für die kapitalistische Klasse waren, daß, was auch immer für Bodenschätze — Erze, Kohle, Gold, Silber — dem Lande entzogen wurden, in Profite für die kapitalistischen Ausbeuter verwandelt wurden.

Die zweite Ausbeutungsart in den kolonialen Ländern war, in diesen Ländern die verschiedenen Produkte, die das sogenannte Mutterland selbst nicht hervorbringen konnte, durch billige indische, chinesische oder Negerarbeit zu erzeugen. Aber in dem Stadium, das der Kapitalismus heute erreicht hat, gibt es noch einen Weg, um aus den Kolonien Profite für die kapitalistische Klasse zu ziehen. Sie gebraucht nicht nur die billige eingeborene Arbeitskraft für die Industrien, die sie in ihren eigenen Ländern nicht haben kann, sondern auch die billige Eingeborenenarbeit, um die Arbeiter in ihrem eigenen Lande auszuschalten und eine Art von Konkurrenz zwischen der Industrie der Kolonialländer und der Mutterländer zu schaffen. Heute ist z. B. ein großer Teil der britischen Textilindustrie nach Britisch-Indien verlegt worden. Dieselben Interessengruppen der Textilunternehmer in Großbritannien, die in der Tat sehr traurig sind, daß sie nicht in den Fabriken und Werkstätten mit einer 48stündigen Arbeitswoche arbeiten können, daß sie ihre Fabriken schließen und ihre Arbeiter auf Kurzarbeit setzen müssen, legen ihr Kapital in Fabriken in Indien und China an. Es gibt chinesische, indische und japanische Kulis, die 60 Stunden und noch länger in der Woche arbeiten. Kinder werden ausgebeutet, um

Textilwaren herzustellen, die früher durch Großbritannien, Holland und andere Länder produziert wurden. Dadurch, daß die Unternehmer die Textilwaren in diesen Ländern herstellen, machen sie einen viel größeren Profit, als wenn sie sie in ihrem eigenen Lande fabrizieren ließen, da der Preis der Waren — je nachdem Textil- oder Metallwaren — nicht dem Herstellungspreis dieser kolonialen Länder angepaßt wird, obgleich die Arbeit dort so billig ist, daß sie oft nur $^1/_{10}$ dessen beträgt, was in dem Mutterlande bezahlt wird. Der Preis wird oft durch alle Arten von Tarifen, Zöllen usw. gesteigert, und wenn heute in Großbritannien die Lancashire-Textilarbeiter auf Almosen angewiesen sind, wenn es keine Arbeit in den Dundee-Jutefabriken gibt oder die Arbeiter nur halbe Schicht arbeiten, so kommt dies dadurch, daß die britischen Unternehmer in den Kolonien die billigere Eingeborenenarbeit, die sich gegen die Arbeiter ihres eigenen Landes wendet, ausbeuten, auf diesem Wege größere Profite erzielen und andererseits die Arbeiter in ihrem Lande dazu bringen, Lohnkürzungen, verlängerte Arbeitszeit usw. anzunehmen. Die Arbeiter Europas werden jedoch nicht nur auf diese Art und Weise betrogen, sondern ihre Regierungen besteuern sie noch außerdem für Armeen, Marine, Polizei und andere Administrationskräfte, die von den imperialistischen Regierungen in die Kolonien geschickt werden, um die Textilarbeiter und Bergarbeiter zu unterdrücken, und sie zu längerer Arbeitszeit bei niedrigerem Lohn zu zwingen.

Man versucht, gegen diese Ausbeutung und gegen die Besteuerung, die der Aufrechterhaltung unserer eigenen Sklaverei dient, zu revoltieren. Unser Geld wird gebraucht, um die kolonialen Völker zu unterwerfen, aber außerdem senden wir Mitglieder unserer eigenen Klasse als Soldaten, Polizisten, Regierungsspitzel in diese kolonialen Länder, um deren Unterdrückung noch zu verstärken. Sie haben für ihre eigenen Ausbeuter und gegen unsere Brüder und Arbeitsbrüder in den kolonialen Ländern zu kämpfen. Solange wir nicht in der Lage sind, den Arbeitern Europas klarzumachen, wie die wirkliche Lage ist und wie die imperialistischen Länder diese kolonialen Länder unterdrücken und uns dadurch in unserm eigenen Lande zu Sklaven machen, gibt es keine Möglichkeit, diese vereinte internationale Front der Arbeiter der ganzen Welt herzustellen, und wenn ich so sagen darf, auch keine große Möglichkeit für die Arbeiter Europas und der weißen Länder, den Kapitalismus zu bekämpfen und ihre eigene Freiheit zu erzwingen.

Die Lage ist heute so, daß die europäischen imperialistischen Länder versuchen, eine geeinte Front der europäischen Nationen herzustellen. Schon im Jahre 1921 hielt der japanische Botschafter in London eine Rede auf einer Zusammenkunft, in der er sagte:

„Es ist bedauerlich, daß wir im gegenwärtigen Moment innere Kämpfe in China haben. Wenn ich ‚wir' sage, so meine ich England, Amerika, Frankreich und Japan, diese vier Großmächte, die so eng miteinander

mit dem östlichen China verbunden sind. Wenn wir uns also auf eine gewisse gemeinsame Grundlage einigen könnten, so glaube ich, daß die Unruhen in China wenigstens abgeschwächt werden könnten. Es ist notwendig, daß die Chinesen aufhören, untereinander zu kämpfen. In China gibt es nicht nur für China viel Raum, sondern auch für Japan, Amerika und Europa. Sie werden dort eine riesige Bevölkerung finden und durch die Entwicklung Chinas werden sie die chinesische Kaufkraft steigern. Ich hoffe, daß sich die Mächte wirklich einigen werden, China Sympathie und Hilfe zu gewähren."

Was „Sympathie und Hilfe" bedeuten, werden Sie aus den Zahlen erkannt haben, die ich Ihnen vorgelesen habe. Der Geist jedoch, eine vereinte Front der weißen Mächte gegen China zu bilden, lebt noch. Die Zahlen, die ich angeführt habe, sind auch heute noch gültig. Diese Zahlen sind in der deutschen, französischen, englischen und chinesischen Presse veröffentlicht worden und werden — glaube ich — durch eine offizielle deutsche Persönlichkeit, die eine vereinte europäische Front gegen China propagiert, gestützt. Ich weiß nicht, ob dies ein Köder ist, mit dem dieser deutsche Gentleman die Ententemächte zu erweichen hofft, daß sie Deutschland eine Möglichkeit geben, neue Kolonien oder Mandate oder so etwas Ähnliches zu erhalten. Auf jeden Fall jedoch verteidigt er eine vereinte Front der europäischen Mächte, der weißen Rasse gegen China, die gelbe und andere farbigen Rassen.

Nun hat dieser Kongreß den Arbeitern aller Länder von unserm Standpunkt aus klarzumachen, daß, wenn unsere Ausbeuter versuchen, eine vereinte Front gegen China zu bilden, wir weißen Arbeiter gegen diese gemeinsame Front sein müssen und nur für die vereinte Front aller Arbeiter der weißen, der gelben und der braunen Rasse gegen alle Kapitalisten eintreten dürfen. Wenn wir dies tun wollen, müssen wir eine Propagandakampagne beginnen. Heute hatten wir eine Versammlung einer Anzahl Delegierter auf diesem Kongreß, die Gewerkschaften und andere Arbeiterorganisationen vertraten.* Wir hatten 17 Delegierte, die 8 Millionen organisierte Arbeiter vertreten. Das klingt sehr gut und ist wirklich kein schlechter Anfang. Als Tatsache müssen wir jedoch feststellen, daß von diesen 8 Millionen Arbeitern 3 Millionen Mexiko angehören, das heute von keiner großen Bedeutung im internationalen Kampf zur Unterstützung der unterdrückten Völker ist, da Mexiko selbst zu diesen Ländern gehört, die unterdrückt werden. Es ist in großer Gefahr, weil der amerikanische Imperialismus seine Klauen nach ihm ausstreckt. Von diesen 8 Millionen Arbeitern sind ferner $1^1/_2$ Millionen Chinesen, die die Arbeiter der ganzen Welt um Hilfe in ihrem Kampf bitten. Als Tatsache möchte ich verzeichnen,

* Siehe Kapitel XV.

daß nur eine kleine Anzahl organisierter Arbeiter hier vertreten ist. Ich bedaure dies und bedaure auch, daß das Exekutivkomitee (diejenigen, die den Kongreß einberufen haben), meiner Meinung nach wenigstens, nicht alles getan hat, um die organisierten Arbeiter der europäischen Länder auf diesem Kongreß als Vertreter zu haben. Es kann nun sein, daß, wenn sie auch alle eingeladen worden wären — die sozialistischen Parteien, die der II. Internationale, und diejenigen Organisationen, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehören —, die meisten von ihnen sich aus dem einen oder anderen Grunde geweigert hätten, hierherzukommen. Dies ist schade, weil, wie ich schon bemerkt habe, diese koloniale Frage und der Kampf, der in China und im fernen Osten vor sich geht, so viele schwerwiegende Probleme in sich schließen, die von größter Bedeutung für die politische, wirtschaftliche und soziale Befreiung nicht nur allein der unterdrückten Rassen, sondern auch für die Arbeiter der ganzen Welt sind. Diese Frage hat nicht die gebührende Aufmerksamkeit seitens der II. Internationale und der Amsterdamer Internationale gefunden. Es ist sehr schade, daß ich diese Tatsachen hier feststellen muß. Es hätten jedoch auf jeden Fall mehr Arbeiterorganisationen hier vertreten sein können, wenn sie alle eingeladen worden wären. Nun, was nicht getan worden ist, muß auf diesem Kongreß getan werden. Wir müssen einen Aufruf an die organisierten Arbeiter aller Länder erlassen, daß sie sich an dem Kampf zur Befreiung der unterdrückten Nationen beteiligen, welcher Rasse oder Farbe sie auch angehören. Wir müssen auch an die II. Internationale und die Amsterdamer Internationale appellieren, wie auch an die Kommunistische Internationale und die Rote Gewerkschaftsinternationale. Wir müssen uns an alle Arbeiterorganisationen wenden, welcher Richtung sie auch angehören. Dies würde nur zeigen, daß wir für die Interessen der unterdrückten Arbeiter und gegen ihre Ausbeuter tätig sind. Schon vor mehr als 70 Jahren hat Karl Marx einen Artikel geschrieben, in dem er voraussah, was heute in China vor sich geht.

Wir hoffen und müssen dafür arbeiten, daß unsere Reaktionäre, wenn sie durch Asien fliehen und zuletzt die chinesische Mauer erreichen und die Tore, die zu dem Bollwerk der Erzreaktion und des Erzkonservativismus führen, an dieser Mauer lesen: „Chinesische Republik! Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit!“ Wir haben jetzt eine chinesische Republik, die eine Republik der Ausbeuter der Arbeiter ist. Wir müssen dafür kämpfen, daß unsere Reaktionäre, wenn sie an jene Mauer kommen und lesen „Chinesische Republik, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“, dies nicht im Sinne der französischen Republik dort steht, sondern im Sinne der Sowjetrepublik Rußland.

Wie können wir unseren chinesischen Arbeitern helfen, sich von den imperialistischen Unterdrückern und von ihrer eigenen kapitalistischen Klasse zu befreien? Wie können wir ihnen helfen, die freie Arbeiterrepublik

China zu errichten? Zuerst dadurch, daß wir die größtmögliche Propaganda im Namen der Nationalrevolutionäre Chinas führen, indem wir die Arbeiter darüber aufklären, was dort in China vor sich geht, und indem wir schließlich eine direkte Aktion zur Hilfe der Arbeiter Chinas vorbereiten und organisieren.

Wenn es uns gelingt, in unserm Kampf um Sozialismus und Kommunismus siegreich zu sein, so wird dies mit Hilfe unserer braunen, gelben und schwarzen Genossen geschehen. Unsere Ausbeuter wissen dies, und aus diesem Grunde tun sie alles, was in ihrer Macht steht, um die Einheit der weißen Rasse mit der farbigen zu verhindern. Nur durch die Einheit der weißen, schwarzen, gelben und braunen, kurz aller Arbeiter, welcher Rasse, Farbe oder Religion sie auch angehören, wird es uns möglich sein, die Welt rot zu färben und die sozialistische und kommunistische Gemeinschaft den Arbeitern der ganzen Welt zu bringen.

Georg Ledebour

ein zweites Mal das Wort nehmend:

Ich muß mich entschuldigen, daß ich zum zweiten Male spreche. Aber es ist aus folgenden Gründen notwendig:

Genosse Fimmen hat in seiner vorzüglichen Ansprache die Hauptfrage dieses Kongresses berührt. Die Hauptfrage ist, ob wir zur Aktion übergehen werden oder nicht. Alle übrigen Beratungen sind zwar interessant und auch notwendig, um unsere beiderseitigen Ansichten klarzustellen. Aber auf einem Kongreß, wie diesem, ist die Hauptsache, folgendes klarzustellen:

Was werden wir machen? Wenn wir uns nicht auf die Arbeiter der Welt berufen, und besonders auf die Arbeiter Europas und der Vereinigten Staaten, damit sie zur Aktion gelangen, dann wäre es besser, wir gingen nach Hause, um zu schlafen.

Genosse Fimmen hat von unserem Aufruf an die klassenbewußten Arbeiter Europas und der Vereinigten Staaten gesprochen, und zwar so, daß, wenn eine imperialistische Regierung Truppen und Munition nach einem der sogenannten Kolonialländer schicken würde (z. B. nach China), es Pflicht aller Gegner des Imperialismus und der kolonialen Unterdrückung wäre, sich auf die Arbeiter — und in erster Linie auf die Transportarbeiter — zu berufen, damit keine Soldaten und Munition hinübergeschickt werden, um unsere Genossen zu erschießen.

Das habe ich in meiner Ansprache angeführt, und heute morgen möchte ich Euch eine Resolution unterbreiten, die ich mit Mitgliedern verschiedener Delegationen mit Deutschen, Engländern und Chinesen, ausgearbeitet habe.

Diese Resolution appelliert an die Arbeiterklasse Europas zum Streik und zwar mit folgenden Worten:

Resolution.

Der Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus ist der Ansicht, daß die kapitalistische Kolonialpolitik ihrem innersten Wesen nach zur Knechtung, Zwangsarbeit und zur Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung der Kolonialgebiete führen muß. Die zivilisatorische Mission, auf die sich die kapitalistische Gesellschaft beruft, dient ihr nur als Deckmantel für die Eroberungs- und Ausbeutungsgelüste.

Der Imperialismus ist keine Zufallserscheinung, von der sich der Kapitalismus aus freien Stücken lossagen kann. Er ist vielmehr geschichtlich bedingt. Das in den kapitalistischen Mutterländern wirtschaftlich und politisch ausschlaggebende Finanzkapital erreicht einerseits schon durch direkte Ausbeutung der eingeborenen Arbeiter Extraprofite; andererseits heimst es infolge der Beherrschung der Rohstoffquellen Monopolprofite ein.

Die überwältigende Mehrheit der Arbeiterschaft in den imperialistischen Ländern hat an diesen Extraprofiten, von denen das Finanzkapital einer dünnen Oberschicht des Proletariats einen kleinen Bruchteil hinwirft, keinen Anteil. Die eigene Lage des Proletariats der Mutterländer wird vielmehr in hohem Maße durch die schrankenlose Ausbeutung der Kolonialarbeiterschaft verschlechtert. Dies geschieht nicht nur direkt auf dem Wege des Lohndrucks vermittels eingewanderter Kolonialarbeiter, sondern in einem noch schlimmeren Maße indirekt, in Auswirkung der raschen Industriealisierung eines Teiles der Kolonialgebiete. Es gibt heute in den Kolonialgebieten bereits annähernd 20 Millionen Berg-, Industrie- und Transportarbeiter, also ein Arbeiterheer, größer als die Masse der gesamten Arbeiterschaft Großbritanniens.

Gegenwärtig haben wir es mit zwei Hauptgruppen imperialistisch ausgebeuteter Kolonialgebiete zu tun:

1. Völlig unterjochte, durch das ,,Mutterland" vermittels seiner Beamten beherrschte Länder;

2. Nominell unabhängige, aber durch aufgezwungene Staatsverträge in tatsächlicher Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten gebrachte, aber deswegen nicht weniger ausgebeutete Länder.

Wirkliche nationale Selbständigkeit bedeutet, daß ein Volk über sich und seine Produktivkräfte frei verfügen kann. Es ist bezeichnend, daß sogar ein so reiches Land wie Mexiko, das doch gegenüber den anderen, vom Imperialismus abhängigen Ländern in einer verhältnismäßig günstigen Lage ist, nur über einen Bruchteil seines Nationalreichtums selbst verfügt, während, selbst nach der Feststellung der mexikanischen Regierung, zwei Drittel des Nationalvermögens sich in den Händen des ausländischen Kapitalismus befindet.

In grundsätzlicher Gegnerschaft gegen all diese verschiedenartig abgestuften Formen der kolonialen Unterdrückung und Ausbeutung, verlangt der Kongreß, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker, zu dem der sogenannte Völkerbund nur ein Lippenbekenntnis ablegt, durch völlige Freigebung aller Kolonialvölker, sowie durch sofortige Annullierung sämtlicher, der völligen Gleichberechtigung widersprechender Verträge tatsächlich verwirklicht wird.

Im Weiterverfolge dieser Hauptforderung verwirft der Kongreß auch jede Neuerwerbung von Kolonialland durch imperialistische Staaten, ebenso wie die Neuverteilung von sogenannten Kolonialmandaten an Staaten, die bisher noch keine Kolonien besaßen, wie an solche, die Kolonien verloren haben. Auch die Herleitung von staatlichen und privatkapitalistischen Reservatrechten aus der Tatsache, daß die Kapitalisten eines fremden Staates in den nominell noch selbständigen Ländern Kapitalien investiert haben, darf nicht mehr geduldet werden. Die besten Vertreter der fortschrittlichen europäischen und amerikanischen Geisteswelt unterstützen diese Forderungen.

Der Weltkrieg von 1914 bedeutet einen entscheidenden Wendepunkt in der Entwicklung des Imperialismus. Er hat einen Teil der Kolonialbevölkerung als Kanonenfutter auf die europäischen Schlachtfelder geworfen. Er hat damit den unterdrückten Völkern ihre letzten Illusionen über die ,,kulturelle Sendung" des Imperialismus genommen. Der Krieg hat außerdem die brutalste Verkörperung des Imperialismus, den russischen Zarismus, zertrümmert. An seine Stelle trat eine imperialistenfeindliche Föderation freier, eine sozialistische Wirtschaft aufbauender Völker.

Durch die rapide Industrialisierung der Kolonialgebiete wurde außerdem der monopolistisch beherrschte Absatzmarkt für die Industrie der kapitalistischen Mutterländer aufs empfindlichste eingeschnürt. Notgedrungen versuchte daraufhin der Imperialismus, mit allen Mitteln die industrielle Entwicklung der unterdrückten Länder zu verkrüppeln (Kampf gegen die Zollautonomie in Indien und China). So wird der Imperialismus in seiner jetzigen Phase ungemildert zu einem Hemmschuh für die Entwicklung der Produktivkräfte. Er sammelt um sich alle feudalen und reaktionären Elemente in den abhängigen Ländern, gegen die alle Elemente, die nicht zu Verrätern am Freiheitskampf werden wollen, sich zum Abwehrkampf zusammenschließen.

Der Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus ist dazu berufen, sowohl das Bündnis der um die Niederwerfung des Imperialismus kämpfenden Arbeiter, Bauern, Mittelschichten und Intellektuellen untereinander, wie auch das umfassendere zwischen diesen Schichten und der klassenbewußten Arbeiterschaft der ganzen Welt, zu begründen und zu fördern.

Der Zusammenbruch des Imperialismus hat eingesetzt. Die Arbeiterklasse und die Massen der unterdrückten Völker sind seine Totengräber.

Die am Kongreß beteiligten Vertreter proletarischer Organisationen erklären:

Unsere Beihilfe darf sich nicht beschränken auf Sympathiekundgebungen für die kolonialen Freiheitskämpfer, noch auf Protestkundgebungen gegen die Gewalttaten der imperialistischen Unterdrücker. Sie muß in Massenaktionen gipfeln. Geht ein imperialistischer Staat über zur militärischen Niederzwingung der Freiheitsbewegung eines Kolonialvolkes oder eines vertragsgemäß in Abhängigkeit gebrachten Volkes, so müssen die Vertreter der auf dem Boden dieser Resolution stehenden Organisationen die Initiative ergreifen zur Herbeiführung von Streiks, insbesondere von Transportarbeiterstreiks, zur Verhinderung der Entsendung von Truppen und Kriegsmaterial nach den zum Abwehrkampf getriebenen Ländern. Sollten solche Druckmittel nicht das Ziel voll erreichen, so muß das Proletariat durch einen Massenstreik den Unterdrückerstaat zur Freigebung des unterjochten Volkes zwingen.

Die Vertreter der kolonialen und abhängigen Völker erklären, daß sie den Kampf gegen den Imperialismus zu Massenaktionen der Werktätigen ihrer Länder ausgestalten werden. Ferner erklären sie, daß sie im Falle der bewaffneten Intervention, die von einer bestimmten imperialistischen Macht unternommen wird, diese politisch und ökonomisch boykottieren und aktiv zugunsten der im Abwehrkampf stehenden Brudernation eingreifen werden. Diese Verpflichtung gilt in ganz besonderem Maße China gegenüber.

An alle Gegner imperialistischer Unterdrückung und kapitalistischer Ausbeutung ergeht unser Ruf:

Schließt euch uns an und setzt unsere Forderungen um in die Tat!

Ich wünsche, daß Ihr genau versteht, was es bedeutet, diese Resolution anzunehmen, nämlich, Ihr verpflichtet solche Organisationen, die mit uns einverstanden sind, alles zu tun, um einen Transportarbeiterstreik erfolgreich zu machen. Es mag sein, daß dies eventuell zu einem Generalstreik führt — ich spreche nur von einem möglichen Anfang. — Konkret mußte seinerzeit gewiß ein Generalstreik daraus hervorgehen. Die Transportarbeiter sind die Pioniere.

Genosse Fimmen, den ich seiner sozialistischen Auffassung und seiner Tätigkeit wegen hoch schätze, sagt, daß wir von allem Humbug und Tamtam Abstand nehmen müssen. Das sind wirklich wertvolle Worte. Aber ich befürchte, daß ohne weitere Erklärung diese nur dazu dienen könnten, unseren Aufruf zur Aktion zu diskretieren. Ich weiß, wie die Presse solche Sachen kommentiert, und ich bin davon überzeugt, daß sie diesen Worten eine falsche Bedeutung beimessen wird, vielleicht schon in dieser Zusammen-

kunft. Dann wird man den Kongreß bespotten, weil sein Aufruf zur Aktion als Humbug und Tamtam zu bezeichnen wäre. Es ist wirklich besser, daß wir von Fragen Abstand nehmen, die unseren guten Ruf schädigen könnten.

Der Vertreter des Internationalen Antimilitaristischen Bureaus

Müller-Lehning (Holland)

begründet die Stellungnahme seiner Organisation mit folgender Erklärung:

Im Namen des Internationalen antimilitaristischen Bureaus begrüße ich den Kongreß. Dieses Bureau ist gebildet worden im Kampfe gegen Militarismus und Imperialismus. Es ist eine proletarische antimilitaristische Bewegung, der verschiedene nationale Sektionen und internationale Organisationen, wie das Berliner syndikalistische Bureau und das Internationale antimilitaristische Bureau im Haag, angeschlossen sind. Gemäß unseren Prinzipien sind wir gegen alle Formen der ökonomischen Ausbeutung und der militärischen Unterdrückung der farbigen Rassen und sind bestrebt, die größtmöglichste Einheit und Zusammenarbeit des Proletariats des Nordens, Ostens, Südens und Westens für die soziale Revolution zu verwirklichen.

Bereits vor 20 Jahren kämpfte die antimilitaristische Bewegung Hollands für die Unabhängigkeit Indonesiens. Die Antimilitaristen waren Verfolgungen ausgesetzt. Tausend von ihnen wurden eingekerkert wegen Militärdienstverweigerung. Wir bekämpfen die Unterdrückung in allen Formen. Die Internationale antimilitaristische Kommission übermittelt daher dem Kongreß folgende Erklärung:

(Siehe Erklärung der I.A.K. Anhang B.)

Die Einheitsfront in dem Freiheitskampf der unterdrückten Völker.

Der Freiheitskampf der unterdrückten Völker der Kolonien, Halbkolonien, der vom Imperialismus unterjochten, scheinbar selbständigen, der vom Imperialismus bedrohten schwachen Länder und der als sogenannte „nationale Minderheiten" bezeichneten unterdrückten Nationen (z. B. die Neger in den Vereinigten Staaten) nimmt, der Verschiedenheit der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsstufe der jeweiligen geschichtlichen Bedingungen gemäß, in den verschiedenen Ländern verschiedene Formen und den mannigfaltigsten Charakter an. Dementsprechend sind auch die Träger und Führer der nationalrevolutionären Bewegungen sehr verschiedenartige Gruppen und Organisationen, mannigfaltige soziale Schichten, die ihren Kampf unter den verschiedenartigsten Losungen führen. Während in dem einen Lande noch religiöse oder kulturelle Losungen im Vordergrunde stehen, finden wir bereits in den meisten Ländern die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Forderungen klar ausgesprochen. Die wirklichen Vorkämpfer der nationalen Freiheit müssen diesen eigenartigen Sonderumständen das größtmögliche Verständnis entgegenbringen. Es gilt für sie, auch rückständigen Formen und Losungen, wie sie aus der Eigenart bestimmter Länder hervorgehen, mit allem Verständnis und aller Duldsamkeit zu begegnen und aus ihnen den anti-imperialistischen Kern herauszuschälen.

Andererseits zeigt die geschichtliche Erfahrung, daß den Freiheitsbewegungen umso größere Erfolge und ein umso rascherer Sieg beschieden ist, je klarer ihr politisches und soziales Programm und je breiter die Volksmassen sind, die an diesen Bewegungen aktiv teilnehmen. Die höchste Entwicklungsstufe solcher Bewegungen zeigt gegenwärtig der nationalrevolutionäre Kampf der *chinesischen* Volkspartei (Kuomintang), die sich auf die breiten Massen der unterdrückten Arbeiter, Bauern, Kaufleute, Intellektuelle und andere Mittelschichten stützt und auf Grund eines klaren und sozialen Programms den Freiheitskampf des chinesischen Volkes siegreich führt. China ist zugleich das beste Beispiel dafür, daß es in jedem vom Imperialismus unterdrückten oder bedrohten Lande Schichten gibt, die sich mit dem unterdrückenden Imperialismus verbünden, zu Verrätern an der Sache der nationalen Freiheit werden, Schichten, die der Imperialismus als Stützpunkte im Kampf gegen das eigene Volk zu benutzen trachtet. Das sind in China, wie in anderen um ihre Freiheit kämpfenden Ländern, die Vertreter der feudalistischen Reaktion, reaktionäre Militärmachthaber, die hoffen, ihre Vorrechte auf Kosten des eigenen Volkes mit Hilfe der imperialistischen Unterdrücker erhalten zu können.

Die fortgeschrittensten Organisationen der Arbeiterschaft der unterdrückten Länder erstreben überall — unbeschadet ihres eigenen weitergehenden Klassenprogramms — ein festes Bündnis mit dem Bauerntum und mit allen fortschrittlichen und kampfbereiten Schichten der unterdrückten Nationen, die ein ehrliches Interesse an der vollen Aufhebung der imperialistischen Bedrückung haben. Über alle Rassenunterschiede hinweg streben die fortschrittlichen revolutionären Arbeiterorganisationen der unterdrückten Länder überall die Bildung einer solchen nationalrevolutionären anti-imperialistischen Einheitsfront an, wie sie China in bedeutendem Maße bereits verwirklicht hat, und wie sie in anderen Ländern in Entstehung begriffen ist.

Die nationalrevolutionäre Freiheitsbewegung ist gezwungen, im Interesse ihres Sieges den Kampf nicht nur gegen die ausländischen imperialistischen Unterdrücker, sondern auch gegen deren einheimische Verbündete, die reaktionären feudalen Elemente, die imperialistenfreundlichen Militärmachthaber und sonstige Reaktionäre energisch zu führen, was nur dadurch geschehen kann, daß die nationalrevolutionäre Front sich auf die breiten werktätigen Bauern- und Arbeitermassen stützt, in deren ureigenstem Interesse es liegt, zur Befriedigung ihrer eigenen sozialen Wünsche die Reaktion niederzukämpfen. Die chinesische nationalrevolutionäre Bewegung kann auch insofern den übrigen unterdrückten Völkern als Vorbild dienen, als es ihr gelungen ist, eine starke nationale Armee zu bilden, mittels derer sie erfolgreich die Kräfte der Gegenrevolution bekämpft. Diese Armee besteht, im Gegensatz zu den Söldnerheeren der verschiedenen chinesischen Militaristen, aus politisch aufgeklärten, durch einen einheitlichen revolutionären Gedanken zusammengeschweißten, bewaffneten Arbeitern und Bauern, deren Vormarsch den Imperialisten und ihrem Anhang Entsetzen einflößt, während die Volksmassen ihn als eine Erlösung empfinden. Das Erscheinen der Kantonarmee gibt überall das Signal zur Bildung freier Verbände von Bauern, Arbeitern, Kaufleuten und anderen politisch und wirtschaftlich geknebelten Volksschichten. Pflicht aller, denen es um die Befreiung ihres Landes ernst ist, ist es, ähnliche Kampforganisationen zu schaffen und denjenigen ihrer Landsleute, die in die bewaffneten Organisationen der Imperialisten eingezwängt sind, ihre nationalrevolutionären Aufgaben zum Bewußtsein zu bringen.

Jede nationale Freiheitsbewegung, die diesen Namen verdienen will, muß sich das Ziel der restlosen, politischen, wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Selbständigkeit des betreffenden Volkes, Landes oder der betreffenden Nation stecken. Gemäß dieses allgemeinen Prinzips stehen, je nach der Eigenart der Verhältnisse, folgende Forderungen im Vordergrund:

1. Abschaffung aller sozialen, wirtschaftlichen, politischen oder kulturellen Vorrechte der imperialistischen Eindringlinge in solchen Ländern, wo die Imperialisten sich mit den Mitteln ihrer Gewaltpolitik derartige Privilegien erzwungen haben (Ägypten, Mexiko und verschiedene Staaten Zentral- und Südamerikas);

2. Abschaffung aller „Verträge", die von den Imperialisten zur Sicherung ihrer Vormachtstellung erzwungen wurden. (Exterritorialität, Kapitulationen.) Abschluß neuer Verträge nur auf Grund voller Gleichberechtigung (China, Persien, Zentralamerika).

3. Streichung aller Kriegskontributionen und Ansprüche aus früheren Wucheranleihen, die den unterdrückten Ländern seitens der Imperialisten aufgezwungen wurden;

4. Freies Verfügungsrecht jedes Landes über die eigenen Bodenschätze, Verkehrswege, Zölle, Steuern und sonstige Nationaleinkommen, ungeachtet aller angeblichen Rechtstitel, die sich die imperialistischen Unterdrücker in der Vergangenheit gewaltsam verschafft haben;

5. Volle Freiheit für jedes Land, seine eigene Staatsform, seine Regierung, seine wirtschaftlichen, sozialen, militärischen und kulturellen Einrichtungen selbständig zu bestimmen;

6. Volle Freiheit zur Gestaltung der ausländischen Beziehungen, der Anerkennung oder Nichtanerkennung fremder Regierungen, von Neutralitäts-, Freundschafts-, Bündnis- oder Handelsverträgen;

7. Das freie Recht jedes Volkes, auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes einen eigenen, durchaus selbständigen Staat zu bilden und aus dem Verband eines Staates (wie z. B. des britischen Imperiums) auszutreten;

8. Abschaffung des heuchlerischen Mandatssystems des Völkerbundes. Zurückziehung des ausländischen imperialistischen Verwaltungs- und Militärapparates aus allen sogenannten Mandatsländern. Anerkennung ihrer vollen Unabhängigkeit

9. Abschaffung aller sogenannten Protektorate. Zurückziehung der Truppen und ausländischen Verwaltungsapparate aus den Schutzgebieten, sowie Anerkennung ihrer vollen Unabhängigkeit;

10. Annullierung aller Verträge, die die imperialistischen Großmächte untereinander, hinter dem Rücken der unterdrückten Völker und auf deren Kosten über „Einflußsphären", **Wirtschaftsbeziehungen usw. abgeschlossen haben;**

11. Als Folgerung aller vorgenannten Forderungen selbstverständlich die volle staatliche Unabhängigkeit aller derjenigen Gebiete, die bis jetzt von den Imperialisten als deren Besitztum, Kolonie usw. unterdrückt und ausgebeutet worden sind.

Die nationalrevolutionären Unabhängigkeitsbewegungen kämpfen einen mächtigen gemeinsamen Kampf gegen den Block der imperialistischen Großmächte und ihrer Helfer, gegen einen Block, der zwar in taktischen Fragen uneinig sein kann, der aber in der Hauptfrage, daß die unterdrückten Völker unfrei bleiben sollen, stets einig ist.

Der Imperialismus ist durch seine verzweifelte Lage zu der Notwendigkeit gekommen, sich offen in dem Kampfe der fortschrittlichen Parteien mit der feudalistisch-militaristischen Reaktion auf seiten der letzteren zu stellen. So sind die imperialistischen Regierungen der kulturell am fortgeschrittensten Nationen zu Verbündeten der Vertreter von militärischen Condottieri und kulturell und politisch mittelalterlicher Reaktion geworden. So unterstützt jetzt England offen die Feinde der Kantonregierung. Japan, Frankreich, wie die anderen imperialistischen Länder, haben reaktionäre Generäle in ihrem Solde und versuchen vergeblich zu verhindern, daß sich China unter einer nationalen Regierung vereinigt. Der nordamerikanische Imperialismus hat eine neue Doktrin, die Kellogdoktrin aufgestellt, wonach sie ihr Veto gegen jegliche zentralamerikanische Regierung einsetzt, die sich nicht als ihre Drahtpuppe hergibt, und in Anwendung dieser Doktrin interveniert er offen in Nicaragua. Ähnliche Beispiele der Einmischung des Imperialismus auf Seiten der Reaktion könnten für alle unterdrückten Länder angeführt werden.

Statt sich der trügerischen Hoffnung hinzugeben, unterdrückte Völker könnten mittels eines Kompromisses mit den Imperialisten ihre nationale Selbständigkeit erlangen, müssen sich alle unterdrückten und bedrohten Völker in ihrem Kampfe gegen die Imperialisten gegenseitig brüderliche Hilfe leisten und eine solidarische imperialistenfeindliche Weltfront bilden.

Unterdrückte und vom Imperialismus bedrohte Völker, vereinigt Euch im Kampf!

XV.

Der Freiheitskampf der unterdrückten Völker und die Gewerkschaften.

Außer den vielen Kommissionen, die in Brüssel zur Ausarbeitung der Resolutionen der verschiedenen Länder tagten, verdient die Gewerkschaftskommission, die die Vertreter von 17 Gewerkschaftsorganisationen mit einer Mitgliederzahl von 7 962 000 vereinigte, besondere Beachtung.

Es war zum ersten Male, daß Vertreter der europäischen Gewerkschaftsbewegung mit den Vertretern der Gewerkschaften der kolonialen und halbkolonialen Länder eine revolutionäre Einheitsfront bildeten und sich mit ihnen, in dem Befreiungskampf der unterdrückten Rassen und Klassen, solidarisch erklärten.

Einerseits beginnt die europäische Arbeiterbewegung einzusehen, daß sie den Kampf um nationale Freiheit in den kolonialen und halbkolonialen Ländern um ihrer eigenen Befreiung willen unterstützen muß; andererseits erkennt die Arbeiterklasse der kolonialen und halbkolonialen Länder, daß ihre Befreiung ohne die tatkräftige Unterstützung der Arbeiterschaft Europas und der U. S. A. nicht möglich ist.

Die Resolution ist ein Bekenntnis zu der immer notwendiger werdenden internationalen Gewerkschaftseinheit.

Resolution der Gewerkschaftsvertreter am Brüsseler Kongreß.

Die unterzeichneten Delegierten, die 17 Gewerkschaftsorganisationen mit zusammen *7 962 000 Mitgliedern* aller Rassen repräsentieren, versichern als Teilnehmer des Internationalen Kongresses gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus *alle unterdrückten Völker der Erde,* die im Kampfe für ihre Befreiung vom Joch des Imperialismus stehen, ihrer völligen *Solidarität.* Sie verpflichten sich, diese Völker nach Kräften und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.

Im Augenblick, wo die englischen Imperialisten täglich neue Transporte von Waffen, Munition, Kriegsmaterial und Truppen nach China entsenden, im Augenblick, wo sie ihre Flugzeuge und Kriegsschiffe ausschicken, um die chinesische Revolution niederzuschlagen, weisen die unterzeichneten Gewerkschaftsvertreter darauf hin, daß das einzig wirksame Mittel für die Bevölkerung der unterdrückten Länder zur Verhinderung des von den Imperialisten vorbereiteten Krieges darin besteht, die nötigen Maßnahmen zur internationalen *Organisierung des Boykotts des Waffen- und Munitionstransportes* und zur *Entfesselung des Generalstreikes* zu treffen.

Zu diesem Zweck muß in jedem Lande eine aktive Kampagne zur Popularisierung der Anwendung von Teilstreiks und des Generalstreiks geführt werden. Die vom Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus gefaßten Beschlüsse und Resolutionen müssen von der *Gewerkschaftspresse* der ganzen Welt veröffentlicht und in weitestem Maße unter den Arbeitern in Stadt und Land verbreitet werden.

Angesichts der auf die Rivalität unter den verschiedenen imperialistischen Staaten der Welt zurückzuführenden beständigen Kriegsdrohungen und zur wirksamen Unterstützung des Freiheitskampfes der Völker für ihr Selbstbestimmungsrecht, proklamieren die Gewerkschaftsvertreter auf dem Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus laut, daß *die internationale gewerkschaftliche Einheit heute mehr denn je notwendig ist.* Sie wenden sich an den *Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam,* an die Rote Gewerkschafts-Internationale in Moskau und alle anderen, den bestehenden Internationalen nicht angeschlossenen Organisationen, und fordern sie im Namen der 7 962 000 Gewerkschaftsmitglieder, welche sie vertreten, auf, aufs schnellste eine Vereinbarung für die *Schaffung einer einheitlichen Gewerkschafts-Internationale, welche die Gewerkschaften der fünf Weltteile und die Arbeiter aller Rassen und Farben umfaßt,* zu treffen.

Eine einheitliche Gewerkschafts-Internationale ist allein imstande, einen Damm zu errichten, an welchem alle imperialistischen Kriegsversuche scheitern werden.

Die unterzeichneten Gewerkschaftsvertreter fordern die Gewerkschaften aller Länder dringend auf, endgültig mit der gegenwärtig noch zwischen weißen und farbigen Arbeitern bestehenden Trennung Schluß zu machen. Alle Arbeiter ohne Unterschied müssen in örtlichem, nationalem und internationalem Maßstabe in den gleichen Gewerkschaftsorganisationen erfaßt werden.

Das *Gewerkschafts-, Koalitions-, Versammlungs- und Streikrecht,* die *Rede- und Pressefreiheit* müssen für alle Arbeiter der Kolonial- und Halbkolonialländer erobert werden.

Während die Arbeiter der unter imperialistischer Herrschaft stehenden Länder nicht vergessen dürfen, daß das Gewerkschaftsrecht im offenen Kampf erobert werden muß. so müssen die Arbeiter und Gewerkschaften der imperialistischen Unterdrückungsländer gleichfalls energisch kämpfen, um ihre Kapitalisten zu zwingen, den Arbeitern und Bauern der Kolonien dieses Recht zu gewähren.

Die *Trennung nach Rassen, Farben und Arbeiterkategorien, die nationale und internationale Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen* dienen nur den Interessen der Kapitalisten und Imperialisten, welche ihre Herrschaft nur wegen dieser Spaltung und wegen der ungenügenden Organisierung der Arbeiter fortsetzen können.

Nieder mit der kapitalistischen Ausbeutung und der imperialistischen Unterdrückung!

Es lebe die Vereinigung der Arbeiter und der Unterdrückten der ganzen Welt!

Es lebe die internationale Gewerkschaftseinheit!

Für die englische Minoritätsbewegung: *Harry Pollitt;*
für die mexikanische Gewerkschaftskonföderation (C.R.O.M.): *Edo Fimmen;*
für die britische Bergarbeiterföderation: *S. O. Davies;*
für die Unitarische Allgemeine Arbeitskonföderation von Frankreich: *A. Herclet;*
für den Allchinesischen Gewerkschaftsbund und die Streikkomitees von Hongkong und Kanton: *Chen Kuen;*
für den Kwantunger Rat der Arbeiterdelegierten: *Li Kuetsai;*
für die Internationale der Bildungsarbeiter: *Vernochet;*
für den Metallarbeiterverband von Kanton: *Li Kuetsai;*
für den belgischen Bekleidungsarbeiterverband: *Liebaers;*
für die südafrikanische Gewerkschaftsföderation (weiße Arbeiter): *Daniel Colraine;*
für die Opposition in der südafrikanischen Gewerkschaftsunion (farbige Arbeiter) A. La Guma;
für den Allchinesischen Metallarbeiterverband: *Li Kuetsai;*
für den mexikanischen Landarbeiterverband: *Julio A. Mella;*
für das Gewerkschaftskartell von Tampico (Mexiko) *J. Martinez;*
für den Gewerkschaftsbund von Venezuela: *C. Quijano;*
für die Arbeiterföderation von Kuba: *A. Sotomayor;*
für den nordamerikanischen Negerarbeiterkongreß: *R. B. Moore.*

XVI.

Die „Kulturmission“ der abendländischen Völker.

Professor Dr. Theodor Lessing (Deutschland).

Ich habe die Ehre, einige Gedanken vorzutragen. Ich spreche in deutscher Sprache. Zuvor gestatten Sie, daß ich Ihnen einen merkwürdigen Gegenstand zeige: Hier diesen Stock, es ist ein Bambusrohr mit altem Griff, darin stehen die Initialen A. S. Das heißt Arthur Schopenhauer. Ich erhielt den Stock durch Testament. Zuvor gehörte er einem Philosophen Indiens. Es ist der Stock, den Arthur Schopenhauer trug. Das war ein großer deutscher Philosoph, aber es war nicht ein Philosoph wie die übrigen, es war ein Philosoph, der die Welt gesehen hat. Mit einigen Sätzen dieses Denkers beginne ich mein Referat:

„Wenn die Könige von Anam oder von Siam Missionare schicken würden nach Europa, so hätte das Sinn. Daß aber wir uns berufen wähnen, das Christentum und die christliche Kultur zu bringen den Hindu, den Parsen, den Malaien, den Chinesen, das ist nicht nur unverschämt. Das ist ein Verbrechen. Die Weisheit der Vedas und Upanischads war da, lange ehe es Dampfmaschinen und Lokomotiven gab. Der kleinste Rest Heidentum ist lebendiger als unsere ganze christliche Kultur . . . Wenn die Chinesen sprechen würden: Wir sind die Lehrmeister der weißen Rasse, dann hätten sie recht. Die Gedanken Kong-Fu-Tses und Mong-Tses sind niedergeschrieben worden, lange bevor wir unsere Kanonen bauten, mit denen wir die Erde zerstören.“

Die Erde zerstören! ... Den Leib der großen Mutter zertreten. Längst verschwunden und hingemordet ist fast die ganze Tierwelt Europas. Bär, Wolf, Wisent, Elch, Biber, Marder und Otter. Demnächst auch: Eber, Wiesel und Fuchs. Von mehreren tausend Vogelarten, die noch vor hundert Jahren in Europa sangen, sind knapp 300 übriggeblieben. Ich habe die Freude, hier ausgezeichnete Männer zu begrüßen. Sie haben eine weite Reise gemacht. Und wenn ich bedenke, daß manche zum ersten Male nach Europa kommen, und wenn ich mich in ihre Seele versetze, so glaube ich: Sie kommen in ein Märchenland. Sie bewundern uns, Sie bewundern Europa. Sie sehen hier Menschen vor sich, die sich tausend Wünsche erfüllen, welche

die schwarzen, braunen, gelben Menschen kaum noch kennen. Und alle Wünsche erfüllen sich ganz ohne Verdienst. Man braucht nur auf Knöpfe zu drücken. Man braucht nur einen Hebel zu ziehen. Heizung mit Dampf, fließendes warmes Wasser den ganzen Tag, Kino, Lichtreklame, man ißt von silbernen Schüsseln, man reist im Luftkahn oder man fährt im eigenen Auto... Welche Wunder! — Sie alle wünschen in *Ihren* Ländern ebenso weit zu kommen. Sie *werden* es... Aber Sie können nicht verstehen, was ich jetzt sage: Dieses alles ist der *Kadaver* der Natur. Sie sind in einer Wüste von lauter *Artefakten*. Da blüht kein Baum. Da blüht kein Strauch. Man liebt nicht, man haßt auch nicht. Sie sind in den Ländern des lärmenden Todes. Und um Sie herum überlebendig agieren Tote. Diese von der Mutter Natur abgetrennten Toten bauen Mordwaffen. Mit diesen Mordwaffen ziehen sie hinaus in alle Länder. Wo immer noch Lebendiges zu töten ist: Blumen oder Bäume, Tiere und Menschen. In dem letzten Jahre 1926 haben wir Europäer und Amerikaner 40 000 See-Elefanten erschlagen. Droben in der Antarktis. Wir haben in den letzten Jahren in Australien, in Amerika 100 Millionen Singvögel getötet. Dazu 200 Millionen Seevögel, damit unsere Frauen sich Federn auf die Hüte stecken. An den Küsten Patagoniens erschlugen wir im letzten Jahr 10 Millionen Robben. Erschlagen? Nein, das ist nicht praktisch, man zieht den Lebenden das Fell vom Leibe. Sie sterben dann von selbst. Unter tagelangen Qualen. Die Gesellschaft für rationellen Fischfang in Kopenhagen, eine einzige Fischereigesellschaft, erbeutete im letzten Jahr 200 000 Walfische. Die werden gleich an Ort und Stelle getötet und zerlegt. 400% Reingewinn. Auf der Insel Layson bei Hawaii, da haben wir im letzten Jahr 1 Million Albatrosse in Gruben gefangen, dann den Balg abgezogen, dann verhungern lassen. Auf Madagaskar hat ein französischer Lederhändler die ganze Jagd auf Krokodile und Alligatoren gepachtet. Er hat alle ausgerottet, hat das Leder nach Amerika verkauft. Spielen Sie Billard? Haben Sie einen Taschenkamm? Damit wir solche Gegenstände haben, gebrauchen wir in Europa und Amerika in jedem Jahre 800 000 Kilogramm Elfenbein. Das bedeutet den Tod von 50 000 indischen Elefanten, die mächtigsten Geschöpfe der Erde. In Algeciras an der Küste Afrikas besteht eine Aktiengesellschaft: Compania Ballerana in Sandy-Bai. Sie hat im letzten Jahr 10 Millionen Robben gefangen. Ein gutes Geschäft! Eine amerikanische Aktiengesellschaft gründete 1914 auf den Kerguelen eine Betriebsstelle zur Jagd von See-Elefanten. Sie gewann so viel Tran, daß man alle Märkte der Erde mit Fett versorgen konnte. Da kam der Krieg. Mit dem Kriege Hungersnot. Was machen gute Geschäftsleute? Um ein gutes Geschäft zu machen, schüttete man neun Zehntel aller Vorräte ins Meer. Den Rest brachte man auf den Markt. Dank des Krieges mit einem Nutzen von 1000%. Das ist die christliche Kultur. Und da nun bald alle Wälder abgeschlagen sind, alle Tiere getötet — so weit man sie nicht benutzen kann

für die Zwecke der Menschenwirtschaft —, so kommen nun an die Reihe: die *farbigen Völker.* Einige davon haben noch Verwandtschaft mit außermenschlicher Natur. Die Indianer, die tapferen Negervölker Afrikas, die Hindu, das uralte China.

Betrachten wir zuerst einige Fußspuren der europäisch-amerikanischen Weltwirtschaft. Mehrere hunderttausend Russen, hunderttausend Armenier, hunderttausend Albanier sind entlang dem Land Schané auf der großen Karawanenstraße in die Wüste getrieben worden. Abgeschlachtet angesichts der zeitungschreibenden Kulturwelt. Indes von allen Kanzeln der Christenheit die herrlichste Ethik gepredigt wird, welche die Erde kennt. 1922 haben wir in Australien die Dampfpflüge mit Getreide geheizt, um die Frachtkosten herabzudrücken und höhere Getreidepreise zu erzielen. In den Münzen von Philadephia und New York lagerte bergehoch das Silber und das Gold. Weil man die Goldstücke nicht alle benutzen konnte, so blieb nichts übrig, als sie zu bergehohen Klumpen einzuschmelzen. Was aber geschah währenddes in Rußland? Eine Million Menschen verhungerte. Die Kinder fraßen ihre Eltern. Die Eltern schlachteten ihre Kinder. In Deutschland war von 1919 bis 1921 eine große Sterblichkeit unserer kleinen Kinder. Ich habe Kinder gesehen, die leicht zu retten waren, wenn man ihnen nur Milch gegeben hätte. Aber wir hatten keine Milchkühe. Wir mußten sie nach dem Vertrag von Versailles an Frankreich ausliefern. Um dieselbe Zeit aber hat Argentinien ganze Rinderherden zu Büchsenfleisch verarbeitet. Da man es nicht ausführen konnte, so hat man Seife daraus gemacht.

An der Stätte, wo zwei der leuchtendsten Geister unserer weißen Rasse über die Zukunft der Menschenwirtschaft gegrübelt haben — Elisée Reclus und Karl Marx —, in Brüssel sind wir zusammengekommen, um zu fragen: Wie können wir die drohende Selbstzerstörung der Erde verhindern? Die Selbstzerstörung durch die Mordtechnik des Kapitals und der Zivilisation. Dennoch können wir alles retten! Aber ehe ich Ihnen die positiven Wege zeige, will ich versuchen, das Problem zu formulieren: Das Problem der Kolonisation, um das es sich für uns hier handelt. Ich möchte aber bitten, daß niemand sich verletzt fühlt, wenn ich sachlich schroff die Wahrheit sage: Wehe *jedem* Volke, das untreu wird seinen autochthonischen Göttern, seiner Überlieferung, seiner Sprache, Schrift oder Volkssitte, Volkstracht, Religion und seinem Mythos. Solche Völker sterben aus. China steht im Begriff, Indien steht im Begriff, Afrika steht im Begriff, sich selber untreu zu werden. Alle gelben, braunen, schwarzen Menschen schweben dauernd in der Gefahr, sich zu verlieren an den Maschinenpark Amerika und Europa. Sie sind hierhergekommen; Chinesen, Ägypter, Perser, Sudanesen, Syrier, Inder, Mexikaner, um uns zu sagen: Wir sind freie Männer. Wir sind so gut wie Ihr. Wir können auch, was Ihr könnt. Sind ebenso klug, ebenso gelehrig, ebenso politisch. Das wissen wir! Aber...

Verzeihen Sie dieses Wort: Es ist ein wenig töricht, nein! Es ist ergreifend, wenn heute der schwarze Mann, der braune Mann, der gelbe Mann beweisen will: Ich bin ein guter Soldat, ein guter Techniker, ein großer Gelehrter, ein kluger Rechner. Ihre Väter haben die Kultur Europas und Amerikas nicht besessen. Nicht darum, weil sie das nicht konnten, was wir können. Nein! Weil sie das nicht können wollten. Die Zukunft wäre hoffnungsfroher, wenn sie nach Europa gekommen wären, etwa um uns zu sagen: „Wir spucken auf Eure internationale Börse. Wir wollen nicht Eure Handelspolitik und Eure Technik. Wir wollen nicht einmal Eure Bücher und Eure Museen. Aber: Wenn sie das Verbrechen der Kolonisation — (und jede Kolonisation ist Verbrechen) —, wenn Sie den Imperialismus bekämpfen wollen, so haben Sie nur den einen Weg: Sie müssen uns mit unsern eigenen Waffen schlagen. Sie müssen selber übernehmen die internationale Geldwirtschaft und die ganze Maschinenkultur Europas und Amerikas. Und dies meine Herren ist nun das wahre Kolonisationsproblem. Alles andere bleibt zuletzt eine edle Demonstration. Alle Völker, welche künftig nicht mehr von Amerika oder Europa beherrscht werden wollen, müssen selber übergehen zu einer rationellen Wirtschaft, zu der Handels- und Industriewirtschaft der weißen Rasse. Tun Sie das aber, dann fällt Ihr alter Bauernstand dahin. Dann verlieren die farbigen Völker alles, wodurch sie heute noch uns weißhäutige Menschen überlegen sind, alte Überlieferung und Volksglauben. Dies ist die Sackgasse, die Zwickmühle, Double Moulin, darin sitzen die farbigen Völker fest. Ja! Ich gehe weiter. Die alte Kultur Afrikas, Indiens und Chinas hat heute noch einen einzigen Freund: den amerikanisch-englischen Imperialismus. Es wird dahin kommen, daß die alte Sprache und Schrift, die Volksbräuche und die Religion Chinas und Indiens von keinem im Lande so geschätzt wird, wie von den Unterdrückern. Alle Kolonisationsmächte lieben heiß die konservativen Völker. Alle Unterdrücker denken: Wenn wir Euer Altertum lieben, so geschieht es, weil wir Euch beherrschen können, solange Ihr Euch selber treu seid. Euer Volk soll dumm erhalten werden. Erst wenn Ihr selber Konkurrenten werdet unseres Kapitals und unseres Imperiums, dann seid Ihr für uns gefährlich. Aber: Je mehr Analphabeten China hat, je mehr Nigger die europäische Sprache nicht verstehen, je mehr Hindu vor den Bäumen niederknien, statt Bäume abzuschlagen, je mehr Buddhisten die Tiere für göttlich halten, statt die Tiere zu schlachten, um so besser für die Unterdrücker. Eine Handvoll weißer Strolche, das übelste Gesindel der Erde, herrscht über 150 Millionen braune und gelbe Menschen. Sie haben ja keine Kanonen, keine Maschinentechnik. Ich wiederhole: Das wahre Problem der Kolonisation ist dieses: gehen die farbigen Völker über zu unseren Methoden der Erdausbeutung, dann werden sie schon in 50 Jahren loskommen vom Imperialismus. Aber sie könnten bald genau dasselbe werden, was wir sind, Sklaven der Maschinen. Ich möchte erinnern an einen

Satz von Karl Marx: „Imperialismus? Was ist denn das? Es ist das, was alle großen Staaten sind und alle kleinen Staaten gerne werden möchten." Es wäre doch immerhin möglich: China, Japan gewiß, das vereinigte Afrika (wenn es sich wirklich jemals einigen wird), vielleicht das neue Indien, wird in 100 Jahren eine autonome Macht sein mit militaristischen Interessen und expansiver Bevölkerungspolitik. Indem also die farbige Welt die kolonisierenden weißen Imperien bekämpft, wandelt auch sie selber sich um in moderne Militär- und Handelsstaaten. Militär- und Handelsstaaten aber sind immer bereit, und müssen bereit sein, zu kolonisieren. Dann ist das ländliche alte Asien und Afrika verloren. Die Bauern, ja die Nomaden, werden sich bald in Händler wandeln. Gehen aber die farbigen Völker diesen Weg nicht, und wähnen sie etwa auf dem Wege des Protestes oder mit den Mitteln des Wortes und des Geistes Nationalstaaten bekämpfen zu können, moderne Imperien, welche Waffen haben, Kapitalmacht, organisierte Massen und die Kraft der Maschinen, dann sind sie durchaus im Irrtum. Gegen die Technik kann man nur mit Technik kämpfen. Gegen Kapital nur mit Kapital. Imperialismus und Kapitalismus, das sind Schlagworte. Lebendige Mächte stehen nicht hinter solchen Abstraktionen. Wer sich an bloßen Idealen berauscht, ohne faktische und praktische Macht, der ist verloren. Die farbigen Völker werden, wenn sie nicht eine größere Macht sind als ihre Unterdrücker, ausgerottet werden. Mit dem letzten Elefanten, mit dem letzten Urwald der Erde. Oder sie müssen sich amerikanisieren und europäisieren. Also: Es heißt: Farbige Völker, **tut**, was Ihr wollt, verloren seid Ihr immer. So liegt das Problem. Gibt es eine Rettung? Können wir positive Ziele zeigen? Können wir trotz allem Sieger werden? Ja! Wir können es! Es gibt völlig sichere Rettung. Ich sehe drei Wege. Damit komme ich zum positiven Teil meines Referates.

Was sollen wir nun tun?

Hören Sie einige Zahlen. Es leben gegenwärtig auf der Erde 1800 Millionen Menschen; davon sind 720 Millionen weißhäutig, also europäischen Blutes. Vor hundert Jahren, 1830, gab es auf der Erde nur 900 Millionen Menschen. Davon waren 175 Millionen europäischer Abkunft. Das bedeutet, das Menschengeschlecht hat sich während der letzten hundert Jahre verdoppelt. Diese Verdopplung ist fast allein zu buchen zugunsten der rationell wirtschaftenden abendländischen Bevölkerung. Während vor hundert Jahren etwa ein Sechstel der Menschheit weißhäutig war, ist es heute schon mehr als ein Drittel. Welche Folgen hat dieser Bevölkerungswandel für die Erde? Die Erde hat 136 Millionen qkm Flächenraum. Würde die Vermehrung der abendländischen Menschheit im nächsten Jahrhundert genau so weitergehen, wie sie im letzten Jahrhundert vor sich ging, dann würde nach abermals hundert Jahren auf je 100 qkm Bodens 1 europäischer Mensch sitzen. Europa und Amerika würden bald etwa so dicht bevölkert sein, wie z. B.

das Waesland zwischen Gent und Antwerpen, wo etwa 300 Menschen auf 1 qkm Boden sitzen. Daß aber so übervölkerte Gegenden kolonisieren wollen, kolonisieren müssen, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich aber auch dies: es wäre ein Wahnsinn, wollte man dem europäischen Ameisenhaufen gestatten, sich unbegrenzt über die ganze Erde hin zu vermehren, etwa unter dem Vorwand, wir seien durch Gott und Jesus dazu berufen, den farbigen Rassen unsere sogenannte Kultur zu bringen, d. h., sie für uns arbeiten zu lassen, so wie Ameisen sich Blattläuse ziehen. — Nein! Wohin führt denn das? Alle Länder der Erde wimmeln schon von diesem weißhäutigen Gesindel, das alles kann, alles macht und gar nichts ist, das alle Freuden der Technik, der Industrie und des Kapitals genießt und eine völlig verödete leere Seele hat. Dies ist der Kern der europäischen Kultur. Die Menschen bauen hier höher, als sie selber steigen können. Ihre Werke werden immer lebendiger, sie selber sind lebensverarmt. Das Werk ist mehr als die Seele, welche das Werk baut. Also Bevölkerungspolitik! Gelingt es nicht, die blinde Vermehrung der europäisch-amerikanischen Rasse einzudämmen, dann können wir auch nicht die Wachstumsausträge der Nationen verhindern. Es wird dann dahin kommen, daß zuerst die unnötigen Tiere und Pflanzen ausgerottet werden und daß sodann alle Völker darangehen, sich gegenseitig zu zerfleischen. Sieger ist dasjenige Volk, das die meisten Söhne hat und die größten Kanonen. Aber das Zeitalter der Nationalpolitik ist vorüber. Eine Weltpolitik wird kommen. Denn, wenn es uns heute möglich ist, auch die kleinsten und fernsten Inseln im Südmeer dem Kalkül zu unterwerfen, um sie auszubeuten, dann ist es auch möglich, das kleinste und fernste Volk dem Kalkül des Geistes zu unterstellen, um es aufzubauen und in seiner Eigenart zu erhalten. Denn zur Freude ist der Mensch geboren. Nur zur Freude und jeder Mensch. Es ist möglich, die europäisch-amerikanische Menschenzahl bewußt einzuschränken. Es ist auch möglich, Schutzzonen zu stiften für Tiere und Pflanzen vor der Zivilisation, Freiheit und Unabhängigkeit zu schaffen für die Bewohner Polynesiens, für die Stämme Südafrikas, für Afghanistan, für die Hindus, für China. Gegenwärtig gibt es für die ganze Erde nur eine einzige, wirkliche Gefahr, das ist die weiße Gefahr. Wer das erkennt, muß fordern: die Vermehrung der weißen Rasse muß unbedingt eingeschränkt werden. Nur der Imperialismus hat ein Interesse daran, daß viele Menschen geboren werden. An sich ist es für den Wert einer Nation völlig gleichgültig, ob sie aus vielen oder aus wenigen Menschen besteht. Also — Beschränkung der europäisch-amerikanischen Menschenzahl, das ist die erste Forderung.

Die zweite Forderung ist: rückläufige Kolonisation, colonisation retroverse. Was heißt das? Die Erde kannte bisher nur Völkerverschiebungen zum Zwecke der Ausbeutung von Erdschätzen oder von Arbeitskräften. Es ist notwendig, daß Amerika und Europa endlich missionarisiert werden. Zunächst

sollen die farbigen Völker ihre fähigsten jungen Menschen hierher schicken, nicht nur, damit sie lernen, wie man Dampfmaschinen baut, Turbinen anlegt, Radio und Elektrizität ausnutzt, Berge abbaut, die Luft beherrscht und das Meer ausnutzt — nein, Inder, Chinesen, Perser, Negervölker sollen als Lehrer kommen und den ganz abscheulichen Hochmut des weißen Kulturkreises brechen. Denn was wissen die Menschen voneinander? Gar nichts! Es wäre gut, wenn die Amerikaner und Engländer niederknien lernten vor den Göttern im Wasser, vor den Göttern im Winde. Das Christentum kennt nur einen Gott, und das ist der Mensch. Gott ward Mensch, das ist das ganze Geheimnis der westlichen Kultur. Aber von manchen Menschen Asiens und Afrikas können wir noch lernen; der Mensch ist es nicht, es gibt auch außermenschliche Mächte, kosmische Gewalten. Wir haben uns ihnen verfeindet, denn wir kaukasischen Menschen sind wie Kinder, die sich nicht damit begnügen, die Milch der Mutter zu trinken, wir trinken der Mutter Erde gleich das ganze Blut weg. Ich wünschte, es gäbe bei uns Schulen, wo Brahmanen, Buddhisten, Lehrer des Tao, Lehrer des Korans, des Zendavest auf die Jugend einwirkten. Luftschiffe und Elektrizität haben die ganze Erde mit einem Netz von Verbindungen überzogen. Warum nicht auch ein Netz der Seele? Erst seit kurzem empfindet man Europa als Einheit. Wir wollen die Erde als Einheit empfinden. Dazu müssen viele farbige Männer über das Meer kommen.

Drittens, nun kommt das Wichtige. Sie sehen hier an den Wänden überall zwei Aufschriften, die sich scheinbar widersprechen: Liberté nationale und égalité sociale. Fassen wir das zusammen auf die Formel: Liberté nationale par l'égalité sociale!

In einem großen Häuserblock wohnen 300 Proletarierfamilien. In der Küche am Herd stehen in 300 Küchen jeden Tag 300 geplagte Frauen, und alle 300 Frauen kochen täglich auf 300 Herden dieselbe Suppe. Abends kommen die müden Männer von der Arbeit. Dann nimmt jeder sein Bad und liest die Zeitung. 300 Zeitungen werden in das Haus gebracht. Immer dieselbe dumme Zeitung. Eines Tages steht ein kluger Mann auf und sagt: Kameraden, ich habe dies Leben satt. Warum kochen denn unsere 300 Frauen immer dieselbe Suppe, bauen wir doch einen Herd für alle. Wir sparen Kohle, und mit weniger Kohle kann der eine Herd 300 Suppen kochen, und jeder von uns kann sich aussuchen, was er essen will. Und warum liest jeder von uns immer die eine dumme Zeitung? Wir können für dasselbe Geld jeder eine andere Zeitung halten. Wir legen dann alle Zeitungen aus in einem gemeinsamen Raum, und jeder mag lesen, was er lesen will.

So sprach der kluge Mann. Wie nennt man das, was der Mann da anempfiehlt? Man nennt das Kommunismus. Er sozialisiert, aber er sozialisiert nicht, um die einzelnen Menschen in eine Zwangskaserne zu stecken, um zu nivellieren. Nein! Umgekehrt! Er will sie frei machen. Sie sollen nicht als

Sklaven am Herde stehen. Der eine Herd soll für sie alle kochen. Was ich sagen will, ist dieses: Will man „liberté nationale“, so geht es eben nur durch „égalité sociale“. Ich erwarte für die Lösung der Kolonisationsfrage gar nichts von den Politikern. Diese sind so praktisch, daß sie vor lauter Praxis unpraktisch werden. Ich erwarte nichts von den Ministern. Nichts von Generälen. Vollends nichts von Gelehrten und Literaten. Ich habe so viele Regierende gesehen, daß ich gelernt habe: auch die Mächtigsten irren. Irren ist menschlich. Und auch wir alle hier können heute irren. Aber ich erwarte alles von der Macht der Organisation, wenn diese allen Subjektivismen und Nationalismen entrückt ist. Es gibt ein chinesisches Sprichwort, das heißt: „In Peking ist die Wahrheit keine andere als in Nanking.“ Das soll besagen: es gibt nicht eine Logik für den Norden und eine andere Logik für den Süden. Es gibt nicht eine Wahrheit, die gilt für Asien und eine andere Wahrheit, die gilt für Europa. Es gibt nur die eine Logik, nur die eine Wahrheit. Sie gilt für alle, welche denken. Also: es muß eine Organisation geben, die entrückt ist aller Willkür der Nationalität und der subjektiven Überzeugung. Damit komme ich zum Schluß. Ich habe vor Jahren die Theorie aufgestellt und bewiesen, daß der Anfang aller Technik der Mord ist. Die Technik begann mit den künstlichen Methoden des Fischfangs und der Jagd und des Tötens der Beutetiere. So wird auch der Mord das Ende der Technik sein. Die Physik Europas steht unmittelbar vor einer großen Wende. Es ist soeben den englischen Physikern gelungen, durch künstliche Vorrichtungen das chemische Atom zu spalten. Damit eröffnen sich ganz neue unbegrenzte Möglichkeiten für die europäisch-amerikanische Technik. Es dürfte nämlich irgendwann einmal dahin kommen, daß eine einzelne Person, welche die Methoden der modernen Physik und Chemie beherrscht, den Versuch machen kann, eine ganze Stadt, ja schließlich die ganze Erde in die Luft zu sprengen. Das klingt Ihnen phantastisch, ja es klingt lächerlich. Aber es ist so. Es wird an einem nicht allzu fernen Tage technisch möglich sein, und dann ist der Punkt erreicht, wo notwendig ein die ganze Erde übergreifender Kommunismus einsetzen muß, es wird nämlich bald schon unvermeidlich sein, gewisse Mordwerkzeuge und gefährliche Stoffe der Kontrolle der Staatsvernunft zu unterstellen. Nehmen Sie nur dies eine einfache Beispiel. Ein einzelner Abenteurer, ein Räuberhauptmann namens Cortez, ist mit einem Rudel Spießgesellen nach Südamerika hinübergefahren und hat das ganze Reich der Inka zerstört. Warum? Die Mordbuben hatten ein paar Kanonen. Mit denen konnten sie leicht Menschen, die wie Blumen lebten in kommunistischen Gemeinschaften, wehrlos zusammenschießen. Heute ist es so weit, daß ein einzelner gewissenloser Großunternehmer, wenn er Riesenkapital und die Waffe der Technik benutzt, leicht eine ganze Stadt von der Erde fortrasieren könnte. Da wird es denn doch nötig, an die Expropriation der Expropriateure zu denken. Eine solche Technik darf eben nicht mehr einer einzelnen nationalen Gruppe zu-

gehören. Sie muß in den Dienst der gesamten Erde treten. Denn gelingt es nicht, das Großkapital, die Waffen und die Maschinen in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen und ihre Verwertung der objektiven Vernunft zu übergeben, was wäre die Folge? Ein großes Wettrüsten aller Völker der Erde. Eine ungeheure Vermehrung der Technik des Mordens. Dabei würden die Sieger verbluten und die Besiegten. Was wir in Europa erlebten und Weltkrieg nennen, das war nur ein ganz schwacher erster Auftakt. England baut heute neue Kanonen, Deutschland braucht heute neue Kanonen. Frankreich braucht neue Kanonen, Japan braucht Kanonen, Indien braucht Kanonen, Afrika braucht Kanonen. Und: es kommt der Tag, wo alle diese Kanonen losgehen. Ganz von selber. Ich fasse zusammen: Ich sehe nur drei Wege.

1. Geopolitische Bevölkerungspolitik. Bewußte Bevölkerungspolitik für die ganze Erde, wobei notwendig ist, daß die weiße Rasse ihre Vermehrung einschränkt und ihre Expansionsideale verliert.

2. Rückläufige Kolonisation, „colonisation retroverse". Solange noch Einwanderung weißer Leute in die Länder der farbigen Völker gestattet ist, müssen auch umgekehrt die farbigen Rassen ohne jede Beschränkung Freizügigkeit haben. Gegenwärtig z. B. China und Japan für Australien.

3. Liberté des nations par égalité sociale. Also: Sozialisierung gefahrdrohender Techniken im Dienste des Völkerfriedens. Entnationalisierung des Baues von Mordmaschinen. Internationale Instanzen zur Verfügung über die völkergefährdenden Mittel der Technik.

Diese Zukunftspläne, wie sind sie erreichbar? Der nächste Schritt ist die Weltorganisation aller unterdrückten Nationen im Bunde mit der Internationale der unterdrückten Klasse, also des Proletariats. Wir müssen geloben, überall praktische Organisationen zu schaffen, die das Ziel haben, die unterdrückten Völker der Erde zu verbinden. Dieser Kongreß hat gezeigt, daß eine ungeheure Zusammenfassung der unterdrückten Nationen kommen wird. Not schmiedet sie zusammen. So verschieden wir hier sind. Verschiedener Hautfarbe, Typus und Charakter, unser Ziel ist dasselbe Licht. Kommen wir nach einigen Jahren wieder zusammen, dann wird sich bereits gezeigt haben, daß der Weltpolitiker heute noch ein Theoretiker, morgen der einzige Praktiker sein wird, heute noch verlacht, morgen der einzig Mächtige. Und dann werden auch hier sein alle, die heute leider noch fehlen. Gewiß die verschiedenen Stämme Chinas, Indiens und der Negervölker sind hier vertreten. Aber auch die Indianer, auch die Parsen, auch die Juden, auch die edlen Samländer, auch die Liven, die Esten, die Quänen, auch die 30 000 Eskimo, die Slowenen und Slowaken, die stolzen Berber, die Beduinen der Sahara, aber auch die Buschmänner der Kalahari, Herero, Papua, Feuerländer, Hottentotten, Tataren, Mongolen ... sie sind alle unsere Brüder. Wir sind eine ungeheure Macht. Alles, was noch gesund ist auf der Erde, ist mit uns im Bunde.

Und zuletzt, wie könnte man uns je besiegen? Die Natur selber ist mit uns im Bunde. Denn die ganze Natur ist bedroht durch die Expansionspolitik der weißen Rasse. Mit uns im Bunde die Tiere auch und die Pflanzen, das Luftreich und das Meer und selbst das Reich der Sterne:

> Denn unser aller Heimat ist das Licht,
> zu dem wir pilgern auf getrennten Wegen.

XVII.

Die Gründung der Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit.

Die Notwendigkeit der Schaffung einer solchen Weltorganisation begründet das Mitglied des deutschen Reichstages

Willi Münzenberg (Deutschland).

Der Kongreß, der seit einigen Tagen in Brüssel tagt, wurde lebhaft umstritten, schon bevor er zusammentrat. Es war vor einem Jahre, als einige Freunde in London und Paris, später auch in Brüssel und Deutschland, den Gedanken aufnahmen, die unterdrückten Völker und alle Vereinigungen, die im Kampf um ihre Befreiung stehen, zu einem Kongreß zusammenzurufen. Dieser Gedanke wurde anfänglich belächelt, seine Durchführung für unmöglich erklärt.

Nur einzelne waren es, die optimistisch genug waren, an dieses Vorhaben zu glauben und daran gingen, es zu verwirklichen.

Einige Tage des Kongresses sind hinter uns, und, wie so oft, konnte man feststellen, daß auch diesmal die Optimisten, die Gläubigen, Recht behalten haben. Was auch immer noch kommen mag, eins steht fest, der Kongreß in Brüssel — der erste Kongreß gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit — ist ein voller Erfolg. Der Besuch und der Verlauf des Kongresses hat die kühnsten Erwartungen übertroffen. Die Mandatsprüfungskommission hat ihre Arbeit beendet und festgestellt, daß 174 Delegierte anwesend sind, darunter allein 104 von Kolonialgruppen und Organisationen aus unterdrückten Ländern. Unser Kongreß ist in seiner Zusammensetzung einzigartig in der Geschichte der Arbeiterbewegung und der nationalen Freiheitsbewegung. Zum ersten Male treffen sich auf einem Kongreß Delegierte aus den verschiedensten Erdteilen, Vertreter verschiedener Rassen, verschiedener Religionsgemeinschaften, verschiedener politischer Überzeugung, verschiedener Weltanschauung. Nur ein großer, gemeinsamer Gedanke bindet die so verschiedenartigen Gruppen und Kreise, der Ge-

danke, daß sie als die große Masse der Unterdrückten zusammengehören und daß nur in einer gemeinsamen Arbeit, in einem gemeinsamen Kampf die gemeinsame Not beseitigt werden kann.

Das war es, was die Delegierten nach Brüssel führte, das klang aus allen Reden, Ansprachen, Referaten wieder. Alle, die wir hier versammelt sind, ob schwarz oder gelb, ob braun oder weiß, ob politisch oder religiös eingestellt, erklären: wir sind hierher gekommen, um gemeinsam eine mächtige Waffe zu schmieden gegen den gemeinsamen Feind, den Imperialismus, der uns allüberall in gleicher Weise unterdrückt, in Europa wie in Asien, in Afrika wie in Amerika.

Das Interesse, das der Kongreß gefunden hat, geht aber weit über den Rahmen der hier anwesenden Delegierten hinaus. Der Besuch des Kongresses spiegelt nicht den ganzen Umfang, den die Bewegung der Liga gegen Imperialismus heute angenommen hat, wieder. Viele Delegierte wurden von starken Organisationen gewählt, konnten aber Brüssel nicht erreichen. Entweder waren ihre Reisevorbereitungen zu spät getroffen oder, was meistens der Fall war, Polizei und Regierung verhinderten die Ausreise. Dazu kommen finanzielle Schwierigkeiten. Die einzelnen Delegationskosten mußten durch Sammlungen unter den mit unserer Bewegung sympathisierenden Arbeitern aufgebracht werden. Umso größer ist der Erfolg zu veranschlagen, daß es gelang, trotz aller Schwierigkeiten und Erschwerungen fast 200 Delegierte in Brüssel zu vereinigen. Selten hat ein Kongreß getagt, der so verschiedenartige Gruppen und gleichzeitig so autoritative Vertreter vereinigte, wie der Brüsseler Kongreß. Wir haben in unserer Mitte die Delegierten der chinesischen Nationalregierung begrüßt, der chinesischen Kuomintang-Partei, der chinesischen Gewerkschaften, die Vertreter der chinesischen Volksarmee, der stärksten Volksarmee, die in den letzten Monaten mit beispielloser Hingabe für die Befreiung ihres Volkes kämpfte. Zum erstenmal haben sich die chinesischen Vertreter mit autoritativen Vertretern des indischen Volkes getroffen. Es ist ein historischer Moment, daß sich der Vertreter des Allindischen Nationalkongresses, unser Kamerad und Freund Jawahar Lal Nehru, mit den chinesischen Vertretern und mit den Delegierten anderer Länder und Erdteile auf dem Kongreß in Brüssel eingefunden hat und sie sich brüderlich die Hände reichen. Die Vereinigung der chinesischen und indischen Delegierten ist einer der wichtigsten und größten Erfolge weltgeschichtlicher Bedeutung unserer Tagung. — Aber auch aus Südafrika sind drei Delegierte zum Kongreß geeilt: Colraine vom südafrikanischen Gewerkschaftsbund und zwei Delegierte der Negerorganisationen.

Fast in keinem Lande ist der Kampf zwischen schwarzen und weißen Arbeitern so erbittert wie in Südafrika. Der lachende Dritte ist der Imperialismus. Der Brüsseler Kongreß wird dazu dienen, diese Gegensätze

zu überbrücken helfen und die weißen und schwarzen Arbeiter in eine gemeinsame Front gegen den gemeinsamen Feind zusammenzufassen.

Wir haben Vertreter von den mittel- und südamerikanischen Ländern, aus Mexiko sind drei Delegierte anwesend, darunter Vertreter der mexikanischen Gewerkschaften, der mexikanischen Bauernorganisation, die allein eine Million Mitglieder zählt. — So haben sich zusammengefunden die Vertreter der stärksten Organisationen aus den drei, heute in der Geschichte entscheidenden Ländergruppen: China, Indien und Mexiko — Latein-Amerika.

Außer den Vertretern der unterdrückten Völker sind Vertreter der wichtigsten Organisationen Europas zum Kongreß gekommen, die bereit sind, den Kampf, den die Unterdrückten in den kolonialen und halbkolonialen Ländern führen, in den europäischen Heimatländern des Kapitalismus zu unterstützen.

Die Gruppe der europäischen Vertreter weist ebenfalls Delegierte der verschiedensten Richtungen und Parteien auf. Delegierte der pazifistischen Organisationen, der Friedensliga und der Liga für Menschenrechte sitzen zusammen mit Kommunisten, Sozialisten und den Vertretern größerer europäischer Gewerkschaften und Arbeiterparteien. Mit demselben Beifall, mit dem der Kongreß die Vertreter der Kuomintang-Partei und Vertreter der chinesischen Armee empfing, hat gestern der Kongreß den Vertreter der Labour Party, unseren Kameraden und Freund Lansbury, begrüßt und den Sekretär des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes herzlich empfangen. Jeder fühlte, daß derjenige, der hier sprach, ganz gleich wie er sonst steht, ernstlich bereit ist, an dem großen Werke der Befreiung der Millionen unterdrückter Arbeiter und Bauern zu helfen. Durch 17 Delegierte sind auf dem Kongreß allein 8 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vertreten und durch 174 Delegierte fast 1 Milliarde Menschen.

Eine führende rechtsstehende Zeitung Brüssels, „La Gazette“, hat einen äußerst scharfen Artikel gegen den Kongreß geschrieben und unter anderem erklärt, daß sich in Brüssel einige Dutzend Leutchen zusammengefunden hätten, um den Völkerbund zu imitieren. Die Leute dürften eine Überraschung erleben. Heute freilich sind wir trotz des großen Besuches und trotz aller Stärke im Verhältnis zu der imperialistischen Macht noch klein und schwach. Unsere Gegner beherrschen dank der technisch auf das beste ausgerüsteten Massenheere den größten Teil des Erdballs. Aber heute schon kann man erkennen, daß unsere Gegner die Höhe ihrer Macht erklommen haben und sich teilweise bereits auf der absteigenden Linie befinden. Wenn auch heute noch große Teile der Erde von dem Völkerbund beherrscht werden, dieser europäischen G. m. b. H. des Imperialismus, so wird doch die Zukunft denjenigen Völkern und Organisationen gehören, die heute auf dem Brüsseler Kongreß vertreten sind. Die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte wird

lehren, daß die Mitglieder, Delegierten des Brüsseler Kongresses, eine größere politische Tat für die Zukunft geleistet haben, als die Leute im Genfer Völkerbund. Was heute noch ein Hoffen und ein Sehnen ist, wird in wenigen Jahrzehnten, und gerade mit Hilfe des Brüsseler Kongresses und mit Hilfe der Weltliga gegen den Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit, Wahrheit werden. Die durch uns vertretenen Nationen, Klassen, Rassen und Organisationen werden in späteren Tagen die Schöpfer eines wirklichen, den ganzen Erdball umspannenden Völkerbundes sein.

Ich wiederhole, der Demonstrationserfolg des Kongresses steht heute schon absolut fest. Die Parole unseres ernstesten Gegners, des englischen Imperialismus, war Totschweigen. Es wurde die Losung an die sogenannte große Presse ausgegeben, keine Zeile über unsere Tagung zu bringen. Das ist unmöglich gewesen. Unsere Demonstration war so stark und mächtig, daß sie diese Parole zunichte machte. Die Presse mußte berichten. In den letzten Tagen waren die großen Blätter in Brüssel, Paris, London und Berlin gezwungen, von unserer Tagung Kenntnis zu geben und sich mit uns auseinanderzusetzen und uns anzugreifen. Das ist der erste große Erfolg unserer Tagung. Man kann uns nicht mehr totschweigen. Die englische Presse mußte mitteilen, daß nicht weiter als einen guten Kanonenschuß von England entfernt die Vertreter der englischen Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung sich mit den Vertretern des chinesischen Volkes und der chinesischen Freiheitsarmee umarmten und gegenseitig Waffenbrüderschaft gelobten. Das war eine Demonstration, die hörbarer war als der stärkste Kanonenschuß, der jemals aus einer Kanone imperialistischer Heere gegen die unterdrückte Klasse abgefeuert wurde. Der Demonstrationserfolg des Kongresses hat auch dazu geführt, daß eine Organisation, die sich international nennt, aber bisher nur auf Europa beschränkte und in der Hauptsache sozialdemokratische Exminister vereinigte, sich ebenfalls gezwungen sah, wenn auch nur zu dem Zweck einer neuen Täuschung, zu den aktiven Fragen der nationalen Freiheitskämpfe Stellung zu nehmen. Bekanntlich hat die II. Internationale auf ihrem letzten internationalen Kongreß in Marseille es abgelehnt, klar zu den Fragen der Kolonien Stellung zu nehmen. In ihrer Sitzung in Paris mußte sie aber unter dem Eindruck des Brüsseler Kongresses wenigstens so tun, als ob sie sich mit dieser Frage beschäftigen wolle. Unser Kamerad Brockway, der von unserer Tagung nach Paris fuhr, hat in einer guten Attacke die bisherige Lauheit der II. Internationale angegriffen. Es ist eine derbe, aber wohlverdiente Züchtigung, die diese Konferenz erfuhr. Noch einmal: Wir leben, wir zwingen die Umwelt, sich mit uns zu beschäftigen, und das ist die Voraussetzung zu einer weiteren, breiteren und erfolgreichen Tätigkeit. Aber es würde uns wenig befriedigen, wenn wir nur einen bloßen Demonstrationserfolg hätten. Wir wollen mehr. Wir wollen, daß der Kongreß die Einleitung sei und werde zu einer großen, dauernden erfolgreichen

Arbeit, zur Unterstützung aller nationalen Freiheitskämpfe. Wir sind überzeugt, daß es uns gelingen wird, auch diese Aufgabe zu lösen.

Woher kommt es, daß trotz des Fehlens einer internationalen Organisation, trotz ungenügender Vorbereitung, trotz Mangel jeglicher Finanzen ein derartig guter Besuch unseres Kongresses erzielt wurde? Es gab keine internationale Organisation, ja es gab nur kümmerliche Ansätze nationaler Komitees. Die Einladungen zu dem Brüsseler Kongreß erfolgten durch einzelne Personen und ganz kleine Gruppen, und trotzdem dieser Besuch, trotzdem fast 200 Delegierte aus allen Erdteilen. Warum? Weil die Frage des Kampfes gegen den Imperialismus, die Frage der nationalen und kolonialen Freiheitskämpfe die brennendste, die aktuellste Frage der Weltpolitik ist. Warum das Interesse für eine Vereinigung, warum das Interesse an der Schaffung der Liga gegen Imperialismus, gegen Kolonialherrschaft und für nationale Unabhängigkeit? Weil nach einer solchen Vereinigung heute Millionen, fast eine Milliarde, unterdrückter, national und sozial beherrschter Menschen schreien. Die sozialistische Arbeiterbewegung wurde geboren, nachdem durch die Entwicklung des Kapitalismus, durch seine Maschinen, Fabriken, die ökonomische Voraussetzung zur Bildung der ungeheuren proletarischen Massen gegeben und durch das Zusammenpressen von Millionen Proletariern in konzentrierten Industrieorten die Voraussetzung zum Erwachen ihres Klassenbewußtseins, und damit zu ihrer Organisierung, geschaffen war. Die Völker, deren Länder im letzten Jahrhundert von den Kapitalisten als Absatzmärkte und Kolonisationsobjekte behandelt wurden, hat der Imperialismus in eine neue Phase gedrängt. Sie beginnen selbst, wie China und Indien, Fabriken zu schaffen, ein Prozeß, der durch den Weltkrieg ungeheuer gefördert wurde. Mit der Änderung des Produktionsprozesses, mit der veränderten weltwirtschaftlichen Lage begann die Änderung ihrer politischen Lage, begann das Erwachen des nationalen Bewußtseins, das Verlangen, als selbständige, unabhängige Nation ihr wirtschaftliches politisches und kulturelles Leben zu formen. Dieser Prozeß verschärft sich von Jahr zu Jahr und kann nur mit der Abschüttelung des ausländischen imperialistischen Joches und der Befreiung der unterdrückten Nationen enden. Diese weltbedeutungsvolle Änderung, das ist die wirkliche Ursache des überraschend glücklichen Verlaufes unserer Konferenz. Unsere Konferenz brauchte keine Regisseure, wie einzelne Zeitungen glauben hämisch bemerken zu müssen. Die Leiden der Arbeiter und Bauern in China, Indien, Afrika und Mittelamerika sind überall die gleichen, und überall ist der gleiche Wille, sie zu beseitigen. Es bedarf weder deutscher Kommunisten, noch russischer Bolschewiki, um die Unterdrückten des Imperialismus zusammenzuführen. Sie werden zusammengebracht durch die gleiche Not und durch den gleichen Willen, sich von dieser Not zu befreien und ihren gemeinsamen Gegner im gemeinsamen Kampf zu schlagen.

Trotz des vortrefflichen Verlaufs und der starken Beschickung ist es doch nur eine Vorkonferenz, d. h. die Einleitung zu einer noch stärkeren, breiteren Bewegung, die in wenigen Jahren einen noch mächtigeren Kongreß organisieren wird. Mit dem heutigen Tage wird ein neues Blatt in der Geschichte der Arbeiterbewegung und der nationalen Freiheitsbewegung aufgeschlagen. Mit dem heutigen Tage beginnt die Geschichte der Liga gegen Imperialismus, gegen Kolonialherrschaft und für nationale Unabhängigkeit. In mehrtägigen Verhandlungen haben die 30 Mitglieder des Präsidiums, d. h. die Führer der am Kongreß weilenden Delegationen, darunter die Vertreter der chinesischen Volksregierung, der chinesischen Kuomintang, der chinesischen Gewerkschaften, des Allindischen Nationalkongresses, des südafrikanischen Gewerkschaftsbundes, des mexikanischen Gewerkschaftsbundes usw. getagt, und das Resultat ist, daß wir ihnen und der Welt heute mitteilen können: Die Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit ist geschaffen. Einstimmig wurde heute Nachmittag die Gründung der Liga beschlossen. Die Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit besteht. Alle Parteien und Organisationen, die durch Delegationen und Vertreter an den Verhandlungen teilnahmen, haben einstimmig der Gründung zugestimmt. In großen Umrissen ist das Statut und das Programm entworfen und in wenigen Stunden wird es unter Sie verteilt werden. Der entscheidende Punkt ist der Absatz 2, wo erklärt wird: Der Liga gegen Imperialismus, gegen Kolonialherrschaft und für nationale Unabhängigkeit sollen alle Organisationen, alle Parteien, Gewerkschaften und Personen angehören dürfen, die einen ernsten Kampf gegen Kapitalismus, imperialistische Herrschaft, für das Selbstbestimmungsrecht und für die nationale Freiheit aller Völker, für die Gleichberechtigung aller Klassen und Menschen, führen. Alle am Kongreß vertretenen Organisationen gehören der neugeschaffenen Liga an. Weitere Mitglieder können nur Organisationen und Personen werden, die diesen Programmpunkt anerkennen und mit Worten und Taten befolgen. Jetzt tagen wir schon nicht mehr als lose Konferenz, sondern als der erste internationale Kongreß der Weltliga gegen Imperialismus, gegen Kolonialherrschaft und für nationale Unabhängigkeit. Nach der Konferenz muß die Organisationsarbeit, nach dem Reden der Kampf aufgenommen werden. In großen Umrissen ist die Arbeit uns gegeben durch die Bedürfnisse der uns angeschlossenen Organisationen und der durch sie vertretenen Völker. Die brennendste Frage ist gegenwärtig die Organisierung der Hilfe für das chinesische Volk. Wir wissen nicht, inwieweit die Telegramme richtig sind, die in den letzten Tagen von neuen englischen Truppenlandungen in China berichten. Es scheint aber eine Tatsache zu sein, daß England und andere imperialistische Mächte der Tschangtsolinarmee und anderen konterrevolutionären Armeen erneut eine große aktive Unterstützung gewährt haben.

Es wird die erste Aufgabe des neugewählten Generalrates der Weltliga sein, sofort die Mittel und Methoden zu untersuchen, die anwendbar sind, um dem chinesischen Volke und der chinesischen Volksarmee aktive und tatkräftige Unterstützung gegen den neuen imperialistischen Vorstoß in China zu leihen. Es wird wohl unsere erste Aufgabe sein, sofort die gesamten Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften sowie die politischen Arbeiterinternationalen zu mobilisieren, um sie zu veranlassen, mit der Liga gemeinsam eine große internationale Aktion gegen die militärischen Interventionen in China einzuleiten. Wir werden sofort nach Beendigung des Kongresses in allen europäischen und amerikanischen Ländern Massenversammlungen zur Aufklärung über die Ursachen des chinesisch-englischen Konfliktes durchführen, um durch Massenkundgebungen Millionen von Arbeitern und Bauern für China zu mobilisieren. Die englischen Freunde haben gestern mitgeteilt, daß vor ihrer Abreise in London eine Demonstration „Hände weg von China" stattfand, die die stärkste und mächtigste Demonstration gewesen sei, die London seit Jahren gesehen hätte. Heute schon sehen wir, daß in der ganzen Welt die Sympathien für China groß sind. Diese Sympathien müssen wir stärken, steigern, erweitern und daraus eine Aktion entfalten, die stark genug ist, den imperialistischen und militärischen Kriegshetzern in die Arme zu fallen. Wir wissen nicht, welche Mittel in diesem Unterstützungskampf für China gegen den Imperialismus zur Anwendung kommen müssen und kommen. Das wird abhängig sein von dem Grade der Bewegung, von dem Umfange der Aktion. Erwogen wurde bereits die Organisierung eines nicht nur chinesischen, sondern internationalen Boykotts gegen denjenigen Staat, der weiter versuchen sollte, militärisch gegen China vorzugehen. England hat schon am chinesischen Boykott erfahren müssen, was für eine mächtige und schmerzliche Waffe ein wirtschaftlicher Boykott für den davon betroffenen Staat ist.

Die Weltliga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit wird sich nicht darauf beschränken, sondern sie wird alles tun, um auch den übrigen unterdrückten Völkern und Nationen Hilfe und Unterstützung angedeihen zu lassen. Wir sind keine Phantasten und utopischen Träumer, wir kennen sehr wohl die Grenzen unserer Kräfte und Leistungsmöglichkeiten. Wir wissen, daß wir noch schwach sind und daß unsere Mittel nicht ausreichen, um gleichzeitig allen ausgedehnte Hilfe zu gewähren. Aber wir werden das Maximum unserer Kräfte bis zur Erschöpfung einsetzen, um den Unterdrückten zu helfen. Aktuell ist die Notwendigkeit der Unterstützung der imperialistischen Opfer in Java und Sumatra. Es wurde vorgeschlagen, der holländischen Regierung den Vorschlag zu unterbreiten, eine Kommission nach Java zuzulassen, die die dortigen Zustände objektiv untersucht und die Ursachen zu ergründen hat, die zum Aufstand geführt haben. Wir werden dazu vorschlagen: Fritjof Nansen, Bernhard Shaw, Henri Barbusse. Wenn die holländische Regierung die Entsendung der Kommission

verweigert, so ist es für jeden klar, was an den offiziellen Regierungsbehauptungen von bolschewistischen Umtrieben Wahres ist. Wenn aber die Kommission reisen kann, so bin ich tief überzeugt, daß die Ursachen des Aufstandes vor der ganzen Welt enthüllt werden, und daß sie sich nicht als russisch-kommunistische Umtriebe herausstellen, sondern als aus den unerhörten Leiden der Unterdrückten und Eingeborenen in den bisherigen holländischen Kolonien verursacht. Trotz der Kürze unserer Tagung hat der Kongreß eine außerordentlich große Arbeit geleistet. In fast ununterbrochenen Verhandlungen haben zahlreiche Kommissionen und Gruppen getagt. Das Resultat dieser fieberhaften Arbeit liegt vor in den Memoranden und Resolutionen von 28 Gruppen. Wir haben Resolutionen von der indischen Delegation, der indisch-chinesischen Kommission, der allasiatischen Kommission, der indisch-chinesisch-englischen Kommission, der ägyptischen, der syrischen, der indonesischen, der koreanischen Kommission, der Gruppen aus Latein-Amerika, der Delegationen aus den Vereinigten Staaten und den Philippinen, dann eine Erklärung der gesamten amerikanischen Gruppen, Resolutionen der am Kongreß vertretenen Gewerkschaftsdelegationen, der Jugend und Studenten. Wichtig ist die Erklärung der Negerkommission. Es ist unmöglich, all diese Resolutionen und Eingaben durch den Kongreß im Plenum zu behandeln. Wir haben uns auf die wichtigsten beschränken und die übrigen dem neugewählten Generalrat zur Beachtung überweisen müssen. Die nächste Zeit muß eine Zeit der fieberhaften Arbeit und Tätigkeit werden. Jetzt, nachdem die Liga besteht, ist die Voraussetzung zu einer großen Arbeit gegeben. Dem Brüsseler Kongreß müssen andere folgen. Ähnliche Kongresse müssen in den einzelnen Erdteilen durchgeführt werden. Weiter sind Konferenzen der mittelamerikanischen Staaten, Konferenzen Nordafrikas und der arabischen Länder usw. geplant. Die mit uns sympathisierenden, nur durch technisch-organisatorische Mängel an der Teilnahme verhinderten Gruppen müssen an die Liga herangeführt werden. Wir müssen unsere Reihen erweitern, stärken. Wenn jeder Teil der Liga auch nur in bescheidenen Grenzen mithilft, so wird es uns bald gelingen, unsere Anzahl zu verdoppeln und uns dadurch die Möglichkeit zu geben, wirklich die Mehrzahl der unterdrückten Völker und Menschen um unsere Fahne zu sammeln.

Unsere Arbeit wird sich nicht ohne Widerstände vollziehen können. Die Regierungen der verschiedenen, von uns angegriffenen imperialistischen Staaten werden alles tun, um unsere Arbeit zu erschweren! Sei es! Wir fühlen uns stark genug, um allen Widerständen Trotz zu bieten und unsere Arbeit durchzuführen. Die größte Unterstützung hoffen wir bei den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zu finden. Freilich, einige Arbeiterorganisationen, und solche, die sich so bezeichnen, stehen noch abseits und haben sogar den offenen Kampf gegen uns angesagt. Die II. Internationale hat gegen uns Stellung genommen. Die belgische Sozialdemokratie hat die Konferenz

abgelehnt. Aber sowohl die II. Internationale, wie die belgische Sozialdemokratie hat sich damit zu anderen sozialdemokratischen Parteien und Institutionen in Widerspruch gesetzt. Die Schweizer Sozialdemokratie hat den Kongreß begrüßt. Die englische Arbeiterpartei und die englische Unabhängige Arbeiterpartei waren durch Delegierte vertreten. Belgische Sozialdemokraten, wie unser Freund Marteaux und andere, haben viel zum glücklichen Gelingen der Konferenz beigetragen. Wir glauben, daß die Sozialdemokraten, die die Konferenz bekämpfen, unrecht haben, und daß jene Sozialdemokraten recht behalten, die, wie das Zentralorgan der belgischen Sozialdemokraten, sich in offenen Widerspruch zur belgischen sozialdemokratischen Parteileitung stellen und vorgestern erklärten: „Der Brüsseler Kongreß hat eine weltgeschichtliche Bedeutung, wir glauben, daß Belgien und Brüssel noch einmal stolz darauf sein werden, daß der Kongreß in den Mauern von Brüssel tagte." Eine Erkenntnis, die der sozialdemokratischen Zeitung spät aber doch gekommen ist. Ich zweifle nicht, daß der Verlauf unseres Kongresses, unser Programm und unser Arbeitsplan viel dazu beitragen werden, diese Erkenntnis über uns rasch in noch breitere Kreise zu tragen, und sie bald zu einem Allgemeingut aller Unterdrückten zu machen. Die Zukunft gehört uns! Die nächsten Jahrzehnte der Entwicklung der Völker und Nationen werden nicht durch die alten kapitalistischen Mutterländer in Europa bestimmt, sondern durch die Entwicklung der Kämpfe in China, Indien, am Stillen Ozean. Je nach dem Tempo, je nach der Steigerung dieser Kämpfe wird sich die Entwicklung im Weltmaßstabe langsamer oder rascher vollziehen. Die Zeit ist vorbei, wo in Europa, in Frankreich, England oder Deutschland Weltgeschichte gemacht wird. Das Zentrum der Weltgeschichte hat sich verschoben. Das nächste Jahrzehnt der Geschichte der Menschheit wird durch das Erwachen, durch das Tempo und die Entwicklung des Freiheitskampfes in China und Indien bestimmt. Unsere Tätigkeit darf sich nicht auf den persönlichen Willen, auf die persönliche Klugheit und auf die persönliche Einsicht einzelner Personen beschränken. Die Liga gegen Imperialismus wurde geboren aus dem eisernen Zwange und der Notwendigkeit der historischen Entwicklung, und deshalb, aus diesem Grunde vor allem kommt unserer heutigen Tagung eine so ungeheure und eine wirklich weltgeschichtliche Bedeutung zu. Ich habe das Glück, schon seit 1904 in der Arbeiterbewegung tätig zu sein, und das noch größere Glück, an den verschiedenen internationalen Konferenzen und Kongressen der internationalen Arbeiterbewegung vor und während des Krieges teilgenommen zu haben. Aber ich stimme völlig mit Lansbury, einem noch älteren Kämpfer mit noch längeren Erfahrungen, überein, daß ich nie in meinem Leben einer so einzigartigen, so ungeheuer wichtigen Konferenz beigewohnt habe, wie dem gegenwärtigen Kongreß. So, wie Marx und Engels lange vor Aufkommen der modernen Arbeiterbewegung mit prophetischem Blick die historische

Entwicklung der menschlichen Wirtschaft und die daraus resultierenden Folgen für die Arbeiter erkannten, so glauben wir heute, die Umrisse der Entwicklung für die nächsten Jahrzehnte zu erkennen, die nach unserer Meinung die Befreiung der kolonialen und halbkolonialen Länder, die Entscheidung bringen werden. Wir wollen versuchen, durch Organisierung des menschlichen Willens die Entwicklung zu beschleunigen und die Freiheit für die Völker rascher herbeizuführen. Der Brüsseler Kongreß war die Einleitung der ersten Aufgabe zu diesem Kampf. Wir sind zusammengekommen, haben uns kennengelernt und empfinden, daß wir zusammengehören und zusammenbleiben müssen. Jetzt geht es an die Arbeit. Erst nach dem Kongreß, an der weiteren Entwicklung wird die Welt sehen, was diese Konferenz und das Zusammenballen so wichtiger, starker Organisationen für die weitere Entwicklung der Arbeiter- und Freiheitsbewegung bedeutet. Wir wissen sehr wohl, daß eine Konferenz nur eine beschränkte Wirkungsmöglichkeit hat und daß die eigentliche Arbeit erst draußen auf den wirklichen Kampfplätzen geführt werden muß, und wir werden diesen Kampf führen mit dem Stoizismus und der Beharrlichkeit, der die chinesische Rasse auszeichnet, mit der Leidenschaft, mit der der Vertreter der afrikanischen Neger hier gesprochen hat, und mit dem Wirklichkeitssinn und der Zähigkeit der Engländer. Wir werden versuchen, in unserer Arbeit alle Vorteile und motorischen Kräfte der verschiedensten Rassen und Völker und Menschen zu vereinigen. Wir wollen versuchen, die Keimzelle zu einer großen, allumfassenden Gemeinschaft aller Unterdrückten, aller Unterjochten zu bilden, sie herauszuführen aus den dunklen Tiefen, in die sie hinuntergestoßen wurden, und in denen sie von dem waffenstarrenden, die Kultur hindernden Imperialismus gehalten werden, und sie zu dem Lichte der Freiheit emporzuführen. Wir werden mit unserem Leben und mit unserem Tode die Gleichberechtigung aller Völker, aller Nationen und aller Menschen erkämpfen.

Der Vertreter des Südafrikanischen Gewerkschaftskongresses,

Daniel Colraine

unterstützt den Vorschlag mit folgenden Worten:

Ich pflichte der Rede des Genossen Münzenberg bei und erkläre hiermit, daß ich mit seinem Organisationsplan vollkommen einverstanden bin. In Südafrika, das eine gemischte Bevölkerung hat, nämlich 6 Millionen Schwarze und 1½ Millionen Weiße, besteht eine sehr starke Entfremdung zwischen den beiden Rassen. Die kapitalistische Presse hetzt die beiden Rassen noch

immer mehr gegeneinander auf. Schon in Südafrika war ich der Meinung, daß die Vereinigung dieser beiden Rassen unerläßlich ist für die Befreiung der Arbeiter dieses Landes. Das gleiche gilt von Amerika, wo man die gleichen auseinanderstrebenden Kräfte hat, und ich zweifle nicht im mindesten, daß in Amerika die kapitalistische Presse und der Imperialismus die Arbeiter genau so zu trennen versucht wie in Südafrika.

Es war mir aus dem Herzen gesprochen, als der Genosse Münzenberg in seiner Rede diesen Kongreß als den ersten Völkerbund der Arbeiterklasse der Welt bezeichnete. Es gefiel mir sehr, daß er von dem Kongreß in dieser Weise sprach, und ich hoffe aufrichtig, daß wir ihn jedes Jahr wiederholen können; ich zweifle auch nicht im mindesten, daß die kapitalistische Presse sich bemühen wird, wie sie es stets getan, der Welt zu sagen, daß hier nur drei oder vier Dutzend Leute vertreten gewesen seien. Meiner Meinung nach wird der Imperialismus, wenn die Resolutionen dieser Konferenz bekannt werden, intensiver und hastiger als je arbeiten. Darum müssen die Arbeiter ebenfalls ihre Kräfte intensiver zusammenfassen zur Beseitigung des Imperialismus.

Wenn ich nach Südafrika zurückkehre und über die Art dieses Kongresses, die Zahl der Delegierten, die ihm beiwohnten, und die Einstimmigkeit der hier ausgedrücken Meinung berichten werde, so bin ich sicher, daß die Arbeit dieses Kongresses in Südafrika die besten Früchte tragen wird. Es ist meine Absicht, für die Arbeit dieser Organisation alles zu tun, was ich kann.

Ich habe das volle Recht, zu erklären, daß ich die einheitliche Meinung Südafrikas zum Ausdruck bringe, die absolut jeder imperialistischen Intervention in China feindlich gegenübersteht. Wir in Südafrika wollen die Chinesen ungestört lassen, so daß sie die Möglichkeit haben, ihre sozialistische Ordnung einzurichten.

Ich will nur ganz kurz unterstreichen, was Genosse Lansbury gestern abend gesagt hat. Ich glaube, es war die größte Freude jedes Delegierten dieses Kongresses, zu hören, daß die Labour Party in Großbritannien die Genossen in China unterstützen wird, und daß sie die parlamentarischen Führer im Unterhaus in der erwähnten Weise zum Handeln veranlaßt haben. Zum Schluß noch dies: Wenn es jemals in der Geschichte der Arbeiterklasse eine glänzende Möglichkeit zum Handeln gegeben hat, so jetzt. Ich hoffe, daß der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam die Gelegenheit ergreifen wird, in der ganzen Welt die Ergebnisse dieser Konferenz bekanntzumachen und die Einigung und Solidarität der Arbeiterklasse gegen den Imperialismus zustande zu bringen.

Zum selben Thema führt

Albert Fournier (Frankreich),

Mitglied der Kammer,

Folgendes aus:

Dieser Kongreß geht seinem Ende zu, und nach tagelanger Arbeit, die bisweilen vom Morgen bis in die Nacht hinein dauerte, hat sich der Delegierten eine Müdigkeit bemächtigt. Trotz allem empfinden wir eine große Freude, wenn wir den Erfolg der Organisation sehen, umsomehr, als Ihr von allen Enden der Welt, unter Benützung aller Transportmittel, hierhergekommen seid.

Heute sind wir beinahe zweihundert Delegierte. Aber es besteht kein Zweifel, daß wir täglich neue Delegierte sehen würden, die unter uns zu sein wünschten, wenn der Kongreß länger dauerte. Es steht fest, daß bei allen Völkern der Erde das Bedürfnis besteht, sich kennenzulernen und sich näher zu fühlen, und gerade, weil man dies zu lange verkannt hat, haben die Kapitalisten und Imperialisten nach ihrem Belieben schalten und walten können.

Eben sagte ich, daß der Kongreß einem Bedürfnis entspräche, und es ist schließlich die Weltlage, die den Erfolg des Kongresses bewirkt hat. Man weiß ganz gut, um was es in der Welt geht, und die an den Wänden hängenden Plakate beweisen es. Imperialisten haben sich kleiner, verlorener Gebiete bemächtigt, und von dort aus haben sie es fertiggebracht, die Massen zu unterdrücken. Es klingt paradox, daß verhältnismäßig kleine Staaten, wie Frankreich, England, Italien und Japan, im Verein mit den Vereinigten Staaten die ganze Welt beherrschen. Jedoch bestehen starke Widerstände. die der Krieg noch verschärft hat. Der Krieg von 1914 ist der Ausgangspunkt für alle nationalen Bestrebungen aller Völker. Weshalb? Weil die Kapitalisten des Westens durch den Krieg eingebüßt haben. Sie haben Menschen und Reichtümer geopfert, und als der Krieg zu Ende war, haben sie gespürt, daß die Sieger auch Besiegte waren, und daß der Krieg, wie man ihn früher führte, sich nicht mehr rentiere.

Ich sprach vor einem Augenblick von dem Imperialismus der Yankees und Englands. Als der Krieg ausbrach, mobilisierten die Mächte auch ihre Kolonialvölker. Frankreich rief die Nordafrikaner, Indochinesen, die Eingeborenen Madagaskars und der Antillen zu Hilfe, und all denen, die es mit ihren Leibern schützten, sagte man: „Was Ihr macht, ist schön. Ihr kämpft für Euer Vaterland", und machte ihnen Versprechungen. Aber als die Zeit kam, da es galt, diese Versprechungen einzulösen, konnte oder wollte man dies nicht tun. Was für Frankreich gilt, gilt auch für England. Verpflichtungen und Versprechungen ist man eingegangen, die man unbedingt hätte halten müssen, aber nicht gehalten hat. Jetzt verlangen alle die-



Eine Gruppe Delegierter vor dem Kongreßlokal



jenigen, denen man Versprechungen gemacht hat, deren Einlösung, und der Konflikt verschärft sich, weil sie nicht gehalten werden.

Seit Ende des Weltkrieges mußte Frankreich andere Kriege führen. Den Bankiers und Kapitalisten zum Gefallen mußte es in Indochina und Syrien kämpfen. Außerdem ließ der Generalgouverneur von Indochina 700 000 Gewehre und 70 Millionen Patronen für die Provinz Yünan durchgehen. Die Regierung ließ es geschehen. Man wird sie wahrscheinlich zur Rechenschaft ziehen. Ich bringe dies nur zur Kenntnis, um Ihnen zu zeigen, wie ernst der Zustand ist.

England versucht einen letzten Streich in China. Es will nicht, daß man sage, es habe die Flagge streichen müssen, und es schickt Truppen in großer Zahl dorthin, um eine militärische Aktion vorzubereiten. Aber unsere Genossen in China werden sich das nicht gefallen lassen.

Holland spürt auch Erschütterungen. Auf Java brachen Unruhen aus. Schließlich versucht auch der Yankee-Imperialismus zu handeln. Er bedroht Mexiko und Nicaragua. Er hat sich schon der Philippinen bemächtigt; er ist der gefährlichste, und wir müssen ihn im Auge behalten.

Aus all diesem müssen wir unsere Lehren ziehen. Wir machen hier keine militaristische Propaganda, obwohl es gewisse Elemente gibt, die uns das nachsagen, aber da wir keine Kinder, keine Einfältige, noch Tölpel sind, so sagen wir, daß man der kapitalistischen Gewalt mit Gewalt begegnen muß. Man kann daher dies nicht als Militarismus bezeichnen, selbst nicht als roten Militarismus. Es handelt sich um die aus der Rede des Generals von Kanton zu ziehenden Lehren, daß „Heer, Soldaten und Anführer nicht da sind, um die anderen zu schikanieren und zu unterdrücken, sondern um diejenigen, die arbeiten und produzieren, die Arbeiter und Bauern zu verteidigen und zu beschützen*“.

Ich habe nur noch einige Worte zu sagen. Eine Folgerung zwingt sich auf. Wir haben unsere Gedanken ausgetauscht, wir haben uns kennengelernt, wir haben die angenommenen Resolutionen auf Papier festgelegt; aber es handelt sich nicht bloß darum, diese Ideen bekannt gemacht zu haben, sondern etwas Festeres muß unser Resultat sein. Wir müssen eine Liga zur Befreiung der Völker in allen Ländern, in allen Weltteilen schaffen. Das wäre ein schönes Werk, und diejenigen, die behaupten, daß wir nichts getan haben, fordern wir auf, die ausgearbeiteten Dokumente und angenommenen Resolutionen aufmerksam zu lesen. Dann werden sie spüren, daß sich große Dinge vorbereiten, und daß der Tag kommen wird, da den Parasiten der Platz angewiesen wird, der ihnen gebührt, und wo alle Arbeiter in einer Front sich befinden werden. Das ist das Werk, wozu ich Euch auffordere.

Und jetzt schließe ich und sage Euch, daß ich Vertrauen auf die Zukunft habe. Seid guten Muts! Und nun an die Arbeit!

---

* Siehe Kap. II. S. 30.

Organisationsresolution.

1. Die am Brüsseler Kongreß gegen Imperialismus, gegen Kolonialherrschaft und für nationale Unabhängigkeit vereinigten Organisationen und Delegierten haben sich zusammengeschlossen zu einer internationalen Vereinigung gegen Imperialismus, gegen Kolonialherrschaft und für nationale Unabhängigkeit. Der Name der internationalen Vereinigung lautet: *Liga gegen Imperialismus, gegen Kolonialherrschaft und für nationale Unabhängigkeit.*

2. Der Liga gegen Imperialismus, gegen Kolonialherrschaft und für nationale Unabhängigkeit sollen alle Organisationen, alle Parteien, Gewerkschaften und Personen angehören dürfen, die einen ernsten Kampf führen gegen kapitalistisch-imperialistische Herrschaft, für das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen, für die nationale Freiheit aller Völker, für die Gleichberechtigung aller Rassen und Menschen, unter Anerkennung der Brüsseler Beschlüsse.

3. Das Kongreßpräsidium, das von nun an als Generalrat bezeichnet wird, erhält den Auftrag, ein Programm und ein Statut für die Liga gegen Imperialismus, gegen Kolonialherrschaft und für nationale Unabhängigkeit auszuarbeiten. Beide Entwürfe sind spätestens ein Vierteljahr vor dem Zusammentritt eines neuen Kongresses allen angeschlossenen Organisationen zur Diskussion zu unterbreiten.

4. Der Generalrat repräsentiert die Liga in den Zeiten zwischen den Kongressen.

5. Der Generalrat wählt aus seiner Mitte ein Exekutivkomitee von neun Mitgliedern. Das Exekutivkomitee ist das ausführende Organ des Kongresses und des Generalrates. Das Exekutivkomitee ernennt die Mitglieder des Bureaus, bestimmt die Funktionen der einzelnen Mitglieder und leitet die allgemeinen Geschäfte der Liga. Im Falle es notwendig wird, die unter § 12 genannten Aktionen durchzuführen, ist die Zustimmung von fünf der neun Mitglieder des Exekutivkomitees notwendig.

6. Der Sitz des Bureaus wird vom Exekutivkomitee bestimmt und dort sein, wo die Arbeit am ungehindertsten vor sich gehen kann. Als nächster Ort des Bureausitzes wird Paris in Aussicht genommen.

7. Der Kongreß überträgt dem Generalrat und dem Exekutivkomitee die Organisierung und Führung der Propaganda und Agitation gegen alle Formen der Unterdrückung von Nationen und Individuen in allen Ländern. Eine besondere Aufgabe des Generalrates und des Exekutivkomitees ist die Ausführung der Beschlüsse des Brüsseler Kongresses.

8. Eine weitere Aufgabe des Exekutivkomitees ist es, alle Materialien über die Wirkung der imperialistischen Unterdrückung in den verschiedenen Ländern zu sammeln und durch Konferenzen, Kundgebungen, Ausstellungen usw. in allen kapitalistischen Ländern in den Hand- und Kopfarbeiter den Willen zu erwecken, die nationalen und sozialen Kämpfe für die Befreiung der unterdrückten Völker zu unterstützen.

9. Das Exekutivkomitee wird in den Ländern, wo der Imperialismus mit der größten Heftigkeit wütet, Sekretariate schaffen. Diese Sekretariate werden in ständiger Verbindung mit dem Exekutivkomitee stehen und sich mit ihm über alle notwendigen Aktionen verständigen.

10. Der Generalrat, die Exekutive und die in den verschiedenen Ländern zu schaffenden Sekretariate müssen sich bemühen, alle schon bestehenden Organisationen mit ähnlichen Zielen zusammenzufassen, wie z. B. die Komitees „Hände weg von China", „Hände weg von Rußland", „Komitee für Syrien", „Komitee für Marokko", „Liga gegen koloniale Unterdrückung" und „Allamerikanische anti-imperialistische Liga".

11. Alle der Liga angeschlossenen Organisationen müssen sie mit aller Kraft unterstützen und einen jährlichen Beitrag, der im Einklang steht mit ihrer Mitgliedschaft und finanziellen Stärke, an das Bureau einzahlen. Das gleiche gilt von den individuell sich anschließenden Mitgliedern; außerdem nimmt die Liga freiwillige Beiträge entgegen.

Der Generalrat hat das Recht, seine Mitgliederzahl zu erweitern durch die Aufnahme der Vertreter neu gegründeter Sektionen der Liga oder der Vertreter von Arbeiterorganisationen, die sich neu der Liga angeschlossen haben.

12. Das Exekutivkomitee bestimmt die Maßnahmen, die zu ergreifen sind:

1. wenn die imperialistischen Staaten versuchen, mit Gewalt die nationalen Freiheitsbestrebungen zu unterdrücken oder
2. im Falle eines Krieges oder einer Kriegsandrohung.

In solchen Fällen unmittelbarer Gefahr muß sich das Exekutivkomitee in Verbindung setzen mit den nationalen und internationalen Organisationen der Arbeiterklasse von politischem und gewerkschaftlichen Charakter.

XVIII.

Organisatorisches.

a) Bericht der Mandats-Prüfungskommission.

Die Prüfung der Mandate hat ergeben, daß folgende Länder und Organisationen vertreten sind:

1.	China	mit	25	Delegierten
2.	Indien	„	7	„
3.	Indonesien	„	6	„
4.	Indochina	„	6	„
5.	Korea	„	4	„
6.	Syrien	„	3	„
7.	Persien	„	2	„
8.	Japan	„	1	„
9.	Palästina	„	1	„
10.	Afrika (Süd-Afrika, Nord-Afrika, Ägypten)	„	10	„
11.	Neger der französischen Kolonien	„	4	„
12.	Amerika	„	15	„
13.	England	„	15	„
14.	Frankreich	„	14	„
15.	Deutschland	„	26	„
16.	Italien	„	3	„
17.	Österreich	„	2	„
18.	Tschechoslowakei	„	2	„
19.	Schweiz	„	2	„
20.	Holland	„	11	„
21.	Belgien	„	15	„
		zusammen	174	Delegierte.

Von China sind im ganzen 21 Organisationen vertreten:

1. die Kuomingtang-Regierung;
2. das Exekutiv-Komitee der Kuomingtang;
3. die Zentrale der allchinesischen Gewerkschaften;
4. der Zentrale Gewerkschaftsrat Kantons;
5. die Maschinenarbeitergewerkschaft Kantons;

6. das Streikkomitee von Hankau und Kanton;
7. die chinesische Handelskammer in Kanton;
8. die Volksarmee (Kanton);
9. die Revolutionsarmee (Feng);
10. die Liga für die Verteidigung der Rechte der chinesischen Rasse;
11. die Chinesische Arbeitervertretung in Frankreich;
12. das ständige Komitee gegen die ungleichen Verträge in Belgien;
13. die Sun Yat Sen-Gesellschaft in Amerika;
14. die Kuomingtang-Sektionen in Frankreich, England, Deutschland, Belgien, Zentraleuropa;
15. die chinesischen Studentenvereinigungen in Belgien und Holland;
16. der Hauptverband der chinesischen Studenten, Deutschland.

Von Indien sieben Organisationen, nämlich:

der Allindische Nationalkongreß
das Hindustan Seva Dal (Freiwilligenkorps des indischen Nationalkongresses)
der Verband der indischen Journalisten
die Hindustan Gadar (Indische Freiheits)-Partei in Amerika
der Verband der Inder in Zentraleuropa
die Indische Majlis (Vereinigung) von Oxford
das Indische Komitee der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands.

Von Indonesien drei Organisationen:

das Haager Sekretariat der „Perhimpoenan Indonesia" (Vereinigung der Nationalparteien Indonesiens)
die Serikat Raiat und
Serikat Islam.

Von Indochina vier Organisationen, und zwar:

die Konstitutionelle Partei
der Indo-Chinesische Verein
die Unabhängigkeitspartei und
Jung-Annam.

Von Korea sind drei Organisationen vertreten:

der Verein der koreanischen Studenten in Deutschland
der Verband der koreanischen Schriftsteller und Journalisten in Seoul und
der Verein der Koreaner in Frankreich.

Von Syrien drei Organisationen:

das Syrische Nationalkomitee
das Hauptquartier der syrischen Aufständischen und
das Syrisch-palästinische Komitee.

Von Persien eine Organisation:

die Revolutionäre Republikanische Partei Persiens.

Von Japan:
Sen Katayama.

Von Palästina eine Organisation:
Die „Poale Zion" (Jüdische Arbeiterpartei).

Von Südafrika zwei Organisationen:
der Südafrikanische Gewerkschaftskongreß und
der Afrikanische Nationalkongreß.

Von Nordafrika zwei Organisationen:
der Nordafrikanische Stern (Tunis, Algerien, Marokko) und
die „Destour"-Partei, Tunis.

Von Ägypten zwei Organisationen:
die Nationalpartei und
die National-radikale Partei.

Neger der französischen Kolonien zwei Organisationen:
Komitee zur Verteidigung der Negerrasse und
Interkoloniale Vereinigung (Sektionen der alten Kolonien).

Von Amerika 32 Organisationen:
All-Amerikanische Anti-Imperialistische Liga U. S. A.
„ „ „ Mexiko
„ „ „ Kuba
„ „ „ Porto Rico
„ „ „ Panama
„ „ „ Nicaragua
„ „ „ Venezuela
„ „ „ Peru
Studentenverband von Mexiko
„ „ Kuba
„ „ Peru
Volksuniversität José Marti, Kuba
Amerikanischer Verband für bürgerliche Freiheiten
Bund der Negerarbeiter Amerikas
Gesellschaft zur Hebung der Lage der Negerrasse
Nationale Arbeiterföderation Mexikos (C. R. O. M.)
Nationaler Bauernverband Mexikos
Arbeiterunion von Tampico
Arbeiterföderation von Habana (Kuba)
National-Partei von Porto Rico
National-Verband der Jugend, Porto Rico
Sozialistische Revolutionäre Partei Kolumbiens
Arbeiterverband Kolumbiens
Revolutionäre Partei Venezuelas

Arbeiterverband Venezuelas
Gewerkschaft der Textilarbeiter Perus
Gewerkschaft für das graphische Gewerbe, Peru
Unionistische Partei, Peru
Internationale Arbeiterhilfe, Argentinien
Patriotische Union von Haiti
Philippinische Vereinigung von Chicago (U. S. A.)
Allgemeine Vereinigung der Lateinamerikanischen Studenten, Paris.

Aus England acht Organisationen:
die Minderheitsbewegung in den Gewerkschaften
das Sekretariat der Liga gegen Kolonialunterdrückung
die IAH
die Unabhängige Arbeiterpartei
der Bergarbeiter-Verband
die Plebs Liga
der Londoner Gewerkschaftsrat
die Internationale der Kriegsdienstgegner
dazu vier geladene Gäste.

Von Holland:
die IAH
das I. A. M. B. (Internationale Antimilitaristische Büro) und
die I. A. K. (Internationale Antimilitaristische Kommission)
dazu fünf geladene Gäste.

Von Österreich eine Organisation:
die IAH.

Von der Tschechoslowakei eine Organisation:
die IAH.

Von Frankreich sechs Organisationen:
die Internationale der Bildungsarbeiter
die C. G. T. U.
die Liga gegen Kolonialunterdrückung
die Rote Hilfe
die IAH
die Gesellschaft der Freunde (Quäker)
dazu zwei geladene Gäste.

Von der Schweiz eine Organisation:
die IAH.

Von Italien:
drei geladene Gäste.

Von Belgien acht Organisationen:
die Sozialistische Studentenorganisation
die Internationale für Völkerversöhnung

die Kriegsdienstgegner
die Internationale Vereinigung der Arbeiter-Idisten
die Sektion der Liga
der Bekleidungsarbeiterverband
die IAH
der Verband der ehemaligen Kriegsteilnehmer.

Von Deutschland zwölf Organisationen:

die Reichsgewerkschaft der Kommunalbeamten
der Bund der Kriegsdienstgegner
der Sozialistische Schülerbund
das Friedenskartell
die Frauenliga für Frieden und Freiheit
die Deutsche Liga für Menschenrechte
der Bund religiöser Sozialisten
der Sozialistische Bund
die Liga gegen Kolonialunterdrückung
die IAH
Einheitskomitee der Werktätigen
Allgemeiner Verband der deutschen Bankangestellten (Ortsgruppe Breslau)

dazu kommen sechs geladene Gäste.

b) Liste der Teilnehmer.

ASIEN.

China.

1.	Chinesische National-Regierung	Hsiung Kwang Suen
2.	Zentral-Exekutiv-Komitee der Kuomintang	Liau Hansin
3.	All-Chinesischer Gewerkschaftsbund	Chen Kuen
4.	Canton-Hongkong-Streikkomitee	Chen Kuen
5.	Arbeiterföderation der Provinz Kwangtung	Si Li Show
6.	Kuomin (Volks-) Armee	General Lu Chung Lin
7.	Kuominkiun (Nationalrevolutionäre Armee)	General Schao Li Tse
8.	Verband der chinesischen Handelskammern	Henri Tchai
9.	Studentenverband der Provinz Kwangtung	Kie Kiang Wang
10.	All-Chinesischer Metallarbeiter-Verband	Li Koue Tsai
11.	Metallarbeiterverband der Provinz Kwangtung	Li Koue Tsai
12.	Wan-Hsien-Protest-Komitee	San Wei Ming Li Sen Wei
13.	Verband der chinesischen Arbeiter in Frankreich	Siao Tchen Hoin
14.	Ständiges Büro der chinesischen Kolonien in Europa zur Aufhebung des chinesisch-belgischen Vertrages	Fan Toen Yuen

15. Chinesische Kuomintang, Europäische Zentrale	Sia Ting
16. Kuomintang, Sektion Paris	Li Più Hing
17. Kuomintang, Sektion Creusot	Wang Chou
18. Kuomintang, Sektion Lyon	Wan Kie Tcheou
19. Kuomintang, Sektion Billancourt	Tsan Wei Ming
20. Kuomintang, Sektion Belgien	Robert Koe
21. Kuomintang, Sektion Belgien (Exekutive)	Tchean Teng Hien
22. Kuomintang, Sektion Deutschland	Y. S. Hsieh
23. Kuomintang, Sektion England	Tang King Pei
24. Kuomintang, Sektion Holland	Han Tianso Kie Li Sun Ching
25. Hauptverband Chinesischer Studenten in Deutschland	Dr. Koyang Tong
26. Verband der Chinesischen Studenten an der Universität Charleroi (Belgien)	Ou Pao Y
27. Verein der Chinesischen Studenten in Holland	Han Lie
28. Gesellschaft zur Verbreitung des Sun-Yat-Senismus in Amerika	Chiao Ting Chi
29. Internationale Arbeiterhilfe, Canton	Liu Ho

Korea.

1. Verein Koreanischer Schriftsteller und Journalisten, Seoul	Li Kolu Wovil Whang
2. Verein Koreanischer Studenten in Deutschland	Yi King Li
3. Verein der Koreaner in Frankreich	Kin Fa Lin

Indien.

1. Indischer National-Kongreß	Jawahar Lal Nehru
2. Hindustan Gadar (Indische Freiheits-) Partei, San Francisco	Prof. M. Barkatullah Maulavie
3. Indian Majlis (Indischer Verein), Oxford	Bakar Ali Mirza
4. Indischer Verein, Edinburgh	S. A. Rahman (nicht rechtzeitig eingetroffen)
5. London Indian Majlis (Indischer Verein, London)	K. M. Panikkar (nicht rechtzeitig eingetroffen)
6. Verein der Inder in Zentraleuropa	Jaya Surya Naidu
7. Workers' Welfare League of India, London (Liga für Arbeiter-Wohlfahrt in Indien)	Dr. K. S. Bhat (nicht rechtzeitig eingetroffen)
8. Verband Indischer Journalisten in Europa	A. C. N. Nambiar V. Chattopadhyaya
9. Indisches Komitee der I. L. P. (der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands)	Tarini P. Sinha
10. Hindustani Seva Dal (Freiwilligenkorps des indischen Nationalkongresses	Jawahar Lal Nehru

Indonesien.

1. Perhimpoenan Indonesia (Verband der Nationalparteien Indonesiens)	Mohammed Hatta A. Semaoen R. Gatot
2. Serikat Raiat	Abdul Manaf Mohammed Nazir Pamondjah
3. Serikat Islam	Achmad Subardja

Indo-China.

1. Konstitutionelle Partei Annams	Duong van Giao Mgunggan van Luc Dinh van Cac
2. Phuc Viet (Unabhängigkeits-Partei)	Hoang-quang-Gui
3. „Jeune Annam" (Jung-Annam)	Bui cong Trung
4. Indo-Chinesischer Verein	Tran van Chi

Ägypten.

1. Ägyptische Nationalpartei	Mohamed Hafiz Bey Ramadan
2. Ägyptische National-radikale Partei	Ibrahim Youssef

Persien.

1. Sozialistische Partei	Mahmud Suleiman Mirza (nicht rechtzeig eingetroffen)
2. Revolutionäre Republikanische Partei	Mortesa Alavi Ahmed Assadoff

Palästina.

1. Poale Zion (Jüdische Arbeiterpartei)	Itzchaki

Syrien.

1. Syrisches National-Komitee	Ihsan Bey el Djabri (nicht rechtzeitig eingetroffen) Riad Bey Sulh (nicht rechtzeitig eingetroffen)
2. Hauptquartier der syrischen Aufständischen	Mazhar Bey el Bakri
3. Syrisch-Palästinisches Komitee	Haidar Mardam Bey

AFRIKA.

1. Comité de Défense de la Race Nègre, Paris (Komitee zur Verteidigung der Neger-Rasse)	Lamine Senghor

2. Union Intercoloniale (Section des vieilles Colonies et Peuples noirs) (Inter-Koloniale Vereinigung, Sektion der alten Kolonien und schwarzen Völker)	Max Bloncourt Elie Clainville-Bloncourt Camille Saint-Jacques Danaë Narcisse

Nordafrika.

1. L'Étoile Nord-Africaine (Association des Musulmans algériens, tunisiens et marocains) Paris (Der Nordafrikanische Stern, Vereinigung der algerischen, tunesischen und marokkanischen Muselmanen)	Messali Hadj-Ahmed Hadjali Abd el Kader
2. Partei Destour	Chadli Ben Mustapha

Südafrika.

1. Südafrikanischer Gewerkschaftskongreß	Daniel Colraine
2. Afrikanischer Nationalkongreß	J. T. Gumede La Guma

AMERIKA.

Vereinigte Staaten von Amerika.

1. American Civil Liberties Union, New York (Amerikanischer Verband für bürgerliche Freiheiten)	Roger Baldwin
2. National Association for the Advancement of Colored People, New York (National-Verband zur Förderung der farbigen Völker)	Prof. William Pickens (nicht rechtzeitig eingetroffen)
3. John Brown Memorial Association, New York (Vereinigung zum Gedächtnis an John Brown)	Prof. William Pickens (nicht rechtzeitig eingetroffen)
4. American Negro Labor Congress, Chicago (Bund der Negerarbeiter Amerikas)	Richard B. Moore
5. All-America Anti-Imperialist League, Chicago (All-Amerikanische Anti-Imperialistische Liga)	Manuel Gomez
6. Universal Negro Improvement Association (Gesellschaft zur Verbesserung der Lage der Negerrasse), New York	Richard B. Moore

Mexiko.

1. Confederación Regional Obrera Mexicana (C. R. O. M.) (Nationale Arbeiterföderation Mexikos)	Edo Fimmen
2. Liga Nacional Campesina (Nationaler Bauernverband)	Julio A. Mella
3. Liga Anti-Imperialista de las Americas Comité Continental Organizador (All-Amerikanische Anti-Imperialistische Liga, Kontinentales Organisationskomitee)	Julio A. Mella

4. Confederación Obrera de Tampico (Arbeiter-Union von Tampico) — C. Ismael Martinez
5. Federación de Estudiantes Mexicanos (Verband der mexikanischen Studenten) — Zapata Vena, Diaz Figueroa

Kuba.

1. Liga Anti-Imperialista de las Americas (Sección Cubana), La Habana — Leonardo Fernando Sanchez
2. Universidad Popular José Marti, La Habana (Volks-Universität José Marti) — Leonardo Fernando Sanchez, Julio A Mella
3. Federación Obrera, La Habana (Arbeiter-Föderation von Habana) — Angel Sotomayor
4. Federación de los Estudientes, La Habana (Studentenverband von Habana) — Dr. Ruben Martinez Villena

Porto Rico.

1. Partido Nacionalista de Puerto Rico (National-Partei von Porto Rico) — Manuel Ugarte, José Vasconcelos, Louis Casabona, César Falcon
2. Federación Nacionalista de Juventud (National-Verband der Jugend) — Samuel Quinones
3. Liga Anti-Imperialista de las Americas (Sección Puerto Ricena) — Samuel Quinones

Panama.

1. Liga Anti-Imperialista de las Americas (Sección Panamena) — Victor Raul Haya Dellatorre, Julio A. Mella

Nicaragua.

1. Liga Anti-Imperialista de las Americas (Sección Nicaraguense) — Victor Raul Haya Dellatorre, Gustavo M. Morales, Adolfo Zamora

Kolumbien.

1. Partido Socialista Revolucionario de Colombia (Sozialistisch-Revolutionäre Partei) — C. Gustavo M. Morales
2. Federación Obrera de Colombia (Arbeiterverband Kolumbiens) — Gustavo Machado, Julio A. Mella

Venezuela.

Organisation	Delegierte
1. Partido Revolucionario Venezolano (Revolutionäre Partei Venezuelas)	C. Gustavo M. Morales Carlos Quijano Salvador de la Plaza
2. Liga Anti-Imperialista de las Americas (Sección Venezolana)	C. Gustavo M. Morales
3. Federación Obrera Venezolana (Arbeiterverband Venezuelas)	Bernardo Suarez

Peru.

Organisation	Delegierte
1. Liga Anti-Imperialista de las Americas (Sección Peruana)	Victor Raul Haya Dellatorre
2. Federación de los Estudiantes del Peru (Studentenverband Perus)	Eudocio Rabinez
3. Sindicatos Textiles y des Artes Gráficas (Textil- und graphische Gewerkschaften)	
4. Partido Unionista (Unionistische Partei)	Victor Raul Haya Dellatorre

Argentinien.

Organisation	Delegierte
1. Internationale Arbeiterhilfe	Victorio Codovilla

Haiti.

Organisation	Delegierte
1. Unione Patriotica	Carlos Deambrosis Martins

Philippinen.

Organisation	Delegierte
1. Filipino Association of Chicago (Philippinische Vereinigung von Chicago)	A. Alminiana (nicht rechtzeitig eingetroffen)

Lateinamerikanische Organisationen in Europa.

Organisation	Delegierte
1. Associación General de Estudiantes Latino-Americanos (Allgemeine Vereinigung der Lateinamerikanischen Studenten)	Léon de Bayle J. J. Jeménez Grullon

EUROPA.

Großbritannien.

Organisation	Delegierte
1. Independent Labour Party (Unabhängige Arbeiterpartei)	M. Fenner Brockway
2. All London Trades Council (All-Londoner Gewerkschaftsrat)	John Stokes
3. Plebs-League (Volks-Liga)	R. W. Postgate
4. International War Resisters' Union (Internationale der Kriegsdienstgegner)	R. W. Postgate
5. League against Oppression in the Colonies (Liga gegen koloniale Unterdrückung)	R. Bridgeman

Organisation	Vertreter
6. Workers' International Relief (Internationale Arbeiterhilfe)	Helen Crawfurd
7. South-Wales Miners' Association (Bergarbeiterverband von Süd-Wales)	S. O. Davies
8. National Minority Movement (Minderheitsbewegung innerhalb der britischen Gewerkschaften)	Harry Pollitt M. Brown

Persönlich eingeladen:

George Lansbury, Mitglied des Parlaments und Vize-Präsident der englischen Arbeiterpartei
Ellen Wilkinson, Mitglied des Parlaments
John Beckett, Mitglied des Parlaments
Arthur Mac Manus

Frankreich.

Organisation	Vertreter
1. Confédération Générale du Travail „Unitaire" (Allgemeiner Gewerkschaftsbund der Einheit)	A. Herclet
2. Secours Ouvrier International (Internationale Arbeiterhilfe)	M. Dutilleul Levassort
3. Ligue contre L'Oppression Coloniale et l'Impérialisme (Liga gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus)	Henri Barbusse Jacques Ventadour Albert Fournier
4. Internationale des Travailleurs de l'Enseignement (Internationale der Bildungsarbeiter)	Louis Vernochet Deloyer Kyriako
5. Société des Amis (Quakers), Section française du Service International (Gesellschaft der Freunde [Quäker], Franz. Sektion des Internationalen Dienstes)	W. Herbert Jones
6. Ligue Internationale des Femmes pour la Paix et la Liberté (Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit)	Mme. Duchêne

Deutschland.

Organisation	Vertreter
1. Deutsches Friedenskartell	Frau Dr. Helene Stöcker
2. Liga gegen koloniale Unterdrückung	Artur Holitscher Ernst Toller Lucie Peters
3. Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamter	Georg Stolt
4. Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Deutscher Zweig	Magda Hoppstock-Huth
5. Deutsche Liga für Menschenrechte	O. Lehmann-Rußbüldt
6. Internationale Arbeiterhilfe, Zentralkomitee	Willi Münzenberg Otto Bachmann
7. Internationale Arbeiterhilfe, Deutsche Sektion	Georg Düninghaus
8. Sozialistischer Bund, Berlin	Georg Ledebour

9. Internationale der Kriegsdienstgegner	Frau Dr. Helene Stöcker Armin T. Wegner
10. Sozialistischer Schülerbund, Groß-Berlin	Dr. J. Meyer
11. Bund religiöser Sozialisten	Pfarrer Fritze
12. Einheitskomitee der Werktätigen	Prof. Resch, Remscheid
13. Allgemeiner Verband der deutschen Bankangestellten, Ortsgruppe Breslau	Erich Schirner
14. Liga gegen koloniale Unterdrückung, Süddeutsche Sektion	Hans Jäger

Persönlich eingeladen:

Prof. Dr. Alfons Goldschmidt
Prof. Dr. Theodor Lessing
Léon Levy
Dr. Sternberg

Tschechoslowakei.

1. Internationale Arbeiterhilfe	Prof. Dr. Nejedli Ladislaus Beran

Österreich.

1. Internationale Arbeiterhilfe	Frau Dr. Raissa Adler Dr. Leopold Katz

Schweiz.

1. Internationale Rote Hilfe	Willi Trostel Dr. Tobler

Italien.

1. Internationale Arbeiterhilfe	Victorio Verri
2. Katholische Gewerkschaften	Guido Miglioli

Belgien.

1. Mouvement International pour la Réconciliation des Peuples (Internationale Bewegung für Völkerversöhnung)	Mme. Hecquet
2. Internationale des Résistants contre la Guerre, section Belge (Internationale der Kriegsdienstgegner)	A. de Bevere
3. Cercle d'Études Socialistes, Université libre de Bruxelles (Zirkel für sozialistische Studien, freie Universität Brüssel)	E. Lejour
4. Laboristal Jdo-Uniono Internaciona, Section Belge (Internationale Vereinigung der Arbeiter-Jdisten)	Maurice Bologne Victor Gouix Alexandre Trouchau
5. Syndicat des Ouvriers de l'Habillement (Bekleidungsarbeiter-Verband)	Libaers A. Geerts

Organisation	Delegierte
6. Union Socialiste des Anciens Combattants (Sozialistischer Verband der ehemaligen Frontkämpfer)	Verspleht Collot Jolser
7. Ligue contre l'Impérialisme, section Belge (Liga gegen Imperialismus)	Dr. Marteaux Georges Gérard
8. Secours Ouvrier International (Internationale Arbeiterhilfe)	Pasteel

Holland.

Organisation	Delegierte
1. Liga gegen Imperialismus	Henriette Roland-Holst
2. Internationale Arbeiterhilfe	van Walree John William Kruyt
3. Internationales Antimilitaristisches Büro gegen Krieg und Reaktion (I. A. M. B.)	Albert de Jong
4. Internationale Antimilitaristische Kommission (I. A. K.)	Arthur Müller-Lehning

Persönliche Einladungen:

Ingenieur S. Rütgers
H. Koch
A. Struyk

c) Ergebnis der Wahlen.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird zur Leitung der Liga ein Generalrat gewählt, der sich aus folgenden Personen zusammensetzt:

Ehrenpräsidium:

Henri Barbusse, Frankreich
Professor Albert Einstein, Deutschland
Frau Sun Yat Sen, China
General Lu Chung Lin, China.

Exekutive:

George Lansbury M. P., Vorsitzender
Edo Fimmen, 2. Vorsitzender.

E. K.-Mitglieder:

Jawahar Lal Nehru (Allindischer Nationalkongreß)
Liau Hansin (Zentralexekutive der Kuomingtang)
Lamine Senghore (Komitee zur Verteidigung der Negerrasse)
Dr. Marteaux, Mitglied der belgischen Kammer
Willi Münzenberg, Mitglied des deutschen Reichstags
Manuel Ugarte (Südamerika)
Mohamed Hatta (Vereinigung der Nationalparteien Indonesiens).

E. K.-Ersatz-Mitglieder:

L. Gibarti, Deutschland
R. Baldwin, U. S. A.
R. Bridgeman, England.

Mitglieder des Generalrates:

Chen Kuen, Zentralrat der Allchinesischen Gewerkschaften
Professor Koumenyü, Nationaluniversität Canton, China
S. Katayama, Japan
J. Martinez, Gewerkschaftskartell Tampico, Mexiko
Julio A. Mella, Bauernverband, Mexiko
José Vasconcelos, Nationalpartei, Porto Rico
A. Alminiana, Verband für die Unabhängigkeit der Philippinen
Mohamed Hafiz Ramadan Bey, Vorsitzender der Nationalpartei, Ägypten
Hadj-Ahmed Messali, Nordafrikanischer Stern, Nord-Afrika
Daniel Colraine, Südafrikanischer Gewerkschaftskongreß, Südafrikanische Union
A. Semaoen, Indonesien
Kin Fa Lin, Korea
Ahmed Assadoff, Revolutionäre Republikanische Partei, Persien
Manuel Gomez, Anti-imperialistische Liga, U. S. A.
Fenner Brockway, Generalsekretär der Unabhängigen Arbeiterpartei, England
S. O. Davies, Britischer Bergarbeiterverband, England
Harry Pollitt, Britische Minderheitsbewegung, England
S. Saklatvala, M. P., England
Henriette Roland-Holst, Schriftstellerin, Holland
Georges Gérard, Sekretär der Liga gegen koloniale Unterdrückung, Belgien
P. S. Spaak, Redakteur, Belgien
Charles Plisnier, Belgien
Victorio Verri, Journalist, Italien
Guido Miglioli, Italien
Mme. Duchêne, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Frankreich
Albert Fournier, Mitglied der Kammer, Frankreich
Léon Vernochet, Internationaler Verband der Bildungsarbeiter, Frankreich
Professor Theodor Lessing, Deutschland
Professor Alfons Goldschmidt, Deutschland
Georg Ledebour, Vorsitzender des Sozialistischen Bundes, Deutschland
Frau Dr. Helene Stöcker, Deutsches Friedenskartell, Deutschland
Professor Nejedli, Tschechoslowakei.

Anhang.

A.
Manifest.

An alle unterdrückten Völker und Klassen

Manifest
des Brüsseler Kongresses gegen den Imperialismus

Die auf dem Kongreß versammelten Vertreter der unterdrückten Völker und der Arbeiterklasse aller Erdteile haben im Interesse der Sicherung ihrer elementaren Rechte und Entwicklung

untereinander ein brüderliches Bündnis geschlossen.

Die gefährliche, verhängnisvolle, erniedrigende und barbarische Lage, eine Lage, in der Hunderte von Millionen Menschen künstlich und gewaltsam zum materiellen und moralischen Dahinvegetieren verurteilt sind und willenlose Opfer der fremdkapitalistischen Ausbeutung bleiben — wobei der Kampf um diese Ausbeutung den Völkerfrieden stets mit neuen blutigen Konflikten bedroht — kann wirklich nicht länger geduldet werden. Die Geschichte hat über diese jahrhundertelange Schande, die in unserer Epoche durch die Politik des Imperialismus von neuem verstärkt und zu einem noch nie dagewesenen Umfang gesteigert wurde, ihr unwiderrufliches Urteil gesprochen. Jahrhundertelang war die schonungslose, grausame, vor nichts zurückschreckende Ausbeutung der transozeanischen, asiatischen, afrikanischen, amerikanischen Völker und Stämme stets eine der Hauptquellen, aus denen sich der europäische Kapitalismus nährte. Die unbeschreibliche Unterjochung,

die unmenschliche Versklavung und Zwangsarbeit,
die Ausrottung ganzer Völker und Stämme,

deren Name oft nicht einmal übrigblieb, war notwendig, um das stolze Gebäude zunächst des europäischen und dann auch des europäisch-amerikanischen Kapitalismus und seiner ganzen, so sehr von sich eingenommenen materiellen und geistigen Zivilisation zu erbauen. Aber sogar die jungen Staatswesen, die jenseits des Ozeans teils am Grabe anderer Völker und

anderer Zivilisationen, teils durch Verschmelzung mit den Eingeborenen entstanden sind, waren gezwungen, ihr Recht auf selbständige nationale Existenz gegen den aggressiven eigennützigen Egoismus der kapitalistischen Mutterländer durch Kriege zu verteidigen. Und es war meistens nur die gegenseitige Feindschaft dieser kapitalistischen Mutterländer, die die Voraussetzung geschaffen hat, unter denen dieser Kampf um nationale Unabhängigkeit durch Erfolg gekrönt werden konnte.

Jeder neue kapitalistische Staat, der auf der Arena der Geschichte erschien, wie gegen Ende des vorigen Jahrhunderts Deutschland und später Italien, hielt es für notwendig, den Weg der Unterdrückung und Versklavung von Kolonialvölkern zu betreten. Kein einziger kapitalistischer Staat hielt sich für eine gleichberechtigte kapitalistische Großmacht, solange er sich nicht andere schwächere, schutzlose Völker unterworfen hatte. Diese Unterwerfung war durch eine ganze Stufenfolge gekennzeichnet, die von einer einfachen faktischen Kontrolle, von den verhüllten Formen der Abhängigkeit bis zur unverhüllten Sklaverei, bis zu den in der letzten Zeit auch in die geographisch entferntesten Gebiete übertragenen Formen des mittelalterlichen Feudalismus und der Leibeigenschaft geht.

In der gegenwärtigen Epoche der höchsten Entwicklung der kapitalistischen Völker,

in der Epoche des Imperialismus,

hat dieses barbarische, grausame System seine höchste Vollkommenheit erreicht. Die Überschüsse der kapitalistischen Akkumulation in der neuen Gestalt des Finanzkapitalismus verlangen kategorisch die endgültige Unterjochung der gesamten bisher noch nicht-kapitalistischen Welt. Das Ende des XIX. und der Anfang des XX. Jahrhunderts brachten die endgültige Aufteilung der Welt zwischen einer kleinen Gruppe der imperialistischen Großmächte mit sich. Eine Anzahl Großmächte und in ihnen ein Häuflein von Menschen, die sich auf die Kraft des akkumulierten Kapitals und auf die Macht der modernsten und vervollkommnetsten Mordwerkzeuge stützen, begannen die Welt zu beherrschen. Die Unterjochung und Versklavung des einen Volkes führte zur Unterjochung und Versklavung der anderen. Der Kampf der imperialistischen Mächtegruppen um die letzten noch nicht endgültig aufgeteilten Gebiete, um die Neuverteilung der Welt hat schließlich zur größten Katastrophe und zum größten Verbrechen in der Geschichte der Menschheit, zum Weltkriege geführt.

Aber diese ungeheure Katastrophe, die drei Erdteile mit Blut tränkte, hat jenes ungeheuerliche System, dessen Frucht sie selbst gewesen ist, nicht beseitigt. Die imperialistischen Mächte haben sich noch krampfhafter an die Beute geklammert, die ihnen aus den Händen zu entschlüpfen drohte,

und die sie so teuer erkauft haben. Die Ermordung von Millionen Menschen, darunter von hunderttausenden Kolonialsklaven aus Indien und aus den französischen afrikanischen Kolonien, die auf allen Schlachtfeldern für die Interessen der Sklavenhalter gefallen sind, hat nicht einmal zur Verringerung der Zahl jener Mächte geführt, die auf eine Kolonialbeute Anspruch erheben. Das faschistische Italien beeilte sich, die Stelle Deutschlands einzunehmen und fordert immer lauter und zäher einen weiteren Anteil an Kolonialgebieten; und sogar in Deutschland selbst streben die privilegierten Klassen, die ihre ökonomische und politische Macht wiederhergestellt und den bitteren Beigeschmack der Fremdherrschaft bereits vergessen haben, danach, auch für sich selbst das Recht zur Unterdrückung anderer Völker zu erwerben. Das ist die schonungslose Logik jenes Systems, unter dem die Menschheit schmachtet. Weniger als je kann das gegenwärtige Wirtschaftssystem, das durch den Krieg die europäischen Volksmassen erschöpft hat, ohne koloniale Überprofite, ohne jede Unterjochung ganzer Völker und ganzer Kontinente bestehen und sich entwickeln. Je weniger der alte Kapitalismus imstande ist, den Wohlstand der europäischen Volksmassen, vor allem der proletarischen Massen, zu sichern, umsomehr ist er genötigt, auf fremden Kontinenten nach einem durch Gewalt beherrschten Absatzmarkt für seine Waren und sein Kapital zu suchen. Die durch den Krieg außerordentlich beschleunigte monopolistische Entwicklung des Kapitalismus verwandelte die kleine Oberschicht der privilegierten Klassen eine Anzahl Großmächte — vor allem der anglo-sächsischen Mächte — in Beherrscher und Despoten der ganzen Welt.

Der Weltkrieg und seine Folgen zeigten jedoch klar, daß der fremde imperialistische, koloniale Kapitalismus, wie auch der Kapitalismus in seiner Gesamtheit,

sein eigener Totengräber

ist. Die Explosion des Weltkrieges machte nicht nur die unerhörten innerlichen Widersprüche offenbar, die die kapitalistische Menschheit zerreißen, sondern es mußten auch Millionen von Menschen zugrunde gehen bei dem Versuche, diese Widersprüche auszugleichen und zu glätten. Nicht nur das hat der Weltkrieg enthüllt. Im schonungslosen Kampfe gegeneinander waren die imperialistischen Mächte selbst gezwungen, an die Gefühle des nationalen Selbstbewußtseins der unterdrückten Völker zu appellieren; sie selbst waren gezwungen, die Losung der Selbstbestimmung der Völker herauszugeben. Die unterdrückten, versklavten Völker haben die Imperialisten sozusagen beim Wort genommen. Die verspäteten und trügerischen Zugeständnisse, die gefolgt waren von Rückfällen in noch grausamere Unterdrückung, all die Methoden des grausamen und systematischen Nachkriegsimperialismus haben die durch den Krieg und durch die ganze wirtschaftliche Entwicklung aufgerüttelten Volksmassen noch mehr in Unruhe versetzt.

Eine mächtige Welle der nationalen Freiheitsbewegung flutete über unermeßliche Riesengebiete Asiens, Afrikas, Amerikas hinweg.

Das Banner des Aufstandes gegen Sklaverei und Unterjochung wurde sowohl in China wie auch in Indien, in Ägypten wie in Nordwest-Afrika, in Indonesien wie in Mexiko und auf den Philippinen erhoben. Der Haß gegen Sklaverei und Unterdrückung, die Sehnsucht nach einem besseren, freieren und kulturellen Leben erwachte in allen Winkeln der ausgebeuteten Welt.

Nach dem Weltkriege erhielt diese nationale Freiheits-Weltbewegung einen

mächtigen Anstoß durch die russische Revolution,

die die nicht auf Ausbeutung beruhende Macht des Proletariats und der Bauernschaft errichtete und zur Umwandlung des alten, räuberischen, russischen Imperiums, das Hunderte von Völkern unterdrückt hatte, in eine freie Föderation der gleichberechtigten Völkerschaften führte. Das größte Unterdrückungsgebäude der Welt ist unwiderruflich zusammengestürzt. Das welthistorische Beispiel des auf den Trümmern dieses Unterdrückungsgebäudes aufgebauten Staates der Arbeit, der sich auf das freie Bündnis der Völker und Stämme stützt, beleuchtet wie eine Fackel den Weg des Freiheitskampfes der unterdrückten und versklavten Völker.

Diesen mächtigen Willen zur Freiheit und Unabhängigkeit kann niemand mehr ersticken. Nur Dummköpfe, jämmerliche Philister und Routiniers können glauben, daß die heutige Zivilisation und die ganze Zukunft der Welt auf Europa und auf die Vereinigten Staaten Amerikas beschränkt bleiben. Die nationale Freiheitsbewegung der asiatischen, afrikanischen und amerikanischen Völker ist ihrem Umfange nach eine Welterscheinung. Und nur sie wird — organisch verbunden und verwachsen mit dem Freiheitskampf des Proletariats der alten kapitalistischen Gesellschaft — unseren Planeten in eine ganze zivilisierte Welt verwandeln, nur sie wird durch die Befreiung der Welt ein neues Kapitel der Weltgeschichte eröffnen,

die zum erstenmal wirklich Weltgeschichte, die Geschichte der Menschheit der ganzen Welt sein wird.

Schon die chinesische Revolution allein, die Freiheitsbewegung von 400 Millionen unterdrückten Menschen, ist eine weltgeschichtliche Tatsache, die viele der „großen“ aufregenden Tatsachen der europäischen Geschichte gänzlich in den Schatten stellt. Und der nationale Freiheitskampf der Völker Indiens, das auch einen ganzen Kontinent darstellt, hat gleichfalls die Bedeutung einer welthistorischen Tatsache. Mögen die Beherrscher der alten kleinen Teil-Welt auf ihre veralteten, der heutigen Zeit nicht mehr entsprechenden Illusionen verzichten, die heute einen jämmerlichen und lächerlichen Eindruck machen müssen.

Die ganze Welt ist in Bewegung

und der kleinste Impuls in irgendeinem ihrer Teile findet mächtigen Widerhall auf unermeßlichem Gebiete. Das Beispiel des winzigen Nicaragua zeigt, daß ein dauerhafter Widerstand selbst gegen den mächtigsten imperialistischen Riesen möglich ist dank der Resonanz, die dieser Widerstand bei einer ganzen Reihe von stärkeren Völkern, die aber gleichfalls mit Besorgnis ihre Unabhängigkeit verteidigen müssen, erweckt.

Ohne erbitterten Widerstand werden jedoch die imperialistischen Unterdrücker ihre Beute nicht freigeben. Die junge türkische Republik mußte alle ihre Kräfte in einem neuen Kriege anspannen, sie mußte ihre Hauptstadt in das Innere des Landes verlegen, um ihre Unabhängigkeit vor räuberischen Attentaten zu beschützen. Schon nach dem Weltkriege haben wir neue Kolonialkriege in Marokko und Syrien erlebt. Unter dem Drucke der nationalen Bewegung sah sich Großbritannien endlich gezwungen, auf dem Papier eine Art von Unabhängigkeit und Selbständigkeit in Ägypten anzuerkennen, es fährt aber mit Hilfe der in diesem Lande zurückgelassenen militärischen Kräfte fort, die ägyptische Demokratie in der gröbsten Form zu vergewaltigen, und klammert sich um so fester an Sudan, das die blutigen Heldentaten von Lord Kitchener noch nicht vergessen hat. Um ihre Macht zu behaupten, zugleich im Namen des sogenannten „Prestige" — einen der heuchlerischsten, niederträchtigsten und schamlosesten imperialistischen Begriffe —, sind die heutigen Eroberer, die sich so sehr ihrer Kultur und ihres Christentums rühmen, nach wie vor zu den unmenschlichsten Grausamkeiten, zu den barbarischsten Racheakten fähig. Wer kann die letzte grausame Abrechnung der holländischen Plantagenbesitzerregierung mit den Aufständigen von Niederländisch-Indien, wo bis heute noch Zwangsarbeit und Leibeigenschaft bestehen, vergessen? Wer kann die bestialische Kanonensalve aus einer Entfernung von sechs Metern auf unbewaffnete Chinesen in Wan-Hsien vergessen, von deren Blut der Yangtsekiang rot gefärbt wurde? Wer erinnert sich nicht an den triumphierenden Ton der Schilderung der führenden Presseorgane der „hochkultivierten" englischen Nation über dieses unerhörte Gemetzel? Wer hat in Indien vergessen, mit welcher Bestialität auf eine unbewaffnete Menge geschossen wurde, auf einem Platze von Amritsar, dessen Ausgänge abgeschlossen waren; wer hat es vergessen, daß der General O'Dyer von den Anhängern solcher bestialischen Handlungen eine Ehrenwaffe erhielt?!

Die Notwendigkeit, die zerstörten Grundlagen des Wirtschaftslebens wiederherzustellen, die Angst vor der Revolution und die noch nicht überwundene Erschöpfung durch den Weltkrieg zwingen vorläufig die imperialistischen Mächte, den Frieden in ihren gegenseitigen Beziehungen irgendwie aufrechtzuerhalten. Deshalb ist der „Pazifismus" das Lieblingswort der gleichen

europäischen und amerikanischen Diplomatie geworden, die den größten Krieg in der Geschichte der Menschheit vorbereitet hat. Der „Pazifismus“ ist jedoch keine Exportware, er dient sozusagen nur für den inneren Gebrauch der imperialistischen Mächte, er ist unanwendbar auf jene Länder, die der Imperialismus als seine Kolonien oder Halbkolonialländer betrachtet. Hier herrscht im Gegenteil die unverhüllte und zügellose Gewalt der gepanzerten Faust, hier kann sich die europäisch-amerikanische Soldateska austoben und für neue große Schlachten stählen.

Der europäisch-amerikanische offizielle Pseudo-„Pazifismus“ ist der Ausdruck auch jener Tatsachen (außer den bereits erwähnten), daß der Weltantagonismus, der die imperialistischen Mächte voneinander trennt, den Hauptschauplatz des Weltkrieges von Westen nach dem Osten, nach dem Stillen Ozean verschoben hat. Hier an den Küsten des Großen Ozeans liegen die wichtigsten und wertvollsten Objekte der imperialistischen Bestrebungen. Und die auf beiden Seiten des Ozeans vor sich gehenden Kämpfe, unter Beteiligung der bewaffneten Kräfte der imperialistischen Mächte und ihrer Gehilfen, sind nur vorbereitende Vorpostengefechte des kommenden großen Zusammenstoßes, der die Menschheit mit neuen, unermeßlichen Leiden bedroht.

Die britische Diplomatie ist unaufhörlich, unermüdlich und hartnäckig bemüht, die anderen imperialistischen Mächte in den bewaffneten Konflikt mit China hineinzuziehen.

Nach dem römischen Besuch des schlimmsten Abenteurers unserer Zeit, des „Helden von Gallipoli“, Churchill, bei dem anderen zügellosen Abenteurer, Mussolini, beeilt sich das faschistische Italien mit seinen nur ganz geringen Interessen in China zur Hebung seines „Prestiges“ und um Geschenke in irgendeinem anderen Weltteil zu bekommen, England seine Kondottieridienste anzubieten und Panzerkreuzer nach den chinesischen Gewässern zu entsenden.

England selbst befindet sich faktisch bereits in offenem Kriegszustand mit den Kräften der nationalen Freiheitsbewegung Chinas,

die durch die Kantoner Regierung und durch die Kuomingtang vertreten sind. Nur die Erfolge der Waffen der Südchinesischen Armeen, nur die Angst vor einer vollständigen Niederlage sowie der Mißerfolg der ersten Versuche, eine bewaffnete Koalition gegen das revolutionäre China zu schaffen, haben die Londoner Regierung zu Verhandlungen mit der Kanton-Regierung bewogen. Gleichzeitig mit diesen Verhandlungen werden jedoch die schlimmsten Feinde der chinesischen Freiheit (vom Schlage des ganz verkommenen Abenteurers Tschang Tso Lin, eines einfachen Räubers und po-

litischen Parvenüs, der sich in einen militärischen Satrapen verwandelt hat) unterstützt, und man führt eine wüste Kampagne gegen den einzigen aufrichtigen Freund des jungen China, die Sowjetunion. Vor allen Dingen aber werden diese Verhandlungen von der Entsendung von — nach östlichem Maßstabe gemessen — sehr großen Streitkräften nach Schanghai begleitet, dem sich die siegreichen Armeen nähern.

Die ganze Arbeiterklasse Englands protestiert bereits wuchtig gegen die neue Kriegsgefahr.

Dem nationalen Freiheitskampf des größten asiatischen Volkes droht die Gefahr der Erwürgung. Und es droht auch die Gefahr eines neuen Kreuzzuges der Sowjetunion. So groß ist in den Augen der imperialistischen Welt die Schuld der moralischen Solidarität mit der Freiheitsbewegung eines asiatischen Volkes.

Gleichzeitig sichert sich an der anderen Küste des Ozeans der nordamerikanische Imperialismus durch unverhüllte Gewalt die Herrschaft über alle möglichen Wasserwege, die eine einheitliche Aktion seiner Seestreitkräfte ermöglichen. Er bedroht die Unabhängigkeit Mexikos, wo endlich die demokratischen Kräfte der Gesellschaft sich den Weg zur Macht gebahnt haben und zum erstenmal bestrebt sind, die nationale Souveränität des Landes gegen die schamlosen Ansprüche des ausländischen, vor allem des nordamerikanischen monopolisierten Kapitals zu sichern. Nur der Protest der demokratischen Kreise in den Vereinigten Staaten, nur die wachsende Empörung der lateinamerikanischen Länder, denen das nordamerikanische Kapital sein Joch aufzwingen will, und vor allem die feste Haltung der mexikanischen Regierung selbst, zwangen Kellogg und Coolidge zum vorläufigen Rückzug. Es wäre aber lächerlich, die Kriegsgefahr nicht zu sehen, die auch hier unmittelbar in der Luft liegt. Die imperialistischen Mächte kaufen und verkaufen ganze Völker wie Vieh.

Stets und überall sehen wir das gleiche Bild: Einerseits Hunderte von Millionen Menschen, die nach Unabhängigkeit und Freiheit streben, andererseits eine kleine aber machtvolle Zahl von Ausbeutern, die bestrebt sind, ihre Extraprofite durch die parasitären Formen des privilegierten Handels. durch die Ausfuhr der Kapitalüberschüsse und durch die monopolistische Kontrolle der wichtigsten Rohmaterialsorten: Baumwolle, Kupfer, Eisen usw. zu sichern.

Die Kriegshandlungen hörten in Europa auf. Bevor der Krieg auf den blutgetränkten Ebenen Europas von neuem ausbricht oder auf die Küsten des Stillen Ozeans übergeht, wo allmählich ein großer Zusammenstoß heranreift, wird er in dieser oder jener Form in Asien, in Afrika, in Mittelamerika fortgesetzt. Kein pazifistisches Geschrei ist imstande, die grausame und

schändliche Tatsache zu vertuschen, daß die Welt nicht aus dem Kriegszustand herauskommt, und daß die Unterjochung und die Ausbeutung der kolonialen und halbkolonialen Völker die unversiegbare Quelle der Kriege bleibt.

Unter diesen Verhältnissen haben die auf dem internationalen Kongreß gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung im Februar 1927 versammelten 180 Delegierten beschlossen, die Liga zum Kampf gegen den Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit zu gründen. Wir teilen allen unterdrückten Völkern und allen unterdrückten Klassen der herrschenden Völker die Gründung der Liga mit.

Wir fordern jeden auf, der nicht an der Unterdrückung anderer interssiert ist, der nicht aus den Früchten dieser Unterdrückung lebt, der die moderne Sklaverei und Leibeigenschaft haßt und sich nach der eigenen Freiheit und nach der Freiheit seiner Mitmenschen sehnt, sich uns anzuschließen und uns zu unterstützen. Die unterdrückten und versklavten Völker rechnen in erster Linie auf die Unterstützung der fortgeschrittenen Arbeiterklasse aller Länder, da, wie auch das Proletariat, auch sie nichts außer ihren Ketten zu verlieren haben. Aber auch die breitesten Bauernmassen und die Massen des Mittelstandes und der Intellektuellen sind nur das Opfer der Unterdrückung anderer Völker, die ihnen bestenfalls nur klägliche Brosamen bringt, dafür aber ihnen die immer wachsende Last des Militarismus, alle Qualen eines Gewaltsystems und die entsetzlichen Leiden eines Krieges aufbürdet.

Die Befreiung der Unterdrückten, der Vasallen oder gewaltsam unterjochten Kolonialvölker wird die Errungenschaften und Möglichkeiten der materiellen und geistigen Kultur der Menschheit nicht verringern, sondern in noch nicht dagewesenem Umfange vermehren. Und in diesem Sinne können die unterdrückten und versklavten Völker, die ähnlich dem Proletariat die überwiegende Mehrheit der Menschheit darstellen, die ganze Welt, die Welt der Zukunft erobern.

Unterdrückte Völker und unterdrückte Klassen vereinigt Euch!

Im Namen des Brüsseler Kongresses gegen Imperialismus, koloniale Herrschaft und für nationale Unabhängigkeit

Ehrenpräsidium:

Henri Barbusse, Frankreich
Professor Albert Einstein, Deutschland
Frau Sun Yat Sen, China
General Lu Chung Lin, China.



Der vom Kongreß gewählte Generalrat



Exekutive:

George Lansbury M. P., Vorsitzender
Edo Fimmen, 2. Vorsitzender.

E. K.-Mitglieder:

Jawahar Lal Nehru (Allindischer Nationalkongreß)
Liau Hansin (Zentralexekutive der Kuomingtang)
Lamine Senghore (Komitee zur Verteidigung der Negerrasse)
Dr. Marteaux, Mitglied der belgischen Kammer
Willi Münzenberg, Mitglied des deutschen Reichstags
Manuel Ugarte (Südamerika)
Mohamed Hatta (Vereinigung der Nationalparteien Indonesiens).

E. K.-Ersatz-Mitglieder:

L. Gibarti, Deutschland
R. Baldwin, U. S. A.
R. Bridgeman, England.

Mitglieder des Generalrates:

Chen Kuen, Zentralrat der Allchinesischen Gewerkschaften
Professor Koumenyü, Nationaluniversität Canton, China
S. Katayama, Japan
J. Martinez, Gewerkschaftskartell Tampico, Mexiko
Julio A. Mella, Bauernverband, Mexiko
José Vasconcelos, Nationalpartei, Porto Rico
A. Alminiana, Verband für die Unabhängigkeit der Philippinen
Mohamed Hafiz Ramadan Bey, Vorsitzender der Nationalpartei, Ägypten
Hadj-Ahmed Messali, Nordafrikanischer Stern, Nord-Afrika
Daniel Colraine, Südafrikanischer Gewerkschaftskongreß, Südafrikanische Union
A. Semaoen, Indonesien
Kin Fa Lin, Korea
Ahmed Assadoff, Revolutionäre Republikanische Partei, Persien
Manuel Gomez, Anti-imperialistische Liga, U. S. A.
Fenner Brockway, Generalsekretär der Unabhängigen Arbeiterpartei, England
S. O. Davies, Britischer Bergarbeiterverband, England
Harry Pollitt, Britische Minderheitsbewegung, England
S. Saklatvala, M. P., England
Henriette Roland-Holst, Schriftstellerin, Holland
Georges Gérard, Sekretär der Liga gegen koloniale Unterdrückung, Belgien

P. S. Spaak, Redakteur, Belgien
Charles Plisnier, Belgien
Victorio Verri, Journalist, Italien
Guido Miglioli, Italien
Mme. Duchêne, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Frankreich
Albert Fournier, Mitglied der Kammer, Frankreich
Léon Vernochet, Internationaler Verband der Bildungsarbeiter, Frankreich
Professor Theodor Lessing, Deutschland
Professor Alfons Goldschmidt, Deutschland
Georg Ledebour, Vorsitzender des Sozialistischen Bundes, Deutschland
Frau Dr. Helene Stöcker, Deutsches Friedenskartell, Deutschland
Professor Nejedli, Tschechoslowakei.

Die Delegierten am Kongreß:

China:

Hsiung Kwang Suen, Kuomingtang-Regierung — Henri Tchai, Handelskammer Kanton — General Schao Li Tse, Revolutionäre Armee — Chao Ting Chi, Sun-Yat-Sen-Vereinigung Amerika — Siao Tchen Hoin, Chinesischer Arbeiterverband, Frankreich — Han Tianso Kie, Li Sun Ching, Kuomingtang Holland — Tsan Wei Ming, Kuomingtang Billancourt — Ou Pao Y, Chinesische Studentenvereinigung Charleroi — Li Koue Tsai, Maschinenarbeitergewerkschaft Kanton und Gewerkschaftskartell Kanton — Koyang Tong, Hauptverband chinesischer Studenten, Deutschland — Li Ping Hen, Paris — Tang King Pei, Kuomingtang England — Y. S. Hsieh, Wang Chou, Kuomingtang Zentraleuropa — Li Wen Pey, Verteidigungskomitee der Rechte der chinesischen Rasse — Fan Toen Yuen, Büro zur Bekämpfung der ungleichen Verträge, Belgien — Wang Kie Kiang, Hauptverband chinesischer Studenten — Wan Kie Tcheou, Kuomingtang-Partei — Koe, Kuomingtang Belgien.

Indien:

V. Chattopadhyaya, Verband indischer Journalisten — Prof. M. Barakatulla, Indische Freiheitspartei Amerika — J. S. Naidu, Verband der Inder in Zentraleuropa — Bakar Ali Mirza, Indische Vereinigung Oxford — Sinha, Indisches Informationsbüro der I. L. P., London — A. C. N. Nambiar, Verband indischer Journalisten.

Amerika:

Manuel Gomez, Anti-imperialistische Liga — Richard Moore, Bund der Negerarbeiter Amerikas und Vereinigung für den Fortschritt der Neger — Martins, Patriotische Liga Haiti — Angel Sotomayor, Arbeiterverband Cuba

— G. M. Morales, Kolumbien — E. Rabines, Argentinien — Victoria Codovilla, Argentinien — Carlos Quijano, Venezuela — Haya Della Torre, Panama und Peru.

Afrika:

Hadjali, Nordafrikanischer Stern — Chadli Ben Mustapha, Tunis — A. H. Mattar, Rif — I. A. La Guma, Südafrika — Gumede, National-Kongreß, Südafrika — Ibrahim Yousseff, Ägypten.

Franz. Antillen:

Danaë Narcisse, Verteidigungskomitee der Neger — Elie Bloncourt, Max Bloncourt, Camille Saint Jacques, Interkoloniale Vereinigung.

Indochina:

Tran van Chi, Vereinigung der Indochinesen — Hoang von Giu, Annamitische Partei für die Unabhängigkeit — Van Luc, Duong van Giao, Dinh van Cac, Konstitutionelle Partei — Bui Cong Truong, Jung-Annamitische Partei.

Syrien:

Haidar Mardam Bey, Syro-palästinensisches Komitee, Mazhar Bey el Bakri, Hauptquartier der syrischen Aufständischen.

Palästina:

I. Itzchaki, Jüdische Arbeiterpartei (Poale-Zion)

Persien:

Mortesa Alavi, Republikanisch-revolutionäre Partei.

Korea:

Yiking Li, Verein koreanischer Studenten — Whang Wovil, Verband der Schriftsteller und Journalisten Koreas — Kolu Li.

Indonesien:

Abdul Manaf, Indonesische Freiheitspartei — Nazir Pamontziak, Indonesische Freiheitspartei — Gatot, Indonesische Freiheitspartei — Achmed Subardja, Indonesische Freiheitspartei

England:

John Beckett, M. P. — Herbert W. Jones, Quäker — Ellen Wilkinson, M. P. — Helen Crawfurd — Arthur MacManus — R. W. Postgate, Plebs League — George Stokes, Londoner Gewerkschaftsrat — James Crossley — William

Rust — William Brown, Sekretär der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.

Frankreich:

A. Herclet, C. G. T. U. — Deloyer — Vernochet; Kyriako, Internationale der Bildungsarbeiter — Ventadour, Sekretär der Liga gegen koloniale Unterdrückung — Dutilleul — Levassort — C. Drevet, „Stimme der Frau" — Semard.

Belgien:

Lejour, Unabhängige Vereinigung der sozialistischen Studenten — Liebaers und A. Geerts, Bekleidungsarbeiterverband — Gouin Victor, Arbeiter-Ido-Bund — Verspleht, Collot und Jolser, Sozialistische Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer — A. De Bevere, Internationale der Kriegsdienstgegner — Frau Marceline Hecquet, Internationale für Völkerversöhnung — Pasteel — Mackeuse, Mitglied des P. O. B. — van Overstraaten — Driessehaert.

Deutschland:

Otto Lehmann-Rußbüldt, Deutsche Liga für Menschenrechte — Johann Resch, Liga gegen koloniale Unterdrückung, Köln — Dr. Meyer, Sozialistischer Schülerbund — Erich Schirmer, Verband der Bankangestellten, Breslau — Georg Stolt, Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten — Walter Stöcker — Armin T. Wegner, Bund der Kriegsdienstgegner — Otto Bachmann; Georg Düninghaus; Lucy Peters, Liga gegen koloniale Unterdrückung — Pfarrer Fritze, Bund religiöser Sozialisten — Magda Hoppstock-Huth, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit — Arthur Holitscher — Fritz Bach — Ernst Toller — Alfons Paquet — Karl August Wittfogel — Fritz Heckert, M. d. R. — Fritz Schönherr — Putz, M. d. R. — Koenen, M. d. R. — Dr. Kurt Hiller.

Holland:

J. W. Kruyt — S. J. Rutgers — H. van Walree — Albert de Jong, Antimilitaristisches Büro — Müller-Lehning — Wijnkoop — Schermerharn — Struyk — Koch — Lackerfeld.

Italien: Martini.

Schweiz: Dr. Tobler — Willi Trostel.

Tschechoslowakei: Beran.

Österreich: Dr. Leopold Katz — Frau Dr. Raissa Adler.

Brüssel, den 14. Februar 1927.

B.
Nicht zur Abstimmung gelangte Resolutionen.

Folgende Resolutionen wurden dem Generalrat zur Beschlußfassung überwiesen; kamen jedoch Zeitmangels wegen nicht zur Abstimmung.

Zu Kapitel II (China).

Resolution des All-Chinesischen Gewerkschaftsbundes.

(Telegraphisch eingegangen).

Im Namen des All-Chinesischen Gewerkschaftsbundes unterbreite ich dem Kongreß folgende *Resolution:*

Der Kongreß gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung beschließt:

1. Die Aufhebung der ungleichen Verträge zu fordern.
2. Die sofortige Zurückziehung der fremden Armeen und Kriegsschiffe vom chinesischen Territorium und aus den chinesischen Gewässern zu verlangen.
3. Für die bedingungslose Zurückgabe der fremden Konzessionen an das chinesische Volk einzustehen.
4. An das Weltproletariat zu appellieren, das chinesische Volk auf jede Weise im gegenwärtigen schweren Kampfe für eine bessere Lebenshaltung der intensiv ausgebeuteten chinesischen Werktätigen zu unterstützen.

Auf zum Kampf für die Befreiung der unterdrückten Völker vom Imperialismus!

Sou Cheng King
Vorsitzender, All-Chinesischer Gewerkschaftsbund.

Zu Kapitel III (Indien, Persien).

Resolution über Indien.

Vorgeschlagen von dem Zentralen Gewerkschaftskartell von Bombay.

Im Namen des Gewerkschaftskartells von Bombay unterbreiten wir dem Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus folgende Resolution über das indische Problem:

1. Die Arbeiterschaft von Bombay, organisiert im Zentralen Gewerkschaftskartell zu Bombay, übermittelt ihre herzlichen Glückwünsche der „Liga der unterdrückten Völker" für die Einberufung dieses Kongresses, der die Behandlung wichtiger Probleme im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen und politischen Folgeerscheinungen des Imperialismus zur Aufgabe hat;
2. In Anbetracht, daß die Neuschaffung einer Gesellschaft in Übereinstimmung mit dem sozialistischen Ideal die alleinige Erlösung der Menschheit von ihrem gegenwärtigen Elend bildet, beschließt dieser Kongreß, jedes Jahr eine Delegation europäischer Sozialisten nach Indien zu entsenden, um die Lehren des Sozialismus dort zu verbreiten, bis eine starke sozialistische Arbeiterpartei in Indien gebildet ist;
3. In Anbetracht, daß die gegenwärtige Verfassung Indiens die Stimme der Masse unterdrückt und ihre Wünsche in der Verwaltung Indiens nicht berücksichtigt, fordert der Kongreß die britische Arbeiterpartei auf, das britische Parlament zu einer zweckentsprechenden Änderung der konstitutionellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu bewegen und dabei den indischen Massen die volle und restlose Bestimmung über ihr Schicksal zu sichern.

Resolution über Persien.

Eingereicht durch die Revolutionäre Republikanische Partei Persiens.

Die persische Delegation beantragt folgende vier Punkte über die wichtigsten Fragen des persischen Volkes annehmen zu wollen:

1. Das persische Volk verlangt die Annullierung der ungleichen Verträge und der Konsulargerichtsbarkeit, die durch die imperialistischen Länder mit Gewalt dem persischen Volke aufgezwungen wurden;
2. Annullierung aller Konzessionen, die durch zwei Jahrhunderte englischer Herrschaft dem persischen Volk auferlegt wurden, und die das persische Volk an den Rand des Abgrundes brachten;
3. Riza Khan kommt mehr und mehr unter englischen Einfluß; nur durch die aufmerksame Kontrolle der großen Massen kann die Auslieferung Persiens an den englischen Imperialismus verhindert werden.

Es lebe der Befreiungskampf der unterdrückten Völker!
Es lebe die Einheitsfront des Proletariats und der unterdrückten Rassen!
Es lebe der Kongreß der Unterdrückten!

Für die Revolutionäre Republikanische Partei Persiens:
Ahmed Assadoff; Alavi Martesa.

Zu Kapitel IV (Nordamerikanischer Imperialismus).

Resolution.

Dem Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und gegen den Imperialismus von Roger N. Baldwin, Sekretär „American Civil Liberties Union" New York City, unterbreitet.

Die Vereinigten Staaten besitzen sechs Inselkolonien, deren Gesamtbevölkerung sich auf 15 Millionen Malaien und Neger beläuft, und die sich im Pazifischen Ozean und den westindischen Gewässern befinden: Hawaii, Samoa, die Philippinen und Guam im Pazifischen Ozean; Porto Rico und die Virginischen Inseln in der Westindischen Inselgruppe. Drei dieser Inselgruppen wurden im spanischen Kriege erobert: die Philippinen mit einer Bevölkerung von 12 Millionen, Porto Rico mit einer Bevölkerung von 1,5 Millionen und Guam, ein Flottenstützpunkt im Pazifischen Ozean, mit 13000 Eingeborenen. Durch ein Vorgehen, das man „schonungsvoll" als „Besetzung" bezeichnet, wurden Hawaii und Samoa besetzt, nachdem die Geschäftsleute den Weg gebahnt hatten. Die Virginischen Inseln, die einen guten Hafen auf dem Wege zum Panama-Kanal bieten, sind im Jahre 1917 von Dänemark gekauft worden.

Vier dieser sechs Kolonien befinden sich nicht unter militärischer oder Marine-Kontrolle, sondern sind mit Formen einer gewissen Autonomie in der Lokalverwaltung ausgestaltet. Die anderen zwei, Hawaii und Porto Rico, haben Vertreter im Kongreß. Die Philippinen, denen die Unabhängigkeit schon seit langer Zeit versprochen wurde, sind in Washington durch einen Kommissar vertreten, der einen Sitz im Kongreß, jedoch kein Stimmrecht hat.

Die Bewegung, sich von der amerikanischen Kontrolle zu befreien, ist nur auf den Philippinen besonders stark. Eine schwache Unabhängigkeitsbewegung besteht in Porto Rico. Auf den Virginischen Inseln und Samoa will man jetzt das System der Marineverwaltung durch Zivilgouverneure, Autonomie und das amerikanische Staatsbürgerrecht ablösen. Das sind die Tatsachen.

Der Kongreß wird daher gebeten, zu beschließen:

1. daß der Kampf der Philippinen für ihre nationale Unabhängigkeit ungestört geführt werden kann und ihm jede mögliche Unterstützung in der ganzen Welt gewährt werde;
2. die Virginischen Inseln und Samoa in ihren Bestrebungen nach Zivilverwaltung, Autonomie und amerikanischem Staatsbürgerrecht zu unterstützen;
3. allen Bewegungen der amerikanischen Kolonien für politische und wirtschaftliche Befreiung Beistand zu gewähren.

Zu Kapitel V (Ägypten, Arabische Länder).

Die ägyptische Delegation schlägt dem Brüsseler Kongreß folgende

Resolution über Ägypten

vor.

Der Kongreß beschließt

1. Für die vollständige Unabhängigkeit Ägyptens einzutreten;

2. Die sofortige Evakuierung des ägyptischen Gebietes von den britischen Land- und Marinestreitkräften zu fordern;

3. Die Stellung des Suezkanals unter ägyptische Verwaltung anzustreben.

Resolution über Palästina.

Delegation der Arbeiterpartei Palästinas.

(Poale-Zion.)

Betrachten wir die politische Situation in Palästina wie in der Mehrzahl der Kolonialländer, so zielt die imperialistische Politik darauf ab, sich ökonomische Vorteile durch Aneignung materieller Güter (Rohstoffe, Absatzmarkt usw.) zu sichern. In Palästina sind es Vorzüge militärpolitischer und strategischer Art, welche die wirtschaftliche Ausbeutungspolitik des englischen Imperialismus bestimmen. Diese Eigentümlichkeit tritt in dieser Zeit des großen Ringens der Kolonialvölker klar zutage. In diesen Tagen, da die chinesische Armee von Kanton siegreich vordringt, da in Indien der Aufruhr der unterdrückten Arbeitermassen grollt, da in Ägypten der Freiheitskampf neue Kräfte sammelt, gewinnt Palästina eine große Bedeutung. Die Imperialisten versuchen, es zu ihrer militärischen und strategischen Basis zu machen. Wie die französischen Imperialisten in Syrien, der italienische Faschismus auf der Insel Rhodos, wollen die englischen Imperialisten Palästina in ein Waffenarsenal wandeln und eine strategische Straße daraus machen, die ihre Herrschaft über Indien und den Suezkanal sichert. Daher trägt die britische Verwaltungsordnung in Palästina den Charakter einer militärischen Okkupation. Die geringste Bewegung erscheint ihr verdächtig; sie will ein Land des Schweigens daraus machen. Daher müssen wir die Lage in Palästina im Lichte der internationalen Lage betrachten, die nationalen Bewegungen analysieren und die wahrhaft anti-imperialistischen Kräfte entfesseln.

Die nationalen Bewegungen in den Kolonien und der Imperialismus.

In unserer gegenwärtigen Epoche ist der ökonomische Fortschritt gehemmt, während die kapitalistische Wirtschaft in den Ländern der alten wie der neuen Welt aus den Fugen geht.

Dagegen vollzieht sich eine reißend schnelle kapitalistische Evolution in den Ländern, die Kolonien genannt werden. Diese Entwicklung vollzieht sich unter der politischen und militärischen Hegemonie kapitalistischer Länder. Diese wird dazu mißbraucht, die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonialländer zu fesseln, sich ihrer Konkurrenz zu entledigen und ihre Bodenschätze auszubeuten. Es erwächst daraus ein verzweifeltes Ringen unter den Kolonien, die darnach streben, ihre produktiven Kräfte zu entfalten und sich von der Bevormundung der Mutterländer zu befreien.

Die Entwicklung der produktiven Kräfte in den Kolonien verschärft die inneren Gegensätze der kapitalistischen und imperialistischen Welt, steigert die Bitterkeit des Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt und hindert so die herrschende imperialistische Bourgeoisie, die sozialen Konflikte im Innern ihrer Länder zu mildern.

Dieser ökonomische Fortschritt in den Kolonien wirkt mit an der Proletarisierung weiter Schichten der kolonialen Bevölkerung und treibt sie zum proletarischen Kampfe gegen den Imperialismus. Dadurch findet der Entscheidungskampf gegen den Imperialismus in der ganzen Welt neue Verstärkung.

In diesem Kampfe steht das Proletariat auf der Seite der Kolonialvölker, die um die Freiheit ihrer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung ringen.

Dieser Kampf, der Kampf um die nationale Freiheit, ist von ungeheurer Tragweite, aber nicht identisch mit dem proletarischen Entscheidungskampf gegen den Imperialismus.

Vom proletarischen Gesichtspunkt aus zielt dieser nationale Kampf allein daraufhin, günstigere Bedingungen für den Zusammenschluß und den Erfolg des Proletariats in seinem Entscheidungskampf gegen den Imperialismus zu schaffen. An diesem nationalen Kampfe nehmen die verschiedensten Klassen der Nation teil. Aber wie bei allen fortschrittlichen Freiheitsbewegungen unserer geschichtlichen Zeitwende wird die nationale Freiheitsbewegung die leitende Rolle spielen, die von differenzierten Klassen und einem modernen Proletariat getragen wird. Denn das Proletariat steht auch an der Spitze dieses nationalen Kampfes.

Indem es weite Bevölkerungsschichten in seinen Bannkreis zieht, säubert es die Bewegung von jeglichem reaktionären Element, verknüpft sie mit den vitalen Interessen der Massen und verhindert, daß die Bourgeoisie sich mit dem Imperialismus verbündet. Andererseits ist das Proletariat des Mutterlandes die einzige Macht, die mit dem Proletariat der Kolonien Fühlung nehmen und seinen Kampf erleichtern kann.

Diese Hilfestellung des Proletariats der Mutterländer bildet wiederum einen bedeutenden Faktor, der den Sieg entscheiden kann und muß.

Dort, wo der nationale Befreiungskampf — bei einer Nation mit differenzierten Klassen — nicht vom Proletariat angeführt wird, bleibt er in den meisten Fällen ein blindes Werkzeug in den Händen einer feudalen „nationalen" Aristokratie. Oft unterstützt er einen Imperialismus im Kampfe gegen einen anderen. Eine Bewegung von solchem Charakter wird die proletarischen Massen zurückstoßen; zuweilen aber macht sich selbst unter den aufrechten Elementen der nationalen Freiheitsbewegung eine Tendenz bemerkbar, in einem Imperialismus den Verbündeten gegen die Aristokratie und die reaktionären Elemente innerhalb des eigenen Volkes zu suchen. Wir müssen die Elemente solcher Richtung bekämpfen. Wir müssen jede Versöhnung mit dem Imperialismus bekämpfen und die arbeitenden Kräfte für diesen Kampf organisieren. Wir müssen in unserem Kampfe die schweren Fehler vermeiden, die auf den Mangel einer klaren Analyse der nationalen Bewegung zurückzuführen sind. Auch in den Kolonialländern existiert keine allgemeine und abstrakte Nationalbewegung. In Wirklichkeit bestehen nur konkrete Formen des Nationalgefühls verschiedener Klassen. Jede lebenswichtige Gesellschaftsklasse vertritt eine eigentümliche nationale Strömung, mit ihren besonderen Klassenzielen, Klassenforderungen und ihrer spezifischer Klassentaktik. Es besteht eine feudale Nationalbewegung, eine bürgerliche Nationalbewegung und eine proletarische Nationalbewegung. Auf die proletarische Nationalbewegung aber müssen wir unsern Kampf gegen den Imperialismus stützen. Die Ziele der proletarischen Nationalbewegung sind: den Boden zu bereiten für die Herrschaft der arbeitenden Massen der Nation, für eine Republik der Arbeiter und Bauern. Daher muß der Kampf der proletarischen Nationalbewegungen in den Kolonialländern sich mit gleicher Kraft gegen die herrschende imperialistische Macht wie gegen die reaktionären Elemente innerhalb der eigenen Nation richten. Das Proletariat muß die politischen Forderungen mit den sozialen und wirtschaftlichen Forderungen verknüpfen, und danach streben, die produktiven Kräfte des Landes zu befreien, die Interessen der Arbeiterklasse zu sichern und die Kräfte der Bauern wie die der arbeitenden Massen unter der Fahne des Proletariats zu vereinen.

Die proletarische Nationalbewegung in Palästina und der Kampf gegen den Imperialismus.

Die Zuflußquelle des palästinischen Proletariats ist:

1. die Einwanderung jüdischer Arbeiter, die darnach streben, in diesem Lande ein territoriales Zentrum zu schaffen, und
2. die Proletarisierung der arbeitenden arabischen Massen.

Das jüdische Proletariat der ganzen Welt stößt in Palästina direkt mit dem kolonialen Imperialismus zusammen. Unter dem Zwange seiner sozialen Lage und getrieben von den Bedingungen seiner wirtschaftlichen Evolution zieht das jüdische Proletariat nach Palästina; aber das Land steht bereits unter der Herrschaft des englischen Imperialismus, der seine ökonomische Entwicklung hemmt, überall Schranken aufrichtet und dem politischen Fortschritt Hindernisse jeder Art in den Weg legt. Der Imperialismus protegiert die bürgerlichen und großkapitalistischen Elemente in der Ausbeutung des Proletariats und der arbeitenden Massen Palästinas. Dadurch werden das palästinische Proletariat, die arbeitenden arabischen und jüdischen Massen wie das jüdische Proletariat der ganzen Welt gezwungen, die Herrschaft des englischen Imperialismus in Palästina tatkräftig und entschlossen zu bekämpfen und die politische und ökonomische Unabhängigkeit für ihr Land zu fordern.

Je stärker sich das Land entwickelt, je wichtigere und fortschrittlichere Formen seine Wirtschaft annimmt, um so tiefer spitzt sich der Konflikt zwischen den Bedingungen seines Fortschrittes und der politischen Lage zu, und um so mehr verschärft sich der Kampf gegen den Imperialismus.

Auch der national-arabische Kongreß in Palästina schreibt die Unabhängigkeit Palästinas auf seine Fahnen. Aber es ist zu betonen, daß diese Organisation den reaktionären Nationalismus, den Nationalismus des Großgrundbesitzes, vertritt. Diese Organisation kämpft gegen die Befreiung der arbeitenden Massen, gegen die ökonomische Entwicklung Palästinas, gegen die Arbeitereinwanderung, aber sie kämpft k a u m gegen den englischen Imperialismus. Das Ziel dieser Bewegung ist es, den Bestand der Feudalherrschaft zu sichern, die Verknechtung der städtischen Handwerker und der ländlichen Fellachen aufrechtzuerhalten und die Arbeiterklasse im ganzen Lande zu erdrücken. Die nationale proletarische Bewegung muß gegen diese feudale Bewegung kämpfen.

Die arabische Bourgeoisie, die präkapitalistischen Handel und Wucher treibt, ist durch ihre Interessen eng mit der feudalen Klasse (effendis) verbunden. Sie lebt vom Schweiße und von der Arbeit der Fellachen-Massen und vom Parasitentum der Großherren. Daher steht sie in dem nationalen und sozialen Kampfe auf seiten der Reaktion. Die industrielle und landwirtschaftliche Bourgeoisie ist erst während der letzten Jahre in Palästina emporgetaucht. Auch ein Teil der Großherren und Wucherer ist infolge der kapitalistischen Entwicklung in die Reihen der industriellen und Agrarbourgeoisie hineingezogen worden, aber ihre Zahl und ihre soziale Bedeutung sind im Vergleich zu der jüdischen Bourgeoisie geringfügig. Daher wird die Politik der industriellen Bourgeoisie in diesem Lande durch die Interessen der jüdischen Bourgeoisie diktiert. Da ihr Erfolg von dem wirtschaftlichen Gedeihen des Landes und von dem Zufluß von Kapitalien abhängt, so ist eine Bourgeoisie an der Autonomie und an der wirtschaftlichen Freiheit Palästinas interessiert.

In ihrer Furcht aber vor der Arbeiterklasse und den arbeitenden Massen vermeidet die Bourgeoisie den Entscheidungskampf und sucht sich mit der imperialistischen Regierung und mit der arabischen Herrenklasse in Einvernehmen zu setzen.

Die Arbeiterklasse wird in ihrem Kampfe gegen den Imperialismus die fortschrittlichen Tendenzen der jüdischen industriellen Bourgeoisie verwerten; sie schafft günstigere Bedingungen für den wirtschaftlichen Fortschritt des Landes, aber das Proletariat muß entschlossen alle Versuche der Bourgeoisie bekämpfen, Einfluß auf die breiten Schichten der Bevölkerung zu gewinnen, es muß den zweifelhaften Charakter der bürgerlichen Politik gegen den Imperialismus enthüllen, jedes Kompromiß mit der feudalen Reaktion brandmarken und die arbeitende Klasse im Entscheidungskampf gegen den Imperialismus auf seine Seite ziehen.

Das Kleinbürgertum Palästinas lebt noch unter den Verhältnissen einer natürlichen Ökonomie. Es ist stark rückständig und befindet sich in Abhängigkeit von den Effendis, den Scheiks, kurz der Adelsklasse. Aber der wirtschaftliche Fortschritt des Landes führt zu immer häufigeren Konflikten zwischen diesen beiden Klassen.

Die immer weiter um sich greifende kapitalistische Wirtschaft verstärkt den Druck, der auf den Bauernklassen lastet, in Gestalt von Steuererhöhung, Pachtverhältnissen usw. . . . Infolgedessen beginnt die Bauernklasse sich gegen die Ideologie der Standesherren aufzulehnen und sich davon frei zu machen, um ihre eigenen Interessen zu verteidigen.

Diese Verhältnisse der verschiedenen Klassen Palästinas schreiben uns deutlich vor, daß der Kampf gegen den Imperialismus in Palästina sich auf die proletarische Nationalbewegung

stützen muß. Das Ziel dieser Bewegung ist, die Tyrannei der imperialistischen Herrschaft und der feudalen Reaktion zu brechen, den Weg für den ökonomischen Fortschritt des Landes zu bahnen, die Kräfte der Arbeiterklasse zu stärken und die weiten Schichten der arbeitenden Masse unter ihren Einfluß zu bringen. Die nationale Bewegung des Proletariats ist allein imstande, den Entscheidungskampf um die Befreiung Palästinas auf der Grundlage der Vorherrschaft der Arbeiterklasse vorzubereiten.

Diese Bewegung muß überall und in gleicher Weise die imperialistische Regierung Englands bekämpfen wie die Feudalherrschaft der arabischen Grundherren, die danach streben, unter dem Beistand der reaktionären englischen Lords den Großgrundbesitz des Landes in ihre Hand zu bekommen.

Der Entscheidungskampf gegen den Imperialismus in Palästina hängt ab von dem Anwachsen der Arbeiterklasse, und dieses Wachstum hängt seinerseits von dem engen Zusammenschluß der arabischen und jüdischen Arbeitermassen und von der intensiven Einwanderung jüdischer Arbeitermassen ab.

Auf ihrem Wege zur entscheidenden Abrechnung mit dem Imperialismus muß die Arbeiterklasse in Palästina die Massen der Fellachen zur Tat und zum politischen Kampfe mit fortreißen.

In der Erwartung und Vorbereitung der Kräfte zu dem Entscheidungskampfe gegen den Imperialismus müssen wir im Augenblick für die folgenden unmittelbaren Forderungen kämpfen:

1. Kampf für die Agrarreform; Aufhebung aller feudalen Privilegien, Befreiung des Bauern von seinen Verpflichtungen gegenüber dem Grundherren, Aufhebung der Steuern, die besonders die Bauern erdrücken.

   Abtretung aller unbestellten Ländereien an die Bauernklasse, Nationalisierung des bestellbaren Bodens und seine Überweisung — mitsamt den Kronländern — an einen Bodenfonds, welcher der Arbeiter-Kolonisation zur Verfügung gestellt wird.
2. Kampf gegen Einwanderungs-Beschränkungen und energisches Eintreten für steigende Einwanderung von jüdischen Arbeitermassen in Palästina.
3. Kampf für eine Arbeiter-Schutz-Gesetzgebung, Einführung des Achtstundentages, Tariflohn in allen Privat- und Regierungsunternehmungen, Schutz der Kinder- und Frauenarbeit, Sozialversicherung gegen Unfall und Invalidität, Arbeitslosenversicherung usw.
4. Vollkommene Erweiterung der Gemeinde-Autonomie.

Zu Kapitel IX (Indo-China).

Resolution über Indo-China.

Vorgeschlagen von der Delegation Indochinas.

In Anbetracht, daß Indochina das Gebiet von Völkern ist, die im

1. Fürstentum Laos,
2. Königreich Cambodga,
3. Kaiserreich Annam (Tonkin, Annam, Cochinchina)

sich ihre eigene Konstitution geschaffen haben,

in Anbetracht, daß diese Völker ihre eigene Zivilisation besitzen und alle erforderlichen Bedingungen erfüllen, um ihr Leben als Volk zu führen,

in Anbetracht, daß der Imperialismus und der Kolonialismus nicht auf Rechte bestehen kann, die er in Wirklichkeit nicht hat, daß Frankreich sich in Indochina durch das „Recht" der Eroberung festgesetzt hat,

in Anbetracht, daß das französische Volk auf Grund seiner revolutionären Traditionen nicht die Vergewaltigung des geheiligten Selbstbestimmungsrechtes will,

beschließt der Internationale Kongreß gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung,

alle Mittel anzuwenden, um den Völkern Indochinas ihre Unabhängigkeit wiederzugeben.

Zu Kapitel X (Korea)

Resolution der koreanischen Delegation.

Durch einmütige Kundgebungen aller koreanischen nationalen Organisationen, durch blutige Aufstände, in denen zehntausende ihr Leben eingesetzt haben, hat Korea seinen Anspruch auf völlige Unabhängigkeit vor der ganzen Welt begründet.

Solange die japanische Regierung unsere Unabhängikeit nicht anerkennt, werden wir gezwungen sein, den Kampf gegen den japanischen Imperialismus bis aufs äußerste fortzusetzen. All unsere Kräfte und Mittel werden wir gebrauchen, um unser Volk von der japanischen Unterjochung zu befreien.

Im festen Glauben, daß unsere Konferenz lediglich auf der Basis der nationalen Freiheit und der sozialen Gleichheit fußt, fühlen wir uns berechtigt, von der Konferenz Anerkennung der folgenden Punkte zu verlangen:

1. Korea ist als ein von Japan unabhängiger Staat anzusehen.
2. die sämtlichen Sonderrechte, die sich die Japaner in Korea angeeignet haben, sind nichtig.

Zu Kapitel XIV.

Erklärung der I.A.K.

[Die I.A.K. (Antimilitaristische Kommission) setzt sich zusammen aus der Internationalen Arbeiter-Association (I.A.A.) und dem Internationalen Antimilitaristischem Bureau (I.A.M.B.).]

Die Internationale Antimilitaristische Kommission (I.A.K.) betrachtet die koloniale Unterdrückung als eine der schlimmsten Formen der imperialistischen Ausbeutung und erklärt sich vollkommen solidarisch mit dem Befreiungskampf der Kolonialvölker der ganzen Erde.

Die gewalttätige Unterdrückung der sich widersetzenden Kolonialvölker sowie die gegenseitige Mißgunst der Kolonialmächte bringt für die Arbeiterklasse eine permanente Gefahr neuer Weltkriege mit sich.

Diese koloniale Unterdrückung und die modernen Kriege des Imperialismus sind nur möglich durch die tatsächliche Solidarität der von demselben Imperialismus ausgebeuteten weißen Proletarier mit ihren Regierungen, insoweit sie sich dazu hergeben Dienst zu leisten als Matrose auf der Kriegsflotte, als Soldat im Heere, als Arbeiter in der Kriegsindustrie. Die I.A.K. ruft deshalb das weiße Proletariat auf, diese Solidarität mit der herrschenden Klasse zu brechen und den militaristischen Apparat des Staates zu vernichten durch persönliche und Massendienstverweigerung, durch sofortige und definitive Stillegung der Kriegsindustrie und durch die Verhinderung jeder Aktion und jeder Kriegsvorbereitung gegen die Kolonialvölker.

Es ist die gemeinschaftliche Aufgabe des weißen und farbigen Proletariats, diesen Kampf gegen den Imperialismus zur Weltrevolution zu wenden. Denn die wirkliche Befreiung der Völker erfordert nicht nur die nationale Unabhängigkeit, sondern vor allem die soziale Unabhängigkeit, die Aufhebung jeder Unterdrückung des arbeitenden Volkes.

Aus diesem Grunde sollen die sich befreienden Kolonialvölker verhindern, daß die koloniale Ausbeutung durch das „Mutterland" ersetzt wird durch die Ausbeutung eines Nationalstaates, und sollen sich davor in acht nehmen, daß die heutige Diktatur nicht durch die Diktatur einer politischen Partei ersetzt wird. Denn jede Diktatur bedeutet die Wiederherstellung des Staates, der kraft seines Wesens die arbeitenden Massen aufs neue unterdrücken wird, während seine militärische Organisation die Kriegsgefahr permanent aufrechterhält statt sie aufzuheben, und seine staatskapitalistische Produktionsweise Absatzgebiete erfordert, was aufs neue zu ökonomischen Konflikten führen muß.

Da die moderne Kriegstechnik die ganze Menschheit mit Untergang bedroht und sie sich wehrt gegen jeden, der sie anwendet, drängt die I.A.K. bei den Kolonialvölkern darauf hin, auch in ihrem Befreiungskampf an erster Stelle ihre Kraft zu suchen in den so effektiven ökonomischen Kampfmitteln der sozialen Revolution (Boykott, Streik, Steuerverweigerung, non-cooperation).

Weitere Resolutionen.

Belgische Resolution.

In Anbetracht, daß die koloniale Unterdrückung und der Imperialismus nicht nur das verhaßte und veraltete System der wirtschaftlichen Ausbeutung der Völkerschaften der überseeischen Länder, sondern auch eine ständige Gefahr für die Völker der imperialistischen Länder durch die mit ihm verbundenen Militärabenteuer bilden,

in Anbetracht, daß die Delegation der hundert Millionen der versklavten überseeischen Menschheit mit Recht erklärt, daß sie die Methoden und Auswüchse des Kolonialismus nicht länger ertragen können,

in Anbetracht, daß diese Tatsache beweist, daß die sofortige Befreiung der kolonialen und halbkolonialen Länder eine geschichtliche Notwendigkeit darstellt, der das kapitalistische System nicht mehr entgehen kann,

in Anbetracht, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Handarbeiter und Intellektuellen der imperialistischen Länder, wie alle Elemente, die für edle und humanistische Ideale kämpfen, mit all ihren Kräften den unterdrückten Völkern in ihrem Befreiungskampf helfen müssen,

begrüßt die belgische Delegation am Brüsseler Kongreß die Schaffung einer Weltliga gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus.

Sie beschließt, sich dieser Weltliga als belgische Sektion anzuschließen,

und gelobt sich, auf dem nächsten internationalen Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus, die belgischen Kolonisierungsmethoden öffentlich durch die belgische Delegation mit der gleichen Schärfe aufzuzeigen, wie dies im Verlauf der Debatte mit den britischen, französischen und anderen Imperialismen getan wurde.

und hofft, daß die Liga in die Lage kommt, ein neues konstruktives System zu ermitteln. das aufgebaut werden soll, um durch eine freie politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit unter gleichen und unabhängigen Völkern das niedrige gegenwärtige System, das zugunsten einer kapitalistischen Klasse besteht, zu ersetzen.

Es lebe die nationale Freiheit und soziale Gleichheit!

Resolution der asiatischen Delegationen.

Der internationale Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus

in Anbetracht, daß es in Asien *keine freien Gebiete* für den Kolonialimperialismus gibt.

in Anbetracht, daß alle asiatischen Gebiete seit Jahrhunderten das Erbe der verschiedenen einheimischen Nationen sind,

in Anbetracht, daß diese Nationen hier Staaten aus sich selbst herausgebildet haben.

in Anbetracht, daß die orientalischen Nationen, die eine alte Zivilisation besitzen. ein Anrecht haben, wie die abendländischen Völker, ihre Geschicke selbst zu bestimmen.

in Anbetracht, daß die politische Unabhängigkeit eine *unerläßliche* Lebensbedingung der Völker ist, und daß keine Nation einer Oberhoheit unterworfen werden darf, die sie ablehnt,

fordert,

daß alle am Kongreß teilnehmenden Gruppen sowie die ständige Organisation, die auf Grund der Beschlüsse gebildet werden soll, alles unternehmen, um Asien vom Imperialismus und der kolonialen Unterdrückung endgültig zu befreien.

Resolution.

Vorgeschlagen von der juristischen Kommission.

Der Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus in Brüssel beschließt, daß es notwendig ist, eine juristische Sektion der Weltliga gegen Imperialismus und kolo-

niale Unterdrückung zu bilden, die alle Juristen dieser Liga zusammenfassen soll. Diese Sektion soll mit der Sammlung und Konzentrierung eines erschöpfenden Materials über den Zustand der unter imperialistischer Herrschaft stehenden kolonialen und halbkolonialen Länder, vom Gesichtspunkt des öffentlichen Rechts, Verfassungswesens und Privatrechts ihre Tätigkeit einleiten.

Im Rahmen dieser positiven Arbeit sollte die Sektion Projekte jener juristischen Maßnahmen ausarbeiten, die geeignet sind, die Eingeborenenarbeit in diesen Ländern zu schützen und die Gewalt des Kapitals, auf dem die wirtschaftliche und politische Unterdrückung der Völkerschaften beruht, einzuschränken und zu regeln.

Darüber hinaus sollte die Sektion sich zur Aufgabe setzen, den infolge ihrer antiimperialistischen Tätigkeit politisch verfolgten Personen gegen die unterdrückenden Gewalten Schutz zu gewähren, soweit keine andere Organisation des betreffenden Landes diese Aufgabe bereits übernommen hat.

Erklärung

der Vertreter von Jugendorganisationen und Jugendarbeiterverbänden am Brüsseler Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus.

Die studentische und Arbeiterjugend der durch den Imperialismus unterdrückten Länder spielt eine große historische Rolle in den Kämpfen der verschiedenen Völker um ihr nationale Befreiung. Beweise ihres Heroismus geben die großen revolutionären Leistungen, die in der Befreiungsbewegung weltbekannt geworden sind. Die revolutionäre Jugend von heute wird morgen den Stab der erfahrenen Kämpfer bilden. Im Stadium des Wachstums und Heranreifens der Jugend ist es daher notwendig, daß ihrer Entwicklung die sorgfältigste Aufmerksamkeit geschenkt wird. In Anbetracht der Lage der Jugend in den imperialistischen Ländern, in denen die Erziehung stark unter imperialistischem Einfluß steht, und in Anbetracht der beklagenswerten Lage der Jugend in den unterdrückten Ländern, die unter der imperialistischen Ausbeutung leiden, und der Wichtigkeit dieser Probleme für die zukünftige revolutionäre Bewegung, halten wir es für die Pflicht der Liga gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus, dem Jugendproblem besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Die aktive Jugend der imperialistischen Länder und die revolutionäre Jugend der unterdrückten Nationen protestiert scharf gegen alle Formen und Arten des Imperialismus. Es soll hier besonders auf die Tatsache hingewiesen werden, daß auch in den imperialistischen Ländern das Erziehungswesen der imperialistischen Ideologie unterliegt. Es ist daher unsere innerste Überzeugung, daß die Studenten der kolonialen und imperialistischen Länder in engster Verbindung mit der Jugendbewegung dieser Länder zusammenarbeiten und ein Einvernehmen schaffen sollen, das auf das wirksamste zur Befreiung der unterdrückten Völker und der versklavten proletarischen Klasse führt.

Die Vertreter der Studentenorganisationen und anderer auf diesem Kongreß vertretenen Körperschaften der Jugend beantragen bei dem Exeutivkomitee einen Vertreter der Jugend (wir schlagen Mr. Sia Ting vor) zu kooptieren, damit der Arbeit unter der Jugend in den Kolonien die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt wird, und die Zusammenarbeit der Studenten und Jugendbewegung in den imperialistischen Ländern wirksam organisiert werden kann.

J. Naidu, Verband der Inder in Zentraleuropa;
William Rust, Kommunistische Jugend Großbritanniens;
Chio Teng Chi, Studentenvereinigung für die Verbreitung des Sun-Yat-Senismus in Amerika;
Koyang Tong, Hauptverband chinesischer Studenten in Deutschland;
Wang Kie Kiang, Hauptverein chinesischer Studenten in Kanton;
Henri Tchai, Vereinigung der Handelskammer Kanton;
Oskar Wan, Delegierter der Kuomintang-Sektion in Lyon;
On Poo, Präsident der Vereinigung chinesischer Studenten in Charleroi;
R. Aloyer, Sekretär der Kommunistischen Jugend Frankreichs;
Tran van Chi, Präsident des Hilfsvereins der Indochinesen;
Bui Cong Truong, „Jeune Anam‘ in Indochina;

Sia Ting Li Pin Reng, Siao Tchen Hoin, Tang Kin Pei, Y. S. Hsieh, Tsan Mai Ming, Kuo Ming Tang, Paris;
J. A. Mella, Sekretär der Allamerikanischen Anti-imperialistischen Liga, Mexiko;
Leonardo Fernando Sanchez, Volksuniversität José Martin;
Vereinigung der Studenten Latein-Amerikas in Paris.

C.

Begrüßungen durch Briefe und Telegramme

aus

Deutschland.

Professor Albert Einstein begrüßt den Kongreß mit folgenden Worten:

„Es ist heute in Europa jedem Denkenden klar, daß die bisherige Vorherrschaft weniger Völker weißer Rasse keiner geistigen oder moralischen Überlegenheit der Technik und Organisation entsprach. Es war in der Hauptsache keine Führung im edlen Sinne des Wortes, sondern Unterdrückung und Ausbeutung. In Ihrem Kongreß verkörpert sich das solidarische Streben der Unterdrückten nach Selbständigkeit.

Ich wünsche Ihrem edlen Streben Erfolg und bin überzeugt, daß ein Gelingen des von Ihnen in Angriff genommenen Werkes allen zugute käme, denen Menschenwürde am Herzen liegt."

Professor L. Quidde schreibt im Namen des *Deutschen Friedenskartells:*

„Im Auftrage des Deutschen Friedenskartells beehre ich mich, unsere Sympathien für den Gedanken eines Protestes gegen kolonialen Imperialismus und gegen koloniale Unterdrückung zum Ausdruck zu bringen. Unsere stellvertretende Vorsitzende, Frau Dr. Helene Stöcker, wird ja voraussichtlich Gelegenheit haben, in diesem Sinne noch mündliche Ausführungen zu machen.

In Beurteilung der Kolonialfragen gehen im übrigen, wie auch Frau Dr. Stöcker Ihnen sagen wird, die Ansichten innerhalb des Kartells ziemlich weit auseinander. Die einen fordern radikalen Verzicht auf jede Art von Kolonialbesitz und Kolonialverwaltung, auch von Kolonialmandaten. Die anderen, zum Teil alte Gegner jedes Erwerbs von Kolonien durch Deutschland, glauben, daß, so wie die Dinge heute liegen, eine Entwicklung zur Freiheit und Selbständigkeit der gegenwärtig unter Fremdherrschaft stehenden Völker am ehesten zu erhoffen ist durch eine Ausdehnung des Mandatssystems und Stärkung der Befugnisse der Mandatskommission des Völkerbundes mit dem Ziel der vollkommenen Internationalisierung aller Kolonien.

Eine solche Stellungnahme erscheint manchen in unseren Reihen als die unvermeidliche Konsequenz der Tatsache, daß das Deutsche Friedenskartell so gut wie einmütig für den Völkerbundgedanken und für den Eintritt Deutschlands in den bestehenden Völkerbund sich eingesetzt hat. Von anderen

wird diese Forderung nicht anerkannt, wie u. a. die Stellungnahme der Frauenliga beweist.

Einmütig aber sind wir in der Überzeugung, daß das Verhältnis der weißen zu den farbigen Rassen eines der wichtigsten Probleme der Friedenssicherung ist und nach Aufräumung unter vielen veralteten Vorurteilen verlangt, ferner in der Forderung, daß für die Kolonialverwaltung und für die Entwicklung der heute in Abhängigkeit lebenden Völker zur Selbständigkeit nur die Interessen dieser Völker selbst und nicht die der Kolonialmächte bestimmend sein dürfen. Auch hoffe ich, in Übereinstimmung mit allen Kartellmitgliedern zu sein, wenn ich für uns Pazifisten als unerträglich bezeichne, daß, während blutige Kriege, wie z. B. in Syrien und Marokko, geführt werden, der Völkerbund mit verschränkten Armen danebensteht, unter Umständen durch seine Satzungen verhindert, irgendwie einzugreifen.

So ist trotz der angedeuteten Meinungsverschiedenheiten doch eine breite Grundlage gemeinsamer Anschauungen vorhanden, und ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß eben in dieser Richtung dessen, was uns gemeinsam ist, der Kongreß nützliche Arbeit leisten wird."

Das Zentralkomitee der I.A.H. begrüßt den Brüsseler Kongreß wie folgt:

„Die Internationale Arbeiterhilfe, die 15 Millionen Frauen und Männer in allen Ländern vereinigt, entbietet dem Kongreß in Brüssel herzliche Grüße.

Die Internationale Arbeiterhilfe ist stolz darauf, daß ihre einzelnen Sektionen bei dem Zustandekommen des Kongresses tatkräftige Hilfe geleistet haben. Unsere Organisation wird auch in Zukunft alles tun, um den schweren, aber notwendigen Kampf gegen Imperialismus und nationale Unterdrückung mit allen Kräften zu fördern und zu unterstützen.

Es lebe die Vereinigung aller unterdrückten Völker, Rassen und Menschen!

Es lebe der erste Kongreß gegen Imperialismus und nationale Unterdrückung!"

Ernst Toller richtet an den Kongreß folgende Zeilen:

„Der Kongreß von Brüssel ist ein welthistorisches Ereignis. Zum ersten Male in der Geschichte treffen sich die Delegierten der in mannigfachsten Formen unterdrückten Völker mit den Delegierten des werktätigen Volkes der imperialistischen Staaten, um gemeinsam Möglichkeiten und Wege ihrer Befreiung zu beraten.

Brüssel hat eine gigantische Aufgabe: Hier muß das Fundament des wahren Völkerbundes geschaffen werden. Der Völkerbund von Genf wird sterben, denn er will 1919 verewigen, er will die Macht der Starken noch mehr stärken, die Fesseln der Schwachen und Unterdrückten noch enger schnüren.

Der Völkerbund von Brüssel wird leben, in ihm schlägt der Puls der Zukunft: Die freie brüderliche Menschheit."

Die Sektion Deutschland der Kuomintang telegraphiert:

„Die Sektion der Kuomintang in Deutschland sendet Euch brüderliche Grüße zu der Tagung der unterdrückten Völker, die eine Einheitsfront gegen den Weltimperialismus anstrebt. Wir wünschen, daß die Tagung nicht nur einen Zusammenschluß der unterdrückten Kolonial- und Halkolonialländer herbeiführt, sondern auch eine Brücke zwischen den Ausgebeuteten und Unterdrückten aller Länder herstellt."

Die „Arbeitsgemeinschaft entschiedener Republikaner" schreibt:

„Die ‚Arbeitsgemeinschaft entschiedener Republikaner' entbietet den Kämpfern für den Aufbau einer neuen Welt, einer Welt wahrer Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, einer Welt wahrer Brüderlichkeit, freiheitliche Grüße und wünscht den Arbeiten des Kongresses guten Erfolg."

Professor Paul Östreich schreibt im Auftrag des *Bundes entschiedener Schulreformer:*

„Ich bitte Sie sehr, alle ausländischen Delegierten, insbesondere die der farbigen Nationalitäten auf dem Brüsseler Kongreß — an dem ich zu meinem größten Bedauern nicht teilnehmen kann — in meinem Namen zur *Mitarbeit* an der „Neuen Erziehung" aufzufordern!

Wir brauchen Aufsätze über die Volksbildungs-Bewegung in allen Ländern, wir werden mit besonderem Vergnügen Aufsätze der um ihre Freiheit ringenden Völker bringen. Einige Prospekte der „Neuen Erziehung" lege ich bei. Im übrigen wünsche ich dem Brüsseler Kongreß namens des „Bundes entschiedener Schulreformer" guten Verlauf und Erfolg! Wir gehören zusammen, denn *unser* Grundsatz ist: *Totalität* und Autonomie für jeden!"

Der Bund der Kriegsdienstgegner schreibt:

„Der Bund der Kriegsdienstgegner, deutscher Zweig der ‚Internationale der Kriegsdienstgegner', beglückwünscht den ersten Weltkongreß gegen Kolonialunterdrückung und Imperialismus. Wir sind mit Ihnen der festen Überzeugung, daß die Befreiung der farbigen Völker von der Herrschaft des Kolonial- und Mandatsystems eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Befreiung der gesamten Welt bildet."

Der Werkmeister-Verband der Schuhindustrie schreibt:

„Im Besitze Ihrer Einladung zu dem internationalen Kongreß am 10. Februar 1927 in Brüssel danken wir bestens für Ihre Aufmerksamkeit und wünschen Ihren Beratungen einen guten Erfolg."

Vom Internationalen Arbeiter-Ido-Bund kamen Zuschriften aus Schaerbeek (Belgien), Esch-Alzette (Luxemburg), Berlin, Heilbronn, Hamborn, Hamburg, Leipzig.

Die Ortsgruppe Berlin schreibt z. B.:

„An den Internationalen Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus senden wir brüderliche Kampfgrüße!

Die Massen der unterdrückten Völker sollen standhaft und unaufhaltsam den vorgezeigten Weg der nationalen Revolution gehen, um in China, Indien, Mexiko, Ägypten, Syrien usw. den Imperialismus der fremden Räuber zu vernichten, die sich mit der eigenen Bourgeoisie der unterdrückten Völker verbünden.

Genossen, die ihr die gleichen Ziele habt, wir grüßen Euch! Ihr steht nicht allein, die klassenbewußte internationale Arbeiterschaft kämpft mit Euch gegen die gleichen Feinde. Vielleicht verliert Ihr irgendeine Schlacht, dennoch ist der endgültige Sieg Euer, und Ihr werdet bald frei sein. Ihr Delegierten: wenn Ihr zu Eurem Heim zurückkehrt, um mit erhöhter Energie den einheitlichen Kampf aller Unterdrückten zu organisieren, denkt, daß schon über einem Sechstel der Erde die rote Fahne gehißt wurde!

Damit kämpft mit uns, um mit uns zu siegen!“

Die *Chinakundgebung der I. A. H., Berlin,* telegraphiert:

„Chinakundgebung der I.A.H., Mercedespalast Berlin, entbietet dem Weltkongreß der Kolonialvölker ihre brüderlichen Grüße und gelobt Solidarität mit allen unterdrückten Völkern und Rassen.“

Telegramm aus Pommern.

„Ich begrüße den Kongreß und wünsche Ihrem Kampfe gegen Unrecht und Ausbeutung vollen Erfolg. Dr. Ranft, Schievelbein in Pommern.“

Der Rote Frauen- und Mädchenbund Deutschlands telegraphiert:

„Heiße schwesterliche Kampfesgrüße den Vorkämpfern gegen Imperialismus und Kriegsgefahr.“

Im Namen des *„Sozialistischen Bundes“* telegraphiert Karl Lindemann:

„Vollen Erfolg dem Werk der Kolonialbefreiung!“

Die *Ägyptische National-Radikale Partei (Sektion Deutschland)* telegraphiert:

„Besten Erfolg für die Befreiung aller unterdrückten Völker und unseres Vaterlandes!“

Fritz Danziger, Vorsitzender der Deutschen Sektion der „*Liga gegen koloniale Unterdrückung*" telegraphiert:

„Verhindert, am Kongreß teilzunehmen, sende Euch beste Wünsche für erfolgreiche Arbeit!"

Österreich.

Der Verein chinesischer Studenten in Österreich schreibt:

„Die Kolonialunterdrückung und der Imperialismus haben ihren höchsten Punkt erreicht. Die Zeit ist jetzt gekommen, wo alle unterdrückten Völker sich vereinigen, um Schulter an Schulter im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind diese schändliche Kolonialunterdrückung aus der Welt zu schaffen.

Wenn wir auch nicht imstande sind, einen Vertreter zu schicken, sind wir doch mit ganzem Herzen dabei und wünschen dem bedeutungsvollen Kongreß vollen Erfolg und dem Imperialismus ein baldiges Ende!

Es lebe die Freiheitsbewegung aller unterdrückten Völker!"

Litauen.

Die Auslandsvertretung der weißruthenischen nationalen Minderheit in Polen sendet aus Kowno an den Kongreß folgende Botschaft:

„Wir begrüßen den Kongreß der unterdrückten Völker, die sich entschlossen haben, mit vereinter Kraft für die Sicherung ihrer souveränen Rechte zu kämpfen. Ihre Arbeit wird die begeisterte Antwort der unterdrückten weißruthenischen Massen widerhallen lassen. Wir bitten den Kongreß, einen Protest gegen die Massenverhaftungen der sozialistischen Arbeiter des weißrussischen Volkes in Polen zu erheben.

gez. Lastovsky, ehemaliger Ministerpräsident der weißrussischen Regierung,
Golovinsky, ehemaliger Vorsitzender des Zentralrates der weißruthenischen Organisationen,
Jakoviuk, ehemaliges Mitglied des polnischen Parlaments,
Rogevitch, Vorsitzender des weißrussischen Verbandes Litauens."

Holland.

Telegramm aus Groningen:

„Föderation der Kommunistischen Partei Hollands, Nationalkomitee, drückt ihre völlige Billigung des Zieles des Kongresses aus."

Das Nationale Arbeitssekretariat (NAS) in Rotterdam telegraphiert:

„Rotterdam, den 13. Februar 1927.

Die Jahresversammlung der Lokalorganisation des Nationalen Arbeitssekretariats in Rotterdam vom 13. Februar 1927 gibt ihrer Sympathie

mit dem jetzt in Brüssel tagenden Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus Ausdruck.

Menist, Sekretär."

England.

Der *Londoner Gewerkschaftsrat* sendet folgendes Begrüßungstelegramm:

„Der Londoner Gewerkschaftsrat begrüßt Ihren Kongreß und wünscht ihm allen Erfolg.

Alfred Wall, Sekretär."

Die *englische Sektion der Ido-Vereinigung* schreibt dem Sekretär des Kongresses:

„Ich bitte Sie, den Delegierten unsere besten Wünsche für den Erfolg ihrer Arbeiten zu übermitteln.

Dieser Kongreß wird zweifelsohne alle vom Kapitalismus unterdrückten Nationen stark ermutigen, ihren Kampf um Freiheit bis zum Sieg fortzusetzen.

Ein Hoch denen, die kämpfen, um ihre Unterdrücker niederzuschlagen!

Arbeiter und Unterdrückte aller Länder, vereinigt Euch!

Mit brüderlichen Grüßen

J. G. E. Teskey-King, Sekretär der U.O.I.I.
(britische Sektion)."

Ein Brief von *A. J. Cook,* Generalsekretär des englischen Bergarbeiterverbandes:

Liebe Kameraden!

„Mit größtem Bedauern sende ich Ihnen diese Botschaft, statt daß ich wie beabsichtigt, persönlich vor Sie hintrete. Leider muß ich in Schottland im Auftrage meines Verbandes Verschiedenes erledigen. Herr S. O. Davies, der Mitglied der Bergarbeiter-Exekutive ist, wird mich vertreten.

Ich wünsche dem Kongreß vollen Erfolg in seinen Aufgaben, um so mehr, da er in einer der kritischsten Perioden der Geschichte der Arbeiterbewegung zusammentritt, wo die Unterdrückung in den verschiedensten Formen auf der Tagesordnung aller kapitalistischen Regierungen steht. Unsere einzige Hoffnung ruht in einer endgültigen Verständigung in den internationalen Fragen und in einer Organisation, die diese Aufgaben wahrhaft erfüllt. Die Intervention des britischen Imperialismus in China ist ein klassisches Beispiel von der Herrschaft des Kapitalismus. Ich hoffe, daß der Kongreß in nicht mißzuverstehender Weise sich für jedwede Aktion erklären wird, die den Sieg des britischen Imperialismus in China verhindern kann.

Der Kongreß wird den Arbeitern den Weg weisen, und ich bin gewiß, daß er ein Programm ausarbeiten wird, daß den Arbeitern aller Länder ermöglichen wird, unsere Ziele zu erreichen.

Mit Hinsicht auf die immer schlimmere Offensive des Imperialismus halte ich die Zeit für ein tapferes Vorgehen gegen die Reaktion, die sich auch in einigen der Arbeiterparteien bemerkbar macht, für gekommen.

Ich wünsche Ihnen den Erfolg, den Sie verdienen und bleibe

mit brüderlichen Grüßen

A. J. Cook."

Rußland.

Im Namen der *Krestintern (Bauerninternationale)* telegraphiert *Goroff:*

„Der Internationale Bauernrat, der die werktätige Bauernschaft der ganzen Welt vereinigt, begrüßt heiß den Kongreß und ist überzeugt, daß seine Arbeit für die Befreiung unterdrückter Völker erfolgreich sein wird. Bauern und Arbeiter unterdrückter Völker der ganzen Welt, vereinigt Euch zum Kampfe gegen den Imperialismus!"

Klara Zetkin telegraphiert:

„Bedaure aufrichtig, fernbleiben zu müssen. Ich nehme lebhaften Anteil am Kongreß. Er ist für die Menschheitsfrage von größter Tragweite. Auswirkungen des Imperialismus: Blutige Unterdrückung des Aufstandes in Indonesien, Entsendung von Kriegsschiffen und Marinetruppen an den Jangtse, das Eingreifen der Vereinigten Staaten in Nicaragua.

Der imperialistische Kapitalismus ist der Feind der siegreich fortschreitenden Revolution in China, des Weltproletariats und der Völker der Halbkolonial- und Kolonialgebiete.

Der gemeinsame Befreier: der Sozialismus!

Der gemeinsame Weg: die Revolution!

Der gemeinsame Freund und Beschützer: Sowjetrußland!

Das Proletariat der bürgerlichen Staaten ist von der Überzeugung durchdrungen, daß ohne Niederwerfung des Imperialismus und der Kolonialunterdrückung die vollständige Ausrottung des Kapitalismus nicht möglich sein wird. Der Kongreß muß ein festes Kampfbündnis schließen zwischen dem Proletariat des imperialistischen Mutterlandes und der durch den Imperialismus beherrschten und bedrohten Völker.

Vorwärts im gemeinsamen Kampf für die Weltrevolution!"

Frankreich.

Henri Barbusse schreibt:

„Die Hauptaufgabe des internationalen Kongresses besteht darin, feste und enge Verbindungen zu schaffen, ein starkes Offensivbündnis zwischen



Eine internationale Gruppe vom Kongreß

Von links nach rechts: Marteaux, Belgien; Chen Kuen, China: Mella, Mexiko: Pollitt, England; Messali, Algerien: Katayama, Japan: Giao, Indochina: Haya Della Tarre, Peru; Fournier, Frankreich; Lamine Senghor, franz. Kolonien; Barkatulla, Indien: Arthur Holitscher, Deutschland; Frau Roland-Holst, Holland, und Professor Nejedli, Tschechoslowakei.



den großen anti-imperialistischen Mächten der unterdrückten Länder und den für soziale Befreiung kämpfenden Arbeiterbewegungen zu schließen. Zum ersten Male ist eine solche Aufgabe unternommen worden. Trotz der Kühnheit und Größe, trotz aller Schwierigkeiten trägt diese Arbeit ihre großen Aussichten auf Erfolg in sich. Die Verwirklichung des Bundes der Unterdrückten der ganzen Welt ist vernunftgemäß natürlich und wird in ihren Konsequenzen verhängnisvoll für die unterdrückten Mächte, die diesen Zusammenschluß vielleicht noch verzögern, aber nicht mehr verhindern können. Eine kluge Organisation aber wird diese Entwicklung beträchtlich beschleunigen."

Romain Rolland schreibt:

„Der Kolonialkongreß hat die größte Bedeutung. Ich bin mit Ihnen eins im Kampf für die Forderungen der durch den Imperialismus und das Kapital unterdrückten Völker. Ich werde immer bereit sein, mit meinem Namen Protestaktionen und Forderungen der Unterdrückten gegen die Unterdrücker zu unterstützen und meine Stimme gegen die Schandtaten des Imperialismus zu erheben."

Eine Kundgebung *Victor Marguerittes:*

„Ich bedauere es außerordentlich, meine Herren, jetzt nur in Gedanken und mit meinem Herzen bei Ihnen sein zu können. Ein plötzlicher und grausamer Unglücksfall machte meine persönliche Anwesenheit unmöglich.

Die koloniale Unterdrückung ist eine der verwerflichsten Formen des Imperialismus. Dieser Terror der Macht, um so verwerflicher, als er sich gegen die Schwächsten wendet, erniedrigt nicht nur die Nation, die sich seiner bedient, er verwüstet die ganze Zivilisation überhaupt.

Zählen Sie mich zur Schar der Ihnen Verbündeten und seien Sie meiner vollsten Ergebenheit versichert.

In höchster Sympathie

Victor Margueritte."

Die europäische Zentrale der Kuomintang schreibt:

„Paris, 13. Februar.

Die Zentrale der Kuomintang für Europa begrüßt die Delegierten der unterdrückten Rassen in Brüssel und hofft, daß dem Kongreß greifbare Resultate und voller Erfolg beschieden werden."

Schweiz.

Reinhard, Nationalrat und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz:

„... Ich möchte nicht verfehlen, dem Kongreß meine herzlichsten Glückwünsche zu entbieten. Ich hoffe, daß es ihm gelingen werde, im Kampf gegen die Kolonialgreuel und den Imperialismus für die Befreiung der unterdrückten Völker Asiens, Afrikas und Indonesiens, aber auch Amerikas, tüchtige und fruchtbringende Arbeit zu leisten."

Belgien.

Die Arbeiter-Ido-Internationale sendet folgendes Begrüßungsschreiben:

„Die belgische Sektion der Arbeiter-Ido-Internationale übermittelt dem Internationalen Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus ihren Gruß und versichert ihn ihrer größten Sympathie.

Es ist für die gesamte Arbeiterklasse der Welt ermutigend zu sehen, daß die kolonialen und halbkolonialen Völker sich der Notwendigkeit einer geeinten Front aller revolutionären Kräfte zur Bekämpfung der Unterdrückung und des Imperialismus bewußt werden.

Die belgische Sektion der A.I.I. wünscht, daß der gegenwärtige Kongreß eine mächtige und aktive Freiheitsorganisation gründe, die die Bande zwischen den unterdrückten Völkern befestigt und sie mit dem Proletariat aller Länder vereinigt.

Freiheit den Unterdrückten!

Kampf führt zum Sieg!"

Die *Maschinenbauergewerkschaft von Liège* schickt folgendes Telegramm:

„Die Maschinenbauergewerkschaft von Liège sendet den Kongreßteilnehmern brüderliche Grüße und versichert die Kolonialvölker ihrer vollen Sympathie.

Ledou, Sekretär."

Die *Internationale der Kriegsdienstgegner* sendet aus Gent dem Sekretär des Kongresses folgendes Schreiben:

„Bitte übermitteln Sie dem Kongreß die Versicherung meiner Sympathie und meine Billigung seiner Arbeiten wie seines hohen moralischen Zieles.

Ich bin andererseits glücklich zu erfahren, daß unser Freund De Bevere aus Saint-Gilles uns falls notwendig auch vertreten wird.

Genehmigen Sie die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.

L. P. Valat, Sekretär, Gent."

Von dem Generalverband der Angestellten, Techniker, Lagerhausangestellten und Handelsreisenden Belgiens geht folgendes Begrüßungsschreiben ein:

„Unser gewerkschaftlicher Berufsverband möchte diese Gelegenheit Ihrer internationalen Veranstaltung benutzen, um seinen kolonialen Brüdern die volle Sympathie aller ihm Angeschlossenen zu bezeugen.

Er wünscht Ihnen gute Arbeit und hofft, daß Ihre Resolutionen der Freiheitsbewegung der vom internationalen Kapitalismus beherrschten Völker dienlich sein werden.

Er verspricht Ihnen, Sie in der von den kolonialen Arbeitern begonnenen Befreiungsaktion zu unterstützen.

Es lebe die Befreiung aller Völker!

Für die Gewerkschaft: der Sekretär Charles Everling."

Die Fédération Bruxelloise des Jeunes Gardes Socialistes (der Brüsseler Verband der jungen sozialistischen Garden) schreibt:

„Die Fédération Bruxelloise des Jeunes Gardes Socialistes, die am 13. Februar 1927, dem Datum Ihres Kongresses, zusammengetreten ist, drückt dem Kongreß ihre wärmste Sympathie aus und verpflichtet sich, an der Verwirklichung des Ideals, das Sie sich gestellt haben, mitzuarbeiten.

Brüderlichst

J. Volder, Sekretär."

Zentralkomitee der sozialistischen Lehrer:

„Das Zentralkomitee der sozialistischen Lehrer Belgiens, das am Donnerstag, dem 10. Februar 1927, im Volkshaus in Brüssel tagte, erkennt die Wichtigkeit einer Vereinigung aller anti-imperialistischen Kräfte der Welt und einer ständigen Verbindung der nationalen Freiheitsbewegungen mit dem Proletariat der imperialistischen Länder.

Es drückt dem in Brüssel stattfindenden Internationalen Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus seine volle Sympathie und seinen Wunsch aus, die praktischen Resultate der jetzt laufenden Arbeiten zu sehen, und richtet an alle Unterdrückten brüderliche Grüße der Solidarität.

Für das Exekutivkomitee: Der Nationalsekretär."

Mexiko.

Plutarco Elias Calles, der Präsident der Vereinigten Staaten von Mexiko, sendet dem Kongreß-Sekretariat folgendes Danktelegramm für die Übermittlung der mexikanischen Resolution des Kongresses:

„Grüße. Für die Übermittlung Ihrer Botschaft meinen aufrichtigsten Dank.

Präsident Calles."

Der allmexikanische Bauernbund (Liga Nacional Campesina Mexicana). schickt folgendes Telegramm:

„Die Liga Nacional Campesina Mexicana begrüßt die Tagung der unterdrückten und enterbten Völker der Welt. Im Kampfe gegen den machtvollsten Imperialismus scheut die mexikanische Bauernschaft kein Opfer und vertraut, daß ihre Bundesgenossen in allen Ländern den anti-imperialistischen Kampf mit der gleichen Entschiedenheit führen werden.

Liga Nacional Campesina."

Die Sektion der Kuomintang in Tampico, Mexiko, telegraphiert dem Präsidium des Kongresses:

„Wir begrüßen Ihren Kongreß und hoffen auf Ihren Sieg in der Vernichtung des Imperialismus und der Verbrüderung der Unterdrückten der ganzen Welt. Die Engländer schicken jetzt viele Kriegsschiffe nach China zwecks Provokation eines zweiten Weltkrieges und Zerstörung des Weltfriedens. Wir hoffen, daß Ihr Kongreß Maßnahmen zur Verhinderung der britischen Kriegsaktionen in China ergreift."

Indien.

Der Allindische Nationalkongreß begrüßt die Brüsseler Tagung mit der folgenden Botschaft:

„Delhi, 14. Februar 1927.

Der Indische Nationalkongreß übermittelt seine Grüße und bietet seine volle Mitarbeit an in der Weltkampagne gegen die Tyrannei des Imperialismus. Alle Kreise der indischen öffentlichen Meinung verurteilen einstimmig die Verwendung indischer Truppen gegen China und die Aktion des Vizekönigs, die die Behandlung dieser Frage in der gesetzgebenden Versammlung verhindert.

Srinivasa Iyengar, Präsident des Indischen Nationalkongresses."

Telegramm von *Frau Sarojini Naidu, Präsidentin des Allindischen Frauenbundes,* Bombay:

„Die Rashtriya Stree Sabba (Allindischer Frauenbund) erklärt volle Sympathie. Wünscht Erfolg. Frau Sarojini Naidu."

Die *Politische Vereinigung der Parsi,* Bombay, telegraphiert:

„Empfangen Sie die Glückwünsche des Parsi Rajkeya Sabhas."

Telegramm vom *All-Indischen Nationalkongreß,* Dehli:

„Im Namen des Indischen Nationalkongresses bitte ich Sie, den chinesischen Vertretern unsere herzliche Einladung zu einem Besuch Indiens zu übermitteln, um dort die indische öffentliche Meinung aufzuklären.

Srinivasa Iyengar, Präsident des Indischen Nationalkongresses."

S. H. Jhabvala, Sekretär des *Zentralrates der Bombayer Gewerkschaften:*

„Bitte übermitteln Sie dem Kongreß die herzlichsten und besten Wünsche der Arbeiterbewegung Bombays. Obgleich wir in politischer und wirtschaftlicher Sklaverei schmachten, schlägt unser Herz für den Kongreß. Wir grüßen in aller Einstimmigkeit und völliger Solidarität die erste Versammlung der unterdrückten Völker."

M. K. Gandhi:

„Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Einladung zum Brüsseler Internationalen Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus.
Ich bedauere, daß meine Arbeit hier in Indien mich daran hindert, an dem Kongreß teilzunehmen. Ich wünsche Ihnen jedoch aus tiefstem Herzen einen jeden Erfolg bei Ihren Verhandlungen."

Das Freiwilligenkorps des Allindischen Nationalkongresses, „Hindustani Seva Dal" schickt folgendes Telegramm:

„Wir entbieten unsere brüderlichen, solidarischen Grüße. Herr Jawahar Lal Nehru soll die ‚Hindustani Seva Dal' auch vertreten. Es lebe die Freiheit der unterdrückten Völker!"

Die betagte Führerin der indischen Freiheitsbewegung *Bhikhaiji Rustom Cama* sendet folgende Botschaft von ihrem Krankenbett:

„Ich bin mit Ihnen im Geist und wünsche dem Kongreß allen nur möglichen Erfolg."

Telegramm von *Shapurji Saklatvala, M. P.,* aus Nagpur, Indien:

„Grüße dem Kongreß! Indien wünscht, daß Ihre Anstrengungen die vom Fieber befallenen Imperialisten MacDonald, Chamberlain und Thomas zur Besinnung bringt, andernfalls wird die Zukunft der westlichen Arbeiter noch schlimmer als die der unterdrückten Rassen werden.
Shapurji Saklatvala, Mitglied des englischen Unterhauses."

Vereinigte Staaten.

Scott Nearing, New-York, telegraphiert:

„Möge der Kongreß darin Erfolg haben, die unterdrückten und ausgebeuteten Völker des Ostens und Westens zu einer gemeinsamen Aktion für die Sozialisierung der Produktion und der Vernichtung des Imperialismus zu vereinen."

Die Anti-imperialistische Liga Amerikas sendet folgendes Begrüßungstelegramm:

„Die Anti-imperialistische Liga, die die mit den nationalen lateinamerikanischen Bewegungen verbundenen, klassenbewußten amerikanischen Arbeiter vertritt, billigt enthusiastisch den Brüsseler Kongreß und wird an ihm teilnehmen. Gomez.“

Telegramm von Bischof *William Montgomery Brown, Galion, Ohio:*

„Wie Amerika in Europa nur die europäischen Interessen zu vertreten behauptet, so behaupten die Großmächte, in China sich nur für chinesische Interessen einzusetzen.

Wünschen der Liga und dem Brüsseler Kongreß vollen Erfolg.

Bischof William Montgomery und Frau Brown.“

Latein-Amerika.

Telegramm von der *Anti-imperialistischen Liga,* Porto Rico:

San Juan, Porto Rico, 19. Februar.

„Sektion Porto Rico der Anti-Imperialistischen Liga begrüßt brüderlich den Kongreß. Protestiert gegen den Yankee-Imperialismus, speziell gegen Vorgehen Nicaragua und Mexiko. Land in bedauerlichem Zustand. Protestieren gegen Schatzamt Insel auferlegte Kontribution eineinhalb Millionen Dollars an Vereinigte Staaten, die sich des Landes bemächtigen und Proletariat ausbeuten. Verlangen Repatriierung der puertoricanischen Soldaten, die nach Panama gesandt wurden und Rückkehr puertoricanischer Arbeiter, die durch die Algodoneras-Gesellschaft nach Arizona angeworben wurden, weil diese Arbeitsverträge verletzt hat. Verlangen Unabhängigkeit Porto Ricos und vertrauen Aktion Kongreß.

Anti-imperialistische Liga.“

An Ugarte, Vasconcelos, Casabona, Falcon: Delegation von Porto Rico am anti-imperialistischen Kongreß Brüssel:

„San Juan, Porto Rico, 9. Februar.

Grüße. Porto Rico, unser Vaterland hat volles Vertrauen zu Ihnen. Bitten, unsere Hochachtung Kongreßdelegierten zu übermitteln. Wünschen dem edlen Vorhaben vollen Erfolg.

Federico Acosta Velarde,
Präsident der National-Partei Porto Rico.“

Telegramm der *Anti-imperialistischen Liga,* Mexico:

„Mexico-City, 14. Februar.

Anti-imperialistische Liga, mexikanische Sektion, übermittelt dem Kongreß ihre Grüße zur Eröffnung. Vertreter der Sektion von Ecuador, Mella.“

Zustimmung des *kontinentalen Organisationskomitees der Anti-imperialistischen Liga von Amerika:*

„Mexico D. F., 14. September 1926.

Stimmen dem Gedanken der Veranstaltung eines Anti-imperialistischen Weltkongresses in Brüssel zu und werden einen Delegierten ernennen, der ihm als Vertreter unserer Organisation beiwohnen wird.

Auf Ihre Anfrage an die mexikanische Sektion der Liga ist dasselbe beschlossen worden.

Wir sind mit der kubanischen Sektion in Unterhandlung, damit sie ebenfalls einen Delegierten schickt. Julio A. Mella, Sekretär."

China.

Das *Zentralexekutivkomitee der Kuomintang* telegraphiert dem Kongreß:

„Das Zentralkomitee der Kuomintang sendet dem Kongreß seine brüderlichen Grüße, und zwar in einem Augenblick, in dem England, der historische Führer des ausländischen Imperialismus in China, seine Land- und Seestreitkräfte in Schanghai unter dem Vorwand konzentriert, daß diese Kriegsmaßnahme zum Schutz des Lebens und Eigentums der englischen Untertanen notwendig sei. In Wirklichkeit ist der wahre Grund dieser Handlung die Absicht, die siegreiche Offensive der Nationalarmee aufzuhalten.

Die amerikanische Regierung unterstützt die Engländer mit der Forderung der Neutralisierung Schanghais. Die Besetzung Schanghais durch Sun-Chuan Fang ist für die Konterrevolution eine Existenznotwendigkeit und von strategischer Wichtigkeit, da Schanghai das größte Handelszentrum Chinas und die militärische Schlüsselstellung zu dem Yangtsetal ist. Die Neutralisierung Schanghais würde Sun Chuan Fang in die Lage setzen, selbst an den anderen Kampffronten gegen die Nationalarmee Ausfälle zu unternehmen.

Wir fordern den Kongreß auf, alle möglichen Anstrengungen zu machen, um dieses imperialistische Komplott zu verhindern und die Intervention in China aufzuhalten.

Die Fremdherrschaft ist auf ungleiche Verträge begründet. Wir fordern den Kongreß auf, seine Stimme gegen diese Verträge und zugunsten der chinesischen Nation zu erheben."

Wang Chin Wai, Vorsitzender des Zentralkomitees der Kuomintang telegraphiert:

„Wuchang, 14. Februar 1927.

Im Namen der Kuomintang und der angeschlossenen Gewerkschaften, Bauernbünde und der Nationalarmee übermitteln wir Euch die Grüße der

chinesischen Freiheitsbewegung. Der Kampf um Chinas Befreiung ist der Kampf für die Befreiung aller versklavten Völker und Klassen der Welt.

Zentralexekutive der Kuomintang
gez. Wang Chin Wai."

Aus dem *Hauptquartier der Nationalarmee* trifft folgendes Telegramm ein:

„Im Felde, 14. Februar 1927.

Die militärpolitische Abteilung der Kuomin-Armeen sendet der Brüsseler Tagung die brüderlichsten Sympathien und wünscht den Beratungen vollsten Erfolg.

Es lebe die Befreiung der unterdrückten Völker.

General Yang Da Deng."

Von der *Leitung der Wampua-Kadettenschule* bei Kanton trifft die folgende Botschaft ein:

„13. Februar.

Unsere militärisch-politische Akademie wurde organisiert, um den Imperialisten eine eiserne Garde bewußter Kämpfer entgegenzustellen. Wir sind mit Ihren Zielen eins. Wir begrüßen den Anti-Imperialisten-Kongreß von Brüssel von ganzem Herzen.

Militärisch-politische Leitung der Akademie Wampua."

Frau Sun Yat Sens sendet folgendes Telegramm:

„Meine Glückwünsche dem Kongreß, dessen Arbeit ein historisches Ereignis von Weltbedeutung ist und einen Fortschritt der anti-imperialistischen Kräfte bedeutet. Die an der chinesischen Front erreichten Erfolge bedeuten einen nahen Endsieg. Ihre Ermutigungen und Hilfe werden unsere Anstrengungen verstärken.

Frau Wwe. Sun Yat Sen."

Der Rektor der Nationaluniversität Pekings, Professor Kou Men Yü, schreibt:

„Begrüße Kongreß zur Befreiung unterdrückter Völker. Die Unterdrückung der kolonialen und halbkolonialen Völker einerseits und Ausbeutung der arbeitenden Klassen andererseits bilden die Grundlage des heutigen Systems der Weltherrschaft. Ohne eine radikale Änderung dieses Systems muß die Menschheit in Greuel, Blutvergießen und Schande dahinsiechen. Nur ein gemeinsamer Kampf gegen das bestehende imperialistische System der kolonialen und halbkolonialen Völker und arbeitenden Klassen im Weltmaßstab kann eine soziale Gerechtigkeit und den Weltfrieden herbeiführen. Wünsche dem Kongreß größten Erfolg. Möge er eine neue

Epoche internationaler Solidarität einleiten und durch die Schaffung eines permanenten Organs dazu beitragen, vorhandene gewaltige Streitkräfte zu sammeln und zu lenken. Kou Men Yü."

Das 15. Armeekorps des nationalrevolutionären Heeres sendet folgende Botschaft:

„Kiu Kiang.

Auf dem siegreichen Vormarsch auf die Stützpunkte des Imperialismus in China gedenken wir unserer Brüder und Leidensgenossen, die noch unerlöst in den Ketten des Imperialismus schmachten. Wir geloben unseren Sieg zu ihrem Sieg zu machen. Wir begrüßen die Brüsseler Tagung. Es lebe die Weltrevolution.

Das 15. Armeekorps der nationalrevolutionären Armee."

Das Exekutiv-Komitee der Kuomintang, Wuchang, schickt zum Schluß des Kongresses folgende Botschaft:

„Wir drücken unsere herzlichsten Glückwünsche zur Gründung Ihrer Liga aus. Sie nehmen die große Verantwortung auf sich, den internationalen Imperialismus niederzuschlagen. Das unterdrückte Volk Chinas kämpft schwer gegen den Imperialismus und wünscht Ihre Hilfe, um zu einem schnelleren Erfolg zu gelangen.

Das Exekutiv-Komitee der Kuomintang, Wuchang."

Ägypten.

Hafiz Ramadan Bey, Mitglied des Parlaments und Vorsitzender der Ägyptischen Nationalpartei, sendet folgendes Schreiben:

Ich heiße die Grundprinzipien der ‚internationalen Liga gegen koloniale Unterdrückung' gut und fühle mich glücklich, daß ich in dieser Bewegung mitwirken kann. Es ist überflüssig zu betonen, daß die Gründung dieser Liga nur eine natürliche und logische Antwort auf die immer stärker werdenden imperialistischen Tendenzen ist. Die allgemeine Entwicklung, die gegenseitigen Annäherungsbestrebungen breiter Volksströmungen verbürgen das Gelingen Ihres Vorhabens und berechtigen zu den größten Hoffnungen."

Südafrika.

Die südafrikanische Sektion der Kuomintang:

„Johannesburg.

Die Sektion Südafrika der Kuomintang-Partei bedauert, zum Kongreß keine Delegierten senden zu können. Begrüßt die anwesenden Delegierten und hofft, daß sie der chinesischen Revolution wirksame Unterstützung zuteil werden lassen."

Andrews, der Generalsekretär des *Südafrikanischen Gewerkschaftsbundes*, sendet folgendes Schreiben:

„Die organisierten Arbeiter und die werktätige Bevölkerung Südafrikas hofft, daß der Kongreß ein großer Erfolg und durch zahlreiche Delegationen beschickt wird. Die gegenwärtige Lage in China, Java, Mexiko und Indien verleiht seinen Bestrebungen eine besondere Aktualität."

Westafrika.

Die Farmer der Goldküste (Gold Coast Farmers' Association Nsewam):

„Der Kongreß ist der einzige Hoffnungsstrahl, daß der Kampf für die Befreiung der versklavten schwarzen Arbeiter langsam zu wachsen beginnt. Wir werden Ihrer Liga nicht nur dankbar sein, sondern tätig mitkämpfen.

Wir betrachten Sie als Vorhut der Befreiung der isolierten schwarzen Arbeiter Afrikas von Unterjochung und Tyrannei."

Zentralafrika.

Die Vereinigung der zentralafrikanischen Neger, das „Comité de Défense de la Race Nègre" ruft dem Kongreß zu:

„Neue Freiheitskämpfe und neue Freiheitshoffnungen brechen für die schwarze Rasse an, Brüssel bedeutet den verheißungsvollen Anfang."

Nordafrika.

Die konstitutionell-liberale Partei von Tunis begrüßt den Brüsseler Kongreß mit folgendem Schreiben:

„Es ist eigentlich überflüssig, das große Interesse zu betonen, das wir den Bestrebungen entgegenbringen, den anti-imperialistischen Kampf zu organisieren. Wir leiden alle unter den gleichen Übeln. Der Imperialismus hat uns in gleiche Knechtung gebracht, und nur ein Mittel kann uns daraus befreien. Wir sind daher entschlossen, an Ihren zukünftigen Arbeiten wirksam teilzunehmen. Das unsinnig ausgebeutete, ständig unterjochte Tunis bleibt noch immer: ‚Der Märtyrer Tunis.'

Ob die Regierung Frankreichs rechts oder links steht, unser Land bleibt immer das Vaterland, in dem es keine Rede-, Presse- noch Versammlungsfreiheit gibt.

Um diese faschistische Diktatur zu brechen, erleiden wir Gefängnis, Zwangsaufenthalt, Verbannung, die in häufigsten Fällen durch den Mutwillen unverantwortlicher Verwaltungen verursacht werden.

Fünfundvierzig Jahre Protektorat sind verstrichen, ohne daß man den Massen die so feierlich versprochenen materiellen und wirtschaftlichen Ver-

besserungen gebracht hat. Die Armut herrscht. Unser Land gehört uns nicht mehr. Unsere Kinder werden durch eine immer höher anwachsende Sterblichkeit dezimiert, eine Folge des Fehlens von Hygiene und der notwendigen Pflege. Die Erwachsenen sterben „für Frankreich". Im geistigen Leben zeigt sich das Versagen des Protektorats noch schärfer. Nur der sechste Teil unserer Kinder findet in der Schule Platz, die übrigen treiben sich auf der Straße herum. Einige Ärzte und Rechtsanwälte (deren Zahl nicht 25 übersteigt), die sich aus eigener Kraft emporgearbeitet haben, sind die einzigen Intellektuellen des muselmanischen, unter französischer Herrschaft stehenden Tunis.

Eine unersättliche koloniale Minderheit zieht aus diesem Ausnahmeregime die ganzen Profite und versucht alles, um es ewig dauern zu lassen.

Man bedauert das Vergangene, beklagt die Gegenwart. Doch die Zukunft wird noch schlimmer sein . . ., wenn das tunesische Volk nicht bis zum äußersten den Kampf fortsetzt, den es heute unternommen hat und der sein einziger Rettungsweg ist.

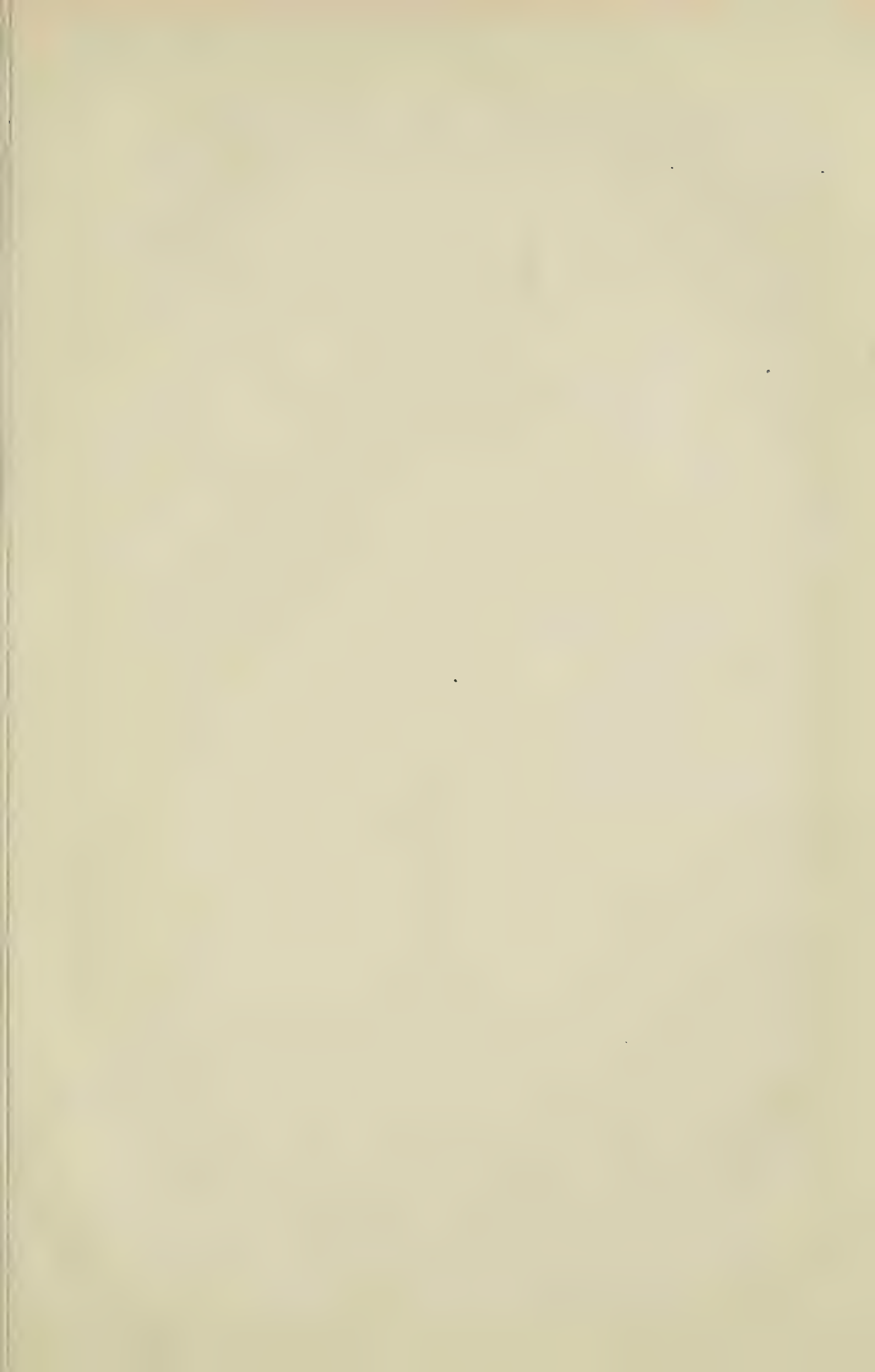
Wie kann man unter solchen Umständen glauben, daß es nicht von ganzem Herzen und mit ganzer Seele mit Ihnen ist?

Wenn auch das tunesische Volk jetzt mit seinem Kampf gegen koloniale Unterdrückung zu tun hat, so vergißt es doch nicht seine Brüder in China, Indien, Ägypten und in den anderen Ländern, die vor der Welt unter furchtbaren Opfern die Herrschaft der ‚Gewalt, die vor Recht geht', abschütteln.

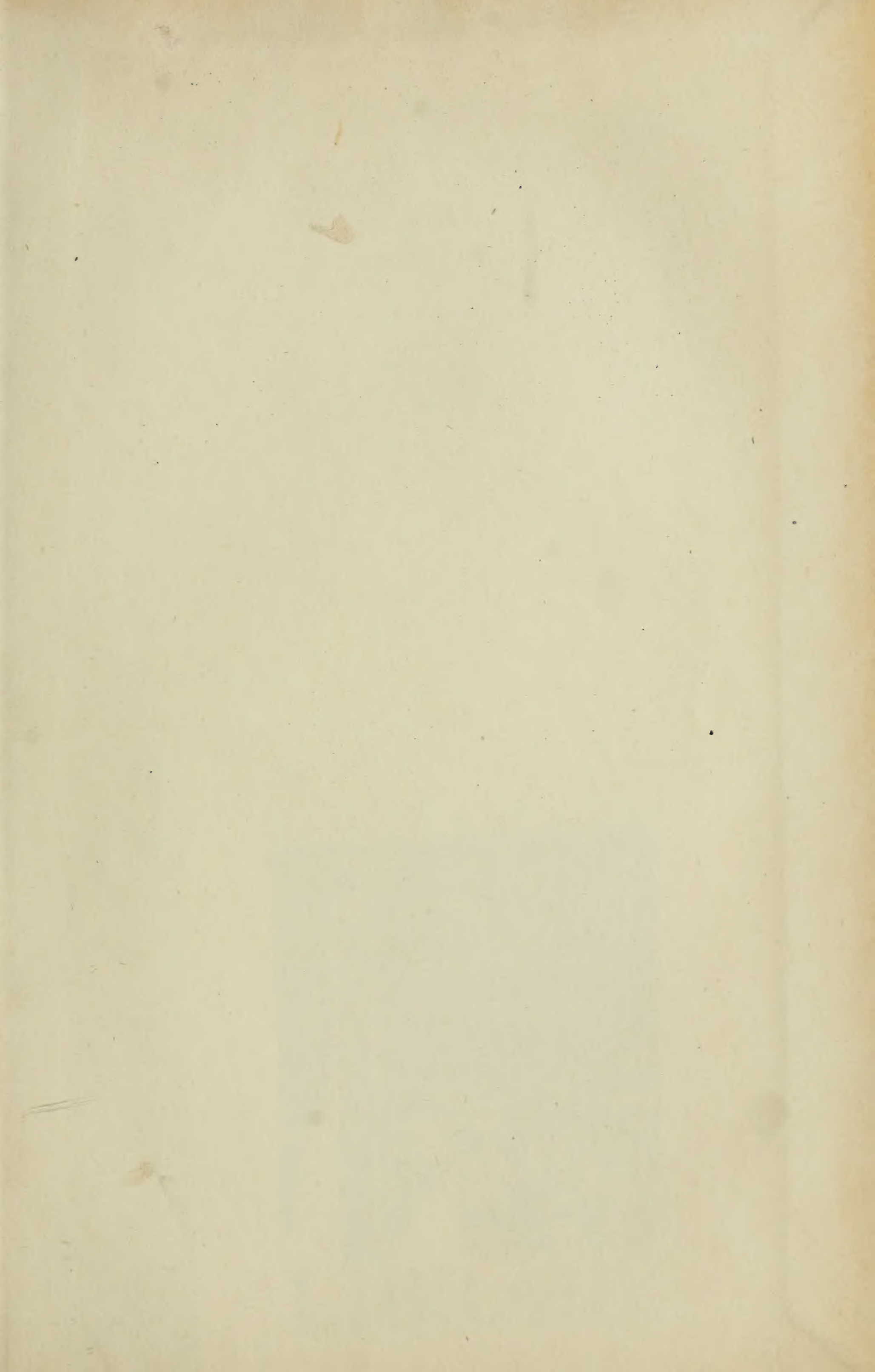
Ich begrüße in Ihrem Kongreß die Morgenröte der Völkerbefreiung."

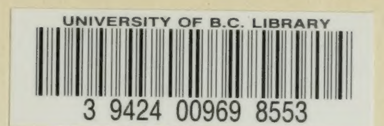
Inhaltsverzeichnis.

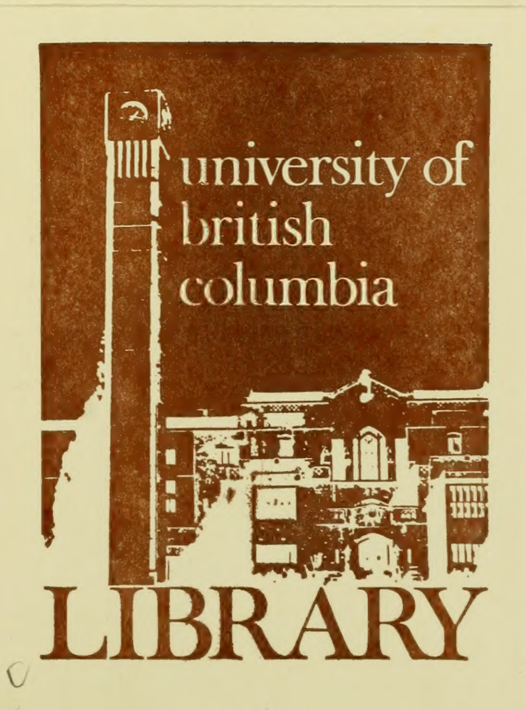
Bilderverzeichnis.








UNIVERSITY OF B.C. LIBRARY
3 9424 00969 8553


university of
british
columbia
LIBRARY

